

**Willy Klages**

**Offene Fragen der Geschichte**

**Band 11**

**Chronik von 2008 bis 2011**



<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 2008	5-81
2009	81-160
2010	160-214
2011	214-330
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	331-332

### **Danksagung und Widmung**

<p>Lebe so als sei jeder Tag dein letzter - eines Tages wirst du recht haben.  <i>Stefan Zweig (1881-1942, österreichischer Schriftsteller)</i></p>
---

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Fouad Adel, Rebecca Bellano, Uwe Felgenhauer, Lothar Gassmann, Daniel Jonah Goldhagen, Wilhelm von Gottberg, Johannes Gross, Alfred Grosser, Raphael-Maria Grünwald, Günter Keil, Max Klaar, Horst Koch, Volker Koop, Dag Krienen, Domenico Losurdo, Konrad Löw, Hans-Joachim Lüdecke, Michael Mannheimer, Hans-Jürgen Mahlitz, Philippe Mastronardi, Matthias Matussek, Jordan Maxwell, Richard K. Moore, Benny Morris, Heinz Nawratil, Jean-Paul Picaper, Hans Peter Raddatz, Michael Radunski, Rainer Röhl, Florian Rötzer, Thilo Sarrazin, Dorothea Schäfer, Joachim Schäfer, Philipp Scheidemann, Stefan Scheil, Guntram von Schenck, Sigurd Schulien, Björn Schumacher, Joseph Schumacher, Michael Stürmer, Inge M. Thürkauf, Udo Ulfkotte, Peter Ulrich, Michael Wiesberg, Rudolf Willeke, Stefan Winckler, Gideon Wolfsen und Denize Yücel und Alfred Maurice de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

## Vorbemerkungen

Das Wort ist frei, die Tat ist stumm, der Gehorsam blind.

*Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der

planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen.

*George Orwell, eigentlich Eric Blair (1903-1950, englischer Schriftsteller)*

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

## Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 2008 bis 2011

2008

Die Nationen unserer Tage vermögen an der Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen nichts mehr zu ändern; von ihnen aber hängt es nun ab, ob die Gleichheit sie zur Knechtschaft oder zur Freiheit führt, zu Bildung oder Barbarei, zu Wohlstand oder Elend.

*Charles Alexis de Tocqueville (1805-1859), französischer Schriftsteller und Politiker*

**01.01.2008**

**Belgien:** Zypern und Malta führen am 1. Januar 2008 den Euro als Landeswährung ein.

**05.01.2008**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Januar 2008 (x887/...): >>>**Zwischen letzter Hoffnung und bemühter Anpassung**

Wie die "Jüdischen Rundschau" vor 75 Jahren die Machtergreifung der Nationalsozialisten kommentierte

von Konrad Löw

Wer sich mit Zeitgeschichte befaßt, glaubt eine ziemlich klare Vorstellung von dem zu haben, was vor 75 Jahren, am Ende der Weimarer Republik, am Beginn der NS-Ära die politische Szene bestimmte: Massenarbeitslosigkeit, Gewalt auf den Straßen, Judenverfolgung, Hitler spielt die Rolle des Staatsmannes, Entmachtung seiner Gegner, Deutschland verläßt den Völkerbund ...

Das ist alles richtig. Und doch gibt es Überraschendes zu entdecken, wenn wir in Zeitungen von damals schmökern, so in dem Organ der deutschen Zionisten, der "Jüdischen Rundschau", die zweimal wöchentlich in Berlin erschien. Auch ihre Meldungen und Kommentare haben einen Beitrag zum öffentlichen Meinungsbild geliefert, das weit facettenreicher war, als sich die meisten von uns heute vorstellen können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ab dem 30. Januar, insbesondere ab den Wahlen vom 5. März, die Pressefreiheit zunächst faktisch, dann auch rechtlich eingeschränkt war. Hier einige Beispiele, alle aus dem Jahr 1933, die das Gesagte veranschaulichen und dazu beitragen, unser Bild der damaligen Ereignisse abzurunden:

Unter der Überschrift "Verrohung der Sitten" wird am 10. Januar von einem jüdischen Mordanschlag berichtet, ein gefundenes Fressen für den "Stürmer", das antisemitische Hetzblatt der Nationalsozialisten: "Wie von uns bereits in der vorigen Nummer kurz gemeldet, ist auf den Redakteur des 'Israelitischen Familienblattes', Hamburg, Esriel Carlebach, ein Revolverattentat verübt worden, das schwere Verletzungen des Angegriffenen zur Folge hatte ...

Der Täter ist bisher nicht ermittelt; aber es ist charakteristisch, daß in den Kreisen der Freunde Carlebachs sowie überhaupt in der Hamburger jüdischen Öffentlichkeit kaum daran gezweifelt wird, daß das Attentat von Juden verübt worden ist."

Als Motiv für den Mordversuch wird angenommen, daß das Opfer es gewagt habe, "in diesen Reisebriefen nicht alles schön und gut und nachahmenswert zu finden, was es bei längerem Aufenthalt in Sowjetrußland geschaut hat ... Ganz unabhängig davon, ob man Carlebachs Publizistik immer bejaht, ... die Anwendung von Gewalt bei jüdisch-politischen Auseinandersetzungen darf nicht zugelassen werden."

Der Text bestätigt allem Anschein nach, was immer wieder kolportiert wurde, daß einzelne Juden als Bolschewisten völlig skrupellos für die kommunistische Sache und für die Sowjetunion gekämpft und dabei selbst nicht vor Aufruhr und Morden zurückgeschreckt hätten, ferner, daß es die Juden als Einheit nicht gegeben habe, sie vielmehr den verschiedensten Lagern angehört hätten und sich mitunter bis aufs Blut bekämpft hätten.

Am 24. Januar wurden die Leser über "Die Verelendung der Juden in Polen" unterrichtet. Vergleiche mit den Bestrebungen der radikalen NS-Führung drängen sich auf: "Die antijüdischen Bestrebungen werden (in Polen) als Abwehrmaßnahmen und die Lehren und Taten Hitlers als oft nachahmenswerte Muster dargestellt ... Die polnische Regierung und die polnische Gesellschaft sind in ihrer Verdrängungspolitik gegenüber den Juden solidarisch ... Die Lage der polnischen Juden hat sich demnach in der letzten Zeit verschlimmert ..."

Derlei Berichte waren geeignet, nicht nur die Angst vor einer Fluchtwelle von Ostjuden zu schüren, sondern auch die antisemitischen Absichtserklärungen der Nationalsozialisten in einem milderen Licht - eben als nicht Spezifisches, Singuläres - erscheinen zu lassen.

"Jude" war nicht nur ein Schimpfwort zur Denunziation derer, die sich irgendwie als Juden zu erkennen gaben. Die NS-Demagogen machten daraus einen Stempel, mit dem alle Gegner stigmatisiert wurden. "Auch Strasser ist Jude" betitelte die "Jüdische Rundschau" einen Beitrag, der wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler veröffentlicht wurde: "Daß Sozialisten, Kommunisten, deutsche Arbeiter, selbstverständlich der gesamte Liberalismus und jeder Liberale, von der nationalsozialistischen Presse schlechthin als 'Juden' bezeichnet werden, war man schon gewohnt.

In der letzten Zeit aber, seitdem der politische Hauptkampf nicht mehr zwischen Rechts und Links, sondern innerhalb der Gruppen der Rechten ausgefochten wird, werden auch alle kurz zuvor als völkische Kampfgenossen anerkannten Personen, sobald sie vom orthodoxen Hitlerium abfallen, zu 'Juden' oder Judenknechten. Papen war Judenknecht, Hugenberg ... Dr. Goebbels behauptet, 'Strassers jüdische Abstammung sei einwandfrei erwiesen'."

Das Gesagte wird besonders grotesk, wenn man sich gleichzeitig vergegenwärtigt, daß dem Juden Jesus Christus die jüdische Abstammung aberkannt wurde.

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 kam für viele überraschend. Nun war einer der rabiatesten Antisemiten an der Macht. Wird aus dem Rabauken ein halbwegs gemäßigter Staatsmann? Vorsichtiges Lavieren war angesagt. "Zur Lage in Deutschland" lautet am 3. März die Schlagzeile auf der ersten Seite.

Im Text wird die antisemitische Hetze beklagt: "Die letzte Woche hat eine außerordentliche Zuspitzung der innerpolitischen Lage in Deutschland gebracht ... Verabscheuungswürdige Verbrechen von unerwartetem Ausmaß, wie die Brandstiftung im Reichstag, wurden begangen, und es ist kein Wunder, daß - oft völlig unwahre - Gerüchte die Luft durchschwirren ... Auch die jüdische Öffentlichkeit ist irritiert ... Mit allen möglichen Geschehnissen werden Juden in Verbindung gebracht ..." Doch: "Unsere positive jüdische Arbeit bleibt von den Vorgängen unberührt."

Zu den seinerzeit bevorstehenden Reichstagswahlen am 5. März lautete der Kommentar: "Daß Juden keine programmatisch antisemitischen Parteien wählen können, ist eine Sache der Selbstachtung. Wir halten es aber auch nicht für richtig, ... den Anschein zu erwecken, als ob Juden oder jüdische Organisationen etwas Entscheidendes zu dem Wahlkampf beitragen könnten."

Zumindest nach außen war dies auch schon früher die Haltung der jüdischen Mehrheit: keine Einmischung in die Politik. Dann werden innerjüdische Meinungsverschiedenheiten angesprochen, die eine lange Tradition haben, so die Kritik des "Verbandes nationaldeutscher Juden" an der großen Mehrheit der deutschen Juden.

Der folgende Artikel kommentiert die letzten - halbwegs freien - Wahlen, bei denen es die Nationalsozialisten auf 43,9 vom Hundert der abgegebenen Stimmen brachten. (Was später unter "Wahlen" firmierte, waren keine Wahlen, da es keine Alternativen gab.)

"In einer jüdischen Zeitung kann die politische Lage nur insofern Gegenstand der Betrachtung sein, als das Schicksal der Juden mit ihr verbunden ist ... Was die Judenfrage betrifft, so hört man manchmal die Meinung, daß für einen - größeren oder kleineren - Teil dieser Wähler-

schaft diese Frage keine so entscheidende Rolle spielt, wie man bei der Lektüre der nationalsozialistischen Publizistik meinen sollte. Das Eine freilich - und das ist das mindeste - muß festgestellt werden: Unter dieser ungeheueren Wählerschaft gibt es niemanden, der sich durch die Äußerungen der Partei zur Judenfrage von der Beteiligung abhalten ließ ..."

Und zu den "Horror Meldungen des Auslands" lautet die Stellungnahme: "Demgegenüber halten wir es für unsere Pflicht, wahrheitsgemäß festzustellen, daß Pogrome oder pogromähnliche Ausschreitungen in Deutschland nicht stattgefunden haben."

Von den Übergriffen auf einzelne wußte die Redaktion nichts oder wollte nichts berichten.

"Zum 21. März" lautete die fette Schlagzeile dieses Tages. Was zunächst folgt, ist geradezu dazu angetan, den deutschen Leser mit nationalem Stolz zu erfüllen: "Der heutige Tag ist ein Wendepunkt der deutschen Geschichte. Der Zusammentritt des neugewählten Reichstags in Potsdam dient der feierlichen Grundsteinlegung eines neuen Deutschen Reiches. Die deutsche Nation, durch eine gewaltige Umwälzung auf neue Grundlagen gestellt, soll einer ruhmvollen Zukunft entgegengehen. Eine Epoche europäischer Politik beginnt, in der Deutschland als entscheidender Faktor an der Neugestaltung der Welt nach den Erschütterungen der großen Krise mitarbeiten wird."

Was folgt, sind Befürchtungen, die an Vorkommnisse der letzten Zeit anknüpfen. Doch am Ende steht die Hoffnung: "Nationalismus ist eine große ethische und ideelle Macht. Wenn der Überschwang dieser Gefühlswelt bewußt anknüpft an die Traditionen des großen Aufklärers Friedrich, ... dann muß ein Staatswesen geboren werden, das über sein nationales Sein hinaus ewige Menschheitswerte verkörpert."

Am 28. März wendet sich die "Jüdische Rundschau" mit einer zwei Spalten langen Erklärung "Gegen Greuelpropaganda" und zitiert die Zionistische Vereinigung für Deutschland mit den Worten: "Wir haben uns bereits am 17. März in einer ... an die gesamte jüdische Presse der Welt weitergegebenen Erklärung gegen jede deutschfeindliche Propaganda mit großer Entschiedenheit gewandt. Wir haben gegen alle der Wahrheit nicht entsprechenden Greuelmeldungen und gewissenlosen Sensationsnachrichten Einspruch erhoben."

Es werden dann Greuelmeldungen abgedruckt, die offenbar fiktiver Natur waren - und doch einen wahren Kern hatten. Aber über diese top secrets konnte und durfte niemand berichten, und Anzeigen bei der Polizei, auch wenn sie Mord zum Gegenstand hatten, wurden letztlich niedergeschlagen.

Trotz der erwähnten Erklärung der Zionistischen Vereinigung fand am 1. April ein Boykott jüdischer Geschäfte statt. Doch das Echo war für die Veranstalter enttäuschend. So konnte die "Jüdische Rundschau" am 13. April auf der ersten Seite schreiben:

"Neben all dem Bitteren, das die deutschen Juden als Ganzes, und einzelne deutsche Juden ... in diesen Tagen durchmachen mußten, muß gerechterweise auch eine Erfahrung verzeichnet werden, die vieles aufzuwiegen vermochte. Von einer großen Zahl von Freunden und Lesern in Berlin und in allen Teilen des Reiches erhalten wir Berichte, aus denen hervorgeht, daß ein großer Teil der christlichen deutschen Bevölkerung trotz der beispiellosen Vehemenz der anti-jüdischen Propaganda ... ein Gefühl für die wirkliche Situation bewahrt hat.

Sowohl am Tage des Boykotts als auch nachher haben viele Juden von ihren Mitbürgern Zeichen der Teilnahme und des Respekts erhalten ... Es handelt sich dabei keineswegs um parteimäßig abgegrenzte Kreise, sondern ausdrücklich wird hervorgehoben, daß ... auch von Mitgliedern der nationalsozialistischen Partei, solche Kundgebungen zu verzeichnen sind."

Höchst aufschlußreich, was mit sieben Zeilen am 7. April den Lesern mitgeteilt wurde:

"Der Staatskommissar für die Unterrichtsverwaltung ... hat die Lehrer darauf hingewiesen, daß Beschimpfungen jüdischer Schulkinder durch ihre Mitschüler nicht geduldet werden können."

"Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck" lautet die berühmte Überschrift des Leitartikels am 4.

April, der mehr als eine ganze Seite füllt. Wir sind heute versucht anzunehmen, es handle sich um eine Verlautbarung vom September 1941, als die Juden verpflichtet wurden, einen gelben Stern zu tragen. Aber schon beim Boykott am 1. April 1933 wurden die jüdischen Geschäfte mit einem gelben Fleck stigmatisiert.

Robert Welch, der Verfasser, stieg über Nacht zur Kultfigur auf, zumindest in zionistischen Kreisen, so viele fühlten sich angesprochen und bestärkt. Manche unterließen sogar die geplante Selbsttötung. Hier einige seiner flammenden Sätze: "Der 1. April 1933 kann ein Tag des jüdischen Erwachens und der jüdischen Wiedergeburt sein. Wenn die Juden wollen. Wenn die Juden reif sind und innere Größe besitzen. Wenn die Juden nicht so sind, wie sie von ihren Gegnern dargestellt werden."

Später meinte er, er hätte besser zu "Packt Eure Koffer und verschwindet" aufrufen sollen.

"Selbstkritik trotz allem!" steht über den folgenden Betrachtungen, die, wieder als Leitartikel, am 5. Mai veröffentlicht wurden und nach wie vor bedenkenswert sind. Daraus einige Passagen: "Es ist ein billiger Triumph, sich selbst die Biederkeit zu bescheinigen, dem eigenen Volk die höchsten Prädikate zuzulegen und jede von außen kommende Kritik als ungerecht abzutun.

Natürlich schmeichelt es der eigenen Eitelkeit, wenn man sich in das Gewand des unschuldig Verfolgten und Verkannten hüllt ... Wir haben vielleicht noch niemals und in keinem Land eine so scharfe antisemitische Kampagne durchgemacht wie jetzt in Deutschland ... Wird der Jude und das Judentum überall als minderwertig erklärt und behandelt, dann nimmt auch der Jude diese Haltung seiner Umwelt allmählich auf und empfindet sich als minderwertig ... Es seien hier nur drei besonders bekannte Persönlichkeiten angeführt."

Als erster findet Karl Marx Erwähnung, "Abkömmling einer Rabbinerfamilie, stark als Jude kenntlich, der nicht nur in seiner Schrift 'Zur Judenfrage' eines der übelsten antisemitischen Pamphlete geschrieben hat, sondern auch in seinen Briefen ... sich als Antisemit gebärdet. Er spricht von anderen Juden am liebsten mit der verächtlichen Bezeichnung 'Jüdel' ..." - Bis heute wird diese besonders schmutzige Seite ihres Idols von unseren Marxisten nicht wahrgenommen, wenn es darum geht, ob zu seiner Ehre eine Straße oder ein Platz benannt werden soll.

Die "Selbstkritik" fährt fort: "Die zweite Art des jüdischen Reagierens, von der wir sprechen wollen, ist eigentlich nur eine Umkehrung der ersten. Indem sich der Jude dagegen sträubt, das Urteil von seiner Minderwertigkeit einfach hinzunehmen, rettet er sich durch eine Geste der Überlegenheit ... Weil wir besonders verfemt werden, ist auch die Abwehr durch Selbstüberhebung besonders nahe."

Am 10. Mai 1933 übergaben die neuen Machthaber alles "Undeutsche" den Flammen. Dazu die "Rundschau" unter "Fanal und Besinnung", so devot, wie nötig: "Die abgelaufene Woche stand im Zeichen kulturpolitischer Kundgebungen. Nachdem der Nationalsozialismus seine politische Herrschaft im Staate gesichert hat, wendet er sich mit dem Elan, der diese Bewegung auszeichnet, der Umgestaltung des geistigen Lebens in Deutschland zu ... Denn Macht, so hat Minister Goebbels in einer seiner Reden sehr schön formuliert, kann sich nur durchsetzen, wenn sie mit Geist gepaart ist:

Am Anfang steht die Idee. Jedes politische ist vor allem ein pädagogisches Werk. Wer das nicht weiß, wird seine politische Macht auf Sand gebaut haben. Die neuen Männer in Deutschland haben bewiesen, daß sie es wissen ... Der Überschwang der Stunde, in der ein langersehntes Ziel erreicht ist, will seine Flammenzeichen weithin sichtbar machen. Dieser Einsicht dürfte es zuzuschreiben sein, daß der Gedanke eines Autodafés von Büchern in allen Kreisen des nationalen Deutschlands Verständnis und Zustimmung fand ... Die Aktion ist weit ruhiger verlaufen, als nach den Ankündigungen vermutet wurde."

"Der Täter verhaftet", verkündet die "Jüdische Rundschau" am 23. Juni als Hauptschlagzeile.



Und darunter: "Die furchtbare Mordtat in Palästina, der Dr. Arlosoroff zum Opfer fiel, hat bereits ihre Aufklärung gefunden. Unter dem Verdacht des Mordes wurde ein Jude, und zwar der Revisionist Abraham Stawski aus Brisk (Polen) verhaftet." Das erinnert an die üblichen Aufmachungen der Sensationspresse und paßt so gar nicht zu dem seriösen Blatt. Was mag der Grund sein? Vermutlich sollte niemand auf die Idee kommen, die "Rundschau" verschweige die Bluttat, stecke vielleicht gar mit dem Täter unter einer Decke.

Fast schockierend für uns Heutige ist der folgende Beitrag, der mit "Stimmen des Blutes" überschrieben ist. Da heißt es einleitend: "Durch die letzten Ereignisse sind viele Juden sich der Blutszusammenhänge bewußt geworden. Das Wissen um die Bedeutung des Blutes ist aber nicht erst jetzt erwacht. Bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts hat die jüdische Renaissancebewegung ihren Niederschlag in einer Reihe von Dichtungen gefunden, die zeigen, wie jüdische Menschen die Macht des Blutes erlebt haben." Zwei Gedichte werden präsentiert, das erste von Stefan Zweig. Es beginnt mit den Versen:

"In flutendem Dunkel, halb erwacht / Und halb mit träumenden Sinnen / Hör ich mein Blut durch die Mitternacht / Mit kristallenem Singen rinnen: / ,Was bist du? Ein verdorrter Schaft, / Den ich mit Geist durchglute. / Mich zeugt der Erde tiefste Kraft, / Das Dunkel, dem ich mich entrafte, / Zu dem ich heimwärts flute ..."

Derlei war keine Marotte der Renaissancebewegung. In einem von Otto Dibelius und Martin Niemöller 1937 herausgegebenen Buch heißt es: "Diese göttliche Vorsehung hat eben einen Willen. Und diesen Willen offenbart sie uns in der Stimme unseres Blutes. Daß wir der Stimme unseres Blutes treu bleiben und damit Gottes Willen erfüllen - darauf kommt es an. Das bedeutet zunächst, daß wir unser Blut reinhalten ..."

Aber nicht alle haben dem Blute gehuldigt. Victor Klemperer in seinem Tagebuch am 11. Mai 1942: "Der Geist entscheidet, nicht das Blut."

Der Leitartikel vom 15. August 1933 steht unter einem Zitat, nämlich "Antijüdisch und anti-deutsch". Daraus einige aufschlußreiche Sätze: "Unter den Völkern der Welt gibt es nicht nur einen Judenhaß, sondern auch einen Deutschenhaß, der häufig in verblüffender Weise ganz ähnliche Erscheinungen zeitigt wie der Judenhaß ... Ein Land wie Deutschland, das nach den Worten des Reichskanzlers Hitler das stärkste Interesse an der Erhaltung des Friedens hat, darf nicht übersehen, daß nationalistische Gruppen in den Deutschland benachbarten Ländern eine Gefährdung des Friedens bilden ... Man kann also vom deutschen Standpunkt diese anti-jüdischen Gründungen in anderen Staaten nicht restlos begrüßen."

Mit Namen wird eine neue Partei in Polen als Beleg angeführt, die "NSPR, das heißt Nationalsozialistische Arbeiterpartei."

Am 4. Oktober wird von einem Auftritt Goebbels in Genf berichtet, bei dem der Minister offenen Übergriffe auf Juden einräumte. Das aber sei nicht das Ausschlaggebende vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß "die deutsche Revolution im Gegensatz zu manchen ähnlichen weltgeschichtlichen Vorgängen ein Akt der Disziplin, der Ordnung und der autoritativen Führung gewesen ist ..."

Nichts liegt dem Nationalsozialismus ferner, als eine billige Rache zu üben ... Wenn er es nicht tat, so aus dem ehrlichen Willen heraus, eine tatsächliche und praktische Lösung der Judenfrage zu finden."

Wer sich als Jude von den schönen Worten betören ließ, war versucht, seine Koffer wieder auszupacken. Gar mancher Flüchtling kehrte nach Deutschland zurück.

War der italienische Faschismus antisemitisch? Falls ja, ab wann? Eine Antwort auf die erste Frage gibt die "Jüdische Rundschau" schon im Oktober 1922, am Vorabend des "Marsches auf Rom", gut zehn Jahre vor Beginn der NS-Herrschaft: "Obwohl nicht Teil des faschistischen Programms (im Unterschied zum Programm der NSDAP), sind antisemitische Tendenzen in faschistischen Kreisen weit verbreitet."

Der Leitartikel der "Jüdischen Rundschau" vom 7. November 1933 steht unter der Überschrift: "Faschismus und Judenfrage" und ist geeignet, die Sicht des Jahres 1922 zu korrigieren. Den aktuellen Aufhänger bot eine Hilfskonferenz, die in London stattfand. Zahlreiche jüdische Delegationsführer kamen zu Worte.

"Besondere Aufmerksamkeit fand die Ansprache des Führers der italienischen Delegation, Oberrabbiner Sacerdoti (Rom) ... Es ist bekannt, daß er zu Führern des faschistischen Italien gute persönliche Beziehungen hat und die faschistische Staatsform bejaht. Es war nun besonders interessant, von dem Redner zu hören, wie im Rahmen des faschistischen Italien, in dem die Juden volle Gleichberechtigung genießen, infolge des vom Faschismus besonders gepflegten historischen Gefühls und seiner konservativen Traditionswertung, eine neue Blüte des italienischen Judentums eingesetzt hat ...

Der italienische Faschismus hat, wie aus zahlreichen Erklärungen seines Schöpfers, Benito Mussolini, hervorgeht, niemals auch nur im mindesten antisemitische Tendenzen gezeigt." Aus diesen Sätzen kann mit Sicherheit gefolgert werden, daß damals das Los der italienischen Juden noch unvergleichlich besser war als das der deutschen. Daher sollten die Nationalsozialisten von den Faschisten lernen.

"Die Reichsvertretung der deutschen Juden, die die überwältigende Mehrheit aller deutschen Juden repräsentiert, hat nunmehr eine Erklärung zu der Volksabstimmung am 12. November erlassen", heißt es an eben diesem Tage in der "Rundschau" auf der ersten Seite und darüber der Text dieser Erklärung:

"Mit dem ganzen deutschen Volk sind auch wir Juden als Staatsbürger aufgerufen, zu der auswärtigen Politik der Reichsregierung unsere Stimme abzugeben. Sie wird gefordert für die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern, die Versöhnung der Nationen und die Befriedung der Welt: Trotz allem, was wir erfahren mußten: Die Stimme der deutschen Juden kann nur ein Ja sein. Die Reichsvertretung der deutschen Juden."

Wer von den Gegnern Mühe und Risiko auf sich nahm, votierte - trotz der schönen Worte - dagegen. Öffentlich war ein solches Votum ausgeschlossen. Hätte die Reichsvertretung schweigen sollen? Dazu Victor Klemperer in seinem Tagebuch: "Letzten Sonntag Nachmittag waren Kaufmanns ... bei uns. Es gab eine furchtbar erregte Szene, als Kaufmanns erklärten, sich zum 'Ja' beim Plebiszit entschlossen zu haben, die gleiche Anweisung habe 'schweren Herzens' auch der Zentralverband der deutschen Juden ausgegeben. Ich verlor alle Contenance, hämmerte mit der Faust auf den Tisch und brüllte ..." -

Klemperer stimmte mit Nein, seine Frau enthielt sich.<<

**25.01.2008**

**BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 25. Januar 2008: >>"Über alles berichten, aber nicht alles zeigen"**

Von *Uwe Felgenhauer*

Vor 20 Jahren startete im deutschen Fernsehen die Kindernachrichten-Sendung "logo". In der Sendung wird das Weltgeschehen täglich altersgerecht aufbereitet. Der "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr". Da möchte so mancher Erwachsener noch mal Kind sein.

"Wer, wie, was - wieso, weshalb, warum?" Das Motto der "Sesamstraße" gilt auch für "logo" - die einzige tägliche Nachrichtensendung für Kinder im deutschen Fernsehen. Am 25. Januar 1988 wurde sie erstmals im ZDF ausgestrahlt, zehn Jahre später kam der Kinderkanal (KiKa) als zweite Heimat hinzu. Und obwohl die "logo-Redaktion" um das Zebra-Maskottchen Gunnar die anfängliche Testphase nicht mitzählt und deshalb erst 2009 das 20-jährige Jubiläum feiern will, kann man schon heute gratulieren. Zu einem Format, das dem in Artikel 13 der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Recht auf Information auch für die Kleinsten sowie dem spezifisch kindlichen Blick auf die Welt angemessen Rechnung trägt.

Aus heutiger Sicht läßt sich sogar sagen: Die Einführung von "logo" kam genau zum richtigen Zeitpunkt. Seit dem ersten Golfkrieg Anfang der 90er Jahre registrieren Forscher eine Verrohung in der Berichterstattung der TV-Nachrichten, Gewaltopfer werden zunehmend in Großaufnahme gezeigt. Gleichzeitig spielen immer mehr Heranwachsende im Kinderzimmer und auf der Straße Krieg. Auch ein Hinweis darauf, daß sie den medial aufbereiteten Schrecken in Zeitung, Fernsehen oder Internet ohnehin rezipieren (übernehmen).

Daß Kinder auch diesen Teil der Realität brauchen, glauben mittlerweile die meisten Pädagogen. Denn Kinder müssen und wollen wissen, was auf der Welt geschieht. Nur so erhalten sie das notwendige Rüstzeug, um mitreden und sich eine eigene Meinung bilden zu können. Um so mehr allerdings ist eine kindgerechte Vermittlung und dafür ein Perspektivwechsel vonnöten.

### **Nachrichten, die über alles berichten, aber nicht alles zeigen**

Kinder reagieren auf Schreckensmeldungen mit emotionaler Verunsicherung, noch viel schneller als bei Erwachsenen blockieren zu heftige Bilder bei ihnen die Aufnahme von Informationen. Schnell fragen sie sich: Kann mir und meiner Familie das auch passieren? Um darauf Antworten zu geben, versucht "logo" in einordnenden Erklärstücken Zusammenhänge und einen Bezug zur Lebenswirklichkeit der Kinder herzustellen - in einer einfachen, altersgerechten Sprache, die wie die Bilder weitestgehend auf Emotionalisierung verzichtet. So entstehen Nachrichten, die über alles berichten, aber eben nicht alles zeigen.

Wenn "logo", konzipiert für Acht- bis 13-Jährige, von Konfliktherden dieser Welt erzählt, wird viel mit Landkarten, Zeichentrick und einfachen Grafiken gearbeitet. Beim Streit der Volksgruppen auf Sri Lanka etwa stellen fünf Strichmännchen-artige Wesen die Singhalesen dar, drei die bevölkerungsmäßig unterlegenen Tamilen. Lange hätten die beiden Volksgruppen gemeinsam regiert, heißt es im Erklärstück, dann habe ein neuer Staatschef das alleinige Sagen für die Singhalesen reklamiert, woraufhin die Widerstandsgruppe Tamilische Tiger für einen eigenen Staat zu kämpfen begonnen hätte.

Das ist zwar ebenso verkürzt dargestellt wie der Vergleich der Großen Koalition mit einer Fußball-Nationalmannschaft, in der laut "logo" Spieler zusammen antreten, deren Teams in der Bundesliga ansonsten gegeneinander spielen. Doch enthalten die derart heruntergebrochenen Fakten das Wesentliche.

### **Ein "logo-Jahr" für jeden Moderator**

Mehrere Untersuchungen haben denn auch ergeben, daß die "logo-Informationsvermittlung" den Rezeptionsfähigkeiten der Halbwüchsigen weitgehend gerecht wird. Ältere Kinder verstehen zwar mehr, aber jüngere profitieren von Details, die sie in späteren Jahren dann besser einordnen können. "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne jedenfalls, "logo-Mitentwickler" und von 1988-1991 dort einer der ersten Nachrichten-Sprecher, betont noch heute, daß die einfache Sprache der Kinder-News seine Arbeit geprägt habe. Er wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr".

Diese Kollegen könnten im KiKa auch viele positive Neuigkeiten verlesen, denn Sport- und Freizeittrends, Knut und seine Freunde sowie News aus der Musikszene sind "logo" immer eine Nachricht wert. Und auch Kinderprojekte in aller Welt stehen oft im Fokus. Den jungen, oft unter schwierigen Bedingungen aufwachsenden Menschen gibt "logo" eine deutliche Stimme. Aber natürlich auch den vielen Kindern in Deutschland, besonders wenn es Krisenszenarien wie Naturkatastrophen, Kriege oder Terroranschläge seelisch zu verarbeiten gilt oder wenn ihnen einfach nur etwas stinkt wie etwa eine illegale Müllkippe in der Nachbarschaft oder ein Spielplatz mit kaputten Spielgeräten. In der Rubrik "Redezeit" können sie ihr Herz ausschütten.

Seit mittlerweile zehn Jahren gibt es die Nachrichten für den Nachwuchs mit vielfältigem Angebot auch im Internet. Auf der Webseite lassen sich verpaßte "logo-Sendungen" für mobile

Abspielgeräte herunterladen. Kinder sollten ihre I-Pods oder MP3-Player mit den Downloads allerdings gut verstecken. Denn sonst kann es sein, daß sie plötzlich verschwunden sind - ausgeliehen von Mama oder Papa, die endlich mal das kapierten wollen, was in der "Tagesschau" immer nur an ihnen vorüber rauscht.<<

**26.01.2008**

**BRD:** Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 26. Januar 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Machtübernahmen - gestern und heute

Der letzte "Spiegel"-Titel war ein Renner. An den meisten Einzelverkaufsstellen war er schon am Dienstag ausverkauft. Es hätte nachgedruckt werden können. Die Ausgabe mit dem farbigen Hitlertitel lief einmalig, bei jung und alt übrigen. Es ist ja nicht so, daß nur die Alten ein so ansprechend schönes Bild ihres gewählten Diktators sehen wollten - eine geschönte Ölfarbenfassung, wie sie als Druck früher in fast jeder Wohnstube hing. Auch die Jungen kauften das Bild mit der Hakenkreuzfahne.

Wenn so ein Bild bei einem Jungsturm der Rechtsradikalen in einem schleswig-holsteinischen Dorf an der Wand hängt, kommen die Jugendlichen unter Umständen ins Kittchen. Wegen des Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole und Bilder. Der "Spiegel" darf das. Er dürfte einen SS-Mann mit Sieges-Runen am Kragenspiegel und Totenkopf abbilden. Der "Stern" natürlich auch. Zeitgeschichtliches Interesse.

Ganz besonders in dieser Woche mit dem Jahrestag der Machtergreifung am 30. Januar 1933. Der "Spiegel" war nur vorgeprescht. Eigentlich war es gar keine Machtübernahme, es war eine Machtübergabe: Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den Präsidenten Hindenburg. Nachdem Nazis und Kommunisten auch nach der Reichstagswahl vom November 1932 eine negative Mehrheit behalten hatten und das Land unregierbar geworden war.

Schließlich übergab man Hitler die Kanzlerschaft, zusammen mit ein paar konservativen Politikern bildete er ein Kabinett. Er siegte immerhin durch Wahlen, nicht durch eine Revolution wie Lenin. Aber ein halbes Jahr danach war Deutschland eine Diktatur. 34,7 Prozent der Deutschen hatten Hitler bei der letzten freien Wahl im November 1932 ihre Stimme gegeben, die meisten sind heute nicht mehr am Leben.

Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen und kennen die Zeit nur noch vom Hörensagen, aber das Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten "Spiegel"-Leser haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten scheinbar im Blut und wollen die "furchtbare Zeit" und das Tä-tä, Tä-tä, Tä-tä des Badenweiler Marschs immer noch einmal sehen und hören, und seit es, ab 1998, im ZDF die populären Fernseh-Serien über die NS-Zeit von Guido Knopp gab, schwemmte der Trend noch mehr Interessenten ins "Spiegel"-Haus.

Seit 13 Jahren ist Stefan Aust Chefredakteur beim "Spiegel". Angelernt als Journalist in den wilden 68ern im Röhlchen "konkret". Zwischen Aufklärung über Vietnam und der Aufklärung über die Babypille. Er ist erst nach dem Ende des Hitler-Regimes geboren. Andere Erlebnisse als die Augsteins haben ihn geprägt. Sein größtes persönliches Erlebnis und ständig umkreister Fixpunkt seines Interesses ist das, was er selber den "Baader-Meinhof-Komplex" genannt hat, aber seine geradezu fixe Idee ist eine gewisse, angebliche Mitschuld der Polizei beziehungsweise der Staatsschutzbehörden an der Gewalt, ja sogar an der Entstehung des Terrorismus.

Aber mit Baader und Meinhof allein kann man nicht Auflage machen. Der "Führer" im "Spiegel" hat sich immer gut verkauft, und der Termin der "Machtergreifung" lag ja nun wirklich zum Greifen nahe. Mindestens um zehn Prozent stieg die Auflage, auf 1,187 Millionen. Zu spät. Der Blattmacher, der so oft eine Auflage gemacht hat, ist gekündigt.

Auch im "Spiegel" gab es eine Machtergreifung. Über die Hintergründe müssen wir nicht lange rätseln. Ein Blick in die Linkspresse genügt: "Wird der 'Spiegel' wieder links?" titelte, nein, jubelte die linksopportunistische Tageszeitung (taz) am 16. November letzten Jahres, als bekannt wurde, daß die "Gesellschaft der Mitarbeiter" den Vertrag von Stefan Aust, der nur noch bis Ende 2008 läuft und gerade um zwei weitere Jahre verlängert werden sollte, überraschend kündigte.

Wird der "Spiegel" wieder links? War er denn je links? Das war wohl mehr eine Wunschvorstellung einiger Redakteure. Was muß man sich unter der "Gesellschaft der Mitarbeiter", die 50,5 Prozent der Anteile des "Spiegel"-Verlags besitzen, vorstellen, und wem verdanken sie ihre nahezu unbeschränkte Macht, die sie nach dem Tod Rudolf Augsteins haben? Augsteins Kinder behielten mit 24,5 Prozent nicht einmal mehr eine Sperrminorität.

Aber Augstein-Tochter Franziska hatte bereits im Jahr 2005 in einer Rede die Debatte über die "Qualität" der Berichterstattung losgetreten und zeigte sich mit der Mehrheit der "Mitarbeiter" einig: Unter Austs Führung sei die Zeitung "unpolitisch" geworden, bringe keine engagierten Serien und Reportagen mehr heraus.

Das ist erkennbar absurd. Im Gegenteil. Unter Stefan Aust wurden mehr knallharte, sensationelle Serien, Reportagen und Untersuchungen veröffentlicht als je zuvor. Das viel mißbrauchte Wort vom investigativen (gründlich nachforschenden) Journalismus konnte wieder zu Recht auf das Hamburger Magazin angewandt werden.

Doch sieht man heute überdeutlich, was mit dem Vorwurf mangelnder "journalistischer Qualität" gemeint war: linker Journalismus.

Unter Stefan Aust fehlten zunehmend die verharmlosenden Berichte über die auswuchernde, schon seit Augsteins Zeiten gehätschelte und begünstigte linke Szene, die nach 1967 entstanden war. Hier vollzog sich eine ohnehin fällige Ernüchterung. Vom Drogenkonsum bis zur Gewaltfrage, von der kritischeren Beurteilung der Dritten Welt und ihrer Probleme nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, von der Illusion über die sogenannten guten Terroristen der RAF bis zur Gewalt an unseren Schulen in den mit Scheinasylanten vollgestopften Berliner Stadtbezirken.

Langsam begann im "Spiegel" eine lange anstehende Abrechnung mit den größten Verwüstungen, die die Erben der 68er in unserem Land angerichtet haben. Die unter Aust entstandene Serie über Haschisch-Konsum war geradezu epochemachend, die schonungslose Aufdeckung der Windkraft-Propaganda und der handfesten Interessen, die dahinterstehen, die Aufklärung über den unter dem neuen Titel "Gender" auftretenden radikalen Feminismus sind ebenso gut erinnerlich wie die Serie über die Ereignisse des sogenannten "Deutschen Herbstes" und das offene Beim-Namen-Nennen der Sympathisanten-Szene, die das lange Bestehen des RAF-Alptrauams erst ermöglichte.

Höhepunkt der Abrechnung war und die meiste Empörung unter allen Ex-Linken und Noch-68ern löste aber der "Spiegel"-Titel vom 29. Oktober 2007 aus. Auf ihm zeigte eine Karikatur zwei Alt-68er, die ein Transparent mit der Aufschrift in der Hand hielten: "Es war nicht alles schlecht!"

Es ist gut möglich, daß diese in der gesamten Republik mit Zustimmung und Gelächter begrüßte Karikatur das Faß bei der linken Mehrheit der "Gesellschafter" zum Überlaufen brachte.

Wenig später wurde ein neuer Geschäftsführer gewählt, dem von vorneherein die Rolle zuge-dacht war, die Entmachtung von Aust zu exekutieren.

"Wird der 'Spiegel' wieder links?" Die "taz"-Schlagzeile will in Wirklichkeit sagen: Das Magazin möge gefälligst demnächst einen linken Kurs steuern! "In einer Zeit, in der im 'Web' massenhaft Gegenöffentlichkeit entsteht, ist Aust ein Mann von gestern", triumphiert die "taz". Das Wort "Gegenöffentlichkeit" ist entlarvend. Dieses Schlagwort wurde auf dem Hö-

hepunkt der 68er Revolte im Kampf linker Ideologen gegen die Presse benutzt, auch gegen den "Spiegel".

Und der Wunsch einiger Redakteure, ein gut funktionierendes, kritisches, weltoffenes Magazin einer rigiden und engstirnigen linken Agitation dienstbar zu machen, wurde von den "taz"-Redakteuren nur besonders offen ausgesprochen. Solche Bestrebungen reichen weit in die Geschichte zurück, genau in das Jahr 1967. Als die Aktion "Enteignet Springer!" sich schnell als nicht realisierbar erwies und sehr bald als "Enteignet Augstein!" weitergeführt wurde, die bald flankiert wurde durch eine lange vorbereitete und am Ende geglückte Kommando-Aktion in "konkret".

Schließlich kamen die Rebellen, die diesen Handstreich mit der Hilfe eines kommunistischen Einflußmillionärs und einer Million D-Mark schließlich zur Zerstörung des auflagestarken "konkret" führten, direkt aus dem inneren Kreis der "Spiegel"-Rebellen, der "Deutschland I."-Redaktion des damaligen "Spiegel". Es waren der Ressortchef von Deutschland I., Hilmar von Hoffmann, und sein Stellvertreter Hermann L. Gremliza.

Auch da lautete der Vorwurf der eingeschleusten Rebellen, das Magazin sei unpolitisch geworden, mache keine linke Politik und der Chefredakteur müsse gehen. "Macht Schluß mit dem konkreten Mief / und schafft ein APO-Kollektiv" war der Schlachtruf. 1974 war das. Mit unsäglichen Intrigen und einer Million D-Mark aus der Kasse eines kommunistischen Millionärs gelang es, die Zeitung und sogar den Titel zu erobern, den Gründer und Chefredakteur abzusetzen. Von der auflagestarken Publikumszeitschrift blieb nur ein schaler, linker Rest.

Diese Ereignisse übten einen starken Druck auf Augstein aus. Er aber konnte eine ähnliche Entmachtung aufgrund sehr viel besserer wirtschaftlicher Ausstattung und besserer Freunde und Berater verhindern, machte aber ein Zugeständnis, das die juristische Grundlage zu dem heutigen Putsch der "Gesellschafter" legen sollte: die Gründung der "Mitarbeiter KG" und ihren Anteil von fast 50 Prozent. Die Aktion "Enteignet den Spiegel" wurde schließlich von Rudolf Augstein selber in die Wege geleitet.<<

**09.02.2008**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Februar 2008 (x887/...): >>Nun sind die Engländer dran**

Neues Buch von Volker Koop über die britische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem letzten Weltkrieg

Mit seinem neuen Buch über die Besatzungspolitik Großbritanniens von 1945 bis 1955 schließt der Journalist Volker Koop seine Reihe mit dem Obertitel "Besetzt" über die Geschichte der Besatzungszeit der Westmächte ab, nachdem er sich in den vergangenen Jahren mit der französischen und der US-amerikanischen Zone beschäftigt hatte. Wer sich über die Jahreszahl 1955 wundert, gibt es doch schon seit 1949 bereits eine Bundesrepublik Deutschland, der möge sich daran erinnern, daß diese Bundesrepublik noch nicht souverän war. Das Besatzungsstatut, mit dem sich die Besatzer Sonderbefugnisse bezüglich Außenpolitik, Aufsicht über die Ruhr, der von den Deutschen zu zahlenden Reparationen sowie der naturwissenschaftlichen Forschung vorbehalten hatten, endete erst 1955.

Mit seinem neuen Buch schließt Koop eine Lücke, gab es doch bislang noch keinen sich an den allgemein Interessierten wendenden Überblick über dieses wichtige Kapitel der deutschen Geschichte.

Auch die britische Besatzungspolitik macht deutlich, daß die Sieger des Zweiten Weltkrieges kein Konzept hatten, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen wollten. Es ging ihnen allein darum, Deutschland zu zerschlagen. Die Briten begründeten das mit der Behauptung, die "Junkerkaste" sei der Hort des "Militarismus" und Preußen der Herd aller Kriege gewesen, und was der unsinnigen Behauptungen mehr waren.

Angenehm berührt, daß Koop in keinem seiner Bücher behauptet, die Siegermächte hätten

Deutschland "befreit". Er schreibt sachlich richtig von deutschen "Niederlagen" und vom stark ausgeprägten Rachebedürfnis der Siegermächte. So war denn auch zunächst die britische Besatzungspolitik von Haß bestimmt. In einer persönlichen Botschaft des britischen Oberbefehlshabers Montgomery wurde den Deutschen verkündet, sie seien ein schuldiges Volk, das jetzt umerzogen werde. Es war den Besatzungssoldaten ebenso verboten, einem Deutschen die Hand zu geben wie mit ihnen zu sprechen.

Juristisch vertrat Großbritannien die Ansicht, durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht sei keineswegs das Deutsche Reich untergegangen. Es existiere vielmehr fort. Zur Zeit sei die Regierungsgewalt lediglich auf die Besatzungsmächte übergegangen.

Sogleich ging man daran, im Sinne der Umerziehung zunächst aus den Behörden, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, später auch aus der Wirtschaft alle Personen zu entfernen, die nach Ansicht der Besatzungsmacht politisch belastet waren. Sie wurden ersetzt durch Personen, deren Qualifikation darin bestand, daß sie wirklich oder angeblich Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Das führte dazu, daß - wie auch in der US-Zone - bald größte Schwierigkeiten auftraten, woraufhin die strikte Entnazifizierungspolitik gelockert werden mußte.

Die Zeitungen waren zunächst ausschließlich in den Händen der Besatzungsmacht, und auch als 1947 die Militärregierung deutschen Antifaschisten Lizenzen für Zeitungen erteilte, durften zunächst nur Meldungen veröffentlicht werden, die den Besitzern paßten. Volker Koop meint, daß Axel Springer dabei Hauptgewinner war, weil er "Die Welt" als Organ der Militärregierung verlegen durfte. In den Kinos wurden lediglich britische Filme, zum Teil mit deutschen Untertiteln, gezeigt sowie speziell für die Besiegten hergestellte Wochenschauen. Kirchen, Parteien, darunter zunächst auch die Kommunisten, und Gewerkschaften erhielten den Auftrag, die Deutschen im Sinne der Besatzungsmacht umzuerziehen.

Die Deutschen mußten Fragebögen mit 133 Fragen ausfüllen, darunter auch jene, was der Betreffende 1932 gewählt habe. Danach wurden sie in fünf Kategorien eingeteilt von "entlastet" bis "hauptschuldig" und gegebenenfalls vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt. Die Briten hatten genauso wie die Amerikaner, Franzosen und Sowjets Internierungslager eingerichtet, in die etwa 60.000 Personen eingeliefert wurden, welche die Besatzungsmächte automatisch arretierten und teils jahrelang festhielten, meist ohne Anklage und ohne Urteil.

Die Städte in der britischen Zone waren meist zerstört. Und in diese Zone waren Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen geströmt, die ebenso wenig eine Unterkunft hatten wie die Ausgebombten. Sie vegetierten in Not- und Massenunterkünften. Nachdem die Besatzungsmacht auch die noch intakten Strukturen lahmgelegt hatte, brachen bald bedrohliche Zustände aus. 1946 fehlten 600.000 Tonnen Brotgetreide. Es gab keine Kartoffeln geschweige denn Fleisch. Die tägliche Fettration belief sich auf sieben Gramm. Nach den ausgegebenen Lebensmittelkarten betrug die Tagesration theoretisch 1.000 bis 1.200 Kalorien. Die Lage verschlimmerte sich gegen Jahresende.

In einigen deutschen Zeitungen wurden die Rationen mit denen in den ehemaligen KZ verglichen, woraufhin die Briten die Zeitungen verboten. Im November appellierte der nordrhein-westfälische Landtag an die Welt, wenn keine Hilfe käme, würde "ein Millionenvolk zugrunde gehen". Dem einzelnen standen nur noch 900 Kalorien täglich zur Verfügung, und das bedeutete den Hungertod. Bergarbeiter, Beamte und Werftarbeiter streikten. Es gab keinen Brennstoff - die im Ruhrgebiet geförderte Kohle wurde größtenteils als Reparation ins Ausland gebracht.

Die deutschen Wälder wurden systematisch abgeholzt, weil das Holz gebraucht wurde für den britischen Bergbau. Tuberkulose begann zu grassieren. Wer sich nicht über Gesetze hinwegsetzte und auf eigene Faust versorgte, etwa auf dem schwarzen Markt, durch das Hamstern bei Bauern, den Tausch von Wertsachen gegen Kartoffeln, Milch oder gar Fett, sowie wohl auch

durch Klauen von Brennstoffen und so weiter, dessen Leben war in höchster Gefahr. Die Sieger hatten nichts Wichtigeres zu tun, als auf englische Initiative im Februar 1947 Preußen als "Träger des Militarismus und der Reaktion" aufzulösen. 700.000 deutsche Patente wurden von britischen Spezialeinheiten gestohlen und an britische Firmen weitergegeben. In Schlössern und Herrenhäusern stahl die Besatzungsmacht Kunstwerke und Schmuck, wobei man auch keine Rücksicht darauf nahm, daß manche Besitzer mit dem britischen Königshaus verwandt waren.

Inzwischen begriffen auch die Sieger, daß die unheilige Allianz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus keinen Bestand haben konnte. Es waren die Amerikaner, die ihren beiden westlichen Verbündeten klarmachten, daß man ohne die Deutschen gegen die Sowjetmacht kaum bestehen könne. Amerikaner und Engländer bildeten aus ihren beiden Zonen die Bi-Zone, um die deutsche Wirtschaftskraft zu fördern.

Trotzdem bombardierten die Engländer weiter Helgoland, von dem sie behaupteten, die Insel sei "eine Bedrohung Großbritanniens". Dann wollten sie Helgoland mit einer Riesensprengung total vernichten, was mißlang. Erst als im Dezember 1950 deutsche Studenten die Insel besetzten, um gegen den Wahnsinn zu protestieren, hörte die Bombardierung auf. 1952 wurde Helgoland an Deutschland zurück gegeben.

Alles in allem ein hoch interessantes Buch! Man erkennt, wie wenig weise die Politiker auch Großbritanniens waren.

Volker Koop: "Besetzt - Britische Besatzungspolitik in Deutschland", ... Berlin 2007 ...<<

**März 2008**

**BRD:** Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet im März 2008 (x1.103/...):  
>>**Was darf man in Europa noch sagen?**

Von *Dr. Lothar Gassmann*

### **Die Vereinigten Staaten von Europa**

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika geben, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 27 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein? Meine These, die ich in verschiedenen Publikationen (Europa - das wiedererstehende Römische Reich?, 2005; Diktatur Europa?, 2008) ausführlich begründet habe, lautet:

Das wiedererstehende Römische Reich besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum in Rom. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit, denn die Herrschaft des Antichri-



sten und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein.

Es heißt im Wort Gottes:

"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.).

### **Die weltanschaulichen Grundlagen der Europäischen Union**

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA PRÄAMBEL heißt es:

"Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben. ... (Sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)"

In Artikel 2 der EU-Charta werden "Die Werte der Union" beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden.

Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14, 6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte.

### **Die Ziele der Homosexuellen-Bewegung**

Janet L. Folger hat im Jahr 2005 in den USA ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel: "The Criminalization of Christianity". "Read this, before it becomes illegal!", ist der Untertitel. Zu Deutsch: "Die Kriminalisierung des Christentums". "Lesen Sie dieses Buch, bevor es illegal (ungesetzlich) wird!" Sie schreibt darin: "Das letztendliche Ziel der Homose-

xuellen-Bewegung ist die Kriminalisierung des Christentums." Auf Seite 82 und 83 veröffentlicht sie die weltweit propagierte Homosexuellen-Agenda, die bereits am 25. April 1993 bei einem "Gay Pride March" - das heißt zu Deutsch etwa "Schwulen-Stolz-Marsch" - in Washington D.C. ganz offiziell verabschiedet wurde. Darin heißt es:

"1. Alle Sodomiegesetze sollen aufgehoben und alle Formen von sexueller Ausdrucksweise, einschließlich Pädophilie (Kinderschändung; L. G.), legalisiert werden."

"2. Die Verteidigungshaushaltsgelder sollen umgewandelt werden, um Aidspatienten medizinische Versorgung zu ermöglichen." Das mag ja noch akzeptabel sein. Aber dann heißt es auch: "... um Geschlechtsumwandlungsoperationen vorzunehmen." Vor einiger Zeit hat sich z.B. in den USA eine methodistische "Pastorin" umwandeln lassen in einen "Pastor".

3. Die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption ... soll legalisiert werden.

4. Homosexuelle Erziehungsprogramme sollen auf allen Ebenen der Erziehung, einschließlich Grundschulen, eingeführt oder angeboten werden.

5. Verhütungs- und Abtreibungsdienste sollen verfügbar gemacht werden für alle Personen, unabhängig vom Alter (auch schon für minderjährige Mädchen; L. G.).

6. Steuerzahlermittel sollen eingesetzt werden für künstliche Besamung von Lesben und Bisexuellen.

7. Religiös begründete Äußerungen bezüglich Homosexualität sollen verboten werden.

8. Organisationen wie die Pfadfinder sollen dazu gebracht werden, homosexuelle Gruppenführer zu akzeptieren."

Wir wollen natürlich dem einzelnen homosexuell empfindenden Menschen seelsorgerlich helfen und beistehen, damit er zur biblischen Orientierung der Heterosexualität findet, die Gott uns schöpfungsgemäß geschenkt hat und wozu Er uns in Seinem Wort anweist. Ich sehe es allerdings als ein Zeichen der endzeitlichen Entwicklung an, daß der "Mensch der Sünde" sich immer mehr auf den Thron Gottes zu setzen versucht (2. Thessalonicher 2), auch in dieser Form. Und dazu gehört nicht nur dieses: Propagierung sexueller und anderer Unmoral, sondern gleichzeitig wird auch gesagt: Man muß die "Fundamentalisten" (dazu werden auch bibeltreue Christen gerechnet) mundtot machen bzw. "zähmen".

Dieser Begriff ("die Fundamentalisten zähmen") stammt von Robert Muller, der über 30 Jahre Vizesekretär der Vereinten Nationen gewesen ist. Robert Muller, ein Elsässer, arbeitet seit Langem an dem Projekt einer "Eine-Welt-Regierung" ("One World Government") und "Eine-Welt-Kirche" ("One World Church"). "Mein Traum", sagt er, "ist es, eine riesige Allianz zwischen allen Hauptreligionen dieser Welt und den Vereinten Nationen aufzubauen". Muller ist ein typischer New-Age-Denker. Er arbeitet mit den Theosophen in der Blavatskyschen und Besantschen Tradition zusammen an diesem Ziel.

Er sagt weiter: "Aber da ist nur ein kleines Problem: das sind diese verdammten Christen ('damned Christians')." Und weiter: "Friede wird nur entstehen durch die 'Zähmung' des Fundamentalismus." Er versteht darunter das Christentum, das an der Heiligen Schrift als wortwörtlich inspiriert (jedenfalls im Urtext) festhält.

### **Beispiele für eine beginnende Christenverfolgung in Europa**

Harry Hammond, ein 67 jähriger Engländer, hielt vor einigen Jahren in einem englischen Park ein Schild hoch, darauf war zu lesen: "Stoppt Unmoral! Stoppt Homosexualität! Stoppt Lesbianismus!" Und was geschah? Homosexuelle sahen das, telefonierten miteinander, und es kam eine ganze Gruppe, die ihn zuerst lächerlich machte und dann tätlich angriff und zu Boden schlug. Dann riefen sie sogar die Polizei selber herbei. Wen nahm die Polizei daraufhin fest? Diesen 67-jährigen älteren Bruder! Diesen klagten sie an und sagten, sein Schild sei ein illegales Zeichen, er habe damit die Leute provoziert, und das dürfe man heute nicht. So sind heute schon die Gesetze umgeändert!

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches

unter anderem für kritische Äußerungen über Homosexualität oder Homosexuelle eine Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren vorsieht. Dies soll auch dann gelten, wenn sich derjenige, der sich kritisch zur Homosexualität äußert, auf Bibelstellen beruft, wie z.B. auf Römer 1, 26; 1. Korinther 6, 9-11 und andere.

Die Bibel soll wohl noch zitiert werden dürfen, aber - und dies ist der springende Punkt - sie soll nicht mehr als auch für unsere Zeit verbindliches Wort und Gebot Gottes ausgelegt und verkündigt werden. Sie soll also zum historischen Archiv herabgesetzt (oder soll man sagen: diskriminiert) werden. Hierin erkennen wir die Absicht des Teufels und des Antichristen, uns weg von Gott und Seinem Wort zu ziehen und die, welche an Gottes Wort festhalten, auszugrenzen und in Verfolgung zu stürzen.

Es gab in Schweden im Hinblick auf das oben erwähnte Gesetz einen Präzedenzfall (Musterfall): Der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde namens Ake Green bezeichnete in einer Predigt Homosexualität und andere abnorme Neigungen als Sünde und als "Krebsgeschwulst am Körper unserer Gesellschaft". Außerdem sagte er, jeder der zu Jesus Christus umkehrt und seine Kraft in Anspruch nimmt, könne davon geheilt werden. Für diese Äußerungen wurde Ake Green angezeigt. Der Rechtsstreit durchlief mehrere Instanzen.

Der Pastor hat durch Gottes Gnade vor dem höchsten Gericht Schwedens in letzter Instanz gewonnen. Das Gericht entschied, daß seine Äußerung durch das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt ist. Daraufhin wollen nun die liberalen (scheinliberalen) Parteien in Schweden das Antidiskriminierungsgesetz verschärfen. Bisher aber ist die Entscheidung des Gerichtes ein wichtiger Präzedenzfall, auf den wir uns in Europa eventuell berufen können.

Ein Fall aus neuester Zeit: Im Februar 2008 hat das Amtsgericht von Cardiff (Großbritannien) den anglikanischen Bischof von Hereford, Anthony Priddis, zu einer Geldstrafe von 47.345 Pfund (umgerechnet 63.540 Euro) verurteilt. Sein "Vergehen": Der Bischof hatte einem Homosexuellen die Anstellung als Jugendmitarbeiter verweigert, weil er gemäß der christlichen Sexualmoral handeln wollte, die allein die Ehe von Mann und Frau als Ort geschlechtlicher Gemeinschaft vorsieht. Zusätzlich zu dieser immensen Geldstrafe verurteilte das Gericht den Bischof und seine Mitarbeiter zur Teilnahme an einem "Gleichberechtigungs-Training" mit dem Ziel der Umerziehung!

Ähnliche Fälle nehmen inzwischen weltweit zu (z.B. auch in Südafrika, USA und Kanada; vgl. die Beispiele in meinem Buch "Diktatur Europa"). Besondere Schlagzeilen gab es in Deutschland im Frühjahr 2008 im Blick auf den Jungendkongreß Christival. Ein "Homo-Heilungs-Seminar", das dort ursprünglich angeboten war, wurde aufgrund finanzieller Abhängigkeit von der Bundesregierung und starken öffentlichen Drucks der Grünen und Homosexuellen-Verbände aus dem Programm genommen.

### **Die Europäische Verfassung und Gesetzgebung**

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte schon mehrfach gemeinsame Artikel des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zusammen mit Lüder Gerken. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vorher, von 1987 bis 1994, Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Er hat sogar bei der EU-Charta mitgewirkt, und zwar als Leiter derjenigen Kommission, die die EU-Charta entworfen hat! Und was sagt er heute? Roman Herzog schreibt in der WELT AM SONNTAG vom 14.1.2007: "Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland."

Und weiter: "Die Menschen in Deutschland sind weiter, als mancher Politiker meint. Die meisten Menschen stehen der europäischen Integration im Grundsatz positiv gegenüber. Gleichzeitig aber beschleicht sie das immer mächtiger werdende Gefühl, daß da etwas nicht stimmt; daß eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungsbereiche

und Kompetenzen an sich zieht." Er spricht in seinem Artikel immer wieder von der Zentralisierung aller Kompetenzen. Es wird alles immer mehr in einem Machtzentrum zusammengezogen, wie wir diesen Zentralismus in der Vergangenheit auch schon in verschiedenen Staaten erleben mußten.

### **Europarat verurteilt biblische Schöpfungslehre**

Nun kommt ein weiterer klarer Beweis dafür, daß sich die Europäische Union insgesamt immer mehr in Richtung "Gesinnungsdiktatur" entwickelt. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 4. Oktober 2007 eine Resolution veröffentlicht unter der Überschrift: "Die Gefahren des Kreationismus in der Erziehung." Kreationismus (von lat. creatio = Erschaffung) ist die biblische Schöpfungslehre - also die Lehre, daß Gott die Welt in 6 Tagen so geschaffen hat, wie es Sein Wort sagt, und am 7. Tag ruhte. Wie wird in dieser Resolution formuliert?

Man höre genau hin, wie sich politische Gremien in weltanschauliche, glaubensmäßige Entscheidungen einmischen. Politiker bestimmen über das, was man in dem Zusammenhang auch in Schulen unterrichten darf. Es heißt wörtlich: "Wenn wir nicht aufpassen, könnte der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden, die eine zentrale Angelegenheit des Europarates darstellen." Wir sind also - wie in altrömischer Zeit - Feinde des Menschengeschlechts, wenn wir die Bibel noch ernst nehmen.

Und dann heißt es - jetzt wird es immer gravierender -: "Die Evolutionslehre zu verleugnen, kann ernsthafte Konsequenzen haben für die Entwicklung unserer Gesellschaften ... Der Krieg gegen die Evolutionstheorie und ihre Vertreter gründet sich meistens in Formen von religiösem Extremismus, der eng verbunden ist mit extremen rechtsradikalen politischen Bewegungen." Jetzt sind wir als bibeltreue Christen in der Nazi-Ecke - und das, obwohl z.B. ich selber alles andere als ein Nazi bin. Ich habe z.B. die israelische Nationalhymne für Musikverlage ins Deutsche übersetzt und verschiedenes andere für Israel getan. Aber ich sage das als Beispiel dafür, wie schnell man in diese Ecke gedrängt wird.

### **Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche**

Nicht nur politische Mächte fast jeder Couleur, sondern auch ökumenische Organisationen und die Römisch-Katholische Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinigung Europas und der gesamten Menschheit. Dies hat sich etwa bei den bisher durchgeführten Stuttgarter Europatagen unter großer katholischer und ökumenischer Beteiligung (auch von Charismatikern und Evangelikalen!) gezeigt. Und doch mündet die religiöse Schiene beim Einigungsprozeß gemeinsam mit der politische Schiene letztlich in Rom. Auffallenderweise wurde am 29. Oktober 2004 die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte:

"Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte 'Gott' oder 'Christentum' auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken? Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert:

"Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgebetstreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:

"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Eini-

gungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."

Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger):

"Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."

Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Hier sei erwähnt, daß Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".

Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablass (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer.

Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anläßlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:

"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ... Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ... In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

### **Gott mehr gehorchen als den Menschen**

In all diesen Entwicklungen wird der Vers in Apostelgeschichte 5, 29 wichtige Bedeutung erlangen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Zwar wollen wir nach Römer 13 gehorsame und treue Untertanen der Obrigkeit sein, aber die Bibel lehrt uns auch die Grenze dieses Gehorsams.

Wir sollen nicht einfach die Köpfe in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten, so lange es noch möglich ist. Und wenn sie uns ins Gefängnis stecken, dann sollen wir auch dazu bereit sein. Janet Folger ruft in ihrem Buch "The Criminalization of Christianity" dazu auf, so lange es noch Zeit ist, Einfluß zu nehmen in den Schulen, in Gesetzgebungen, in Massenmedien, den Wissenschaften, auf musikalischem Gebiet, auch zusammenzuarbeiten, so weit es möglich ist, aber nicht um den Preis der Wahrheit. Ich bin nicht für eine große Koalition aller Konfessionen, wie es manche jetzt propagieren, aber für ein Zusammenstehen derer, die wirklich wiedergeboren sind durch den Geist Gottes, auch bei allen Unterschieden, die es in einzelnen Lehrfragen gibt.

Und vor allem: Wir sollten uns abwenden von einer Abwehrhaltung hin zu einer offensiveren Haltung. Janet Folger schreibt: "Immer wieder werden die Begriffe uns übergestülpt. Wir werden als engstirnig hingestellt, als intolerant, als vorgestrig, als gesetzlich, und die anderen präsentieren sich dar als fortschrittlich, als modern, als tolerant, als pluralistisch."

Nein, wir sollen ganz klar sagen, daß wir nur das Beste vertreten, daß wir die beste Botschaft

haben für die Menschen, damit sie wirklich heil werden und auch ins Reine kommen mit Gott, und damit auch ihr eigenes Leben wieder eine ganz neue Basis bekommt durch unseren Erlöser und HERRN Jesus Christus. Möge Gott der HERR uns dazu noch Zeit und Gnade schenken. Und möge uns der HERR Jesus Kraft schenken, wenn es einmal wieder auch für uns etwas kosten sollte, Christ zu sein.

*Zwei Bücher zur Vertiefung (mit allen Quellenbelegen zu diesem Aufsatz):*

*Lothar Gassmann, Europa - das wiedererstehende Römische Reich?, 62 Seiten ...*

*Lothar Gassmann: Diktatur Europa? Was darf man in Europa noch sagen?, 80 Seiten ...<<*

**April 2008**

**BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet im April 2008 (x1.143/...): >>Löscht sie aus ... die Familie - Gender Mainstreaming - die totalitäre Ideologie**

von *Inge M. Thürkauf*

"Unser letztes Ziel ist jenes von Voltaire und der Französischen Revolution: Die vollkommene Vernichtung des Katholizismus und selbst der christlichen Idee", heißt es in "Der ständigen Anweisung der Alta Vendita", einer italienischen Loge. Doch um die Kirche vernichten zu können, müssen zuerst die familiären Strukturen aufgelöst werden.

Das politische und gesellschaftliche Programm der neuen Ideologie Gender Mainstreaming, auf das sich sowohl die Europäische Union als auch die Vereinten Nationen verpflichtet haben, ist exakt dabei diese Auflösung vorzubereiten. "Durch Zersetzung der Familie, als dem Herd aller patriarchalischen Unterdrückung, vor allem der Versklavung der Frau" soll die Vätergesellschaft aufgelöst werden, damit der Weg freigemacht werden kann für den neuen Menschen, der dann im Paradies des Matriarchats seine neue und endgültige Herrschaft finden wird.

**Die klammheimliche Übernahme unserer Gesellschaft durch Gender Mainstreaming**

Das Programm von Gender Mainstreaming scheint die ausgeklügelteste Methode zu sein, das Ziel der "Denker" und "Kämpfer" des 18. Jahrhunderts zu erreichen. Die gegenwärtig aufgebrochene Diskussion um eine Gender gemäße Neuorientierung sowohl der Geschlechter als auch von Ehe und Familie ist - menschlich gesehen - dazu geeignet, das "Christentum in seiner Gesamtheit" auszulöschen.

Gender Mainstreaming ist ein Projekt, das schleichend sich seit der 4. UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking nicht nur in unsere Gesellschaft, sondern auch in die Politik eingeschleust hat, und zwar weltweit, ohne daß sich die Bevölkerung der einzelnen Länder überhaupt darüber bewußt werden konnte.

Im Laufe dieser Konferenz hat es sich gezeigt, daß der Begriff "Gender" eine neue Weltanschauung beinhaltet, die alle Unterschiede zwischen den Geschlechtern relativieren will, d.h. sie nicht als naturgegeben, sondern als gesellschaftsbedingt versteht. "Gender" unterstellt, daß jede sexuelle Orientierung - heterosexuell, homosexuell, lesbisch, bisexuell und transsexuell - gleichwertig ist und gesellschaftliche Akzeptanz beanspruchen kann, ja sogar muß.

Mit anderen Worten: jeder Mensch soll sein Geschlecht selbst wählen können, er soll selbst bestimmen, ob er Mann oder Frau sein will oder das, was immer gerade seinem augenblicklichen Empfinden entspricht, und niemand darf sich dieser freien Entscheidung entgegensetzen, denn dies wäre eine Diskriminierung.

"Mainstreaming" jedoch ist der "Hauptstrom", mit dem dieses neue Menschenbild durch Politik und Gesellschaft getrieben werden soll. Dieser beliebige Wandel des Geschlechts zielt auf das sensibelste Empfinden des Menschen, auf die Sexualität, und als Zielgruppe dieser Beliebbarkeit wurde die Frau ins Visier genommen.

Hinter allem steht der Gedanke, sie von jeglichen angeblich naturgegebenen Verhaltensweisen zu befreien. Den Gender-Ideologen war bewußt, daß das von allen überkommenen Vorstel-

lungen befreite "ewig Weibliche" den Adam "hinanziehen", ihn mitreißen wird in das, was die menschliche Psyche an Unordnung und Perversion in der Lage ist zu bieten.

Der Mensch sei, so das Diktum von Gender, nicht durch natürliche Anlagen festgelegt, sondern durch das, was die Gesellschaft aus ihm macht, in Anlehnung an den oft zitierten Satz von Simone de Beauvoir: "Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht." Dieser Satz ist in seiner Absurdität kaum zu übertreffen und dem gesunden Menschenverstand völlig zuwiderlaufend. Dessen ungeachtet hat er Weltkarriere gemacht, und im radikalen Feminismus konkrete Formen angenommen.

Nicht mehr das biologische Geschlecht, die Tatsache, daß der Mensch von Gott als Mann oder als Frau geschaffen wurde, ist von Belang. Die Gender-Ideologen reißen jegliche bisher geltende Normen ein und verwerfen die Differenzierung in Mann und Frau als eine Erfindung des "hetero-sexuellen Patriarchats", als ein soziales Konstrukt, da jedes Geschlechterverhalten nicht angeboren, sondern erlernt sei.

Was seit Anbeginn der Menschheit als "natürlich" und "normal" gegolten hat, die Zuordnung als Mann und Frau, soll nun von gesellschaftlichen Vorstellungen und Bestimmungen abhängen und - dies ist die Bedrohung für Ehe und Familie - durch Umerziehung geändert werden, um das zu kreieren, was zum Planziel materialistischer Biologen, Genetiker und Politiker gehört und schon seit Jahrzehnten vorbereitet wurde: den neuen Menschen, der reif werden soll für die Neue Weltordnung, für die Neue Welteinheitsreligion. Die Umerziehung aber soll schon bei Kleinstkindern, spätestens aber im Kindergarten beginnen.

### **Die Realität "Gender"**

Die "Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung", die dem Familienministerium von Frau Ursula von der Leyen untersteht, hat noch bis vor einem Jahr einen "Ratgeber für Eltern zur kindlichen Sexualerziehung" herausgebracht (er galt für die Altersgruppe vom 1. bis zum 3., und vom 4. bis zum 6. Lebensjahr), der hunderttausendfach kostenlos (finanziert mit Steuergeldern) verteilt wurde, in dem Eltern, Großeltern oder jene, denen die Pflege der Kinder gerade anvertraut ist, zur sexuellen Stimulation ihrer Kleinkinder aufgefordert wurden.

In einer Schule in New York hat sich im Jahre 2006 ein Lehrer so sehr mit dem Wesen des Weiblichen identifiziert, daß er sich entschloß, eine Frau zu werden. Er ließ sich umoperieren und erschien in der Schule als Frau gekleidet mit der Aufforderung, ihn in Zukunft mit Missis und keinesfalls mehr mit Mister anzusprechen, er würde sich sonst sehr diskriminiert fühlen. Eltern, die ihren Kindern diese transsexuelle Erfahrung ersparen und sie in einer Parallelklasse unterbringen wollten, mußten sich sagen lassen, daß sie damit den ehemaligen Mister diskriminieren würden.

Nach dem Umbau des Schweizer Bahnhofs in Basel mußte ich feststellen, daß es dort nur noch gleichgeschlechtliche Toiletten gab, nicht getrennt in "Männer" und "Frauen", wie dies bisher vor allem in öffentlichen Örtlichkeiten üblich war. Daß diese Umstrukturierung nicht unbeabsichtigt war, zeigen folgende Beispiele:

Im Bundesstaat Colorado in den USA wurde durch Gesetz verfügt, daß an öffentlichen Orten nur noch gleichgeschlechtliche Toiletten existieren dürfen.

Und in Kalifornien hat der dortige Gouverneur Arnold Schwarzenegger im Oktober 2007 ebenfalls ein Gesetz unterzeichnet, das den Jungen erlaubt, in den öffentlichen Schulen die Toilettenräume der Mädchen zu benutzen und die Mädchen jene der Jungen, wenn ihnen danach zumute ist. Sie dürfen keineswegs gehindert werden, dies zu tun. Der Präsident der "Kampagne für Kinder und Familie" bemerkt dazu: Damit hat Arnold Schwarzenegger uns jenen ausgeliefert, die unsere Kinder den alternativen sexuellen Lebensstil aufdrängen wollen. Es ist eine dreiste Attacke gegen die traditionellen Werte der Familie.

Unter dem gleichen, von Schwarzenegger verabschiedeten Gesetz wird außerdem alles ausgeschlossen, was sich gegen Gender richten könnte, darunter gehören Homosexualität, Bisexua-

lität und andere sexuelle Praktiken sowie das oben geschilderte Wechseln des Geschlechts und damit der Kleider von Mister zu Missis und umgekehrt, der "Fachausdruck" dafür heißt cross-dressing.

Auch wird die Literatur in den Schulen durchforstet, ob sie nicht in irgendeiner Weise diskriminierende Vorgänge beschreibe, wie z.B. die Hochzeit zwischen einem Mann und einer Frau oder die Schilderung der Tatsache, daß der Mensch als Mann und als Frau geboren wird, und nicht als irgend etwas dazwischen. Wer sich gegen diese Zensurierung der Lehrbücher wehrt, wird als "rassistisch" oder "sektiererisch" diffamiert.

Das Oberste Gericht in Kalifornien hat einer lesbischen Frau Recht gegeben, die zwei Ärzte verklagte, weil diese sich geweigert haben, an ihr eine Fruchtbarkeitsbehandlung vorzunehmen. Sie begründeten ihre Weigerung mit ihrer religiösen Überzeugung, die ihnen verwehre, einer Homosexuellen zu einem Kind zu verhelfen. Das Gericht befand, daß Religionsfreiheit wohl durch die Verfassung geschützt sei, dies jedoch die Diskriminierung einer Lesbierin nicht rechtfertigen dürfe. Ärzten ist es daher nicht länger erlaubt, homosexuellen Patienten aus religiösen Gründen eine Behandlung zu verwehren.

Damit solche Szenarien wirksam werden können, bedarf es geistiger Umwälzungen, die Schritt für Schritt das Denken des Menschen - meist unbemerkt - verändern. Auch "Gender-Mainstreaming" hat seine Geschichte, deren Kenntnis dazu beitragen kann, dessen Wesen besser zu erfassen. Die folgenden Ausführungen mögen helfen, die gegenwärtig aufgebrochene Diskussion um eine Entwicklung, die tief in das Wertefundament unserer Gesellschaft eingreift, in einem größeren Zusammenhang zu sehen.

### **Das umstrittene Experiment: der Mensch**

1962 traten in London Genforscher vor die Öffentlichkeit der Welt, die Wegbereiter wurden für die von den meisten der heutigen Zeitgenossen noch kaum wahrgenommene Gender-Revolution. Was uns heute im Programm der Gender-Ideologen entgegentritt, wurde damals durch hochdotierte Wissenschaftler als "biologische Zukunft des Menschen" vor einer größtenteils unvorbereiteten Menschheit ausgebreitet.

Mit dem als Ciba Foundation Conference bekannt gewordenen Symposium von 27 führenden Forschern der Biologie und Genetik, darunter auch Nobelpreisträgern, wurde eine Tür aufgestoßen, die den Blick in die Laboratorien der Menschenzüchter freigab. Wir werden sehen, daß das scheinbar in Vergessenheit geratene Ciba-Symposium eine gespenstische Omnipräsenz besitzt.

Ein zentrales Anliegen der anwesenden "commis voyageurs der Wissenschaft" kam immer wieder zur Sprache: die Aufhebung der letzten intakt gebliebenen Institutionen Ehe und Familie. Keineswegs dürfen Maßstäbe, die gestern gültig waren, verewigt werden. Wer immer noch daran festhalte "macht aus unserem Dasein ein perfektes Museum. Oder ein Totenreich ohne Zukunft", da die intellektuelle, wissenschaftliche und soziale Entwicklung des Menschen durch eine objektive Wahrheit (vor allem jene der katholischen Kirche) mit Gewalt unterdrückt würde.

Die ultima utopia der Wissenschaft Wissenschaftler, die entscheidend dazu beigetragen haben, die eugenische und genetische Forschung voranzutreiben, sollen hier genannt werden:

### **Herman J. Muller**

Hermann J. Muller hat schon 1927 auf einem Internationalen Genetikerkongreß davon gesprochen, die "Erb-Masse Mensch" zu ändern oder noch besser möglichst neu herzustellen, damit ein neuer Mensch geschaffen werden kann, um dadurch den Schöpfungsakt zu überbieten.

Die künstliche Menscherschaffung, als die ultima utopia der Wissenschaft, die noch die naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete der Kernenergie und Weltraumfahrt übertreffen will, versteigt sich in den Wahn, den Menschen gentechnisch fit zu machen für die weitere techno-



logische Entwicklung. Dies erst, so Muller, würde die Möglichkeit schaffen für eine Weltbeherrschung. Er gab der Genetik den Auftrag, durch die Erforschung der Gene die Evolution des Menschen methodisch zu lenken und zu "beherrschen" und so radikal umzuformen, daß im Prinzip die Herstellung eines künstlichen Menschen damit gegeben sein würde."

Die Mittel, die dabei angewendet werden sollen, sind heute keine Utopien mehr. Muller verlangt nicht mehr und nicht weniger als die Aufhebung von Ehe und Familie, in dem er sie ihres Sinnes beraubt: der Zeugung und Aufzucht der Nachkommen. Damit ist die künstliche Zeugung durch In vitro-Fertilisation angesprochen, die Befruchtung außerhalb des Mutterleibs, sie ist heute Routine geworden.

Als Kurzformel könnte man zu dieser Art der Befruchtung sagen: Geschaffen, nicht gezeugt. Aber es ist auch die Übernahme der Kinder durch den Staat angesprochen. Die heutige Sozialstaatsideologie greift mit immer härteren Methoden nach den natürlichen Rechten der Eltern und Kinder.

Die wissenschaftliche Entwicklung, durch die der Mensch seine Evolution in die eigene Hand nehmen soll, muß, nach Muller, stufenweise intensiviert werden: von der Geburtenkontrolle über die Transplantation und Geschlechtsbestimmung des Eies zur totalen Kontrolle der "Kind-Produktion", die Austragung des künstlich befruchteten Eies, die Abtrennung der Zeugung vom Liebesleben (das wird heute vor allem durch die Sexualerziehung an der Schule vorangetrieben, dort wird, abgesehen von Ausnahmen, lediglich die Technik des sexuellen Aktes gelehrt, mit oft drastischem Anschauungsmaterial und nicht selten verheerenden Folgen für die weitere Entwicklung der Kinder).

Die Ausschaltung und Zerstörung der Familie führt nach Muller über die Welteinheit aller Kulturen, Völker und Rassen (wir hören daraus schon den Plan zur Schaffung der einen Weltregierung). "Wenn der Mensch seine Evolution erst selber manipuliert, werden die höchsten Geister der Menschheit eine exakte Genetik entwickeln und damit ein gottgleiches Wesen erschaffen." In den verschiedenen Vorträgen und Diskussionsforen des CIBA-Symposiums wurde diese Hybris des Sein-Wollen-wie-Gott beinahe von allen Rednern immer wieder hervorgehoben.

In voller Überzeugung konnte daher Werner Arber, Nobelpreisträger für Medizin 1978, in einer Presseinformation erklären: "Schließlich stellt sich die Frage, ob der Mensch genetisches Material verschiedenen Ursprungs nach seinem Belieben miteinander verknüpfen darf. Können dabei nicht vollkommen neue, bisher unbekannte Lebewesen entstehen? Der Forscher übernehme dabei die Rolle Gottes in der Schöpfungsgeschichte."

Hier sitze ich, forme Menschen nach meinem Bilde, ein Geschlecht, das mir gleich sei, zu leiden, zu weinen, zu genießen und zu freuen sich, und dein (Gott) nicht zu achten, wie ich!

Es ist die alte Idee des Übermenschen von Prometheus über Nietzsche zu Hitler bis zur biologischen Utopie einer Züchtung des Übermenschen durch Kontrolle und Lenkung der menschlichen Evolution, damit der Mensch, dieses "schwächste Glied" diese "Fehlkonstruktion" dem Atomzeitalter besser gewachsen sei.

### **Sir Julian Huxley**

Ein weiterer, nicht weniger bedeutender Wortführer des CIBA-Symposiums war Sir Julian Huxley. Er verwirft mit seinem "evolutiven Humanismus" konsequent alles Absolute, die absolute Wahrheit, die absolute Moral, die absolute Vollkommenheit, die absolute Autorität und propagiert eine Gentechnik, die alte Werte zerstört, ohne neue an ihre Stelle setzen zu können. "Darwin oder Gott", so Huxley, "denn die Welt (und das menschliche Hirn) habe nicht Platz genug für beide" Wir müssen uns von der irrigen Annahme entfernen, zu glauben, daß es so etwas wie Wahrheit oder Tugend gibt.

In seiner Vision über "Die Zukunft des Menschen" warnt er nicht nur vor der Gefahr der Bevölkerungsexplosion, die, um Heimat und Kultur zu retten, unbedingt einzudämmen ist, son-

dern auch vor einer ungünstigen Auswirkung der Genetik in unserer Zivilisation. Daher müssen eugenische Verbesserungen so "schnell als möglich" durchgeführt werden. Für die moderne psychosoziale Evolution ginge es viel zu langsam, wenn man nur die hochwertigen Individuen ermutigen würde, mehr Kinder zu zeugen.

Die Eugenik wird schließlich Methoden wie orale Verhütungsmittel, künstliche Befruchtung und Vielfachbefruchtung durch tiefgekühlten Samen "von hoher genetische Qualität" anwenden müssen. Wer jedoch wird die "hohe genetische Qualität" von der "minderen" trennen? Im Nationalsozialismus hat Huxleys Eugenik seine Vollstrecker gefunden.

### **Teilhard de Chardin**

In diesem Zusammenhang ist es nicht unbedeutend, daß Huxley in seinen Visionen über die Zukunft des Menschen immer wieder seine Nähe zu Teilhard de Chardin bekundet. Nach Teilhard ist es wesentliche Aufgabe seines kosmischen Christus, die Evolution im Punkt Omega ans Ziel zu bringen, eine Evolution, der er, Christus, seiner Menschheit nach, selbst unterworfen sei. An Stelle der Auferstehung steht die Evolution, die Identifizierung von Materie und Geist. Anstatt der visio beatifica, der beseligenden Anschauung Gottes, erfahren wir das Eintauchen des individuellen Bewußtseins in das Allbewußtsein einer Übermenschheit.

Ein Christus aber, der Anfang und Ende eines Prozesses der Evolution ist, und zur Weltenseele erkürt wird, hat aufgehört, Person zu sein. Verhängnisvoll wird es, wenn diese sonderbare Logik im System Teilhards, welches das Fundament des menschlichen Lebens zerstört, nämlich die Person, in die Diskussion über die Abtreibung gerät. Etwas, das nicht Person ist, kann auch ohne weitere Skrupel abgetrieben werden.

Teilhard hat hier einen zentralen Beitrag zur Tötung ungeborener Kinder geleistet. Wolfgang Kuhn schreibt dazu: "Zu welcher grauenhaften Entwürdigung des Menschen die Phantastereien Teilhards im Nationalsozialismus geführt haben, bedarf keiner besonderen Betonung mehr. Man versteht, daß es einem gerade bezüglich der Gedanken, die Teilhard zur Eugenik äußert, angst und bang wird. Teilhard ist schnell bereit, von wissenschaftlichen Tatsachen, ja Gesetzen zu sprechen wo es sich in Wirklichkeit nur um seine eigenen Konstruktionen und Wunschbilder handelt."

Der in London erstellte Katalog von Forderungen und Visionen genetischer Utopien war die Einleitung eines Forschungsprozesses, dem sich verblendete Wissenschaftler ohne Rücksicht und ohne Bedenken auf die sozialen, biologischen und politischen Auswirkungen verschrieben haben. Es ging ihnen dabei nicht um das Wohl des Menschen, sondern um die schrittweise "Verbesserung" des genetischen Fundaments im Dienst einer Neukonstruktion, um "Gott ähnlich zu werden." Teil dieser Neukonstruktion müsse die Abschaffung der Zweigeschlechtlichkeit sein (also die Tatsache, daß es Mann und Frau gibt).

Mit der Abschaffung der Zweigeschlechtlichkeit konnte nun das neue Menschenbild Gender geschaffen werden, das jede sexuelle Orientierung als gleichwertig betrachtet.

### **Planned Parenthood - Pro Familia - Margaret Sanger**

Nicht nur Huxleys "evolutiver Humanismus" war in London Bestandteil der Diskussion um den neuen Menschen, sondern auch seine eugenische Philosophie des wissenschaftlichen Rassismus, der schon Jahre zuvor einen nachhaltigen Einfluß auf jene weltweite Geburtenkontrollbewegung genommen hat, die heute unter dem Begriff Planned Parenthood auf eine Gesellschaft hin arbeitet, in der sogenannte archaische sexuelle Gesetze und irrationale Ängste vor Sex nicht mehr existieren.

Wie Jean-Paul Sartre in seiner Lebensgefährtin Simone de Beauvoir eine kongeniale Partnerin zur Ausbreitung seiner atheistischen Existenzphilosophie fand, so war für den Biologen Huxley die Gründerin von Planned Parenthood, Margaret Sanger, gewissermaßen der verlängerte Arm seiner genetischen Denkmodelle, die bis heute unsere Gesellschaft prägen und die im Genderismus voll ausgelebt werden.

Die Aufgabe der Geburtenkontrolle wie sie Margaret Sanger verstand, war zunächst die Bekämpfung der Gesetze, die Verhütungsmittel verbieten. Sie gründete das nach ihr benannte "Margaret-Sanger-Forschungszentrum", das die Entwicklung der Pille und der Spirale finanzierte und hatte damit, in Verbindung mit Sterilisation und Abtreibung einer Verhütungsrevolution Vorschub geleistet, die im Begriff ist, die unaufhaltsame Selbstausslöschung der Industrienationen herbeizuführen.

Das traditionelle Verständnis von Ehe war für sie ein zu bekämpfendes Übel. Nicht Gesetz oder Tradition heiligen die Ehe, sondern allein die individuelle sexuelle Befriedigung, denn "körperliche Liebe ist ein höheres Gebot als das bloße Gesetz". Zur "Verbesserung" des genetischen Potentials forderte Margaret Sanger die Sterilisation der armen Bevölkerung, um - ganz im Sinne Darwins Überleben des Stärkeren und im Sinne der ihr bekannten Genetiker - eine Rasse von "Vollblütlern" hervorzubringen: "Mehr Kinder von Tüchtigen, weniger von Versagern."

Margaret Sangers Gedankenkonstruktionen deckten sich völlig mit Hitlers Theorien zur Züchtung einer arischen, rassistisch hochstehenden Elite. Massensterilisation und Euthanasie von angeblich untauglichen Menschen rechtfertigten die Nationalsozialisten mit der Rassenhygiene, die nachweislich aus dem Programm der Geburtenkontrollbewegung Margaret Sangers stammte.

Nach Bekanntwerden der logischen Konsequenzen von Hitlers Herrenmenschentum wandelte man den Begriff "Geburtenkontrollbewegung" um in die irreführende und schönfärberische Bezeichnung "International Planned Parenthood Federation (IPPF)" (Verband für geplante Elternschaft), deren Strategie es war, in den folgenden Jahren mit Hilfe der Vereinten Nationen die radikalen Ideen über Familienplanung, verpflichtende Sexualerziehung an den Schulen, Abtreibung und Sterilisation durchzusetzen und sie in politische Programme zu integrieren.

Der deutsche Zweig der IPPF ist das Gründungsmitglied Pro Familia (für die Familie). Feminismus und New Age als Vorreiter des Genderismus Die Bewegung, die der Gender-Diskussion den Weg geebnet hat, ist der Feminismus. Vor allem der radikale oder Gender-Feminismus in Verbindung mit der Bewegung von New Age hat in den letzten Jahrzehnten die Umformung oder besser die Umerziehung der öffentlichen Meinung intensiviert, als eine die Gesellschaft verändernde Bewegung auf der Grundlage eines New-Age-Menschenbildes, das die Vorbereitung war zum Menschenbild des Genderismus.

Es ging und geht den Gender-Feministinnen keineswegs um die Beseitigung von Ungerechtigkeit gegenüber der Frau z.B. im Berufsleben. Im Gegenteil, die Forderung nach Gleichberechtigung ist ihnen ein Dorn im Auge, denn wo für die Gleichberechtigung gekämpft wird, verlieren sie ihr eigentliches Ziel: die weibliche Macht in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft - unter Ausschaltung der Männer - zur Geltung zu bringen. Gender Mainstreaming ist exakt das Kontrollinstrument zur Aufhebung der Männerdominanz.

Familie, Mutterschaft und Schwangerschaft werden von den radikalen Feministinnen als Diskriminierung der Frau angesehen. Die Schwangerschaft sei barbarisch, als gesund könne man sie auch nicht bezeichnen. Es war dann auch die feministische Bewegung, die sich von Anfang an einig war im Kampf um die Freigabe der Abtreibung. Millionen Ungeborener wurden in den letzten Jahrzehnten abgetrieben.

Wir sterben aus, die westlichen Länder leiden unter der sogenannten demographischen Katastrophe und noch immer hat kein Umdenken stattgefunden. Auf der einen Seite wird für die Abtreibung gekämpft, auf der anderen Seite will man die künstliche Fortpflanzung in Anspruch nehmen. Wie dekadent muß eine Gesellschaft sein, um die Schizophrenie darin nicht zu erkennen.

Es geht auch hier den Gender-Feministinnen unverblümt um die Zerstörung der Familie, um die Zerstörung des Männlichen und Weiblichen, denn, das Ende der biologischen Familie, so heißt es in einem Studienprogramm, wird auch dem Bedürfnis für sexuelle Unterdrückung ein Ende bereiten. Es wird angestrebt, daß außereheliche, homosexuelle, lesbische Lebensweisen gesetzlich verankert und nicht lediglich toleriert werden.

Die feministische Gleichheit bedeutet nicht nur Gleichheit vor dem Gesetz oder Gleichheit in der Befriedigung von Grundbedürfnissen, sondern, daß Frauen keine Kinder austragen müssen. Die Zerstörung der biologischen Familie erlaubt das Emporkommen neuer Frauen und Männer, die sich von allen bisher existenten Menschen unterscheiden.

"Solange menschliche Wesen nicht in der Retorte entstehen, sondern von Frauen zur Welt gebracht werden müssen, so lange bleibt die Frau dem Manne gegenüber von vornherein im Nachteil." Daher wird statt der natürlichen Kinderzeugung die künstliche Befruchtung proklamiert, also in Vitro-Fertilisation. Außerdem verlangt die Strategie der Gender-Feministinnen, daß diese von ihnen geforderten Rechte als Weiterentwicklung der von der UNO geschützten Menschenrechte akzeptiert werden und benutzt die UNO, um dieses Recht weltweit zu forcieren.

### **Die eugenische Praxis**

Die in London als "Spiel der Möglichkeiten" angesteuerte "künstliche Befruchtung" hat im heutigen Wissenschaftsbetrieb konkrete Formen angenommen: Nach einem Bericht in der britischen Tageszeitung "Times" aus dem Jahre 2003 hat ein lesbisches Paar bei einem Unternehmen, das auf der Website "ManNotIncluded.com" (Mann nicht inbegriffen) abgerufen werden konnte, unter Angabe der Hautfarbe, Größe und Haarfarbe, beruflichen Qualifikationen und Hobbys das Sperma eines anonymen Spenders bestellt, der "sehr gesund war, braune Haare und blaue Augen" hatte.

Das Sperma wurde per Post frei Haus geliefert. Die künstliche Befruchtung konnte das Paar somit selbst vornehmen. Da die Reproduktionsmediziner in Homosexuellen und Lesben zukunftsfrüchtige Zielgruppen sehen, wurde mit dem in England praktizierten Verfahren eine wichtige Hürde genommen.

1965, also 3 Jahre nach dem Londoner Symposium, entwickelte John Money, Psychiater am Johns-Hopkins-Krankenhaus in Baltimore, USA, seine eigene Gottähnlichkeit und nahm auf seine Art sich konkret der "biologischen Zukunft des Menschen" an. Sexualität war - so könnte man sagen - sein Arbeitsgebiet und sein Spezialfach das Krankheitsbild von Trans- und Intersexuellen. Daraus entwickelte er, im Sinne von Simone de Beauvoir, die Theorie, daß ein Mädchen erfolgreich zu einem Mann und ein Junge ebenso erfolgreich zu einer Frau erzogen werden könne.

In einem aufsehenerregenden Artikel in der FAZ vom 7.9.2006 berichtete Volker Zastrow von einem Experiment Money's mit den eineiigen Zwillingen Bruce und Brian Reimer aus Kanada. Bei der Beschneidung mit einem elektrischen Instrument durch den Arzt wurde der Penis des einen Zwillingen so schwer verbrannt, daß "das Glied sich schwärzte und bald vollständig abfiel". Die verzweifelten Eltern hofften mit einer operativen Geschlechtsumwandlung, die ihnen von Money vorgeschlagen wurde, ihrem Sohn ein einigermaßen normales Leben bieten zu können.

Im Fall dieses Knaben Bruce glaubte nun der Psychiater Money seine Theorie erhärten zu können, daß man aus Männern ohne weiteres Frauen "basteln" könne. Es ging ihm letztlich darum, den Beweis zu erbringen, daß die Geschlechtsidentität durch Erziehung entsteht und mit der biologischen Geschlechtlichkeit nichts zu tun habe und unterzog den inzwischen 22 Monate alten Bruce einer operativen Geschlechtsumwandlung.

Auf seine Anordnung hin war das Kind nun strikt als Mädchen zu erziehen. Doch mit beginnender Pubertät meldete sich der Mann in diesem umgestalteten Jungen, und er interessierte

sich für Mädchen, da halfen weder die operative Geschlechtsumwandlung noch die Hormone, die diese bedauernswerte Kreatur schlucken mußte. Der Psychiater Money diagnostizierte jedoch sein Verhalten als lesbische Veranlagung.

Als man ihm endlich die Wahrheit eröffnete, wollte er von da an nur noch als Junge leben. Statt weiblicher Hormone nahm er nun männliche, ließ sich wieder, soweit dies überhaupt möglich war, umoperieren und heiratete sogar. 26 Jahre lebte er sodann als Mann, doch im Frühjahr 2004 erschöß er sich mit einer Schrotflinte. Sein Zwillingsbruder Brian hatte sich schon ein Jahr zuvor mit Tabletten das Leben genommen.

Der Psychiater Money jedoch hat in all den Jahren, in denen er diesen unglücklichen Jungen behandelte, seine angeblich wissenschaftlichen Erfolge einer operativen Geschlechtsumwandlung an einem Kind, das eindeutig männliche Geschlechtsmerkmale aufgewiesen hat, in populärwissenschaftlichen Lehrbüchern und Publikationen veröffentlicht.

Seinem Hauptwerk, das 1973 herauskam, gab er den Titel "gender identity". Auch in der Presse wurde sein "Fall" aufgenommen und als Beweis für die Gender-Theorie herangezogen: In der New York Times Book Review konnte man lesen: "Wenn man einem Jungen sagt, er sei ein Mädchen und wenn man ihn als Mädchen erzieht, dann wird er sich weiblich verhalten".

Durch einen verantwortungslosen und ehrgeizigen Forscher und seine Helfer wurde die "Erbmasse" Mensch zum Gegenstand von Experimenten erniedrigt und die angeblichen Erfolge durch die Medien künstlich aufrecht erhalten. Ohne diese "Pionierarbeit" Moneys hätte jedoch die Gender-Theorie wohl kaum 1993 in die weltweite Frauenpolitik und in die bürokratische Alltagssprache der EU-Länder Eingang finden können. Die Wissenschaftsgläubigkeit der Medienleute und ihrer Konsumenten haben ein Übriges getan, daß die "Fehlkonstruktion" Mensch zum Gegenstand einer bejubelnden Manipulation werden konnte.

### **Gender als "Wissenschaft"**

Jede Ideologie will sich mit dem Mantel der Wissenschaftlichkeit schmücken, so auch der Genderismus. Die meisten Universitäten weltweit unterhalten Institute für gender-studies, wo Modelle entwickelt und gelehrt werden, bei denen die ganze Gender-Agenda Gegenstand des Studiums ist, inklusive die Möglichkeit, zwischen fünf verschiedenen Geschlechtern zu unterscheiden, statt zwischen biologisch zwei. An einigen Universitäten ist es sogar möglich geworden, einen Abschluß in Gender als Hauptfach zu erlangen.

Die Tatsache, daß das Gender-Prinzip vor allem auf der intellektuellen Ebene abgehandelt wird, macht es für den "Mann auf der Straße" so schwer zu erkennen, wo die Gefahr liegt. Doch die unmittelbaren Folgen einer universitären Ausbildung, die die Zerstörung moralisch-ethischer Werte zum Inhalt hat, bekommen wir alle zu spüren. "Von dem, was man heute an den Universitäten denkt, hängt ab, was morgen auf den Plätzen und Straßen gelebt wird!", schreibt der Philosoph José Ortega y Gasset, oder - so kann man hinzufügen - von dem, was in die politischen Programme aufgenommen wird. Und dies ist nicht wenig!

### **Gender in der Politik**

Die Pläne der in London versammelten Wissenschaftler enthielten auch die Forderung, ihre wissenschaftlichen Ergebnisse über die Schaffung des Neuen Menschen in politische Programme einzubinden. Daß dies schon seit Jahren erfolgreich durchgeführt wurde, beklagt der Biochemiker Erwin Chargaff in einem seiner letzten Bücher: Die Wissenschaftler würden alles unternehmen, um sich die Rechte ihrer Forschungsergebnisse zu sichern.

"Sie beraten Regierungen und flüstern ihnen zu, welche Förderprogramme aufzulegen und welche Gesetze abzuschaffen sind. Sie sind Unternehmer und Lobbyisten in eigener Sache. Statt um pure Erkenntnis ringen sie heute vornehmlich um den größtmöglichen Profit."

Seit 1996 ist Gender Mainstreaming als Strategie zur Durchsetzung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in allen EU-Staaten verbindlich. Sie beinhaltet für alle politisch-

administrative Systeme die Verpflichtung, ihre eigenen Programme, Entscheidungen und Regelungen daraufhin zu prüfen, ob sie (etwa indirekt) ein Geschlecht benachteiligen.

Gender Mainstreaming wurde zu einem politisches Konzept, mit dem in der Berufsarbeit systematisch geschlechtsbezogene Benachteiligungen aufgespürt werden können. 1999 hat die Bundesregierung "Gleichstellungspolitik mittels der politischen Strategie des Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe" festgelegt.

Ziel der Gender Ideologen ist eine klassenlose Gesellschaft, die sich vor allem von der grundlegendsten Klasse befreien will: von der Klasse des Geschlechts. Daher eine 50/50 Quotenregelung für Männer und Frauen für sämtliche Arbeits- und Lebensbereiche. Manche sprechen sogar von 70/30, also 70 % Frauen, 30 % Männer. Die Männer jedoch sollen dazu bestimmt werden, 50 % der Säuglings- und Kinderpflege zu übernehmen. Alle Frauen müssen aber mit oder ohne Kinder jederzeit einer vollzeitigen Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Kinderbetreuung und -pflege übernimmt der Staat.

Die Welt ist allerdings nicht besser geworden, seit Frauen sich Positionen in Wirtschaft und Politik erobert haben. Es sind Frauen, die die Abtreibungsgesetze in die Wege leiten und befürworten - bis kurz vor der Geburt. Es sind Frauen, die sich für das embryonale Stammzellengesetz stark gemacht haben. Damit soll jedoch nicht gesagt werden, daß Frauen an verantwortungsvollen Posten nicht gute Arbeit leisten können, darum geht es hier nicht. Es ist der Zwang zur Quotenregelung um jeden Preis, gegen den wir uns wenden müssen, weil damit ganz gezielt die Zerstörung der Familie vorangetrieben wird.

Wie weit die Diktatur des Genderismus schon gediehen ist, zeigt ein Blick auf den "Entschließungsantrag" des Europäischen Parlaments vom 11. Januar 2006. Dort wird Homophobie, "die irrationale Furcht vor und Aversion gegen Homosexualität und schwule, lesbische, bisexuelle und transsexuelle Menschen", gleichgestellt mit Rassismus, Xenophobie und Antisemitismus.

Nach dem Programm der Gender-Ideologen soll das Konzept Gender in das gesamte Bildungswesen, vom Kindergarten über die Schule bis zur Hochschule und an das gesamte Aus- und Weiterbildungssystem integriert werden. Am Ende soll das stehen, was in einem politischen Programm der SPD formuliert wurde: "Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden."

Die Ablehnung alles Männlichen scheint immer groteskere Formen anzunehmen. Anlässlich der 51. Session am Sitz der Vereinten Nationen in New York forderte die "Kommission für die Stellung der Frau" die Einstellung jeglicher Form von Diskriminierung gegenüber dem weiblichen Geschlecht - vor allem würde die Abtreibung eine lautlose Form der Diskriminierung darstellen.

Es ging den Feministinnen jedoch nicht um die Ablehnung der Abtreibung im Allgemeinen. Wogegen sie sich wehrten ist der Kindermord (wie sie sich ausdrückten) des weiblichen Fötus. Der männliche Fötus hingegen kann ohne weiteres abgetrieben werden. Es ist eine Welt des absoluten Wahnsinns, die sich uns hier geöffnet hat.

### **Die Familie im sozialistischen Programm**

Nach den Vorstellungen von Engels und Lenin sah das sozialistische Programm vor, die Privathaushalte möglichst aufzulösen, die Frauen zur Arbeit zu zwingen und die Kinder in Heimstätten unterzubringen. Für den Marxisten Wilhelm Reich war die monogame Dauerehe der Kern der Zwangsfamilie, sie müsse daher abgeschafft werden, da die sexuellen Bedürfnisse der Menschen die Fesseln traditioneller Normen sprengen.

Darüber hinaus mache das Einspannen von Mann und Frau in den Produktionsprozeß die Familie auf jeden Fall überflüssig. Um die Revolution erfolgreich durchführen zu können, müsse der Jugend sexuelle Freiheit gewährt werden. Durch die zu erwartende Eheunfähigkeit würden Ehe und Familie somit automatisch untergehen. Nach Reich muß die Neuordnung des ge-

schlechtlichen Lebens mit der Umerziehung des Kindes beginnen. Es sieht tatsächlich danach aus, als ob wir die in der ehemaligen Sowjetunion durchgezogenen Praktiken mit Eifer nachholen möchten.

### **Zusammenfassung**

- 1) Drastische Reduzierung der Weltbevölkerung.
- 2) Abschaffung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Für die rechtliche Bestimmung des Geschlechts der Menschen dürfen nicht mehr die äußeren Geschlechtsmerkmale ausschlaggebend sein, sondern nur noch das subjektive Empfinden des Menschen.
- 3) Abschaffung der Vollzeit-Mütter.
- 4) Freien Zugang zu Verhütung für alle, auch für Jugendliche, Abtreibung (nach neuer Sprechweise "reproduktive Gesundheit") soll Menschenrecht werden. Förderung homosexuellen Verhaltens, was ganz entschieden zur Reduzierung der Weltbevölkerung beiträgt.
- 5) Sexualekundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt. Die Absicht der Gender-Ideologen ist, das Empfinden der Jugend so zu manipulieren, besonders durch die verpflichtende Sexualerziehung in der Schule, durch den ganzen Einfluß der Medien, der Jugendliteratur, der Musik, daß ihre Haltung zu Ehe und Familie gestört, wenn nicht gar verunmöglicht wird. (1951 formulierte Bertrand Russell, was heute offensichtlich geworden ist: Es steht zu hoffen, daß eines Tages jeder jeden zu allem überreden kann, wenn er seine Patienten (so bezeichnete er die Jugend) nur jung genug in die Hände bekommt und vom Staat mit genug Geld und dem erforderlichen Apparat versehen wird.)
- 6) Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.
- 7) Eine 50/50 Männer/Frauen Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Unterschiedliche Begabungen sollen als "Geschlechterstereotype" gebrandmarkt werden.
- 8) Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbsarbeit nachgehen.
- 9) Religionen, die diese Ideen nicht mittragen, sollen der Lächerlichkeit preisgegeben werden. (Eine der perfidesten Methoden, um einen Menschen mundtot zu machen, ist, ihn dem Gespött auszuliefern. Wenige halten diesem Druck stand. Jene, die verstehen, dem Gelächter der Welt entgegenzutreten, erfahren massive Bedrohungen, sie werden als Fundamentalisten, als Sektierer, als Rassisten diffamiert, ausgegrenzt oder strafrechtlich verfolgt.)

Die Schaffung des "Neuen Menschen" durch Gender Mainstreaming ist der vorläufig letzte Angriff auf den christlichen Glauben, auf die christliche Familie. Es ist eine substantielle Entwürdigung des Geschöpfes und des Schöpfers, eine folgenschwere Mißachtung der gottgegebenen Ordnung.

Es scheint, daß wir nach dem "Mythos des 20. Jahrhunderts" mit seinem totalitären Regime des Nationalsozialismus in die "Neue Weltordnung der Sexualität" als den Mythos des 21. Jahrhunderts eingetreten sind, in der ein von allen Bindungen befreiter, emanzipierter Mensch den neuen Totalitarismus in der Gestalt von Gender-Mainstreaming vorbereitet.

Was ist über uns gekommen, daß wir im Begriff sind, die "Civitas Dei" mit einer "Civitas Gendri" vertauschen zu wollen? "Wir haben Gott vergessen, und darum ist alles so gekommen", wäre auch heute wieder die Antwort von Alexander Solschenizyn. In seiner Londoner Rede 1983 sprach er vom mangelnden Bewußtsein für die Erhabenheit des Göttlichen und der dadurch hervorgerufenen allgemeinen Umnachtung der Völker, die zu den geistigen Erschütterungen im letzten Jahrhundert geführt haben.

"Die Apokalypse unserer materialistischen Epoche, deren Wurzeln bis in die Tiefe der Geschichte hinabreichen, ist das letzte Stück des Kreuzweges der Menschheit ins verwirklichte Christentum." ...<<

**03.05.2008**

**BRD: Der deutsche Journalist und Publizist Hans-Jürgen Mahlitz schreibt am 3. Mai 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Ende eines Antifa-**

## **Märchens**

Schon lange vor der Machtergreifung Hitlers plante Stalin den Krieg gegen Deutschland Deutsch-sowjetische Demarkationslinie, 22. Juni 1941: Im Morgengrauen tritt die Wehrmacht zum Angriff auf die Rote Armee an, stößt auf wenig Widerstand, scheint erneut einem Blitzkrieg-Sieg entgegenzueilen. Soweit die historisch gesicherten, unbestreitbaren Fakten. Aber war dies ein Überfall oder ein Präventivschlag? Und waren die Sowjets wirklich die Opfer der Aggression oder sind sie lediglich zu früh und "auf dem falschen Fuß" erwischt worden?

Hier gehen die Meinungen noch heute weit auseinander, und oft genug sind sie immer noch stärker von ideologischen Positionen als von Fakten bestimmt. Nur wenige Autoren schafften es in den letzten zwei, drei Jahrzehnten, der Maxime Leopold von Ranke ("zeigen, wie es eigentlich gewesen ist") treu zu bleiben.

Einen erneuten Anlauf, das Geschichtsbild von "politisch korrekten" Vorgaben zu befreien, unternimmt in diesen Tagen der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial. In seinem neuen Buch "Kampfplatz Deutschland" zeichnet er "Stalins Kriegspläne gegen den Westen" (so der Untertitel) akribisch nach und verweist alle gängigen Thesen vom antifaschistischen Befreiungskampf der friedliebenden Sowjetunion endgültig ins Reich der Märchen. Diese Pläne - und auch der Beginn ihrer konkreten Umsetzung - datieren nämlich aus der Mitte der 20er Jahre, einer Zeit also, da der fälschlich als Faschismus bezeichnete National-Sozialismus Hitlers machtpolitisch noch keine Rolle spielte.

Schon zu Lenins Zeiten war Deutschland aus Moskauer Sicht der Schlüssel zur Weltrevolution. Der russische Oktober-Revoluzzer war anfangs allerdings davon überzeugt, die "werk tätigen Massen" im Nachkriegsdeutschland würden alsbald das zarte Pflänzlein der jungen Demokratie zertrampeln, eine Räterepublik nach bolschewistischem Muster errichten und so den entscheidenden Grundstein zur kommunistischen Weltherrschaft legen.

Erst als die ersehnte, von Deutschland ausgehende Weltrevolution allzu lange auf sich warten ließ, schwenkten Lenin und sein Nachfolger Stalin um. Ab 1924/25 galt die Devise, das selbsternannte "Vaterland aller Werktätigen" müsse notfalls im Alleingang und mit Waffengewalt den immer noch "kapitalistischen" Rest der Menschheit sozialistisch beglücken. Und schon 1927 ließ der neue "Rote Zar" sich von seinem Politbüro gigantische Aufrüstungsprojekte absegnen. Die Realisierung, also der Ausbau der Roten Armee zur mächtigsten Angriffstreitmacht aller Zeiten, scheiterte jedoch zunächst am desolaten Zustand der sowjetischen Industrie und am finanziellen Mangel.

Die Ende 1929 ausbrechende Weltwirtschaftskrise der westlichen Industrienationen ermunterte Stalin, trotz aller Rückschläge ein neues, noch gewaltigeres Rüstungsprogramm aufzulegen. Er sah sich durch den legendären "Schwarzen Freitag" in seiner Erwartung bestärkt, eine militärisch erstarkte Sowjetunion brauche nur noch in Ruhe abzuwarten, bis der kapitalistische Westen hinreichend geschwächt sei, um dann von der Roten Armee endgültig hinweggefegt zu werden.

Aber auch dieses Kalkül ging nicht auf. Die Weltkriegs-Siegermächte und schließlich auch das im Diktat von Versailles so tief gedemütigte und ausgebeutete Deutschland erholten sich von der Krise. So mußte Stalin sein Weltrevolutions-Konzept 1933, nach der Machtergreifung Hitlers und dessen unbestreitbaren innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolgen, wieder einmal total umstellen. Nun spekulierte er darauf, daß die kapitalistischen Länder sich in selbstzerfleischende "Bruderkriege" hetzen ließen.

Darauf war die Moskauer Außenpolitik total ausgerichtet, und begleitet wurde sie von massiver militärischer Aufrüstung. Im August 1939 wählte der Moskauer Machthaber sich dem Ziel entscheidend näher gerückt; als er mit Hitler paktierte, war der Wortbruch schon programmiert, allerdings noch ohne festes Datum. Und daß der andere Diktator dies genauso sah, macht Stalins Strategie nicht weniger verlogen.



Beide Diktatoren bereiteten also den Angriff auf den Vertragspartner vor. Und nicht nur darin waren sie sich gleich. So verfügten auch beide über durchaus fähige Geheimdienste, handelten aber beide nach der Devise, daß "nicht sein kann, was nicht sein darf".

In Berlin war man im Frühsommer 1941 fest überzeugt von einem "Siegeszug ohnegleichen", wie Hitler laut Goebbels-Tagebuch noch sechs Tage vor dem Angriff tönte; die Rote Armee sei so schwach, daß sie "innerhalb weniger Wochen zerschlagen" werde.

Auf der anderen Seite schlug Stalin alle Warnungen - bis hin zum exakten Angriffsdatum - in den Wind und ließ sich in seinen Planungen nicht stören. Er wollte in Ruhe den Aufmarsch einer Streitmacht von über fünfeneinhalb Millionen Soldaten, ausgerüstet mit über 25.000 Panzern und fast 20.000 Flugzeugen, abschließen und zugleich abwarten, bis die deutsche Wehrmacht durch den Krieg im Westen noch weiter geschwächt wäre. Da soll man sich von Fakten nicht irritieren lassen.

Stalin mußte sich seine Fehleinschätzung am 22. Juni 1941 eingestehen; bei Hitler dauerte es noch einige Wochen, bis er erkannte, "wie ungeheuerlich dieser Staat gerüstet war". Erst zu diesem Zeitpunkt, also mit schwindender Siegeszuversicht, setzte sich in Berlin die Präventivschlag-These durch. Zuvor hatte man von einem sowjetischen Angriff, dem es zuvorkommen gelte, nichts wissen wollen.

Bei der Darstellung der von Anfang an aggressiven Politik Stalins gegenüber Deutschland und dem Westen kann man Bogdan Musial weitgehend folgen. Er bietet eine Fülle überzeugender Belege, nicht zuletzt begünstigt durch die gründliche Auswertung russischer Archive.

Weniger nachvollziehbar ist seine Argumentation, wenn es um die Rolle Polens geht: Warschau als das völlig unschuldig zwischen die bösen Deutschen und die genauso bösen Sowjets geratene Opfer - das ist wohl doch etwas zu einseitig.

Nicht ganz fair ist es auch, daß er Autoren wie Werner Maser, Joachim Hoffmann, Ernst Topitsch, Heinz Magenheimer oder Gerd Schultze-Rhonhof, die schon früher - oft auf deutlich schwächerer Basis an Akten- und Archivmaterial - zu ähnlichen Schlüssen gekommen waren, nicht erwähnt.

Anerkennung verdient jedoch Musials Mut, mit der Entlarvung Stalins als einem Hitler durchaus ebenbürtigem Aggressor seine eigene frühere Meinung zu revidieren.

### **Bogdan Musial**

Der 1960 in Polen geborene Prof. Dr. Bogdan Musial lebt seit 1985 in Deutschland; 1992 wurde er eingebürgert. Von 1999 bis 2004 arbeitete der promovierte Geschichtswissenschaftler am Deutschen Historischen Institut in Warschau.

Vor zehn Jahren wurde erstmals eine breitere Öffentlichkeit auf ihn aufmerksam, als er gravierende Fehler und Fälschungen in der sogenannten Wehrmachtsausstellung des Hamburger Tabak-Millionärs Jan Philipp Reemtsma offenlegte. Die Ausstellung stellte die Wehrmacht als kriminelle Organisation dar und diskriminierte die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs pauschal als Verbrecher; nicht zuletzt dank der Hinweise Musials mußte sie 1999 geschlossen werden.

Mit seinem Buch "Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen" ... hat der deutsch-polnische Historiker sich erneut den Unmut der Verfechter linker "political correctness" zugezogen.

### **Werner Maser**

Der 1922 in Ostpreußen geborene Historiker Prof. Dr. Werner Maser vertrat schon 1994 in seinem Buch "Der Wortbruch" die These, im Sommer 1941 sei nicht nur Hitler, sondern auch Stalin zum Angriff entschlossen gewesen. Maser damals im Gespräch mit dem Autor: "Von zwei aggressiven Diktatoren war Hitler lediglich der etwas schnellere."

Neben der Darstellung des Weges, der in den Zweiten Weltkrieg führte, war ein weiterer Schwerpunkt seines wissenschaftlichen Schaffens die Auseinandersetzung mit dem Füh-

rungspersonal des Dritten Reiches. Seine 1971 veröffentlichte Hitler-Biographie steht auf einer Ebene mit Joachim Fests Standardwerk zu diesem Thema.

Maser holte Hitler vom Podest der Mythen herunter, zeigte ihn als reale Gestalt und machte ihn und das von ihm angeführte System als politisches Phänomen erklärbar. Nach dem Ende des Sowjetsystems fanden die Werke des vor einem Jahr verstorbenen Historikers zunehmend auch in den Ländern des ehemaligen Ostblocks Anerkennung.

### **Ernst Topitsch**

Der 1919 in Wien geborene Philosoph, Soziologe und Historiker Prof. Dr. Ernst Topitsch hat schon 1985 mit seinem Buch "Stalins Krieg - Moskaus Griff nach der Weltherrschaft" der These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands widersprochen und auf die aggressive Langzeitstrategie Stalins verwiesen.

Damals mußte der österreichische Gelehrte sich noch in erheblichem Maße auf Indizien und Mutmaßungen stützen, da osteuropäische Quellen gar nicht oder nur selektiv im Sinne der kommunistischen Machthaber zur Verfügung standen und im Westen schon seine Fragestellung als "revisionistisch" verpönt war. Um so eindrucksvoller - und auch erfreulicher - ist es, wie stark das heute zugängliche Archivmaterial seine damaligen mutigen Thesen untermauert. 2003 ist Ernst Topitsch im Alter von 84 Jahren verstorben.<<

### **12.06.2008**

**Irland:** Bei dem Referendum vom 12. Juni 2008 stimmen 53,4 % der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon.

### **18.06.2008**

**Belgien:** Ungeachtet der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrages beschließt der Europäische Rat am 18./19. Juni 2008, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen.

### **21.06.2008**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juni 2008 (x887/...): >>>Überwindung des Unrechts

Alfred M. de Zayas legt "50 Thesen zur Vertreibung" vor

Der Verfasser von "50 Thesen zur Vertreibung", Alfred M. de Zayas, ist amerikanischer Völkerrechtler (Harvard) und Historiker und seit zwei Jahrzehnten Mitglied des Kuratoriums "Internationales Forum für Menschenrechte e.V.". Er war hoher Uno-Beamter und Chef der Petitionsabteilung im Büro des Uno-Hochkommissars für Menschenrechte in Genf, bis er 2003 in den Ruhestand trat, um dann als Völkerrechtsprofessor am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf, an der Universität British Columbia (Vancouver), und an der Geneva School of Diplomacy weiterhin zu lehren.

De Zayas zweites Buch, die "Anmerkungen zur Vertreibung", enthielt bereits 22 "Thesen zur Vertreibung", die den Kern der hier besprochenen 50 Thesen bilden. Es handelt sich um 17 historische und 18 völkerrechtliche Thesen, die notwendigerweise gewisse Schlußfolgerungen nach sich ziehen.

Diesen Schlußfolgerungen kann man zustimmen, zum Beispiel der These 50: "Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige 'ethnische Säuberungen' zu verhindern. Eine gründlichere Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Vertreibung der Deutschen in ihrem gesamteuropäischen und menschenrechtlichen Kontext und sinnvolle, für alle Seiten tragbare Anstrengungen zur Überwindung der Unrechtsfolgen würden eine solche Prävention fördern. Die 'Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen' und das geplante 'Sichtbare Zeichen' in Berlin können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich strikt an der historischen Wahrheit und am Völkerrecht orientieren."

Kaum ein Wissenschaftler hat sich so lange und so interdisziplinär mit der Vertreibung beschäftigt. Da er Mitglied des Beirats der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" ist, dürfen wir hoffen, daß er in die neue Forschungs- und Dokumentationsstelle in Berlin - das soge-

nannte "Sichtbare Zeichen" im Deutschlandhaus - berufen wird.

Nun ist de Zayas vor allem Menschenrechtler und betrachtet die Vertreibung der Deutschen nicht nur historisch, in ihren umfassenden Zusammenhängen (Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon, Ribbentrop-Molotow-Pakt, Generalplan Ost), sondern vor allem in ihrer menschenrechtlichen Dimension.

Dabei beruft er sich auf die Worte des ersten Uno-Hochkommissars für Menschenrechte, Dr. José Ayala Lasso (Ecuador), der 1995 in der Paulskirche zu Frankfurt/Main und 2005 in Berlin die deutschen Vertriebenen eindeutig als Opfer anerkannte und ermutigte. Allerdings bemerkt de Zayas die Anomalie, daß die deutschen Medien diese bedeutenden Worte Ayala Lassos weitgehend ignorierten, genauso wie die Medien die Worte der Anerkennung und der Caritas von Papst Johannes Paulus II. und von Benedikt XVI. zu den Vertriebenen schlichtweg außer acht lassen.

Die Thesen setzen sich vehement gegen die Bagatellisierung der Vertreibung, gegen Aufrechnungen, gegen Kollektivschuld, gegen die Täter-Opfer-Schablone ein. Sie lehnen die pietätlose Haltung einiger deutscher Historiker ab, die die Vertreibung durch die Verbrechen der Nazis erklären und sogar rechtfertigen wollen. Die Thesen sind aber kein "Plädoyer" für die Vertriebenen. Sie sind ein "Plädoyer" für die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte und für die Notwendigkeit, aller Opfer mit Ehrfurcht zu gedenken.

Als Historiker zeigt de Zayas, daß die deutsche Ostsiedlung weitestgehend friedlich vor sich ging, daß die meisten deutschen Bauern und Kaufleute in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Böhmen, Mähren usw. bereits im 12. und 13. Jahrhundert dorthin siedelten, meistens auf Einladung und nicht als Eroberer. Eigentlich läßt sich die populärwissenschaftliche Idee eines deutschen Dranges nach Ostens weniger belegen als ein slawischer Drang nach Westen. Immerhin sei der Zweite Weltkrieg nur der Anlaß, nicht aber die Ursache der Vertreibung gewesen.

De Zayas gehört nicht zu den Zeitgeist-Historikern, die sich dem politischen Wind anpassen. Er hat in den einschlägigen deutschen, amerikanischen, britischen, französischen, schweizerischen Archiven gründlich geforscht.

Er sprach mit mehreren Teilnehmern an der Potsdamer Konferenz, interviewte den politischen Berater von Eisenhower, Robert Murphy, der das Vorwort zu "Nemesis at Potsdam" schrieb. Er sprach mit dem Chef der Deutschlandabteilung im US State Department, James Riddelberger, mit George F. Kennan, mit dem Verfasser des Artikels XIII. des Potsdamer Communiqués (nicht Abkommen!), Sir Geoffrey Harrison, mit dem Verfasser des Artikels IX (über die Oder-Neiße Linie), Sir Dennis Allen, mit etlichen anderen Wissensträgern und vor allem mit den Opfern - den Vertriebenen.

Er hat neue Dokumente und Erkenntnisse zu Tage gefördert, die in den Thesen einen klaren, konkreten und konzentrierten Ausdruck finden.

Didaktisch sind die Thesen für den Geschichts- und Politikunterricht an Gymnasien hervorragend geeignet. Hoffen wir, daß die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen es auch so sehen.

Alfred de Zayas: "50 Thesen zur Vertreibung", ... London und München 2008 ...<<

**27.06.2008**

**BRD: Die "Badische Zeitung" berichtet am 27. Juni 2008: >>Seit an Seit gegen die EU-Reform**

Nach CSU-Mann Gauweiler klagt jetzt auch die Linke in Karlsruhe gegen den Lissabon-Vertrag

Beim Verfassungsgericht laufen immer mehr Klagen gegen den Vertrag von Lissabon ein. Bekanntester Beschwerdeführer war bisher CSU-Querkopf Peter Gauweiler. Am Donnerstag zog nun auch die Linke im Bundestag nach und stellte in Berlin ihre Verfassungsklage vor.

"Ich bin wirklich Anhänger der europäischen Integration", sagte Fraktionschef Gregor Gysi. Deshalb wolle er, "daß die große Mehrheit Ja zu Europa sagt". Zunächst aber geht die Fraktion gegen den Lissabon-Vertrag vor, mit dem sich die EU neue effizientere Strukturen geben will. Gerügt wird vor allem die angeblich mangelnde Demokratie in Europa.

Der Einfluß der Regierungen sei immer noch zu groß, die Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sei zu schwach. Mit dem Lissabon-Vertrag hat dieses alte Lamento wenig zu tun - im Gegenteil, bei der Reform bekämen sowohl das Europäische Parlament als auch der Bundestag mehr Befugnisse.

Gerügt wurde von Gysi und Kollegen auch, daß über europäische Militärmissionen die Regierungen im EU-Ministerrat entscheiden sollen. Damit werde das in Deutschland geltende Prinzip der "Parlamentsarmee" ausgehebelt. Doch auch damit dürften die Linken in Karlsruhe nicht durchkommen. Schließlich kann die Regierung ihre Zustimmung von einem Ja im Bundestag abhängig machen.

Beim Konservativen Gauweiler steht dagegen die deutsche Souveränität im Mittelpunkt der Klage. Er findet, daß durch die Zustimmung zum Reformvertrag "die souveräne Staatlichkeit" Deutschlands aufgegeben werden. Damit wird er wohl in Karlsruhe nicht durchdringen. Denn der Lissabon-Vertrag überträgt kaum neue Befugnisse auf die EU und verändert bei der EU-Rechtsetzung vor allem die Verfahren. Unterstützt wird Gauweiler übrigens vom Freiburger Rechtsprofessor Dietrich Murswiek. Bundespräsident Horst Köhler hat den Lissabon-Vertrag bisher nicht unterzeichnet. Vermutlich wird er warten, bis Karlsruhe entschieden hat. Solange ist Deutschland völkerrechtlich nicht gebunden.

Die Verfassungsrichter haben in den vergangenen Wochen mächtig Dampf gemacht. Schon Ende Juli sollen Bundesregierung und Bundestag ihre Stellungnahmen zu den Klagen abgeben. Man könnte meinen, die Richter wollen den Europapolitikern unbedingt noch Vorgaben für die nächsten Verhandlungen mit auf den Weg geben. Denn im Herbst wird auf einem EU-Gipfel entschieden, wie es nach der Niederlage bei der irischen Volksabstimmung mit dem Vertrag von Lissabon weitergeht.

Das Verfahren in Karlsruhe betreut der als EU-Skeptiker bekannte Verfassungsrichter Udo di Fabio. Denkbar ist aber auch, daß das Verfassungsgericht nur möglichst schnell die inzwischen neun eingereichten Klagen erledigen und ablehnen will - damit Köhler den Vertrag rasch ratifizieren und Deutschland dem EU-Projekt neuen Schwung geben kann.<<

**05.07.2008**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Juli 2008 (x887/...): >>>Zehn Gebote der sozialistischen Moral**

Vor 50 Jahren erstellte die SED auf ihrem V. Parteitag ein atheisches Pendant zu Moses Forderungskatalog

Mit sächselnder Fistelstimme verkündete SED-Generalsekretär Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag vom 10. bis 16. Juli 1958 die "Zehn Gebote der sozialistischen Moral" und erhielt dafür stürmischen, lang anhaltenden Beifall der Delegierten. Dem Generalsekretär schwebte eine sozialistisch-atheistische Kultur als Ersatz der bürgerlich geprägten, weithin schon säkularisierten christlich-abendländischen Kultur vor Augen. Eines der Kernstücke dieser neuen Kultur sollte eine dem marxistisch-leninistischen Menschen- und Weltbild verpflichtete Moral sein.

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung ist Moral Ausdruck von Klasseninteressen. Demzufolge hatten die traditionellen sittlichen Auffassungen der deutschen Gesellschaft die Funktion, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung zu ermöglichen und zu erhalten.

Der Klassenkämpfer Lenin hatte daraus die Folgerung gezogen: "Alles, was notwendig ist, um die alte Gesellschaftsordnung der Ausbeutung zu vernichten und die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen, ist moralisch."

Ulbricht und die SED hatten dementsprechend eine auf den Klassenkampf bezogene Auffassung von Sittlichkeit: "Nur der handelt sittlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt."

Karikaturisten des 19. Jahrhunderts stellten gelegentlich Karl Marx als einen neuen Moses (mit den Gesetzestafeln des Klassenkampfes) dar. In der Rolle eines neuen Moses sah sich wohl auch Walter Ulbricht, als er, deutlich auf die Zehn Gebote anspielend, die neue Moral in zehn Punkten darlegte.

Zwar jubelten ihm die eingefleischten kommunistischen Delegierten zu. Aber wer draußen im Lande die Rundfunkübertragung hörte und nicht zu den 100prozentig überzeugten Genossen gehörte, konnte nur schwerlich von der Jubelstimmung erfaßt werden. Zum einen war da die negative Ausstrahlung Ulbrichts, der wegen seines Auftretens, seines Aussehens und seiner Stimme immer etwas von einer politischen Witzfigur an sich hatte, zu der die erhabenen klingenden neuen Gebote nicht so recht passen wollten. Zum anderen war da die Diskrepanz zwischen den moralischen Postulaten und der oft erbärmlichen Wirklichkeit von Lebensführung und Politik der politischen Kaste der DDR.

Ulbrichts Zehn Gebote waren entsprechend der SED-Ideologie stark politisiert. Der echte Sozialist (Kommunist) soll aus proletarischer Vaterlandsliebe und gemäß der internationalen Solidarität (zu den sozialistischen Ländern und den nationalen, kommunistisch inspirierten Befreiungsbewegungen) handeln (Gebot 1, 2, 10). Er soll uneigennützig, diszipliniert, leistungsorientiert gute Taten für den Aufbau des Sozialismus erbringen (Gebot 2, 4, 5), wobei insbesondere das Volkseigentum zu schützen und zu mehren ist.

War früher die Zerstörung der bürgerlichen Familie ein Kampfziel der Kommunisten, so ist die Familie im Aufbau des Sozialismus ein schützenswertes Gut: "Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen." (Gebot 8). Und: "Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten."

Diese "Normen der sozialistischen Moral und Ethik" spiegeln, so deutete die SED-Exegese es aus, die "neuen Beziehungen zwischen den Menschen sowohl in der Produktion als auch im gesamten gesellschaftlichen Leben". Die neuen Zehn Gebote seien dem, was die christlichen Kirchen verkündeten, klar überlegen. Die kirchlichen Zehn Gebote seien dazu geschaffen, Sklavenhalter und Feudalherren, Kapitalisten und Imperialisten zu unterstützen, und hätten zu erbarmungsloser Ausbeutung, Unterjochung, Ausplünderung geführt. Die Gebote der sozialistischen Moral aber würden die Menschen glücklich und frei machen.

Mit dieser Polemik verstieß die SED gegen die eigenen Grundsätze für die Kirchenpolitik, die das Politbüro im März 1954 formuliert hatte. Danach sollten die dem Christentum noch nicht entfremdeten Bürger nicht in ihren religiösen Gefühlen verletzt werden. Die entscheidende Passage lautete damals:

"Unter den Anhängern aller Religionsgemeinschaften muß eine feste Massenbasis für den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens, gegen die amerikanische und Bonner Kriegspolitik, für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, für die aktive Teilnahme an der friedlichen Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik und für die Stärkung der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern, vor allem den Völkern der Sowjetunion, geschaffen werden. Dieser Kampf entspricht den Interessen der christlichen Menschen. Er muß so geführt werden, daß er in keiner Weise die religiösen Gefühle und Empfindungen dieser Menschen verletzt."

Aus solchen taktischen Überlegungen hatte man in der DDR darauf verzichtet, die primitiv-aggressiven Formen kommunistischer Gottlosenpropaganda aus der Zeit der Weimarer Republik wieder aufleben zu lassen - Propaganda etwa folgender Machart:

"Beten, Singen, Weihrauchdünste, / Frommer Zauber, heil'ge Lehren! / Alles eitel Priester-

künste, / Die Proleten zu betören! / Raus, Prolet, heraus / Aus dem Gotteshaus! / Schmeißt die Pfaffen raus! / Raus, Prolet, heraus! ..."

Aber die religiösen Gefühle von Christen wurden verletzt, wenn im Jahr der Verkündigung der neuen Moral (die keinerlei Rückbindung an Gott kannte) die SED- Broschüren in Massenaufgabe verbreiten ließ wie etwa "Der Sputnik und der liebe Gott". Darin wurde dargelegt, bei den Flügen in den Weltraum seien keinerlei Anzeichen für die Existenz des lieben Gottes gefunden worden. Alle Bildungsinstitutionen und die SED-gesteuerten Massenmedien atmeten diesen Geist des Atheismus. Christen mußten sich da wie Deppen und Hinterwäldler vornehmen.

Anhänger der neuen Moral konnten nun bei Schandtaten des SED-Regimes ein gutes Gewissen haben, dienten sie doch dem Aufbau des Sozialismus. Christen hingegen sahen sich beispielsweise bei der Haßpropaganda gegen den Westen im Konflikt mit dem christlichen Gebot der Nächstenliebe.

Letztlich erreichte die SED nicht ihr Ziel, die DDR-Bevölkerung mit Hilfe der neuen Zehn Gebote zu einem Verhalten zu erziehen, das sich völlig am Kollektiv orientierte. Die Niedergangphase und der Untergang des DDR-Systems machten dies überdeutlich.

### **Die zehn Gebote**

- (1) Du sollst dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.
- (2) Du sollst dein Vaterland lieben und stets bereit sein, deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht einzusetzen.
- (3) Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.
- (4) Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.
- (5) Du sollst beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.
- (6) Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.
- (7) Du sollst stets nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.
- (8) Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.
- (9) Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten.
- (10) Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.<<

**26.07.2008**

Israel: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 26. Juli 2008 über die israelische Staatsgründung: >>Churchill - ein Zionist?

*Von Benny Morris*

Winston Churchill galt unter seinen konservativen Parteifreunden als Förderer der israelischen Staatsgründung und Freund der Juden. Doch neue britische Studien belegen: So einfach und schlicht war die Haltung des Premierministers nicht.

Winston Churchill, der große britische Staatsmann, ist als lebenslanger Freund der Juden, des Zionismus und Israels in die zionistische Geschichtsschreibung eingegangen. Doch die Geschichte ist komplizierter. Gleich zwei Bücher - Michael Makovskys "Churchill's Promised Land" (Yale University Press) und Martin Gilberts "Churchill and the Jews" ("A Lifelong Friendship", Holt Paperbacks, ab Sept. im Handel) - haben die historische Rolle Großbritanniens in Palästina/Israel und die schwierige Frage nach dem Verhalten der Großmächte im Holocaust zuletzt in ein neues Licht gestellt.

Was die Juden angeht: Churchill, der den Zionismus eine "noble Vision" nannte, gehörte zum

Zirkel jener britischen Politiker, die die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 durchsetzten und Großbritannien so darauf verpflichteten, die Errichtung einer jüdischen "Heimstatt" in Palästina zu unterstützen. Diese Politiker, darunter Premierminister David Lloyd George und Außenminister Arthur James Balfour, waren der Überzeugung, die westliche Zivilisation verdanke den Juden viel: den Monotheismus und die Bibel.

In gewissem Maß war ihnen auch bewußt, wie viel Juden zum ethischen und intellektuellen Fortschritt der Menschheit in der Neuzeit beigetragen hatten. Sie alle waren der Überzeugung, die Christenheit habe die Juden Jahrhunderte lang schlecht behandelt, und sie alle waren, in gewissem Maß, als "Restaurationisten" davon überzeugt, daß die Christenheit Wiedergutmachung leisten sollte, indem sie den Juden helfe, ins Land Israel zurückzukehren. Zudem glaubten einige von ihnen, eine solche Restauration würde der Ankunft des Messias und der Erlösung vorausgehen.

Bis hin zum Zweiten Weltkrieg jedoch waren in der britischen Oberschicht antisemitische Vorurteile weit verbreitet, manche ihrer Mitglieder waren gar unverhohlene Antisemiten. Herbert Asquith, von 1908 bis 1916 britischer Premier, beschrieb die Juden als "verstreuten und unattraktiven Stamm"; von Anthony Eden (erst Außen-, dann Premierminister) hieß es, er liebe die Araber und hasse die Juden.

Von antisemitischen Vorurteilen berührt waren die meisten, unter ihnen auch Churchill. So neigte man der Vorstellung zu, daß "die Juden" mächtige Akteure auf der internationalen Szene und - eigentlich ein Paradox - (als Kapitalisten) entweder zu reich und ausbeuterisch oder (als Kommunisten) zu radikal und subversiv wären. Churchill war lebenslang anfällig dafür, den politischen Einfluß der Juden in Washington oder dem Moskau der Jahre 1917-1925 zu übertreiben. Eine zeitlang identifizierte er sogar den "Bolschewismus" mit den Juden.

Doch es reichte noch tiefer. 1937 schrieb Churchill vor dem Hintergrund des Antisemitismus der Nazis einen pro-jüdischen Artikel, der nie veröffentlicht wurde. Er enthielt folgende Passage: "Es wäre leicht, (den Antisemitismus) der Schlechtigkeit der Verfolger zuzuschreiben, doch das stimmt nicht mit allen Tatsachen überein ... (denen) man ins Auge sehen muß ...

Darüber sollten insbesondere die Juden selbst nachdenken. Denn es mag sein, daß sie, unabsichtlich, zur Verfolgung einladen - daß sie teils selbst verantwortlich gewesen sind für die Feindseligkeit, unter der sie nun leiden."

Zugleich unterhielt Churchill, so wie sein Vater Randolph vor ihm, enge persönliche und bedeutende geschäftliche Beziehungen zu Juden (darunter einige Rothschilds und dem Bankier Sir Ernst Cassel).

In seiner Jugend tadelte er seine Mutter für eine antisemitische Bemerkung und immer wieder einmal beklagte er, was er als den Antisemitismus seiner Kabinettskollegen und des britischen Beamtentums begriff. So beschimpfte er Ernst Bevin, den antizionistischen britischen Außenminister (1945-1951), als Antisemiten. Oft machten seine konservativen Parteifreunde Churchill zum "Vorwurf", die Juden zu "mögen" und mit dem Zionismus zu sympathisieren. (General Edward Louis Spears, im Zweiten Weltkrieg Churchills Statthalter in der Levante, behauptete, Churchill sei "zu angetan von den Juden".)

Nichtsdestoweniger bleibt Winston Churchills Bilanz - in der Praxis - zwiespältig. Es stimmt, in der politischen Wildnis der Dreißigerjahre war er es, der vor Adolf Hitler und den Nationalsozialisten warnte und die Verfolgung der Juden anprangerte. Und in den 1940ern war er es, der für eine Verurteilung des Völkermords an den Juden durch die Alliierten sorgte. Doch wie Roosevelt tat auch er nichts, um die alliierten Kriegsflugzeuge umzulenken und die Todeslager oder die Bahnstrecken, die zu ihnen führten, zu bombardieren.

Darüber hinaus trug er nur zögerlich zur Gründung einer "Jewish Brigade Group" innerhalb der britischen Armee bei, die 1945 unter jüdischer Flagge in Italien gegen die Deutschen kämpfte. Während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität (1939-40) und als Pre-

mierminister (1940-45), wobei er zugleich das Amt des Verteidigungsministers versah, hielt die Royal Navy am Weißbuch von 1939 fest, blockierte Palästinas Küsten und verhinderte die Einreise "illegaler" jüdischer Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Europa.

Churchills Palästina-Politik erweist sich bei genauerer Betrachtung ebenfalls als unentschieden. 1921-22, damals war er Kolonialminister, trennte er trotz zionistischer Proteste Transjordan vom Mandatsgebiet und reduzierte damit die mögliche "Heimstatt" um 75 Prozent. In seinem "Weißbuch" von 1922 führte Churchill das Kriterium wirtschaftlicher "Absorptionsfähigkeit" ein, um zu entscheiden, wie viele jüdische Immigranten nach Palästina dürften - eine Meßlatte, die von Whitehall später instrumentalisiert wurde, um die Einwanderung zu begrenzen und die arabische Mehrheit im Land zu sichern. In den Dreißigerjahren und Mitte der Vierzigerjahre wurde die Einwanderungsbegrenzung von Churchill wiederholt unterstützt.

Auch was den arabisch-zionistischen Konflikt betrifft, war Churchill unentschieden. Gegen den Islam und "die Araber" hatte er lebenslang eine Aversion. Über den Islam schrieb er einmal: "Wie gräßlich die Flüche, die der Mohammedismus seinen Anhänger auferlegt! Neben der fanatischen Ekstase ... gibt es diese schreckliche fatalistische Apathie ... unwirtschaftliche Gebräuche, schludriger Ackerbau, träge Handelsmethoden ... Die Religion lähmt die soziale Entwicklung ihrer Anhänger. In der Welt gibt es keine rückschrittliche Kraft, die stärker wäre."

Die Araber nannte Churchill wechselweise "einfältige Wilde" oder "minderwertig und grausam". Und, politisch gesehen: Im Ersten Weltkrieg hatten die Araber die Osmanen gegen die Briten unterstützt; 1936-39 hatten sie in Palästina und 1941 im Irak gegen Großbritannien rebelliert; im Zweiten Weltkrieg hatten sie überwiegend die Achsenmächte unterstützt.

Dennoch hatte Churchill 1937 die Empfehlungen der Peel-Kommission zurückgewiesen, zu denen auch die sofortige Schaffung eines jüdischen Staates gehörte (wenn auch nur auf 20 Prozent der Fläche Palästinas). Und als er sich 1943-44 endlich durchgerungen hatte, die Teilung gutzuheißen, unterstützte er den Vorschlag, den Juden 15 Prozent von Palästina zu geben. So oder so aber gelang es Churchill nicht, diesen Vorschlag im Kriegskabinett durchzusetzen; der Plan starb einen stillen Tod, noch bevor Churchill nach den Labor-Sieg vom Juli 1945 aus dem Amt schied.

In der entscheidenden Phase der Jahre 1945-48 dann versagte Churchill, nun Oppositionsführer, völlig, wenn es darum ging, sich für den Zionismus einzusetzen. Der anti-britische jüdische Terrorismus von rechts, der im November 1944 seinen Freund Lord Moyne, den britischen Nahost-Minister, in den Tod riß, mag Churchill abgestoßen haben. Doch war er auch vom Wunsch getrieben, weder seine (überwiegend antizionistischen) konservativen Parteifreunde noch die Araber gegen sich aufzubringen, die er im aufkeimenden Kalten Krieg für wichtige Verbündete hielt.

Weder begrüßte er im November 1947 die historische Teilungs-Resolution der UN-Vollversammlung noch begrüßte er die Schaffung eines jüdischen Staates noch verurteilte er im Mai 1948 den pan-arabischen Angriff auf Israel. Erst im Dezember 1948/Januar 1949 fand er seine pro-zionistische Stimme wieder.

Doch einmal mehr klaffte eine riesige Lücke zwischen seinen Worten und seinen Taten. Von 1951 bis 1955 erneut Premier, mißlang es ihm, die unterkühlten britisch-israelischen Beziehungen zu verbessern. Nach Grenzzusammenstößen ergriff Whitehall ausnahmslos für die arabische Seite Partei; verkaufte Israel nicht die Waffen, die es brauchte; und versuchte, Israel dazu zu zwingen, große Teile seines Territoriums gegen einen Nichtangriffsabkommen mit den Arabern zu tauschen ("Plan Alpha"). Wie schon 1940-45 beugte sich Churchill, nun alt und krank, sowohl den Mandarinen von Whitehall als auch den konservativen Parteifreunden als auch den vermeintlichen Erfordernissen einer globalen Realpolitik.

Trotz alledem die beiden Bücher zum Thema - und das von Makovsky ist das bessere - zei-



gen, daß Churchill im Herzen Philosemit und überzeugter Zionist war. Oft zitierte er Benjamin Disraelis Ausspruch: "Der Herr behandelt die Nationen, wie die Nationen die Juden behandeln."

Er hielt die Juden für eine "bemerkenswerte" Rasse (wie die meisten Engländer des Fin de siècle dachte er in Begriffen der Rasse!), er war von ihrem historischen Anrecht auf das Land Israel überzeugt; er glaubte, daß ihre Entwicklung des Landes dieses Recht erneuere und daß die Juden ein "zivilisierender" Faktor in dieser barbarischen Region seien (so ähnlich wie die Briten weltweit). Churchills Zionismus aber war, in den Worten Makovskys, obschon real, stets der Realpolitik und britischen Interessen "untergeordnet und überwiegend sentimental." <<

**29.07.2008**

**USA:** "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 29. Juli 2008 über den US-Unternehmer Henry Ford: >>**Henry Ford und die Nazis - Der Diktator von Detroit**

**Unternehmer, Wohltäter - und Hitlers Vorbild:** Der amerikanische Autofabrikant Henry Ford revolutionierte nicht nur die Fließbandproduktion, mit seinen antijüdischen Thesen inspirierte er auch den deutschen Diktator - und erhielt dafür 1938 eine besondere Auszeichnung der Nazis. ...

Gute Beziehungen zu Deutschland pflegte Henry Ford schon seit den zwanziger und dreißiger Jahren, als seine Firma mit General Motors um den lukrativen deutschen Markt konkurrierte. Hitler selbst bewunderte die amerikanische Art der Massenproduktion, und besonders bewunderte er Henry Ford, der ihm mit seinen antisemitischen Schriften eine Inspiration war, wie er 1931 einem Reporter aus Detroit erzählte. Der spätere Reichskanzler hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Porträt des Fabrikanten neben seinen Schreibtisch gehängt.

#### **Antisemitische Thesen**

Henry Ford lenkte die Ford Motor Company von Anfang an wie ein Diktator. Es war wohl dieser Führungsstil, der 1928 die "New York Times" veranlasste, ihn als "Mussolini of Highland Park" zu bezeichnen. So war Ford vielleicht ein Wohltäter - aber mit eigenem Überwachungsstaat.

Ford gebar sich indes nicht nur wie ein Diktator, wie Hitler war auch er ein überzeugter Antisemit. Ausdruck dessen: der "Dearborn Independent", eine Zeitung, die Ford von 1919 bis 1927 herausgab. In seinen Artikeln unterstellte der Autor "den Juden" beispielsweise Faulheit und Raffgier: "Mehr als jede andere Rasse zeigt er (der Jude - Anm. d. Red.) eine ausgeprägte Abneigung gegen körperliche gewerbliche Arbeit, gleicht dies durch seine ebenso entschiedene Eignung zum Handel aus." Mehrere gerichtliche Klagen gegen solche Inhalte zwangen Ford schließlich, die Zeitung einzustellen.

1920 veröffentlichte Ford mit seinem Buch "The International Jew: The World's Problem" eine Sammlung antisemitischer Pamphlete, die zuvor im "Dearborn Independent" erschienen waren. Die These des Buchs lautete, das "Weltjudentum" habe sich zusammengeschlossen, um mit Hilfe seiner Macht im Wirtschaftssektor die Weltherrschaft zu erlangen.

Hitler hatte das Buch bereits in den zwanziger Jahren gelesen und bezeichnete es als große Inspiration. Die 1921 erschienene deutsche Übersetzung war später in NSDAP-Kreisen äußerst beliebt. Im gleichen Jahr finanzierte Ford auch die Übersetzung und Veröffentlichung der "Protokolle der Weisen von Zion" in den USA. Die Sammlung fiktiver Protokolle, die eine Weltverschwörung des "internationalen Judentums" beweisen sollten, ist die wahrscheinlich erste weitverbreitete Verschwörungstheorie. ...<<

**09.08.2008**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. August 2008 (x887/...): >>**"50 Thesen zur Vertreibung"**

Interview der Preußischen Allgemeinen Zeitung mit Prof. Dr. Alfred de Zayas über sein neu-

stes Buch

*PAZ: Was bezwecken Sie mit diesen Thesen?*

**Alfred de Zayas:** Erstens habe ich darin das Wesentliche aus meinen Büchern "Die Nemesis von Potsdam", "Die deutschen Vertriebenen" und "Heimatrecht ist Menschenrecht" kurz und prägnant zusammengefaßt. Damit sind die Thesen für den Geschichts- und Politikunterricht besonders geeignet. Zweitens möchte ich zur Diskussion über das geplante Dokumentations- und Forschungszentrum über Vertreibungen beitragen.

*PAZ: Was halten Sie von diesem "sichtbaren Zeichen" in Berlin?*

**De Zayas:** Ich bin dafür. Allerdings muß man darauf achten, daß diese Einrichtung unabhängig ist und bleibt, und daß sie wissenschaftlich und nicht politisch arbeitet. Außerdem finde ich diese Wort-Schöpfung "sichtbares Zeichen" sehr merkwürdig - falls das denn der endgültige Name sein sollte. Man sollte einen Namen wählen, der nüchtern die Aufgabe dieser Einrichtung beschreibt, etwa: Forschungs- und Dokumentationsstelle über Vertreibungen. Man muß die Dinge beim Namen nennen. Im Mittelpunkt muß der Mensch stehen - nicht Politik oder Ideologie.

*PAZ: Geht das ohne Beteiligung der Betroffenen?*

**De Zayas:** Natürlich nicht! Es liegt auf der Hand, daß die Opfer und ihre wichtigste Organisation, der Bund der Vertriebenen, dabei sein müssen. Es wäre doch undenkbar, etwa eine Gedenkstätte für die Opfer der ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien zu schaffen, ohne die Opfer intensiv mit einzubeziehen.

*PAZ: Ihr neues Buch "50 Thesen zur Vertreibung" wurde in weniger als zehn Wochen ohne Werbung über 3.200mal verkauft. Wie erklären Sie sich diesen Erfolg?*

**De Zayas:** Die Resonanz der Leser ist in der Tat überaus positiv, offenbar hat die Veröffentlichung eine Bedarfslücke getroffen. Es gibt kaum Bücher, die so klar und knapp über die Vertreibung informieren. Dazu kommen der aktuelle Anlaß der Debatte um das Zentrum in Berlin und nicht zuletzt ein sehr clever agierender, junger Verlag.

*PAZ: Sie zitieren in den 50 Thesen recht ausführlich den ersten Uno-Hochkommissar für Menschenrechte José Ayala Lasso. Warum?*

**De Zayas:** Dr. Ayala Lasso aus Ecuador ist ein Mensch, der sich ohne jede Diskriminierung für alle Opfer von Menschenrechtsverletzungen einsetzt. Es war bedeutend, daß er die deutschen Vertriebenen als Opfer anerkannte und ihnen 1995 als amtierender Uno-Hochkommissar ein Grußwort schickte. Zehn Jahre später kam er persönlich nach Berlin und sprach vor 6.000 Vertriebenen auf dem Tag der Heimat anläßlich "60 Jahre Vertreibung". Er hat sich für das Recht auf die Heimat unterschiedslos aller Flüchtlinge und Vertriebenen eingesetzt - auch der deutschen.

*PAZ: Die deutschen Medien haben über beide Vorgänge kaum berichtet.*

**De Zayas:** In der Tat, und ich halte das für ein unverständliches Versagen. Es kann ja nicht unwichtig sein, wenn sich der amtierende Uno-Hochkommissar in dieser Weise für die Anliegen und auch für die Ehre von Millionen Deutschen einsetzt und exponiert. Es sagt einiges aus über die geistig-moralische Situation in Deutschland.

*PAZ: Ihre Bücher sind auch schon kritisiert worden.*

**De Zayas:** Natürlich, aber kein Kritiker hat bisher behauptet, daß meine Quellen nicht stimmen oder meine wissenschaftliche Methodik falsch wäre. Der Dissens liegt anderswo: Manche haben einfach ein Problem mit meiner Prämisse, daß das allgemeine Völkerrecht immer und für alle gilt - also auch zwischen 1945 und 1948 für die Deutschen - und mit den Schlußfolgerungen, zu denen diese Prämisse unvermeidlich führt.

Mehrere der vielen exzellenten Rezensionen, die meine Bücher bekommen haben, sind erst in den letzten zwei oder drei Jahren geschrieben worden. In den 70er und 80er Jahren wurden meine Bücher noch im "Spiegel", in der "Süddeutschen Zeitung" und im WDR glänzend be-

sprochen, ja geradezu gefeiert - wenn das heute anders ist, dann deswegen, weil diese Medien sich geändert haben, meine Position ist die gleiche geblieben.

*PAZ: Was ist an Ihren Büchern besonders?*

**De Zayas:** Ich behandle die Thematik der Vertreibung der Deutschen als Völkerrechtler und Historiker interdisziplinär. Dabei stelle ich die historischen Fakten in einen größeren historischen Kontext und beurteile sie nach völkerrechtlichen Normen und Prinzipien. Das haben andere Wissenschaftler bisher nicht getan. Entweder haben wir es mit Historikern zu tun, die oft wenig vom Völkerrecht verstehen, oder mit Völkerrechtlern, die die Historie nur unvollständig kennen. Außerdem habe ich Hunderte Vertriebene persönlich interviewt, um mir ein eigenes Bild zu verschaffen,

*PAZ: Das Leiden der von Nazi-Deutschland besetzten Länder nimmt in Ihren Veröffentlichungen heute einen breiteren Raum ein als früher, dennoch werden Ihre Arbeiten und auch Sie als Person von linken Medien heute kritischer gesehen ...*

**De Zayas:** Ja, und ich nehme es entsprechend zur Kenntnis. Es gibt in Deutschland inzwischen viele, die ein Buch über Flucht und Vertreibung erst dann positiv aufnehmen würden, wenn es mit dem Satz beginnt, daß die Nazi-Verbrechen die Vertreibung quasi rechtfertigen, und wenn es damit schließt, daß jede Wiedergutmachung für die Vertriebenen ausgeschlossen sein muß. Genau diese politisch-ideologische Linie werden Sie bei mir niemals finden, weil das Völkerrecht es eben anders will.

*PAZ: Was halten Sie von der sogenannten Opfer-Täter-Schablone?*

**De Zayas:** Die ist wissenschaftlich völlig unhaltbar und verletzt fundamentale menschenrechtliche Prinzipien. Schuld ist immer individuell, nie kollektiv. Die Nazis haben das anders gesehen und auch Stalin, der ganze Völker wegen angeblicher Kollaboration deportiert hat. Es ist schon bedrückend, daß solche Kategorien jetzt in der deutschen öffentlichen Diskussion mit umgekehrten Vorzeichen wieder auftauchen. Der Gedanke an die Kollektivschuld muß aus menschenrechtlichen Gründen endgültig abgelehnt werden.

*PAZ: Hitler war aber zweifelsohne der Hauptschuldige.*

**De Zayas:** Am Zweiten Weltkrieg ja, aber nicht an der Vertreibung. Um ihm auch noch die Schuld an diesem Verbrechen anlasten und jede Wiedergutmachung ablehnen zu können, spricht man dann vom "kausalen Nexus" zwischen beiden Ereignissen. Ein kleines Gedankenexperiment zeigt schon, wie heikel das ist: Sicher wäre die Vertreibung ohne Hitler und den Zweiten Weltkrieg nicht möglich gewesen. Aber Hitlers Machtergreifung wäre ihrerseits ohne das Unrecht der Verträge von Versailles und St. Germain von 1919 völlig undenkbar gewesen.

So öffnet dieses Argument Tür und Tor dafür, je nach dem willkürlich gewählten Ausgangspunkt jedes Unrecht auf der Welt zu exkulpieren. Ein etwas makabres Wort für diesen Umgang mit Wahrheit und Recht heißt "Geschichtspolitik". Aber das Völkerrecht funktioniert anders: Es gibt Dinge, die sind absolut verboten und zudem unverjährbar. Geschehen sie trotzdem, müssen sie wieder gutgemacht werden - egal welche Nationalität Täter und Opfer haben.

*PAZ: Welche der 50 Thesen ist für Sie am wichtigsten?*

**De Zayas:** Vielleicht die letzte: "Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige 'ethnische Säuberungen' zu verhindern. Eine gründlichere Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Vertreibung der Deutschen in ihrem gesamteuropäischen und menschenrechtlichen Kontext und sinnvolle, für alle Seiten tragbare Anstrengungen zur Überwindung der Unrechtsfolgen würden eine solche Prävention fördern. Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und das geplante 'sichtbare Zeichen' in Berlin können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich strikt an der historischen Wahrheit und am Völkerrecht orientieren."

Alfred de Zayas: "50 Thesen zur Vertreibung", ... London/Hamburg 2008 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. August 2008 (x887/...):

>>**Klassiker aktualisiert**

Opferzahlen und mehr

Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristischer Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen dokumentiert ("Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Aufl. 2007) und den "Kult mit der Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.

"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor.

Der Autor berichtet im einzelnen von den verschiedenen Opferkategorien und wägt divergierende Zahlenangaben seiner Quellen sorgfältig ab, wobei er große Über- und Untertreibungen besonders anspricht. Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.

Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.

Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer.

Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger Unwissenheit entschuldigen läßt.

Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.

Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen.

Heinz Nawratil: "Die deutschen Nachkriegsverluste - Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs", ... Graz 2008 ...<<

**18.10.2008**

Frankreich: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 2008 (x887/...): >>"**Völkerrecht à la carte**"

Straßburger Menschenrechtsgerichtshof weist Beschwerde von Vertriebenen zurück

Der Menschenrechtsgerichtshof hat die Klage von 23 Vertriebenen aus dem Gebiet des heutigen Polen abgewiesen. Deutschen Zeitungen war die Entscheidung des Rechtsstreits "Preußische Treuhand vs. Polen" nur kurze Meldungen wert. Polnische Medien verglichen das Urteil hingegen mit dem Sieg Polens über die Kreuzritter in der Schlacht bei Tannenberg (Grundwald) im Jahre 1410.

Auch 19 Jahre nach dem Ende des Kommunismus scheinen Polen und Deutsche in unterschiedlichen Welten zu leben. Ein von Deutschen angestregtes Gerichtsverfahren, das den östlichen Nachbarn jahrelang in Atem gehalten hat und potentiell über 12 Millionen Deutsche

betrifft, ist den meisten deutschen Medien kaum der Erwähnung wert. Selbst das Urteil, das Ende vergangener Woche in Polen zu einem Ausbruch nationaler Emotionen führte, ist ihnen kaum eine Meldung wert, sowenig wie das Echo in Polen selbst.

"Viele Politiker und Medien haben die Straßburger Entscheidung wie nach der Schlacht bei Grunwald als einen historischen Sieg gegen Deutschland gefeiert. Schlimme Schlagzeilen entstanden, die wir hier nicht auch noch publizieren wollen", berichtet der in Posen erscheinende Internet-Dienst "PolskaWeb" in seinem deutschsprachigen Angebot.

Die Fakten: 23 Kläger, vereint in der "Preußischen Treuhand" unter Leitung von Rudi Pawelka, dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, hatten nach langer Vorbereitung im November 2006 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eine Eingabe eingereicht, die die Republik Polen zur Wiedergutmachung insbesondere der Enteignungen verpflichten sollte. Diese Eingabe hat der siebenköpfige Senat nun "ratione temporis" (aus Zeitgründen) als unzulässig abgewiesen. Das Gericht nimmt in dem 21-seitigen Urteil zur ursprünglichen Enteignung oder zur Vertreibung nicht Stellung, sondern argumentiert überwiegend formal, daß diese Vorgänge vor dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahre 1950 (in Polen erst 1994) geschehen seien.

Allerdings haben die Kläger geltend gemacht, daß ihre Enteignung im Zuge eines unverjährbaren Verbrechens gegen die Menschlichkeit geschehen sei und schon deswegen ein andauerndes Unrecht (Dauerdelikt) darstelle, das auch heute noch Wiedergutmachung verlange. Dieses Argument war für das Gericht nicht ganz leicht zu widerlegen, zumal der offenbar ähnlich gelagerte Präzedenzfall einer aus Nordzypem vertriebenen Griechin vorliegt. Hier hat das Straßburger Gericht die Türkei zu Rückgabe bzw. Entschädigung nach dem Eigentumsentzug im Jahre 1974 verpflichtet.

Und so hat das Gericht es doch nicht bei dem bloßen Terminhinweis "die Enteignungen geschahen vor 1950" belassen können, sondern sich auf mehreren Seiten mit den damaligen Vorgängen rechtlicher und tatsächlicher Art befassen müssen. Genau hier ist das Urteil in etlichen Punkten fragwürdig. So wird - um nur ein Beispiel zu nennen - die Abschlusserklärung der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 als "Potsdamer Abkommen" bezeichnet und wie ein völkerrechtlicher Vertrag bewertet.

"Das Straßburger Gericht hätte ohne weiteres zugunsten der Beschwerdeführer entscheiden können", bedauert der US-amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas den Richterspruch. "Wie so oft hat der Gerichtshof aber politisch geurteilt." Das sei "Völkerrecht à la carte. Das Völkerrecht nimmt mit jedem Urteil Schaden, in dem die Opfer eines derartigen Verbrechens leer ausgehen", bedauert der langjährige UNO-Jurist. "Eine mögliche Konsequenz wäre, daß die Treuhand nun mit in den USA lebenden Vertriebenen eine Sammelklage nach US-Recht anstrengt", erläutert de Zayas.

Es sei bezeichnend, daß mit der Straßburger Entscheidung auch das Recht einer jüdischen Alteigentümerin (Irene Zieboldt aus Breslau) unter die Räder gekommen sei. Dies belege aber nur die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Für unerträglich hält de Zayas den Hinweis des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, den er mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier vor der Presse gab: "Das ist das Ende (gemeint: der Treuhand-Klage) auf das wir zusammen seit dem Jahr 2004 hingewirkt haben."

De Zayas: "Es muß geprüft werden, ob diese Aussage zutrifft und wenn ja, mit welchen Methoden hier zwei Regierungen auf ein zur Unabhängigkeit verpflichtetes Gericht Einfluß genommen haben", erinnert er an das Prinzip der Gewaltenteilung.<<

**31.10.2008**

**BRD:** Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 31. Oktober 2008: >>... **Gruselstimmung Halloween - Heidnischer Brauch oder Heidenspaß?**

An Halloween scheiden sich die Geister: Für die einen ist es ein zweiter Karneval, für die an-

deren ist es bloß ein "heidnischer Kult". Vor allem die Kirchen versuchen, ein Gegengewicht zur allgemeinen Gruselstimmung zu schaffen. Denn Halloween fällt auch auf einen hohen wichtigen Feiertag.

Freitagnacht wird es wieder schaurig schön: Kürbis-Fratzen, menschliche Fledermäuse mit blutunterlaufenen Augen und Vampirzähnen. Am Vorabend des Allerheiligen-Festes ist Halloween angesagt. Glaubt man wissenschaftlichen Studien, betreiben die Deutschen dieses Fest mit besonderer Freude am Gruseligen. Während in den USA auch freundliche Tierkostüme wie Kuh- oder Äffchenverkleidungen üblich seien, würden in der Bundesrepublik fast nur Horror szenen mit Monstern und Schreckensgestalten inszeniert, hat die Universität Dortmund vor wenigen Jahren festgestellt.

Heidnischer Brauch oder Heidenspaß? Was für die einen ein schöner Anlaß ist, sich zu Beginn der dunklen Jahreszeit zu verkleiden und ausgelassen eine andere Form von Karneval zu feiern, ist für andere eine Attacke auf die kirchlichen Feiertage des Reformationstags und des Allerheiligentages.

Den meisten Deutschen allerdings, das ergab eine in dieser Woche veröffentlichte Umfrage, ist Halloween schlicht und einfach egal. 60 Prozent interessieren sich nicht für das Fest der Kürbisse und Monster, ergab eine Umfrage des Internetportals "immowelt.de".

Glaubt man dem Freiburger Volkskundler Werner Mezger, so ist der Halloween-Brauch sogar schon wieder auf dem Rückzug, auch wenn er weiterhin von Geschäftsleuten, Medien und Kindern dankbar aufgegriffen wird. Für den Kulturwissenschaftler ist das aus den USA importierte Halloween kein fest eingewurzelter Brauch im herkömmlichen Sinn. "Halloween hat Event-Charakter. Ein Brauch dagegen wächst, steuert sich selbst und entsteht an der Basis", analysiert er.

Diese Einschätzung hält allerdings die Kirchen nicht davon ab, alle Jahre wieder vor einer oberflächlichen Spaßkultur zu warnen und die kirchlichen Feiertage nicht den Gruselpartys zu überlassen. Der Augsburger katholische Bischof Walter Mixa verurteilte Halloween als "heidnischen Gruselkult". Im Gegensatz dazu sei Allerheiligen ein "Fest des Lichtes und der frohen Botschaft vom ewigen Leben". Auch der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick kritisierte die Verdrängung christlicher Feiertage durch Halloween.

Seit einigen Jahren versuchen katholische und evangelische Gemeinden ein Gegengewicht zu Halloween zu schaffen, indem sie Gebetsnächte, Konzerte und Lesungen veranstalten und zu einer "Nacht der offenen Kirchen" einladen. In evangelischen Gemeinden werden gar "Lutherbonbons" verteilt, damit der Geschmack am Reformationstag nicht verloren geht.

Alle Jahre wieder gibt es auch Konflikte zwischen lautem Gruselvergnügen und dem Feiertagsgesetz, das beispielsweise in Bayern den Allerheiligentag als "stillen Feiertag" schützt. Das bayerische Innenministerium wandte sich deshalb in den vergangenen Tagen gegen Versuche, Halloween-Partys als nicht-öffentliche Veranstaltungen zu deklarieren, um auch nach Mitternacht an Allerheiligen weiterfeiern zu können. Um 24 Uhr müsse Schluß sein mit dem Grusel-Feiern. Der ernste Charakter von Allerheiligen müsse gewahrt bleiben.

In München und Nürnberg hatten Veranstalter Partys als nicht-öffentlich deklariert, um deren Verbot an sogenannten stillen Tagen wie Allerheiligen zu umgehen. Die Stadtverwaltungen kündigten an, ein solches Vorgehen nicht zu tolerieren. Ein Sprecher des Münchner Kreisverwaltungsreferats drohte mit einem Bußgeldverfahren. Die Stadt Nürnberg will Anzeige erstatten, sollte eine angekündigte Party über Mitternacht hinausgehen.<<

### **Oktober 2008**

**BRD:** Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Oktober 2008 über Deutschlands Platz in der Geschichte? (x878/...): >> Deutschland im Spiegel der Nachwelt (Ein Rückblick aus dem Jahre 3000 n. Chr.)

These: Mit dem Höllenritt von Dezember 1941 bis Mai 1945 hat sich Deutschland am Ende der zwei Weltkriege für immer ins Gedächtnis der Menschheit eingebrannt.

An was wird oder könnte sich erinnern, wer als Bürger dieser Erde mit großem zeitlichen Abstand an Deutschland denkt? Was fällt ihm dazu ein - wenn überhaupt etwas? Es ist die Frage nach dem was bleiben könnte.

Wir springen 1.000 Jahre in die Zukunft und nehmen einen fiktiven Zeitpunkt an, um von dort einen Blick zurück auf die deutsche Nationalgeschichte zu werfen. Werden wir in der Rückschau insbesondere auf die zwei Weltkriege nur Misere, Unglück, Verbrechen sehen und erinnern? Also im Grunde eine Wahrnehmung haben, die im Wesentlichen unserer heutigen zu Beginn des 21. Jahrhunderts entspricht?

Oder könnte es vielleicht noch eine andere Geschichte geben, die wir in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Zerknirschung der Niederlage nicht oder noch nicht sehen können, die verdrängt worden ist, die noch verborgen ist, aber mit dem zeitlichen Abstand hervortritt oder hervortreten kann? Wird dieser "fiktive" Rückblick tröstlich sein oder nur das bestätigen, was heute ohnehin vorherrschende Meinung ist?

Nehmen wir an, daß die Menschheitsgeschichte die nächsten 1.000 Jahre so verläuft, daß Erinnerung wach gehalten wird und möglich bleibt. Was könnte in der ferneren Zukunft die Menschen in Staunen versetzen? Was werden sie im Gedächtnis bewahren, sei es bewundernd, sei es als Negativbeispiel? Was mag den Pyramiden Ägyptens gleichkommen, der Demokratie Athens im 5. Jahrhundert v. Chr., der imperialen Macht des antiken Roms?

Oder - um den Eurozentrismus zu verlassen - den Kriegszügen des Mongolen Dschingis Khan, der Ausbreitung des Islam in wenigen Dezennien nach dem Tode Mohammeds, der unvergleichlichen Dauerhaftigkeit und Integrationskraft Chinas über mehrere Jahrtausende? Was könnte der "stupor mundi" sein, der die Menschen der Zukunft in seinen Bann schlägt? Was wird Bestandteil dessen, das die Menschheit nie vergißt?

Auch bei entschiedener Ablehnung des Eurozentrismus und seiner Geschichtsinterpretationen wird die Menschheit der späteren Zukunft nicht umhin können, das Aufblühen Europas in der Renaissance, Europas Dominanz in der Kriegskunst bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts, die Entwicklung der Wissenschaften seit der Aufklärung, die europäischen Siedlungsbewegungen fast über den ganzen Erdball durch Portugal, Spanien, Holland, England und Rußland und schließlich Europas globale imperiale Stellung im 19. Jahrhundert zu studieren und anzuerkennen. Es erscheint schlicht unumgänglich, daß dies immer Teil menschlicher historischer Selbstvergewisserung bleiben wird und muß.

Diese Dynamik ging von einigen wenigen Nationen am westlichen Ausläufer des asiatischen Kontinents aus. Es entstand etwas völlig Neues, das am Ende mit Ablegern, insbesondere den USA, die ganze Welt durchdrang und den Erdball erstmals "globalisierte". Es war ein Quantensprung, an dem die einzelnen Nationen ihren jeweiligen und unterschiedlichen Anteil hatten. Wie man im antiken Griechenland das dem Neuen stets aufgeschlossene, dynamische Athen mit den Begriffen Demokratie, das konservative Sparta mit überlegener militärischer Disziplin verbindet, wird man wahrscheinlich die einzelnen Nationen Europas mit bestimmten Vorstellungen assoziieren, so verkürzt sie auch immer sein mögen: Spanien mit der Entdeckung und Eroberung Lateinamerikas, Frankreich mit der Großen Revolution 1789, England/Großbritannien mit der Industrialisierung und dem Empire usw.

### **Deutschlands Platz in der Geschichte?**

Wird Deutschland in einer solchen Rückschau überhaupt vorkommen? Uns fehlt im Vergleich mit anderen europäischen Nationen doch einiges. Der deutsche Nationalstaat im eigentlichen Sinne ist im Vergleich zu Frankreich, Rußland, England/Großbritannien, Spanien mit seiner Gründung 1871 verhältnismäßig jung, die Nationalgeschichte vergleichsweise kurz. Wir werden keine deutschsprachigen Kolonien in der Welt hinterlassen, die das Andenken an das

Mutterland pflegen könnten.

Wer wird deutsche Philosophie, der wohl markanteste deutsche Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte, überhaupt noch lesen oder gar verstehen? Wer wird von Hegel, Marx oder Heidegger mehr als vielleicht die Namen kennen? Deutsche Wissenschaftler haben großartige Beiträge geleistet, französische, britische, russische aber nicht minder. Nichts Auffälliges also. Vielleicht wird die klassische deutsche Musik weiter leben - vielleicht. Werden die Deutschen - um einen Vergleich mit dem antiken Griechenland zu ziehen - dem stummen Theben gleichen, das zwar den großen Dichter Pindar (522/518 - 445 v. Chr.) hervorgebracht hat, aber ansonsten farblos geblieben ist und vergessen wurde?

Europas Weltgeltung wurde im 1. Weltkrieg untergraben und im 2. Weltkrieg endgültig zerstört. Wer also nach Jahrhunderten die Ursachen des Niedergangs Europas erforscht und zu erklären sucht, wird unweigerlich auf den Namen Deutschlands stoßen. Die Selbstzerstörung Europas ist aufs engste mit dem 1871 gegründeten Deutschen Reich verbunden. Das Interesse an deutscher Geschichte wird sich im großen zeitlichen Abstand mit allergrößter Wahrscheinlichkeit auf die Epoche der zwei Weltkriege richten.

Das Heilige Römische Reich deutscher Nation, die Reformation Luthers, die preußische Geschichte werden vermutlich wenig bis keine Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Aber der Kampf der Deutschen einschließlich der Österreicher gegen praktisch alle anderen Großmächte Europas und die USA wird die Nachwelt interessieren, eben weil er das Ende der Weltstellung Europas zur Folge hatte. Denn nahezu zeitgleich mit der Niederlage Deutschlands brach auch das britische Empire, das französische Kolonialreich und nur wenig später 1989 mit der Auflösung der Bindekraft der - deutschen - Ideologie des Marxismus auch das russische Sowjetimperium zusammen.

Insofern können wir sicher sein, daß der deutsche Name in der Weltgeschichte überleben wird. Können wir also beruhigt zurücklehnen und abwarten, was die Meinungsbildung der fernerer Zukunft so bringen möge? In gewisser Weise bleibt uns gar nichts anderes übrig. Wir wissen nicht, was diese Zukunft beinhaltet, sie ist offen. Gleichwohl ist es immer ratsam, an der Meinungsbildung über die eigene Identität mitzuwirken und die Konsensfindung nicht nur Dritten zu überlassen.

Dies um so mehr als die Sieger in der Regel die Geschichte schreiben und in ihrem Sinne deuten. Sie definieren, was Recht, Unrecht, Schuld etc ist oder zu sein hat. Wir Deutsche sind in der - glücklichen - Lage, auch als Besiegte noch unsere Stimme erheben und uns Gehör verschaffen zu können. Wir sollten es zumindest versuchen.

### **Historische Deutung der zwei Weltkriege durch Sieger und Besiegte**

Die Sieger der 2 Weltkriege haben ihre Sicht der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mannigfach dargestellt und verbreitet. Knapp zusammengefaßt trägt danach das Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II die Schuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs 1914 (Kriegsschuldartikel des Vertrags von Versailles 1919), weil es nach einem Weltreich strebte. Es hat die Kriegsverbrecher, insbesondere Kaiser Wilhelm II, seinerzeit weder ausgeliefert noch vor Gericht gestellt. Die deutschen Revanchisten fanden in Hitler den Frontmann für eine neuerliche Konzentration der Kräfte in einer Diktatur und für die Wiederaufnahme des Krieges um die Weltherrschaft. Sie stürzten Europa und die Welt in einen verbrecherischen Krieg, der letztlich 50-60 Millionen Menschen, unter ihnen 6 Millionen ermordete Juden das Leben kostete.

Diesen Menschheitsfeind galt es - so die Sieger - mit allen Mitteln bis zur bedingungslosen Kapitulation nieder zu ringen. Das ganze Land wurde besetzt und um rund ein Viertel seines Territoriums amputiert. Die Kriegsverbrecher wurden von den Alliierten nach 1945 in Nürnberg vor Gericht gestellt und größtenteils hingerichtet. Es war aus der Sicht der Sieger mehr als vollauf gerechtfertigt, diesen Feind, das "Böse" schlechthin, nicht nur militärisch sondern



auch moralisch zu vernichten. Vielfach wurde die folgende deutsche Teilung als eine gerechte Strafe gesehen. Etwa so lautet schlagwortartig der von den Alliierten in der internationalen Gemeinschaft herbeigeführte Konsens über das Deutschland des 20. Jahrhunderts.

Die deutsche Geschichtsschreibung und insbesondere die maßgebende deutsche Publizistik haben nach 1945 die Deutung der Sieger der 2. Weltkriege überwiegend übernommen. Entsprechend wird geforscht und publiziert. Die Ergebnisse dieser Forschung liegen jetzt zahlreich vor, sie sind zweifellos wichtig. Wir wissen, daß die Wehrmacht vor allem im Osten schwere Kriegsverbrechen begangen hat und daß dem Holocaust 6 Millionen der Juden Europas zum Opfer gefallen sind. Nahezu alles ist publiziert und der Öffentlichkeit zugänglich. Nichts soll verschwiegen werden.

Selbsterkenntnis ist gut, Übertreibungen weniger. Heute scheint indes fraglich, ob die Aufdeckung noch einer Untat der Wehrmacht und weiterer Einzelheiten des Holocaust unsere Erkenntnisse entscheidend erweitern und zur Selbstläuterung oder zur sog. Bewältigung der Vergangenheit beitragen können. Die moralische Selbstläuterung durch ein Mehr an Wissen stößt an Grenzen. Manchmal kommt man um die Frage nicht umhin, ob sich die Deutschen nicht nach 1945 in der Zerknirschung und Selbstkasteiung von Besiegten mit der Obsession von Flagellanten die Schuldzuweisungen der Sieger zu eigen gemacht haben, ja diese zu übertreffen versuchen?

### **Was ist überhaupt Geschichte?**

Aber die Geschichte ist keine moralische Veranstaltung. Ganz einfach ausgedrückt, werden nicht immer die Guten belohnt und die Bösen bestraft. Mitunter ist es umgekehrt. Waren denn die Germanen die Guten, weil sie die Römer der Antike besiegten? Oder ist der Islam die bessere Religion, weil die Araber das früher christliche östliche Mittelmeer und Nordafrika eroberten und zum Islam bekehrten? Waren die Kommunisten Stalins tatsächlich besser als die Nazis, weil sie gesiegt haben? Waren die Falangisten im spanischen Bürgerkrieg die Guten, weil General Franco mit der Unterstützung Hitlers und Mussolinis die Republikaner besiegte? Waren die Maoisten die Guten und Tschiang Kai-schek und seine Anhänger die Schlechten, weil Mao letztere aus China vertrieb?

Hegels "siegreicher Weltgeist", die "List der Vernunft", die ordnende Hand, die alles letztlich zum Guten lenkt, gibt es nicht. Das gilt auch für alle Theorien, die an Hegel anknüpfen, bis hin zu Karl Marx. Geschichte ist - leider nicht (oder noch nicht?) - die Geschichte der Entfaltung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten.

Moderne Geschichtstheorien (Hans-Georg Gadamer, Hayden White, Michel Foucault u.a.) stellen ohnehin die Geschichte als Gegenstand der Wissenschaft in Frage. Danach können wir heute die Vergangenheit nicht kennen sowenig wie spätere Generationen unsere Geschichte zu verstehen vermögen. Geschichtsschreibung ist Hayden White und Claude Lévi-Strauss zufolge nur "eine neue Form von Mythologie (und) nicht der Gegensatz von Mythos". Lévi-Strauss formuliert: "Ich neige zu der Ansicht, daß in unseren Gesellschaften die Geschichte die Mythologie abgelöst hat und deren Funktionen erfüllt. ..." (C. Lévi-Strauss, Mythos und Bedeutung, Frankfurt/M 1995, S.64).

Hayden White geht noch weiter und behauptet, was Historiker betrieben, sei Literatur, und - so kann man hinzufügen - Literatur, die den Romanen von Schriftstellern unterlegen ist ("Metahistory, Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa", Frankfurt/M 1991, S. 563).

Wir können hier die modernen Geschichtstheorien nicht in extenso ausbreiten, so interessant und aufschlußreich das wäre. Bezeichnend ist jedoch die wiederkehrende Kritik, daß Geschichtswerke nicht mehr als eine Reihe "fortgesetzter Metaphern" sind, die Ereignisse interpretieren. Historiker interpretieren Ereignisfolgen, die von anderen Historikern bereits interpretiert wurden. Die Ereignisse bleiben dieselben, aber die Geschichte wird eine andere, in die

diese Ereignisse eingeordnet werden. "Wir sind frei, die 'Geschichte' so zu verstehen, wie es uns gefällt, so wie wir frei sind, mit ihr zu tun, was wir wollen" (Hayden White).

Soviel postmoderne Beliebigkeit wollen wir denn doch nicht an die deutsche Geschichte anlegen und die Überprüfbarkeit und Plausibilität von Zusammenhängen durch Historiker hochhalten und verteidigen. Festzuhalten bleibt freilich, daß Geschichte kein ein für allemal feststehender, sakrosankter Kanon unverrückbarer Wahrheiten ist. Künftige Generationen werden mit Sicherheit anders urteilen als wir, andere Metaphern abrufen und in einen anderen, aus ihrer Zeit heraus plausiblen Interpretationszusammenhang einfügen.

### **Demokratie, Menschenrechte, Freiheit**

Die unzureichende Demokratisierung des Bismarck-Reichs und die Abkehr Deutschlands von der Demokratie 1933 werden als ein wesentlicher Grund für die deutsche Katastrophe in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts angesehen. Die Rückkehr in den Schoß der Nationen als Demokratie gilt uns Heutigen als absoluter Wert, an dem der deutsche Sündenfall vor 1945 gemessen wird. Die Frage ist, ob das im längeren zeitlichen Abstand noch so sein wird?

Zunächst ist festzuhalten, daß es keinen deutschen Demokratie-Rückstand im Kaiserreich im Vergleich zu Gesamteuropa, also einen sogenannten "deutschen Sonderweg" gegeben hat; man denke etwa an das russische Zarenreich, aber auch Italien etc. Das deutsche Kaiserreich hatte z.B. vor Großbritannien das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt. Es gab vor 1914 vielleicht einen Trend, aber keinen europäischen demokratischen Gleichklang, aus dem Deutschland ausgeschert wäre. Ähnliches gilt für 1933: in Moskau regierten Stalin und die Kommunisten, Italien war bereits eine faschistische Diktatur, in den Staaten Mittel- und Osteuropas herrschten von wenigen Ausnahmen abgesehen alles andere als demokratische Verhältnisse.

Die entscheidende Frage ist das aber nicht. Die Frage ist vielmehr, welchen Wert an sich Demokratie in einigen Jahrhunderten haben wird. Ein Blick in die "bekannte" Geschichte lehrt, daß wir uns keineswegs allzu großem Optimismus hingeben dürfen. Bezogen auf die menschliche Gesamtgeschichte waren die demokratischen Phasen immer nur sehr kurz und geographisch eng begrenzt. So das antike Athen im 5. Jahrhundert v. Chr., die römische Republik der Antike bis Cäsar, wenn man sie denn überhaupt als Demokratie ansehen will, und einige europäische Staaten ab dem 19. Jahrhundert und im 20. Jahrhundert mit einem auf den "Westen" beschränkten Siegeszug der Demokratie nach dem 2. Weltkrieg. (Aber schon ziehen Anfang des 21. Jahrhunderts wieder dunkle Wolken auf, wenn man an China oder Rußland denkt.)

Die Demokratie bedeutet nicht das "Ende der Geschichte", um einen Begriff von Francis Fukuyama zu gebrauchen (The End of History and the last Man, 1993). Die Geschichte geht weiter. Innere und äußere Entwicklungen werden die Demokratie verändern und aushöhlen, wie einst die Römische Republik, die nach Cäsar nur dem Namen nach noch bestand. Die Demokratie in den USA von heute hat im übrigen mit der Demokratie der Schweizer Urkantone im 14./15. Jahrhundert nichts gemein. Traditionslinien sind oft konstruiert und fragwürdig.

Wenn die Demokratie von allen - schlechten - Verfassungen noch immer die beste ist, so hat es sie immer nur in wenigen glücklichen Phasen der Menschheitsgeschichte und nur auf engem Raum gegeben. Es sind Momente der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Blüte und Expansion, die einer begrenzten Zahl von Menschheitsbürgern Wohlergehen, Selbstbestimmung und Teilhabe am politischen Prozeß ermöglichten. Oft auf Kosten Dritter: die Bürger Athens ließen Sklaven für sich arbeiten, die Römische Republik beutete die meisten Völker des Mittelmeerraumes aus und auch die Gesellschaften des freien Westens verhalten sich nach Meinung vieler bis heute ausbeuterisch gegenüber der sog. Dritten Welt.

Wo das Wohlergehen durch wirtschaftliche Schwierigkeiten und äußere Bedrohungen gefährdet wird, setzen erst unmerklich, dann unübersehbar Veränderungsprozesse ein, selbst wenn

die Fassade eine Zeitlang noch weiter bestehen bleibt. Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung und Mitbestimmung als Teilhabe am politischen Leben werden ihre Bedeutung verändern. Man muß kein notorischer Pessimist sein, um eine solche Entwicklung auch für unsere Gesellschaften voraus zu sehen. Die Jahrhunderte schleifen alles ab und formen alles um.

Wenn dem so ist, kann man davon ausgehen, daß der Verlauf der deutschen Geschichte in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts in 500, 1.000 oder mehr Jahren nicht am Versagen an der Demokratie gemessen werden wird. Das Urteil wird sich an anderen Kriterien, die Erinnerung an anderen Dingen festmachen. Das mag man aus heutiger Sicht entschieden ablehnen oder zumindest bedauern. Dennoch müssen sich die Deutschen von heute mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Demokratie, die sie gewissermaßen als Lehre aus der Geschichte als Wert schlechthin verinnerlicht haben, keinen Ewigkeitswert hat.

Sie ist vor der Geschichte sogar ein höchst vergängliches Gut, dem nur unter besonders günstigen Umständen eine gewisse Lebensdauer gegeben ist, gewissermaßen eine Verfassung für Schönwetterperioden. (Das sollte uns heute freilich nicht hindern, dieses Gut so lange und so entschlossen wie möglich zu verteidigen und hochzuhalten.) Demokratische Zeiten sind die kostbaren Momente der Menschheit, in ein paar hundert Jahren vielleicht so etwas wie das verlorene Paradies.

### **Kriegsschuld, Angriffskrieg, Kriegsverbrechen**

Die Alleinschuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs wurde von den Siegermächten Deutschland angelastet. Die deutsche Geschichtsforschung und Publizistik hat dies bis Anfang 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mehrheitlich zurückgewiesen. Mit Fritz Fischers Werk "Der Griff nach der Weltmacht" (1961) fand in den 60er Jahren eine Umkehrung statt. Mittlerweile wird Fischer in der deutschen Forschung überwiegend wieder revidiert und lediglich eine deutsche Mitverantwortung angenommen. In den maßgebenden deutschen Medien ist letzteres meist noch nicht angekommen und es wird für das große Publikum gedankenlos von deutschen Angriffskriegen 1914 und 1939 berichtet. Das ist falsch, aber relativ belanglos.

Das Deutsche Reich war vor 1914 ohne Zweifel eine aufstrebende Macht, die das europäische Gleichgewicht ökonomisch und demographisch in Frage stellte. Etablierte Mächte wie Großbritannien und das zaristische Rußland, die ihre Weltreiche in zahllosen Kriegen schon zusammengerafft und erobert hatten: die Briten das Empire rund um den Globus, die Russen ein gigantisches Territorium von Warschau bis Wladiwostok, von Helsinki bis Tiflis, fühlten sich herausgefordert.

Ähnliches gilt für Frankreich, das nach Afrika und Indochina ausgegriffen hatte, sich aber mit dem Verlust Elsaß-Lothringens nicht abfinden wollte. Das Deutsche Reich entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts eine derartige Potenz, daß das übrige Europa mit vereinten Kräften diese neue Macht im Herzen des Kontinents im 1. Weltkrieg nicht niederzwingen konnte. Es bedurfte des Eingreifens der außereuropäischen Macht der USA, um Deutschland 1918 zu besiegen.

Schon aus heutiger Sicht war die deutsche Politik unter Wilhelm II nicht imperialistischer als die britische, russische oder französische und auch die der USA. Hohles Pathos und große Töne haben - salopp ausgedrückt - in dieser Zeit außer Wilhelm II auch andere europäische Politiker und Staatsmänner geschätzt (z.B. Benjamin Disraeli, britischer Politiker und Staatsmann). Die europäischen Staaten und die USA expandierten in die Welt und gerieten untereinander in Streit um Teile des Kuchens. Die etablierten Mächte schlossen sich zusammen, um den deutschen Neuankömmling nicht hoch kommen zu lassen, denn sie hatten etwas zu verteidigen und zu verlieren.

Insbesondere die britische Propaganda denunzierte das Deutsche Reich als imperialistisch und süchtig nach Weltherrschaft. Denn das weltumspannende "Imperium" beanspruchten die Briten nicht nur selbst, sie hatten es in ihrem Selbstverständnis mit ihrem Empire auch inne. (Ein

ähnliches Selbstverständnis haben die "Masters of the Universe", die "Herren der Welt", des Finanzdistrikts der Londoner City Anfang des 21. Jahrhunderts entwickelt. Gemeinsam mit der New Yorker Wall Street haben sie in der Folge die Welt in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 gestürzt.) London wollte vor 1914 das ungeschmälerte Empire nicht nur um jeden Preis behalten sondern nach Möglichkeit noch ausbauen. Es war schlicht der Kampf von Rivalen.

Mit der Niederlage 1918 und den Vertragsbedingungen von Versailles 1919 waren bereits alle Würfel gegen Deutschland gefallen. Die Entente-Mächte taten alles, damit Deutschland niemals zu gleicher politisch-historischer Größe wie Großbritannien oder Frankreich würde aufsteigen können. Am liebsten hätten sie schon damals das Deutsche Reich, das ja erst knapp 50 Jahre bestand, wieder zerschlagen. Deutschland war als Nation, um ein Bild zu gebrauchen, gewissermaßen im Jünglingsalter gestoppt worden. Etwaige Entfaltungsmöglichkeiten wurden abgewürgt. (Von den Entente-Mächten war das auch so gemeint und ist in Deutschland so angekommen.)

Was dann nach 1918/1919 aus Deutschland kam, war ein Aufbegehren, die kleinbürgerliche Radikalisierung der Nazis, die alles nochmals mit unzulänglichen geistig-politischen und materiellen Mitteln auf eine Karte setzten und verloren. Das Bürgertum zog weitgehend mit, weil es den Nazis gelang, seine nationalen Ambitionen und Frustrationen zu bedienen. Der bürgerliche Ehrgeiz war noch da, auch wenn ihm die politischen Grundlagen und die Erfahrung fehlten. Gläubigkeit und/oder Treue ersetzen nun mal nicht den politischen Verstand. Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg.

Der Hitler-Stalin-Pakt vom 24. August 1939 wird von den betroffenen Nationen in Mitteleuropa vielfach als der eigentliche Kriegsbeginn gesehen - zu Recht. Der Beginn der Kriegshandlungen wenige Tage später und die vorangegangenen beidseitigen deutsch-polnischen Provokationen sind Folge dieses Paktes. Die britische Politik hat zur unflexiblen polnischen Haltung und damit zum Kriegsausbruch auch einiges beigetragen. Wenn dem so ist, muß zumindest der Sowjetunion Stalins eine "Mitschuld" am Ausbruch des 2. Weltkriegs zugemessen werden. Schließlich hat sich Stalin mit der Besetzung des Baltikums und Ostpolens kurz danach zielstrebig und vertragsgemäß an der Aufteilung der Kriegsbeute beteiligt.

Die Ausdehnung des Krieges auf immer neue Kriegsschauplätze von Norwegen über Griechenland bis Nordafrika war ganz im Sinne Churchills, der sich davon eine Verzettelung und Schwächung der Wehrmacht versprach - die dann auch eintrat. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941 erklärt sich zum Teil aus dieser Kriegslogik und Kriegsdynamik, der schon Napoleon 1813 erlegen war. Auch wenn Napoleons Außenminister Talleyrand den Satz auf etwas anderes gemünzt hatte, wäre man versucht mit ihm zu sagen: "C' était pire qu'un crime, c'était une faute" (schlimmer als ein Verbrechen - ein Fehler).

Ab Dezember 1941 hatte Hitler mit dem Scheitern der Wehrmacht vor Moskau und dem Eintritt der USA in den Krieg das Vabanquespiel des Alles oder Nichts endgültig verloren. Danach kam bis 1945 etwas anderes, ich komme darauf zurück. Zwar war Frankreich 1940 besiegt worden, Großbritannien kämpfte danach mit Churchill weiter, um das Empire zu sichern. In seiner berühmten Antrittsrede vom 13. Mai 1940 "Blut, Schweiß und Tränen" hatte er bereits implizit die "bedingungslose Kapitulation" Deutschlands gefordert, die er im Januar 1943 in Casablanca als Forderung der offiziellen Politik der Alliierten durchsetzte.

Churchill wollte von Anfang an Deutschland als Rivalen, diese Gefahr für das Empire, wie er es sah, ausschalten. Die Weltgeltung Britanniens, die historische Mission Londons und der "angelsächsischen Völker" in der Welt galt es für Churchill mit allen Mitteln zu bewahren. Rivalen - oder die man als solche wahrnahm - mußten niedergedrückt werden. Das war nicht neu und war schon britische Politik gegenüber Frankreich unter Ludwig XIV im 17. und Napoleons I im 18. /19. Jahrhundert gewesen. Grundgedanke dieser Politik war die "balance of

power", das Gleichgewicht der europäischen Mächte, die London eine Schiedsrichterrolle in Europa und freie Hand auf den Weltmeeren gab.

Die Nachwelt wird sich in einigen Jahrhunderten kaum mit diesen Kriegschuldfragen aufhalten. (Vielleicht ordnet man in diesen zeitlichen Zusammenhang auch die sog. Bush-Doktrin ein, die einen Präventiv-Krieg rechtfertigt, um eine Bedrohung von den USA abzuwenden; zur Anwendung kam die Doktrin z.B. im Irak-Krieg 2003, eine Bedrohung bestand objektiv nicht, sie war konstruiert.)

Schließlich weiß man seit dem Trojanischen Krieg, daß der Raub der Helena zwar den offiziellen Kriegsgrund abgab, dahinter aber andere Interessen standen, die zu dem von Homer besungenen 10-jährigen Krieg um die Vorherrschaft am Bosphorus führten.

Deutsche Politik mag zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht immer geschickt agiert haben. Das Kernproblem war aber das Auftreten und Aufstreben einer neuen Macht in der Mitte Europas, die das europäische Gleichgewicht störte. Es gelang den europäischen Mächten nicht, aus dieser heiklen Situation auf friedlichem Wege eine neue Balance zu finden. So wurde der Konflikt auf traditionelle Weise mit den Waffen ausgetragen. Die verheerenden materiellen und moralischen Schäden und Folgen hatte niemand voraus gesehen. (Anfang des 21. Jahrhunderts wird versucht, daraus Lehren u.a. für den Umgang mit dem aufstrebenden China zu ziehen - hoffentlich mit Erfolg.)

Die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse krankten von vornherein schon daran, daß Stalins Schergen mit zu Gericht saßen. Die Sieger haben 1945 in Nürnberg den Angriffskrieg und seine Vorbereitung zu einem neuen Straftatbestand erklärt. Bis dahin galt der Satz: "nulla poene sine lege", d.h. die rückwirkende Strafbarkeit war ausgeschlossen. Die höchsten Funktionäre des Nazi-Regimes wurden vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg verurteilt, die meisten zum Tode.

Auf eine allgemein akzeptierte Definition des Angriffskriegs konnte sich die internationale Gemeinschaft freilich bis heute, d.h. 60 Jahre nach Nürnberg nicht einigen. Das Massaker an Zivilisten durch Bodentruppen ist ohne jede Frage ein Kriegsverbrechen. Deutsche Kriegsverbrechen wie u.a. Oradour in Frankreich, Lidice in der damaligen Tschechoslowakei, in Polen und Rußland wurden angeklagt und bestraft. Derartige Verbrechen sind unter allen Umständen unnachsichtig zu verfolgen und zu sühnen.

Massaker aus der Luft, wenn bei Luftangriffen Hunderte, Tausende, ja Zehntausende Zivilisten, Frauen, Kinder, alte Männer, umgebracht werden, wie in Hamburg 1943, Dresden 1945, Hiroshima und Nagasaki 1945, aber ebenso - wenn auch in erheblich kleinerer Größenordnung - in Coventry, Rotterdam und Warschau, blieben in Nürnberg ungeahndet. Aber Massaker bleibt Massaker, insbesondere bei Flächenbombardements auf urbane Zentren.

Anklagepunkt waren in Nürnberg auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vertreibung von rd. 14 Millionen Deutschen aus den Ostgebieten, in deren Verlauf 1,5 - 2 Millionen umkamen, war ohne jeden Zweifel ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, fiel allerdings in den Augen der Sieger nicht unter diesen Tatbestand. (Notabene: die Nazigrößen mußten nach 1945 natürlich in irgendeiner Form zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden.

Unmittelbar nach Kriegsende war der Nürnberger Prozeß eine "pragmatische Lösung": rechtliche Probleme, wie Rückwirkungsverbot, Gleichbehandlungsgrundsatz und der Ruch von Siegerjustiz wurden in Kauf genommen, um eine absolut gerechtfertigte Bestrafung individueller Schuld zu begründen.) Der Holocaust spielte in Nürnberg eine eher nebensächliche Rolle, ich komme auf den Holocaust zurück.

Die USA sind bis heute der Charta zur Errichtung des UN-Strafgerichtshofs in Den Haag nicht beigetreten. Sie drohen unverhüllt damit, US-Bürger, sollten sie vor das Tribunal gestellt werden, mit Gewalt zu befreien. In diesem Zusammenhang wird von US-Seite betont, daß Nürnberg eben keinen Präzedenzfall geschaffen habe. Freimütig wird nebenbei anerkannt, das

es sich lediglich um einen Akt der Zivilisierung von Siegerjustiz gehandelt habe (z.B. George F. Will, The International Criminal Court. A Court that is hostile to the rule of law, in: International Herald Tribune v. 12.07.2002). So besehen wird von den Nürnberger Prozessen keine Orientierung ausgehen, sie sind kein Merkposten für die Nachwelt.

### **Kriegsverlauf und Judenmord**

Im Dezember 1941 blieb die Wehrmacht vor Moskau stecken, die Sowjetunion konnte nicht überrannt und besiegt werden. Am 11. Dezember 1941 erklärte Hitler den USA den Krieg, die USA hatten schon zuvor Großbritannien und auch die Sowjetunion tatkräftig unterstützt. Ab Dezember 1941 konnte der Krieg von Deutschland objektiv nicht mehr gewonnen werden. Ein Sieg gleichzeitig gegen die USA, die Sowjetunion und Großbritannien mit ihren Verbündeten war schlicht unmöglich.

Im gleichen Dezember 1941 fiel auch die Entscheidung zur koordinierten, systematischen Ermordung der Juden im Machtbereich des 3. Reiches, die dann auf der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 administrativ umgesetzt wurde (dazu u.a. Saul Friedländer, einer der weltweit renommiertesten Holocaust Forscher, Interview in: Der Spiegel, 41/2007, S. 214).

Ende 1941 hatte sich der Krieg schon über 2 Jahre hingezogen; die Juden waren seit 1933 ausgegrenzt, drangsaliert und verfolgt worden. Der Krieg und die Judenverfolgung bekommen mit dem Dezember 1941 aber eine neue, fatale Dimension. Die Vernichtung der Juden im Machtbereich der Nazis und die Fortsetzung und Steigerung des nicht zu gewinnenden, "verlorenen" Krieges bis zum Kriegsende Mai 1945 müssen zusammen gesehen werden. Sie sind die zwei Seiten derselben Medaille.

Der Dezember 1941 ist das Schlüsseldatum. Nicht nur der zeitliche Zusammenhang der Entscheidungen spricht dafür. Wer je in dramatischen, existentiellen, politischen Entscheidungssituationen stand - und der Dezember 1941 war für Hitler mit Sicherheit eine solche - wird sich dieser Einsicht nicht verschließen können.

Hitler hat die drohende Niederlage damals mehr als geahnt, er blickte in den Abgrund. Dafür spricht viel, nicht nur Indizien (wie u.a. die Rückzugspläne des deutschen Generalstabs aus Rußland). Ein politischer Hohlkopf war Hitler nicht, im Machtpoker kannte er sich aus. Sein kometenhafter Aufstieg vom einfachen Agitator zu Beginn der Weimarer Republik bis zum Rußlandfeldzug 1941 spricht für sich.

Er mußte sich der hoffnungslosen Lage nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 vor Moskau bewußt gewesen sein; denn wiederholt hatte er betont, daß es einen Zweifrontenkrieg wie im 1. Weltkrieg unbedingt zu vermeiden gelte, weil er nicht durchzuhalten sei. Auf der Gegenseite war sich Churchill seit Dezember 1941 absolut sicher, daß er trotz Rückschlägen in den kommenden Jahren letztlich als Sieger aus dem Krieg hervorgehen würde.

Die drohende Niederlage vor Augen hat Hitler ein infernalisches Untergangs- und Vernichtungsszenario in Gang gesetzt, dessen Opfer nicht nur die Juden, sondern das deutsche Volk und die Weltgeltung Europas werden sollten. Die Juden in seinem Machtbereich konnte er physisch vernichten, das deutsche Volk in einen Verzweiflungskampf stürzen und damit seine Existenz als Nation in Frage stellen. Das britische Empire, das schon im 1. Weltkrieg Risse gezeigt hatte, würde den von Hitler ins Auge gefaßten, prolongierten Konflikt nicht überstehen.

In seinem Kampf gegen Hitler bis zur "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands spielte Churchill Hitler in die Hände, weil er dem deutschen Durchhaltewillen bis zum Schluß 1945 mit der Forderung nach "bedingungsloser Kapitulation" eine, wenn nicht die entscheidende Motivation gab. Frankreich war ohnehin besiegt. Am Ende der Kriegshandlungen würden Millionen Juden vernichtet, Deutschland in Ruinen liegen und Europa als Machtfaktor in der Welt ausgelöscht sein. Die Welt sollte ihn auch ohne Sieg nie vergessen. Er würde einen Un-

tergang inszenieren, der sich in das Gedächtnis der Welt einbrennen sollte.

Wenn Hitler eine Gabe hatte, dann die der politischen Inszenierung. Er schuf Bühnen für die Politik, die die Zeitgenossen immens beeindruckten, ja hinrissen (ob man das in späteren Zeiten nun unverständlich und eher komisch findet oder nicht): so u.a. die Reichsparteitage, die Olympischen Spiele 1936. Die Filme von Leni Riefenstahl legen noch heute Zeugnis davon ab.

Nicht alles war seine Erfindung. Er kupferte bei Mussolini und bei Stalin ab, schuf aber auch eigenes. Die gigantischen Ausbaupläne für Berlin, die er sich von Albert Speer entwerfen ließ, dokumentieren seinen Inszenierungstrieb und -willen. Sie legen Zeugnis ab von einer Bauwut, die für die Ewigkeit von ihm künden sollte. Er wollte vor der Geschichte als einer der ganz Großen dastehen, als einer von denen, die man nicht vergißt. Das Umkippen des Krieges im Dezember 1941, die drohende sichere Niederlage veränderte die Voraussetzungen. Nur noch in der grandiosen Inszenierung des Untergangs konnte er zu jener Unsterblichkeit gelangen, die er mit seinen Bauten nicht mehr erreichen konnte.

Den millionenfachen Mord an den Juden würden die Juden in der Erinnerung wach halten, die außerhalb seines Machtbereichs lebten - so wie die Juden u.a. die Flucht mit Moses aus Ägypten, die Verschleppung an die Ufer von Tigris und Euphrat im 6. Jahrhundert v. Chr. festgehalten und in unvergeßlichen Metaphern tradiert hatten. ...

Die Deutschen wiederum würden sich jahrhundertlang fragen, wie es möglich war, daß sie bis zum Schluß für eine Sache kämpften, die ihr eigener Untergang war - materiell und moralisch. Hitler sah übrigens voraus, daß die Deutschen nach dem Krieg unmittelbar vom "Hosianna" auf das "Kreuzige ihn" übergehen würden. Europa und die Welt würden sich auch noch nach großem zeitlichen Abstand über diese Zeit beugen, weil sie das Ende einer der glanzvollsten Perioden der Menschheitsgeschichte bedeutete, die mit der Vorherrschaft Europas seit der Renaissance einher ging.

Die Deutschen kämpften von der Kriegswende im Dezember 1941 bis zum Schluß im Mai 1945 einen verlorenen Krieg. Rund 5 ½ Millionen Männer fielen, davon im letzten Kriegsjahr ebenso viele wie in den Kriegsjahren zuvor. Die Städte in der Heimat versanken spätestens ab 1944 schutzlos im Bombenhagel der alliierten Luftflotten in Schutt und Asche. Millionen Familien wurden obdachlos, hunderttausende Zivilisten fielen den alliierten Bomberangriffen zum Opfer. Trotzdem wurde der Kampf bis zur Schlußphase in und um Berlin durchgehalten. Von Mitte April 1945 bis zur Kapitulation in Berlin hatte die Rote Armee nochmals nach offiziellen Zahlen 306.000 Mann Verluste.

In den allerletzten Kriegstagen bis zur Eroberung des Reichstags durch die Rote Armee fielen auf den wenigen hundert Metern zwischen dem Berliner Spreeknie, wo heute das neue Kanzleramt und die Schweizer Botschaft stehen, tausende deutscher und russischer Soldaten den Kämpfen zum Opfer. Die Rote Armee hatte auf dem Reichstag bereits die Rote Siegesfahne gehißt, da wurde aus dem Keller und oberen Stockwerken des Reichstags noch immer zurückgeschossen. Ähnliches gilt für den Abwehrkampf an der Westfront, u.a. bei Aachen im Hürtgenwald, im Elsaß. Da fiel kein Kartenhaus bei der ersten ernsthaften Erschütterung zusammen, wie vielfach in den heutigen deutschen Medien suggeriert wird.

Es ist diese kompromißlose, entschiedene Gegenwehr bis zum bitteren Ende, die schon für die Generation der Kinder und Enkel der damaligen Wehrmachtssoldaten kaum oder gar nicht nachvollziehbar ist, obwohl sie der Erlebnisgeneration noch am nächsten stehen. Das dürfte nicht nur mit der "post-heroischen" Zeit zusammenhängen, in der wir Anfang des 21. Jahrhunderts in den westlichen, insbesondere europäischen Gesellschaften leben.

Bis zur alliierten Landung im Sommer 1944 in der Normandie und dem sowjetischen Durchbruch im Mittelabschnitt der Ostfront mag man sich ja noch in der Illusion gewiegt haben, es könne alles noch halbwegs gut ausgehen. Ab Sommer 1944 nicht mehr, jeder Zweifel war

ausgeschlossen. An allen Fronten folgte Niederlage auf Niederlage. Die Verluste wurden immer höher. Das Schlachtfeld verlagerte sich auf das Reichsgebiet, schließlich auf Berlin.

Trotzdem wurde der Kampf fortgesetzt. Für viele entscheidend war die frühe alliierte Forderung nach der "bedingungslosen Kapitulation". Dazu waren die meisten nicht bereit; dann lieber Untergang im Kampf. Die Lähmung der inneren Opposition gegen Hitler und seine Kriegsführung war die Folge. Preußische Militärdisziplin, die unnachsichtige Verfolgung von sogenannten Wehrkraftzersetzerern mögen auch eine Rolle gespielt haben.

Die Dolchstoßlegende, die an der Fiktion eines im Felde unbesiegten deutschen Heeres am Ende des 1. Weltkriegs festhielt, hatte sicherlich ihre Wirkung: so etwas durfte sich nicht wiederholen. Wie weit mythische Vorstellungen von Götterdämmerung, Nibelungentreue etc. bei Einzelnen mitgespielt haben, läßt sich kaum erfassen. Hitler hing diesen Mythenbildern an, er suchte sie auf der großen Weltbühne zu inszenieren und zu verwirklichen - was ihm gelang.

Ab Dezember 1941 begann die systematische, organisierte Ermordung von 6 Millionen Juden in Hitlers Machtbereich. Wie schon ausgeführt gehören beide Entscheidungen zusammen: die Fortsetzung des nicht zu gewinnenden Krieges und der Genozid an den Juden. Hitler wollte die Juden, derer er habhaft werden konnte, in seinen Untergang und den Untergang seines Reiches mit hinein reißen.

Er versprach sich davon eine unvergeßliche Steigerung der von ihm in Gang gesetzten Gewaltorgie. Der Holocaust lief ab wie geplant. Vielfach auch auf Kosten einer effizienten Kriegsführung. Transportmittel wurden u.a. nicht für den dringend benötigten Nachschub eingesetzt, sondern für Menschentransporte nach Auschwitz, Treblinka.

Auch wurde der Holocaust vor der Bevölkerung soweit wie möglich geheim gehalten (Peter Longerich, "Davon haben wir nichts gewußt", München 2006, S. 324 ff.). Das Kriegsgeschehen und der Genozid an den Juden lassen sich nicht trennen, sie greifen ineinander und bedingen sich gegenseitig. Jonathan Littell hat das in seiner Romanfiktion, "Die Wohlgesinnten" (Deutsche Ausgabe 2008) treffend und bleibend dargestellt. "Was man Nachwelt nennt, ist das Fortleben der Werke", Marcel Proust.

### **Aus der zeitlichen Distanz**

Wie könnte die Nachwelt diese Geschehnisse aus langem zeitlichen Abstand beurteilen? Sicherlich wäre es unzureichend und zu einfach, allein auf Adolf Hitler abzustellen. Selbstzerstörende Kräfte gab es im Europa der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts allenthalben. Die Aufklärung, die abendländische Rationalität war vielfach im Begriff "umzuschlagen", wie Theodor W. Adorno es formuliert hat.

Der Kommunismus z.B. war eine Idee, die die Menschheit beglücken sollte, brachte aber Unglück, Verbrechen und millionenfachen Tod. Der Kapitalismus oder der Markt, der angeblich alles richtet, verursachte 1929 ... eine schwere Wirtschaftskrise, die Millionen Menschen auf der ganzen Welt arbeitslos machte, Gesellschaften zerrüttete und in Deutschland in die Machtergreifung der Nazis mündete. (Es ist zu hoffen, daß die Auswirkungen der Finanzkrise 2007/2008 weniger dramatisch sein werden.)

Die Wissenschaft erfüllte ihr Heilversprechen nur teilweise und brachte u.a. mit der Atombombe Tod und Verderben bis hin zum drohenden Untergang der Menschheit. Wissenschaft ist nicht als solche gut. Die Aufklärung und ihre Rationalität lief völlig aus dem Ruder, sie schlug ins Unmenschliche um. Die Exzesse der Rationalität, die nur nach dem Nützlichen und Machbaren fragte, waren die Folge eines umfassenden Werteverlustes, Folge einer radikalisierten Aufklärung, die alles in Frage stellte und umstürzte.

Europa verlor die Selbstgewißheit. Es begann an sich und seiner historischen Mission zu zweifeln. Untergangphantasien machten die Runde. Offenkundig waren Auflösungserscheinungen: Ungewißheiten und Orientierungslosigkeit, die nicht selten in Aggressivität umschlugen. Besonders ausgeprägt war dies in Deutschland, dessen Gesellschaft durch die Niederlage



im 1. Weltkrieg nachhaltig erschüttert und besonders verunsichert war. So oder ähnlich könnte eine Diagnose aus der zeitlichen Distanz lauten.

Der Antisemitismus war, wie nicht zu übersehen ist, keineswegs auf Deutschland beschränkt. Es gab in den meisten Ländern Europas und den USA einen latenten Antisemitismus, oft in Form eines gesellschaftlich akzeptierten Salon-Antisemitismus. Kaum ein Staat war bereit, die aus Nazi-Deutschland vertriebenen Juden aufzunehmen. In Deutschland verdichtete sich der Antisemitismus zum Holocaust erst im Dezember 1941, als der Krieg bereits verloren war. Vorher hatte es antisemitische Hetze, Drangsalierungen und Verfolgungen gegeben, aber keinen systematischen und organisierten Genozid.

Nachdem man weiß, wohin das in Krisenzeiten führen kann, wird es hoffentlich in mehreren hundert Jahren keinen Antisemitismus mehr geben. Der sich seit der Gründung Israels ausbreitende Antisemitismus in der arabischen, islamischen Welt mit zunehmend religiöser Grundierung - etwas was es vorher im Islam nicht gab - ist allerdings Grund zur Beunruhigung.

Der hoffnungslose Krieg Deutschlands mit dem entfernten Verbündeten Japan praktisch gegen den Rest der Welt ab Dezember 1941 bis zur finalen Schlacht um Berlin im April/Mai 1945 dürfte die Nachwelt nicht nur als Rätsel interessieren: gewissermaßen als Fallstudie einer Gesellschaft, deren letzte kämpfende Vertreter nach jahrelangem hoffnungslosem Krieg schließlich in Berlin physisch vernichtet werden mußten.

Es war bisher üblich, daß ein derartiger Widerstand in späteren Zeiten heroisiert und glorifiziert wurde. Man denke an den hoffnungslosen Kampf des Spartanerkönigs Leonidas an den Thermopylen gegen die Perser 480 v. Chr. Wahrscheinlich hat auch Hitler und seinen engsten Getreuen etwas Ähnliches vorgeschwebt. Den Soldaten in Stalingrad hielten sie Leonidas und seine Spartaner als leuchtendes Beispiel vor.

Im Deutschland der Nachkriegszeit bis Anfang des 21. Jahrhunderts und von der alliierten Geschichtsschreibung wurde dieser Abwehrkampf weitgehend verschwiegen. Die Briten schwelgen geradezu in einer Herabwürdigung des angeblich "feigen" deutschen Feindes. Das Verschweigen scheint Teil des Exorzismus zu sein, mit dem man jedweder Verherrlichung des Nazi-Regimes begegnet, ein Tabuthema, das man ungern berührt.

Das nützt freilich nichts. Spätere Generationen werden sich vor einer Wiederauferstehung der Nazi-Ideologie nicht mehr zu fürchten brauchen und dieses Thema unbefangener angehen. Vielleicht wird man in dieser kriegerischen Unbeugsamkeit einen markant deutschen Charakterzug sehen, eine Bündelung sogenannter deutscher Sekundärtugenden. Voraussichtlich wird von diesem Todeskampf für die Nachwelt eine gewisse Faszination ausgehen.

Dies um so mehr, als er auf das engste mit dem Genozid an den europäischen Juden verbunden ist. Nach 1945 hat man gehofft und glaubte annehmen zu können, daß der Genozid nun für immer gebannt sei und der Vergangenheit angehöre. Leider haben wir in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts erfahren müssen, daß dem nicht so ist:

Ruanda, Kambodscha, Bosnien/Srebrenica, Sudan/Darfur sind traurige Beispiele für das Gegenteil. Die Türkei weigert sich bis heute beharrlich, den Völkermord an den Armeniern im 1. Weltkrieg einzugestehen.

Wie gehört das zusammen: Völkermord auf der einen, schwere Krisen, Krieg um die Existenz, sei es der eigenen Nation oder des eigenen Volkes auf der anderen Seite? Welche Prädispositionen begünstigen in solchen Situationen kollektive Radikallösungen, die im Genozid gipfeln können? Wenn die Menschen in künftigen Generationen keinen moralischen Quantensprung machen, wofür leider wenig spricht, muß man davon ausgehen, daß der Genozid in Extremsituationen auch künftig nicht ausgeschlossen werden kann. Dann wird der 2. Weltkrieg vom Dezember 1941 bis Mai 1945 ein Fallbeispiel sein, das möglicherweise auf einige Fragen Aufschluß geben kann.

Das Kriegsende 1945 besiegelte auch das Ende der europäischen Vorherrschaft in der Welt. Zwar durften Churchill, später auch de Gaulle für Frankreich unter den Siegern Platz nehmen. Churchill konnte schon seit 1943 keinen entscheidenden Einfluß mehr auf Kriegsverlauf und Nachkriegsordnung nehmen, wie er schmerzlich erfahren mußte. Frankreich war ohnehin geschlagen worden. Das Empire, für das Churchill gestritten hatte, zerbrach unmittelbar danach. Dem Kampf gegen Hitler hatte Churchill entgegen seiner Zielsetzung das Empire geopfert. Entscheidend ist die Verlängerung des Krieges, die dem britischen Empire letztlich das Kreuz brach.

Großbritannien war 1945 so erschöpft, daß es die Gestaltung der Nachkriegsordnung anderen, den USA und Stalin überlassen mußte. Der Konkurrent Deutschland war zwar ausgeschaltet, aber Großbritannien lag selbst am Boden. Das gleiche galt für Frankreich. Als europäische Großmacht hatte allein die Sowjetunion bis zur Zeitenwende 1989/1990 überlebt.

Die klassischen Mächte Europas: Frankreich, Großbritannien, Deutschland waren 1945 entmachtet. Europa hatte die Möglichkeit, seine Zukunft selbst zu bestimmen, zumindest für eine längere Zeitspanne verloren. Deutschland war besiegt, die Großmachtstellung von London und Paris stand nur noch auf dem Papier.

Der Aspekt einer aus den Fugen geratenen europäischen "balance of power", die nicht mehr das Zurechtstutzen sondern das Ausschalten eines Gegners und Mitspielers im europäischen Mächtekonkordat zum Ziel hatte, wird als eine Art kollektiver Suizid Europas die Nachwelt ebenfalls faszinieren. Das gilt besonders dann, wenn auf dem Globus eine multipolare Welt entsteht, wie es zu Beginn des 21. Jahrhunderts den Anschein hat. Diese multipolare Welt wird vor Problemen stehen, die denen Europas im 20. Jahrhundert gleichen.

Wenn nicht alles täuscht wird die Nachwelt nach vielen Jahrhunderten von Deutschland demnach in Erinnerung behalten:

- 1) den objektiv hoffnungslosen Kampf gegen eine übermächtige Koalition bis zur letzten Schlacht um Berlin 1945,
- 2) den Genozid an den europäischen Juden, der mit dem seit Dezember 1941 radikalisierten Krieg untrennbar im Zusammenhang steht und
- 3) das Ende der europäischen Vorherrschaft in der Welt infolge des Kampfes von Churchill um die endgültige Ausschaltung Deutschlands als Konkurrenten. An diesen drei Punkten könnte sich abarbeiten, wer aus deutscher Sicht zum überlieferten Bild unserer Geschichte für die Nachwelt beitragen will.

Das ist zugegeben eng und irgendwie schade. Denn damit geraten die eigentlich wichtigen deutschen Beiträge zur europäischen Geschichte, die deutsche Philosophie und die klassische Musik, ins Abseits und möglicherweise in Vergessenheit. Es bleibt jedoch dabei:

Mit den zwei Weltkriegen und dem Höllenritt von Dezember 1941 bis Mai 1945 hat sich Deutschland für immer ins Gedächtnis der Menschheit eingebrannt und ist - man kann es auch so ausdrücken - der Geschichtslosigkeit entronnen. Manche mögen eine deutsche Geschichtslosigkeit einer solchen deutschen Geschichte vorgezogen haben. Ändern können sie es nicht mehr.

### **Die zeitliche Bedingtheit historischen Wissens**

Martin Heidegger hat herausgearbeitet, daß die Suche nach dem absoluten zeitlosen Fundament der Erkenntnis aus dem Vergessen der menschlichen Zeitlichkeit kommt. Der Mensch wird in das "Sein geworfen", über das er in der kurzen Zeit, in der er lebt, keine Verfügung hat. Die Geschichtlichkeit des Menschen ist eine Bedingung der Möglichkeit des Verstehens. Die geschichtliche Gebundenheit ist die Vorstruktur des Verstehens, der Mensch kann sich davon nicht lösen.

Das gilt auch für unsere Gegenwart. Wir sind in diese Vorstruktur, in unsere zeitgebundenen Vorurteile eingebunden (vgl. M. Heidegger, Sein und Zeit, Tübingen 1986, 16. Aufl., S. 114).

Die Zeitgebundenheit unseres heutigen Verstehens der jüngsten deutschen Geschichte ist offenkundig. Frei machen können wir uns davon nicht. Wir können unseren Zeithorizont, die kurze Phase unserer Existenz nicht überschreiten. Wir wissen nicht, in welchen Sinnzusammenhang die Menschen in einigen hundert Jahren die deutsche Geschichte der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts sehen und stellen werden. Es wird ein anderer sein als heute.<<

**01.11.2008**

**BRD:** Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Udo Ulfkotte (1960-2017) schreibt am 1. November 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Widerstandslose Aufgabe

Am Sonntag wurde in Duisburg die größte Moschee in Deutschland eingeweiht, nur Tage davor wurde im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg die erste Moschee im Gebiet der neuen Länder eröffnet, kurz zuvor eine weitere in Ingelheim. Regelmäßig gratulieren Politiker und Kirchen bei den oft offiziellen Festveranstaltungen. In Duisburg redete Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, ein katholischer Bischof und ein evangelischer Repräsentant sprachen Grußworte, die Einweihung bildete den Auftakt zu einer ganzen Festwoche.

Der in Ingelheim eingeweihte und von Politikern und Kirchenvertretern ebenfalls euphorisch gefeierte Neubau heißt "Fatih-Sultan-Moschee". Der Name ist wohl nicht zufällig gewählt. Der türkische Sultan Mehmet II. trug den Beinamen "Fatih" ("der Eroberer"). Im Jahre 1453 hat dieser Christenhasser das bis dahin christliche Konstantinopel überrannt, alle Christen zusammentreiben, pfählen und köpfen lassen. Er zerstörte das christliche Byzantinische Reich. Das von ihm angeordnete Blutbad war grauenvoll.

Überall in Europa nennen muslimische Mitbürger heute ihre neu entstehenden Moscheen nach den großen Christenhasern ihrer Geschichte. Viele klatschen, wenn etwa mit immer neuen "Fatih"-Moscheen die Gefühle europäischer Christen mit Füßen getreten werden. Bloß nicht den Islam "beleidigen". Kämen Christen auf die Idee, eine Basilika etwa nach dem Kreuzfahrer Gottfried von Bouillon zu benennen? (Womöglich - eine besonders absurde Vorstellung - eine neu gebaute Kathedrale mitten in einem islamischen Land?)

Wollen wir die Wahrheit nicht wissen? Politiker begrüßen, daß die europäische Hauptstadt Brüssel "multikulturell" ist. 57 Prozent der Neugeborenen sind dort derzeit Muslime. Wie in vielen europäischen Städten ist auch dort Mohammed der häufigste Vorname für männliche Neugeborene. Brüssel wird nach Angaben der Universität von Löwen (Leuven) in etwa 15 Jahren eine mehrheitlich islamische Stadt sein.

Die Entwicklung zieht sich durch ganz Europa. Und überall geben wir unsere Werte auf: In Dänemark zahlt seit diesem Jahr die erste Kirche Schutzgeld an Muslime, um ihre Christen beim Kirchgang vor Übergriffen zu schützen. Wir haben zwar Gesetze in Europa, die eigentlich für alle gelten, dennoch akzeptieren wir inzwischen sogar islamische "Scharia-Gerichte", und schon gestatten wir unter bestimmten Voraussetzungen Muslimen die Polygamie. In Ländern wie Schweden diskutiert man über einen Strafnachlaß für "Ehrenmörder" - alles andere könnte ja den Islam beleidigen.

Ein "Kampf der Kulturen" findet nicht statt - wir geben unsere Werte widerstandslos auf. Unsere Kinder werden uns bittere Fragen stellen. Dann aber dürfte es zu spät sein, die Entwicklung noch aufzuhalten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. November 2008 (x887/...): >>"Wir fühlen mit Ihnen"

Konrad Löw über Judenverfolgung in München

Nein, die Deutschen waren keine ausgemachten Judenhasser. Trotz Judenverfolgung und Holocaust gab es genügend Menschen, die ihre jüdischen Nachbarn mochten, ihnen beistanden oder ihnen gar das Leben retteten.

Der PAZ-Autor Konrad Löw hat es sich zum Ziel gemacht, zumindest die Bewohner seiner

Heimatstadt gegen den Vorwurf der Kollektivschuld zu verteidigen. "Die Münchner und ihre jüdischen Mitbürger 1900 bis 1950 im Urteil der NS-Opfer und -Gegner" heißt sein neues Buch, in dem er erklärt, daß München zwar als die Geburtsstadt der NS-Bewegung in die Geschichte eingegangen sei, dies jedoch nicht bedeutete, daß die Bewohner der bayrischen Landeshauptstadt alles unwidersprochen mitgemacht hätten, was von den Nationalsozialisten ausgegangen sei.

Allerdings war der öffentliche Widerspruch eine absolute Seltenheit, es war vielmehr der Alltag, in dem die Menschen ihren jüdischen Nachbarn Mut zusprachen. So berichtet der Jude Hermann Klugmann über Mißbilligung in den Mienen der Zuschauer beim Abriß der Münchner Hauptsynagoge. "Als ich an einem Tage in der Abendstunde von der halb niedergerissenen Synagoge wegging, gesellte sich ein Mann zu mir ... Er sagte zu mir: 'Sie gehören doch auch zu der jüdischen Gemeinde?' Als ich sehr zögernd antwortete, meinte er: 'Haben Sie keine Angst, wir Katholiken fühlen mit Ihnen' und entfernte sich."

Andere berichten, daß sie zwar Repressionen von Seiten der Behörden ausgesetzt gewesen seien, jedoch keinerlei persönliche Verunglimpfung erfahren hätten. Nur widerwillig entschieden sich die meisten von ihnen zur Auswanderung, denn, so ist nun mal die traurige Wirklichkeit, wer bis nach 1941 blieb, weil er seine Nachbarn und Freunde in München nicht verlassen wollte, der überlebte nur selten. Denn selbst die besten deutschen Freunde konnten zumeist den Abtransport in Konzentrationslager nicht verhindern, die meisten Deutschen versuchten es auch gar nicht, zumal sie häufig auch erst im Nachhinein davon erfuhren.

Konrad Löw zitiert viele Zeitzeugen, die belegen, daß es in München Mitmenschlichkeit gab. So mancher Jude kehrte schließlich auch nach 1945 in seine Heimatstadt zurück.

Ein wenig verwirrend ist es manchmal, daß der Autor ziemlich flott hintereinander mehrere teilweise bereits erwähnte Zeitzeugen zitiert, ohne nochmals wenigstens den Vornamen zu nennen. Auf diese Weise ist die Zuordnung der einzelnen Personen manchmal nur durch Zurückblättern auf einige Seiten zuvor möglich. Auch die Kapitel hätten manchmal klarer strukturiert werden können.

Dank an den Autor für seine Arbeit, die anhand vieler Belege zu verdeutlichen vermag, daß es bei der Judenverfolgung keineswegs nur wenige gute und viele böse Deutsche gab. Er zeigt, daß eine reine Schwarzweiß-Malerei bei der Judenverfolgung viel zu oberflächlich ist.

Konrad Löw: "Die Münchner und ihre jüdischen Mitbürger 1900 bis 1950 im Urteil der NS-Opfer und -Gegner", ... München 2008 ...<<

### **November 2008**

**BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 berichtet im November/Dezember 2008 (x853/...): >>Weltweite Christenverfolgung durch den Islam**

Von MICHAEL MANNHEIMER

"Juden und Christen sind dem Schweißgestank von Kamelen und Dreckfressern gleichzusetzen und gehören zum Unreinsten der Welt ... Alle nichtmuslimischen Regierungen sind Schöpfungen Satans, die vernichtet werden müssen."

Dies ist nicht etwa ein Zitat eines durchgeknallten Muslims aus dem finsternen Mittelalter. Kein Geringerer als Ayatollah Khomeini, höchster schiitischer Geistlicher und in der Hierarchie der Schiiten somit gleichzusetzen mit der Rolle des Papstes im Christentum, qualifizierte mit eben diesen Worten auf zahlreichen seiner öffentlichen und weniger öffentlichen Veranstaltungen pauschal alle Christen, Juden und sonstige "Ungläubige" der Welt ab.

In den 80er Jahren fanden seine Worte kaum international Beachtung. Heute jedoch, im Jahr 6 nach den verheerenden Anschlägen in New York, in einer Zeit eines global gewordenen islamischen Terrorismus, wird zunehmend klar, daß sie der verbale Auftakt einer weltweiten Kampfansage seitens radikaler Muslime gegen den Rest der Welt waren: Wie selten zuvor in seiner Geschichte zeigt sich der Islam in seiner fundamentalsten und archaischsten Form.

Global - sowohl in islamischen wie auch in nicht-islamischen Ländern - kämpfen fanatische muslimische "Gotteskrieger" für den Siegeszug des Islam und für die unmittelbare und am Wort klebende Umsetzung der Suren des Koran.

Bei den Suren handelt es sich um sog. "Verbalinspirationen" - also um wortwörtliche Einflüsterungen Allahs, des "einzigsten und wahren Gottes". Für die strenggläubigen saudischen Wahabiten spricht Allah die Sprache des Koran, arabisch also. Folgerichtig muß Allah Araber und die arabische Nation das auserwählte Volk Gottes sein.

Jede Kritik an auch nur einem Wort des Koran, und mag es noch so unbedeutend erscheinen, wird noch heute als Gotteslästerung in den meisten muslimischen Staaten bestraft, in Saudi-Arabien etwa gar mit der Todesstrafe. Im Prinzip darf der Koran auch heute nicht in andere Sprachen übersetzt werden, da eine solche Übersetzung allein schon die arabische Sprache Allahs verfälsche und eine Interpretation des arabischen Ursprungstextes beinhalte. Weltweit mußten und müssen die Koranschüler den Koran daher in seiner Ursprungssprache lernen.

Meist verstehen sie davon nicht mehr als eine phonetische Lautfolge einer fremden Sprache. Die Übersetzung und Interpretation der koranischen Inhalte war jahrhundertlang ausschließlich Korangelehrten vorbehalten. Die Gläubigen hatten kritiklos das zu glauben, was ihnen vorgetragen wurde. Die interpretatorische und theologische Machtstellung der Imame und Ajatollahs war und ist bis zum heutigen Tage unumstritten.

Eine Adaption der Inhalte des Koran an die sich verändernden Zeiten hat es nie gegeben. Und genau hier liegt das Problem:

Denn an mehr als 200 (!) Stellen ruft der Koran zur Verfolgung, ja zum Mord an "Ungläubigen" auf. Das ist einzigartig innerhalb der Weltreligionen und ohne Frage eine der Hauptursachen für den weltweiten islamitischen Terrorismus. Gewiß, es gibt auch Verse aus der mekkanischen Ära Mohammeds, in welcher er versucht hat, mit relativ friedlichen Mitteln die schon lange vor der Entstehung des Islam im Vorderen Orient lebenden Juden und Christen für seine neue Religion einzunehmen.

Doch nach seiner Vertreibung nach Medina durch eben jene Christen und Juden (622) änderte Mohammed radikal seine Strategie gegenüber den "Ungläubigen", wie der muslimische Sammelbegriff gegenüber allen Nicht-Muslimen bis auf den heutigen Tag lautet. Wer nicht zum Islam übertrat, wurde verfolgt, getötet oder versklavt.

Ein besonders brutales Vorgehen zeigte Mohammed dabei im Jahre 627 n. Chr. gegenüber dem jüdischen Stamm der Quraiza (Banu Kureiza): in seinem Bestreben, Medina "judenrein" zu machen, ließ er siebenhundert Männer dieses jüdischen Stammes (andere Quellen berichten von über tausend Männern) enthaupten und deren Frauen und Kinder versklaven. Es wird berichtet, daß Mohammed bei diesem Massaker selbst aktiv teilgenommen haben soll.

Die Juden- und Christenverfolgung durch den Islam hat eine lange Tradition und geht bis auf die Tage Mohammeds zurück. In der Geschichte des Islam gab es zwar immer wieder Zeiten einer relativ friedlichen Koexistenz zwischen Muslimen und "Ungläubigen". Doch diese waren vom öffentlichen Leben weitestgehend ausgeschlossen und wurden mit der "Dhimmi-Steuer", der Sondersteuer für "Ungläubige" belegt. Dhimmis, zu denen Juden und Christen zählen, haben kein Recht, Waffen zu tragen, auch dürfen sie (bis zum heutigen Tage) die heiligen Städte Medina und Mekka nicht betreten. Männliche Dhimmis dürfen keine Muslimin heiraten - umgekehrt jedoch ist es möglich (die geheirateten weiblichen Dhimmis wurden bis heute stets zwangsislamisiert).

Eine Zeugenaussage eines Dhimmis gegenüber einem Muslimen hat vor Gericht keinen Wert. Ein besonders groteskes Beispiel fiel Napoleon auf: Bei seinem Ägypten-Feldzug bemerkte er Männer, die verkehrt herum auf ihren Pferden saßen. Auf seine Nachfrage, was dies für eine merkwürdige Sitte sei, erfuhr er, daß dies die in Ägypten vorgeschriebene Reiterhaltung für Ungläubige (Dhimmis) sei.

## Die Situation heute

In kaum einer Zeit wurden die Christen so stark verfolgt wie in der Gegenwart. Nach Quellen der "Evangelischen Allianz" wird alle drei Minuten ein Christ wegen seines Glaubens hingerichtet - überwiegend in islamischen Ländern. Die "Katholische Kirche Schweiz" berichtet, daß pro Jahr 100.000 Christen wegen ihres Glaubens von Muslimen ermordet oder zu Tode gefoltert werden. Jeder zehnte Christ ist nach Angaben der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" Opfer von Diskriminierung und Gewalt.

Laut dem Weltverfolgungsindex der Menschenrechtsorganisation "Open Doors" aus dem Jahre 2006 sind Christen die weltweit meistverfolgte Religion. "Millionen Christen leiden wegen ihres Glaubens unter Benachteiligungen oder Verfolgung - sei es in islamischen Ländern, totalitären Staaten oder in Gebieten, in denen Gewalt herrscht. Sie gelten häufig als Bürger zweiter Klasse, denen selbst humanitäre Grundrechte verwehrt werden", lautet das vernichtende Urteil von Open Doors zur Menschenrechtssituation der Christen.

Open Doors hat in seinem Weltverfolgungsindex eine Rangliste von 50 Staaten erfaßt, in denen Christenverfolgungen vorkommen. Zur Ermittlung dieses Index benutzt Open Doors einen eigens hierfür erstellten Fragebogen aus 50 Fragen. Die Antworten werden mit einer Punktzahl bewertet.

Die Gesamtsumme der Punkte für ein Land bestimmt dessen Position im Weltverfolgungsindex. Recherchiert werden dabei verschiedene Aspekte der Religionsfreiheit wie etwa dem rechtlichen und offiziellen Status von Christen (Ist Religionsfreiheit in der Verfassung verankert? Haben Bürger das gesetzliche Recht, zum Christentum zu konvertieren?), aber auch eine Analyse der tatsächlichen Situation der im Lande lebenden Christen (Werden sie wegen ihres Glaubens zu Gefängnis- oder Arbeitslagerstrafen verurteilt? Werden sie in die Psychiatrie eingewiesen oder gar getötet?)

Es werden auch Gesichtspunkte bzgl. der Freiheit und der Einschränkungen der Kirche im jeweiligen Land untersucht (Dürfen Christen christliche Literatur drucken und verbreiten? Werden christliche Veröffentlichungen im untersuchten Land zensiert oder verboten? Werden Versammlungsorte von Christen oder deren Häuser aus christenfeindlichen Motiven angegriffen, angezündet oder anderswie zerstört?)

Das Fazit dieser weltumspannenden Studie ist erschreckend und aufschlußreich zugleich: In 6 der 10 Länder mit der schärfsten Christenverfolgung sowie in 37 der 50 erfaßten Länder herrscht der Islam. In weiteren 7 Ländern herrscht eine (überwiegend kommunistische) totalitäre Struktur (Nordkorea, Kuba, China, Vietnam, Laos, Weißrußland, Bhutan). Kennzeichen der restlichen 6 Länder sind meist soziale Unruhen oder langjährige Rebellenaufstände (Nepal, Südmexiko, Sri Lanka, Kolumbien, Kenia).

Ein Fazit der Studie: Die vorherrschende Staatsform aller 50 Verfolgerstaaten ist ein ausgeprägter staatlicher oder theokratischer Totalitarismus. Und tatsächlich zeigt der Islam in seiner ungefilterten und koranfixierten Ausprägung alle Anzeichen eines totalitären Systems.

Laut dem Totalitarismus-Modell nach Friedrich/Brzezinski sind die typischen Merkmale eines totalitären Staates:

- Utopische/religiöse/fanatische Ausrichtung einer "absoluten" Ideologie
- Einzige, hierarchisch organisierte Staatsgewalt
- Fehlen einer Gewaltentrennung (Legislative/Exekutive/Judikative)
- Vollständiges Monopol der Massenkommunikationsmittel - Physisches und/oder psychisches Terrorsystem (Kontrolle und Überwachung durch Geheimpolizei)
- Vollständige Repression von Andersdenkenden

Bassam Tibi, einer der führenden deutschen Islamexperten und selbst Muslim, beschreibt den Islam daher auch als "in seiner Grundstruktur totalitär, da er die menschliche Wirklichkeit in seiner Totalität bestimmt."

Im Jahr 1980 erließ die "Panislamische Konferenz" in Lahore (Pakistan) einen Geheimbeschluß folgenden Inhalts: "Das ganze Gebiet (Anmerkung: Naher Osten) ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind - die Koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, in Libanon, Syrien ... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen."

Ein Beschluß mit weitreichenden Konsequenzen: So schwand die jüdische Bevölkerung in den arabischen Staaten in der Zeit von 1948-2001 um sage und schreibe 91 Prozent von ursprünglich 855.000 Bewohnern jüdischen Glaubens auf die Restsumme von ganzen 7.800. Eine ganz aktuelle Form des "ethnic cleansing", die bislang von der westlichen Presse entweder nicht bemerkt oder totgeschwiegen wird.

Nicht viel anders sieht es mit dem zweiten Hauptfeind der Muslime aus, den Christen. Mehr oder weniger von der Weltöffentlichkeit ignoriert, spielt sich nicht nur im Nahen und Mittleren Osten derzeit eine Christenverfolgung ab, über die die Monatszeitschrift Cicero (Potsdam) schreibt: "Wie zu Kaiser Neros Zeiten werden heute Christen in vielen Ländern diskriminiert, gefoltert oder umgebracht."

Wie es um die Lage von Christen im Einzelnen bestellt ist, soll in der Folge am Beispiel von zehn muslimischen Ländern aufgezeigt werden.

### **Die Fakten**

#### **Beispiel 1: Ägypten - Entführungen und Zwangsislamisierungen junger Christinnen**

In Ägypten lebten die koptischen Christen schon Jahrhunderte, bevor der Islam Staatsreligion wurde. Lange Zeit gab es - unterbrochen von immer wieder aufflammenden interreligiösen Feindseligkeiten - ein relativ friedliches Nebeneinander, bis sich die Situation durch die Gründung der Muslimbruderschaft 1928 durch den ägyptischen Fundamentalisten Hasan al-Banna in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts drastisch zu Ungunsten der Christen des Landes änderte.

Das Ziel der Muslimbruderschaft ist kein geringeres als eine islamische Weltrevolution mit dem Ausblick eines globalen islamischen Weltstaates. Alle islamistischen Terrororganisationen wie Hamas, Hisbollah, Al Kaida, Taliban oder die Kaukasus-Islamisten berufen sich auf die Schriften der ägyptischen Muslimbrüder und insbesondere auf die des Gründers al-Banna. Rein formell herrscht in Ägypten zwar Religionsfreiheit. Doch die Praxis sieht anders aus. So werden immer wieder ägyptische Christinnen von Muslimen entführt und nach ihrer Zwangsislamisierung mit einem ägyptischen Muslim zwangsverheiratet.

Ein Zurück in die christliche Religion ist für diese Frauen so gut wie ausgeschlossen. Und immer wieder werden christliche Kirchen von Muslimen angegriffen oder Häuser koptischer Christen zerstört. Im Februar 2007 nahm die Polizei im oberägyptischen Armant zwei koptisch-orthodoxe Familien fest, nachdem diese zur Polizeistation gekommen waren, um Brandanschläge auf ihre Häuser anzuzeigen. "Die Kopten wurden von der Polizei gezwungen ein Protokoll zu unterzeichnen, wonach sie ihre Häuser selbst angezündet hätten, um die Tat Muslimen anzulasten und Polizeischutz einzufordern", berichtet die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGFM.

Feindseligkeiten gegenüber Christen sind in Ägypten in den letzten 50 Jahren stark gewachsen. So gab es im Oktober 2005 in Alexandria einen Gewaltausbruch gegenüber Christen, nachdem die Muslimbrüder über 20.000 Kopien einer DVD unter Muslimen verteilt hatten mit Texten angeblicher anti-islamischer Predigten seitens der Kopten. Drei Menschen wurden bei diesem Aufruhr getötet, sieben Kirchen beschädigt und eine Nonne durch eine Messerattacke schwer verletzt.

Alle muslimischen Mordverdächtigen der Angriffe vom Januar 2000 in El Kosheh wurden mittlerweile freigelassen, nachdem das Interesse der Weltöffentlichkeit an diesem Massaker

verblaßt war.

### **Beispiel 2: Kamerun - Al Kaida will Christen aus dem Land vertreiben**

Im westafrikanischen Kamerun versuchen islamische Fundamentalisten, religiöse Unruhen zu entfachen. Vor allem aus dem benachbarten Nigeria dringen immer wieder islamische Gotteskrieger ein und schüren mit Flugblättern den Haß gegen Christen. Bei ihren Aktivitäten werden sie dabei logistisch und finanziell von der Al Kaida unterstützt. Islamische Extremisten rufen junge Muslime dazu auf, Christen aus dem Land zu jagen.

Nach Kirchenangaben wurden bereits zahlreiche christliche Familien mit Gewalt aus ihren Häusern vertrieben. Darüber hinaus werden junge Muslime aufgefordert, Christinnen zu heiraten und sie zum Übertritt in den Islam zu zwingen und auf diese Weise allmählich den muslimischen Bevölkerungsanteil zu erhöhen.

Diese Methode geht bis auf die Zeiten Mohammeds zurück und hat sich in der Geschichte der weltweiten Ausbreitung des Islam als Königsweg im weltweiten Eroberungszug des Islam erwiesen und ist - nebenbei bemerkt - auch die Hauptursache der Konversionen zum Islam in den westlichen Ländern.

### **Beispiel 3: Eritrea - Über 200 Christen ihres Glaubens wegen in Haft**

Wie die evangelische Nachrichtenagentur "idea" am 5. September 2005 berichtete, werden im muslimischen Eritrea immer mehr Evangelikale verhaftet und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben zu Gunsten des Islam abzuschwören. Dabei liegt die Härte der Verfolgungen ganz im Ermessen der Behörden. In den letzten Jahren sind Verhaftungen von 883 Christen aus zwölf für illegal erklärten Religionsgemeinschaften bekannt geworden.

16 prominente Pfarrer wurden ins Gefängnis geworfen, darunter vor mehr als einem Jahr Pfarrer Haile Naizgi, der Leiter der größten Pfingstgemeinde Eritreas, Dr. Kifle Gebremeskel, Vorsitzender der Eritreischen Evangelischen Allianz sowie Pfarrer Tesfatsion Hagos von der evangelischen Rhema-Kirche in Asmara.

### **Beispiel 4: Somalia - Christen als Menschen zweiter Klasse**

Die Christen Somalias werden als Menschen zweiter Klasse denunziert. Die mittlerweile in den USA lebende Exil-Somalierin Ayan Hirsi Ali So beschreibt ihre familiäre und schulische Erziehung in Bezug auf Christen in ihrem Buch "Ich klage an" u.a. mit folgenden Worten: "Die anderen, die Kuffar, die Ungläubigen, sind asozial, unrein, barbarisch, nicht beschnitten, unmoralisch, gewissenlos und vor allem obszön: Sie haben keine Achtung vor Frauen. Ihre Mädchen und Frauen sind Huren, ihre Männer homosexuell ... Die Ungläubigen sind verflucht ... und Gott wird sie im Jenseits überaus hart bestrafen."

Am 17. September 2006 wurde eine italienische Nonne in der somalischen Hauptstadt Mogadischu von islamistischen Rebellen erschossen. Bei dem Angriff in einem Krankenhaus wurde auch ihr somalischer Mitarbeiter getötet. Laut inoffiziellen somalischen Informationen steht das Verbrechen im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Islam-Äußerungen von Papst Benedikt XVI. während seiner Regensburger Rede.

### **Beispiel 5: Türkei - Christen führen ein Dasein als Bürger zweiter Klasse**

Selbst im laizistischen Vorzeigestaat Türkei hat sich das Blatt gewendet. Die Türkei, dereinst von ihrem Gründer Atatürk als moderner, westlich ausgerichteter Staat gedacht, wandelte sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend in Richtung eines islamischen Fundamentalstaates. Ihr derzeitiger Präsident Erdogan sowie der amtierende Außenminister Gül machen aus ihrer islamistischen Einstellung keinen Hehl. Unter manchen Europapolitikern ist unvergessen, was Erdogan als Mitverfasser eines Manifests seiner Partei 1997 empfahl: Die Vernichtung aller Juden und den Kampf gegen den Westen, indem man die "Demokratie nicht als Ziel, sondern als Mittel" begreift.

Und bis heute wird Erdogans folgende entlarvende Äußerung (gehalten bei einer Rede als Oberbürgermeister von Istanbul) sowohl seitens der Medien als auch der EU-Politiker entwe-



der verharmlost oder schlichtweg ignoriert: "Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten."

Diese Worte sollten besonders uns Deutsche nachdenklich machen. War es doch kein Geringerer als Joseph Goebbels, der in seinem Artikel mit dem Titel "Was wollen wir im Reichstag?" (in "Der Angriff" vom 30. April 1928) die Strategie der Nationalsozialisten mit folgenden Worten beschrieb: "Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache ..."

Wie Erdogan oder andere Muslimführer heute wurde zu seiner Zeit auch Goebbels von niemandem so recht ernst genommen. Der Staatsgründer Atatürk selbst würde in der jetzigen Türkei als "Ungläubiger" und Feind des türkischen Volkes gebrandmarkt.

War doch für ihn der Islam nichts weiter als "die absurde Theologie eines unmoralischen Beudinen." Seltsam nur, daß diese Worte ihres Staatsgründers bis zum heutigen Tage weder von türkischen noch Muslimen anderer Saaten als Prophetenbeleidigung verstanden werden.

Von dereinst 250.000 Griechisch-Orthodoxen in Istanbul sind knapp 2.000 übriggeblieben, von mehr als 2 Millionen christlichen Armeniern (in osmanischer Zeit) leben noch ganze 80.000 im Land. Die Ermordung von mehr als 1,5 Millionen christlicher Armenier durch die Jung-Türken gilt unter Historikern als erster Genozid im 20. Jahrhundert. Claude Mutafian (Universität Paris) schilderte die Geschichte der türkischen Verleugnung des Völkermordes. Kemal Atatürk, Gründer der Türkei, verleugnete die Existenz der Armenier, um den Anspruch der Turkvölker aus Mittelasien auf die Türkei zu rechtfertigen.

Erst 1965, mit dem Segen der Sowjetunion, "erwachten die Armenier", um den NATO-Partner Türkei an den Pranger zu stellen. Die Türkei hingegen spricht bis zum heutigen Tag von einem "Aufstand der Armenier" und "tragischen Kriegsereignissen".

Raymond Kevorkian, Universität Paris, beschrieb die Radikalisierung der Jungtürken nach den Balkankriegen und dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. "Der Prozeß eines sozialen Darwinismus setzte ein. Für die Türken galt gegenüber den Armeniern, der größten nicht-türkischen Volksgruppe neben Griechen, Juden und arabischen Syrern, das Prinzip: du oder ich." Kevorkian erzählt, wie die Armenier ausgeraubt, deportiert und schließlich ermordet wurden. Den Jungtürken ging es um eine "demografische Homogenisierung". Im März 1915 wurden "Sondereinheiten" zwecks "Liquidierung" der Armenier eingesetzt. Sie wurden in 30 "Schlachthäusern" konzentriert.

Beim Euphrat wurden sie durch enge Schluchten gejagt. Frauen und Kinder wurden "ausgefiltriert", während die Männer ermordet wurden. Die Befehle kamen per Feldtelefon. Die Mörder behaupteten, "Dienst für die Heimat" geleistet und "Fremdkörper entfernt" zu haben. Obgleich dem Islam abgeneigt, hätten die Jungtürken die Religion für einen "ethnischen Nationalismus" instrumentalisiert.

Vergessen ist der zeitgleich stattgefundene Völkermord an über 500.000 christlichen Aramäern. Die Leidensgeschichte der aramäischen Christen ist weitgehend unbekannt; der ottomatisch-türkische Massenmord an über 500.000 von ihnen im Ersten Weltkrieg ist bisher von keinem einzigen Staat offiziell verurteilt worden.

Der heute in der Schweiz lebende Aramäer Simon sieht für die aramäischen Christen in der Türkei keine Zukunft: "Aufgrund von Anschlägen und Diskriminierung leben nur noch zwei bis dreitausend aramäische Christen in der Türkei. Hunderttausende sind wie ich ins Ausland ausgewandert oder geflohen.

In wenigen Jahrzehnten werden wohl nur noch Geschichtsbücher über das einstmals blühende

Leben der aramäischen Christen in der Türkei Auskunft geben. Ohne Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit im Ausland können die aramäischen Christen in der Türkei nicht überleben." Heute ist der Islamunterricht an der Volksschule für die wenigen übriggebliebenen aramäischen Christen in der Türkei obligatorisch. Wer als Christ beim Staat arbeitet oder in der Armee dient, muß massive Benachteiligungen in Kauf nehmen.

In der Türkei, die diese beiden Völkermorde bis zum heutigen Tag vehement bestreitet, steht bereits die öffentliche Erwähnung des Genozids an den Armeniern bis heute unter schwerer Strafe.

Derzeit stellen in der Türkei alle Christen zusammen, einschließlich der Ausländer, einen Bevölkerungsanteil von weniger als einem Prozent - Tendenz sinkend. Entgegen den offiziellen türkischen Verlautbarungen führen Christen dort ein Dasein als Bürger zweiter Klasse. Kirchlichen Baumaßnahmen wird mit erheblichen Schikanen begegnet, kirchliche Einrichtungen werden immer wieder enteignet. Selbst kleinste bauliche Änderungen oder Renovierungsmaßnahmen an den Kirchen bedürfen der staatlichen Genehmigung. Oft warten die Gemeinden Jahre, bis eine solche eintrifft - wenn überhaupt.

1971 wurde die theologische Hochschule der griechisch-orthodoxen Kirche geschlossen, und im Jahre 1997 wurde den syrisch-orthodoxen Klöstern verboten, die aramäische Sprache zu lehren. Gleichzeitig sprießen die türkisch beeinflussten Moscheen in Europa wie Pilze aus dem Boden. In Deutschland etwa gab es im Jahre 1970 gerade mal 3 Moscheen. 1997 waren es bereits über 2.700.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und die evangelische Nachrichtenagentur idea haben den türkischen evangelischen Pastor Ahment Guvener zum "Verfolgten Christen des Monats 2003" benannt. Im April 2003 wurde Pater Perre Brunissen bei einer islamistisch motivierten Messerattacke in der südtürkischen Stadt Samsun schwer verletzt. Zweien zum Christentum konvertierten Türken, Hakan Tastan (37) und Turan Topal (46), drohen neun Jahre Gefängnis. Der Vorwurf:

Sie hätten den Islam beleidigt (Artikel 216 der türkischen Verfassung) und "vertrauliche Informationen über Staatsbürger gesammelt" (Artikel 135).

Im Februar 2006 wurde der katholische Priester Andrea Santoro bei einem Gebet in der Stadt Trabzon am Schwarzen Meer von einem türkischen Islamisten hinterrücks erschossen. Der Mörder schrie: "Allah ist groß!", bevor er abdrückte. In frischer Erinnerung sind die Morde an drei Bibelverlegern im osttürkischen Malatya Anfang dieses Jahres. Auffallend zurückhaltend war die Reaktion deutscher Medien auf diese islamistisch motivierten Morde im EU-Bewerberstaat Türkei. Kaum ein deutscher Politiker, der es wagte, entgegen der "political correctness" Stellung gegen diese Skandalmorde zu beziehen.

Keine deutsche Zeitung wagte es, die Verhöhnung und Beleidigung der Opfer und deren Angehöriger in einigen türkischen Zeitungen als Meldung aufzugreifen. Weder Ministerpräsident Erdogan, noch Außenminister Gül, noch der Gouverneur und kein einziger türkischer Bürgermeister waren bei der Beerdigung dabei.

#### **Beispiel 6: Nigeria - Mit der Scharia gegen Christen**

In Nigeria verfolgen die nördlichen, islamistisch orientierten Bundesstaaten weiterhin ihre Politik zur Einführung der Scharia. Seitdem hat es gegen Christen zahlreiche Prozesse und amtlich angeordnete Auspeitschungen gegeben. Kirchen wurden zerstört oder mußten verlegt werden, um sie aus den muslimischen Gebieten herauszubringen. Infolgedessen hält der Strom von Christen weiter an, die den Norden verlassen. Im islamischen Bundesstaat Zamfara startete der Gouverneur eine gegen Christen gerichtete Kampagne. Zahlreiche Kirchen wurden abgerissen. Dasselbe ist auch für den Bundesstaat Bauchi geplant.

Viele Christen entschlossen sich daraufhin zur Abwanderung. Der Bundesstaat Katsina ordnete an, daß Kirchen aus muslimischen Gebieten entfernt werden müssen. Im Bundesstaat Gom-

be wurden Kirchen angezündet. Rückblickend sagt die nigerianische Kirche, daß 89 ihrer Mitglieder während der Unruhen des Jahres 2000 in Kaduna getötet wurden.

### **Beispiel 7: Saudi Arabien - Null Rechte für Christen**

Saudi Arabien, die Heimat des Islam, zählt zu den für Christen am bedrohlichsten Staaten. Im ganzen Land gibt es nicht ein einziges Kirchengebäude, obwohl ein Drittel der Bevölkerung Gastarbeiter sind, unter denen es auch viele Christen gibt.

Während ihres ganzen, manchmal jahrelangen Aufenthaltes, dürfen sie in der Öffentlichkeit keine christlichen Symbole zeigen, nicht die Bibel lesen und sich schon gar nicht zu Gottesdiensten oder Bibelkreisen versammeln. Früher wurden Christen, die bei ihrer Glaubensausübung erwischt wurden, einfach ausgewiesen. Mittlerweile häufen sich nächtliche Razzien, bei denen Christen in Gefängnisse gesteckt und ihre Computer, Bibeln, Kassetten und Familienfotos konfisziert werden.

Im Lehrbuch für die erste Klasse wird Schülern beigebracht, daß Juden, Christen und andere Nicht-Muslime für das "Höllenneur" bestimmt sind. Zitat aus dem Buch: "Jede Religion außer dem Islam ist falsch!". Ein Lehrbuch für die vierte Klasse verlangt als Erfordernis von "wahrem Glauben" von den Schülern, "Polytheisten und Ungläubige zu hassen."

Das Lehrbuch für die achte Klasse warnt davor, die "Ungläubigen zu imitieren" und weist die Schüler an, "verdammenswerte Charakterzüge" bei Juden zu entdecken. Es lehrt sie auch, daß unter die "Ungläubigen" diejenigen Muslime zu zählen seien, die nicht der saudisch-wahabbitischen Glaubenspraxis folgen.

Im einem Lehrbuch für die neunte Klasse lernen die saudischen Teenager in apokalyptisch formulierten Worten, daß Gewalt gegen Christen, Juden und andere Ungläubige von Gott gebilligt wird.

Schließlich weist ein Lehrbuch für die elfte Klassen (Jungen) im Fach "Management, Sozialkunde, Naturkunde und technische Studien" Muslime an, keine Ungläubigen zu grüßen und keine Höflichkeiten mit ihnen auszutauschen. Der Gruß "Friede sei mit Dir!" sei ausschließlich für die (wahabbitischen) Gläubigen vorgesehen. Er kann anderen nicht entboten werden.

Wir erinnern uns: Der Großteil der Terroristen vom 11. September waren Staatsangehörige Saudi-Arabiens.

### **Beispiel 8: Sudan - Für Flüchtlinge gibt es eine "Nahrungsmittel-für-Religionsübertritt-Politik"**

Im islamistischen Sudan wird die christliche Minderheit seit 1986 verstärkt verfolgt. Christliche Schulen, Krankenhäuser und Kirchen werden gezielt bombardiert, christliche Leiter ermordet. Christen werden als Sklaven verkauft, Ländereien von Christen beschlagnahmt und Arabern übergeben. Im Norden gibt es für Flüchtlinge eine "Nahrungsmittel für Religionsübertritt Politik".

Die christliche Menschenrechtsorganisation "Jubilee Campaign" berichtet von zunehmenden Beweisen der Kreuzigung männlicher Bewohner ganzer Dörfer. Als der Vatikan 1992 dagegen protestierte, blieb die Antwort aus der Hauptstadt Khartum nicht lange aus: "Die Katholische Kirche ist zum Feind der sudanesischen Regierung geworden. Wir wissen damit umzugehen." Im Sommer des Jahres 2001 wurden nach Angaben des Radio Vatikan vier Katholiken verhaftet, ausgepeitscht und dann lebend gekreuzigt.

### **Beispiel 9: Malediven - Terror gegen Christen**

Man glaubt es kaum: Doch insbesondere im islamischen Ferienparadies Malediven hat die muslimische Gewalt gegen Christen dramatisch zugenommen. Im Christenverfolgungsindex von Open Doors rangiert der kleine Inselstaat mittlerweile auf Rang acht. Auf dieser zu den beliebtesten Urlaubszielen zählende Inselgruppe ist Religionsfreiheit ein Fremdwort. Christen und Anhänger anderer Minderheitsreligionen werden schwer benachteiligt. Einheimischen Muslimen droht bei einem Religionswechsel der Verlust der Staatsbürgerschaft.

Der Bau von Kirchen und anderen nicht-muslimischen Gebetsstätten ist verboten, jeder öffentliche christliche Gottesdienst unter den 20.000 ausländischen Arbeitskräften sowie den jährlich hunderttausenden Touristen ist untersagt.

#### **Beispiel 10: Pakistan - Verhaftungen und Todesurteile gegen Christen**

Aus dem muslimischen Pakistan wird immer wieder von Entführungen christlicher Mädchen durch Muslime berichtet. Eine junge Christin ist eingekerkert worden, nachdem sie einer Schulfreundin von Christus erzählte. Den Eltern erzählte man, ihre Tochter habe den Wunsch geäußert, ihr christliches Zuhause verlassen zu wollen, weil sie sich zum Islam bekehrt habe. Die örtliche Polizei lehnte die Bearbeitung einer Anzeige der Eltern ab, weil man sowieso nicht wisse, wo sich die Tochter im Moment aufhalte. Christen in Pakistan müssen jederzeit mit der Todesstrafe durch den Strang wegen "Gotteslästerung gegen den Namen des Heiligen Propheten Mohammed" rechnen.

#### **Beispiel 11: Indonesien - Auf dem Weg zum Gottesstaat**

Jahrzehntelang wurde Indonesien, der mit über 200 Millionen Menschen bevölkerungsreichste islamische Staat, als beispielhaft für interreligiöse Toleranz angesehen. Doch damit ist es - nicht erst seit den Bali-Anschlägen mit seinen 226 Toten definitiv vorbei. Unter massiver Einflußnahme seitens der iranischen Mullahkratie und saudischer Wahabbiten kam es zu einer erschreckenden Radikalisierung der Muslime in Indonesien.

Dies wiederum führte zu religiöser Gewalt, wobei die Minderheit der im Lande lebenden Christen zu leichten Zielen wurden. Die Inselgruppe der Molukken wurde dabei zum Hauptschlachtfeld. Laskar Jihad, eine besonders radikale muslimische Bewegung, hat sich zum Ziel gesetzt, das Christentum in diesem Gebiet gänzlich auszulöschen.

Am 25. April 2004 wurden in der Provinzhauptstadt Ambon der Direktor eines evangelikalen Bibelseminars und ein Student grausam ermordet. Vor ihrer Enthauptung wurden sie gefoltert, ihre Leichen wurden danach verbrannt.

Auf der Insel Sulawesi, einem der regionalen Rückzugsgebiete der Christen, wurden drei christliche Schülerinnen im Alter von 15, 16 und 19 Jahren von muslimischen Extremisten überfallen und enthauptet. Sie waren auf dem Weg zu ihrer christlichen Schule.

Ein viertes Mädchen überlebte schwer verletzt. Ihr Gesicht ist durch eine Machete gespalten worden. Trotz zahlreicher plastischer Operationen wird dieses Mädchen sein Leben lang entstellt sein.

Am 10. Oktober 1996 hat in der Stadt Situbondo, im Osten Javas, eine Menge von ca. 3.000 Muslimen 30 Kirchen überfallen und in Brand gesetzt, wobei sechs Personen getötet wurden. Die Menge war aufgebracht wegen des zu milden Urteils, das über einen jungen Muslim namens Saleh verhängt worden war. Die Aufständischen, die sehr wahrscheinlich von wohlorganisierten Agitatoren aufgewiegelt worden waren, waren überzeugt, daß der junge Saleh in der Nähe einer der Kirchen der Stadt versteckt worden sei und verdächtigten indonesische Christen, Saleh vor ihrem Zorn zu schützen.

Aufgrund dieser Gerüchte überfielen sie Kultstätten, Schulen, Waisenhäuser und Privatwohnungen, alle Gebäude, die im Zusammenhang mit den Christen standen. Ein Pastor der evangelischen Kirche, seine Frau und deren Kinder, waren zusammen mit einem Mädchen und einem Helfer in einem der Gebäude eingeschlossen und sind bei lebendigem Leibe verbrannt.

Nach Angaben der Verantwortlichen der protestantischen Konfession (auch aufgrund von Augenzeugen und Polizeiberichten) soll der Aufruhr geplant und von Agitatoren, die integralistischen Gruppen angehören, gut organisiert worden sein.

Das habe sich auch erwiesen, so bestätigt die Presseagentur U.C.A. News vom 14.-24. Oktober 1996, durch die Schnelligkeit, mit der die Überfälle auf die Kirche durchgeführt worden seien: Die Brandsätze waren unmittelbar verfügbar, und die verschiedenen Gruppen gingen koordiniert vor.

Am 26. Dezember 1996 wurden im Westen der Insel Java, in Tasik Malaya, 13 Kirchen und eine christliche Schule zerstört. Idea Spektrum berichtet, daß die Übergriffe im Zuge eines Aufstands islamischer Extremisten erfolgten, die Regierungsgebäude, Schulen, Fabriken und Banken getroffen haben. Auch zwei Ehepaare seien in ihren Fahrzeugen getötet worden.

Ein anderer Vorfall ereignete sich in Manang (Zentral-Java), wo etwa 50 junge Muslime in den Verlauf eines Gottesdienstes in der Weihnachtsnacht eingedrungen sind, den Priester geschlagen haben, bis er bewußtlos wurde, Mobiliar stahlen und die Decke des Versammlungsraumes zerstörten. Außerdem erklärten die Jugendlichen, daß es in ihrem Dorf in Zukunft nicht erlaubt wäre, Christ zu sein und religiösen Feiern abzuhalten.

Am 30. Januar 1997 zerstörten die Integralisten zahlreiche Kirchen, einen chinesischen Tempel und das Geschäft eines chinesischen Christen. Sie brachen ein in Rengasdengklok, ca. 50 Kilometer von Jakarta, und griffen die Gebäude mit Steinen und Stöcken an. Nach Angaben der örtlichen Polizei gab es keine Verletzten.

Ende Dezember wurden in der Stadt Tasik Malaya, im Westen Javas, vier Christen getötet und 15 verletzt. Mehr als 100 Gebäude und zwölf christliche Kirchen wurden stark beschädigt. In Situbondo starben fünf Menschen, der protestantische Pfarrer Isaac Christian, seine Frau und deren drei Kinder; 25 Kirchen und ein Tempel wurden zerstört.

Die indonesischen Chinesen und die christliche Minderheit sind immer im Visier muslimischer Anschläge, die nicht zuletzt wegen der miserablen wirtschaftlichen Lage organisiert werden. Darüber hinaus möchten militante Kreise den Islam zur einzigen für alle verbindlichen Religion des Landes machen. In den beiden letzten Jahren sind 1.300 Gebäude der katholischen Kirche schwer beschädigt worden.

### **Die Ursachen**

Doch weltweit beteuern islamische Geistliche unentwegt, Islam bedeute Frieden.

"Unsinn!", schreibt hierzu Hans-Peter Raddatz, einer der führenden westlichen Orientalisten und Mitverfasser der "Enzyklopädie des Islam". Seiner Wortbedeutung nach bedeute "Islam" nichts anderes als "Unterwerfung" und "völlige Hingabe" - und zwar an die Worte Moham-meds und die Glaubensgrundsätze des Koran, so Raddatz.

Hauptziel des Islam sei die Unterwerfung aller Ungläubigen und letztendlich die Errichtung einer islamischen Weltherrschaft, dem globalen "Dar-al-Islam". Erst bei einer muslimischen Weltgemeinschaft zieht nach Überzeugung des Islam wahrer Frieden in die Welt ein. Bis dahin gilt es, alle Ungläubigen so lange zu bekämpfen, bis sie sich dem Islam unterworfen haben. Hierzu Bassam Tibi:

"Das Wort "Frieden" impliziert für einen Muslim die Erweiterung des Dar-al-Islam - des "Hauses des Islam" - auf die ganze Welt. Das unterscheidet sich vollständig von dem aufgeklärten Konzept des ewigen Friedens, welches das westliche Gedankengut beherrscht."

Wie um diesen Befund zu untermauern wußte Ayatollah Chomeini, derzeit oberster geistlicher Führer und damit Chef im Iran (bei seinen Ansprachen stets mit belehrend erhobenem Zeigefinger gestikulierend), die wahren Friedensprinzipien des Islam mit folgenden Worten zu charakterisieren: "Wirf deine Gebetsschnur fort und kaufe dir ein Gewehr. Denn Gebetsschnüre halten dich still, während Gewehre die Feinde des Islam verstummen lassen!

Wir kennen keine absoluten Werte außer der totalen Unterwerfung unter den Willen des allmächtigen Allahs. Die Christen und Juden sagen: "Du sollst nicht töten!" Wir aber sagen, daß "das Töten einem Gebet an Bedeutung gleichkommt, wenn es nötig ist!" (Zitat aus einer seiner Reden im Jahr 2004).

Der im Londoner Exil lebende Abu Hamsa al-Masri, ein radikaler Muslimführer, weiß hierzu in einer seiner Predigten auf den Straßen Londons: "Die ganze Welt wird den Muslimen gehören - das ist ein Versprechen von Allah." Er versprach ferner seinen Zuhörern, daß "die heute lebenden Muslime noch einen muslimischen Herrscher im Weißen Haus erleben" würden.

Auch Metin Kaplan, der anfangs belächelte "Kalif von Köln", machte nie ein Hehl aus den wahren Absichten des Islam. Kurz und bündig und damit für jedermann verständlich formuliert er den Glaubenshauptsatz des Islam: "Unser Ziel ist die Weltherrschaft des Islam!"

Al-Sarkawi, bis zu seiner Tötung durch die Amerikaner Stellvertreter von Al-Kaida im Irak, auch bekannt als "Der Schlächter des Irak", rief zum Dschihad auf, der den Islam und die Scharia auf der ganzen Welt verbreiten soll. "Die Angriffe (im Irak) werden erst nach einem weltweiten Sieg des Islam und der Errichtung der Scharia aufhören", so Sarkawi.

Dieser Satz muß in den Ohren westlicher Gutmenschen und notorischer Amerikakritiker schmerzen. Zeigt er doch, daß die heftig kritisierte US-Operation im Irak nicht wie stets behauptet Ursache, sondern lediglich (seitens der Islamisten) willkommener Anlaß für einen weltweiten Dschihad ist.

Den Auftrag zur Weltherrschaft erhalten die Muslime von Allah persönlich. Aus dem Munde seines Propheten erfahren die Gläubigen: "Er ist's (Allah), der seinen Gesandten (Mohammed) mit der Leitung und der Religion der Wahrheit entsandt hat, um sie über jede Religion siegreich zu machen, auch wenn es den Götzendienern zuwider ist." (Heiliger Koran, Sure 61, Vers 9). In Sure 98, Vers 6 läßt Allah keinen Zweifel daran, was von den "Ungläubigen" zu halten ist:

"Siehe, die Ungläubigen vom Volke der Schrift (Anmerkung: gemeint sind Juden und Christen) ... sie sind die schlechtesten aller Geschöpfe!" Und damit jedermann weiß, wen Allah zu den Ungläubigen zählt, wird dieser Begriff geradezu im Stil einer wissenschaftlich-semanticen Begriffsbestimmung unzweideutig definiert: "Ungläubig sind gewiß diejenigen, die sagen: Christus, der Sohn Marias, ist Gott!" (Sure 5, Vers 17).

Wie Hohn mag dagegen die Erwiderung islamischer Geistlicher (meist gegenüber westlichen Medien) klingen, daß der Islam ein toleranter Glaube auch gegenüber anderen Religionen sei. Sie verweisen dabei regelmäßig auf den Koran selbst (Sure 2, Vers 256), in dem es heißt: "Es gibt keinen Zwang in der Religion."

Selbst westliche Philosophen und viele der deutschen, zumeist islamophilen Orientalisten, verweisen zur Untermauerung der Friedlichkeit des Islam immer wieder auf diesen Vers. Doch bereits der anschließende Satz in derselben Sure hebt diese scheinbare Toleranz gegenüber Andersgläubigen wieder auf.

"Der rechte Weg (des Glaubens) ist durch die Verkündigung des Islam klar geworden ..." heißt es dort, und spätestens in Sure 3, Vers 19 wird die Prädominanz des Islam wieder zurechtgerückt: "Als einzig wahre Religion gilt bei Allah der Islam."

Was muslimische Theologen darüber hinaus noch allzu gerne gegenüber westlichen Medien verschweigen ist Mohammeds klare Aussage, wie mit Menschen zu verfahren sei, die sich der Apostasie (des Glaubensabfalls) vom Islam schuldig gemacht haben. "Tötet denjenigen, der seine Religion wechselt!", wird Mohammed in der Hadith (den Überlieferungen des Lebens Mohammeds) zitiert.

Eine andere muslimische Quelle berichtet, daß Mohammed seine Feinde und Gegner regelmäßig durch Auftragsmörder umbringen ließ, darunter Dichter, Frauen und vor allem Juden (Tabari VII: 97 / Ishaq: 368). Wer weiß, daß für gläubige Muslime die Überlieferungen zu Mohammeds Leben neben dem Koran die zweite wichtige Glaubenssäule darstellen, sieht die Todesfatwa, die seit Jahrhunderten bis in die Gegenwart hinein (Salman Rushdie) gegen Kritiker und Feinde des Islam ausgestellt werden, damit nicht als Irrweisungen verblendeter Fanatiker, sondern als ein zentrales, heiliges Werkzeug der islamischen Glaubenstradition selbst: Gehen diese Fatwa doch auf den Religionsgründer selbst zurück.

Wie sehr selbst aufgeklärte westliche Orientalisten sich in diesem mittelalterlichen Verfolgungssystem verirren können, zeigt sich überdeutlich an Annemarie Schimmel, der "Grand Madame" der deutschen Orientalistik, die 1995 für ihr Lebenswerk der Verständigung zwi-

schen Muslimen und Nichtmuslimen mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde. In einem Fernsehinterview zeigte sie Verständnis für die Empörung der islamischen Welt und der Todesfatwa gegen Salman Rushdie wegen dessen islamkritischen Werks *Die Satanischen Verse*.

In einem Berliner Modellversuch wurde an verschiedenen Schulen Islam-Unterricht eingeführt. Nach wenigen Wochen waren die muslimischen Schüler kaum mehr zu erkennen: Muslimische Mädchen erschienen nur noch mit Kopftuch zum Unterricht, Freundschaften zu nicht-muslimischen Klassenkameraden wurden abgebrochen und viele der muslimischen Schüler setzten sich nicht mehr mit ihren christlichen Klassenkameraden an eine Schulbank. Muslimische Schülerinnen weigerten sich, am Sexualkunde-Unterricht teilzunehmen, gemischter Sportunterricht wurde seitens muslimischer Schülerinnen boykottiert.

Diese Entwicklung kam nicht von ungefähr. Wurden die Koranschüler doch im Islamunterricht (der verfassungswidrig der staatlichen Schulaufsicht (Art. 7 Abs. 1 GG) entzogen war) mit Suren wie den folgenden konfrontiert: "O die ihr glaubt. Nehmet nicht die Juden und die Christen zu Freunden. Sie sind Freunde gegeneinander.

Und wer von euch sie dennoch zu Freunden nimmt, der gehört fürwahr zu ihnen. Wahrlich! Allah weist nicht dem Volk der Ungerechten den Weg!" (Sure 5, Vers 51) oder, noch deutlicher in Sure 8, Vers 55: "Siehe, schlimmer als das Vieh sind bei Allah die Ungläubigen, die nicht glauben!" Und damit auch dem letzten Muslim klar wird, welches Verhalten Allah von ihm Ungläubigen gegenüber verlangt, läßt Mohammed seine Rechtgläubigen im Koran wissen: "Und wenn ihr die Ungläubigen trifft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt; dann schnüret die Bande." (Sure 47, Vers 4-5).

Ganz im Einvernehmen dazu äußerte sich in Berlin letzten Jahres Alpaslan Sürücü, der Bruder des Todesschützen von Hatun Sürücü, nach dem Freispruch des wegen Mordes angeklagten Familienmitglieds vor laufender Kamera folgendermaßen:

"Siehst du diese Menschen dort? Wenn man sie umbringt, ist das keine Sünde. Das sind alles Ungläubige!" (Quelle: Minority Report 2006).

Wie bereits erwähnt gibt es an 200 Stellen im Koran und der Hadith, in welchem zum Haß, Mord und zur Verfolgung "Ungläubiger" aufgerufen wird.

Die Integrationsproblematik der Muslime in nahezu allen westlichen Gesellschaften stellt sich damit in einem etwas anderen Licht dar - auch wenn es von Multikulti-Fanatikern (wie Claudia Roth etwa) vermutlich anders gesehen wird. Ob Roth oder Oskar Lafontaine (letzterer sieht wichtige Gemeinsamkeiten in den Interessen der Links-Partei und der Muslime Deutschlands) allerdings jemals einen Blick in den Koran geworfen haben, bleibt anzuzweifeln.

Die eingangs erwähnte Bemerkung Khomeinis zu Juden und Christen müssen vor dem Hintergrund der wahren Lehren des Islam als genau das gesehen werden, was sie sind: Die Äußerungen eines gläubigen Muslimen, der die Weisungen Allahs wortwörtlich nimmt. Dazu noch einmal der Orientalist Raddatz in einem Interview in der "Welt" (17.2.2002):

"Koran und Prophetentradition schreiben für jede islamische Gesellschaft vor, langfristig auch politisch dominant zu werden. Diesen Anspruch müssen die Muslime aufgeben ... Diese Zumutung müssen wir den Muslimen abverlangen - oder wir müssen uns die Konsequenzen zumuten."<<

**06.12.2008**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>>Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein**

Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz

Es erscheint absurd, aber Deutschland zahlt nun bereits über lange Jahre hinweg riesige Summen in den gemeinsamen europäischen Topf ein, während die Sprache der Deutschen im

Brüsseler Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, daß alle Anstrengungen vom Bundestag und den verschiedenen Landtagen, diesem Mißstand entgegenzuwirken, in der Realität nichts oder so gut wie nichts erbracht haben. Der seit Jahren andauernde Trend einer systematischen Benachteiligung der deutschen Sprache hält weiter an.

Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union (EU) allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind.

So geht es jedenfalls aus den Berechnungen der EU-Kommission in ihrem jüngsten Finanzbericht hervor. In den neunziger Jahren hat Deutschland noch deutlich höhere Beiträge geleistet - und das trotz der erheblichen finanziellen Belastungen, die die Deutschen durch die Überwindung der Sozialismusfolgen bei der Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit in ihrem eigenen Land hatten, und die - unter Freunden - eigentlich ein Moratorium, also eine Pause bei den Zahlungen nach Brüssel verlangt hätten.

Allerdings: Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro.

Willeke machte zugleich deutlich, daß für eine "angemessene Netto-Zahlung" als Indikator nicht die Einwohnerzahlen von 80 oder 40 Millionen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen genommen werden müßte.

Dabei zeigt sich, daß für den genannten Zeitraum von 1995 bis 2003 Deutschland weit hinter anderen liegt: zum Beispiel mit 25.616 Euro hinter Frankreich (26.616 Euro), Belgien (26.470 Euro) und Großbritannien 27.179 Euro).

Die Berechnungen Willekes zeigen, daß die tatsächlichen Zahlungen Deutschlands weit über ein angemessenes Maß hinausgehen. Sein Fazit: Die Deutschen wurden in den untersuchten Jahren relativ am stärksten zur Zahlung herangezogen.

Im November haben nun die Bundesregierung und mehrere Bundesländer, ermahnt und gestützt von Bundestag und Landtagen, mit Nachdruck eine Gleichstellung des Deutschen mit den beiden anderen Arbeitssprachen Englisch und Französisch in der Praxis des europäischen Alltags verlangt. Längst wird die deutsche Sprache, die zu den 23 Amtssprachen zählt und formell eine der drei "Arbeitssprachen" ist, bei der Übersetzung wichtiger Arbeitsdokumente schlicht übergangen.

So liegen manche Rechtstexte, die der Bundestag ratifizieren muß, nur auf Englisch oder Französisch vor, wirtschaftlich bedeutsame Ausschreibungen der Brüsseler Behörden sind erst "nach verdächtig langer Zeit" in deutscher Übersetzung vorhanden, Internetseiten der Ratspräsidenschaften ebenfalls.

Die deutsche Sprache, die von über 100 Millionen Menschen der Europäischen Union gesprochen wird, wurde unlängst unter der Überschrift einer "Mehrsprachigkeits-Strategie" mehr oder weniger abgespeist. Zwar wird im Rahmen dieser "Strategie" festgestellt, daß auch die europäischen Gremien die Mehrsprachigkeit für die Beziehungen zwischen Brüssel und "den nationalen Institutionen im Rahmen ihrer Kompetenzen" auszubauen hätten. Das Anliegen des größten Nettozahlers, seine Sprache dem Englischen und Französischen gleichzustellen, wurde hinter dem schwammigen Begriff der "Mehrsprachigkeit" versteckt.

Hatte doch die Große Koalition in Berlin in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten: "Wir wer-



den dafür sorgen, daß die deutsche Sprache in Europa ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt wird."

Das berechnete deutsche Anliegen auf die Ebene allgemeiner "Mehrsprachigkeit" abzuschieben, wird dem nicht gerecht. Jetzt erst recht sind Bundestagspräsident Lammert, die Bundesregierung und die Europaminister der Landesregierungen, wie die von Nordrhein-Westfalen und Hessen, die sich in dieser Frage engagiert hatten, gefordert, endlich das Ziel anzusteuern, der in Europa am meisten gesprochenen Sprache die ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung zukommende Rolle in der Brüsseler EU zu verschaffen, damit sie diese Aufgabe auch erfüllen kann.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Dezember 2008

(x887/...): >>Kreuzzug gegen den Islam

Udo Ulfkotte kritisiert die Blauäugigkeit der Europäer

Dem Mann ist nicht zum Lachen zumute. Diesen Eindruck gewinnt jeder, der Udo Ulfkotte einmal in einer Talkshow oder bei einer Rede erlebt hat. Zu ernst ist sein Thema: die schleichende Islamisierung Europas, vor der der Autor eindringlich warnt. Muslimische Mitbürger haben bereits zur Ermordung von Ulfkotte und seiner Familie aufgerufen, die versteckt in einem Bergdorf leben muß.

Wer die Überschriften in Ulfkottes Buch liest, denkt sofort: Das kann doch nicht wahr sein! Sollte Schweden tatsächlich im Jahr 2040 eine islamische Bevölkerungsmehrheit haben oder in Norwegen der "Halbmond" bald die Mitternachtssonne verdrängen, wie der Autor bildhaft behauptet?

Daß in Frankreichs Vorstädten durch islamische und gewaltbereite Jugendliche eine Zeitbombe tickt, wissen inzwischen alle, die die Krawalle in den Vorstädten des Landes vor nicht langer Zeit verfolgten. Oder daß Brüssel demnächst eine islamische Stadt sein wird, weil dort bereits in diesem Jahr 57 Prozent der Neugeborenen dem Islam angehören? Wer heute durch Brüssel spazieren geht, sieht ganze Stadtviertel, die moslemisch geprägt sind.

Wie ein Rufer in der Wüste breitet Ulfkotte seine besorgniserregende Vision aus: Der Islam ist auf dem Vormarsch, das christliche Abendland dem Untergang geweiht. Was durch die Seeschlacht von Lepanto (1571) und durch die siegreichen Kämpfe der Christen (1529/1683) gegen die Osmanen vor Wien verhindert wurde, scheint jetzt Wirklichkeit zu werden.

Sein Wissen hat der Autor aus eigener Erfahrung in islamischen Ländern und durch das Internet gewonnen. Die 400 Buchseiten sind gespickt mit über 800 Anmerkungen und Quellenhinweisen, hauptsächlich aus dem weltweiten Netz. Damit bewegt sich der Autor allerdings auf dünnem Boden. Bekanntlich kann man im Internet für alles und jedes Argumente und Belege finden. Und diese Informationen sind in der Regel äußerst flüchtig und nach einigen Monaten oder Jahren kaum noch nachprüfbar. Das schwächt die Darstellung und den Wahrheitsgehalt des Buches.

Doch damit allein kann man Ulfkottes Kreuzzug gegen den Islam nicht abtun. Der Autor hat selbst als Auslandskorrespondent viele Jahre in islamischen, arabischen und europäischen Ländern verbracht. So konnte er sich ein eigenes Urteil bilden. Daß ein gelernter Kriminologe dabei akribisch vorgeht, dürfte selbstverständlich sein.

Der Stil des Buches ist durchweg von der Betroffenheit des Autors geprägt. Hier schreibt keiner, der Differenzierung und sachliche Abwägungen vorbringen will. Dabei wäre mit einer gründlicheren Recherche, einer ausgewogeneren Bewertung der gewonnenen Informationen dem Anliegen vielleicht besser gedient gewesen. Der Autor erwähnt aber auch, daß die in Schweden aufgenommenen Christen aus dem Irak sich ähnlich integrationsfeindlich wie ihre islamischen Landsleute verhalten.

Dies läßt dem Leser Raum für den Eindruck, daß es sich bei den geschilderten Problemen in schwedischen Vorstädten gar nicht um ein religiöses, sondern vielmehr um ein kulturelles

Phänomen handelt. Hier prallen vielleicht, so wie es Samuel P. Huntington in den 90er Jahren voraussagte, Zivilisationen von Schweden und Irakern aufeinander, die einfach nicht zusammenpassen.

Die bei Europäern vom Autor kritisierte allzu große Blauäugigkeit und Toleranz gegenüber dem Islam erhielt durch eine sachlichere Darstellung und die gebotene Differenzierung mehr Bodenhaftung. Dies wäre auch dann hilfreich, wenn wieder einmal die Vertreter der deutschen Islamverbände die dargestellten Fakten von Ehrenmorden, Vergewaltigungen, Todesurteilen gegen Konvertiten, Zwang und Gewalt in den Familien rundheraus in der Öffentlichkeit abstreiten. Der "Untergang des Abendlandes" ist schon oft prophezeit worden, jedoch haben die Warner bisher nicht recht behalten. Auch das könnte eine Frucht der Lektüre dieses aufrüttelnden Buches sein.

Udo Ulfkotte: "SOS Abendland - Die schleichende Islamisierung Europas", ... Rottenburg 2008 ...<<

**12.12.2008**

**Belgien:** Der Schengen-Raum wird am 12. Dezember 2008 um die Schweiz erweitert.

**USA:** Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 12. Dezember 2008 über den Zweiten Weltkrieg: >>**Churchill war ein böser Kriegstreiber**

Der US-Schriftsteller Nicholson Baker macht sich in seinem neuen Roman "Human Smoke" mit seinen Thesen über den Zweiten Weltkrieg unbeliebt

*Stefan Scheil*

Seit einigen Monaten tobt ein kleiner Sturm durch das deutschsprachige Feuilleton. Ratlos und verärgert stehen viele Blätter dem Buch eines gern gehätschelten Autors gegenüber. Nicholson Baker, anerkanntermaßen einer der großen amerikanischen Erzähler der Gegenwart und viel gelobt für seine ironischen und polemischen Vorstöße gegen die Absurditäten der Zeitläufe, hat sich diesmal unbeliebt gemacht.

Statt George Bush ins Visier zu nehmen wie 2004 in "Checkpoint" oder die alltägliche Büchervernichtungen in US-Bibliotheken zu beklagen wie im "Eckenknick" von 2005, führt er diesmal vor, wie Kriege entstehen, wie Kriegsparteien sich gegenseitig hochschaukeln - pikanterweise am Beispiel des Zweiten Weltkriegs.

Schon in den USA traf das Buch auf verärgerte Reaktionen. Bei soviel anerkannter Wechselwirkung wittern bundesdeutsche Redakteure gern einen Verstoß gegen die Dogmen von Überfall und Alleinschuld und gehen quasi instinktiv dagegen vor. Dabei fällt dies in der Sache durchaus schwer. Baker hat bewußt keinen Roman geschrieben, sondern eine literarisch anspruchsvolle, aber durchgehend nicht-fiktionale Darstellung.

Er verteilt keine Schuld, hält sich zurück und verzichtet weitgehend auf Wertungen historischer oder allgemeiner Art. Statt dessen läßt er Fakten sprechen und bringt, in chronologischer Reihenfolge geordnet, jeweils kleine Absätze von meistens etwa einer halben Seite, die immer recht präzise eine wahre Begebenheit schildern.

Baker geht weit zurück, bis zur allzu optimistischen Einschätzung Alfred Nobels, das von ihm neugeschaffene Zerstörungspotential werde Kriege vielleicht ganz unmöglich machen, da doch jeder die existentielle Gefährdung der Menschheit durch weitere Kampfhandlungen einsehen müsse. Gleich darauf kommt er als Kontrast zu Stefan Zweig und dessen Beobachtungen, als die liebenswürdigen Bürger im französischen Tours, die nichts über die Welt wußten, als was sie in der Zeitung gelesen hatten, eines Tages völlig verrückt vor Aggressivität wurden. Es war im Frühling 1914. Im Kino war für einen Augenblick Kaiser Wilhelm II. auf der Leinwand zu sehen gewesen.

Der Zweite Weltkrieg, dessen Vorgeschichte Baker im weiteren nachspürt, erscheint aus dieser Perspektive als eine Fortsetzung des Ersten. Das Personal blieb auf alliierter Seite an prominenter Stelle identisch, was sowohl für Winston Churchill wie für Franklin Roosevelt gilt.

Es sei, als würde man eine lange unterbrochene Routine wieder aufnehmen, zitiert Baker den Kommentar des amerikanischen Präsidenten zum Kriegsausbruch am 1. September 1939. Man dachte sich zuvor auf alliierter Seite etwas und sah den Krieg kommen, ja, man verschärfte sogar den politischen Kurs hin zu einem Kriegskurs.

Auf diesen Gedanken läßt Baker den Leser von selbst kommen. Dessenungeachtet scheut er sich nicht, mit zahlreichen Äußerungen des antinationalsozialistischen deutschen Lagers, etwa von Ulrich von Hassell oder Helmuth von Moltke, den innerdeutschen Wahnwitz zu belegen. Auch Viktor Klemperer kommt ausführlich zu Wort.

Soweit er die Kriegszeit bearbeitet, konzentriert sich Baker im wesentlichen auf zwei Themen. Die Eskalation der militärischen Handlungen nach dem September 1939 und insbesondere des Bombenkriegs wird richtigerweise als von Churchill gewünscht erkennbar. Daß Hitler mehrfach und auch nach dem Fall von Frankreich Friedensbedingungen anbot, die dem britischen Botschafter in Washington, Lord Lothian, als "überaus befriedigend" erschienen und deren Annahme er dringend empfahl, gibt der Autor an dieser Stelle nicht wieder. Baker zitiert die Begebenheit leider nur verkürzt, als allgemeine Empfehlung Lothians, im Radio nichts gegen den Frieden zu sagen.

Bakers zweites großes Thema ist die nationalsozialistische Judenverfolgung, die in der Vorkriegszeit in Hitlers öffentlicher Ankündigung vom Januar 1939 gipfelte, die europäischen Juden hätten im Kriegsfall ihre Ausrottung zu erwarten. Im alliierten Lager interessierte das eigentlich niemanden so recht. Die immer neuen Verschärfungen der Judenverfolgung blieben von Regierungsseite ohne Echo und praktischen Rettungsversuch.

Baker bricht die Darstellung mit dem Jahresende 1941 ab, für das weitere Geschehen fehlten ihm vielleicht die Worte. Möglicherweise wird dies eines Tages anders sein. Es wäre dann ein weiterer Beitrag zur Überwindung der Schuldklischees, von denen sich viele Feuilletonisten nicht abnabeln können.

Nicholson Baker: Human Smoke - The Beginning of World War II, the End of Civilization. Simon and Schuster, New York, London 2008 ...<<

**2008**

**BRD:** Der deutsche Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim berichtet 2008 in seinem Buch "Die Deutschlandakte", Seite 16 (x357/9): >>"Tatsächlich waren es die westlichen Besatzungsmächte, die die Entstehung des Grundgesetzes beherrschten. Sie dekretierten den Erlaß des Grundgesetzes, nahmen massiv Einfluß auf seinen Inhalt und stellten sein Inkrafttreten unter den Vorbehalt ihrer Genehmigung."

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtet im Jahre 2008 in seinem Buch "Diktatur Europa? Was darf man in Europa noch sagen?" über die Europäische Union (x861/...): >>Europa als kommende Diktatur

**Was darf man in Europa noch sagen?**

**Die Vereinigten Staaten von Europa**

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika geben, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 27 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben wer-

den.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein? Meine These, die ich in verschiedenen Publikationen ("Europa - das wiedererstehende Römische Reich?", 2005; "Diktatur Europa?", 2008) ausführlich begründet habe, lautet:

Das wiedererstehende Römische Reich besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum in Rom. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit, denn die Herrschaft des Antichristen und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein.

Es heißt im Wort Gottes:

"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.)

### **Die weltanschaulichen Grundlagen der Europäischen Union**

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA PRÄAMBEL heißt es:

"Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben ... (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)"

In Artikel 2 der EU-Charta werden "Die Werte der Union" beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbe-

stand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte.

### **Die Ziele der Homosexuellen-Bewegung**

Janet L. Folger hat im Jahr 2005 in den USA ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel: "The Criminalization of Christianity". "Read this, before it becomes illegal!", ist der Untertitel. Zu Deutsch: "Die Kriminalisierung des Christentums". "Lesen Sie dieses Buch, bevor es illegal (ungesetzlich) wird!" Sie schreibt darin: "Das letztendliche Ziel der Homosexuellen-Bewegung ist die Kriminalisierung des Christentums." Auf Seite 82 und 83 veröffentlicht sie die weltweit propagierte Homosexuellen-Agenda, die bereits am 25. April 1993 bei einem "Gay Pride March" - das heißt zu Deutsch etwa "Schwulen-Stolz-Marsch" - in Washington D.C. ganz offiziell verabschiedet wurde. Darin heißt es:

"1. Alle Sodomiegesetze sollen aufgehoben und alle Formen von sexueller Ausdrucksweise, einschließlich Pädophilie (Kinderschändung; L. G.), legalisiert werden."

"2. Die Verteidigungshaushaltsgelder sollen umgewandelt werden, um Aidspatienten medizinische Versorgung zu ermöglichen."

Das mag ja noch akzeptabel sein. Aber dann heißt es auch: "... um Geschlechtsumwandlungsoperationen vorzunehmen." Vor einiger Zeit hat sich z.B. in den USA eine methodistische "Pastorin" umwandeln lassen in einen "Pastor".

3. Die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption ... soll legalisiert werden.

4. Homosexuelle Erziehungsprogramme sollen auf allen Ebenen der Erziehung, einschließlich Grundschulen, eingeführt oder angeboten werden.

5. Verhütungs- und Abtreibungsdienste sollen verfügbar gemacht werden für alle Personen, unabhängig vom Alter (auch schon für minderjährige Mädchen; L. G.).

6. Steuerzahlermittel sollen eingesetzt werden für künstliche Besamung von Lesben und Bisexuellen.

7. Religiös begründete Äußerungen bezüglich Homosexualität sollen verboten werden.

8. Organisationen wie die Pfadfinder sollen dazu gebracht werden, homosexuelle Gruppenführer zu akzeptieren."

Wir wollen natürlich dem einzelnen homosexuell empfindenden Menschen seelsorgerlich helfen und beistehen, damit er zur biblischen Orientierung der Heterosexualität findet, die Gott uns schöpfungsgemäß geschenkt hat und wozu Er uns in Seinem Wort anweist. Ich sehe es allerdings als ein Zeichen der endzeitlichen Entwicklung an, daß der "Mensch der Sünde" sich immer mehr auf den Thron Gottes zu setzen versucht (2. Thessalonicher 2), auch in dieser Form. Und dazu gehört nicht nur dieses: Propagierung sexueller und anderer Unmoral, sondern gleichzeitig wird auch gesagt: Man muß die "Fundamentalisten" (dazu werden auch bibeltreue Christen gerechnet) mundtot machen bzw. "zähmen".

Dieser Begriff ("die Fundamentalisten zähmen") stammt von Robert Muller, der über 30 Jahre Vizesekretär der Vereinten Nationen gewesen ist. Robert Muller, ein Elsässer, arbeitet seit Langem an dem Projekt einer "Eine-Welt-Regierung" ("One World Government") und "Eine-Welt-Kirche" ("One World Church"). "Mein Traum", sagt er, "ist es, eine riesige Allianz zwischen allen Hauptreligionen dieser Welt und den Vereinten Nationen aufzubauen".

Muller ist ein typischer New-Age-Denker. Er arbeitet mit den Theosophen in der Blavatsky-schen und Besantschen Tradition zusammen an diesem Ziel. Er sagt weiter: "Aber da ist nur

ein kleines Problem: das sind diese verdammten Christen ('damned Christians')." Und weiter: "Friede wird nur entstehen durch die ‚Zähmung‘ des Fundamentalismus." Er versteht darunter das Christentum, das an der Heiligen Schrift als wortwörtlich inspiriert (jedenfalls im Urtext) festhält.

### **Beispiele für eine beginnende Christenverfolgung in Europa**

Harry Hammond, ein 67-jähriger Engländer, hielt vor einigen Jahren in einem englischen Park ein Schild hoch, darauf war zu lesen: "Stoppt Unmoral! Stoppt Homosexualität! Stoppt Lesbianismus!" Und was geschah?

Homosexuelle sahen das, telefonierten miteinander, und es kam eine ganze Gruppe, die ihn zuerst lächerlich machte und dann tätlich angriff und zu Boden schlug. Dann riefen sie sogar die Polizei selber herbei. Wen nahm die Polizei daraufhin fest? Diesen 67-jährigen älteren Bruder! Diesen klagten sie an und sagten, sein Schild sei ein illegales Zeichen, er habe damit die Leute provoziert, und das dürfe man heute nicht. So sind heute schon die Gesetze umgeändert!

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches unter anderem für kritische Äußerungen über Homosexualität oder Homosexuelle eine Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren vorsieht. Dies soll auch dann gelten, wenn sich derjenige, der sich kritisch zur Homosexualität äußert, auf Bibelstellen beruft, wie z.B. auf Römer 1, 26; 1. Korinther 6, 9 - 11 und andere.

Die Bibel soll wohl noch zitiert werden dürfen, aber - und dies ist der springende Punkt - sie soll nicht mehr als auch für unsere Zeit verbindliches Wort und Gebot Gottes ausgelegt und verkündigt werden. Sie soll also zum historischen Archiv herabgesetzt (oder soll man sagen: diskriminiert) werden. Hierin erkennen wir die Absicht des Teufels und des Antichristen, uns weg von Gott und Seinem Wort zu ziehen und die, welche an Gottes Wort festhalten, auszugrenzen und in Verfolgung zu stürzen.

Es gab in Schweden im Hinblick auf das oben erwähnte Gesetz einen Präzedenzfall (Musterfall): Der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde namens "Ake Green" bezeichnete in einer Predigt Homosexualität und andere abnorme Neigungen als Sünde und als "Krebsgeschwulst am Körper unserer Gesellschaft". Außerdem sagte er, jeder der zu Jesus Christus umkehrt und seine Kraft in Anspruch nimmt, könne davon geheilt werden. Für diese Äußerungen wurde Ake Green angezeigt.

Der Rechtsstreit durchlief mehrere Instanzen. Der Pastor hat durch Gottes Gnade vor dem höchsten Gericht Schwedens in letzter Instanz gewonnen. Das Gericht entschied, daß seine Äußerung durch das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt ist. Daraufhin wollen nun die liberalen (scheinliberalen) Parteien in Schweden das Antidiskriminierungsgesetz verschärfen. Bisher aber ist die Entscheidung des Gerichtes ein wichtiger Präzedenzfall, auf den wir uns in Europa eventuell berufen können.

Ein Fall aus neuester Zeit: Im Februar 2008 hat das Amtsgericht von Cardiff (Großbritannien) den anglikanischen Bischof von Hereford, Anthony Priddis, zu einer Geldstrafe von 47.345 Pfund (umgerechnet 63.540 Euro) verurteilt. Sein "Vergehen": Der Bischof hatte einem Homosexuellen die Anstellung als Jugendmitarbeiter verweigert, weil er gemäß der christlichen Sexualmoral handeln wollte, die allein die Ehe von Mann und Frau als Ort geschlechtlicher Gemeinschaft vorsieht. Zusätzlich zu dieser immensen Geldstrafe verurteilte das Gericht den Bischof und seine Mitarbeiter zur Teilnahme an einem "Gleichberechtigungs-Training" mit dem Ziel der Umerziehung!

Ähnliche Fälle nehmen inzwischen weltweit zu (z.B. auch in Südafrika, USA und Kanada; vgl. die Beispiele in meinem Buch "Diktatur Europa"). Besondere Schlagzeilen gab es in Deutschland im Frühjahr 2008 im Blick auf den Jugendkongreß Christival. Ein "Homo-Heilungs-Seminar", das dort ursprünglich angeboten war, wurde aufgrund finanzieller Abhän-

gigkeit von der Bundesregierung und starken öffentlichen Drucks der Grünen und Homosexuellen-Verbände aus dem Programm genommen.

### **Die Europäische Verfassung und Gesetzgebung**

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte schon mehrfach gemeinsame Artikel des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zusammen mit Lüder Gerken. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vorher, von 1987 bis 1994, Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Er hat sogar bei der EU-Charta mitgewirkt, und zwar als Leiter derjenigen Kommission, die die EU-Charta entworfen hat! Und was sagt er heute?

Roman Herzog schreibt in der WELT AM SONNTAG vom 14.1.2007: "Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland." Und weiter: "Die Menschen in Deutschland sind weiter, als mancher Politiker meint. Die meisten Menschen stehen der europäischen Integration im Grundsatz positiv gegenüber.

Gleichzeitig aber beschleicht sie das immer mächtiger werdende Gefühl, daß da etwas nicht stimmt; daß eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungsbereiche und Kompetenzen an sich zieht." Er spricht in seinem Artikel immer wieder von der Zentralisierung aller Kompetenzen. Es wird alles immer mehr in einem Machtzentrum zusammengezogen, wie wir diesen Zentralismus in der Vergangenheit auch schon in verschiedenen Staaten erleben mußten.

### **Europarat verurteilt biblische Schöpfungslehre**

Nun kommt ein weiterer klarer Beweis dafür, daß sich die Europäische Union insgesamt immer mehr in Richtung "Gesinnungsdiktatur" entwickelt. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 4. Oktober 2007 eine Resolution veröffentlicht unter der Überschrift: "Die Gefahren des Kreationismus in der Erziehung." Kreationismus (von lat. creatio = Erschaffung) ist die biblische Schöpfungslehre - also die Lehre, daß Gott die Welt in 6 Tagen so geschaffen hat, wie es Sein Wort sagt, und am 7. Tag ruhte. Wie wird in dieser Resolution formuliert?

Man höre genau hin, wie sich politische Gremien in weltanschauliche, glaubensmäßige Entscheidungen einmischen. Politiker bestimmen über das, was man in dem Zusammenhang auch in Schulen unterrichten darf. Es heißt wörtlich: "Wenn wir nicht aufpassen, könnte der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden, die eine zentrale Angelegenheit des Europarates darstellen."

Wir sind also - wie in altrömischer Zeit - Feinde des Menschengeschlechts, wenn wir die Bibel noch ernst nehmen.

Und dann heißt es - jetzt wird es immer gravierender -: "Die Evolutionslehre zu verleugnen, kann ernsthafte Konsequenzen haben für die Entwicklung unserer Gesellschaften ... Der Krieg gegen die Evolutionstheorie und ihre Vertreter gründet sich meistens in Formen von religiösem Extremismus, der eng verbunden ist mit extremen rechtsradikalen politischen Bewegungen."

Jetzt sind wir als bibeltreue Christen in der Nazi-Ecke - und das, obwohl z.B. ich selber alles andere als ein Nazi bin. Ich habe z.B. die israelische Nationalhymne für Musikverlage ins Deutsche übersetzt und verschiedenes andere für Israel getan. Aber ich sage das als Beispiel dafür, wie schnell man in diese Ecke gedrängt wird.

### **Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche**

Nicht nur politische Mächte fast jeder Couleur, sondern auch ökumenische Organisationen und die Römisch-Katholische Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinigung Europas und der gesamten Menschheit. Dies hat sich etwa bei den bisher durchgeführten Stuttgarter Europatagen unter großer katholischer und ökumenischer Beteiligung (auch von Charismati-

kern und Evangelikalen!) gezeigt.

Und doch mündet die religiöse Schiene beim Einigungsprozeß gemeinsam mit der politischen Schiene letztlich in Rom. Auffallenderweise wurde am 29. Oktober 2004 die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte:

"Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte 'Gott' oder 'Christentum' auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken? Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert:

"Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgabetreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:

"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."

Ebenso äußerte sich Wojtyłas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger):

"Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."

Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Hier sei erwähnt, daß Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".

Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablass (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anläßlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:

"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ... Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ...

In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und



seiner Gottheit."

### **Gott mehr gehorchen als den Menschen**

In all diesen Entwicklungen wird der Vers in Apostelgeschichte 5, 29 wichtige Bedeutung erlangen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Zwar wollen wir nach Römer 13 gehorsame und treue Untertanen der Obrigkeit sein, aber die Bibel lehrt uns auch die Grenze dieses Gehorsams.

Wir sollen nicht einfach die Köpfe in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten, so lange es noch möglich ist. Und wenn sie uns ins Gefängnis stecken, dann sollen wir auch dazu bereit sein.

Janet Folger ruft in ihrem Buch "The Criminalization of Christianity" dazu auf, solange es noch Zeit ist, Einfluß zu nehmen in den Schulen, in Gesetzgebungen, in Massenmedien, den Wissenschaften, auf musikalischem Gebiet, auch zusammenzuarbeiten, so weit es möglich ist, aber nicht um den Preis der Wahrheit. Ich bin nicht für eine große Koalition aller Konfessionen, wie es manche jetzt propagieren, aber für ein Zusammenstehen derer, die wirklich wiedergeboren sind durch den Geist Gottes, auch bei allen Unterschieden, die es in einzelnen Lehrfragen gibt.

Und vor allem: Wir sollten uns abwenden von einer Abwehrhaltung hin zu einer offensiveren Haltung. Janet Folger schreibt: "Immer wieder werden die Begriffe uns übergestülpt. Wir werden als engstirnig hingestellt, als intolerant, als vorgestrig, als gesetzlich, und die anderen präsentieren sich da als fortschrittlich, als modern, als tolerant, als pluralistisch."

Nein, wir sollen ganz klar sagen, daß wir nur das Beste vertreten, daß wir die beste Botschaft haben für die Menschen, damit sie wirklich heil werden und auch ins Reine kommen mit Gott, und damit auch ihr eigenes Leben wieder eine ganz neue Basis bekommt durch unseren Erlöser und HERRN Jesus Christus. Möge Gott der HERR uns dazu noch Zeit und Gnade schenken. Und möge uns der HERR Jesus Kraft schenken, wenn es einmal wieder auch für uns etwas kosten sollte, Christ zu sein.<<

**2009**

Wenn Wörter ihre Bedeutung verlieren, verlieren die Menschen ihre Freiheit.
---

<i>Konfuzius (551-479 vor Christus, chinesischer Philosoph)</i>
---

**03.01.2009**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Januar 2009 (x887/...): >>Bruch des Völkerrechts

Luftkrieg gegen Deutschland

In jüngster Vergangenheit sind mit den Büchern des britischen Philosophen Anthony Clifford Grayling "Die toten Städte" und des deutschen Politikwissenschaftlers Lothar Fritze "Die Moral des Bombenterrors" zwei umfangreiche Werke zu der Frage erschienen, ob die alliierten Bombenangriffe während des Zweiten Weltkrieges Kriegsverbrechen waren oder wenigstens als moralisch verwerflich beurteilt werden müssen. Sie erfuhren aus den Federn von politisch-korrekten Rezensenten eine herbe Abfuhr, weil ihre juristische wie philosophische Sicht der Ereignisse "des praktischen Bezugs" entbehre.

Jetzt folgt von dem deutschen Juristen Björn Schumacher ein weiterer Band zu der Problematik: "Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg". Der Autor nimmt sich auch aktueller Themen an, wie der Frage, wie sich die Deutschen heute zu diesem ungeheuren Kriegsverbrechen, dessen Opfer sie wurden, verhalten und welche Konsequenzen sie aus dem ungesühnt gebliebenen Völkerrechtsbruch ziehen.

Die von Schumacher aufgeworfenen Fragen lassen erkennen, wie spannend seine Darstellung ist. Er fragt, ob man - wie es heute gern geschieht - die alliierten Massenmorde aus der Luft mit der angeblichen deutschen Kollektivschuld begründen kann. Waren der britische Premier

Winston Churchill und der Chef des Bomber Command Arthur Harris Kriegsverbrecher im Sinne des Völkerstrafrechts?

Waren die Flächenbombardements, die das Ziel hatten, möglichst viele Zivilisten zu töten, ein Bruch des Völkerrechts? Und wenn ja, ergeben sich daraus Ansprüche auf Reparationsleistungen den Briten und US-Amerikanern gegenüber? Am Rande der zitat- und quellenreichen Darstellung werden Fragen behandelt, die bisher in der öffentlichen Diskussion keine Rolle spielten, wie etwa die nach den von der Roten Armee 1945 in Dresden beschlagnahmten und in die Sowjetunion gebrachten Dokumente über die Folgen der Luftangriffe vom Februar 1945.

Anregend ist auch Schumachers Gedankenspiel, ein fiktives Kriegsverbrechertribunal wegen der Vernichtung Dresdens durchzuführen, bei dem der britische Regierungschef ebenso auf der Anklagebank gesessen hätte, wie die Führung der Royal Air Force.

Beschämend ist der Abschnitt, in dem der Autor schildert, wie man heute in Deutschland der bis zu 600.000 Luftkriegstoten gedenkt. Nicht selten wird dabei auf Erinnerungsmalen und in Reden von Offiziellen nicht den wirklichen Tätern die Schuld zugeschrieben; statt dessen beschuldigen sich die Deutschen selbst nach der Devise, daß es nur gute Alliierte und böse Deutsche gebe. ...

Björn Schumacher: "Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg - 'Morale bombing' im Visier von Völkerrecht, Moral und Erinnerungskultur", ... Graz 2008 ...<<

**17.01.2009**

**Kambodscha: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Januar 2009 über die Schreckensherrschaft Pol Pots in Kambodscha (x887/...): >>**Die Roten Khmer töteten ein Drittel ihres Volkes****

Vor 30 Jahren beendeten die Vietnamesen die Schreckensherrschaft von Pol Pots Kommunisten in Kambodscha

Wohl kein anderes Regime hat einen derart großen Teil seines eigenen Volkes getötet wie das der Roten Khmer Pol Pots. Ein verlorener Krieg gegen die Sozialistische Republik Vietnam beendete 1979 die vier Jahre zuvor begonnene Herrschaft von Kambodschas sogenannten Steinzeitkommunisten.

Als die Vorhut der vietnamesischen Armee im Januar 1979 Phnom Penh erreichte, traute sie ihren Augen nicht: Auf den großzügigen Boulevards der Stadt tummelten sich nur Hunde und Schweine, ihre Häuser waren geschlossen, verriegelt und verbarrikadiert - aber vor allem war es beängstigend still:

Phnom Penh, die einstige Zwei-Millionen-Metropole des kambodschanischen Staatsvolkes der Khmer, war menschenleer. Viele ihrer früheren Bewohner waren "Angka", der mörderischen Institution jenes Tugendstaates, den die kambodschanischen Kommunisten um Pol Pot, die Roten Khmer, zwischen 1975 und 1979 errichtet hatten, zum Opfer gefallen: in den landwirtschaftlichen Kooperativen, wo sie nach zwölf Stunden Arbeit, drei Stunden Umerziehung und sieben Stunden Schlaf an Hunger und Entkräftung starben, in den Gefängnissen, wo Folterknechte sie mit Elektroschocks zu Tode quälten, und schließlich auf den berüchtigten Killing Fields, auf denen man sie wegen Munitionsmangels zu Tausenden mit Schaufeln erschlug.

Die Geisterstadt Phnom Penh stand im Januar 1979 für die Tragödie des ganzen Landes. Vorsichtige Schätzungen besagen, daß etwa zwei Millionen Menschen in nur vier Jahren dem Terror der Roten Khmer zum Opfer fielen.

Das war fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung.

Erst die Invasion des vietnamesischen Erzfeindes setzte dem barbarischen Treiben ein Ende. Aber auch nach 30 Jahren schockiert dieser blutige Revolutionsversuch, in dem man die Stadtbewohner zum Arbeitsdienst aufs Land "evakuierte", in dem das Geld abgeschafft war

und in dem vor allem Menschen erbarmungslos getötet wurden: bei unerfüllten Arbeitsleistungen, bei der leisesten Kritik an der Partei - ja selbst bei unerlaubtem Lachen, Weinen oder Jubeln. All das sahen die Roten Khmer als Reste kapitalistisch-individualistischer Mentalität an, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden mußten. Die Roten Khmer versuchten so, mit einem Mal das kommunistische Paradies auf Erden zu errichten.

Die Gründe für diese beispiellose Radikalität wurzeln nicht zuletzt in ihrer Ideologie. Sie umfaßte neben dem Marxismus-Leninismus auch eine besondere anthropologische Vision: In einem jeden Mensch, so glaubten die Roten Khmer, schlummere eine egalitäre Haltung, die den Gedanken des Eigentums nicht kenne und mit der sich private Interessen sofort den öffentlichen beugten. Es waren die Ideen des französischen Philosophen Jean Jacques Rousseau (1712-1787), die sie dazu inspirierten.

Einige der Führer der "Roten Khmer" hatten sich mit ihnen vertraut gemacht, als sie in den 1950er Jahren in Frankreich, der einstigen Kolonialmacht studiert hatten - allen voran Pol Pot selbst, der, wenn auch erfolglos, einige Semester Radioelektronik belegt hatte. Um einen neuen Menschen zu "erziehen", versuchten die Roten Khmer, das abzuschaffen, was nach ihnen für dessen alleinige Korruption verantwortlich war: die moderne Großstadt mit ihrem Bürgertum. Auch darin folgten sie Rousseau, denn dieser pries das ländliche Leben und sah die Stadt als Hort von Laster und Entfremdung an, in der man nicht mehr wagt, "als der zu erscheinen, der man ist".

Dieser Gedanke war für die Roten Khmer um so bedeutender, als sie aus der französischen Geschichte wußten, daß die Pariser Kommune durch die einheimische Bourgeoisie zu Fall gebracht worden war. Vor allem Pol Pot bewunderte diese revolutionäre Bewegung von 1871. Für ihn stellte sie in der bisherigen Geschichte den einzigen historischen Versuch einer Machtergreifung durch die Armen dar.

Kurz nach seiner Machtergreifung am 17. April 1975 ließ Pol Pot daher die Einwohner von Phnom Penh und aller übrigen Provinzhauptstädte deportieren, um "die Netze der feindlichen Kräfte zu schwächen" und sie "mit den Schwierigkeiten des ländlichen Lebens vertraut zu machen" - für die Roten Khmer war das fast "eine Art Rache" am städtischen Bürgertum. Aber auch später richtete sich ihr Terror vor allem gegen Ärzte, Lehrer oder Angehörige der technischen Intelligenz - selbst ein Brillenträger galt ihnen als potentieller Feind.

Gewiß, den Mördern um Pol Pot dürften auch nationale Besonderheiten entgegengekommen sein. Kambodscha ist stark buddhistisch geprägt. Der Glaube an die Wiedergeburt, die typisch asiatische Geringschätzung des Individuums und das gleichfalls eigentümliche Verhältnis zur Gewalt - all das mag für die Brutalität der Roten Khmer ein fruchtbarer Boden gewesen sein. Doch bleibt es eine Tatsache, daß das Blutvergießen des Kommunismus in Kambodscha eine besonders große Lache hinterlassen hat.<<

**24.01.2009**

**BRD: Rebecca Bellano berichtet am 24. Januar 2009 in der über den deutschen Kaiser Wilhelm II. (x1.035/...): >>"Wir wollen unseren Kaiser Willem wiederhaben"**

Der 150. Geburtstag von Wilhelm II. könnte zum Wendepunkt der historischen Bewertung des deutschen Monarchen werden

Launisch, größenwahnsinnig und chauvinistisch; wenn es darum ging, den letzten deutschen Kaiser schlecht zu machen, waren in den letzten Jahrzehnten stets willige Historiker zu Stelle. "Wir wollen unseren alten Kaiser Willem wiederhaben!" Mit diesen Worten hüpfte Anfang der 80er Jahre eine lütte norddeutsche Deern durch den Garten ihrer Großeltern. Diese beiden, Jahrgang 1920 und 1924, hatten sich angesichts der Vierjährigen an ihre eigene Kindheit zurückerinnert, und einer von ihnen brachte den einst als Kind gehörten Ausruf ins Gespräch, den das Kind sofort nachplapperte.

Es sollten über zwei Jahrzehnte vergehen, bis die Enkelin begreifen sollte, daß mit "Kaiser

Willem" nicht nur Wilhelm I. sondern auch zeitweise sein Enkel Wilhelm II. gemeint gewesen war, jener Kaiser, der an den deutschen Schulen nur negativ als Verursacher des Ersten Weltkrieges dargestellt wurde, als narzißtischer, unter der Behinderung seines einen Armes leidender Egozentriker, der sprunghaft und launisch das deutsche Kaiserreich in den Untergang führte.

Daß in der Weimarer Zeit ein vernünftiger Mensch diesen "abscheulichen Herrscher" hätte wiederhaben wollen, wurde den Nachgeborenen als absolut unvorstellbar dargestellt. Da es aber trotzdem geschah, liegt der Verdacht nahe, daß Kaiser Wilhelm II. irgend etwas an sich gehabt haben muß, das die Menschen selbst Jahre nach seinem Verlust der Kaiserkrone dazu hat bewegen können, "ihren" Monarchen zurückhaben zu wollen.

"In der Literatur über diese Periode - und im allgemeinen, heutigen Bewußtsein - ist die verblüffende Tendenz zu beobachten, die Angelegenheit (Krüger-Depesche von 1896) aus englischer Sicht zu betrachten, implizit die Vorstellung zu akzeptieren, daß die britische koloniale Ausdehnung und die britischen Auffassungen vom Recht der Briten eine ‚natürliche Ordnung‘ bildeten, in deren Licht die deutschen Proteste offensichtlich mutwillige Provokationen waren."

Diese Ehrenrettung Wilhelms II. hinsichtlich seines Glückwunschtelegramms an den Präsidenten Transvaals (heutiges Südafrika), der einen britischen Angriff erfolgreich abgewehrt hatte, stammt übrigens von einem Wahl-Briten. Christopher Clark, in Australien geboren, ist seit Jahren auf der britischen Insel ein angesehener Historiker.

Diese eben zitierten Zeilen schrieb der in Cambridge Lehrende bereits vor rund zehn Jahren, doch erst jetzt - pünktlich zum 150. Geburtstag von Wilhelm II. am 27. Januar - liegen sie in deutscher Übersetzung vor.

Bereits vor zwei Jahren überzeugte der Angelsachse die Deutschen mit seinem Buch "Preußen" davon, daß Preußen eben nicht der kriegslüsterne Militärstaat, der Hitler erst möglich machte, war, wie ihn die breite deutsche Öffentlichkeit gerne sieht. Ähnliches nun bei "Wilhelm II.", auch in diesem Buch ergreift Clark Partei für Wilhelm II.

Zwar gab es schon immer deutsche Historiker, die versuchten, den letzten deutschen Kaiser und seine Taten aus seiner Zeit heraus zu deuten, doch sie waren in der Minderheit.

In den letzten Jahrzehnten galt die Verteufelung des deutschen Monarchen als "schick", wer anderes wagte, wurde in den linksgerichteten bundesrepublikanischen Medien der 70er, 80er und 90er Jahre schnell als rückwärtsgewandt und ewiggestrig verunglimpft. Erst in den letzten Jahren fanden Historiker, die in Wilhelm II. nicht nur einen Größenwahnsinnigen sahen, zumindest in Historikerkreisen Gehör. Christopher Clark hingegen erreicht breite Teile der Öffentlichkeit, da seine Bücher Bestseller sind.

Zitate von Wilhelm II. wie "Ihr wißt alle gar nichts. Nur ich weiß etwas, nur ich entscheide" werden bis heute gerne angeführt, um zu belegen, daß der Kaiser unter "Cäsarenwahnsinn" litt und die alleinige Macht einforderte, doch nur wer die Aussagen des Kaisers im historischen Kontext liest, erkennt auch seine Not. Als Sohn der ältesten Tochter der britischen Queen Victoria und des ältesten Sohnes von Kaiser Wilhelm I. wurden an den jungen Kronprinzen hohe Erwartungen gestellt, die dieser wegen seines von Geburt an gelähmten linken Armes schon körperlich nicht immer zu erfüllen in der Lage war.

Schon früh wurde der Junge zum Spielball zwischen dem konservativen pro-russischen Reichskanzler Otto von Bismarck und seinem Großvater auf der einen Seite und seinen liberalen, pro-britischen Eltern auf der anderen. Auch suchten zumeist Menschen seine Nähe, die sich Vorteile von seiner Stellung versprachen.

Von Bismarck immer wieder gegen Kronprinz Friedrich (Wilhelms Vater] in Stellung gebracht, fühlte sich der junge Mann umschmeichelt. Zu gern ließ er sich dessen Sympathiebekundungen gefallen, doch als er 1888 nach der nur wenige Monate währenden Regentschaft

seines an Kehlkopfkrebs verstorbenen Vaters mit Bismarck als Reichskanzler zusammenarbeiten mußte, geriet er schnell mit diesem aneinander.

Der seit zwei Jahrzehnten die deutsche Politik gestaltende Reichsgründer konnte die Fürsorge des jungen Kaisers für "seine Untertanen" im Bergarbeiterstreik von 1889/90 absolut nicht nachvollziehen. Gesetzliche Regulierungen von Frauen- und Kinderarbeit sowie Arbeiterschutzgesetze im allgemeinen leisteten in Bismarcks Vorstellung nur den ihm verhaßten Sozialdemokraten Auftrieb, Wilhelm II. sah es dagegen als seine Pflicht an, die "Bedrückung der Leute" zu lindern. Interessanterweise drehten auch hieraus die Historiker der nachfolgenden Generationen dem Hohenzollern einen Strick. Statt Humanität unterstellte man ihm Populismus.

Auch die Tatsache, daß er nicht nur mit dem 1890 aus seinem Amt scheidenden Bismarck als Reichskanzler nicht zurecht kam, wird vorwiegend dem Throninhaber angelastet. Wie schwierig es jedoch für einen jungen Mann sein muß, in einer Welt von alten Männern, die seit Jahrzehnten die Feinheiten der Politik kennen, seine Ziele durchzusetzen, wurde selten bedacht. Wilhelm redete gerne frei, ohne Manuskript, sagte direkt das, was sein Herz ihm auf seine Zunge legte.

Für den obersten Vertreter eines Staates eine unverzeihliche Schwäche, doch diese macht ihn nicht gleich zu einem Psychopathen. Seine Ziele waren häufig redlich. Ob Krüger-Depesche oder Marokko-Krise: In beiden Fällen befürwortete er die Unabhängigkeit eines bestehenden Staates, doch erstaunlicherweise sieht die Nachwelt darin nur eine Brüskierung der Westmächte.

Auch seine häufigen politischen Richtungswechsel werden ihm zur Last gelegt, dabei ist nachprüfbar, daß Wilhelm durchaus bereit war, sich von den Argumenten seiner Mitmenschen umstimmen zu lassen. Er war also keineswegs der absolutistische Monarch, sondern gab bei guten Argumenten - allerdings auch bei dem reinen Machtkalkül anderer dienenden Gegendruck - nach.

Außerdem regierte Wilhelm II. zu einer Zeit massiver gesellschaftlicher Umwälzungen. Deutschland erstarkte politisch und wirtschaftlich und mit ihm Bürgertum und Arbeiterschicht, während die Agrarier gegen ihren schwindenden Einfluß anzukämpfen suchten. Zeitgleich entdeckten die Zeitungen auch dank gelockter Zensur ihre neuen Einflußmöglichkeiten bei der Prägung der öffentlichen Meinung.

Auch in Europa, ja, der ganzen Welt, verschob sich das Machtgefüge ... und dann die zum Ersten Weltkrieg führende Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo. In einem derartigen Spannungsfeld sollte ein zugegebenermaßen nicht mit Weitblick, Fingerspitzengefühl und Durchhaltevermögen gesegneter Hohenzollernsproß sein Amt ausüben. Ein Amt, dessen Vollmachten von vielen Variablen abhingen.

Doch inzwischen werden auch ihn in ein neues Licht stellende Quellen en vogue. Quellen, die belegen, daß Wilhelm II. keineswegs den Krieg wollte und bis zuletzt nicht glaubte, daß die Provokationen von allen Seiten eine militärische Konsequenz nach sich zögen. So schrieb er dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gottlieb von Jagow, noch am 28. Juli 1914, dem Tage der österreichischen Kriegserklärung an Serbien, daß "ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden" sei.

Dem Kaiser, der vereinsamt und schon zu Lebzeiten verhöhnt 1941 in seinem niederländischen Exil verstarb, scheint allmählich in der Betrachtung seiner Person mehr Gerechtigkeit zu widerfahren.

Erschienen in Preußische Allgemeine Zeitung, 24.01.2009, S. 13.<<

**02.02.2009**

**USA:** Der US-Schriftsteller Richard K. Moore berichtet am 2. Februar 2009 in seinem Artikel "A brief history of the New World Order" ("Eine kurze Geschichte der Neuen Weltordnung")

über das NWO-Projekt Erster und Zweiter Weltkrieg (x337/117,148-149): >>Der Erste Weltkrieg war das epochale Ereignis, das ein feststellbares Programm zur Errichtung einer neuen Weltordnung einer einzigen globalen Hierarchie ... unter der Kontrolle der Finanzierselite in Gang gesetzt hat. ...

Großbritannien war nicht mehr die offensichtlich erste Wahl als Grundlage für eine solche globale Machtergreifung. Daher wurde die Entscheidung gefällt, die Hegemonie von London nach Washington zu verlagern. Der Erste Weltkrieg brachte den Aufbau Amerikas als Weltmacht. ... Während sich Europäer und Briten millionenfach abschlachteteten, erlebten die Amerikaner die Aufbruchzeiten, die zu den Goldenen Zwanziger Jahren führten. ... Die Verbündeten wurden mit astronomischen Schulden beim amerikanischen Finanzministerium und der Bankennelite belastet. ...

Man kann sagen, Amerika hat den Ersten Weltkrieg gewonnen, und ganz Europa hat ihn verloren - und zwar in großem Umfang. Die Europäer waren verpflichtet, Amerika gewaltige Summen für das Privileg zu zahlen, sich gegenseitig verwüstet zu haben. ...

Großbritannien hat eine Zeit lang den Kampf um Europa gewonnen. Amerika hat auf lange Zeit den Kampf um die stärkste Nation der Welt für sich entschieden - doch war es die Bankennelite, die den Krieg um die Gestaltungsmacht des künftigen Kurses der Weltpolitik gewonnen hat. ...<<

>>... Der Erste Weltkrieg war ein so erfolgreiches Projekt, daß sofort die Planung für eine noch größere Fortsetzung einsetzte - ein weiterer großer Schritt in Richtung auf eine neue Weltordnung. ...

Hitler war ein Projekt der angloamerikanischen Bankiers. Seine charismatische Brillanz war früh erkannt worden ... und mit Investitionen in die deutsche Wiederaufrüstung wurden immense Gewinne gemacht. ...

Das Projekt Zweiter Weltkrieg erreichte alle seine Ziele auf bewundernswerte Weise. Während sie nur verhalten kämpften und - im Vergleich zu den anderen großen Kriegsparteien - nur vernachlässigbare Verluste erlitten, gingen die USA mit einer intakten Infrastruktur, 40 % des Reichtums und der Industriekapazität der Welt, der Kontrolle über die sieben Weltmeere, einem Monopol auf Atomwaffen, strategischen Stützpunkten in den Öl-Scheichtümern des Nahen Ostens und mit der allgemein verbreiteten Anerkennung als heroischer Vorkämpfer der Demokratie aus dem Krieg hervor.

Ganz von allein richteten sich die Augen der Welt auf Washington als Führung bei der Gestaltung der Nachkriegswelt.

Und Amerika hatte bereits einen fertigen Entwurf vorliegen. Die Bankiers hatten einen Ausschuß ausgewählt, das Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen), und ihn ins Weiße Haus hinüberschickt, um die Architektur für die Nachkriegszeit zu entwerfen. Man hatte sich Amerika als hegemoniale Operationsbasis gesichert, die für diese Rolle geeigneter war als Großbritannien, und es war an der Zeit, sich an die nächste Phase im Projekt Neue Weltordnung zu machen.

So wurden sofort nach dem Kriegsende die Bretton-Woods-Institutionen der Globalisten - UNO, IWF und Weltbank - ins Leben gerufen, die ersten Grundsteine für eine mögliche Eine-Welt-Regierung.<<

**07.02.2009**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Februar 2009 über die deutsche Nationalversammlung vom 6. Februar 1919 (x887/...): >>**Die Weimarer Klassik stand Pate**

Am 6. Februar 1919 trat im Nationaltheater zu Weimar die deutsche Nationalversammlung zusammen

Die Wahl des Sitzungsortes hatte Symbolkraft. Nicht der angeblich in Berlin beheimatete

Geist des preußisch-deutschen Militarismus sollte die Republik erfüllen, sondern der der deutschen Klassik.

Deshalb berief die Reichsregierung die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung für den 6. Februar 1919 nicht in die Reichshauptstadt, sondern in die Goethe- und Schiller-Stadt Weimar ein, die der neuen deutschen Republik ihren Namen geben sollte.

Bereits im Zuge der Novemberrevolution 1918 hatten Reichskanzler Prinz Max von Baden, der zuvor eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet hatte, als auch führende Sozialdemokraten die Einrichtung einer Nationalversammlung gefordert, die über die zukünftige Staatsform und die Verfassung des Deutschen Reiches entscheiden sollte.

Der Rat der Volksbeauftragten, der nach dem Zusammenbruch der Monarchie als provisorische Reichsregierung fungierte, schloß sich dieser Forderung am 30. November 1918 an und setzte für den 19. Januar 1919 eine Reichstagswahl an. Wahlberechtigt waren alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hatten, womit erstmals auch Frauen ein reichsweites Wahlrecht hatten. Auch der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte stimmte diesem Regierungsbeschluß mit deutlicher Mehrheit zu, wodurch der Weg zur Reichstagswahl geebnet und eine von vielen befürchtete Entwicklung hin zu einer Räterepublik endgültig gestoppt war.

Nach der Wahl vom 19. Januar, bei der die eine parlamentarisch-demokratische Republik anstrebenden Parteien SPD, DDP und Zentrum eine Dreiviertelmehrheit erreichten, trat die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Sie war nicht nur mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragt, sondern fungierte zugleich auch als Parlament und nahm dessen legislative Aufgaben wahr.

Der Umzug in die thüringische Stadt bereitete verkehrstechnische Schwierigkeiten, so daß die Regierungsämter im von nachrevolutionären Wirren und Unruhen beherrschten Berlin verblieben. Um einen schnellen Nachrichtenaustausch zu gewährleisten, wurde eine Luftpostlinie eingerichtet.

Zur Eröffnung der ersten Sitzung sandten die Abgeordneten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ein Grußtelegramm nach Weimar, in dem sie ihren Wunsch nach einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ausdrückten, für den es auch eine Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung gab. Doch die Entscheidung darüber sollten die alliierten Siegermächte auf ihrer Konferenz in Potsdam fällen.

Erster Parlamentspräsident wurde der SPD-Politiker Eduard David, der allerdings wenige Tage später als Minister in die Reichsregierung wechselte und von dem Zentrumspolitiker Konrad Fehrenbach abgelöst wurde.

Am 11. Februar wählten die Abgeordneten mit über 70 Prozent der Stimmen den bisherigen Reichskanzler Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten. Der Parlamentspräsident begrüßte ihn mit den Worten: "Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht, an seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer." Ebert, zugleich SPD-Vorsitzender, antwortete, er wolle und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln und nicht als Vertreter einer einzigen Partei. Zugleich bekannte er sich zu seiner Herkunft aus dem Arbeiterstand.

Gemeinsam mit dem Zentrum und der DDP bildeten die Sozialdemokraten in der Weimarer Koalition eine regierungsfähige Mehrheit. Erster Ministerpräsident (Reichskanzler) der Weimarer Republik wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, Vizekanzler Eugen Schiffer von der DDP und Außenminister der parteilose Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Während im Reich die Aufstände der Spartakisten, Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten tobten, gingen die Abgeordneten in Weimar daran, Deutschland eine demokratische Verfassung zu geben.

Die größte Herausforderung waren die Beratungen über den als Diktatfrieden empfundenen

Vertrag von Versailles. Am 12. Mai 1919 tagte die Nationalversammlung erstmals in Berlin. Hier nahm sie eine Erklärung Scheidemanns über die Friedensbedingungen entgegen und debattierte darüber. Unter großem Beifall aller Parteien bezeichnete Scheidemann die Friedensbedingungen als "Gewaltfrieden", der das deutsche Volk erdrosseln solle. Die Reichsregierung könne diesen Bedingungen nicht zustimmen und werde Gegenvorschläge machen, die auf Wilsons 14-Punkte-Programm beruhen.

Dem schlossen sich die Redner aller Parteien an. Sie erklärten die Forderungen der Entente für unannehmbar und wandten sich vor allem gegen die ruinösen Reparationsforderungen und die Behauptung, Deutschland trage allein die Schuld am Ausbruch des Krieges.

Nachdem Scheidemanns Kabinett aus Protest gegen die unnachgiebige Haltung der Siegermächte wenig später zurücktrat, warb sein Nachfolger, Gustav Bauer, der einer Regierung von SPD und Zentrum vorstand, für die Vertragsunterzeichnung, kritisierte aber weiter einzelne Bestimmungen und insbesondere den Passus zur Kriegsschuldfrage in Artikel 231 des Vertrages. Trotz der allgemeinen Entrüstung über den Vertragsentwurf stimmte die Nationalversammlung dem Antrag in namentlicher Abstimmung mit 237 zu 138 Stimmen schließlich zu, da die Alternative nur die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen sei, die weit schlimmere Folgen haben würden.

Die Weimarer Nationalversammlung war jedoch nicht nur mit den Verfassungsberatungen befaßt. So wurden beispielsweise die gesamte Neuregelung des Steuerwesens in Angriff genommen und mit der Verabschiedung des Reichssiedlungsgesetzes erste Schritte zu einer Bodenreform unternommen.

Am 30. September 1919 verlegte die Nationalversammlung ihren Sitz nach Berlin, bevor sie sich am 21. Mai 1920 auflöste. Nach der Reichstagswahl vom 6. Juni trat der erste Reichstag an ihre Stelle. Da war der Weg, der wegen des Deutschland erdrückenden Friedensvertrages und verschiedener Verfassungsmängel zu Diktatur, Krieg und Untergang führen sollte, bereits beschritten.<<

**02.03.2009**

**USA: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. März 2009: >>Nicholson Baker: "Menschenrauch" War Churchill schuld?**

Der Schriftsteller Nicholson Baker hat aus historischen Quellen ein Buch über den Beginn des Zweiten Weltkriegs zusammengestellt. Seine These: Der Mord an den Juden hätte verhindert werden können, wenn Amerikaner und Briten es gewollt hätten. Aber sie wollten vor allem den Krieg.

Ein Buch kann ein Beweisstück sein. Als der Sonderermittler Kenneth Starr immer verbissener nach Belegen für eine sexuelle Beziehung zwischen der Praktikantin Monica Lewinsky und dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton suchte, bemühte er sich, eine Verfügung gegen zwei Buchhandlungen zu erwirken. In einer dieser Buchhandlungen sollte Lewinsky angeblich dieses Buch gekauft haben, daß sie dem Präsidenten geschenkt haben sollte. "Dieses Buch" war Nicholson Bakers erster Roman "Vox", ein Buch, in dem zwei einander völlig Fremde am Telefon über Sex reden und schließlich auch Sex haben.

Das Buch, das von der Kritik bei seinem Erscheinen 1992 als ebenso poetisch wie realistisch gefeiert wurde, fand nun also, sieben Jahre später, auch Amerikas Chefermittler so realistisch und vor allem so erotisch, daß es ihm als wichtiger Beweis dienen sollte, um den Präsidenten seines Landes der Liebe und der Lüge zu überführen und ihn aus dem Amt zu treiben. Baker protestierte scharf gegen diesen Mißbrauch seines Buchs als Beweisstück in einem absurden Prozeß.

Die Geschichte mit Baker, dem amerikanischen Präsidenten und den Buchbeweisen fand Jahre später eine sonderbare Fortsetzung. Längst war in Gestalt von George W. Bush ein anderer Präsident im Amt, Nicholson Baker war mit dessen Politik nicht einverstanden, vor allem der



Irakkrieg erfüllte ihn mit Zorn und Haß, und er schrieb einen Roman über einen, der so voller Zorn und Haß ist, daß er den Entschluß faßt, den Präsidenten zu ermorden. Und als Baker auch noch öffentlich zugab, daß die Gefühle seines fiktiven Präsidentenmörders im Grunde seine eigenen seien, da gab es nicht mehr viele, die ihn verteidigten, dafür aber sehr viele, die den Roman "Checkpoint" einen direkten Aufruf zum Mord nannten und für ein Verbot des Buches plädierten.

### **Was für ein erstaunliches Selbstbewußtsein!**

Es muß ein sonderbares Gefühl für einen Schriftsteller sein, wenn er feststellt, daß seinen Büchern der Sturz und sogar die Ermordung von amerikanischen Präsidenten zugetraut wird. Das große Gefühl, daß man als Schriftsteller in die Geschichte eingreifen kann - eine Ahnung von Macht. Und vielleicht war das der Zeitpunkt, an dem der amerikanische Schriftsteller Nicholson Baker beschloß, einmal wirklich in die Geschichte einzugreifen und Geschichte, scheinbar für alle Zeiten felsenfest gefügte Geschichte, neu zu schreiben, anders zu schreiben. Ohne etwas neu zu finden oder gar hinzuerfinden. Einfach indem man sich die Quellen noch einmal ansieht, sie neu gewichtet, neu erzählt und neu gruppiert.

Und Nicholson Baker beschloß nicht weniger, als die Geschichte des Beginns des Zweiten Weltkriegs neu zu schreiben. Auch hierfür war der erste Impuls seine Wut über den Irakkrieg; und daß auch für diesen, wie für alle anderen Kriege seit 1945, der Zweite Weltkrieg als Rechtfertigung erhalten mußte. Der "gute Krieg" gegen Deutschland und Japan. Nicholson Baker bewegte die Frage: "Wie gut war dieser Krieg eigentlich?" und "Mußte er wirklich geführt werden?"

Am Anfang las er Zeitungen. Baker ist ein manischer Zeitungssammler, er sammelt Zeitungen des 19. und 20. Jahrhunderts in gigantischen Mengen, rettet sie aus Archiven und Bibliotheken vor dem Vergehen, konserviert sie, ruft immer wieder, zuletzt in einem 500-Seiten-Buch, zu ihrer Rettung und Bewahrung auf. "Ich habe dabei gelernt, wie man Zeitungen liest", hat er in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" gesagt, und "daß sich die Wahrheit im Offensichtlichen verbirgt." Es sei nicht wahr, "daß nur die Teilnehmer oder Opfer wissen, was wirklich geschah. Es war überraschend zu sehen, daß das nicht stimmt". Was für ein erstaunliches Selbstbewußtsein! "Die Wahrheit" und "Was wirklich geschah". Nicholson Baker geht es wirklich um alles.

### **Gongschlag der Geschichte**

Das Buch heißt "Menschenrauch - Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete", und es beginnt eher suchend, es beginnt mit einem Gespräch zwischen dem Sprengstoff-Fabrikanten Alfred Nobel und der Friedensaktivistin Bertha von Suttner. Sie kommt von einem Friedenskongreß, er belehrt sie:

"Meine Fabriken werden vielleicht dem Krieg noch früher ein Ende machen als Ihre Kongresse", sagt er. "An dem Tag, da zwei Armeekorps sich gegenseitig in einer Sekunde werden vernichten können, werden wohl alle zivilisierten Nationen zurückschauern und ihre Truppen verabschieden."

Zwischen diesen beiden Polen, zwischen dem unbedingten Pazifismus Bertha von Suttners und den Friedensbombenträumen Alfred Nobels bewegt sich das Buch. Zwischen der Logik des Krieges und der Logik der Friedfertigkeit. Nicholson Baker arrangiert die von ihm ausgewählten Quellen, er erzählt selbst, führt die handelnden Personen kurz ein und läßt sie dann oft in langen Zitaten selber sprechen. Es kommen Soldaten vor, Schriftsteller, Generäle, einfache Tagebuchschreiber, vor allem aber Hitler, Roosevelt, Churchill und - als Gegenspieler aus der Ferne - Mahatma Gandhi.

Im ersten Moment erinnert das Verfahren an Walter Kempowskis vieltausendseitiges "Echo"-Projekt über den Zweiten Weltkrieg. Doch schon auf den zweiten Blick sieht man: es ist ein Unterschied ums Ganze. Während Kempowski niemals selbst erzählend eingreift, immer

nur die Quellen sprechen und oft gerade auch das Abseitige, Zufällige, Botschaftslose stehen läßt, ist bei Baker von der ersten Seite an klar, daß hier ein Arrangeur mit Wirkungswillen angetreten ist. Und einer, der sein Handwerk ungeheuer gut beherrscht.

Bakers Buch wirbelt einen in die Geschichte hinein, auf Nobel folgen Stefan Zweig und sein Staunen, als im Frühjahr 1914 in einem französischen Kino bei den "Neuigkeiten aus aller Welt" plötzlich der deutsche Kaiser auf der Leinwand erscheint und "die gutmütigen Leute von Tours" schreien, pfeifen und ganz außer sich geraten vor Empörung gegenüber dem feindlichen Monarchen auf der Leinwand.

Und Zweig schauernd erkennt, wie leicht es sein wird, die beiden Völker für einen neuen Krieg gegeneinander zu begeistern. Dann folgt eine Churchill-Passage, in der er das Ziel der Seeblockade gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg erläutert; sie habe eindeutig darauf abgezielt, "die gesamte Bevölkerung durch Aushungern zur Unterwerfung zu zwingen".

In jeder dieser historischen Vignetten läßt Baker eine Zeitansage, eine Art Gongschlag der Geschichte ertönen: "Es war das Jahr 1914", schreibt er. Und als es kurz darauf schon zum 14. Januar 1918 schlägt, erfahren wir von der späteren Präsidentengattin Eleanor Roosevelt, warum sie eine Party-Einladung gerne ablehnen würde: "Ich muß auf diese Party bei den Harris' gehen, obwohl ich lieber am Galgen baumeln würde, als mich dort blicken zu lassen. Fast alles Juden."

### **Churchill ist nur brutal**

Vom Antisemitismus Eleanor Roosevelts geht es locker weiter zu einem Zitat Winston Churchills, in dem er den Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte im Irak auffordert, "unbedingt mit den Gasbomben-Versuchen fortzufahren, vor allem mit Senfgas, um aufsässige Einheimische bestrafen zu können". Es sind sehr eindrucksvolle Zitate, die Baker da versammelt, der Antisemitismus Churchills und Roosevelts, der Haß und die Sehnsucht nach dem endgültigen, vernichtenden Schlag gegen Deutschland, die Churchill schon lange vor Hitlers Machtergreifung bewegten.

Vor allem Churchill wird dem Leser als lachendes, trinkfreudiges, kriegslüsterne Monster vorgestellt, als Mann, der vor keinem Kriegsverbrechen zurückschreckt, sich geradezu nach Tod und Leid der deutschen Zivilbevölkerung sehnt, und dem nichts ferner liegen könnte, als die Rettung der europäischen Juden. Nicht ein einziges lauterer Motiv wird dem britischen Premier in dem Buch zugestanden. Von Hitler erfährt man dagegen zunächst eher wenig. Der Erzähler Baker schätzt eher Göring mit seinen Pelzchen und bunten Uniformen. Die Deutschen, auch Hitler sind brutal und verrückt. Churchill ist nur brutal.

Sehr beeindruckend ist es, all die Weigerungen der amerikanischen und englischen Regierungen nach Erhöhung der Einwanderquote zu lesen. "Wir haben unsere Quotenregelung", erklärte Roosevelt nach dem 9. November 1938. Und Churchill betonte: "England ist kein Einwanderungsland." Baker setzt diese Zitate wirkungsvoll ein, um einem Krieg, der im Nachhinein vor allem mit der Rettung der europäischen Juden begründet wurde, in Zweifel zu ziehen. Die Juden hätte man leichter und unendlich weniger verlustreich retten können, so Bakers These.

### **"Genau deshalb halte ich ja den Mund"**

"Menschenraub" soll ein Friedensbuch sein. Es soll ein Buch sein, das der fatalen Logik der Geschichte, die im Blick zurück als die einzig mögliche erscheint, widerspricht. Bakers Mann des Widerspruchs ist vor allem Mahatma Gandhi. Er wird immer wieder zitiert und in seinem gewaltfreien Kampf beschrieben.

Und die Maßnahmen der britischen Regierung gegen alle Formen des gewaltfreien Widerstands in Indien lesen sich ungeheuerlich. Aber viele Worte Gandhis, die er zur deutschen Lage sagt, wirken zynisch angesichts der späteren Geschichte, wenn er etwa den deutschen Juden zum gewaltlosen Widerstand rät. Und schließlich sagt auch ausgerechnet Gandhi jenen einen Satz, den man als Leser schon die ganze Zeit dem Autor als Intention unterstellt, weil er

es geradezu darauf anzulegen scheint: "Hitlerismus und Churchillismus sind im Grunde dasselbe; sie unterscheiden sich nur graduell."

In der Mitte des Buches läßt Nicholson Baker zwei Pazifisten aufeinandertreffen. Die Schriftsteller Christopher Isherwood und Klaus Mann. Mann hat seinen Pazifismus angesichts des Weltgeschehens abgelegt; er wird in die amerikanische Armee als Soldat eintreten. Isherwood bleibt bei seinen Überzeugungen und schweigt. Mann ist empört und erklärt, Isherwoods Bekenntnis zum Pazifismus könne nur den Nazis und der Fünften Kolonne nützen. "Genau deshalb halte ich ja den Mund", entgegnet Isherwood.

Sind das die beiden Möglichkeiten? Den Pazifismus, angesichts einer Weltkatastrophe, entweder zu überwinden oder aber zu schweigen, um sich nicht auf der falschen Seite wiederzufinden? Pazifismus ist keine Ideologie, mittels der man die Welt der Vergangenheit neu erzählen kann. Es zu versuchen, ist heldenhaft; es muß bei einem Gegner wie Hitler wohl vergeblich bleiben.

Nicholson Baker hat versucht, die Geschichte umzudeuten und sein Buch selbst als Beweisstück einzusetzen. Es ist ihm nicht gelungen.<<

**21.03.2009**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. März 2009 ([x887/...](#)): >>"**Ausverkauf der Sprache**"

... Eine bemerkenswerte Aktion hat die vom Verein für Sprachpflege herausgegebene Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" begonnen. Unter dem Motto "Schluß mit dem Ausverkauf der deutschen Sprache!" hat sie der massenhaften Verwendung des englischen Wortes "Sale" für (Schluß-)Verkauf und weiterer Anglizismen in der Werbung den Kampf angesagt. Mit Briefen, Flugblättern und Aufklebern werden Geschäftsleute dazu aufgefordert, eine kundenfreundliche Sprache zu verwenden.

Durch ihr Engagement für die Initiative "Sprachlicher Verbraucherschutz" setzt sich auch die CDU-Politikerin und BdV-Präsidentin Erika Steinbach für dieses Anliegen ein: "Wer erlebt hat, wie ein betagtes Frauchen ratlos vor einem Kaufhaus steht und das irritierte Murmeln mitbekommt 'Ist Sale nicht ein Fluß?', dem wird schlaglichtartig klar: Hier stimmt etwas nicht mehr im Lande."<<

**02.05.2009**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Mai 2009 ([x887/...](#)): >>"**No English, please!**"

Gründer des Sprachschutzvereins VDS fordert Rückbesinnung aufs Deutsche  
Deutschlands bekanntester Sprachkritiker, der engagierte und schlagfertige Dortmunder Professor Walter Krämer, bringt seine Kritik an den Anglizismen in der deutschen Sprache auf den Punkt: "Englisch gilt heutzutage als Zeichen des Versagens."

Von Haus aus Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Technischen Universität Dortmund, bringt der Gründer des "Vereins Deutsche Sprache e.V." (VDS) seine Kritik an Englisch als Umgangssprache der von Geburt deutschsprachigen Manager auf den Punkt: "Wer", so fragt er "wollte heute in der weltweiten Finanzkrise noch die Sprache der Wallstreet sprechen, also jener Menschen, die das ganze Debakel verursacht haben?" Deshalb, so meint Krämer "paukten die Kommunikationsabteilungen der Unternehmen derzeit mit ihren englischen Patienten eine wichtige Lektion, nämlich: No English, please!"

Krämer, der vor einem Jahrzehnt den mit weit über 20.000 Mitgliedern stärksten deutschen Sprachschutzverein ins Leben rief, hat entscheidend dazu beigetragen, daß in letzter Zeit eine "Rückbesinnung auf die deutsche Sprache" erfolgt und das Hohelied auf den "Shareholder Value" und die "Global Players" im wirtschaftlichen Alltag verstummt.

Dabei kommt es Krämer in erster Linie nicht auf eine Ablehnung des Englischen an, die als weltweite Kommunikationssprache auch für ihn eine wichtige Rolle spielt und zu spielen hat,

sondern darauf, den Deutschen einen selbstverständlichen Stolz auf die eigene Muttersprache als einer großen Kultursprache nahe zu bringen.

Sein Buch "Wir können alles, sogar besser - Wo Deutschland wirklich gut ist" ist zu einem Verkaufsschlager geworden. Von "Aal grün bis Wirtschaftswunder: Wo Deutschland wirklich gut ist" zeigt Krämer kurz und bündig in 161 kurzen Kapiteln auf, warum wir stolz auf unser Land sein können.

Das Buch ist ein aus Liebe bewußt leicht voreingenommenes Plädoyer für Deutschland, für die Menschen, die hier leben, und für ihre Lebensart. Anwälte der Gegenseite "gebe es schließlich mehr als genug", meint Krämer und lobt die Errungenschaften, für die wir im Ausland bewundert, um die wir belächelt oder beneidet werden: Angefangen von der "Allgemeinen Schulpflicht", eine Erfindung Martin Luthers, damit alle die Bibel lesen können, über Gartenzwerge und Gummibärchen, die es seit 1921 gibt, bis hin zu Waldorfschule und Wiedervereinigung.

Krämer sagt seinen Lesern, warum wir auf den Riesling bewußt stolz sein dürfen, was die Sozialversicherung so einzigartig macht und was es mit den "deutschen Tugenden" Pünktlichkeit, Sauberkeit und Ordnung auf sich hat. Nicht alle 161 Stichworte sind bierernst gemeint. Und doch glauben einer Umfrage unter 17.000 Menschen aus 35 Ländern zufolge 56 Prozent der Befragten, daß Deutschland einen "überwiegend positiven Einfluß" auf die Welt besitze. "Auf Deutschland stolz zu sein, muß ja nicht heißen, andere Länder schlecht zu machen", sagt Krämer. "Zwischen Nationalismus und Patriotismus gibt es zum Glück ganz große Unterschiede."

Walter Krämer: "Wir können alles, sogar besser - Wo Deutschland wirklich gut ist", ... München 2008 ...<<

**09.05.2009**

**BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Das Ende der politischen Korrektheit?**

Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness (PC).

Aus dem Arsenal einer der finstersten und geistfeindlichsten Epochen der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff im Lauf der Jahre in die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet, Schutz vor verbalen Kränkungen - etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Schwachsinnigen, Behinderten und: der Frauen, denn auch sie empfanden sich im Berufs- und Privatleben als diskriminiert.

Zur Abwehr dieser Diffamierung ersann man eine Reihe von harmlosen Beschwichtigungsbegriffen, teils achtbar bemüht, bald zu geflügelten Witzen werdend. Doch bald etablierten die Wächter der Political Correctness einen Tugendterror, der sich mit dem der Jakobiner der Französischen Revolution durchaus messen konnte.

Der Tugendterror begann mit der Kontrolle der Sprache. Gewalttätige Änderung durch Umbenennung. Das ist nicht von der Französischen Revolution erfunden worden. Schon die Kirche im Mittelalter nannte ihre Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod eine Wohltat für die armen Seelen der Sünder. Der "Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt" der Französischen Revolution fällt Todesurteile am laufenden Band, die sofort mit der neuen Köpfungsmaschine, der Guillotine, vollstreckt wurden. Vorausgegangen war die Erfindung der "Göttin der Vernunft" anstelle des christlichen Gottes - eine Neuerung, die dem Wirren der Revolution nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen umzubenennen.

Alle Versuche, den Terror der Französischen Revolution zu vervollkommen, erfanden neue "Wohltaten" für die Menschheit, die mit überraschenden Namen bedacht wurden. Wer vermu-

tet schon etwas Schlimmes hinter der Bezeichnung "Außerordentliche Kommission" der Sowjetunion (Tscheke)? Das Goebbelsche "Ministerium für Volksaufklärung" (und "Propaganda") diene in Wahrheit der Volksverdummung.

Die Erben der Jakobiner brachten es bei der Veränderung der Wirklichkeit durch Worte zu einer bisher nicht erreichten Meisterschaft. Neu war die offen zynische Bezeichnung einer menschenfeindlichen und oft sogar tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil: "Umerziehungslager" nannten die Nationalsozialisten die ersten KZ. "Erzieher" hießen bis 1989 die Vollzugsbeamten im DDR-Knast.

"Psychiatrische Anstalten" nannte man in der Sowjetunion Häuser, in denen politische Gegner mit Drogen und Elektroschocks physisch und psychisch zerstört wurden. "Umsiedlung" hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischer Bauern, "Umsiedlung" die Ermordung von Millionen Juden durch Arbeitslager, Unterernährung, Seuchen und schließlich Erschießungskommandos und Gas.

Alle Massenmorde und Greuel der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden durch Korrekturen in der Sprache vorbereitet. Tiervergleiche dienten zur Herabsetzung der Tötungshemmung gegenüber dem Gegner. Lenin und Sinowjew bezeichneten die "Weißen" grundsätzlich als "Geschmeiß".

Tiervergleiche kennzeichneten auch die Nachkriegszeit und die Zeit des Kalten Krieges. "Pinscher" nannte Bundeskanzler Erhard die Schriftsteller der Gruppe 47 um Heinrich Böll. Die gedankenlos beiläufig verwendeten Wörter der 68er für Polizisten - "Schweine" und "Bullen" - bereiteten den Satz "Auf Bullen kann geschossen werden!" vor.

Endziel aller revolutionären Terroristen ist im Grunde der gleichgeschaltete, gelenkte, "korrekte" Mensch, von dem schon Platon geträumt hatte. Oder, wie Mao im "Kleinen Roten Buch" gefordert hatte, Menschen mit "korrekten Ideen". Pol Pot brachte einfach ein Drittel seiner Bevölkerung um, um endlich Ordnung in den Köpfen zu schaffen. Doch die atemberaubenden Albträume von Stalin, Mao und Pol Pot sind Vergangenheit. Die Gedankenpolizei überlebte im Westen. Dort entstand jenes engmaschige Blockwartssystem, das lange Jahre in unseren Zeitungen, Verlagen, Funk- und Fernsehanstalten herumspukete.

PC wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün. Doch das Mißtrauen gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.

Nach dem vergeblichen Kampf gegen die Volkszählung, die Tropenhölzer, den "machtvollen Demonstrationen gegen die Nachrüstung", mit denen man nur die letzten Lebensstunden des maroden Breschnew-Regimes verlängert hatte, nach Tschernobyl und dem Sozialabbau fand man etwas, was man selbst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die neuen Rechten und ihre "Stichwortgeber", die Intellektuellen, die schon von Goebbels "geistige Brandstifter" genannt worden waren. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.

Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.

Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherr-

schaft bedroht.

Und dann kam die Krise. Eine Chance für die Linken? Zuerst versuchte man es auch da noch mit sprachlicher Verkleinerung und Verkleisterung: "Engpässe", "Zahlungsschwierigkeiten", "Liquiditätsprobleme". Doch inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Leute ganz einfach pleite waren. Aus der "Finanzklemme von Lehman Brothers" wurde eine globale Wirtschaftskrise.

Hatte Karl Marx, der alte Hütchenspieler, vielleicht doch recht gehabt mit seiner Voraussage, daß der Kapitalismus eine große Krise produzieren und schließlich selber die Produktionsmittel (die Fabriken und die Banken) verstaatlichen müßte? Was nun? Setzt Merkel Marx in die Tat um? Die Krise - Chance der Totalitären? Da haben wir alle noch ein Wörtchen mitzureden.

Fest steht jetzt schon die "Politische Korrektheit" ist out. Die Nebelschwaden lichten sich. "Freisetzungen" von Arbeitern heißen wieder Entlassungen. "Liquiditätengpässe" wieder Schulden oder gar Pleite. Auch der Landesverband NRW der Linken hat schon begonnen, Klartext zu reden. Soziale Unruhen ruft die Linke, Beseitigung des Kapitalismus, Gefahr von sozialen Unruhen echot die Linke in der SPD, warnt der DGB am 1. Mai. Auch der Generalkonsul der Türkei in Düsseldorf legt die falsche Scham ab und beschimpft die Deutschen in deren Land er zu Gast ist, pauschal als Nazis, die alle Türken am liebsten eine Tätowierung mit der Aufschrift "T" aufdrücken wollten.

Doch die Krise ist auch unsere Chance. Legen auch wir die falsche Scham ab und nennen Unruhestiftung und Volksverhetzung nicht länger Meinungsäußerungen und Ausrutscher, sondern Anschläge auf den sozialen Frieden und die Demokratie.<<

**23.05.2009**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Mai 2009 (x887/...): >>**Geschichtsvergessenes Land**

Was bei den Gedenkreden dieser Tage aus dem Blickfeld geraten ist

Seit Tagen läuft der dreifache Gedenkmarathon "60 Jahre Bundesrepublik, 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre Wiedervereinigung". In Zeiten der Krise werden zu Recht die guten Erfahrungen des Wiederaufbaus beschworen. Anderes gerät völlig aus dem Blickfeld oder wird sogar verdreht.

Keine Scherzfrage: Wie alt ist die Bundesrepublik Deutschland? 60 Jahre oder knapp 142? Die richtige Antwort: Da mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 kein Staat gegründet wurde, sondern sich nur das Deutsche Reich, das im Jahre 1945 besiegt worden war, aber nicht untergegangen ist, in einem Teil seines Staatsgebietes eine neue verfassungsmäßige Ordnung gegeben hat, ist die Bundesrepublik Deutschland um einiges älter als das Grundgesetz.

Diese Sichtweise ist weit mehr als das Steckenpferd einiger historisch interessierter Menschen, sondern staats- und völkerrechtlich ein klarer Fall. In rund einem Dutzend Urteilen hat das Bundesverfassungsgericht in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder bekräftigt, daß die Bundesrepublik eben nicht "Rechtsnachfolgerin" des Deutschen Reiches, sondern mit diesem als Rechtspersönlichkeit und Völkerrechtssubjekt identisch ist.

Aus staatsrechtlicher Sicht steht fest: Der am 18. August 1866 zunächst als Militärbündnis unter preußischer Führung gegründete Norddeutsche Bund, aus dem am 1. Juli 1867 der gleichnamige Staat hervorging, ist die juristische Person, die ab 1871 "Deutsches Reich" hieß und seit 1949 "Bundesrepublik Deutschland" heißt. Den Norddeutschen Bund und Preußen muß man nicht mögen, und politisch mag aus dem erwähnten Faktum wenig folgen, doch für das Selbstverständnis eines Staates kann es nicht belanglos sein, wann er gegründet wurde. Noch eindeutiger relevant ist, wenn die politische Klasse eines Landes sich in keiner Weise dafür interessiert, wann und unter welchem Namen der von ihr geführte Staat überhaupt ent-

standen ist.

Wer aber die Gedenkreden dieser Tage und das Informationsangebot amtlicher Stellen abklopft, schüttelt den Kopf über die Geschichtsvergessenheit des bevölkerungsreichsten Landes in Europa nach Rußland, die an Amnesie zu grenzen scheint.

Eine direkte Folge davon ist, daß zunehmend alles Positive der deutschen Geschichte auf die Jahre nach 1949 verlagert wird. Die politischen und moralischen Einbrüche nach diesem Datum – insbesondere seit 1969 – werden dabei ebenso ausgeblendet wie Leistungen und Verdienste davor.

Nicht einmal die Redenschreiber der Bundeskanzlerin sind historisch halbwegs sattelfest. So verblüffte Frau Merkel vor wenigen Tagen am Ort der Varusschlacht mit der ahnungslosen Frage, warum eigentlich bei den Germanen nach der für sie siegreichen Schlacht im Jahre 9 "keine Ruhe einkehrte, warum sie weiterhin permanent Krieg führten" ...<<

**27.06.2009**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Juni 2009 (x887/...): >>Waffenstillstand für 20 Jahre**

Vor 90 Jahren wurde der Vertrag von Versailles unterzeichnet

Gerne wird alles Unrecht und Unglück auf die "Machtergreifung" von 1933 in Deutschland zurückgeführt. Dabei wird die Bedeutung des Ersten Weltkrieges einschließlich der durch ihn in Versailles geschaffenen Friedensordnung geflissentlich übersehen.

"Ohne Versailles kein Hitler." Diese Kritik Martin Walsers an das den Ersten Weltkrieg beendende Friedensdiktat ist hart, aber gerecht. Geradezu prophetisch kritisierte der französische Marschall Ferdinand Foch nach dem Ersten Weltkrieg, Versailles sei weniger ein Frieden als ein "Waffenstillstand für 20 Jahre". Nicht zu widersprechen ist auch dem ebenfalls aus Frankreich stammenden Historiker Jacques Bainville, wenn er den den Deutschen in Versailles diktierten Frieden als "zu hart für einen milden Frieden" bezeichnete.

Andererseits hatte Bainville - aus machtpolitischer Sicht - auch Recht mit der Feststellung, daß Versailles "für einen Frieden der Härte zu weich" gewesen sei. Inwieweit der Vertrag von Versailles noch zu "weich" gewesen sein könnte, zeigt ein Vergleich mit der Behandlung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg: Den Deutschen verblieben 1919 immerhin Souveränität und staatliche Einheit.

Der Versailler Frieden war zu hart, als daß die Deutschen ihn als gerecht hätten akzeptieren können, aber er war zu weich, um sie längerfristig von einem Versuch der Revision abhalten zu können. Bis 1939 gelangen dabei beachtliche Teilerfolge. In diesem Zusammenhang wird den Siegermächten zu Recht vorgeworfen, dem Dritten Reich zu weit entgegengekommen zu sein. Dabei lag der fatale Fehler der westeuropäischen Großmächte nicht darin, Forderungen, die aus dem Recht der Deutschen auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung resultierten, entgegengekommen zu sein, sondern darin, dies erst Hitler gegenüber und nicht schon zur Zeit der Weimarer Demokratie getan zu haben.

Damit diskreditierten sie Deutschlands demokratische Politiker, die aus Sympathie für das politische System des Westens die Westmächte durch eine Politik größtmöglicher Erfüllung der maßlosen Bedingungen von Versailles kulant stimmen wollten.

In diesem Zusammenhang sind aber auch die deutschen Politiker der Weimarer Koalition nicht frei von Verantwortung für das Scheitern der Demokratie. Durch eine zu starke Fixierung auf die Erfüllungspolitik trieben sie deren Gegner in die Hände der nicht am Westen orientierten extremen Parteien - übrigens auch der Kommunisten.

Wenn bundesrepublikanische Geschichtspolitiker wie Hans Mommsen den kausalen Zusammenhang zwischen dem von den ehemaligen Besatzungsmächten und heutigen Freunden der Bundesrepublik verfaßten Versailler Vertrag und der "Machtergreifung" auch bestreiten, so ist doch immerhin der Zusammenhang zwischen Weltwirtschaftskrise und dem Ende Weimars

Konsens. Diese Krise ging von den Vereinigten Staaten von Amerika aus und traf vor allem deshalb Deutschland so schwer, weil US-Gläubiger ihre meist kurzfristigen Kredite schlagartig kündigten und Unsummen aus der deutschen Wirtschaft herauszogen.

Hauptgrund dieser Kredite wiederum war aber der gravierende Kapitalmangel in Deutschland infolge der immensen Reparationsverpflichtungen (und auch Exportbehinderungen) durch den Versailler Vertrag. Und da schließt sich der Kreis. Der kausale Zusammenhang zwischen Versailles und Hitler ist zwar eben leugbar, aber nicht wegzudiskutieren.

### **Zeitzeugen**

**Woodrow Wilson** - Der US-amerikanische Präsident von 1913 bis 1921 hatte einen Verständigungsfrieden auf Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vorgeschlagen. Um die deutschfeindlicheren europäischen Verbündeten der USA für seine Idee vom Völkerbund, die Vorgängerorganisation der Vereinten Nationen, zu gewinnen, fand er sich jedoch zu weitgehenden Abstrichen von seinem auf Ausgleich abzielenden Friedenskonzept bereit.

**Georges Clemenceau** - Der deutschfeindliche Ministerpräsident Frankreichs von 1906 bis 1909 sowie von 1917 bis 1920 prägte das Versailler Diktat wie kein anderer. Sein primäres Ziel bei den alliierten Vertragsverhandlungen war es, Deutschland maximal zu schwächen und zu schädigen.

**Philipp Scheidemann** - Der deutsche Ministerpräsident der Gründungsphase der Weimarer Republik deckte die Weigerung seines Außenministers Brockdorff-Rantzau, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. Von dem Sozialdemokraten stammt das berühmte Wort: "Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt? Der Vertrag ist unannehmbar."<<

**David Lloyd George** - Der britische Premier von 1916 bis 1922 teilte nicht den fanatischen Haß seines französischen Amtskollegen auf Deutschland. Seine Ziele beschränkten sich darauf, den Verlierer als Konkurrenten auf den Weltmärkten "zusammenzustutzen" und möglichst viel Geld aus dem Land zu ziehen, ohne es aber in die Arme des Sowjetstaates zu treiben. Später vertrat er statt des Versailler Kriegsschuldartikels die These, daß Europa in den Ersten Weltkrieg hineingeschlittert sei.

**Martin Walser** - Der 1927 geborene Schriftsteller ist immer wieder für einen Tabubruch gut. Auf Einladung des Bundeskanzlers hielt er am 8. Mai 2002 in Berlin eine Rede, in der er den kausalen Zusammenhang zwischen Versailles und Hitler ansprach - was früher noch als "Binsenweisheit" gegolten hätte, erfordert heute Mut. Er stellte damit auch die verbreitete Sichtweise von der deutschen Alleinschuld an der NS-Herrschaft in Frage.<<

[Herbert Ludwig berichtet am 27. Juni 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](http://HerbertLudwig.blogspot.de/2019/06/Herbert-Ludwig-berichtet-am-27-Juni-2019-in-seinem-Internet-Blog-Fassadenkratzer.wordpress.com) über die angebliche Kriegsschuld der Deutschen (x940/...): >>**Versailles**

### **1919 - Die Unterwerfung Deutschlands unter das Kriegsschuld-Diktat**

Am 28. Juni 2019 jährte sich zum 100. Mal der Tag, an dem die Vertreter Deutschlands erpreßt wurden, das Versailler Diktat zu unterzeichnen und die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zu akzeptieren - ein folgenschweres Ereignis, das die weitere äußere und innere Zerstörung Mitteleuropas bis heute bestimmt hat. Um so wichtiger ist es, die wahren Kriegstreiber aufzuzeigen, wie sie heute nachgewiesen werden können. Der Deutsch-Franzose Cyril Moog stellt aufgrund der Forschungen schottischer Historiker übersichtlich das Netzwerk dar, das gegen Mitteleuropa geknüpft wurde (Herbert Ludwig).

Ein Gastbeitrag von *Cyril Moog*

*"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."*



So lautet der Artikel 231 des "Friedensvertrages" von Versailles, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles unterzeichnen mußte, um nicht zu riskieren, daß Deutschland besetzt und die britische Seeblockade, die zu Hunderttausenden von zivilen Toten in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch in neutralen Staaten wie Dänemark führte, weiterhin aufrecht erhalten werden würde.

Dagegen vertritt der australische Historiker Christopher Clark die These, daß die "Schuld" für den Ersten Weltkrieg keineswegs bei einem einzigen Akteur zu finden sei. Vielmehr sieht er die Ursache in einer verhängnisvollen Kette von Entscheidungen verschiedener Akteure, die zum Krieg geführt haben sollen.

Mit seinem Titel *The Sleepwalkers* (deutsch: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, 2012) greift Clark das scheinbar versöhnliche Diktum des ehemaligen britischen Premiers David Lloyd George aus den 1920er Jahren auf, demzufolge keine der europäischen Mächte den großen Krieg wirklich gewollt habe. Vielmehr seien sie alle mehr oder weniger schlafwandelnd blind in die Katastrophe "hineingeschlittert".

Was, wenn es einen solchen Kriegswunsch eben doch gegeben hat? Was, wenn der Krieg erwünscht und von langer Hand geplant gewesen ist - allerdings nicht von deutscher Seite? In ihrem 2013 erschienenen Buch *Hidden History: The Secret Origins of the First World War* offenbaren Gerry Docherty und Jim Macgregor, wie unser Bild von den damaligen Ereignissen in einem ganzen Netz vorsätzlicher Lügen besteht, das die damaligen Siegermächte sorgfältig gestrickt haben, damit es sich tief in der Psyche festsetzt.

Die beiden schottischen Historiker stützen sich dabei auf Fakten und Indizien, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ans Tageslicht gekommen sind: Tatsächlich habe nicht Deutschland den Ersten Weltkrieg zu verantworten, sondern ein einflußreicher Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Krieges die militärische Niederwerfung Deutschlands angestrebt habe.

### **Am Anfang war die Angst**

Die bislang weitgehend unbekanntere Geschichte, wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, beginnt mit der Angst: der gemeinsamen Furcht einiger Angehöriger der englischen Oberschicht, daß eine Wachablösung anstehen würde, sollte nicht sehr bald etwas äußerst Radikales geschehen. Deutschland war drauf und dran, in wichtigen Bereichen wie Technik und Forschung, Industrie und Handel an England vorbeizuziehen.

Daraufhin wurde im Jahr 1891 in London von Mitgliedern der englischen Herrscherklasse eine Geheimgesellschaft gegründet, deren Ziel nichts Geringeres als die Weltherrschaft war. Zu diesem Zweck sollte das *British Empire* reformiert und auch die engen Verbindungen zwischen Großbritannien und den USA erneuert werden. *"Im innersten Kreis des von Cecil Rhodes gegründeten und finanzierten Geheimbundes stand eine handverlesene Gruppe von Männern, die heimlich die britische Kolonial- und Außenpolitik kontrollierte."*

Dazu gehörten William T. Stead, einer der einflußreichsten Journalisten seiner Zeit, und Lord Esher, der in den letzten Regierungsjahren Queen Victorias die Interessen des Königshauses vertrat und sowohl unter König Edward VII. als auch unter König George V. die imperiale Politik steuerte. Die Gesellschaft konnte zudem auf den großen Einfluß zurückgreifen, den die Familien Salisbury und Rosebury schon seit Langem in der britischen Politik innehatten. Auch King Edward VII. und die dem britischen Establishment sehr nahestehende internationale Bankiersfamilie der Rothschilds konnte miteingebunden werden. ...

### **Südafrika**

Mithilfe massiver Investitionen seitens der Familie Rothschild war Cecil Rhodes in der Lage, mit Gold und Diamanten in Südafrika ein enormes Vermögen anzuhäufen. Hinzu kam, daß die Krone ihm die Erlaubnis erteilte, die *British South Africa Company* zu gründen, durch die er in den Genuß einer eigenen privaten Polizei und einer Armee kam, mit deren Hilfe den

Eingeborenen auf brutale Weise mehr und mehr Land abgenommen wurde.

Als der Geheimbund um Rhodes den Entschluß gefaßt hatte, sich das Transvaal-Gold zu sichern, wurde ein unausgegorener Plan für eine Invasion entwickelt, die dann auf peinliche Weise scheiterte. Daraufhin übernahm Alfred Milner, ein enger Vertrauter von Cecil Rhodes, die Leitung. Es gelang ihm, zum Hochkommissar der Kapkolonie ernannt zu werden, nur um anschließend einen erneuten Krieg gegen die Buren vom Zaun zu brechen.

Während der Kampfhandlungen wurden den Briten jedoch mehrere schwere Niederlagen zugefügt. *"Das britische Heer brauchte nicht lange, um eindrucksvoll zu beweisen, daß es für den Krieg in Südafrika nicht geeignet war."*

Das Blatt wendete sich erst am Anfang des Jahres 1900, nachdem Feldmarschall Lord Roberts und dessen Stabschef General Lord Kitchener mit 60.000 Mann Verstärkung in Südafrika eingetroffen waren.

Als die Buren zu einem für die Briten äußerst verlustreichen Guerillakrieg übergingen, wandte Kitchener eine Strategie der "verbrannten Erde" an: Die Farmen in den Guerillagebieten wurden zerstört, die Ernten vernichtet und an die 120.000 Farmbewohner, vor allem Frauen und Kinder, in von Alfred Milner abgesegnete Konzentrationslagern interniert. Aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen starben 26.000 Frauen und Kinder an Hunger und Krankheiten.

1905 kehrte Milner dann nach Großbritannien zurück, von wo er das nächste Ziel besser anvisieren konnte: das deutsche Kaiserreich.

### **Deutschland wird ins Visier genommen**

Deutschlands wirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Aufstieg wertete die Geheime Soziopathen-Elite um Alfred Milner - Cecil Rhodes war bereits im Jahr 1902 verstorben - als direkte Bedrohung für ihre Weltherrschaftspläne. Zunächst würde man Verbündete für den Waffengang gewinnen müssen, die marode Armee mußte generalüberholt werden und auch die Royal Navy würde ihren historischen Vorsprung nicht einbüßen dürfen.

Außerdem mußte man mit propagandistischen Methoden auch die Öffentlichkeit auf deutschfeindlichen Kurs bringen. König Edward VII., seit 1874 Großmeister der Vereinigten Großloge von England und Protektor der britischen Freimaurerei, ließ sich in die Pläne einbinden und wurde zum Architekten der *Entente Cordiale*, Lord Esher zum Dreh- und Angelpunkt der Bemühungen, die Armee zu modernisieren.

### **Marokko - der erste Versuch**

In der bereits 1904 von London und Paris unterzeichneten *Entente Cordiale* wurden die britische Kontrolle über Ägypten und das Interesse Frankreichs an Marokko bekräftigt. Als Frankreich dazu ermutigt wurde, ein internationales Abkommen mit Marokko zu brechen, um Deutschland damit zum Krieg anzustacheln, schlug Kaiser Wilhelm II. jedoch vor, das Thema einfach auf einer Konferenz mit internationaler Beteiligung zu klären. Unterdessen lehnte das französische Parlament die Kriegstreiberei des französischen Außenministers Théophile Delcassé ab, der die volle Rückendeckung durch König Edward VII. genoß, und zwang ihn zum Rücktritt. Die Geheime Elite erkannte, daß man die französische Regierung erst noch viel gründlicher würde korrumpieren müsse.

### **Ein weiterer Verbündeter - das Zarenreich**

Auch das Zarenreich sollte zu einem Bündnispartner gegen Deutschland gemacht werden. Mit Hilfe des russischen Außenministers Alexander Iswolski, der von der Geheimen Elite finanziert wurde und fortan einen Bündniskurs mit Großbritannien verfolgte, wurde 1907 ein Abkommen unterzeichnet, das Streitfragen zwischen den beiden Mächten in Afghanistan, Persien und Tibet löste.

Um Rußland schließlich in die *Entente Cordiale* einzubinden, wurde King Edward VII. 1908 nach Reval entsendet, wo er sich mit dem Zaren traf. Edward ließ sich zu dem Treffen von seinen Beratern aus der Geheimen Elite und Mitgliedern des *Committee of Imperial Defence*

begleiten, der Zar vor allem von Außenminister Alexander Iswolski, der nicht damit aufhörte, die Balkanstaaten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn aufzustacheln. Die Bewegung für ein Groß-Serbien wurde dabei ermutigt, ihre Rachepläne nicht aufzugeben und sich auf spätere Einsätze vorzubereiten.

### **Eine neue Regierung in England**

Noch während sich die Regierungszeit der Konservativen dem Ende näherte, hatten die Konservativen unter Balfour und Landsowne einen geheimen Unterausschuß ins Leben gerufen: das *Committee of Imperial Defence*. Das Gremium nahm geheime Militärgespräche mit Frankreich und Belgien auf. Das Thema: Wie würde man bei einem Krieg gegen Deutschland vorgehen? Als schließlich ein Regierungswechsel anstand, konnte die geheime Elite H. H. Asquith zum Premierminister machen, Richard Haldane zum Kriegsminister und Edward Grey zum Außenminister, so daß die Außenpolitik nahtlos fortgesetzt werden konnte.

Alle drei waren enge Freunde und Bewunderer Alfred Milners, mit dem sie regelmäßig in Kontakt standen. Sämtliche Informationen zu ihren Aktivitäten verheimlichten sie vor dem liberalen Kabinett, um in aller Ruhe weiter auf einen Krieg mit dem Deutschen Reich zuzusteuern. Während Außenminister Grey die Pläne für den Krieg weiter vorantrieb, gab Kriegsminister Haldane der Armee eine neue Struktur. Admiral Sir John Fisher wiederum verpaßte der Flotte eine radikale Modernisierung: die Kriegsschiffe sollten fortan mit Öl befeuert werden. Später übernahm Winston Churchill diese Aufgabe.

### **Die Reihen schließen sich**

Die Geheime Elite wollte in der Öffentlichkeit das Gefühl vermitteln, daß Deutschlands Flottenbauaktivitäten eine Bedrohung für Großbritannien darstellten. Zu diesem Zweck förderte Lord Northcliffe in seinen Blättern ausgedachte Schauergeschichten über eine deutsche Invasion in England, ebenso über zahlreiche deutsche Spione, die angeblich verdeckt im Land agierten. Währenddessen wurden überall im Empire Ableger der Geheimgesellschaft gegründet, um die "Dominions" stärker zu einer Einheit zu verschmelzen und auf den Krieg vorzubereiten; auch die USA sollten stärker eingebunden werden.

Schon Cecil Rhodes hatte erkannt, daß die USA eine zentrale Rolle würden spielen müssen, wenn man eine Welt anstrebe, die von der "angelsächsischen Rasse" dominiert werden solle. In den USA sammelte sich die wirtschaftliche Macht immer stärker in einigen New Yorker Familiendynastien, darunter die Häuser Morgan und Rockefeller.

Auch die Rothschilds waren eng mit Morgan sowie mit anderen aufstrebenden Kreditinstituten wie etwa Kuhn, Loeb & Co., Jacob Schiff und Paul Warburg verbunden. Der Geldadel in den USA wirkte massiv auf die Präsidentschaftswahlen von 1912 ein, damit seine Marionette Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt wurde. Wilson ermöglichte anschließend die Gründung des Federal Reserve Systems im Jahre 1913, das US-amerikanische Zentralbankensystem, mit dem maßgeblich der Erste Weltkrieg finanziert werden konnte.

### **Der zweite Versuch - Fes und Agadir**

1911 wurden Gerüchte einer Rebellion in Fes gestreut. Daraufhin setzte Frankreich ein großes Truppenkontingent in Marsch, das sich dann als Besatzungsarmee entpuppte. Deutschland protestierte lediglich, indem es ein kleines Kanonenboot nach Agadir entsandte. Dies wurde allerdings von der Geheimen Elite maßlos übertrieben: Man behauptete, Deutschland wolle in Agadir einen Marinestützpunkt errichten und von dort aus die Seefahrtswege bedrohen.

In Frankreich selbst widersetzte sich der neu gewählte Ministerpräsident Joseph Caillaux den Kriegshetzern und nahm Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf. Erneut also gingen die Deutschen nicht in die Falle und handelten schon wieder eine diplomatische Lösung aus. Die Geheime Elite würde die vollständige Kontrolle über die französische Regierung übernehmen müssen.

In ganz Europa, in Großbritannien und im Empire suchte sich die Geheime Elite Politiker und

Diplomaten, die sie nach ihrem Willen formen konnte. In Paris setzte sie Alexander Iswolski, inzwischen russischer Botschafter in Paris, darauf an, den amtierenden französischen Ministerpräsidenten Caillaux zu schwächen, und ihn durch Raymond Poincaré ersetzen zu lassen, einen überzeugten Revanchisten.

Unter Poincaré verwandelte sich das französisch-russische Bündnis von einem Verteidigungsabkommen hin zum Kriegsabkommen. 1914 hielten französische Banken über 80 Prozent der russischen Staatsschulden: Poincaré und seine Förderer koppelten die Darlehen an die Bedingung, daß Rußland sein Militär ausbaue und das Eisenbahnnetz so modernisiere, daß sich die Truppen schneller gegen Deutschland in Stellung bringen lassen könnten. Die Rothschild-Häuser in London und Paris arbeiteten Hand in Hand daran, Rußland über verschlungene Kanäle mit dem notwendigen Kapital zu versorgen.

### **Pulverfaß Balkan**

Als das Jahr 1912 anbrach, war es der Geheimen Elite bereits zweimal mißlungen, das Deutsche Reich zu einem Krieg anzustacheln. Marokko schien sich also dafür nicht zu eignen, so daß Agenten der Geheimen Elite die schwelenden nationalistischen Spannungen auf dem Balkan anfachten mit dem Ziel, die ganze Region in einen Brandherd zu verwandeln.

Die Kommandokette lief vom Foreign Office zu Iswolski in Paris, weiter zu Außenminister Sergei Dmitrijewitsch Sasonow in Rußland und schließlich zum russischen Botschafter in Belgrad Nikolaus Hartwig, der als Panslawist die expansionistischen Bestrebungen Serbiens gegen Österreich-Ungarn unterstützte.

Außenminister Sasonow meldete dem Zaren, daß sich die Briten insgeheim verpflichtet hatten, Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland zu unterstützen. Entsprechend ermutigt, taten sich die Russen mit dem serbischen Nationalisten Oberst Apis und dessen Organisation "Schwarze Hand" zusammen, um das Attentat gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand vorzubereiten.

Als seine Ermordung gelungen war, sorgte die Geheime Elite dafür, daß sich die Morde in Sarajewo zu einer umfassenden Krise auswachsen. Dabei erhielt Österreich-Ungarn zunächst eine Menge geheuchelter Unterstützung; auch Deutschland wurde mit Freundschaftsbekundungen und Sympathiebeteuerungen hinters Licht geführt.

Auf diese Weise wurde Graf Berchtold, seit 1912 österreichischer Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern, schließlich zu einer kühnen Reaktion ermutigt: Er würde der serbischen Aggression ein für alle Mal ein Ende bereiten. Mit anderen Worten: Er würde in die britische Falle tappen und Deutschland getreulich folgen. Wie bereits 1912 reiste der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré nach Sankt Petersburg und bekräftigte sein Versprechen, daß Frankreich, sollte Deutschland Österreich beistehen, an der Seite Rußlands in den Krieg ziehen würde.

Im Parlament, in der Presse und in Diplomatentreisen wurde Deutschland unterdessen vorgezogen, daß sich die Beziehungen zu Großbritannien deutlich gebessert hätten. Dabei trieben die Agenten der Geheimen Elite ihre Vorbereitungen für die Zerstörung des Kaiserreiches immer weiter voran.

Serbiens Antwort auf Österreichs Forderungen setzte schließlich die Falle in Kraft, die man Graf Berchtold gestellt hatte. Während der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg noch verzweifelt nach Wegen suchte, den Frieden zu wahren, und auch Graf Bechthold nun bereit war, "einen Schritt vom Abgrund" wegzutreten, genehmigte der Zar am 26. Juli eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte. Daß die Generalmobilmachung durch eine Großmacht die erste Kriegshandlung war, galt als allgemein akzeptierte Tatsache.

Am 1. August sandte der russische Botschafter Alexander Iswolski ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg: "Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe." Also fast 24

Stunden bevor Deutschland die Generalmobilmachung verkündet und Rußland den Krieg erklärt hatte. Um 16 Uhr gingen aus dem zentralen Telegrafenamts in Paris Telegramme mit dem Befehl der Geheimmobilmachung ab.

Zu diesem Zeitpunkt hatten auch Serbien, Österreich, Rußland, Frankreich und Großbritannien auf die eine oder andere Weise damit begonnen, ihr Militär vorzubereiten. Einzig das Deutsche Reich hatte noch nichts unternommen. Erst nachdem der Kaiser 24 Stunden lang vergeblich auf eine Antwort seiner telegrafischen Forderung gewartet hatte, Rußland solle sämtliche Truppenbewegungen entlang der Grenze einstellen, befahl er die Generalmobilmachung.

So entschloß sich das Deutsche Reich als letzte der europäischen Großmächte zu diesem unwiderruflichen Schritt, der ihm von der Entente Cordiale aufgezwungen wurde. "Wie", fragen Docherty und Macgregor, *"paßt das zu der Behauptung, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg begonnen? ... Was sonst hätte Deutschland tun können? Entweder geduldig die eigene Vernichtung abwarten oder zuschlagen, um sich zu verteidigen. Damit die deutschen Streitkräfte bei einem Zweifrontenkrieg überhaupt eine Chance hatten, mußten sie blitzartig Erfolge einfahren."*

### **Eine gerechte Sache**

Der britische Außenminister Edward Grey wußte mittlerweile, daß die britische Öffentlichkeit nicht zum Krieg bereit wäre, wenn Deutschland nicht klar als Aggressor hingestellt werden könnte. Also benötigte er noch unbedingt eine vermeintlich gerechte Sache, um die Briten mit in den Krieg zu reißen: Man fand sie im "tapferen kleinen Belgien", das man vor den verachtenswerten "Hunnen" beschützen müsse.

Als der deutsche Botschafter in London den Vorschlag unterbreitete, daß Belgiens Souveränität gewahrt bliebe, insofern Großbritannien dafür seine Neutralität versprechen würde, bekam er von Außenminister Grey keine aufrichtige Antwort. Statt dessen log er, daß es vorläufig nicht die geringste Absicht gebe, feindlich gegen Deutschland vorzugehen. Auf diese Weise sorgte Grey dafür, daß jedes Angebot von Frieden und Neutralität aus Berlin abgelehnt oder zurückgehalten wurde.

Gleichzeitig zeigte er sich über das deutsche Verhalten überaus empört: Angeblich habe das Kaiserreich alle Bemühungen um Einigung abgetan, um stetig auf den Krieg zuzumarschieren. Dabei wußte er nur zu gut, daß Deutschland notwendigerweise durch Belgien würde marschieren müssen, um sich gegen Frankreich zur Wehr zu setzen.

Am Abend des 2. August übergab der deutsche Botschafter in Brüssel den versiegelten Brief, den Generaloberst Moltke, der Chef des deutschen Generalstabs, ihm vorher zur Aufbewahrung zugestellt hatte. In dem Schreiben hieß es, Deutschland habe verlässliche Informationen, daß Frankreich durch Belgien marschieren und das Kaiserreich angreifen wolle.

Deutschland sei als Reaktion darauf seinerseits gezwungen, in Belgien einzumarschieren. Wenn sich Belgien nicht in den Weg stelle, verspreche Deutschland, nach Ende des Krieges und mit Friedensbeginn das Territorium zu räumen, für alle entstandenen Schäden aufzukommen und die Lebensmittel zu bezahlen, welche von den deutschen Truppen verbraucht würden.

Sollte Belgien die deutschen Einheiten dagegen nicht widerstandslos passieren lassen, sehe Deutschland sich leider gezwungen, Belgien als Feind zu betrachten. Der belgischen Regierung wurden zwölf Stunden Zeit für eine Antwort gegeben, also bis 7 Uhr am Morgen des 3. August. König Albert I. von Belgien schickte Sir Edward Grey eine Botschaft: Belgien werde das deutsche Ansinnen ablehnen, man bitte um die Hilfe Großbritanniens.

Als nun endlich feststand, daß Deutschland die belgische Neutralität definitiv verletzen würde, ließ Außenminister Grey seine heuchlerische Maske fallen und *"machte sein Engagement für eine Sache öffentlich, die nicht benannt werden konnte - den Vernichtungskrieg, den die*

*Geheime Elite gegen Deutschland führen wollte".*

Im Kabinett ging es nun schlagartig um die Loyalität gegenüber Belgien. Sollten die Briten einfach tatenlos mit ansehen, wie Belgien unter die Räder kommt, wäre der Ruf des Empire auf ewig beschädigt. In Wirklichkeit hatte es bereits seit 1906 streng geheime Militärabkommen zwischen Belgien und Großbritannien gegeben: bis in die kleinsten Details hatten Briten und Belgier ihre Militärtaktik geplant und aufeinander abgestimmt.

Die Neutralität Belgiens war also nichts weiter als eine weitere Lüge, eine Täuschung, die man psychologisch sehr geschickt aufrechterhalten hatte, um die Briten vom Krieg gegen Deutschland zu überzeugen und die Deutschen als Bösewichter darstellen zu können. Nun erklärte Grey im Unterhaus, daß Großbritannien nicht tatenlos zusehen würde, sollte es zu einer Invasion Belgiens kommen, daß man Frankreich auf See unterstützen und Deutschland davon in Kenntnis setzen würde.

Am 3. August 1914 hielt Sir Edward Grey vor dem Unterhaus eine Rede, in der er noch einmal betonte, wie sehr er sich und seine Kollegen vom Foreign Office darum bemüht hätten, den Frieden in Europa zu bewahren. Er sprach vom furchtbarsten Verbrechen, das je die Seiten der Geschichtsbücher besudelte, dann eilte er aus dem Parlament, um Deutschland das schicksalhafte Ultimatum zu stellen - wohlwissend, daß die Besetzung Belgiens bereits im Gange war, die zentrale britische Forderung also nicht mehr zu erfüllen war. "Das Ultimatum war somit im Grunde eine Kriegserklärung."

Dann unterschrieb König George V. am Abend des 4. August 1914 im Buckingham Palace die offizielle Kriegserklärung. So bekam die Geheime Elite endlich ihren Krieg gegen Deutschland, den sie seit so vielen Jahren angestrebt und geplant hatte. Kaum begonnen, wurde das Kaiserreich auch schon propagandistisch mit Schuld überhäuft.

Vier Jahre später, am 11. November 1918, wurde nördlich von Paris, im Wald von Compiègne, in dem Eisenbahnwagen von General Foch der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet. *"Der Vertrag besagte, der deutsche Kaiser habe einen Expansionskrieg geführt und Europa tyrannisiert, während Großbritannien, Frankreich und Rußland alles getan hätten, um dies zu verhindern. Deutschland habe sich der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Freiheit, die je eine Nation beging, die sich selbst als zivilisiert bezeichnet, schuldig gemacht. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln - Universitäten, Presse, Kirchenkanzeln und dem gesamten Staatsapparat - trug die Geheime Elite diese falsche Schuldzuweisung in die Welt hinaus. Sie diffamierte den Kaiser und Deutschland und glorifizierte die Entente-Mächte."*

Gleichzeitig mußte die tatsächliche Verantwortung der britischen Elite für den Krieg vertuscht werden: die wahren Hintergründe sollte auch die Nachwelt niemals erfahren.

Tatsächlich waren diese Leute auch in der Lage, die für sie relevante Geschichtsschreibung zu kontrollieren - und zwar *"von der kleinsten Dorfschule bis hinauf zu den Elfenbeintürmen der akademischen Welt"*. Regierungsunterlagen wurden sorgfältig darauf überprüft, ob sie in die offizielle Version der Geschichte des Ersten Weltkrieges einfließen durften oder nicht. Potentiell belastende Unterlagen wurden verbrannt, aus den offiziellen Registern getilgt, vernichtet, gefälscht oder umgeschrieben.

### **Geschichte als Immunsystem**

Wir können davon ausgehen, daß eine solche Betrachtung der Geschichte - ganz besonders, wenn es sich nun um die wahre Beschreibung historischer Tatsachen handelt - auch heute noch politisch mehr als unerwünscht ist; mit anderen Worten: "volkspädagogisch wertlos", weil eine solche Geschichte wohl nicht dazu beiträgt, die Deutschen "in Schach zu halten". Viele Menschen im In- und Ausland scheinen immer noch eine tief verankerte Angst davor zu haben, daß die Deutschen - sobald sie keine Schuld, oder auch nur weniger Schuld und Gewissensbisse verspürten, jene mörderische Bestie in sich wieder aufsteigen lassen könnten, die

für einen Großteil der Greuel des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht wird.

Dabei sollte man nicht vergessen, daß gerade die offensichtlich ungerechtfertigte Schuldzuweisung in Bezug auf den Ersten Weltkrieg selbst nicht ganz unverantwortlich war am Erstarren des Nationalsozialismus. Schließlich diene sie als Rechtfertigung für die Kriegsreparationen, die von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet wurden, um gegen die Weimarer Republik, um gegen Freiheit, Demokratie, ja gegen das sogenannte "internationale Judentum" zu wettern.

Selbst die Bundesrepublik wurde noch in die Pflicht genommen und mußte bis etwa 1983 14 Mrd. DM an Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg zurückzahlen. Eine stolze Summe, wenn man davon ausgeht, daß die Schuldzuweisungen auf Lügen beruhten. Hinzu kamen Zinsen in einer Höhe von 251 Millionen Mark aus den Jahren 1945 bis 1952, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgesetzt und schließlich ab dem 3. Oktober 1990 wieder fällig wurden, und schließlich am 3. Oktober 2010 getilgt wurden. Wichtiger ist jedoch die Frage, welche Wirkung dieses Schuldbewußtsein im Bereich des Seelisch-Geistigen hat.

Wenn es nun wirklich so ist, daß im deutschen Volk - im Sinne einer *"historisch gewachsenen Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen"*, wenn in dieser deutschen Kulturgemeinschaft *"das tiefe Streben veranlagt ist, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen und die Erkenntnis auf die hinter der Oberfläche wirkenden geistigen Kräfte zu erweitern, die den Erscheinungen zugrunde liegen"*, daß "der Deutsche", wie Friedrich Hebbel 1860 schrieb, *"alle Eigenschaften hat, sich den Himmel zu erwerben"*, so kann man sich fragen, welche Folgen dieses Schuldbewußtsein für das Streben nach den geistigen Quellen des Daseins haben könnte.

Könnte es nicht sein, daß die Deutschen vor der eigenen inwendigen Hölle eine solche Angst haben, daß sie wie programmiert davor zurückschrecken, nach den Sternen zu greifen?

Womöglich wirkt das deutsche Schuldbewußtsein, das mit einer Dämonisierung der deutschen Kultur einhergeht, in allen seinen Facetten wie eine Art geistiges Immunsystem.

Betrachtet man nun all die Geschehnisse, die zu den zwei Weltkriegen geführt haben, aus einer geistigen Perspektive, dann können diese Weltkriege als diabolische Inszenierungen erscheinen, die u.a. auch dazu geführt haben, daß die Deutschen so sehr an sich selbst verzweifeln, daß sie keinen Gebrauch mehr von ihren spirituellen Eigenschaften machen, daß ihr Streben, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen, aufgeben, um sich nur noch rein weltlichen Dingen zu widmen.

Möge der Tag kommen, da die Deutschen und alle, die mit der deutschen Kultur auf die eine oder andere Weise verbunden sind, bei klarem Wissen um die grauenhaften Taten der Nationalsozialisten - Taten, die tatsächlich auch im Namen des deutschen Volkes begangen wurden - zurückfinden zu den lichten Quellen ihrer eigenen Kultur.

... Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht in "Der Europäer" Februar 2019.

Von Cyril Moog ist ein neuer Roman erschienen: *Der neue Mensch - 1917-1923* ... <<

**28.06.2009**

**BRD:** Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" veröffentlicht am 28. Juni 2009 den vollständigen Text der Rede, die der Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) als "Erklärung der Regierung über die Friedensbedingungen" vor der 39. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Neuen Aula der Universität Berlin am 12. Mai 1919 hielt. In den Protokollen der Nationalversammlung trägt jene Sitzung den Namen "Kundgebung gegen den Gewaltfrieden": >>Dieser Vertrag ist unannehmbar!"

*von Philipp Scheidemann*

Meine Damen und Herren! Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung

zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen.

In fremden Räumen, in einem Notquartier, in dem wir allerdings soeben herzlich willkommen geheißen wurden, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! (*Lebhaftes Bravo!*)

Wir müssen beieinander bleiben. (*Erneuter lebhafter Beifall*) Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. (*Wiederholter stürmischer Beifall*) Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.

Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Macht-hunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

**"Dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!"**

Lassen Sie mich ganz ohne taktisches Erwägen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungenweisend), in dem hundert Absätze beginnen: "Deutschland verzichtet - verzichtet - verzichtet", dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll (*sehr wahr!*) - dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! (*Stürmischer Beifall*)

Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstands, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! (*Lebhafte Zustimmung*)

Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. (*Sehr wahr!*) Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson?

Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers - wie die Welt ihn sah und hoffte - hinter der finsternen Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. (*Rufe: Pfui!*)

Meine Damen und Herren! Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere armen Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern.

Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag (*lebhaftes Zustimmung*); das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! Sechzig Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene



Land zum Gefangenenlager machen!

Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, - ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will. Sie haben nichts vergessen und wohl nur hinzugelernt, was Vernichtung, was Zerstörung heißt.

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen: Deutschland wird, wenn die Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen und Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, - alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren!

Aber das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel - sie werden ihm weggenommen. Deutschland hat Funkstationen - drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden und nur unter Kontrolle der Alliierten! Also heraus aus der Außenwelt und Abschneidung von der Außenwelt! Denn was für Geschäfte zu machen sind unter der Kontrolle des Konkurrenten oder Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden.

### **"Deutschland aus der Welt wegzuradieren"**

Aber noch lange nicht genug: es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmte der Rat der Vier: "Verträge zwischen Feinden gelten als aufgehoben ..., ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt."

Wie sagt Wilson so zutreffend: "Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme am gemeinsamen Vorteil!"

O, ein Grundsatz, den die Entente bis ins kleinste verwirklicht sehen will; denn den Schlußpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradieren, setzt sie durch diese Bestimmungen: "Kriegsmaßnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wiedergutzumachen."

Hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. (*Hört! Hört!*)

Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland zu: ohne Schiffe - denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über -, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kohle, pharmazeutische Artikel und so weiter, - ich frage Sie: Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen?

Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (*Lebhafter Beifall*) Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten? Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht man uns unmöglich.

Und im Inland? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unse-

rer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Zollschatz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung.

Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte, in erster Reihe Bezahlungen für die Verzollungen zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz mit 100 Francs verkauft hat. (*Hört! Hört!*)

Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der Times: "Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden." (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Pfui!)

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: "Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich."

Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man billig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde? Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit der Handbewegung wegstreicht: "Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt und indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen."

Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich und endlich offen den Fuß in den Nacken und den Daumen aufs Aug', - offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind: "Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zu sichern." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört!*)

Und nun genug! Übergenuß!

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Herr Clemenceau gestern unserer Delegation mitteilte, die Entente sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Zurufe*)

### **"Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe"**

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar! (*Minutenlang brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. - Die Versammlung erhebt sich. - Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.*)

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! (*Lebhafte Zustimmung*)

Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung. In den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch - und das ist uns ein Trost in

diesem letzten furchtbarsten Auflodern chauvinistischer Gewaltpolitik -, vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen die Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen werden.

Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. (*Stürmische Bravo und Händeklatschen*) Brüder in Deutsch-Österreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: wir grüßen euch, wir danken euch, und wir halten zu euch! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)

Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in welchen das "deutsche Tier" gesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße, nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern (*lebhafteste Zustimmung*), wenn wir anders denken und fühlen wollten. (*Beifall*)

Stehen Sie uns bei bei der Anbahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde!

Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß verewigt, daß Fluch für immer verankert werde! Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!

Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! (*Lebhafteste Zustimmung*)

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

### **"Das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk"**

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns ein harter sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und zur Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. (*Lebhafter Beifall und Zustimmung*) Solchem Vertrag unsere Unterschrift! Seinen Bestimmungen unsere Treue! Seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit!

Nicht der Krieg, sondern dieser harte, kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! (*Lebhafteste Zustimmung*) Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zu völliger Gesundung führen. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges!

Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.

Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir

wenden uns schauernd von dem jahrelangen Mord.

Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)<<

### **Juni 2009**

**BRD:** Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Juni 2009 über die deutsche Außenpolitik im 20. Jahrhundert (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?**

Es mag auf den ersten Blick befremdlich scheinen, die Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert zu thematisieren. War doch das 20. Jahrhundert für die deutsche Politik und Geschichte von schweren Verwerfungen und Brüchen gekennzeichnet. Kontinuitäten wurden sogar bewußt gebrochen. Am deutlichsten 1945 und danach.

Auffällig ist aber schon die Parallele zwischen der Balkankrise am Anfang des 20. Jahrhunderts, die 1914 mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo den Ersten Weltkrieg auslöste, und der Krise Jugoslawiens am Ende des Jahrhunderts, die zum Zerfall des Balkanstaates führte. 1914 standen auf Seiten Serbiens Großbritannien, Rußland und Frankreich gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn.

Als Jugoslawien 1992-1995 in den Zerfallskriegen auseinanderbrach und Sarajewo von den Serben belagert wurde, standen wiederum Großbritannien, Rußland und Frankreich auf Seiten der Serben, Deutschland und Österreich auf Seiten der Kroaten, Slowenen und Bosnier. Wenige Jahre nach der Wiedervereinigung die gleiche europäische Mächtekonstellation wie 1914! 1992-1995 waren die großen europäischen Mächte ebenso wie 1914 unfähig, den Konflikt zu lösen.

Erst das Eingreifen der USA brachte 1994 die notwendigen Entscheidungen. Lange hatten sich die USA abseits gehalten, da sie davon ausgegangen waren, daß die europäischen Mächte diesen Konflikt "vor ihrer Haustür" in den Griff bekommen würden. Aber sie konnten es nicht. Ohne die USA als außereuropäische Macht hätte der jugoslawische Zerfallskrieg mit Sicherheit weiter geschwelt und länger gedauert. Anders als im Ersten Weltkrieg nahmen die USA 1993/1994 gegen die Serben für die deutsche Position Partei.

Die augenscheinliche Kontinuität der Interessenlage der europäischen Mächte vor 1914 und nach 1990 gibt schon einen ersten Hinweis auf fortdauernde Interessendifferenzen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Mächten. Die Kontinuitätsfrage ist also keineswegs so obsolet, wie sie zunächst scheinen mag, sie verdient eine genaue Analyse.

### **Die Interessen der europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Rußland**

Die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck 1870/1871 fand in einem europäischen Kontext statt, in dem die bestimmenden großen Mächte, Großbritannien, Frankreich und Rußland eine seit Jahrhunderten eingespielte und erprobte Interessenpolitik verfolgt und abgesteckt hatten.

Der Neuankömmling, das Deutsche Reich, mußte seine Rolle erst finden und seine Interessen so definieren, daß sie im Abgleich mit den Interessen der Nachbarn stabile und tragfähige Verhältnisse in Europa ermöglichten. Das war nicht geglückt, wie man weiß.

Die Interessen Großbritanniens können knapp mit der Aufrechterhaltung eines europäischen "Gleichgewichts der Mächte", der "Balance of Power" beschrieben werden. Sie garantierte England die Seeherrschaft und gab ihm die Rolle eines Schiedsrichters und Züngleins an der Waage in den Machtkämpfen auf dem europäischen Kontinent. Stets fand sich London auf der Seite derer, die den Machtzuwachs eines kontinentalen Rivalen und die Erringung einer hegemonialen Vorherrschaft bekämpften.

Das tendenziell hegemoniale Frankreich unter Ludwig XIV wurde ebenso niedergedrungen wie das Kaiserreich Napoleons I ein gutes Jahrhundert später. Die Methode war immer dieselbe:

England suchte und fand sogenannte Festlandsdegen, die die Hauptkämpfe durchzufechten hatten und mit Subsidien und Truppenkontingenten gestützt wurden. England sorgte dafür, daß die tendenzielle Hegemonialmacht sich so weit verzettelte, daß sie geographisch an den Rändern angegriffen und von dort aufgerollt werden konnte.

Wichtig war für London die Herrschaft auf den Weltmeeren als Voraussetzung für den Auf- und Ausbau des Empire, des gigantischen Kolonialreiches, das auszubeuten war und dem Heimatland enorme Reichtümer zuführte. Zum britischen Konzept gehörte auch, an der England gegenüber liegenden Kanalküste keine Präsenz einer starken europäischen Kontinentalmacht zu dulden, die die englische Seeherrschaft beeinträchtigen könnte.

Insgesamt handelt es sich um klare Interessenpositionen, die in Jahrhunderten gegen andere Mächte in erbitterten und langwierigen Kriegen durchgesetzt und siegreich behauptet worden waren. Entsprechend diesen nationalen Interessen wechselten die Briten die Bündnispartner. Auf dem Kontinent entstand dadurch der unzutreffende Eindruck vom "perfiden Albion".

Frankreichs Interessen waren die der stärksten europäischen Kontinentalmacht. Zunächst mußte Frankreich das Haus Habsburg zurückdrängen, das in Europa bis ins 17. Jahrhundert u.a. die Landmassen der österreichischen Erblande einschließlich Böhmen und Mährens, Spanien, das heutige Belgien und jenseits des Atlantik Mittel- und Südamerika beherrschte.

Nach den Wirren der Religionskriege war es Richelieu Anfang des 17. Jahrhunderts gelungen, Frankreich zu zentralisieren und sein inneres Machtgefüge so zu festigen, daß es nach dem Dreißigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden 1648 zur stärksten Kontinentalmacht aufstieg.

Voraussetzung war eine entscheidende Schwächung der Habsburger, die eine Zerstückelung Deutschlands in "souveräne" Einzelstaaten einschloß. Der Habsburger Kaiser konnte in Deutschland nicht die Oberhoheit und dieselbe Zentralisierung durchsetzen, wie sie in Frankreich Richelieu gelungen war. Im Dreißigjährigen Krieg waren die Anläufe der Habsburger Kaiser endgültig gescheitert.

Frankreichs Interesse bestand in der Folgezeit darin, die Kleinstaaterei in Deutschland aufrechtzuerhalten. Die bayrisch-habsburgischen und habsburgisch-preußischen Rivalitäten in Deutschland galt es zu schüren, das Souveränitätsstreben der deutschen Kleinstaaten zu stärken und die Bundesverfassung, sei es in Form des Heiligen Römischen Reich bis Ende des 18. Jahrhunderts und des Deutschen Bundes nach 1815 zu schwächen.

Auf den Weltmeeren rivalisierte Frankreich glück- und erfolglos mit England. England gelang es in den entscheidenden Phasen stets, eine antifranzösische Koalition auf dem Festland zu schmieden, so daß Frankreich seine Kräfte aufspalten und verzetteln mußte. Aufgrund demographischer, kultureller und politischer Faktoren war eine französische kontinentale Hegemonie angelegt und möglich, allerdings blieb sie stets angefochten und konnte nie dauerhaft entfaltet werden. Frankreichs Stellung als stärkste Kontinentalmacht war infolgedessen nur tendenziell hegemonial. Es bedurfte immer besonderer Anstrengungen, um in diesem Spannungsfeld die französischen Interessen zu wahren und gegebenenfalls durchzusetzen.

Rußland war erst verhältnismäßig spät in das europäische Mächtekonkordat eingetreten. Der Durchbruch als östliche Flügelmacht erfolgte mit Zar Peter und Zarin Katharina im 17./18. Jahrhundert, endgültig in den napoleonischen Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Rußland war an einer ungehinderten Ausdehnung seiner Macht auf dem eurasischen Kontinent nach Osten interessiert, der nicht durch europäische Mächte wie Schweden im 17. Jahrhundert oder Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts behindert werden sollte.

Eine potentiell bedrohliche Machtzusammenballung in Mitteleuropa stand im Gegensatz zu russischen Interessen. Vielmehr war Rußland an einer Mittelmacht in Mitteleuropa mit Anlehnungsbedürfnis an Rußland interessiert, die gegebenenfalls russische Interessen wahrnehmen konnte und würde. Diese Macht fand sie in Preußen, das nach der verheerenden Nieder-

lage gegen Napoleon nur aufgrund russischer Unterstützung nicht untergegangen war. Rußland suchte außerdem den offenen Zugang zum Meer in der Ostsee, aber auch über den Bosphorus. Den Anschluß an die technologische Entwicklung in Europa hatte Rußland früh als vital erkannt, blieb jedoch schwankend im Hinblick auf kulturelle Einflüsse.

Das war skizzenhaft dargestellt die Interessenlage der großen europäischen Mächte, die sich im Verlauf der letzten Jahrhunderte nach vielen Kriegen und zahlreichen Friedensschlüssen herausgebildet hatte, als das Deutsche Reich 1870/1871 von Bismarck gegründet wurde. Die Lage war seit dem Wiener Kongreß 1815 bis zur Reichsgründung relativ stabil: Großbritannien beherrschte die Meere und expandierte sein Kolonialreich weltweit, Frankreich war stärkste Kontinentalmacht, Rußland eroberte weite Teile Asiens. Nur an der Grenzlinie zwischen britischem und russischem Einfluß kam es weitab von Europa in Asien zu Streitigkeiten, die im Krim-Krieg gipfelten.

Als das Osmanische Reich schwächer wurde und immer weiter zerfiel, kündigten russische Ambitionen auf dem Balkan und Bosphorus neue Konflikte an. In Deutschland rivalisierten Österreich und Preußen um die Vorherrschaft, Preußen lehnte sich an Rußland an, Österreich-Ungarn fand in Großbritannien Unterstützung. Die deutschen Klein- und Mittelstaaten von Bayern bis Hannover verharren ohne Ambitionen in beschaulicher Ruhe, ihre Existenz war für die Großmächte so etwas wie der Garant für den Status quo.

Alles hätte so bleiben können, wie es war, wäre da nicht der Ehrgeiz der Deutschen gewesen, nun selber auch einen Nationalstaat zu gründen und damit an der allgemeinen europäischen Entwicklung teil zu haben. Die Deutschen waren nicht die einzigen, die an der bestehenden internationalen Ordnung rüttelten. Das gleiche galt für Italien, die Völker Mittel- und Osteuropas und des Balkan. Auch sie strebten nationale Einheit und Unabhängigkeit an.

Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/1871 veränderte die internationale Lage in Europa entscheidend. Frankreich hatte im Verlauf der deutschen Einigungskriege, die auch Italien einbezogen, nicht nur den deutsch-französischen Krieg sondern auch den Status als stärkste Kontinentalmacht verloren. Rußland mußte erkennen, daß das Deutsche Reich kein größeres Preußen war, das im außenpolitischen Orbit von Rußland verharrte, sondern zunehmend eine Politik aus eigenen Interessen verfolgte. Das galt besonders für den Balkan, wo Deutschland den Verbündeten Österreich-Ungarn stützte und sich mit dem Osmanischen Reich liierte, was im Zarenreich mit wachsendem Groll als Behinderung russischer Interessen wahrgenommen wurde.

Großbritannien schließlich hatte schon die deutsche Einigung mit Mißtrauen betrachtet. Deutschland war stärkste Kontinentalmacht geworden - für London prinzipiell ein Grund erhöhter Wachsamkeit und Mißtrauens. Die demographische und wirtschaftliche Dynamik Deutschlands nach 1870/1871 konnte das Mißtrauen nur verstärken, zumal Deutschland auch wirtschaftlich immer mehr als Konkurrent empfunden wurde. Deutschland erreichte eine tendenziell hegemoniale Position, die Flottenrüstung tat ein Übriges.

Es hätte großer und weitsichtiger Staatsmänner bedurft, um Europa in dieser neuen, ungewohnten Lage ohne größere Konflikte und Kriege durch die Krise zu steuern. Nach dem Abgang von Bismarck gab es diese Staatsmänner nicht, nicht in Deutschland, nicht in Paris, nicht in London und auch nicht in St. Petersburg. Großbritannien, Frankreich und Rußland hielten an ihren außenpolitischen Interessen fest, dank denen sie ihre Machstellung erobert und über die Jahrhunderte befestigt hatten. Warum sollten sie ändern, was sich so lange für sie bewährt hatte?

Die Meinung herrschte vor, auch die neuen Interessenkonflikte wie bisher unter Einsatz militärischer Mittel ausfechten zu können. Niemand hatte in den Hauptstädten einen auch nur annähernd realistischen Begriff davon, in welche Katastrophe ein allgemeiner bewaffneter Konflikt Europa stürzen könnte. Nur so ist die europäische Hochrüstung mit ihren Plänen zur Mo-

bilmachung vor 1914 zu verstehen.

Es war ein verhängnisvoller Irrtum, wie man heute weiß. Das Deutsche Reich fühlte sich durch die anderen europäischen Mächte, die eine tendenzielle Hegemonie nicht hinnehmen wollten, "eingekreist". Zu Recht oder zu Unrecht, ist nicht so bedeutsam. Was zählt ist Wahrnehmung - und die war nicht nur falsch. Alle europäischen Großmächte fühlten sich vor 1914 in ihren Interessen herausgefordert und bedroht.

Der Krieg brach 1914 aus. Über die politische Verantwortung kann man streiten. Aber das löst das Problem nicht. Es waren die außenpolitischen Interessenkonflikte, die mit diplomatisch-politischen Mitteln von den zeitgenössischen Staatsmännern nicht mehr beherrscht wurden. Jeder fühlte sich im Recht. Natürlich auch das Deutsche Reich. Der Erste Weltkrieg wurde zur Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Der Krieg dauerte mehr als vier Jahre, Millionen starben auf den Schlachtfeldern. Deutschland verlor schließlich den Krieg. Schlimmer war, daß die deutsche Gesellschaft nach dem Krieg nicht mehr dieselbe war wie zuvor, sie war in ihren Grundfesten erschüttert und zutiefst verunsichert.

Der Versailler Vertrag brachte zudem keinen Frieden, er löste die grundlegenden Probleme nicht. Deutschland begehrte dagegen auf und glaubte, mit militärischen Mitteln das Blatt doch noch einmal wenden zu können. Im Zweiten Weltkrieg zerbrachen diese Ambitionen. Deutschland wurde besiegt, es war die totale Niederlage. Das Land wurde besetzt, in Besatzungszonen aufgeteilt, um ein Viertel bis ein Drittel seines Territoriums amputiert. Deutschland war nach 1945 nur noch ein vager, unbestimmter geographischer Begriff, kein politischer Begriff mehr. Nur unter Bevormundung ausländischer Mächte konnten sich die Deutschen nach der totalen Niederlage 1945 ab 1948/1949 in Teilstaaten organisieren.

Betrachtet man die "Ergebnisse" der zwei Weltkriege für Deutschland, fällt es nicht schwer zu erkennen, daß sie in etwa der Lage vor der Reichsgründung 1870/1871 entsprachen. Es gab wieder zwei Staaten in Deutschland, die Bundesrepublik und die DDR, die miteinander rivalisierten, wie einst Preußen und Österreich.

Im Westen war mit der Bundesrepublik eine Art Rheinbund-Staat wie unter Napoleon I entstanden, in dem die Alliierten, vor allem Frankreich darüber wachten, daß er nicht zentralistisch regiert, sondern so weit wie irgend möglich föderal aufgebaut war. Rußland hatte seinen Einflußbereich wieder nach Mitteleuropa ausgedehnt und mit der DDR eine Art "neues" Preußen geschaffen, das die Anlehnung an Moskau nicht nur suchte sondern existentiell benötigte, wie einst das Preußen der napoleonischen Zeit. Großbritannien hatte den Rivalen, der in eine tendenziell hegemoniale Stellung in Europa hinein zu wachsen drohte, ausgeschaltet.

Insofern kann man die zwei Weltkriege als Kriege zur Wiederherstellung des Status quo ante begreifen, die die deutsche Reichsgründung revidierten. Die Interessen der europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Rußland hatten sich - freilich unter immensen Opfern - wieder durchgesetzt. Alle hätten zufrieden sein können, außer den Deutschen selbst, die ihren Nationalstaat verloren hatten, dem sie aber im Lauf der Jahre immer weniger nachzutrauern schienen.

### **Die deutschen Interessen in der europäischen Machtbalance**

Wie hätte bei der Ausgangslage 1870/1871 deutsche Außenpolitik angelegt werden können, damit der neue Staat sicher durch die Fährnisse der in Jahrhunderten gewachsenen Interessen der mächtigen Nachbarn hätte gesteuert werden können? Bismarck, dem die Probleme durchaus bewußt waren, hat sie auf seine Weise durch ein kompliziertes Bündnissystem zu lösen versucht. Seine Nachfolger waren weniger problembewußt und vertrauten mit zeitlichem Abstand zur Reichsgründung offenbar auf die Kraft des Faktischen.

Das Deutsche Reich war eine Tatsache: es existierte, es würde sich schon behaupten, notfalls mit militärischen Mitteln. Den zeitlichen Rückstand zu den anderen Mächten bei der Aufteilung der Welt suchte man aufzuholen. Den eigenen "Platz an der Sonne" wurde man schon

erringen, wenn man die eigenen Ansprüche nur nachdrücklich genug vertreten würde. Der Aufbau der Kriegsmarine diene diesem Zweck.

Hinzu kam eine optimistische Grundstimmung, eine innere Selbstgewißheit, die mit der dynamischen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung einherging. Wohl bemerkte die deutsche Regierung, daß Deutschland zunehmend diplomatisch isoliert war. Man fühlte sich "eingekreist", fand jedoch keinen Weg aus der Isolierung.

Angesichts der Interessenlage der mächtigen Nachbarn war das auch schwer erreichbar. Frankreich hatte sich mit dem Verlust des Status als stärkste Kontinentalmacht und Elsaß-Lothringens nicht abgefunden und setzte u.a. mit der Finanzierung grenznaher, strategischer Eisenbahnen im Westen des Russischen Reiches fest auf diesen Bündnispartner. Rußland konnte seine Interessen im Balkan nicht durchsetzen, da sie mit Interessen von Österreich-Ungarn kollidierten.

Die Habsburger Monarchie in Wien zog das Deutsche Reich immer tiefer in den Balkanprobleme hinein, die mit der Erosion des Osmanischen Reiches einhergingen. Berlin konnte und wollte diesen letzten europäischen Bundesgenossen nicht verlieren und unterstützte ihn "nolens volens". Der wachsende russische Groll traf dann allerdings Berlin direkt. Großbritannien betrachtete das Deutsche Reich, das im Begriff stand, das Kräftegleichgewicht in Europa zu gefährden und schon aufgrund ökonomischer und demographischer Gegebenheiten in eine tendenziell hegemoniale Stellung hinein wuchs, mit wachsendem Mißtrauen.

Allein durch seine schiere Existenz und seine dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung wurde das Deutsche Reich für die anderen europäischen Großmächte zu einem provozierenden Störfaktor. Auch wenn die deutsche Politik völlig immobil und passiv gewesen wäre, hätte es seltener und überragender diplomatischer Fähigkeiten bedurft, um das wachsende Unbehagen der Nachbarn zu verhindern oder auszugleichen.

Die deutsche Politik verharrte allerdings nicht in Passivität. Die Aufrüstung der Kriegsmarine wurde forciert und in London natürlich als Herausforderung wahrgenommen. Auch suchte das Deutsche Reich just in den Weltregionen Einfluß zu gewinnen, die noch als leere Flecken erschienen, aber nur deshalb, weil sie zwischen Großbritannien und Rußland strittig geblieben und deshalb nicht aufgeteilt worden waren. Das betraf mit dem Osmanischen Reich den Bosphorus, Vorderasien und das Zweistromland (heutiger Irak), sinnfällig geworden durch den Bau der Bagdad-Bahn, aber ebenso Afghanistan. Rußland und vor allem Großbritannien empfanden das als offene Provokation.

Die deutsche Politik verhedderte sich in ihrer Aufholjagd um Macht und Einfluß in der Welt im Gestrüpp der Interessen der anderen europäischen Großmächte. Ein Ausgleich mit Großbritannien über die Flottenrüstung, der in Reichweite schien, wurde in den Wind geschlagen. Auch ungeschickte Äußerungen des deutschen Kaisers Wilhelm II waren wenig hilfreich, wobei letzteres nicht überbewertet werden sollte. Verbale Kraftsprüche gehörten in jener Zeit des europäischen Imperialismus ganz generell zum Repertoire der Politiker und Staatsmänner.

Mit anderen Worten: das Deutsche Reich besaß kein durchdachtes und erprobtes diplomatisches Gerüst, keine außenpolitischen Leitlinien, mit deren Hilfe es wie Großbritannien, Frankreich oder Rußland einen Weg durch die Fährnisse der kollidierenden Interessen in Europa hätte finden können.

Preußen, aus dem die Diplomatie des Deutschen Reiches hervorging, war bis 1870 in Europa zwar nominell Großmacht, war jedoch im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, Rußland und wohl auch Österreich-Ungarn von geringerem Gewicht. Viel Erfahrung im Umgang mit den Interessen anderer Großmächte gab es in Berlin nicht. Preußen hatte sich seit Napoleon I diplomatisch ganz im Fahrwasser Rußlands bewegt. Es hatte nicht gelernt, mit der Macht behutsam umzugehen, weil es das nicht brauchte.

Preußen-Deutschland hätte diese Erfahrung dann allerdings dringend benötigt, denn der



Machtzuwachs Berlins war nach 1870/1871 enorm. Berlins Diplomatie entwickelte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs kein Konzept, wie es die eigenen und die Interessen der anderen Großmächte dauerhaft zu einem Ausgleich bringen konnte. Berlin lernte nicht, die Interessen der anderen Beteiligten bei der Entwicklung der eigenen Politik mitzudenken und zu berücksichtigen.

Letztlich verließ man sich auf die Kraft der Waffen, um den Knoten zu durchschlagen und deutsche Interessen durchzusetzen. Mythisch überhöhtes Vorbild wurde das Preußen Friedrichs II, der sich dank seiner Armee im Siebenjährigen Krieg 1756-1763 gegen eine Welt von Feinden, gegen Frankreich, Rußland und Österreich, drei europäische Großmächte gleichzeitig, behauptet hatte.

Preußen hatte sich unter Friedrich II als "neue" Großmacht etabliert, reichte in der Substanz aber nicht dauerhaft an die traditionellen Großmächte heran. Denn auf militärische Stärke allein war kein Verlaß, wie sich wenige Jahrzehnte später in den napoleonischen Kriegen zeigte. Preußens neue Stellung war trotz der Siege Friedrichs II prekär geblieben. Nur knapp und mit Hilfe russischer Unterstützung hatte Preußen 1806 die Niederlage überlebt.

Daß der militärisch begründete Aufstieg Preußens - vom Großen Kurfürsten, über Friedrich II bis zu Bismarck - einmal abrechen und ein Ende haben könnte, war nicht Bestandteil des preußisch-deutschen Mythos. Der Mythos versperrte den Zugang zur Realität.

### **Erster Weltkrieg**

Die Schuldfrage am Ersten Weltkrieg ist Gegenstand einer ausufernden politisch-wissenschaftlichen Literatur und soll hier nicht erörtert werden. Hier interessiert die deutsche Reaktion auf den Ausbruch des Krieges. Es fehlte die konzeptionelle Klarheit. Sie zeigte sich ganz überwiegend in einer - man kann es nicht anders sagen - "unbekümmerten", weil realitätsfremden Kriegszieldiskussion. Ohne im Einzelnen darauf einzugehen, kann man doch zusammenfassen, daß den meisten Diskussionsbeiträgen die Durchsetzung einer deutschen Hegemonie in Europa vorschwebte.

In der Euphorie des Kriegsbeginns forderten die Kriegszielplaner u.a. im Westen die Annexion Belgiens, eines Teils der französischen Nordseeküste, des Erzbeckens von Lothringen und im Osten die Annexion Kurlands, Teilen Polens etc. Der Phantasie schienen keine Grenzen gesetzt. Von einer klugen, abwägenden, langfristig denkenden und planenden Außenpolitik kann in diesem Zusammenhang keine Rede sein.

Das galt um so mehr als die deutschen Waffen noch keineswegs gesiegt hatten, der "Sieg" vielmehr auf sich warten ließ. Es kennzeichnet den Mangel an diplomatischer Erfahrung, daß solche Gedankenspiele, die zum Teil in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden, überhaupt ins Kraut schießen konnten. Die Diskussion zeugt von der vorherrschenden Unsicherheit hinsichtlich der vitalen Interessen Deutschlands. Die deutsche Politik war auf den Kriegsausbruch gedanklich überhaupt nicht vorbereitet. Man wußte nicht, was man wollte:

Wenn es ein Verteidigungskrieg war, durfte es keine praktisch unkontrollierte Kriegszieldiskussion geben; war es ein Krieg zur Etablierung einer deutschen Hegemonie, dann hätte es vor dem Krieg unbedingt Klarheit über die Kriegsziele geben müssen. Ein Krieg wurde geführt, ja wofür? Es war eine unglaubliche Gedankenlosigkeit, mit der das Deutsche Reich in den Krieg eintrat. Sie spricht allerdings auch gegen eine deutsche Kriegsschuld, es sei denn im Rahmen von Fahrlässigkeit.

Die Auseinandersetzung um einen Ausgleich zwischen berechtigten, existentiellen deutschen und den Interessen der anderen europäischen Großmächte war in Deutschland ausgeblieben. Für die deutschen Kriegsgegner Großbritannien, Frankreich und Rußland war die Lage bei Kriegsausbruch hingegen klar. Ihr überkommenes und in Jahrhunderten erprobtes außenpolitisches Ordnungssystem gab die Leitlinien vor, es bedurfte keiner langen Diskussion. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Punkt eins: Das Deutsche Reich durfte keinesfalls eine faktische Hegemonie in Kontinentaleuropa erringen;

Punkt zwei: es mußte so weit geschwächt werden, daß auch eine tendenzielle kontinentaleuropäische Hegemonie Deutschlands auf Dauer ausgeschlossen blieb;

Punkt drei: vielleicht ergab sich sogar die Möglichkeit, das Deutsche Reich, das noch nicht einmal ein halbes Jahrhundert existierte, als Störfaktor ganz auszuschalten und wieder zu zerschlagen.

Eine Kriegszieldiskussion war folgerichtig nicht nötig und fand auch nur marginal statt. In Deutschland wurde nicht gesehen, wie kritisch die Lage 1914 für das Deutsche Reich war. Vor allem die Rolle Londons wurde im anstehenden Konflikt völlig falsch eingeschätzt. Daß England der Hauptgegner war und für deutsche Waffen unangreifbar auf den britischen Inseln selbst nach der Niederlage kontinentaleuropäischer Verbündeter weiterkämpfen würde, wurde in seinen Konsequenzen nicht gesehen.

Einer fiel in Deutschland 1914 aus dem Rahmen: Walther Rathenau (1867-1922), der Aufsichtsratsvorsitzende der AEG, eines der größten und wichtigsten deutschen Industrieunternehmen. Als Außenminister der Weimarer Republik sollte er einige Jahre später am 24. Juni 1922 einem rechtsradikalen Attentat zum Opfer fallen. Während die überwältigende Mehrheit der deutschen Zeitgenossen, auch in den führenden politischen Kreisen, den Krieg als erlösendes Ereignis begrüßten, sah Rathenau in dem Krieg nüchtern ein Verhängnis.

Er hielt den Krieg von Anfang an für eine aus falscher Einschätzung der Gesamtlage mit unzureichenden Gründen und letztlich unbedeutendem Anlaß herbeigeführte Katastrophe. Gegenüber dem linksliberalen Reichstagsabgeordneten Conrad Haußmann sagte er im Herbst 1914:

"Wissen Sie, Herr Haußmann, warum wir diesen Krieg führen? Ich weiß es nicht, sagen Sie es mir. Was soll dabei herauskommen?" (Conrad Haußmann, Schlaglichter, 13 - zit. nach Lothar Gall, Walther Rathenau. Porträt einer Epoche, Beck, München 2009, 184).

Da das Unglück nun mal eingetreten war, verweigerte Rathenau sich nicht und stellte seine organisatorischen Fähigkeiten und exzellenten Beziehungen in der Wirtschaft dem Kriegsministerium als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung zur Verfügung. Diese kriegswichtige, wenn nicht kriegsentscheidende Abteilung war auf seinen Vorschlag hin eingerichtet worden. Rathenau wurde damit de facto zum Organisator der deutschen Kriegswirtschaft. Gleichzeitig suchte er dem Krieg aus den deutschen Interessen heraus einen Sinn zu geben, den er in der deutschen Selbstbehauptung und einer kompletten Umgestaltung der Verhältnisse in Europa sah.

Die von Rathenau vorgeschlagene Umgestaltung war für seine Zeit geradezu revolutionär. Wo andere nach Kriegsbeginn eine faktische deutsche Hegemonie mit der Kraft der Waffen herstellen wollten und für weit reichende Annexionen eintraten, schlug Rathenau in seinen Beiträgen zur Kriegszieldiskussion eine Zollunion mit Österreich-Ungarn sowie einen baldigen Friedensschluß und eine Zollunion mit Frankreich und Belgien vor.

Also keine Annexionen sondern Ausgleich der Interessen auf wirtschaftlicher Grundlage. Er machte diesen Vorschlag auf dem Höhepunkt der deutschen Siegeszuversicht - die Marne-schlacht war noch nicht geschlagen und verloren. Frankreich sollte ein Frieden gewährt werden, der ein späteres Bündnis nicht nur nicht ausschloß sondern ihm den Boden bereitete.

Vorbild war der Friede, den Bismarck 1866 mit Österreich geschlossen hatte. Für Rathenau kam es darauf an, Kontinentaleuropa neu zu ordnen. Die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft mit Frankreich und Belgien würde Grenzstreitigkeiten relativieren und einen dauerhaften Frieden gewährleisten. Die Verfolgung gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Interessen und Ziele wäre die Voraussetzung für eine Neugestaltung Europas.

Die politische Klarsicht Rathenaus war bemerkenswert. Bei Kriegsausbruch gab es keine vita-

len deutschen Interessen, die so bedroht waren, daß sie einen Kriegseintritt gerechtfertigt hätten. Im Balkan hatte Deutschland diese Interessen nicht. Außer durch einen generellen Krieg war das Deutsche Reich auch 40 Jahre nach der Gründung in seiner Existenz nicht bedroht. Die dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung bestätigte und bekräftigte seinen Bestand. Das Streben nach faktischer Hegemonie war mehr als riskant und würde in einen allgemeinen Krieg mit unabsehbaren Folgen münden - wie es dann auch geschah.

Rathenau ging davon aus, daß England auch nach der Niederlage Frankreichs weiter kämpfen werde (vgl. Gall, 185, Anm. 21). Eine Einschätzung die richtiger nicht sein konnte, wie wir heute im Rückblick auch auf das Jahr 1940 und den Zweiten Weltkrieg wissen. Rathenau hat ebenfalls realistisch eingeschätzt, wie ein Ausgleich mit Frankreich unter Einschluß Belgiens auf wirtschaftlicher Basis zustande kommen könnte.

Er hat gedanklich die kleine EWG von 1957, die Vorläuferin der Europäischen Union, vorweg genommen. Er hat das Interessengeflecht durchdacht, das dem neu gegründeten deutschen Nationalstaat eine sichere Existenz und Entfaltungsmöglichkeiten geben konnte. Seine Vorschläge wurden von der deutschen politischen Führung, insbesondere Reichskanzler Bethmann-Hollweg angehört, aber verworfen.

Rußland hatte in Rathenaus frühen Denkschriften von 1914 noch keine Rolle gespielt. Die AEG hatte mit der Gründung einer Tochterfirma in Rußland schon vor Kriegsbeginn bedeutende wirtschaftliche Interessen verfolgt. 1915 trat Rußland in den Vordergrund von Rathenaus Interesse. Er wollte London und vor allem Paris als Finanzier und Kreditgeber Rußlands ablösen und Rußland ökonomisch fest in das deutsche Interessengebiet einbeziehen. Rathenau: "Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet ..." (Boris Grekow, "Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet").

Walther Rathenau und Rußland zwischen 1914 und 1922, in: Walter Rathenau 1867-1922, Hg. Hans Wilderotter, Berlin 1994, S. 204). Voraussetzung war eine Herauslösung des Zarenreiches aus der Kriegsallianz gegen Deutschland und eine Sprengung der Entente. Dieser Frage war nach Rathenau alles Übrige unterzuordnen, was auch den Verzicht auf Annexionen beinhaltete.

In Brest-Litowsk schlossen am 3. März 1918 das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn mit der jungen Sowjetmacht einen Separatfrieden. Brest-Litowsk sah u.a. die Herauslösung Finnlands, Polens, der Ukraine und Teile des Baltikums aus dem russischen Staatsverband vor. Finnland und die Ukraine wurden unabhängig. Auch Georgien erlebte im Zusammenhang mit einem Zusatzabkommen eine kurze Phase der Unabhängigkeit.

In Brest-Litowsk hatten sich die deutsche Oberste Heeresleitung und die extremen Vertreter deutscher Kriegsziele durchgesetzt. Unter Protest unterzeichneten die Bolschewiki den Vertrag, weil sie andernfalls um den Bestand der jungen Sowjetrepublik fürchteten. Eine Revision des Vertrages hielt Rathenau "aus politischen Gründen" für "absolut notwendig" (ebd. S. 206). Rathenaus Forderung nach einer Revision war mit keinerlei Sympathie für die russische Oktoberrevolution verknüpft, wiederholt hatte er vor der Gefahr einer 'Bolschewisierung' Deutschlands gewarnt.

Die deutsche Niederlage im Herbst 1918 ließ den Vertrag von Brest-Litowsk Makulatur werden. Im Februar 1920 kam Rathenau erneut auf seinen Plan einer engen politischen und wirtschaftlichen Verbindung zwischen Deutschland und Rußland zurück und forderte mit einer Reihe von Vertretern der deutschen Industrie die "Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjet-Rußland" (ebd. S. 207). Mit dem Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922, den Rathenau als Außenminister unterzeichnete, verfolgte er diese Linie weiter.

Während des Ersten Weltkriegs drang Rathenau mit seinen Vorstellungen nicht durch. Die weitere Entwicklung ist bekannt. Stichworte können genügen. Deutschland verlor den Ersten Weltkrieg. Im Versailler Vertrag von 1919 wurde Deutschland so geschwächt, daß - so die

Absicht der Entente-Mächte - eine tendenzielle deutsche Hegemonie in Kontinentaleuropa auf überschaubare Zeit ausgeschlossen war.

Eine Zerschlagung des Deutschen Reiches war 1918/1919 unmöglich, weil der russische Kriegsalliierte durch die Revolution ausgefallen war. Die deutsche Politik begann schon in den zwanziger Jahren an der Revision von Versailles zu arbeiten. Im Dritten Reich mündete diese Politik in den Zweiten Weltkrieg.

Deutschland wurde 1945 besiegt, besetzt, amputiert, und in zwei Staaten (und wenn man so will, mit Österreich in drei Staaten) zerschlagen. Ausländische Truppen blieben bis in die neunziger Jahre in Deutschland stationiert, im Westen Deutschlands bis heute. Deutschland war nach 1945 wieder, wie nach dem Westfälischen Frieden 1648 bis 1870/1871, potentiell Schlachtfeld. In einem Ost-West-Konflikt, wenn er denn ausbrach, war Deutschland als "Kriegstheater" (NATO-Jargon) vorgesehen.

Atomraketen der Sowjetunion, der USA, aber auch Frankreichs waren auf deutsches Territorium gerichtet. Ein militärischer Konflikt sollte, soweit möglich, auf Deutschland (und kleinere Nachbarländer) eingegrenzt werden. Der Streit um die Nachrüstung (SS 20, Pershing II) Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts drehte sich nicht zuletzt um diese Frage.

Diese drastische Darstellung ist notwendig, um deutlich zu machen, um welche Entscheidungen es 1914 eigentlich ging. 1914 begann von deutscher Seite ein kopfloser Krieg, der mit einer Art Wiederholungszwang im Zweiten Weltkrieg 1945 endete. Dem jungen deutschen Nationalstaat war es nicht gelungen, sich in das europäische Mächtesystem einzupassen, einzuordnen, sich mit den Nachbarn so zu arrangieren, daß sie sich mit diesem neuen Machtfaktor abfanden, ihn hinnahmen, dauerhaft akzeptierten.

Nun wäre es verfehlt, dieses Manko allein dem Deutschen Reich zur Last zu legen. Die wechselseitige Akzeptanz neuer Machtverhältnisse ist ein Prozeß, der auch das Verantwortungsbeußtsein der anderen Großmächte mit einfordert und stets Zeit in Anspruch nimmt. Notwendig wäre ein Zusammenspiel gewesen. Die Deutschen orientierten sich am mythischen Vorbild des preußischen Staates, der unter Friedrich II sein Überleben, seinen Aufstieg und die Akzeptanz der anderen Mächte mit militärischen Mitteln erreicht hatte. Es war freilich eine Fehleinschätzung, die das Preußen Friedrich II mit dem Deutschen Reich Bismarcks gleichsetzte. Preußen hatte unter Friedrich II das europäische Machtgefüge nur modifiziert, nicht gesprengt. Das Deutsche Reich von 1870/1871 stellte es in Frage.

Die traditionellen europäischen Mächte, England, Frankreich, Rußland hielten an ihren in Jahrhunderten erkämpften und bewährten Machtinteressen fest. Das multipolare Machtgefüge Europas geriet damit aus den Fugen. Die Mächte fielen auf die traditionelle Form der Krisenbewältigung durch Krieg zurück. Über die verheerenden Konsequenzen war man sich 1914 nicht im Klaren. Europa verlor in den folgenden Kriegen seine Weltstellung.

### **Kontinuitäten**

Vor diesem historischen Hintergrund ist die Wiedererlangung der deutschen Einheit 1989/1990 keine Selbstverständlichkeit. War im Ersten Weltkrieg in den Köpfen der Deutschen angesichts der fast bis Kriegsende 1918 vorherrschenden Siegeszuversicht die Gefahr einer Zerschlagung des deutschen Nationalstaats kaum präsent gewesen, so schlug sie im Zweiten Weltkrieg spätestens nach Stalingrad 1943 als drohendes "finis Germaniae" voll durch und wurde 1945 bis 1989/1990 Realität.

1989/1990 konnte das kurze Zeitfenster genutzt und die staatliche Einheit Deutschlands unter den einmalig günstigen Umständen wieder hergestellt werden. Die friedliche Revolution der ostdeutschen Bevölkerung von 1989 schuf eine Voraussetzung. Allein entscheidend war sie aber nicht. Die außenpolitischen Kontinuitäten und Interessendifferenzen traten offen zutage. Die deutsche Einheit war kein Selbstläufer, es gab Widerstände.

Vor allem von britischer Seite. Frau Thatcher tat so ziemlich alles, was in ihrer Macht stand,

um die Wiedervereinigung zu verhindern. Frankreichs Präsident handelte hinter den Kulissen ebenso. Noch in letzter Minute versuchte er u.a. mit einer Reise nach Kiew und einem dortigen Treffen mit Kreml-Chef Gorbatschow den Lauf der Dinge zu bremsen, um Zeit zu gewinnen und die Entwicklung zu steuern. Allerdings fehlte den ehemaligen Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich wie 1918/1919 der Partner im Osten.

Wie Ende des Ersten Weltkriegs war Rußland handlungsunfähig. 1917 hatte die russische Revolution für einige Jahre ein Machtvakuum verursacht. Siebzig Jahre später begann die Sowjetunion ab 1987/1988 zu erodieren und implodierte Anfang der 90er Jahre völlig. Moskau war in dieser Situation nicht imstande und nicht mehr willens, die Entwicklung in Mitteleuropa zu steuern oder aufzuhalten. Rußland zog sich nach der Überspannung und Überbeanspruchung seiner Kräfte in der Sowjetzeit freiwillig hinter seine Grenzen zurück.

Ausschlaggebend für den Erfolg des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung waren die USA. Die Weltlage hatte sich seit 1914 in der Tat dramatisch verändert. Die europäischen Mächte waren nicht mehr allein Herr der Entscheidungen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die USA mit ihrem Kriegseintritt 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang zugunsten der Entente gegeben. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie im Westen absolut dominant und die Briten sahen sich gezwungen, der US-Politik als Juniorpartner zu folgen. Nach 1945 entstand ein Patt zwischen den USA und der Sowjetunion, das bis 1989/1990 hielt.

Die USA wurden mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion alleinige Weltmacht, eine Situation, die sie tatkräftig zur Zurückdrängung Rußlands nutzten. Im Kontext dieser Entwicklung sahen die USA die Möglichkeit, ihre Interessen über die deutsche Wiedervereinigung zu fördern. Der Gleichklang deutscher und amerikanischer Interessen in Europa war für beide von Nutzen.

Dasselbe galt für den Balkan beim Verfallsprozeß Jugoslawiens. Großbritannien und Frankreich mußten hinnehmen, daß nicht nur die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, die sog. Nachkriegsordnung von 1945 aufgelöst wurde. Mit Jugoslawien zerbrach auch ein wichtiger Teil der Versailler Nachkriegsordnung von 1919. Für Regierungen, die wie Frankreich und Großbritannien ihre Außenpolitik nicht kurzatmig sondern langfristig ausrichten, war diese Entwicklung ein Schlag ins Gesicht.

Gemildert, wenn auch nicht völlig entschärft, wurden die Interessendifferenzen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und seinen westlichen Nachbarn durch die Europäische Union. Seit der Gründung der Montan-Union 1951/1952 und den Römischen Verträgen von 1957 war Westeuropa ökonomisch zusammengewachsen und hatte - wie Rathenau 1914 richtig erwartet hatte - gemeinsame wirtschaftliche Interessen entwickelt.

Die Europäische Union hielt der Belastungsprobe der Umbruchjahre 1989/1990 stand. Ein vielfältiges Beziehungsgeflecht und eine tatkräftige Europapolitik verhinderten Widerstände gegen die deutsche Einheit, wozu es nicht nur aus London und Paris sondern etwa auch aus den Niederlanden und Italien Ansätze gab.

Der gemeinsame Auf- und Ausbau Europas richtete den Blick auf die Zukunft und dämpfte Befürchtungen, die aus der Vergangenheit kamen. Dazu gehörte die Einführung der gemeinsamen Währung. Auch war Deutschlands Dynamik im Vergleich zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr dieselbe.

Die zwei verlorenen Weltkriege hatten deutsches Selbstbewußtsein gekostet. Die demographische Entwicklung war im Gegensatz zur Zeit vor 1914 seit 1970 negativ, was auf längere Sicht zu einem Abbruch der ökonomischen Dynamik führen mußte und geführt hat. Deutschland war im europäischen Sinne "domestiziert". Die Kurzformel lautete: kein "deutsches Europa" sondern ein "europäisches Deutschland".

Der Kriegsbeginn 1914 hatte die mangelnde Kongruenz des deutschen Nationalstaats mit dem europäischen Machtgefüge freigelegt, wie es sich seit dem Westfälischen Frieden 1648 her-

ausgebildet hatte. In Ansätzen war eine Lösung von Rathenau erkannt und vorgeschlagen worden. Gegenüber der Vorstellung eines militärischen Durchhauens des Knotens nach preußischem Vorbild konnte sich Rathenau während des Ersten Weltkriegs nicht durchsetzen. Es bedurfte zweier Kriege und der glücklichen Umstände von 1989/1990, um zu einer für Europa und Deutschland verträglichen Lösung zu kommen. Die Kontinuität deutscher Interessen, wie sie Rathenau bereits zu Beginn des Ersten Weltkriegs formulierte, kam 1989/1990 voll zur Entfaltung.

### **Deutsche Interessen nach 1990**

Ein innereuropäischer Interessenausgleich wäre 1989/1990 nicht möglich gewesen ohne die USA. Die Interessen und der Einfluß der USA überlagerten seit Ende des Zweiten Weltkriegs das alt-europäische Machtgefüge.

Europa hatte seine beherrschende Weltstellung verloren. Gleichwohl gilt, daß Deutschland in der Kontinuität der großen Linien der Interessendefinition von Walther Rathenau steht: wirtschaftlicher und politischer Ausgleich im Westen mit Frankreich, wirtschaftliche und damit politische Integration Europas und enge wirtschaftliche Kooperation mit Rußland. Das entscheidende Novum ist der Einfluß der außereuropäischen Macht der USA in Europa, der nach dem Zerfall der Sowjetunion noch deutlicher wurde.

Deutsche Politik ist gut beraten, die Interessenkongruenz deutscher und US-amerikanischer Interessen in Europa im Auge zu behalten und zu erhalten. Der Fehler, den deutsche Politik Ende des 19. Jahrhunderts machte, als sie den Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich nicht verlängerte und damit die russische Unterstützung oder zumindest Neutralität gegen wachsende russische Feindseligkeit eintauschte, darf gut hundert Jahre später nicht gegenüber den USA wiederholt werden.

Es wird, wie im Irak-Krieg 2003, immer wieder unterschiedliche politische Einschätzungen geben. Den deutsch-amerikanischen Grundkonsens sollte aber deutsche Außenpolitik nicht in Frage stellen. Der Schaden für Europa wäre groß. Die Spaltung in "neues" und "altes" Europa von 2003 wäre dann der Vorbote für kommende Zwistigkeiten, die das Projekt Europa zurückwerfen.

Die Beziehungen zu Rußland bleiben für Deutschland von vitalem Interesse. Das legen schon historische Erfahrungen nachdrücklich nahe. Rathenau hatte den Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 kritisiert, bei dem sich die deutsche Oberste Heeresleitung im Verein mit Vertretern radikaler Kriegsziele gegenüber der jungen Sowjetmacht durchgesetzt hatte. Betrachtet man die heutige Lage aus den Sicht Moskaus, so bemerkt man unschwer, daß sie derjenigen von Brest-Litowsk 1918 sehr nahe kommt. Die baltischen Staaten, die Ukraine, Georgien sind als unabhängige Staaten wiederum aus dem russischen Staatsverband heraus gelöst, Finnland und Polen seit 1919 ohnehin.

Rußland ist weit zurückgedrängt. Es beklagt - ähnlich wie das Deutsche Reich nach dem Versailler Vertrag 1919 im Hinblick die Millionen Deutschen in den abgetrennten Gebieten -, daß nunmehr Millionen Russen außerhalb der eigenen Grenzen leben. Allerdings ist dies nicht die Folge eines Diktatfriedens wie in Brest-Litowsk, sondern der freiwilligen Selbstauflösung der Sowjetunion.

Wer mit Rußland langfristig tragfähige Beziehungen pflegen will, sollte dennoch dieses politische Umfeld immer präsent haben. Für die deutsche Politik gilt, daß enge wirtschaftliche Kooperationen mit Rußland, wie sie schon Rathenau gefordert hatte, helfen können. Auch die Frage einer Ausdehnung der NATO und US-amerikanischer Präsenz in Osteuropa ist in diesem Kontext zu sehen und zu bewerten.

Eine Dauerlösung sind entscheidender Einfluß und Präsenz der USA in Europa nicht. Es muß Ziel der Europäer sein, die Probleme in Europa selbst zu lösen. Nach Außen und nach Innen stabilisierend wird der Auf- und Ausbau der Europäischen Union wirken, die über die Öko-

nomie hinaus zu einem handlungsfähigen Subjekt der internationalen Politik in der entstehenden multipolaren Welt werden muß. In dem Maße wie das gelingt, kann sich Europa von den USA emanzipieren, können die USA in Europa entlastet werden.

Die überkommenen Probleme aus der Vergangenheit, wie das deutsche Verhältnis zu Großbritannien und das deutsche Sonderverhältnis zu Rußland können mit Hilfe der engen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs gemeinsam europäisiert werden. Es bleibt eine Herausforderung, nichts ist selbstverständlich. Das gilt auch für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die nie einfach war und es voraussichtlich auch in Zukunft nicht sein wird. Die Bildung neuer gemeinsamer Interessen der Europäer schwebte Rathenau vor. Diese Kontinuitätslinie deutscher Politik ergibt sich aus der Katastrophe von 1914.<<

**18.07.2009**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 2009 (x887/...): >>Tod und Elend auf den Rheinwiesen

Über eine Million Deutsche vegetierten im Sommer 1945 in US-Lagern - Jahrzehntlang tabuisiert

Zwischen März und Mai 1945 gerieten über drei Millionen deutsche Soldaten in US-amerikanische Gefangenschaft. Die Hoffnung, besser behandelt zu werden als im Osten, erfüllte sich bei weitem nicht für alle. Die Schrecken der Rheinwiesenlager sind bis heute nicht vollständig erforscht.

3,4 Millionen deutsche Soldaten waren nach dem 8. Mai 1945 in US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft, manche waren schon im Herbst 1944 in US-Gewahrsam gekommen, weitere 250.000 im Januar 1945 nach dem Scheitern der Ardennen-Offensive. Als am 21. April der Ruhrkessel kapitulierte, nahmen die US-Truppen weitere 325.000 Deutsche gefangen. Statt diese vielen Gefangenen ordnungsgemäß unterzubringen und zu verpflegen, wurden sie in improvisierte Lager entlang des Rheins verbracht, die dort seit März auf Weisung von General Dwight Eisenhower eingerichtet wurden.

Deren Schema war simpel: In der Nähe von Dörfern mit Bahnanschluß wurden auf freiem Feld mit Stacheldraht je zehn bis 20 Lagerbereiche für jeweils bis zu 10.000 Mann abgegrenzt. Das Wort "Lager" ist indes bereits eine Beschönigung, weil noch nicht einmal Baracken existierten. Angrenzende Gebäude dienten zur Verwaltung der Camps, anfänglich existierten vielfach weder Latrinen noch Krankenreviere. Da die Gefangenen zu allem Übel auch noch ihre Feldausrüstung abgeben mußten, konnten die meisten der Unglücklichen noch nicht einmal Zelte errichten, sondern vegetierten in Erdlöchern unter freiem Himmel.

Laut verbindlichem Völkerrecht müssen Kriegsgefangene alsbald nach dem Ende der Kampfhandlungen entlassen werden. Nur wenn im Einzelfall der begründete Verdacht auf Mitwirkung an Kriegsverbrechen besteht, kann die Haft fort dauern, die dann aber eher einer normalen Untersuchungshaft entspricht. Der ganze Sinn und die einzige Rechtfertigung der Kriegsgefangenschaft besteht schließlich darin, die entwaffneten feindlichen Soldaten an der Wiederaufnahme des Kampfes zu hindern. Kriegsgefangenschaft nach Kriegsende ist darum ein Widerspruch in sich.

Man kann in der Tat davon ausgehen, daß fast alle Gefangenen des Ruhrkessels die 17 Tage bis zum Kriegsende auch bei minimaler Verpflegung und unter freiem Himmel überlebt hätten. Der massive Völkerrechtsverstoß besteht darin, daß die US-Verantwortlichen nicht nur bei weitem nicht alle Kriegsgefangenen bald nach dem 8. Mai entließen, sondern sogar noch bis Juni 1945 neue Rheinwiesenlager einrichteten. Insgesamt 18 gab es im Sommer 1945, drei davon lagen auf dem Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalens, eines bei Heilbronn (es war zugleich das einzige, das nicht im Wortsinne ein "Rhein"-Wiesenlager war), die übrigen 14 im Gebiet des späteren Rheinland-Pfalz.

Nur sehr zögernd besserten sich die katastrophalen Lebensverhältnisse. Manche Lager erhiel-

ten erst im Juni überhaupt Latrinen, Küchen und Krankenreviere. Bis zu diesem Zeitpunkt waren schon viele Tausende der über eine Million Insassen dieser Lager elend an Hunger und Seuchen zugrunde gegangen.

Am 12. Juni übergaben die US-Verantwortlichen das Kommando der Lager im Gebiet der britischen Zone an die Briten, bis 12. Juli wurden weitere Lager den Franzosen überstellt. Diese entließen die meisten arbeitsunfähigen Gefangenen und verbrachten die übrigen als "lebende Reparationen" zur Zwangsarbeit nach Frankreich - Juristen qualifizieren auch das als klaren Völkerrechtsverstoß, zumal viele dort lebensgefährliche Arbeiten tun mußten, etwa beim Minenräumen.

Als fatal erwies sich für die Insassen der Rheinwiesenlager, daß die USA ihnen vielfach den Status als Kriegsgefangene rundheraus verweigerten, sondern die Deutschen als "Disarmed Enemy Forces" (DEF) einstufte. Ihnen meinte man mit dieser Einstufung den Schutz der einschlägigen Genfer Konvention von 1929 vorenthalten zu können, was um so fragwürdiger ist, als der DEF-Status (dem im britischen Verantwortungsbereich der Status des Surrendered Enemy Personal/SEP entsprach) erst nach dem 8. Mai 1945 erfunden wurde.

Bis heute sind etliche Fragen über die Rheinwiesenlager ungeklärt. Das betrifft zuallererst die Zahl der Umgekommenen. Die Spannweite der Behauptungen und Schätzungen ist hier bezeichnenderweise noch größer als im Falle "Dresden". Offiziell etwa 5.000 Tote konzedieren die USA, von 5.000 bis maximal 10.000 spricht die offiziöse bundesdeutsche Geschichtsschreibung.

Am oberen Ende der Skala steht der kanadische Autor James Bacque, der von mindestens 800.000 Toten spricht. Diese enorme Zahl würde freilich eine gravierende Manipulation bei den Vermißtenangaben erfordern. Tatsächlich behauptet Bacque, vereinfacht gesagt, daß rund eine Million angeblich im Osten vermißter deutscher Landser in Wirklichkeit im Westen, zu meist eben in diesen Lagern, ums Leben gekommen sei.

Diese Argumentation hat sich nicht durchsetzen können, dennoch halten viele Autoren, darunter die Militärhistoriker Franz W. Seidler und Alfred de Zayas die offiziellen Verlustzahlen für viel zu niedrig - immerhin gibt es Berichte von Überlebenden, wonach in einzelnen Lagern auf dem Höhepunkt des Elends mehrere Hundert Gefangene täglich starben. Die beiden Historiker sprechen darum von Gesamtverlusten in der Größenordnung von 50.000 bis 100.000 Menschenleben.

Daß im Bereich der Rheinwiesenlager offenbar bis heute keine Exhumierungen vorgenommen werden dürfen, hat zur Unklarheit beigetragen und auch Spekulationen Vorschub geleistet.<<  
**26.07.2009**

**BRD: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 26. Juli 2009 (x1.077/...): >>Klimawandel: Offener Brief an Kanzlerin Merkel - "Temperaturmessungen ab 1701 widerlegen anthropogen verursachte Temperaturschwankungen"**

Gepostet von *Ewert, Limburg*

Betrifft: Klimawandel - ein offener Brief

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,

aus der Geschichte können wir lernen, daß oft der Zeitgeist die Entwicklung der Gesellschaften bestimmt hat; mancher hatte schlimme oder gar schreckliche Auswirkungen. Die Geschichte lehrt uns auch, daß politisch Verantwortliche nicht selten verhängnisvolle Entscheidungen getroffen haben, weil sie inkompetenten oder ideologisierten Beratern gefolgt sind, und das nicht rechtzeitig erkannten. Außerdem lehrt uns die Evolution, daß die Entwicklung zwar viele Wege beschreitet, die meisten aber in Sackgassen enden. Keine Epoche ist vor Wiederholungen gefeit.

Politiker suchen zu Beginn ihrer Laufbahn ein Thema, mit dem sie sich profilieren können. Als Umweltministerin haben Sie das verständlicherweise auch getan. Sie haben den Klima-



wandel entdeckt, und er wurde Ihnen zur Herzensangelegenheit. Dabei ist Ihnen ein folgenschwerer Fehler unterlaufen, was angesichts dieses Metiers gerade Ihnen als Physikerin nicht hätte passieren dürfen.

Sie haben den Klimawandel als menschengemacht anerkannt und teure Strategien zur Vermeidung des sogenannten Treibhausgases CO<sub>2</sub> als Handlungsmaxime verinnerlicht, ohne vorher in wirklich kontroversen Diskussionen prüfen zu lassen, ob auch die früheren Temperaturmessungen und viele weitere relevante Klimafakten diese Annahme überhaupt rechtfertigen. Tatsächlich tun sie es nicht!

Bei einer umfassenden Prüfung, die wegen der Bedeutung für uns alle zwingend erforderlich gewesen wäre, hätte sich schon vor der Gründung des IPCC gezeigt, daß wir keine CO<sub>2</sub>-kausal begründbare globale Erwärmung haben, sondern periodische Temperaturschwankungen normalen Ausmaßes. Dementsprechend hat sich die Atmosphäre seit 1998 - also seit 10 Jahren - nicht weiter erwärmt und seit 2003 wird es sogar wieder deutlich kühler. Keines der teuren Klimamodelle hat diese Abkühlung prognostiziert. Laut IPCC hätte es weiter und unvermindert wärmer werden müssen.

Aber, was wichtiger ist, anthropogenes CO<sub>2</sub> spielt dabei keinerlei erkennbare Rolle. Der vom CO<sub>2</sub> absorbierbare Strahlungsanteil ist bereits durch die gegenwärtige Konzentration nahezu ausgeschöpft. Selbst wenn CO<sub>2</sub> eine Wirkung hätte und alle fossilen Brennstoffvorräte verbrannt würden, bliebe die zusätzliche Erwärmung langfristig auf den Bereich von Zehntelgraden beschränkt.

Das IPCC hätte diesen Sachverhalt auch feststellen müssen, hat jedoch bei seiner Arbeit 160 Jahre Temperaturmessungen und 150 Jahre CO<sub>2</sub>-Bestimmungen außer Acht gelassen und damit jeden Anspruch auf Wissenschaftlichkeit verloren. Die wesentlichen Aussagen zu diesem Thema sind als Kernaussagen beigefügt.

Inzwischen wurde die Überzeugung vom Klimawandel und dessen menschlicher Urheber-schaft zu einer Pseudoreligion entwickelt. Ihre Verfechter stellen nüchtern und sachbezogen analysierende Realisten, zu denen ein Großteil der internationalen Wissenschaftlerelite gehört, bedenkenlos an den Pranger. Im Internet findet man zum Glück zahlreiche Arbeiten, die detailliert nachweisen, daß es keinen durch anthropogenes CO<sub>2</sub> verursachten Klimawandel gibt. Gäbe es das Internet nicht, könnten sich die Klimarealistens kaum Gehör verschaffen, denn ihre kritischen Beiträge werden nur noch selten veröffentlicht.

Die deutschen Medien nehmen in der Ablehnung solcher Beiträge einen traurigen Spitzenplatz ein. Beispiel: Im März diesen Jahres fand in New York die 2. Internationale Klimakonferenz der Klimarealistens statt. An dieser wichtigen Konferenz nahmen ca. 800 führende Wissenschaftler teil, darunter viele der weltbesten Klimatologen bzw. Fachleute verwandter Disziplinen.

Während die US-Medien und hier nur die Wiener Zeitung ausführlich darüber berichteten, haben bei uns Presse, Fernsehen und Radio geschwiegen. Es ist bitter, feststellen zu müssen, wie sich unsere Medien weiterentwickelt haben: In früheren Diktaturen wurde ihnen mitgeteilt, was nicht berichtenswert sei, heutzutage wissen sie es leider ohne Anweisungen.

Meinen Sie nicht auch, daß Wissenschaft nicht nur die Suche nach der Bestätigung einer These ist, sondern vor allem die Prüfung, ob das Gegenteil die Realitäten besser erklärt? Wir ersuchen Sie daher, Frau Dr. Merkel, Ihre Position zu diesem Komplex gründlich zu überdenken und ein vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) unabhängiges ideologiefreies Gremium einzuberufen, in dem kontroverse Argumente offen ausgetragen werden können. Wir Unterzeichner wollen hierzu gerne unsere Hilfe anbieten.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen  
Prof. Dr.rer.nat. Friedrich-Karl Ewert - EIKE

Diplom-Geologe. Universität - GH - Paderborn, Abt. Höxter (ret.)

Dr. Holger Thuß - EIKE, Präsident Europäisches Institut für Klima und Energie  
<http://www.eike-klima-energie.eu/> ...

### **Bemerkungen**

*Friedhelm Wegner* am 31. August 2012 ...

In den letzten 100 Jahren ist der Kohlendioxidgehalt der Luft von ca. 0,035 Volumprozent auf ca. 0,039 Volumprozent im Jahr 2012 gestiegen. Die Erderwärmung hat ebenfalls geringfügig zugenommen und z.B. dadurch das Abschmelzen von Gletschern verursacht. In den letzten 10 Jahren hat der Ausstoß von Kohlendioxid in die Luft erheblich zugenommen, eine erhöhte Erwärmung der Erdatmosphäre konnte jedoch in diesen 10 Jahren nicht festgestellt werden. Daraus geht eindeutig hervor, daß die Erderwärmung nicht vom Kohlendioxidgehalt in der Luft abhängt. Eine Erhöhung des Kohlendioxidgehalts in der Luft hat jedoch andere Auswirkungen, z.B. saureren Regen.

Die Erwärmung unserer Erde wird also nicht von den 0,039 Volumprozent Kohlendioxid verursacht. Warum aber dann die gegenteilige Behauptung der offiziellen Stellen und der Regierung und der Opposition? Tatsache ist, das speziell die Autoindustrie und die Bauwirtschaft, von denen Millionen von Arbeitsplätzen abhängen, seit gut 10 Jahren weltweit lahmen und dadurch viele Menschen arbeitslos werden. Das liegt verständlicherweise nicht im Interesse der Regierung und der Opposition. Durch den Bau von Autos, die weniger Kohlendioxid ausstoßen und durch die vielen Energiesparmaßnahmen (u.a. beim Hausbau) werden Arbeitsplätze erhalten und sogar auch noch geschaffen.

Hinzu kommt, daß bestimmte Kreise eine Weltregierung anstreben und dazu sich das globale Kohlendioxid als weltweites Druckmittel hervorragend eignet.

Da die Medien (Fernsehen, Film, Radio und Presse, die in bestimmten Händen sind) das Kohlendioxid für die Erwärmung verantwortlich machen, sind die meisten Menschen auf diese Linie eingeschwenkt.

Aber nicht alle lassen sich hinters Licht führen.

*Friedhelm Wegner*, Gymnasiallehrer für Biologie und Chemie

...

*Rainer Ziegler* am 24. Januar 2011 ...

Sehr geehrter Herr Ziegler,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 19. Januar. Leider bin ich über den Inhalt des gesendeten offenen Briefs nicht informiert.

Gerne möchte ich aber die Zeit nutzen um Ihnen die Klimapolitik der CDU näherzubringen.

Der Klimawandel ist Realität - er beschleunigt sich und wird zur Gefahr für jetzige und kommende Generationen. Es ist unsere Aufgabe, die Schöpfung zu bewahren. Es ist das Ziel der Union, die globale Erwärmung und ihre Folgen zu begrenzen, um Wohlstand und Entwicklungschancen jetziger und zukünftiger Generationen zu sichern.

Die CDU setzt in der Klima- und Umweltpolitik auf Anreize und marktwirtschaftlich orientierte Instrumente statt nur auf staatliche Regulierung und Vorschriften. Dabei sind wir uns sicher: Klima- und Umweltschutz bewahrt unsere Lebensgrundlagen und schafft gewaltige Potentiale für Wachstum und Beschäftigung. Die CDU hat in den vergangenen Jahren entscheidend dazu beigetragen, daß Deutschland in der Klimapolitik eine Führungsrolle in der Welt übernommen hat. Mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (2007) kamen verbindliche Beschlüsse zum Klimaschutz auf europäischer Ebene.

Da der Klimawandel aber nicht nur eine europäische, sondern eine globale Herausforderung ist, bedarf es auch dementsprechender Anstrengungen. Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist den hohen Erwartungen nicht gerecht geworden. Zwar konnte man sich unter anderem auf das Ziel einigen, den Temperaturanstieg im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf 2 ° C zu

begrenzen. So könnten die schlimmsten Folgen des Klimawandels und eine dauerhafte Schädigung der Ökosysteme verhindert werden. Allerdings brachte die Konferenz keine konkreten und verbindlichen CO<sub>2</sub>-Minderungsziele, welche notwendig sind, um dem Klimawandel wirksam zu begegnen.

Hervorzuheben ist aber, daß die Industrieländer - auch aufgrund des starken Engagements von Bundeskanzlerin Angela Merkel - sich im Abschlußdokument bereit erklärten, neue und zusätzliche Mittel in Höhe von dreißig Milliarden Dollar in den Jahren 2010 bis 2012 und für das Jahr 2020 hundert Milliarden Dollar für die Unterstützung der Entwicklungsländer beim Klimaschutz bereitzustellen. Die CDU-geführte Bundesregierung wird sich auch weiterhin für ein verbindliches Klimaschutzabkommen mit klaren CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen einsetzen.

So ist es unser Ziel bei den anstehenden Verhandlungen in Bonn in diesem Jahr auf den Beschlüssen von Kopenhagen aufzubauen, mit dem Ziel ein verbindliches und mit klaren CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen verbundenes weltweites Klimaschutzabkommen zu erreichen.

Wir sehen im marktwirtschaftlich orientierten europäischen Emissionshandelssystem einen zielführenden Weg zu einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie. Der Emissionshandel ist das vorrangige Klimaschutzinstrument. Er soll perspektivisch zu einem globalen Kohlenstoffmarkt ausgebaut werden. Wir werden Initiativen ergreifen, um regionale Handelssysteme zu verbinden und in das internationale Handelssystem schrittweise weitere Bereiche, wie z.B. den Luft- und Seeverkehr, mit einzubeziehen.

Der Klimawandel erfordert aber auch Strategien zur Anpassung an seine regional ganz unterschiedlichen voraussichtlichen Auswirkungen. Wir werden uns für den Schutz besonders sensibler Naturräume, wie des Wattenmeeres und der Alpen, sowie den Waldumbau hin zu klimaresistenteren Wäldern und für die Stärkung des Hochwasserschutzes einsetzen. Wir wollen verstärkt in ausreichende Wasserrückhalteräume, in die Sicherung der Wasserressourcen und in die stärkere Vernetzung der Wasserversorgungen investieren.

Es werden die Hälfte der Erlöse aus dem Emissionshandel für den Klimaschutz verwandt. Außerdem werden 500 Mio. Euro bis 2012 und ab 2013 jährlich 500 Mio. Euro aus den Emissionshandelserlösen für den Schutz der Regenwälder verwandt. Aber auch in Deutschland setzen wir uns ambitionierte Klimaschutzziele. So werden wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent senken und die Energieeffizienz im selben Zeitraum verdoppeln. Darüber hinaus wollen wir den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 30 Prozent bis 2020 steigern. Wir wollen die Förderung Erneuerbarer vermehrt an dem Ziel einer wirtschaftlichen und bedarfsgerechten Energieversorgung ausrichten.

Die Mittel für die energetische Gebäudesanierung wurden auf 1,4 Mrd. Euro jährlich und im Rahmen der Konjunkturpakete nochmals erhöht. Wir wollen die gewaltigen Effizienzpotentiale nutzen, die im Gebäudesektor schlummern. Durch kluge Anreize wollen wir die Mieter-Vermieter-Problematik bei der Gebäudesanierung überwinden.

Mit freundlichen Grüßen

Sophie Fröhlich

Team Bürgerservice der CDU Bundesgeschäftsstelle

Diesbezüglich habe ich folgende Antwort gesendet und bin auf die nächste Antwort gespannt:  
Sehr geehrte Frau Fröhlich,

vielen Dank, daß Sie sich die Mühe gemacht haben mir eine Antwort anzufertigen! Leider muß ich aber schon Ihren ersten Satz kritisieren, der offensichtlich der einzige ist, der von Ihnen selbst stammt: wenn Sie sich nicht einmal die Mühe machen und den offenen Brief lesen, um den es in meinem Schreiben ging, was beabsichtigen Sie denn dann mir mit den ellenlangen Ausführungen, die Sie mir dann im Anschluß angehängt haben und die obendrein

schon älteren Datums zu sein scheinen, da sie sich auf dem Stand der Zeit zwischen dem Klimagipfel in Kopenhagen und dem kürzlich stattgefundenen in Cancun, der mit keinem Wort erwähnt wird, befinden, mitzuteilen?

Ist das die Standardantwort, mit der man bei der CDU abgespeist wird, wenn man sich kritisch zur Klimapolitik der Bundesregierung äußert? Ihr Schreiben beweist einmal mehr, mit welcher Arroganz wir Bürger von oben herab regiert und bevormundet werden und welchen Wert wissenschaftlich fundierte Beweise haben, wenn es um die Durchsetzung von verlockenden neuen Investitionsmöglichkeiten geht?

Mehr als Geldgier steckt hinter dem CO<sub>2</sub>-Ablaßhandel nicht und die Menschen auf der Welt wachen langsam auf und lassen sich das bald nicht mehr einfach so gefallen. Insbesondere der Klimagipfel in Kopenhagen war ausschlaggebend für dieses Erwachen, als hunderte von internen Emails an die Öffentlichkeit gerieten, in denen ganz klar aufgedeckt wurde, daß es sich beim menschengemachten Klimawandel um eine riesengroße Lüge handelt und bewußt die Daten so manipuliert wurden, bis sie das darstellten, was man uns gerne glauben machen würde, damit man das Geschäft mit dem CO<sub>2</sub> so richtig ankurbeln konnte. Und jetzt schicken Sie mir einen Text, in dem genau diese Lügen als Argument genommen werden, um die Klimapolitik der CDU zu rechtfertigen.

Ich fordere Sie noch einmal dazu auf den offenen Brief zu lesen um danach vielleicht Ihre Stellungnahme hier mit anderen Augen zu sehen und zu überdenken!

mit freundlichen Grüßen

Rainer Ziegler ...

*Rainer Ziegler* am 19. Januar 2011 ...

Nachdem weiterhin keinerlei Reaktion von Seiten Angela Merkel/Stellvertreter hier angekommen war ist mir heute der Kragen geplatzt und ich habe mich über das Kontaktformular an unsere werte Kanzlerin gewandt:

Betreff:

Bitte um Stellungnahme!

Ihre Nachricht:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin und Stellvertreter, bereits im Juli 2009 wandte sich EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie) in einem offenen Brief an Sie: [://www.eike-klima-energie.eu/news-anzeige/klimawandel-offener-brief-an-kanzlerin-merkel-temperaturmessungen-ab-1701-widerlegen-anthropogen-verursachte-temperaturschwankungen/](http://www.eike-klima-energie.eu/news-anzeige/klimawandel-offener-brief-an-kanzlerin-merkel-temperaturmessungen-ab-1701-widerlegen-anthropogen-verursachte-temperaturschwankungen/)

Der Inhalt dieses Briefes stellt sich kritisch gegenüber der These vom menschengemachten Klimawandel durch unkontrollierten Ausstoß von CO<sub>2</sub> in unsere Atmosphäre. In Anbetracht der vielen, für uns alle teuer zu zahlenden Konsequenzen, die die eingeführten Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion mit sich bringen, halte ich es für äußerst wichtig sich mit den in dem offenen Brief gemachten Darstellungen anerkannter Wissenschaftler auseinanderzusetzen und bereits getane Schritte wieder zurückzunehmen, wo dies erforderlich scheint.

Weiterhin finde ich es geradezu unverschämt und arrogant, daß bis heute weder von Ihnen noch von Seiten der CDU eine Stellungnahme zu dem Schreiben an EIKE abgegeben wurde und ich fordere Sie daher hiermit auf, dies endlich nachzuholen!

Schauen Sie doch nur einmal, wie viele Menschen in ihren Kommentaren im Anschluß an den Text, genauso denken und nicht verstehen können, warum Sie sich einfach in Schweigen hüllen und mit Ihrer Politik so weitermachen, als gäbe es diesen Brief überhaupt nicht. Ich kann inzwischen gut nachvollziehen, warum Ihnen immer mehr Menschen den Rücken kehren und warum es immer mehr Texte wie den gerade erst bei Kopp Online erschienenen ([://www.kopp-online.com/hintergruende/deutschland/michael-grandt/angela-wendehals.html](http://www.kopp-online.com/hintergruende/deutschland/michael-grandt/angela-wendehals.html))

über Sie gibt.  
Mit freundlichen Grüßen  
Rainer Ziegler

...

*Hans Dieter Bellmann* am 20. Oktober 2010 ...

Genausogut können alle Nichtpseudowissenschaftler der Welt einem Ochsen ins Horn petzen. Die drittmächtigste Frau der Welt bleibt bei ihrer betonierten Ideologie. Wer sich so knochenhart an Biodiesel-Exportverträgen mit den armen Ländern verdient macht und dann mit aus den Augen strahlender Angst vor den öffentlich gewordenen Folgen die Richtlinien der Politik weiterhin bestimmt, dem würde ich keinen Buchstaben schreiben.

Denn seit 2007 ist bis heute die Zahl der Hungernden von 0,8 Mrd. auf 1,1 Mrd. gestiegen und jeden Tag sterben 10.000 Kinder wegen Nahrungsmangel. Eindeutig liegt dies an der "Nachwachsenden Rohstoffideologie die in den armen Exportländern des Biodiesels mit riesigen Landkäufen und Enteignungen (siehe Bahiobio in Nordostbrasilien) die Nahrungsflächen wegen der irrwitzigen staatlichen Fördermittel von mächtigen Spekulanten für deren und der Staatskassen Gewinnmaximierung aus der Nahrungserzeugung rausfallen.

Ebenso schuld ist die Ethanolerzeugung aus Zuckerrohr usw. Natürlich sind Spekulanten hochaktiv. Dieses wahnsinnige Geschäft mit der Klimaverblödungspandemie und der Menschenverachtung ist unbegreifbar für jeden der noch nicht dieser "Religion" sich verschrieben hat. Vorstellen kann man sich auch nicht die bis heute entstandenen Kosten des Kyotovertrages mit seit 2005 von 840 Mrd. US-Dollar für die Zerstörung des wertvollsten Moleküls für das Leben, Nahrungserzeugung, Sauerstoffproduktion, Pflanzenwachstum und die Wälder. Nicht einmal Herr Trittin wußte auf meine Frage nach dem %-Anteil CO<sub>2</sub> in der atmosphärischen Luft die Antwort.

Nach langem Nachdenken nannte er 3 Prozent. Das ist ca. das 87-fache. Aber das Gesetz gegen die Zersiedelung der Landschaft änderte er. Was für eine epochale Leistung verursachten diese Klimaideologen bisher: Der Vertrag von Kyoto kostete bis heute 840 Milliarden US-\$. Der Zertifikathandel gewinnt aus dem Nichts Billionen EURO. Dem Hunger fallen zusätzlich 300 Mio, Arme zum Opfer die elend verhungern.

Der zweite Weltkrieg soll Deutschland ca. 690 Mrd. RM gekostet haben und weltweit gab es ca. 66 Millionen Todesopfer.

Ich schäme mich als achtzigjähriger Landwirt und Vater einer großen Familie daß ich 30 Jahre Mitglied einer Partei war die sich heute von Pseudowissenschaftlern zur Gotteslästerung verführen läßt. Denn Gott hat nur die Schöpfung mit der Macht, Wetter und Klima in den vielfältigen Klimagebieten unserer Erde seit Milliarden Jahren, beauftragt. Und wenn Frau Merkel an das Treibhaus Erde glaubt, ist sie keine Physikerin.

*Ralf Rabbani* am 21. Dezember 2009 ...

Vor ca. 2 Jahren noch war ich selber ein großer CO<sub>2</sub> Klima-Katastrophenverfechter, bis ich eines Tages konkrete Beweise für einen Meeresspiegelanstieg suchte. Leider mußte ich nach ausführlicher Recherche feststellen, daß mein bis dato mediengeprägtes Bild (Kölner Dom unter Wasser usw.) nichts mit der Realität zu tun hatte. Weltweit gibt es keinerlei Meßstationen, die diese abstrusen Prognosen durch Zahlen und Fakten belegen können. Es werden hier gezielt Fehlinformationen verbreitet, die sich durch das ganze Spektrum der Klimaforschung ziehen.

Die Hintergründe und Ziele dieser Manipulation liegen mir fremd, machen mich als Bürger aber sehr besorgt. Ich wünschte, jeder würde sich selber einmal die Mühe machen diese Fakten zu überprüfen um sich sein eigenes Bild zu machen. Die Politik sollte auf jeden Fall diese Unsummen an Geldmitteln lieber für den aktiven Umweltschutz oder effektiven Maßnahmen

verwenden und sich endlich eingestehen, daß CO2 Emissionshandel usw. überhaupt keinen Einfluß auf unser Klima haben werden.

Frau Merkel, in Ihren Reden sprechen Sie immer wieder davon gestärkt aus der Finanzkrise zu kommen, genau diese Einstellung sollte auch für ein Klimawandel gelten. Besser gestärkt dem Klimawandel entgegen stellen und vorbereitet sein als dann geschwächt mit Unmengen an unnötigen Ausgaben nicht mehr reagieren zu können.

Bitte mich als Mitunterzeichner notieren. ...

...

*Thomas Kremer* am 20. Dezember 2009 ...

Nehmen Sie mich auch bitte als Mitunterzeichner auf.

Und Schande über die Grünen!

Die folgen immer noch dem Mainstream.

Die wollen nur noch Macht, Macht, Macht und verraten unsere alten Ideale.

Fischer und Özdemir sind Bilderberger, Trittin, Roth und Künast völlig verbohr.

Ich war 20 Jahre Grüner, nun ist Schluß.

Parteibuch ab in den Müll!

...

*Jürgen Fischer* am 17. Dezember 2009 ...

Ich stimme dem offenen Brief in allen Punkten zu!

Bitte nehmen Sie mich in die Unterzeichnerliste auf.

Besonders unerträglich finde ich es, daß die Medien die zweifelhaften und abstrusen Behauptungen der Klimahysteriker ständig als Tatsachen verkaufen und Klimarealisten kein Forum bieten. Der Klimagate-Skandal wurde weitgehend ignoriert.

Die angebliche Möglichkeit, daß das Klima durch Verringerung von CO2-Emissionen beeinflußt werden kann, ist einfach lächerlich. Was könnte der nächste Schritt sein? Vielleicht wollen die selbsternannten Retter der Welt alle Vulkane zubetonieren, damit sie nicht mehr ausbrechen oder die Kontinentalplatten miteinander vernieten um Erdbeben zu verhindern.

Im deutschen Fernsehen hat Nachrichtensprecher Klaus Kleber darauf hingewiesen, daß der Mensch durch seinen Einsatz das Waldsterben zurückgedrängt habe. Daraus schlußfolgerte er dann, daß auch ein globaler Temperaturanstieg in den nächsten 50 bis 100 Jahren durch Menschen begrenzt werden kann. Das sei nur etwas schwieriger. Meines Erachtens ist Herr Kleber im Gehirn nicht mehr ganz in Ordnung oder er liest eben alles nur ab ohne dasselbe einzuschalten.

Zitat von Albert Schweitzer: "Die Dummheit der Menschen und das Weltall sind unendlich. Beim Weltall bin ich mir allerdings nicht ganz sicher"

*Jürgen Fischer*, Diplomingenieur für Chemieanlagen - im Ruhestand

...

*Dr. Harald Vetter* am 11. November 2009 ...

Ihren Brief an Frau Merkel empfinde ich als gleichermaßen notwendig wie ermutigend. Notwendig deshalb, weil Frau Merkel mit ihrer bevormundenden Klimahysterie vielmehr Schaden anrichtet, als sie offensichtlich selbst erkennt. Will sie wirklich die ganze Industrie vollends aus dem Land jagen? Ermutigend deshalb, weil ich den Eindruck gewonnen hatte, daß es anscheinend so gut wie keine wirklich ernst zu nehmenden Wissenschaftler mehr gibt, die gegen diese hirn-rissige Massenmanipulation und Entmündigung der Bürger aufstehen. Sie belehren mich eines andern.

Ich meine, daß Sie in Ihrem Brief noch einen Schritt weiter hätten gehen sollen, nämlich jenen, Frau Merkel dringend zu empfehlen, sich ihre Klimaberater und deren Sinneswandel etwas näher anzusehen. Das sind doch genau solche "Wissenschaftler", die um ihrer persönlichen Vorteile wegen alles über Bord werfen, was Vernunft und Wissenschaft fordern.

Schlechte Wissenschaft führt immer zu schlechter Politik und unsere Politik ist in der Klimafrage extrem schlechter Wissenschaft ausgesetzt.

...

*Josef Kowatsch* am 9. September 2009 ...

Ich habe mich mit folgendem Schreiben an Greenpeace gewandt:

An meine Umweltorganisation Greenpeace. Thema: "Klimakatastrophe"

Mit der Haltung von Greenpeace und den anderen Umweltorganisationen zum Thema Erderwärmung bin ich nicht mehr einverstanden. Hauptverursacher des Klimas ist die Sonne und dann der Mensch durch Betonierung der Landschaft, CO<sub>2</sub> ist kaum klimawirksam.

Daß es seit dem Ende der kleinen Eiszeit (1500 bis 1850) wärmer wurde, bestreitet niemand. Die Frage ist, ist das positiv oder negativ und wer hat die Erwärmung verursacht. Mit der heutigen Lehrmeinung:

1) Das ist negativ, sogar eine Klimakatastrophe und

2) das anthropogene CO<sub>2</sub> (3 bis 4 % des Gesamtausstoßes) seien schuld, bin ich keinesfalls mehr einverstanden, obwohl ich dafür früher ein glühender Verfechter war. Ich bin Greenpeacemitglied seit 30 Jahren und habe mit diversen Gruppen über 50 Umweltpreise für meine Aktivitäten gewonnen, deshalb erlaube ich mir, in dieser Sache aufgrund meines Fachwissens eine kritische Beurteilung zu haben. Ich habe noch nie einfach alles nachgeplappert, schon gar nicht was die Regierungen uns vorgesetzt haben.

Zunächst zur Klimaerwärmung seit 1850: Das ist ein Segen für uns Menschen in Mitteleuropa. Die Gletscher der Alpen entstanden in dieser kleinen Eiszeit zwischen 1500 und 1850, sie waren im Mittelalter noch gar nicht da. Die Erwärmung kam durch die Sonne wie Prof. Mahlberg dies in unzähligen seiner Veröffentlichungen aufgezeigt hat. Leider nimmt die Sonnenaktivität seit 2003 wieder ab, weshalb es nun seit 6 Jahren auch deutlich kälter wurde. Seit 2 Jahren nimmt die Eisbildung an den Polen wieder zu. Und das trotz weiterem CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Sollte dies so weitergehen, das Jahr 2008 war eines der kältesten in den letzten 50 Jahren, dann stehen wir in der Tat vor einer neuen Klimakatastrophe.

Zur CO<sub>2</sub>-Erhöhung: Warum sollte an der globalen Erwärmung seit 1850 CO<sub>2</sub> schuld sein. Wo sind die Beweise? Genauso könnte man Wasserdampf die Schuld geben. Der Mensch emittiert weitaus mehr Wasserdampf als CO<sub>2</sub> und Wasserdampf ist zudem 10 bis 20 mal treibhauswirksamer? Es gibt überhaupt keinen einzigen Versuchsbeweis für CO<sub>2</sub>. Führen Sie doch selbst Versuchsreihen durch oder beauftragen Sie ein Institut. Seien sie als kritische Umweltschutzorganisation auch weiterhin kritisch und fragen sie:

1) Wo sind die Beweise, daß der CO<sub>2</sub>-Gehalt stark zugenommen hat seit 1850?

2) Und wo ist der Beweis, daß eine Verdopplung von CO<sub>2</sub> auf 0,07 % im Jahre 2100 zum Hitzetod der Erde führen soll. (erst wurden 1,5 bis 4,5 Grad, jetzt schon 7 Grad Erwärmung vom Computer vorhergesagt).

Die Treibhauswirkung von CO<sub>2</sub> wurde bisher durch folgenden Versuch gezeigt: 100 % CO<sub>2</sub> in einer Glasglocke und dann mit einem Heißstrahler bestrahlt. Das führte zu einer leichten Erwärmung gegenüber Normalluft. Doch dieser klassische Versuch entspricht nicht der Realität: Man muß 0,07 % CO<sub>2</sub> in die Glasglocke füllen und dann durch den Erdboden (keinen Heizstrahler) und die Sonne bescheinen lassen und warten und warten. ...Probieren Sie es doch, es führt zu keinerlei Mehrerwärmung im Vergleich zum Parallelversuch mit Normalluft. Von wegen Hitzetod. Die Erwärmung ist mit einem Schulthermometer nicht meßbar.

Warum gibt es keine Chemiker mehr, die sich mit Gleichgewichtsreaktionen beschäftigen. Die werden Ihnen sagen: Sie können noch soviel CO<sub>2</sub> in die Luft reinblasen, dann laufen die Abbaureaktionen einfach schneller ab und der CO<sub>2</sub>-Gehalt schwankt immer nur um einen ähnlichen Mittelwert. Genauso ist es, wenn Sie in den Bodensee mehr Wasser reinlaufen lassen. (geschieht bereits über Kläranlagen).

Es kommt nie zur Überschwemmung in Konstanz. Bei CO<sub>2</sub> kann es wegen der Abbaureaktionen nie eine Steigerung um das 10-fache geben, obwohl auch diese nur zu einer unbedeutenden Erwärmung führen würde, denn das sind gerade mal 0,35 %-Anteile an CO<sub>2</sub> in der Luft. Das 10fache von nichts ist auch nicht viel mehr. In meinem Scriptum habe ich noch mehr realistische Beispiele.

Also: CO<sub>2</sub> hat nicht zur Erwärmung geführt, warum gibt man nicht dem Wasserdampf die Schuld. Sogar ein Kohlekraftwerk emittiert über den Kühlturm mehr Wasserdampf als CO<sub>2</sub>. Ein AKW sowieso. Zudem ist Wasserdampf 20mal treibhauswirksamer. Also warum keine Wasserdampfsteuer als Klimaschutz? Antwort: Weil es keiner glauben würde. Mit CO<sub>2</sub> kann man's machen, weil es ein unsichtbares Gas ist und für die Laien irgendwie nicht greifbar.

Merke: Eine weitere Erwärmung bis zu den angenehmeren Temperaturen des Mittelalters wäre sinnvoll, wegen der Heizeneinsparung. Etwas mehr CO<sub>2</sub> wäre auch sinnvoll, weil der Ertrag der Nahrungspflanzen und der nachwachsenden Rohstoffe zunehmen würde. Ohne Kohlendioxid wäre die Erde kahl wie der Mond. Ein lebenswichtiges Gas. Im Anhang noch mein Scriptum. Die eigentliche Klimakatastrophe war für die Menschen die kleine Eiszeit von 1500 bis 1850, genauso wie für den "Neandertaler" die große Eiszeit die Katastrophe war.

Bitte beschäftigen Sie sich mit meinem Scriptum und verweisen Sie nicht auf irgendwelche Links der sogenannten anerkannten Wissenschaft, die kenne ich meist alle. Dabei handelt es sich stets um Rechnungen mit Variablen und Abschätzungen, die der Computer dann auswertet. Ich möchte zu meinen Aussagen einfach Gegenbeweise, bzw. Versuchsbeweise der Treibhausler und Katastrophentrommler. Nennen Sie mir einen Wissenschaftler, der in Versuchsreihen bewiesen hat, daß CO<sub>2</sub> ein wirksames Treibhausgas ist.

Bei 50 % CO<sub>2</sub>-Zunahme soviel Erwärmung, bei Verdopplung von CO<sub>2</sub> soviel Temperaturzunahme usw. Die Theorie interessiert mich nicht, weil auf der Erde viele Prozesse ineinander greifen, die mit einer Theorie allein nicht faßbar sind. Ich werde diese Versuche nachvollziehen und meine Meinung notfalls revidieren, falls der Beweis einer Erwärmung bei steigendem CO<sub>2</sub>-Gehalt gelingt.

Andererseits erwarte ich auch von Greenpeace ein Umdenken, falls es keine Versuchsreihen dieser Art gibt, bzw. diese wie in meinen Versuchen, mißlungen sind. Als Naturschützer bin ich grundsätzlich kritisch und plappere nicht alles hinterher, was staatliche Stellen verkünden. Die Diskussion um die Klimakatastrophe soll lediglich zu einer neuen Steuer führen, um die maroden Staatshaushalte zu retten.

...

*Andreas Kolb* am 17. August ...

Zugegeben ich bin kein Physiker, kein Biologe, kein Klimatologe und auch kein Chemiker. Aber ich besitze Augen und Ohren und ein Gehirn. Wenn ich mir einfach nur die Zahlen ansehe, wer wieviel CO<sub>2</sub> produziert, und ich dann sehe, daß der Mensch knapp 1 % des CO<sub>2</sub> das durch Insektenatmung entsteht produziert (und das ganze CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre so etwa 0,035 % der Atmosphäre ist) ... nun ja, da kann ich beim besten Willen nicht an den "menschgemachten Treibhauseffekt" glauben. Denn das ist eine sehr niedrige Konzentration. Und dann erinnere ich mich an das, was ich einst in Toxikologie vor vielen Jahren gelernt habe: es kommt immer auf die Dosis an.

Natürlich ist's auf der Venus heftiger. Die Venus ist näher an der Sonne und hat über 60 % CO<sub>2</sub>. Aber hier auf der Erde? Wo der Mensch nicht einmal 0,4 % des gesamten CO<sub>2</sub> produziert? Wie soll das gehen?

Und was wird aus den Pflanzen, die ohne CO<sub>2</sub> nicht leben können? Und was wird aus uns? Pflanzen erzeugen Sauerstoff. Ohne CO<sub>2</sub> keine Pflanzen, ohne Pflanzen kein Leben. Man könnte sagen: Ohne CO<sub>2</sub> ist Leben auf diesem Planeten nicht möglich.

Diesen Winter gab's Schnee in Tokyo. Wer die japanische Geographie kennt weiß, daß der



meiste Schnee in the japanischen Alpen hängen bleibt. In diesem Winter nicht. Der Schnee kam bis nach Tokyo und blieb sogar einige Tage liegen. Was bei dem Kleinklima, das diese riesige Stadt hat, eher ungewöhnlich ist. Niigata, Aomori und Hokkaido haben trotz "globaler Erwärmung" Schneemassen. Wie ist das möglich?

Ja sicher, es blühen die Kirschblüten in Tokyo mittlerweile etwas früher (was gerne als Beweis für die globale Erwärmung angeführt wird) aber bei dem Kleinklima wundert mich das überhaupt nicht (zum Vergleich: kommen sie im Winter nach Wien, fahren sie in den 1. Bezirk, das Stadtzentrum, und dann in den 22., sie werden den Unterschied an den Schneemassen sehr schnell erkennen. 1. Bezirk: eng bebaut; 22. weite Flächen.) Die Blütezeit in anderen Präfekturen hat sich nicht verändert.

Die Argumentation ... macht für mich als Nicht-Experten keinen Sinn. Sie ist voller Löcher. Der Glaube der Mensch könne das Klima kontrollieren, ist meiner Meinung nach, Größenwahn. Natürlich, in ... TV Serien, wie Stargate, geht das, aber im wirklichen Leben? Wohl eher nicht. Oder hat ... George W. Bush irgendwo eine Klimakontrollmaschine?

Nein, ganz ehrlich. Für mich als Nicht-Experten hört sich der ganze "global warming" Hype eher an wie eine neue Religion, mit Al Gore als Papst. Eigentlich traurig, daß intelligente Menschen auf so einen Schaumschläger hereinfallen. Aber das ist nicht wirklich neu, oder? Die Geschichte ist voll mit ähnlichen Beispielen.

Nun denn.

Als besorgter Bürger unterstütze ich diesen Brief ohne Vorbehalte.

Andreas Kolb, Bürger, B.A. Japanese Studies

PS: Ich entschuldige mich für eventuelle Rechtschreibfehler, aber meine schriftliche Korrespondenz auf Deutsch tendiert seit mehreren Jahren gegen Null, daher fehlt es an Übung.

...

*Erich Richter* am 3. August 2009 ...

Offener Brief an Kanzlerin Merkel ...

Vorweg ich bin Befürworter und Unterzeichner dieses Briefes. Meine Befürchtung ist allerdings, daß sie sich wohl kaum gegen die Klimahysterie auflehnen wird, denn sie gilt weitgehend als mitentscheidende Wegbereiterin dieser Ersatzreligion. Sie hat sich im großen und ganzen nach der der 700seitigen Studie des ehemaligen Weltbankökonom "Sir Nicholas Stern" gerichtet.

Dieser empfahl - wortwörtlich - am besten die strategische Umsetzung seiner Studie, das Billionendollargeschäft mit der Angst, zu tragen und zu finanzieren am besten von den Bauern und Bäuerinnen weltweit!

Dies alles vermittelte Kanzlerin Merkel 2007 ihren EU-Regierungschefs der anderen Länder in Ihrer Eigenschaft als ehemalige Umweltministerin und somit Fachfrau, was sie alles schon Mitte der 90er Jahre als damalige Umweltministerin im Sinn hatte.

Die Klimahype gilt somit als der größte Wirtschaftsmotor seit dem 2. Weltkrieg! Sie wurde von gewissen Kräften als fleißige Politikerin ausgesucht, ihr im Osten Erlerntes im wahrsten Sinne des Wortes, im Westen an den Mann zu bringen. Ganz im Sinne ihrer "versteckten" ideologischen Absichten und Hintergedanken!

Ihre Temperatureinnordung auf dem G8-Gipfel von höchstens 2 Grad Steigerung bis 2050 kommt im gewissen Sinne der Planwirtschaft aus DDR-Zeiten nahe, in dem die westliche Welt in eine Art Klimahaftung genommen werden soll, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zu diesem Zeitpunkt um mindesten 80 % oder besser noch um bis zu 95 % zurückzufahren! Ein ähnliches Vorgehen signalisieren Die Grünen und "Die Linke" ... wenn auch aus anderen (politischen) Beweggründen!

Dies ist so gesehen eine Zurückführung ins Mittelalter!

...

*Björn Lomberg* - in der Tat- einer der 100 renommiertesten Wissenschaftler der Erde sagt über Frau Merkel: "Sie glaubt es - sie will es" ... basta. Es sei wirklich wie im Mittelalter - entweder glauben und Christ werden - oder Sterben! Im Schatten dieser Klimapolitik drohen die anderen Probleme der Menschheit unterzugehen.

Alleine die Umsetzung des Kyoto-Protokolls kostet jährlich über 180 Milliarden US \$.

Mit schon der Hälfte hiervon können weltweit alle Notlagen gelöst werden! ... und noch vieles mehr (Googeln sie einfach).

Eine fein ausgedachte Mischung aus kommunistisch/ sozialistischem Grundwissen, gepaart mit demokratischer "Scheinheiligkeit". Sie spricht viel (zuviel) über die Demokratie in der sie bislang nicht angekommen ist. Sie fühlt sich berufen die Welt zu verändern. Eine solche Person ist die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzende der CDU! Sie ist "so" beliebt, weil die vielfach gleichgeschaltete Mainstream-Presse weiter gebetsmühlenartig das Klimamärchen verbreitet und andere Meinungen nicht zuläßt!

Nicht vergessen sollte man in diesem Zusammenhang auch Ihre stetige Antriebskraft bezüglich der EU-Verfassungsgebung, bekanntlich zunächst gescheitert, aber jetzt als Lissabon-Vertrag getarnt, mit Sonderregelungen für die Querköpfe aus Irland, evtl. kurz vor der Verwirklichung ... wenn sich da nicht schon wieder eine besondere Schwierigkeit auftut!

Zielsetzung ist schlicht und einfach, ein noch engeres transatlantisches Bündnis zu den USA mit dem Mitbefürworter des Klimahypes, (US-Präsident) Obama, und der Zielsetzung eine Art Weltregierung mit noch mehr Profitmaximierung für die transkontinentalen Konzerne zu installieren.

Sie führt bis dito keinerlei Wahlkampf. Mutmaßend bleibt festzustellen, daß es Anzeichen dafür gibt, daß über den Versuch Hamburg hinaus, ein Schwarz-Grünes Bündnis nicht auszuschießen ist.

...

*Dipl.-Geologe Frank Möckel* am 28. Juli 2009 ...

Frau Dr. A. Merkel, bitte setzen Sie sich endlich mit aller Kraft gegen Klimahysterie und für Klimarealismus ein. Dazu gehört auch, daß Sie nicht jedes Jahr im Hochsommer medienwirksam an den Nordpol fahren und schmelzendes Eis oder kalbende Gletscher dort zeigen! Was von IPCC und anderen sog. Klimaforschern (z.B. PIK) fast tagtäglich in den Medien zu lesen, zu hören und zu sehen ist, muß gelinde gesagt als unerträglich eingeschätzt werden. Hört bitte endlich auf den Menschen solchen Unsinn zu erzählen. Es gibt keine Klimakatastrophe!

Kohlendioxid ist nicht relevant bezüglich der Klimaentwicklung. Es gibt nur einen entscheidenden Motor für die festgestellten Klimavariationen: Die SONNE!

In die Klimaforschung muß der Geist der Wissenschaft einziehen. Verbannt aus den "heiligen Hallen" der Wissenschaft die politischen und ideologischen Teufel! Laßt es nicht länger zu, daß in der politisch und ideologisch orientierten Klimaforschung des IPCC (und angehängter Institutionen) schamlos gelogen, gefälscht, manipuliert und betrogen wird!!! ...<<

**01.08.2009**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. August 2009 (x887/...): >>Auf Wiedersehen Deutschland**

2008 zogen mehr Menschen fort als zu, einige kommen wieder, doch die Besten bleiben häufig in der Ferne

Deutschland scheint vom Einwanderungsland zum Auswanderungsland geworden zu sein. Doch was treibt die Menschen fort?

"Immer dieser zermürbende Schichtdienst und das bei mittelmäßiger Bezahlung. Auf Dauer konnte ich mir das einfach nicht vorstellen." Robert sitzt in seinem Büro im englischen York und faßt minutiös die Ergebnisse medizinischer Forschungsergebnisse zusammen. Der 31-jährige Arzt ist die Personifizierung jener Ängste, die die aktuellen Auswandererzahlen des Stati-

stischen Bundesamtes bei manchen auslösen können: Deutschland verliert seine bestausgebildeten Leute.

Und tatsächlich sind die Zahlen der Behörde dazu angetan, die Zukunft Deutschlands noch kritischer zu betrachten, als es anhand der demographischen Entwicklung und eines riesigen Schuldenberges bereits der Fall ist. Zwar weisen die Statistiker darauf hin, daß aufgrund der Bereinigung der Datenbestände wegen der Einführung der persönlichen Identifikationsnummer einige Unregelmäßigkeiten im Vergleich zum Vorjahr aufgetreten sind.

In der Bilanz ist trotzdem ein klarer Trend erkennbar: Während 2008 738.000 Personen aus Deutschland fortzogen, wanderten nur 682.000 Menschen nach Deutschland ein. Berücksichtigt man nur die Fort- und Zugänge der Personen mit deutschem Paß, so ergibt sich ein Negativsaldo von 66.000. Deutschland verliert also Deutsche, während gleichzeitig weniger Ausländer ins Land kommen.

Hatten sich vor wenigen Jahren noch Politiker und Medien darüber gestritten, ob Deutschland ein Zuwanderungsland sei, wurde es allmählich zum Auswanderungsland. Bereits seit Jahren bietet die Bundesregierung Ausreisewilligen Informationen an. Auch empfiehlt sie ihnen, das Raphaels-Werk zu konsultieren.

Diese 1871 als "Verein zum Schutze Katholischer Auswanderer" gegründete kirchliche Institution sollte die vielen Menschen, die aus Not Deutschland verließen, mit Rat und Tat zur Seite stehen und sie vor rücksichtslosen Agenten schützen. Im 19. Jahrhundert verließen jährlich bis zu 250.000 Menschen das Deutsche Reich, um in die USA und nach Kanada, aber auch nach Südamerika und Australien auszuwandern.

Auch heute noch sind die USA beliebtes Ziel der Menschen, die Deutschland verlassen. 2008 zog es 15.500 deutsche Auswanderer über den Ozean in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Nur die Schweiz lockt mehr Deutsche an, gefolgt von Polen und Österreich.

"Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes überraschen mich nicht. Die Tendenz ist seit Jahren da und sie wird immer intensiver", kommentiert Christina Busch vom Raphaels-Werk in Berlin die Zahlen aus Wiesbaden aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen der letzten Jahre. Sachlich führt sie die Gründe an, die Menschen dazu bewegen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Viele hofften, im Ausland eine bessere berufliche Perspektive zu haben. Doch bei ihr sind es nicht nur Studenten und Jungakademiker, die um Rat fragen, sondern auch viele Langzeitarbeitslose, die seit vier oder fünf Jahren vergeblich in Deutschland eine Festanstellung suchten und nun vor allem im deutschsprachigen Ausland auf eine Chance setzten.

Hinzu kämen Personen, die einfach eine berufliche Veränderung anstrebten oder von ihrer Firma ins Ausland entsendet würden. Vor allem in Polen seien beispielsweise deutsche Spätaussiedler besonders begehrt, da sie mit ihren deutschen wie russischen Sprachkenntnissen ideal als Brücke der Firmen zwischen Ost und West agieren könnten.

Aber auch aus privaten Gründen zöge es viele über die deutschen Grenzen. Binationale Ehen und Partnerschaften, aber auch Familiennachzug seien hier anzuführen, genauso wie der Wunsch von Ruheständlern, ihren Lebensabend im Ausland zu verbringen. Doch "bekanntermaßen ist das Paradies auf Erden nicht zu finden", so Christina Busch, und so berate das Raphaels-Werk auch Rückkehrer.

Zwei von drei Anfragen dieser Gruppe betreffen Personen, die aus Spanien zurück nach Deutschland wollten. In Spanien sei die Weltwirtschaftskrise deutlich schneller auf dem Arbeitsmarkt angekommen als in anderen Ländern, so daß von dort bereits die ersten zurückkommen. Inwieweit das auch noch die in andere Länder Ausgewanderten betreffe, müsse im Laufe der nächsten Monate näher beobachtet werden.

Doch trotz der äußerst verschiedenen Motive bleibt der Trend erkennbar, daß vor allem junge und gut ausgebildete Leute Deutschland verlassen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß infolge der Globalisierung vor allem Unternehmen des Exportweltmeisters Deutschland Personal

ins Ausland entsenden, so wagen auch viele selbständig ihr Glück im Ausland. Vor allem Ärzte und Banker galten in den letzten Jahren als besonders auswanderungswillig. Aber auch Naturwissenschaftler würde es in Länder mit besseren Forschungsbedingungen und vor allem Gehältern ziehen.

Zwar gibt es in keinem anderen Land ein so gutes soziales Netz wie in Deutschland, doch das hält eher die Leistungsunwilligen und -unfähigen beziehungsweise zieht sie an. Die Leistungsfähigen, die das soziale Netz ja finanzieren müssen, schreckt es eher ab, daß ihr Gehalt inklusive Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen zu fast 70 Prozent vom Staat vereinnahmt wird. ...<<

**12.09.2009**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. September 2009 (x887/...): >>Familie in akuter Gefahr**

Gastbeitrag von *Jürgen Henkel*

Wenig bemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren, vor allem seit der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998, still und leise eine schleichende Entwertung der Familie stattgefunden. Heute gilt in Deutschland praktisch die Fristenregelung. Selbst nur minimal behinderte Kinder können bis kurz vor der Geburt abgetrieben werden. Schwule und Lesben dürfen standesamtlich heiraten und werden in manchen evangelischen Landeskirchen schon in einer Hochzeitszeremonie kirchlich "getraut". Jetzt sollen homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Wir erleben eine relativistische Umkehrung aller Werte.

Zwei bayerische Universitätsinstitute wollen nun nachgewiesen haben, daß ein Aufwachsen von Kindern bei einem homosexuellen Paar als "Eltern" dem Kindeswohl nicht abträglich sei. Hier siegt endgültig die Ideologie über das Kindeswohl. Wie soll denn ein Kind, das bei einem gleichgeschlechtlichen Paar aufwächst, das natürliche und von der Schöpfungsordnung Gottes so vorgesehene Zusammenleben von Mann und Frau kennenlernen und erleben und existentielle Erfahrungen sammeln im Aufbau von Beziehungen mit Menschen und Bezugspersonen unterschiedlichen Geschlechts?

Nachdem ohne großes Aufheben die CSU-FDP-Koalition in Bayern im Frühjahr schon auf Druck der FDP die Homoehe auch in Bayern eingeführt hat, wo sie bisher nur als beim Notar eingetragene Partnerschaft möglich war, folgte nun der zweite schwere Schlag für Wertkonservative in der Union, als die bayerische Staatsregierung unter Verweis auf diese Studien ihren Widerstand gegen das Adoptionsrecht für Homopaare zurückzog.

Die wertkonservativen Anhänger der CSU sind entsetzt. Die Liberalen triumphierten und brüsten sich noch damit, sie hätten die CSU binnen weniger Monate aus dem Mittelalter ins 21. Jahrhundert geführt. Es ist zu befürchten, daß sich nach dem nationalkonservativen nun auch noch der christlich-wertkonservative Flügel der Union in Luft auflöst.

Der politische Koordinatenwechsel in der Union, der sich auch an Personen wie Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen festmachen läßt, ist deutlich spürbar. Das Wertkonservative droht, sich in folkloristischen Auftritten der Parteiprominenz und pathetischen Worthüllen von Heimat und Verantwortung zu erschöpfen und ist nicht mehr mit konkreten Inhalten verbunden. So bewegt sich die Union in einem fortgesetzten Populismus im Windschatten der linken SPD-Familienpolitik und nährt sich noch inhaltlich von deren Abgasen.

Wer in der CDU läßt sich denn dem wertkonservativen Flügel auf Bundes- oder Landesebene überhaupt noch zuordnen? Annette Schavan, Ole von Beust, Ronald Pofalla oder auch die Kanzlerin sicher nicht. Von der privaten "Familienpolitik" wichtiger Ministerpräsidenten ganz zu schweigen, wiewohl die Anzahl der aktuellen und abgelösten Ehefrauen insgesamt noch nicht das Ausmaß von Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine und Josef Fischer erreicht.

Die CDU will den Anschluß an den vermeintlichen "Mainstream" in der Gesellschaft nicht

verlieren. Und die CSU ist ihrem Koalitionspartner FDP ausgeliefert, auch wenn sie vom einflußreichen Chef der Hanns-Seidel-Stiftung und ehemaligen Kultusminister Hans Zehetmair bis zu dem jungen wertkonservativen Europaabgeordneten Martin Kastler aus Franken noch das personelle Potential für andere Schwerpunkte hätte.

Auffällig ist, daß jüngst immer öfter der bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer wertkonservative Positionen einnimmt. Offenbar gibt es eine Arbeitsteilung zwischen Merkel und ihm: Die Kanzlerin präsentiert sich präsidial-liberal für breite Schichten, der kernige und charismatische Bayer hingegen kümmert sich um die arg vernachlässigten Stammwähler.

Diese ganze Entwicklung kommt freilich nicht von ungefähr. Linke SPD-Politiker und grüne 68er-Ideologen haben auf ihrem Weg in die hedonistische Spaßgesellschaft ihren Marsch durch die Institutionen in Politik, Medien und Justiz auf diesem Politikfeld so gut wie zu Ende gebracht und eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreicht.

Und es herrscht Korpsgeist unter den Genossen zwischen den Institutionen, wenn es darum geht, die Gesellschaft im Sinne progressiver Ideologien und Spontikultur zu verändern. Da sind die linken Reihen immer fest geschlossen, wenn es gegen Kirche und Papst, Familie und Werte, Bundeswehr und Vergangenheitsbewältigung linker Diktaturen geht.

Ein Ausgangspunkt der familien- und gesellschaftspolitischen Umerziehung der Menschen in Deutschland durch die Medien war der politisch stets korrekte ARD-Serienlangweiler "Lindenstraße" in den 80er Jahren.

Nicht nur, daß dort Konservative stets als böse Spießer wie Hausmeisterin Else Kling und die Spontis als lebensfrohe Persönlichkeiten dargestellt wurden, sondern diese Serie hat erstmals breitenwirksam an einem schwulen Paar die Normalität homosexuellen Zusammenlebens gezeigt. Die (teilweise unfreiwilligen) Homo-Outings von Alfred Biolek bis Hape Kerkeling und von Wowereit bis Westerwelle sind da nur eine logische Konsequenz.

Im politischen Bereich trägt dieser erfolgreiche Marsch der Linken durch die Institutionen in gesellschaftsverändernder Absicht einen Namen: Brigitte Zypries. Seit 2002 gestaltet diese SPD-Linke als Bundesjustizministerin die deutsche Gesellschaft "erfolgreich" im Sinne linker Ideologien um. Auf ihr Konto gehen Gesetze und Initiativen zur rechtlichen Gleichstellung homosexueller Beziehungen. Auf der Homepage ihres Ministeriums wirbt sie für die "Regenbogenfamilie", wie das euphemistisch propagiert wird, unter dem Motto: "Familie ist, wo Kinder sind." Dabei bekommt sie Unterstützung von unerwarteter Seite, ein evangelischer Landesbischof äußerte sich nun ähnlich.

Die linken feministischen Ideologien nehmen familienpolitisch viele Formen an, so etwa die Forderung nach möglichst unmittelbar ab der Entbindung einsetzender staatlicher Krippenbetreuung für die Kinder.

Trotz Komasaufen und Amokläufen von Schülern, Abnahme der Sozialkompetenz und zunehmender geistiger und sittlicher Verwahrlosung der Jugend, die nur durch verstärkte Erziehung im Elternhaus und in der Familie nachhaltig bekämpft werden kann, werden Mütter, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr bewußt selbst zu Hause erziehen wollen, mittlerweile von der linken Emanzen-, Polit-, Karriere- und Kulturschickeria belächelt und nicht erwerbstätige Hausfrauen, die sich Haushalt und Kindererziehung widmen, fast schon als geistig zurückgebliebene Sozialschmarotzerinnen diffamiert.

Die Liebe besonders der Karrieregenossinnen zum Kind spiegelt sich im Wahlkampfteam von Kanzlerkandidat Steinmeier: Zehn ambitionierte Frauen im Durchschnittsalter von 52 Jahren bringen es zusammen auf fünf Kinder. Zufall?

Die rot-grüne Bundesregierung hat wirtschafts- und bündnispolitisch viele Probleme hinterlassen. Doch die gravierendsten Schäden mit Spätfolgen haben Schröder & Co. in der Gesellschaftspolitik angerichtet. Die Union setzt diese Politik fort und wundert sich, daß sie bun-

desweit nicht mehr die 40-Prozent-Hürde überspringt.

Wenn Wowereit und Andrea Nahles die Führung der SPD nach der wohl verlorenen Bundestagswahl übernehmen, werden sie die Partei auch inhaltlich schärfer profilieren, wahrscheinlich aus der dafür komfortableren Position der Opposition heraus. Die Union muß sich dafür auch von ihrem Ideen-, Prinzipien- und Werteangebot her neu aufstellen und rüsten, besonders für ihre Stammwähler.

Dr. theol. Jürgen Henkel, Jahrgang 1970, ist Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Journalist und Publizist. Er promovierte 2001 über den orthodoxen Theologen Dumitru Staniloae und leitete von 2003 bis 2008 die Evangelische Akademie Siebenbürgen (EAS) in Hermannstadt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. September 2009 (x887/...): >>>**Frisierte Geschichte**

Die Ausstellung "Deutsche und Polen" in Berlin: Eine sagenhafte Fehlleistung

Die Geschichte zweier Nachbarvölker kann so einfach sein: Hier die ewig Bösen, dort die reinsten Engel - so jedenfalls zeigte es das "Deutsche Historische Museum" in Berlin.

Die polnische Zeitung "Polska" schrieb anlässlich des Gedenkens zum Kriegsausbruch in Danzig: "Donald Tusk kann Angela Merkel herzlich begrüßen, weil es zwischen Polen und Deutschland keine großen Unterschiede in der Interpretation der Ereignisse aus den Jahren 1939-1945 gibt."

Das hat auch die nun im Deutschen Historischen Museum zu Ende gegangene Ausstellung über Polen und Deutsche gezeigt, die aus dem Topf des Kulturstaatsministers mit 650.000 Euro finanziert worden ist. Der Untertitel lautete "Abgründe und Hoffnung", wobei die Deutschen für die "Abgründe" zuständig waren.

Der Besucher betrat den Ausstellungsraum, der in hellen Farben gehalten war, und wurde über die Vorgeschichte informiert. Sowohl über die Polen-Begeisterung der Deutschen im 19. Jahrhundert als auch über angebliche "verschärfte Germanisierungspolitik" in der Bismarck-Zeit und andere deutsche Gemeinheiten. Mal wurden Polen zwangsweise ausgewiesen. Dann, im Ersten Weltkrieg, wurden polnische Saisonarbeiter an der Heimreise gehindert, weil ihre Arbeitskraft unentbehrlich war. Eigentlich haben die Deutschen die Polen schon immer mies behandelt, so der Tenor der Ausstellung.

Die Gründung des polnischen Staates durch Deutschland und Österreich-Ungarn 1916 ist natürlich nur aus eigennützigem Motiven erfolgt: "Sie hofften, auf diesem Weg leichter polnische Soldaten für ihre abgekämpften und ausgezehrten Armeen rekrutieren zu können." Erst US-Präsident Woodrow Wilson habe den polnischen Staat dann möglich gemacht.

Die Zeit des Zweiten Weltkriegs wurde in einem Raum gezeigt, der in Schwarz gehalten war, um die "Abgründe" zu illustrieren. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß die Deutschen nach 1939 so gleichgültig bis ablehnend Polen gegenüber eingestellt waren, blieb unbehandelt. Kein Wort über die Attacken Polens gleich nach dem Ersten Weltkrieg, die Blockade-Politik am "Polnischen Korridor" und die Unterdrückung der deutschen Volksgruppe in Polen. Bei der Behandlung des Holocaust fahndet der Besucher vergeblich nach deutlichen Hinweisen auf polnische Komplizenschaft - Stichwort "Jedwabne".

Der folgende Ausstellungsraum zeigte dann die Zeit nach der deutschen Besatzung. Auch die Vertreibung der Deutschen wird dort erwähnt, aber sie erscheint vergleichsweise unbedeutend vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Verbrechen. Von Hunderttausenden von Toten und Millionen Vertriebenen ist die Rede. Doch die Wände sind jetzt wieder heller. Den Abschluß bildet ein Raum über die Annäherung nach dem Krieg.

Die Reaktionen auf die Ausstellung fielen unterschiedlich aus. Zahlreiche Medien waren voll der Begeisterung. So war die Ausstellung, die von Deutschen und Polen gemeinsam erarbeitet worden ist, für eine große Tageszeitung ein "kleines Wunder". Noch nie sei die brutale Ge-

schichte der beiden Völker so umfassend gezeigt worden. Viele Leser der Internetseite des Blatts sahen es anders und drückten ihre abweichende Meinung durch zahllose Kommentare aus. Die Redaktion war tagelang damit beschäftigt, die entsprechenden Beiträge wieder zu löschen.

Dagegen schrieb Thorsten Hinz in der "Jungen Freiheit": "Wer nach historischer Aufklärung sucht, kann sich den Museumsbesuch also ersparen. Wer aber Einblick in geschichtspolitische Machtverhältnisse und in den Dienstboten-Charakter von Teilen der deutschen Geschichtswissenschaft gewinnen will, der findet hier Anschauungsmaterial im Überfluß."

Martin van Creveld, der renommierte israelische Militärgeschichtshistoriker, sagt in der aktuellen Ausgabe des "Focus" über die Ausstellung: "Ich meine, die Teile, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen, sind sehr gut - es ist kaum möglich, das Leid zu übertreiben, das Deutsche in dieser Zeit den Polen zufügten.

Andererseits finde ich, daß alles, was davor geschehen ist, auf sehr einseitige Weise dargestellt wird. Es sieht aus, als wären die Deutschen, mit Friedrich dem Großen beginnend, durchweg Verbrecher gewesen und die Polen allesamt Engel. Wenn ich Deutscher wäre, würden mich diese Teile der Ausstellung sehr ärgerlich machen. Als Historiker ebenfalls!"<<

**02.11.2009**

**Vatikan:** Auf der Webseite "<http://vaticanische-nwo.blogspot.com> ..." erscheint am 2. November 2009 folgender Bericht über die Freimaurer und die Jesuiten (x995/...): >>**Zitate zu Freimaurerei und Jesuitismus**

... "Die Auswirkung der Inquisition war selbstverständlich, daß sie die Findigeren der 'Häretiker, Protestanten und Liberalen', die der Folter oder der Exekution entkamen, in den Untergrund hasten ließ, oder in die expandierende Welt des Handels, oder in Regionen in denen protestantische Zivilbehörden die Inquisitoren in Schach hielten.

In dem Verlangen nach einer weniger zudringlichen religiösen Erfahrung traten sie ansprechenden philosophischen Bruderschaften bei, in denen sie frei gegen den römischen Katholizismus reden konnten. Wegen dieses vorgeblichen Grundes operierten diese Bruderschaften oder Kulte oder Logen im Geheimen.

In Wirklichkeit waren sie die Überbleibsel des Templer-Netzwerkes - Rosenkreuzer, Deutschordensritter, die zahlreichen und unterschiedlichen Riten der Freimaurerei. Wie die Templer und die Jesuiten stellten sie religiöse Hierarchien von strengstem Gehorsam dar. Sie unterschieden sich allerdings von den Jesuiten darin, daß ihre Pyramide in einer höchsten Autorität gipfelte, die kein Bruder mit Bestimmtheit identifizieren konnte.

Der höchste Meister einer Loge empfing Befehle von einem 'Unbekannten Vorgesetzten', einem Vorgesetzten, dessen Willen dem Meister in seinem Bemühen die Ränge hinauf beigebracht wurde ohne Hinterfragen zu gehorchen. **Was der Meister niemals begriff war, daß diese mysteriöse Persönlichkeit ... in Wirklichkeit kein anderer als der Schwarze Papst war.** ...

"Die Freimaurerei war der natürliche, der vernünftige, der einzig intelligente Weg für die Römisch-Katholische Kirche, (a) den anhaltenden Affront des Protestantismus, (b) die Zunahme an Königen 'göttlichen Anrechts', die ihre eigenen von vatikanischer Kontrolle unabhängigen Landeskirchen anführten, und (c) die unglaubliche Explosion des internationalen Merkantilismus (Handelsgeistes) zu kontrollieren. ...

Der Jesuitengeneral ist das entkörperlichte Auge, das den fehlenden Schlußstein der Pyramide ersetzt, den Stein, den die Erbauer verwarfen. ...

Sowohl die Freimaurerei als auch die Gesellschaft Jesu sind (a) humanistische religiöse Orden, (b) verschwiegen, (c) brüderlich, (d) sozial pflichtbewußt und politisch aktiv - wie Aeneas, der vorbildgerechte Römer, nach dem größten Wohl für die größte Anzahl strebend. Beide Orden (e) halten Tradition, Vernunft und Erfahrung in gleichem wenn nicht gar größerem

rem Ansehen als die Bibel, (f) gebrauchen sorgfältig strukturierte Programme der gnostischen Visualisierung, um eine stetig zunehmende Erkenntnis des Göttlichen zu erlangen, (g) billigen 'der Zweck heiligt die Mittel', und (h) verlangen absoluten Gehorsam, gewährleistet durch Blutschwur, einer Hierarchie von Obersten gegenüber, gipfelnd im Jesuitengeneral, dessen Anordnungen so weise auf den Empfänger zugeschnitten sind, daß sie befolgt werden als ob sie vom Empfänger selbst gewollt sind."

Tupper Saussy: *"Rulers Of Evil"*, Seite 58-59, 120-121 ...

### **B. Die Jesuiten-Freimaurer-Verbindung**

"Die Freimaurer und die Jesuiten der unteren Ebenen haben lange geglaubt, daß Katholizismus (einschließlich des Jesuitenordens) und Freimaurerei sich einander entgegengesetzt sind. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Traurigerweise sind auf den höchsten Ebenen die Anführer des Jesuitenordens und die Anführer der Freimaurerei 'Brüder'.

Hier ist die Person an der höchsten Spitze der jesuitisch-freimaurerischen 'Pyramide' gemäß dem amerikanischen Historiker James Parton: „... wenn sie die Freimaurerei hoch verfolgen, durch alle ihre Orden, bis sie zu dem großen Freimaurerkopf der Welt an der höchsten Spitze kommen, werden sie herausfinden, daß das fürchterliche Individuum und der Anführer der Gesellschaft Jesu (d.h. der 'Schwarze Papst', der Oberste General des Jesuitenordens) ein und die selbe Person sind."

Autor John Daniel liefert in seinem exzellenten 412 Seiten starken Buch *'The Grand Design Exposed'* überwältigende Beweise, daß der Jesuitenorden die Freimaurerei vor mehr als einem Jahrhundert übernommen hat." ...

"Die Jesuiten schrieben 1754 die ersten 25 Riten der Schottischen Freimaurerei in der Hochschule von Clermont, Paris"

"Chevalier de Bonneville formte 1754 ein Kapitel von fünfundzwanzig Graden der sogenannten Hochgrade an der Jesuiten-Hochschule von Clermont, Paris. Die Anhänger des Hauses der Stuarts, die überwiegend Schotten waren, hatten die Hochschule von Clermont zu ihrem Asyl gemacht. Mit einem dieser Grade als 'Schottischer Meister', gab die neue, 1801 in Charleston, South Carolina, gegründete Körperschaft diesen Graden den Namen 'Schottischer Ritus', welcher seit dieser Zeit den Ritus in der ganzen Welt charakterisiert hat."

William Peterson: *"Ask Me Another, Brother"* ...

"Ohne Ausnahme war jeder Hauptakteur der Französischen Revolution (1789-1799) entweder jesuitisch ausgebildet, ein katholischer Prälat oder ein Mitglied des Illuminatenordens, wo sie innerhalb des Jakobiner-Klubs zusammenkommen würden, um sich zu verschwören und das 'Große Werk' auszuführen - welches im offenen System der Jakobiner ein Spiegelbild des kompletten verborgenen Systems der Illuminaten war - und im Hintergrund der Illuminaten befanden sich die verborgenen jesuitischen 'Meister'." ...

"Die Freimaurerei ist ein weiterer Ableger der Babylonischen Mysterien, der unter verschiedenen Namen seit der Zeit des Niedergangs der offenen heidnischen Anbetung im 5. Jahrhundert überlebt hat. ... Die Freimaurerei ist dermaßen reif für die Manipulation durch die Jesuiten und die Kirche Roms, daß sie für die Absichten Roms gebraucht werden mag wie jede protestantische Glaubensgemeinschaft. ...

In Großbritannien und den USA erscheint die Freimaurerei als eine 'christliche' Organisation. Allerdings ist dies eine höchst gefährliche Täuschung, denn der wahre Gott der Freimaurerei ist Luzifer, welcher Satan ist, der als ein Engel des Lichts erscheint. ... Sowohl die Freimaurerei als auch die Kirche Roms (in ihren höchsten Ebenen) beten den selben Gott an ... Freimaurerische Zeremonien leugnen implizit die Hinlänglichkeit der Bibel. ... (Die Freimaurerei) ist besonders stark in vielen baptistischen Kirchen in den USA vertreten. ... Jene in den unteren Stufen der Freimaurerei wissen nichts über die höheren und noch verschwiegeneren Grade."

I. A. Sadler: *"Mystery, Babylon the Great"*, 2003; Seite 175-181 ...



"Je höher ich im Jesuitenorden aufstieg, desto mehr Korruption entdeckte ich in der Institution. Einmal wurde ich von hochrangigen Jesuiten (einschließlich des Obersten General Pedro Arrupe) nach Nordspanien zu einer geheimen schwarzen Messe eingeladen. Als ich kniend den Ring eines hohen Würdenträgers küssen wollte, entdeckte ich ein Symbol auf dem Ring, das mich erschauern ließ. Es war ein Freimaurersymbol (Winkel und Zirkel)! Dabei waren wir doch angewiesen worden, so etwas zu hassen und zu bekämpfen! ... Und dann fand ich noch heraus, daß der Schwarze Papst - der Jesuitengeneral, der hinter den Kulissen im Vatikan regiert - sowohl ebenfalls Freimaurer, als auch Mitglied der kommunistischen Partei Spaniens war."

Alberto Rivera, spanischer Ex-Jesuit: *"Die Paten"*, 1979 ...<<

**03.11.2009**

**Vatikan:** Auf der Webseite "<http://vaticanische-nwo.blogspot.com> ..." erscheint am 3. November 2009 folgender Bericht über den Vatikan und die Neue Weltordnung (x998/...):

>>**Der Vatikan und die Weltregierung - der Vatikan bildet die Spitze der NWO**

**Papst fordert Weltautorität als Wirtschaftskontrolle**

Papst Benedikt XVI. hat die **Schaffung einer Weltautorität als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise ins Gespräch gebracht**. In seiner ersten Sozialzyklika "Caritas in veritate" nennt das katholische Kirchenoberhaupt die Krise **eine Chance** für ein radikales Umdenken. **Und er weiß, was die Wirtschaft braucht**.

Die Kirche reagiert auf die Wirtschaftskrise: Papst Benedikt XVI. hat einen Tag vor dem G-8-Gipfel in Italien eine **"echte politische Weltautorität"** zur Krisenbewältigung gefordert. Zugleich pochte er auf ein Wirtschaften, das sich an ethischen Zielen und am Gemeinwohl aller Menschen ausrichtet. In seiner in Rom veröffentlichten ersten Sozialzyklika "Caritas in veritate" (Die Liebe in der Wahrheit) plädierte das Oberhaupt der Katholiken für eine "ganzheitliche Entwicklung aller Völker". Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise wie auch die Globalisierung sollten dabei als Chance genutzt werden, **eine Welt in Gerechtigkeit und Solidarität zu schaffen**.

<http://www.welt.de/politik/ausland/article4074800/Papst-fordert-Weltautoritaet-als-Wirtschaftskontrolle.html>

Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Sicherheit und den Frieden zu nähren, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer **echten politischen Weltautorität**, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem seligen Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde, dringend nötig."

<http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Gegen-die-Finanzkrise-Papst-Benedikt-fordert-eine-Weltregierung/story/28965638> ...

Im Folgenden zeigt sich die Sonderstellung des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen - eine Stellung, die keine andere Religion genießt. In Wirklichkeit handelt es sich beim Vatikan allerdings um einen geopolitisch, finanzpolitisch und geheimdienstlich operierenden Koloß, nicht bloß um den Repräsentanten einer Religion.

Als solches ist der Heilige Stuhl (und nicht etwa der Vatikanstaat) Mitglied oder Beobachter in verschiedenen internationalen Organisationen; **bei den Vereinten Nationen ist der Heilige Stuhl als permanenter Beobachter zugelassen**. Dies ist nicht unumstritten, da anderen nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere anderen Kirchen und Glaubensgemeinschaften, kein derartiger Status zuerkannt wird. Jedoch ist die Kritik mittlerweile nicht mehr so stark, da vor allem viele Staaten den Einsatz des Papstes für den Frieden anerkennen.

Mit der Reform der Vereinten Nationen von 2004 an hat die UN-Vollversammlung, also die 192 Staaten (Stand: 2007), dem Heiligen Stuhl mehr Rechte zugestanden. So darf er bei der

Jahresvollversammlung in die Debatte eingreifen, ohne die Erlaubnis anderer Staaten abwarten zu müssen, und hat auch das Recht, antworten zu dürfen, soweit es um den Heiligen Stuhl geht.

Der Heilige Stuhl besitzt den ältesten diplomatischen Dienst der Welt. In vielen (meist katholischen) Ländern ist deshalb der päpstliche Nuntius der Doyen des Diplomatischen Corps und steht protokollarisch über allen anderen Botschaftern. Der Heilige Stuhl ist in etwa 180 Ländern diplomatisch vertreten.

Am 16. Januar 1882 haben der Heilige Stuhl und das Vereinigte Königreich nach 447 Jahren wieder die vollen diplomatischen Beziehungen aufgenommen. König Heinrich VIII. hatte sich 1535 von der katholischen Kirche losgesagt und die anglikanische Kirche gegründet.

Am 2. August 1882 wurden die diplomatischen Beziehungen zu Dänemark und den beiden skandinavischen Staaten Norwegen und Schweden nach 400 Jahren wieder aufgenommen.

Ausländische Diplomaten, die beim Heiligen Stuhl akkreditiert werden sollen und augenscheinlich nicht nach der christlichen Sexualethik leben, werden zurückgewiesen, so etwa Geschiedene oder in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft Lebende.

[http://de.wikipedia.org/wiki/Heiliger\\_Stuhl](http://de.wikipedia.org/wiki/Heiliger_Stuhl) ... <<

**05.11.2009**

**Vatikan:** Auf der Webseite "<http://vaticanische-nwo.blogspot.com> ..." erscheint am 5. November 2009 folgender Bericht über den Vatikan (x999/...): >>**Jordan Maxwell: Rom beherrscht Europa und damit die Welt**

Auszug aus einem neuen Interview von Project Camelot mit Jordan Maxwell:

*Jordan Maxwell:* Ich denke, daß eine der bösartigsten Organisationen, die heute auf der Erde existieren - und Sie müßten all die Jahre mit mir in Bibliotheken und Forschungsgesellschaften verbracht haben und um die Welt gereist sein, und mit anderen Schriftstellern, Autoren, Dozenten und Lehrern geredet und diese Sachen über eine Zeitraum von 45 bis 48 Jahren gesammelt haben und zu verstehen, was ich Ihnen erzähle - aber ich denke die bösartigste Organisation auf dem Angesicht der Erde ist der Vatikan.

Das ist meine persönliche Meinung. Ich denke, falls der Vatikan weg vom Angesicht der Erde genommen würde, so würde ein Aufschrei der Befreiung rund um den Erdball vernommen werden. Weil der Vatikan nach meiner Meinung das Bollwerk dieser finsternen Sache ist, die sich auf der Erde ereignet.

Wenn Sie also von den Illuminati sprechen, wenn Sie über das wirklich finstere, kriminelle Zeug reden, das sich auf der Erde ereignet, dann sprechen Sie vom Vatikan. Sie sprechen vom Malteserorden, die uns die sechs Männer gaben, die die CIA in Amerika gründeten, alle Katholiken waren, Mitglieder des Malteserordens.

Wenn Sie anfangen, sich die Bankenverbindungen in Amerika anzuschauen, wie die Bank of America, Union Bank in Kalifornien, all die Leute, die diese Banken gründeten und heute das Bankgeschäft leiten, sind alles Malteserritter. Katholische Freimaurerei.

... Sie dürfen nicht vergessen, daß Rom für mindestens 2.300 Jahre Europa beherrscht hat. Unter den Cäsaren von Rom, und im 4. Jahrhundert, spätes 4. Jahrhundert, entsteht der Vatikan und der Vatikan beherrscht ganz Europa. All die Staatsoberhäupter, all die Prinzen und Könige und Herrscher, all die Könige und Herrscher in Europa herrschten per göttlichem Anrecht. Es wird das göttliche Anrecht der Könige genannt.

Wovon sprechen Sie, wer repräsentiert das Göttliche, um dem König das Anrecht zu geben? Der Papst! Der Papst ernennt bestimmte Familien über den Franzosen zu stehen, der Papst ernennt bestimmte Leute über den Deutschen zu stehen, und über den Briten, und so per göttlichem Anrecht. Warum, weil der Papst Gott repräsentiert. Und der Papst sagt, daß diese Familie heilig sei und daß sie herrschen sollen. Und deshalb können sie sagen, daß sie per göttlichem Anrecht herrschen. ...

Und wenn Sie erstmal anfangen sich einmal bewußt zu machen wie ... Rom Europa beherrscht und über 1.600 Jahre der Vatikan Europa beherrscht hat. Und Europa hat über 2.300 Jahre die Welt beherrscht. Wenn Sie also über Verschwörungen reden wollen, wenn Sie über das Böse reden wollen, dann reden Sie nicht über Juden. Sie reden besser über die Leute, die Europa kontrollieren. Über 2.300 Jahre, Cäsar von Rom, das römisch-katholische Establishment, da ist die wahre Geschichte.

Jetzt kommen Sie zu dem Bereich der Mafiosi. Jetzt kommen Sie zu den bruderschaftlichen Orden der Freimaurerei aus Europa. Malteserorden. Jetzt kommen Sie zu dem organisierten Verbrechen, Sizilien, Korsika, und all das tiefgreifende Drogengeschäft; weiße Sklaverei; Mord an einem Thronfolger: der Vatikan. Ich meine, sogar - wie war sein Name, der Produzent von "Der Pate" - Francis Ford Coppola.

Zum Beispiel beginnt Francis Ford Coppola in "Der Pate III", der Dritte Teil der Serie, mit Michael Corleone, der vom Kardinal von New York zu einem Mitglied des Malteserordens ernannt wird, in der katholischen Kirche in New York. Was sagt er Ihnen da?

Die Verbindung zwischen dem Vatikan, dem Heiligen Vater - da ist nichts Heiliges am Heiligen Vater. Da ist nichts Heiliges an Israel. Nichts. Da ist nichts Heiliges im Vatikan. Da ist nichts Heiliges in Salt Lake City. Da ist nichts Heiliges an Religion, Punkt.

Es ist eine Methode, daß die Meister, wer immer diese Wesenheiten sein mögen, die menschliche Rasse beherrschen. Sie haben gewisse Lerninstitute errichtet, Institute der Bildung, Religion und Regierung. Darum habe ich gesagt, Sie kehren besser um und machen Ihre Hausaufgaben darüber, wo die Geschichte der Welt herkommt.

Ich sehe die Welt nicht von Juden beherrscht. Ich sehe Juden, wie sie benutzt werden. Aber Sie werden herausfinden, daß sogar Rothschild, die Familie der Rothschilds über die wir so viel hören, "jene Juden, die Europa beherrschten", nein, wenn Sie zurückgehen und die Geschichte der Rothschilds betrachten, dann werden Sie herausfinden, daß Rothschild den Vatikan repräsentierte. Er machte Geschäfte für den Vatikan, er war ein vatikanischer Banker, vom Vatikan dazu ernannt, für sie Geschäfte zu betreiben. So daß der Vatikan niemals in all den schrecklichen Kram verwickelt würde, der im Bankenwesen vor sich geht. Nun, laß es den Juden tun. Denn dann wäre es natürlich, falls jemals etwas herauskommen würde, jüdisch. Offensichtlich.

Nein, nein, es ist dein Geld, daß sie verwalteten. So wenn Sie wirklich den wahren Feind Amerikas und der Erde festnageln wollen, ich sage Ihnen ... es hat mich bloß 48 Jahre gekostet um hierher zu gelangen - ich wurde katholisch geboren und aufgezogen. Ich meine, meine ganze Familie war sehr katholisch. Wir waren die katholischste Familie der Stadt. Aber ich weiß über Geschichte Bescheid.

Und ich weiß, daß **die kriminellste Organisation auf dem Angesicht der Erde** nach meiner bescheidenen Meinung - ich weiß nicht dermaßen viel darüber, ich betrachte das nur über 48 Jahre - **ist der Vatikan**. So weit es mich betrifft, das Schlimmste, das der Welt jemals widerfahren ist, ist was wirklich im Vatikan vor sich geht.

Und das bringt nicht einmal das Thema der Propaganda Due auf. P2, die Propaganda-Due-P2-Loge, das wurde in "Der Pate III" sogar zweimal erwähnt. Es gibt da einen freimaurerischen Orden in Europa, genannt Propaganda Due. Er wird P2 genannt. Und P2 ist über Mitgliedschaften direkt mit Opus Dei und den Malteserrittern und den Jesuiten verbunden. Jesuiten, Opus Dei, der freimaurerische Orden der Malteser sind direkt verbunden mit etwas, daß Propaganda Due genannt wird.

P2 Loge der Freimaurerei. Die P2 Loge der Freimaurerei ist den Leuten weltbekannt, die Nachforschungen zum Thema kriminelle Organisationen betreiben. Und P2 ist reiner, unverfälschter, direkt aus dem Trog gegossener Nazismus. Unterweltorganisationen, Drogen, Menschenhandel, Pornographie, Gewalt, es ist alles P2. Sie sind diejenigen, die rechte Todes-

schwadronen in Zentral- und Südamerika, Mexiko, unterstützen, die Drogenkartelle in Kolumbien.

Wir reden über katholische Malteserritter, Drogenkartelle, Kolumbien. Außergewöhnliche Lasterhaftigkeit in einem Maße, das für die meisten Menschen schwer zu fassen ist. Und es wird alles vom Heiligen Vater in Rom orchestriert. Das ist der Grund, warum ich so viele Male gesagt habe, es wird dort niemals eine Zeit in der Geschichte dieses Landes geben wo Amerika gerettet wird.

Ich glaube nicht, daß Amerika gerettet werden kann. Ich glaube wahrlich nicht, daß Amerika oder die menschliche Rasse - das ist wieder bloß meine Meinung - aber ich denke nicht, daß die menschliche Rasse gerettet werden kann. Ich denke nicht, daß Amerika gerettet werden kann.

Weil dermaßen viele Millionen von Menschen diesen Schmutz und diese Degeneriertheit der Welt, in der wir leben, geradezu lieben. Sie lieben es. Sie lieben den Heiligen Vater und all ihre Pracht und Herrlichkeit, der Politiker und Könige und Herrscher und die Bilder von Bush, wie er den Ring des Heiligen Vaters küßt. Nach was sieht das aus, wie Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses, ganz in Farbe in den Nachrichten, sich verbeugt und Ehrerbietung zeigt und sich verbeugt und den Ring des römischen Pontifex küßt?



*Angela Merkel bei Papst Johannes Paul II.*



*Jill und Joe Biden bei Papst Johannes Paul II.*



*Bill und Hillary Clinton bei Papst Johannes Paul II.*



*George W. und Laura Bush bei Papst Johannes Paul II.*



*Papst Benedikt XVI. spricht zur UNO-Generalversammlung*

Die Männer, die unsere großartige Nation gegründet haben, würden sich übergeben. Angesichts dieses Verrats, höchsten Verbrechens und Verrats gegen den Staat. Aber diese Leute, die sich selbst Anführer Amerikas nennen. Ich sage Ihnen: der Vatikan hat uns die Mafia gegeben, Drogenhandel, Prostitution, Terrorismus, Gewalt, Kinderpornographie, all das.

Quelle: <http://www.youtube.com/watch?v=XwQ-9ArGXvQ> ...<<

**07.11.2009**

**Vatikan:** Auf der Webseite "<http://vaticanische-nwo.blogspot.com> ..." erscheint am 7. November 2009 folgender Bericht über den Vatikan und den Jesuitenorden (x992/...): >>**Vatikan und Jesuitenorden hinter dem Nationalsozialismus**

**1933:** Adolf Hitler wird deutscher Reichskanzler. Im ersten Teil dieses Werkes habe ich bereits dargelegt, **daß Hitler u.a. mit Hilfe des Vatikans an die Macht gekommen ist.** Dabei hat ein bestimmter **katholischer Orden** gewiß eine Hauptrolle gespielt, wozu es bei Bronder u.a. heißt: "Neben der Kulturschande des römischen Index ist es eine weitere höchst wichtige Institution des Katholizismus, die für den Nationalsozialismus ein direktes Vorbild abgegeben hat: "der **Jesuiten-Orden (SJ)**", eine 1534 von dem heiligen Ignatius von Loyola (1556 gestorben) ... gestiftete Kongregation, welche heute die größte und seit Jahrhunderten einflußreichste der Kirche ist - so daß man ihren General den "schwarzen Papst" nennt.

**Dieser Orden gab das Vorbild für die Errichtung der SS und der NSDAP ab,** wobei die straffe, militärähnliche Organisation der Jesuiten besonders bewundert wurde - und zwar von Männern, die großteils durch eine streng katholische Erziehung gegangen waren, wie Hitler und Himmler, oder wie Goebbels und Strasser, selbst ehemalige Jesuitenschüler. ... Worin nun war der Jesuitenorden beispielhaft? Er zog die "Compania Jesu" militärisch auf, versehen mit einem besonderen Gelübde des Kriegsdienstes für den Herrn, des unbedingten Gehorsams gegenüber dem Papst.

Dabei besitzt der Ordensgeneral eine unumschränkte Vollmacht über die Mitglieder und kann sie überallhin entsenden, wie es die Ordensregeln vorsehen, die sogenannten "Konstitutionen". In ihnen ist 500 mal erklärt, daß jedes Mitglied im General den Christus selber sehen müsse - um ihn hiermit und mittels einer strengen, ja brutalen Erziehung zum gefügigen, nie versagenden Werkzeug in der Hand des Ordens zu formen.

Die Subordination wurde von den Stiftern der SJ als das Geheimnis aller Machtentfaltung angesehen und gilt heute noch als die Seele der Tugend: "Ein jeder sei überzeugt, daß diejenigen, welche unter dem Gehorsam leben ... sich ebenso bewegen und regieren lassen müssen, wie wenn sie ein Leichnam wären (perinde ac si cadaver essent)!"

Über diese Heerschar schwarzgekleideter "Kadaver", die zu hoher Intelligenz gezogen sind, schaltet der durch die Provinzialen gewählte General souverän und setzt alle Beamten ein und ab. Er besitzt auch das Strafrecht. ... Auf die Zusammenhänge zwischen SS und Jesuitenorden weist auch Himmlers Vertrauter Walter Schellenberg hin. Der Reichsführer SS besaß die beste und größte Bibliothek über die SJ und studierte nächtelang in ihr, um seine schwarzen Scharen nach dem Vorbild der schwarzen Scharen des Papstes aufzubauen. "Vor allem habe ich vom Jesuiten-Orden gelernt", sagte der Reichsführer SS."

Die Ähnlichkeit der Geisteshaltung hatte dann auch entsprechende Konsequenzen: "Nicht ein einziges Mal hat der Vatikan es gewagt - oder vielleicht auch nie gewollt -, den Faschismus, den Nationalsozialismus oder ähnliche Bewegungen grundsätzlich zu verdammen, wie das z.B. im 19. Jahrhundert mit dem Liberalismus oder im 20. Jahrhundert wiederholt mit dem Sozialismus geschah. Denn unter den faschistischen Regimen erreichte die katholische Kirche einen Machtzuwachs, von dem sie sich vorher nie hätte träumen lassen. ...

Neben der Geistlichkeit seien die katholischen Laien innerhalb der NSDAP nicht vergessen, von deren Führern sie einen hohen Prozentsatz stellten, vor allem in den entscheidenden und ideologisch vor 1933 aufbauenden Ämtern, so daß man nicht zu Unrecht sagen darf, daß der Nationalsozialismus eine starke katholische Wurzel hat. So waren von den 26 NS-Reichsleitern, also der höchsten Führungsstufe der Partei, 12 bis zuletzt bekennende Katholiken, d.h. 46 % bei 1931 rd. 32 % Katholiken im deutschen Volke.

Nennen wir nur Namen wie Hitler, den ehemaligen Chorknaben der Benediktiner, und Dr. Goebbels, der einst als katholischer Unitas-Student hatte Kardinal werden wollen. ... Aus dieser letztlich christlich-katholischen Haltung heraus hat Hitler den Kampf gegen die Juden, Freimaurer, Sozialisten und Bolschewisten geführt, wie er an mehr als einer Stelle bekannte. Für einen so frommen Mann war es selbstverständlich, daß er auch das Freidenkertum ablehnte. ... Die christliche, wenn auch nicht immer kirchentreue Gefühlswelt Hitlers zeigt sich dann in seinem Buche "Mein Kampf", das er auf der Festung Landsberg verfaßt und 1925 herausgibt. ...

**1988:** Ein besonders wichtiges Kapitel aller Machtpolitik ist das der Kollaboration. In welchem Ausmaß der amerikanische Geheimdienst mit den größten Verbrechern des deutschen Nazi-Regimes zusammenarbeitete, davon berichtet Christopher Simpson in seinem Buch "Der amerikanische Bumerang".

Er schreibt u.a.: Die Untersuchung des Justizministeriums bestätigte, daß eine US-Geheimdienstorganisation mit der Bezeichnung Army Counterintelligence Corps (CIC, Gegenspionage der Armee) den Schutzstaffel (SS)- und Gestapooffizier Klaus Barbie Anfang August 1947 für Spionagetätigkeiten angeworben hat; daß ihn das CIC vor den französischen Ermittlern von Kriegsverbrechen versteckt, und daß es ihn dann mittels einer geheimen "**Ratline**" - Schleichweg - aus Europa fortgezaubert hatte; die Ratline wurde von einem Priester betreut, der selbst vor einer Anklage wegen Kriegsverbrechen untergetaucht war. ...

Der amerikanische Geheimdienst finanzierte, bewaffnete und bildete eine Truppe von ehemaligen Waffen-SS- und Wehrmachtssoldaten mit einem Kostenaufwand von etwa 500.000 Dol-



lar jährlich aus und konnte dennoch glaubhaft versichern, daß er nicht wußte, was seine eigenen Kontaktagenten taten. ... Die Geschichte einer dieser Ratlines ist deshalb hier von besonderer Bedeutung, weil man durch sie erfährt, wie die Vereinigten Staaten in die Rettung einer großen Zahl von Nazis und Verbrechern der Achsenmächte verwickelt wurden.

**Die wichtigsten westlichen Ratlines**, die bis jetzt ans Licht gekommen sind, einschließlich jener, die Nazis schmuggelten, **führten über den Vatikan**. Wenn man herausbekommt, warum und wie sich die katholische Kirche am Nazischmuggel beteiligte, ist man dem besseren Verständnis der Nachkriegsbündnisse zwischen ehemaligen Nazis und Geheimdienstorganisationen der USA einen großen Schritt nähergekommen. ...

In einem streng geheimen Bericht des Geheimdienstes des US-Außenministeriums vom Mai 1947 heißt es: "Der Vatikan ... ist die größte Organisation, die an der illegalen Weiterleitung der Emigranten beteiligt ist. Es ist der Wunsch des Vatikans, jedem Menschen ohne Ansehen seiner Nationalität oder politischen Meinung beizustehen, vorausgesetzt, dieser Mensch kann beweisen, daß er Katholik ist".

**Die Demokratie, so versicherte Pius XI., trage die Schuld an dem Chaos, das über die Menschheit gekommen sei, weil in ihr zuviel Freiheit herrsche und der Wille des Volkes als oberstes Gesetz angesehen werde ...**

Quelle: Dieter Rüggeberg in "Geheimpolitik - Der Fahrplan zur Weltherrschaft"

<http://members.internettrash.com/medwiss2/freimaurergpderrotefaden.html> ...<<

Auf der Webseite "<http://vaticanische-nwo.blogspot.com> ..." erscheint am 7. November 2009 folgender Bericht über die Jesuiten und die römisch-katholische Kirche (x996/...): >>**Die vaticanische Unterstützung des Nationalsozialismus**

**Die geheimen Terroristen**

Kapitel 7: Zweiter Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg war der ausgedehnteste und verheerendste Krieg in der aufgezeichneten Geschichte. Hunderte von Tausenden von Menschen starben in diesem Krieg. Die meisten Menschen haben keine Vorstellung warum dieser Krieg ausgefochten wurde und was der Grund für diesen Krieg war. Kriege passieren nicht einfach. Sie werden geplant und ausgeführt von Leuten hoch in der Regierung zu ihrem eigenen Vorteil. Präsident Franklin D. Roosevelt sagte "In der Politik geschieht nichts durch Zufall. Wenn es geschieht können sie wetten, daß es in dieser Weise geplant war". ...

**Die geheime Geschichte der Jesuiten: Der Nationalsozialismus**

Vorwort des Buches "The Secret History of the Jesuits" von Edmond Paris:

Von all den Faktoren, die eine Rolle gespielt haben in dem internationalen Leben eines Jahrhunderts voller Wirren und Umbrüchen, ist einer der entscheidendsten - gleichwohl am besten anerkannte - liegt in dem Streben der Römischen Kirche. Ihre weltliche Begierde, ihren Einfluß Richtung Osten auszudehnen, machte sie zu der "spirituellen" Verbündeten des Pan-Germanismus und zu seiner Komplizin im Versuch höchste Macht zu erlangen, was zweimal, 1914 und 1939, Tod und Verderben über die Völker Europas brachte.

Die Öffentlichkeit ist praktisch in Unkenntnis über die überwältigende Verantwortung, die vom Vatikan und den Jesuiten für den Beginn der zwei Weltkriege getragen wird - ein Sachverhalt, der zum Teil durch die gewaltigen Finanzen erklärt werden mag, die dem Vatikan und den Jesuiten zur Verfügung stehen, was ihnen Macht in so vielen Einflußbereichen verschafft, insbesondere seit dem letzten Konflikt.

Tatsächlich wurde die Rolle, die sie bei diesen tragischen Ereignissen gespielt haben, bis zur heutigen Zeit kaum erwähnt, außer von Fürsprechern, darin beflissen, es zu verschleiern. Es geschieht mit der Absicht, dies richtig zu stellen und die wahren Fakten festzustellen, daß wir in diesem und anderen Büchern die politische Aktivität während der zeitgenössischen Epoche darlegen - eine Aktivität, die gleichsam die Jesuiten betrifft.



Diese Studie beruht auf unwiderlegbaren Archivadokumenten, Veröffentlichungen von wohl-bekanntem politischen Persönlichkeiten, Diplomaten, Botschaftern und angesehenen Autoren, die meisten von ihnen Katholiken, sogar beglaubigt von der Imprimatur.

Diese Dokumente bringen die geheimen Aktionen des Vatikans und seine perfiden Tätigkeiten ans Licht, Konflikte zwischen Nationen zu verursachen, wenn es seinen Interessen diene. Mit Hilfe von beweiskräftigen Artikeln zeigen wir die Rolle auf, die von der "Kirche" bei Aufstieg von totalitären Regimen in Europa gespielt wurde. Diese Zeugnisse und Dokumente stellen eine vernichtende Anklage dar, und bisher hat kein Fürsprecher versucht, sie zu widerlegen.

Am 1. Mai 1938 erinnerte uns die "Mercure de France", was 4 Jahre zuvor gesagt worden war: "Die Mercure de France sagte am 15. Januar 1934 - und niemand widersprach - daß es Pius XII war, der Hitler 'gemacht hat'. Er kam nicht so sehr mit legalen Mitteln an die Macht, sondern weil der Papst die Zentrumsparterie (deutsche katholische Partei) beeinflusste... Denkt der Vatikan, daß er einen politischen Fehler begangen hat, indem Hitler der Weg zur Macht eröffnet wurde? Dem scheint nicht so zu sein..."

Dem schien nicht so zu sein als dies geschrieben wurde, was am darauf folgenden Tag nach dem "Anschluß" war, als Österreich mit dem Dritten Reich vereinigt wurde - noch später, als die Nazi-Angriffe sich vervielfachten - noch während des gesamten Zweiten Weltkrieges.

Vielmehr übertrug der Nachfolger von Pius XII., Johannes XXIII, am 24. Juli 1959 seinem persönlichen Freund Franz von Papen den Ehrentitel des Geheimkammerers. Dieser Mann war ein Spion in den Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges gewesen und einer der Verantwortlichen für Hitlers Diktatur und den Anschluß. Man muß an einer eigentümlichen Form von Blindheit leiden, solche eindeutigen Tatsachen nicht zu sehen.

Mr. Joseph Rovon, katholischer Autor, kommentiert das diplomatische Abkommen zwischen dem Vatikan und dem Nazireich am 8. Juli 1933:

"Das Konkordat bescherte der nationalsozialistischen Regierung, fast überall angesehen als aus Thronräubern, wenn nicht gar Briganten, bestehend, das Siegel einer Übereinkunft mit der ältesten internationalen Macht (dem Vatikan). Auf eine Art war es das Äquivalent zu einem Diplom in internationaler Ehrwürdigkeit". (Le catholicisme politique en Allemagne, Paris 1956, S.231, Ed. du Seuil)

Demnach hat der Papst, nicht zufrieden gestellt durch seine "persönliche" Unterstützung Hitlers, auf diese Weise dem Nazi-Reich die moralische Unterstützung des Vatikans gewährt! Zur selben Zeit, als der Terror auf der anderen Seite des Rheins begann zu herrschen, und stillschweigend akzeptiert und gebilligt wurde, hatten die sogenannten "Braunhemden" bereits 40.000 Menschen in Konzentrationslager gesteckt. Die Pogrome vervielfachten sich zu den Tönen dieses Nazi-Marsches: "Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's uns wieder gut" (bzw.: "...dann geht's noch mal so gut")

In den folgenden Jahren sah Pius XII sogar noch schlimmeres ohne aufgerührt zu sein. Es ist nicht überraschend, daß die katholischen Köpfe von Deutschland miteinander wetteiferten in ihrer Unterwürfigkeit dem Naziregime gegenüber, ermuntert wie sie waren von ihrem Römischen "Meister".

Man muß die derangierten Delirien und Verbalakrobatiken von opportunistischen Theologen so wie Michael Schmaus lesen. Er wurde später von Pius XII zu einem "Prinz der Kirche" gemacht und von der Publikation "La Croix" am 2. September 1954 als "der großartige Theologe von München" bezeichnet - oder noch einmal ein gewisses Buch betitelt "Katholisch-Konservatives Erbgut", über das jemand schrieb:

"Dieser Sammelband trägt Texte von den wichtigsten katholischen Theoretikern Deutschlands zusammen, von Görres bis Vogelsang; er läßt uns glauben, daß Nationalsozialismus schlicht und einfach aus katholischen Anschauungen heraus geboren wurde." (Gunther Buxbaum,

"Mercure de France", 15. Januar 1939).

Die Bischöfe, durch das Konkordat dazu gebracht, Hitler einen Eid der Treue zu schwören, versuchten stets sich gegenseitig in ihrer "Ergebenheit" zu übertreffen ...<<

**14.11.2009**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. November 2009 (x887/...): >>**Billiger Provokateur**

Das neue Goldhagen-Buch widerstrebt selbst den Anhängern des Zeitgeistes

Für Provokationen ist Daniel Jonah Goldhagen immer gut. Hatten vor allem viele Deutsche nach seinem Erstlingserfolg "Hitlers willige Vollstrecker - Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust" aus dem Jahr 1996 gehofft, nie wieder etwas von diesem als Schmierfink wahrgenommenen Politikwissenschaftler zu hören, so legte er 2002 mit "Die katholische Kirche und der Holocaust - Eine Untersuchung über Schuld und Sühne" nach.

Vor wenigen Wochen folgte nun "Schlimmer als Krieg - Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist". Selbst die in Sachen Goldhagen zuvor wohlwollende "Zeit" spricht von einem "Totalausfall", doch trotzdem konnte sich der 1959 geborene Sohn eines Holocaustüberlebenden über ein großes Medieninteresse freuen. Zwar konnte er nicht genauso viele Einladungen in Talkshows wie 1996 verbuchen, doch mit seinem Vorschlag, die Weltgemeinschaft solle doch ein Kopfgeld auf Massenmörder aussetzen, gelang es ihm, genügend Werbung für sein Buch machen.

Dieses kommt in seiner Gesamtheit zwar seriöser daher, als man es bei seinem Autor vermutet, doch das liegt daran, daß auch Goldhagen nicht 684 Seiten am Stück provozieren kann. Gleich sein erster Satz dürfte in den USA für Erschütterung gesorgt haben: "Harry Truman, der 33. Präsident der Vereinigten Staaten, war ein Massenmörder."

Wer jetzt als Deutscher jedoch denkt, daß seine Vorfahren dieses Mal besser davonkommen als bei "Hitlers willige Vollstrecker", nur weil das Buch mit Trumans Schuld am Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beginnt, irrt. Ziel des Autors war die größtmögliche Provokation und dafür mußte er sich eben etwas Neues einfallen lassen.

Trotz aller Emotionen und Widerworte, die der seit seinem ersten Bucherfolg nicht mehr in Harvard Lehrende auslöst, bietet sein Buch so manche Aha-Momente. Das liegt nicht nur an der durchschaubaren Art, wie der Autor, auf den Zeitgeist reagierend, Schlagzeilen zu machen hofft: So manche der von ihm gestellten Fragen im Zusammenhang mit Völkermorden sind durchaus aufschlußreich und in die Tiefe gehend. Das gilt jedoch nicht für seine Antworten.

Warum wird die Vernichtungsmaschinerie in Gang gesetzt? Warum werden manche Gruppen zur Eliminierung vorgesehen und andere, sogar im selben Land, nicht? Warum wird für eine zur Eliminierung vorgeschlagene Gruppe die Vernichtungsvariante gewählt? Warum beginnt der Vernichtungsangriff dann, wenn er es tut? Warum bleiben Menschen angesichts derartiger Greuel untätig? Dies sind nur einige der durchaus bedeutungsvollen Fragen, die der Autor stellt. Zur Beantwortung zieht der Autor Völkermorde der Vergangenheit heran und geht dabei auf ihre Muster und Ursprünge ein.

Deutsche, Türken, Serben, Indonesier, Kambodschaner, aber auch Chinesen und Russen werden als Täter vorgestellt, die sich aus den verschiedensten Gründen zum Morden hätten verführen lassen. Hier betont Goldhagen jedoch ausdrücklich, daß es für ihn keine Kollektivschuld gebe, bestenfalls würden viele eines Volkes kollektiv schuldig. Doch von seiner bereits 1996 weltweit diskutierten These, daß die Deutschen besonders anfällig für den Massenmord an den Juden gewesen seien, weil sie den Antisemitismus tief verinnerlicht gehabt hätten, läßt er nicht ab.

Plakativ greift er einige Beispiele früherer Völkermorde heraus, um Antworten auf die Fragen zu geben. Effektheischend baut er einige deftige Zeitzeugenberichte ein, um seine zuvor aufgestellten Thesen zu belegen. Gegen Ende gibt er dann sehr eigenwillige Ratschläge, wie die

Welt in Zukunft Massenmorde verhindern kann.

Bereits diese Ratschläge zeigen, daß Goldhagen zwar älter, aber nicht weiser geworden ist. Die Kritik an seinen vorherigen Publikationen hat ihn nicht zu einem wissenschaftlicheren Arbeiten bewegen können, so daß auch "Schlimmer als Krieg" letztendlich auf dem Niveau einer "Bild"-Zeitung hängen bleibt.

Daniel Jonah Goldhagen: "Schlimmer als Krieg - Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist", ... München 2009 ...<<

**01.12.2009**

**Belgien:** Der Vertrag von Lissabon tritt am 1. Dezember 2009 in Kraft.

**05.12.2009**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Dezember 2009 über den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920/21 (x887/...): >>**Wie polnisch war "Ostpolen"?**

Polens heutige Ostgrenze basiert weitgehend auf der vor 90 Jahren gezogenen Curzon-Linie. Die heutige Ostgrenze der Republik Polen entspricht weitgehend der sogenannten Curzon-Linie, die sich ihrerseits an der Volkstums- und Sprachgrenze orientiert.

Vor 90 Jahren verkündeten die Sieger des Ersten Weltkrieges auf der Pariser Friedenskonferenz die nach dem damaligen britischen Außenminister George Curzon benannte Linie als Demarkationslinie.

Die "14 Punkte" des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, auf deren Basis die Deutschen sich 1918 zum Friedensschluß bereit erklärt hatten, enthielten mit dem 13. auch einen Punkt über Polen und seine Grenzen: "Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden."

Anders als bei der Westgrenze zu Deutschland waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges bemüht, Polen im Osten eine Grenze zu geben, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, also der Volkstums- beziehungsweise Sprachgrenze entsprach. Polens östlicher Nachbar, das vormalige Zarenreich, zählten die Kriegssieger nämlich im Gegensatz zu Polens westlichem Nachbarn nicht zu ihren Gegnern. Zwar betrachteten sie Rußlands "Rote" wie die Deutschen als Paria, doch gaben sie sich noch längere Zeit der Hoffnung hin, daß die von ihnen unterstützten "Weißen" die zukünftigen Herren Rußlands wären.

Folgerichtig entwickelten die Sieger auf der Pariser Friedenskonferenz für Polens Abgrenzung gegen Osten eine Demarkationslinie, die weitgehend der Sprachgrenze entsprach. Am 8. Dezember 1919 wurde der polnischen Regierung diese Linie mitgeteilt mit der Erlaubnis, bis dorthin ihre Verwaltung auszudehnen. Diese "Linie des 8. Dezember" bezeichnen wir heute als "Curzon-Linie".

Ebenso wie im Westen war die polnische Regierung jedoch auch im Osten nicht bereit, sich mit den mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Territorien zu begnügen.

Wilson's Vorgabe, daß der polnische Staat alle Gebiete "einzubegreifen" habe, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind, legte die Regierung vielmehr in der Weise aus, daß alles Polen sei, wo Polen leben, unabhängig davon, ob sie in ihrer Heimat die Mehrheit bilden.

Mit Waffengewalt trachtete Warschau nun zu gewinnen, was die Sieger in Paris ihnen nicht gewährt hatten. Rußlands Bolschewiki verhielten sich im Grunde ähnlich wie zuvor im Ersten Weltkrieg gegenüber den Mittelmächten.

Der Kampf um die Macht im Inneren gegen die "Weißen" hatte für sie Vorrang vor Grenzfragen im Konflikt mit ausländischen Mächten. Vielleicht hatten die Bolschewiki auch ähnlich

wie beim Friedensschluß von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten die Hoffnung, daß es doch nur um ein Provisorium ginge. Jedenfalls schlug Lenin selbst am 28. Januar 1920 Friedensverhandlungen auf Basis einer Demarkationslinie vor, die zwischen 280 und 400 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze lag. Der polnischen Regierung reichte das jedoch nicht. Sie hoffte auf noch mehr Landgewinn.

Im Juni des Jahres wendete sich jedoch das Schlachtenglück. Polens Streitkräfte gerieten in die Defensive und mußten sich zurückziehen. Bis zum Juli rückten die Russen bis zur Curzon-Linie vor. In dieser Situation bat der polnische Premier die auf der Konferenz von Spa vereinigten alliierten Staatsmänner um Hilfe.

Ein weiteres Mal versuchten nun die Alliierten, die "Linie vom 8. Dezember" als Grenze durchzusetzen. Nachdem sich die polnische Seite am 10. Juli 1920 zum Rückzug hinter die Curzon-Linie verpflichtet hatte, schlugen die Alliierten telegrafisch den Russen einen Waffenstillstand mit ihr als Demarkationslinie vor. Da das entsprechende Telegramm vom britischen Außenminister George Curzon unterschrieben war, begann sich der Name "Curzon-Linie" durchzusetzen.

Um ihrem Vorschlag Nachdruck zu verleihen, hatten die Alliierten den Russen für den Fall des Überschreitens der Linie mit der militärischen Unterstützung Polens gedroht. Das hinderte die Sowjets nicht, ihren Vormarsch fortzusetzen. Mit alliierter Unterstützung gelang es den Polen allerdings, die Russen im August 1920 vor Warschau zu stoppen.

Analog zum "Wunder an der Marne" spricht man in diesem Zusammenhang gerne vom "Wunder an der Weichsel". Nun bewegte sich die Front wieder Richtung Osten und es waren die Russen, die einen Friedensvertrag auf Basis der Curzon-Linie vorschlugen. Dazu waren aber wiederum die Polen nicht bereit. Das Ergebnis der von den Alliierten vermittelten Friedensverhandlungen war schließlich der Friede von Riga.

In diesem am 18. März 1921 geschlossenen Frieden konnte Polen eine rund 250 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze liegende Staatsgrenze durchsetzen. Selbst nach polnischen Angaben umfaßte die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen polnischen Ostgrenze in den frühen 1920er Jahren etwa sechs Millionen Ukrainer und Weißrussen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden und Litauer, aber nur etwa 1,5 Millionen Polen - also etwa 17 Prozent. Dennoch wird das Gebiet zwischen der Volkstumsgrenze beziehungsweise Curzon-Linie im Westen und der in Riga gezogenen Ostgrenze bis zum heutigen Tage in der Bundesrepublik regelmäßig als "Ostpolen" bezeichnet.

Angesichts der Polenfreundlichkeit des Westens mag diese fälschliche Verwendung des Begriffs politisch gewollt sein, aber sie bleibt grob falsch.

Verständlicherweise revidierte Moskau die Friedensregelung von Riga, als Berlin ihm hierzu mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und dem anschließenden Angriff auf Polen die Möglichkeit bot. Bemerkenswerterweise verzichtete die Sowjetunion - mit Ausnahme des zu erheblichen Teilen weißrussisch-sprachigen Gebietes um Bialystok - auf die Annektierung polnischen Territoriums und begnügte sich nach dem erfolgreichen Polenfeldzug im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 mit dem nichtpolnischen "Ostpolen".

Von westallierter Seite wurde zwar noch versucht, die Sowjetunion für eine östlich von Lemberg verlaufende B-Variante der Curzon-Linie zu gewinnen, aber diese verzichtete nur auf das westlich der Curzon-Linie liegende Bialystok. Die UdSSR ist nun schon seit fast einem Jahrzehnt Geschichte, aber die von ihr gezogene Ostgrenze Polens auf der Basis der Curzon-Linie hat bis heute Bestand.<<

**Dezember 2009**

**BRD:** [Horst Koch](#) berichtete im Dezember 2009 in seinem Internet-Blog "[www.horst-koch.de](#)" (x958/...): >>**Minarette - Schwarze Wolken in Europas Himmel - ein arabisch-**

## **christlicher Islamwissenschaftler nimmt Stellung -**

*Fouad Adel*

### **Ja, zu den Türmen der Kirchen, Nein zu den Minaretten:**

Nach der Volks-Abstimmung in der Schweiz vom 29.11.2009 mit dem Ergebnis von 57,5 % für das Verbot zum Bau neuer Minarette, verbreitete sich die Nachricht in den westlichen und arabischen Medien wie ein Lauffeuer. Die Nachricht warf viele Reaktionen auf unter den Experten, Entscheidungsträgern. Multiplikatoren in Politik und Gesellschaft. Diese Entscheidung bedeutet in der Praxis, daß der dritte Absatz in Artikel 72 der Schweiz. Bundesverfassung geändert werden muß in: "Der Bau von Minaretten ist verboten".

Neu auf der Ebene der Aufnahme von ungeliebten Nachrichten in islamischen Ländern ist, daß dieses Mal die Muslime bis jetzt kaum rebelliert haben gegen die Schweiz, deren Bevölkerung und Regierung. Sie haben nicht auf den Strassen protestiert, wie bei ähnlichen Gelegenheiten zuvor, zum Beispiel im Falle der Mohammed-Karikaturen. Scharfe Kritik gab es nur von ein paar radikalen muslimischen Diktatoren, in deren Ländern Menschenrechte und Demokratie keine Bedeutung haben.

Aber in verschiedenen Zeitungen und Medien der Schweiz war einerseits die Rede von "Angst und Unwissenheit" und "Verwirrung zwischen Unwissenheit und Verirrung", betreffend die Frage, welche Schweizer wirklich damit einverstanden sind, den weiteren Bau von Minaretten in ihrem Land zu verbieten. Auf der anderen Seite gehen die Schweizer Volkspartei und europäische Rechts-Parteien davon aus, daß der Versuch, Europa zu islamisieren der Hauptgrund ist für dieses Ergebnis: "Nein zu den Minaretten."

### **Ich hasse dich, weil du anders bist:**

Es ist vielfach nicht unbedingt eine Frage der momentanen "Stimmung der Schweizer", die vielleicht nicht so gerne die Minarette in den Himmel des Alpenlandes ragen lassen wollen. Also die Frage ist weniger, wie manche denken, die der naiven Konfrontation: "Ich verbiete dir, weil ich das Sagen habe!" oder gar "Ich hasse dich, weil du anders bist!"

Gemäß meiner Erfahrung (und der arabischer Christen über Jahrhunderte) - geht es im Grunde, bewußt oder unbewußt, um sehr viel mehr. Nein, es ist ein Verbot für den Geist, der sich hinter der Minarett-Kultur verbirgt. Es steht für die Absage an vielgesichtige islamische Mentalitäten, die für Allahs Weltherrschaft leben, die bedingungslos der Lehre des Korans glauben: "Ich erhalte Herrschaft über deine Kultur, über dein Land, über deine Politik, über dein christliches Erbe, über deinen Glauben, und über deine Identität". Einfacher gesagt:

"Gib mit mir dem Allah des Korans (auch) Respekt bzw. Ehre" bedeutet für Muslime nicht "Toleranz auf Augenhöhe", wie unter europäischen Humanisten anscheinend selbstverständlich, sondern bestätigt sozusagen auf kleinstem Nenner: "Ich habe dich besiegt, ich habe dich erniedrigt" - sozusagen als erstes Dihad-Ergebnis.

Nicht umsonst sagte der biblische GOTT im Alten Testament zu seinem Volk: "Der Fremdling, der bei dir ist, wird über dich steigen und immer oben schweben; du aber wirst heruntersteigen und immer unterliegen. Er wird dir leihen, du aber wirst ihm nicht leihen; er wird das Haupt sein, und du wirst der Schwanz sein. (5. Mose 28,12)

### **Eine scharfe Debatte.**

Die Geschichte der ersten Minarette in der Schweiz: Als erste Schweizer Moschee mit Minarett wurde 1963 die Mahmud-Moschee in Zürich eingeweiht. Damals reagierte die Bevölkerung wohlwollend auf das Bauwerk. Es zeigte in den Augen vieler die Weltoffenheit Zürichs. Mittlerweile sind drei weitere Moscheen mit Minarett dazugekommen:

Das zweite Minarett gehört der Islamischen Kulturstiftung in Genf (am Wohnort des saudischen Königs Faisal bin Abdul Aziz in 1972) und wurde auf Initiative des 1953 verstorbenen saudischen Königs Khaled bin Abdul Aziz Al-Saud gebaut und 1978 in Anwesenheit des Bundespräsidenten der Schweiz, Willy Ritschard, eingeweiht. Die Kosten für das Grundstück,

den Bau und die Ausstattung im Umfang von rund 21 Millionen Schweizer Franken wurden von der Regierung Saudi-Arabiens allein getragen. Die zwei anderen Moscheen mit Minarett stehen in Winterthur und Wangen bei Olten. Daneben gibt es in der Schweiz rund 150 öffentliche Gebetsstätten.

Der Beginn der scharfen Debatten über die "Prävention von Minaretten" in der Schweiz ist im Januar 2005, als eine türkisch-islamische Organisation in Wangen bei Olten das Projekt bekanntgab, "ein symbolisches Minarett" von fünf bis sechs Metern Höhe zu bauen. Das Projekt wurde von den kantonalen Behörden abgelehnt, weil "die Minarett-Höhe nicht die Benutzung des Platzes für religiöse Zwecke und die Praxis der zeremoniellen Gebete" erhöht oder verringert, wie es sinngemäß in der Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichts hieß.

#### **Minarette - Symbol der islamischen Herrschaft:**

Die Geschichte des Minaretts, wie sie aus historischen und islamischen Quellen hervorgeht, zeigt, daß Minarette als "Symbol der islamischen Herrschaft " dienten, die später erfunden wurden, um den islamischen Sieg über die eroberten Länder zu beweisen.

So war zum Beispiel die Masjid al-Nabawi Moschee in Medina (zweitheiligste Stätte der Verehrung für Muslime nach der Großen Moschee in Mekka), 88 Jahre lang ohne ein Minarett. Dort hatte der Prophet des Islam gesagt: Das Gebet in meiner Moschee ist besser als tausend Gebete anderswo, außer in der Heiligen Moschee / Sahih Muslim: Nr. 1394). Das war zur Zeit der Moschee-Gründung während der ersten Migration des Propheten in Medina am 12. März 622 n. Chr. Erst der Omajjadenkalif Walid bin Abdul Malik befahl in Medina dem Omar bin Abdul Aziz, vier Minarette an den Ecken der Moschee zu bauen.

#### **Andere muslimische Glaubensrichtungen sind in islamischen Ländern verboten:**

In Ägypten wurden und werden (akut nach der Schweizer Initiative) nicht nur die Kopten verfolgt, auch der bahaitisch-islamische Glaube ist verboten und es ist ihnen nicht erlaubt, Gebetsräume zu eröffnen. Ähnlich wie den Christen der Kirchenbau, ist in Ägypten auch schiitischen Muslimen der Bau eigener Gebetsräume untersagt. Einzig die radikal-sunnitische Muslimbruderschaft fordert die Vereinigung von Sunniten und Schiiten zum Kampf gegen die "Kuffar = Lebensunwürdigen = Juden und Christen", vgl. [http://de.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-468/\\_nr-1147/i.html](http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-1147/i.html)

Andererseits ist im Iran der Bau von sunnitischen Moscheen verboten. Wiederum in anderen arabischen Ländern mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit ist es verboten, schiitische Moscheen "husseiniyyas" zu erbauen: Die saudischen Behörden z.B. haben im Juni 2008 in der Provinz Khuber drei schiitische Moscheen geschlossen.

Interessant zu unserem Thema ist, was [www.Jihadwatch.org](http://www.Jihadwatch.org) schreibt: "Tatsache ist, daß saudi-wahhabitische Moscheen keine Minarette haben, weil diese als eine Lästerung (bid'a) betrachtet werden." Moscheen können also sehr gut funktionieren ohne Minarette. In der Schweiz gibt es übrigens seit Jahren mindestens 150 Moscheen!

#### **Das erste Minarett.**

Einige Autoren schreiben den ersten Bau eines "Minaretts" um das Jahr 705 n. Chr. der Regierungszeit des Umayyaden-Kalifen Walid zu. Die Umayyaden verlegten damals die Hauptstadt des politischen Islam von Mekka nach Damaskus. Dieses "Minarett der Braut" (es ist auch bekannt als Minarett Alclasp oder "Das weiße Minarett") in der großen Umayyaden-Moschee ist demnach das älteste und erste Minarett in der Geschichte des Islam.

#### **Das Minarett ist auch ein politisches Symbol:**

Vorgänger der heutigen Umayyaden-Moschee in Damaskus war der ca. 31 vor Chr. gebaute Jupitertempel als "hoher Platz", es folgte im 4. Jh. eine Basilika, die Johannes dem Täufer geweiht wurde. Nach der islamischen Eroberung der christlichen Hauptstadt Damaskus 635 n. Chr. und dem Eindringen von Khaled bin Waleed und Abu Obeida elgarah wurde die Hälfte als Moschee weggenommen, aber die andere Hälfte blieb zunächst Kirche. Muslime sowie

Christen verehrten dortige Reliquien von Johannes dem Täufer. Bis 705 n. Chr. wurde dann im Auftrag des Omajjadenkalifs Walid bin Abdul Malik das ganze Gebäude zur Moschee umgebaut.

Der Bau von Minaretten begann als Reaktion auf die Türme der christlichen Kirchen in Ländern, die der Islam eroberte. Sie kommen nicht aus der islamischen Geschichte selbst, wie viele glauben, nicht als integraler Teil der Moschee. Die Kirchtürme ihrerseits waren Symbol für die Erhabenheit des Ortes, in dem die Lehre Jesu Christi gepredigt wird, damit Menschen zum ewigen Jesus - der im Himmel ist - finden können und durch IHN den Weg zur Gemeinschaft mit GOTT als Vater.

Daher das entsprechende Bild der Kirche, der Kathedrale, die als ein "hoher Platz" auf die "Höhe von Christus" hinweist, und der Weg durch diesen hohen Raum zu dem Hohen GOTT. Aber diesen Inhalt kennt der Islam nicht und lehnt ihn vehement ab.

### **Das Minarett - Islamische Herrschaft über das christliche Damaskus:**

Wenn wir die Geschichte von Damaskus, wo die ersten Minarette "gepflanzt" wurden, lesen, sehen wir, daß der Ort vor der Eroberung durch die islamische Armee für die Christen zentral war, um die Lehre Christi zu predigen.

Damaskus fiel im Jahre 333 v. Chr. in die Hände von Alexander dem Großen, dem dann die römischen und griechischen Zivilisationen folgten. Später wurde Damaskus ein wichtiger christlicher Ort, zur Wiege des Christentums, die viele Heilige und Apostel "hervorbrachte, welche die Lehre JESUS überall in der damaligen Welt predigten, vor allem Apostel Paulus, der sich in Damaskus zu dem Herrn Jesus bekehrt hat" (Apostelgeschichte 9).

### **Das Minarett-Symbol geschichtlich verstehen.**

Nachdem Damaskus in die Hände der muslimischen Eroberer gefallen war, erschien es notwendig, den Charakter der Stadt von Grund auf zu ändern. Mit ihrem ehemals führenden christlichen Charakter wurde sie zu einem "Ort des Islams". Das bezieht sich auf die Identität des Siegers. Das Minarett, als "Symbol des neuen Ortes der Sieger", wurde auf den Ruinen des vormaligen "Großen Doms" als Ort, der ein für allemal besiegt sei, erbaut. Hiervon kann man das symbolische "Minarett-Verständnis" in die heutige Geschichte des politischen Islam übertragen, das Minarett als Symbol für den "Ort der Starken, der Sieger" oder für den "Ort der Eroberer".

Jedenfalls wurde Damaskus Stück für Stück von der "Heimat der Christen" in das "Haus des Islam" transformiert. Ein anderes Beispiel, der Qutb Minar in New Delhi (Indien): Nach dem Sieg der Moslems über die Hindus um das Jahr 1200 begonnen, zwischen 1211 und 1236 als Siegesturm bzw. Minarett fertig gestellt, zum Zeichen der Herrschaft des Islams über besiegte Hindus. Die Osmanen führten die Tradition fort. In Jahrhunderten entstand so ein Islamischer Code:

Minarette als Demonstration des islamischen Codes, das Land zu erobern, bzw. das Land zu islamisieren. Denn nichts anderes ist heilige Pflicht der Muslime. Das Minarett ist bei Weitem mehr als ein "architektonischer Dekor", es ist ein Beweis des islamischen Sieges und der Herrschaft über dieses Land. Man erinnere sich nur an Erdogans Rede in Köln vor wenigen Jahren. Nicht umsonst sagen uns türkische Nachbarn recht freundlich: "Diesmal erobern wir Euch und Europa über die Geburtenrate".

Jonathan Bloom, Professor für Geschichte an der "Boston University" und Spezialist für die Geschichte der Minarette, bezeichnete Minarette als (zunächst) "stille Symbole". Man kann sie als ein Signal verstehen des Wachstums des Islam, der den Sieg hat über alle anderen Religionen und (aus Sicht des Islam) degenerierten Kulturen.

Die deutsche FAZ schreibt am 1.12.2009: "Die Frage, ob ein Minarett die Verkörperung aggressiven islamischen Herrschaftsdrangs oder nur das harmlose Symbol einer friedlichen Religion sei, hätte Sultan Mehmed II. vermutlich nicht einmal verstanden. Selbstverständlich

ließ der Osmanenherrscher nach der Eroberung Konstantinopels im Jahr 1453 die Hagia Sophia, schon damals ein jahrhundertaltes Zentrum der Christenheit, umgehend in eine Moschee umwandeln.

Zu den ersten Befehlen des Sultans nach der Einnahme der Stadt gehörte deshalb die Anordnung, der Hagia Sophia als unübersehbares Zeichen der neuen Herrschaft ein Minarett aus Holz hinzuzufügen. Bald wurde die hölzerne Übergangslösung durch vier Minarette aus Stein ersetzt, die noch heute das Aussehen des weltberühmten Bauwerks prägen.

Bei dem mittelalterlichen Siegeszug der Osmanen über die orthodoxen Staaten des Balkans, also über Bulgarien und Serbien, aber auch später über die katholischen Ungarn war es nicht anders. Die Errichtung von Minaretten in früheren Kirchen gehörte zu den ersten Manifestationen einer Herrschaft, die zumindest in den südlichen Gebieten des Balkans bis 1912 dauern sollte. Daß die aufständischen Balkanvölker in ihren Kämpfen gegen die Türken dann bevorzugt Moscheen und Minarette zerstörten, war die Kehrseite."

#### **Muslime versagen sich sozialer Integration:**

Die Plakate der "Volksinitiative zu Minarett-Verbot" zeigten die Minarette so, wie sie seit Jahrhunderten sind. Die schwarze Farbe warnte davor, die Schweizer Kultur "durchlöchern" zu lassen. Die schwarz verummte Frau symbolisierte, was letztlich die Schweiz und Europa erleben dürfen, wenn das Scheitern der Integrationspolitik in Europa fortschreitet.

Immer mehr Muslime, gerade auch Frauen, versagen sich der Integration, verstärken über die "Kulturvereine" ihre islamische Mentalität - als muslimisch "Aktive" mißbrauchen sie die europäischen Bürgerrechte, und ihre Staatsbürgerschaften um sich gegen europäische Standards (Sprache, Kultur, Denkweise, eine Philosophie des Lebens) abzugrenzen.

#### **Sorge über europäische Identität:**

Ausgehend von Fehlern in der europäischen Politik der Integration und dem Mythos der Entwicklung zum "europäischen Islam" begann die aktuelle Debatte. Zur Hilflosigkeit gegen Terrorakte gesellen sich für den Europäer die Sorgen über die Zukunft der europäischen Freiheits- und Privatsphäre sowie die Vermischung mit den Identitäten der Immigranten, vor allem der "islamischen Identität", deren Gewicht in Europa von Tag zu Tag zunimmt.

Trotz aller staatlichen Bemühungen ist es mit diesem Anliegen nach den Ereignissen vom September 2001 kaum besser geworden. Nachdem Europäer zum Islam konvertieren und die Muslime ihre Identität vermehrt demonstrativ vorführen (z.B. Kopftuchstreit. Drohbotschaften in den Medien), entwickelt sich zunehmend "echte Angst" vor dem Islam.

#### **Keine theoretische Angst:**

Es ist offensichtlich, daß die Muslime, die blind an die Lehren des Koran glauben, den terroristischen "Jihad" als Allahs gegebenen Weg erklären, um Europa zu islamisieren. Im Zusammenhang mit der Angst vor der Islamisierung Europas und vor der islamischen Lehre, die mit der Kultur des Minaretts bewaffnet ist, einer "Kultur der Eroberung" gegenüber der europäischen Kultur, die offen ist, entstanden Meinungen, daß eine solche europäische Angst vor dem Islam eine faschistoide Angst vor jedem Anderen, was immer "fremd" erscheint, sei.

Daß die Angst in Europa diese Ansicht nicht unterstützt, sondern widerlegt, zeigt die Tatsache, daß in der Schweiz den Tempeln anderer Religionen (Hindus, Buddhisten oder der orthodoxen Kirche und anderen nicht die gleiche Haltung wie der "Kampagne zur Minarett-Verbot" gegenüber steht. Dies zeigt, daß die Angst der Schweizer und der übrigen Europäer vor dem Islam in diesem selbst begründet ist.

#### **Gründe für das Minarett-Verbot:**

Jean-François Mayer, als religiöser Soziologe einer der bedeutendsten Experten zur Zukunft der Religionen und Autor von "Internet- und Religionsfreiheit" (2008), gibt vier Hauptgründe an, welche die Mehrheit der Schweizer bei der Abstimmung motivierten:

Die Minarette gehören nicht zur Schweizer Kultur und Gesellschaft;



Der Islam ist mehrheitlich intolerant (Bauverbot von Kirchen in islamischen Ländern, massive Christenverfolgungen bzw. Zwangsislamisierung);

Angst vor den Auswirkungen der weiteren Ausbreitung des Islam;

Muslime sollen sich anpassen und wirklich integrieren.

### **Eigenartiger, muslimisch-orientalischer Wahrheitsgeist:**

Der Koran gilt als absolute von Allah gegebene Wahrheit, die nicht hinterfragt werden darf. Aber: Nach der muslimischen Lehre - wenn zwei Muslime übereinkommen, was wahr sei, darf dies als anerkannte Wahrheit gelten. Der Muslim darf in bestimmten Fällen und wenn erforderlich untreu sein und lügen, so im Heiligen Krieg zur Ausbreitung des Islam bzw. gegenüber den "Kuffar = Lebensunwürdigen". Die Scharia als muslimisches Glaubens-, Politik- und Rechtssystem steht über allen anderen Systemen.

Den Grünen "Multi-Kulti-Freunden" sind derlei Grundhaltungen entweder unbekannt oder einfach zu unglaublich. Globale Heilsprediger wiederum malen sich eine friedliche "Neue-Welt-Ordnung" aus, nach Barack Hussein Obamas Devise "We all are ONE, each in its individual divine nucleus". ...

Europäische Abwehrhaltungen der Elite und Leute auf der Straße vor der "Kultur der Minarette" besagen, daß ihre Sorgen sich nicht gegen Muslime richten, weil diese ihren Allah verehren. Viele Europäer sind nur bestürzt über "einen muslimischen Geist und das muslimische Denken", der unbedingt alle Gedanken in sein Denken zieht, alle Himmel in seinen Himmel und alle Höhe unter seine Minarette.

### **Mein Fazit:**

Alles ist meinerseits weniger eine Frage der "Freiheit der Religionsausübung" oder "Freiheit zu verehren, wen oder wie man möchte oder was man will", sondern es ist eine Frage der Menschenrechte - also bitte: "Laßt mir meine Freiheit, die ich lebe, Freiheit, die meine Kultur ist, die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist."

Pastor Fouad Adel M.A., Dezember 2009 ...<<

### **2009**

**BRD:** Die evangelisch-lutherische "Kommunität St. Michael" berichtet im Jahre 2009 auf ihrer Webseite "www.stmichael-online.de" über den angeblich von Menschen verursachten "Klimawandel" (x1.010/...): >>"Wir retten die Welt"

Mit geradezu messianischem Pathos versammeln sich ab Montag 15.000 (!!!) Wissenschaftler, "Experten", Diplomaten, Politiker und Minister zur größten Konferenz der letzten Jahrzehnte, dem sogenannten "Weltklimagipfel". Festes Ziel dieser Versammlung ist die Rettung der Menschheit, oder noch besser, die Rettung unseres Planeten.

Vor was soll denn der Planet gerettet werden? Vor dem angeblich von Menschen verursachten "Klimawandel", der das gesamte Leben auf dieser Erde bedroht. *Das Civitas Institut veröffentlicht in den kommenden Tage eine Fortsetzungsreihe über die Hintergründe dieses größten Betrugs der Menschheit seit dem Kommunismus.*

### **... 1. Teil.**

Rechnet man allein den Energieaufwand für diesen Gipfel zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß ohne diesen Gipfel die Atmosphäre der Erde erheblich geringer belastet würde, als das durch diesen Gipfel der Klimawandel gestoppt würde. Allein die Anreise der über 15.000 Teilnehmer aus 192 Nationen, die natürlich nicht zu Fuß oder per Fahrrad anreisen, sondern mit dem Flugzeug, trägt nicht unwesentlich zur Verschmutzung der Umwelt und der Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes bei.

### **Doch worum geht es überhaupt?**

Nach Auffassung von sogenannten "Experten", das sind insbesondere vier Klimaforschungsinstitute (von einigen Tausend) die im sogenannten "Weltklimarat" zusammengeschlossen sind, wird die Erde sich in den nächsten Jahrzehnten erheblich erwärmen. Die genaue Höhe

der Erwärmung ist umstritten. Die Zahlen liegen zwischen 7 Grad und 14 Grad Celsius. Wenn dies zutrifft, dann besteht allerdings eine nicht unerhebliche Gefahr für das "Weltklima" (ein Begriff, der blödsinnig ist und speziell hierfür geschaffen wurde). Dies kann man sich auch ohne Experte zu sein, leicht ausrechnen.

Nun sind die "Experten" zugleich davon überzeugt, daß diese Erderwärmung eine anthropogene Ursache hat, d.h. daß sie vom Menschen gemacht ist. Neben Methan und einigen anderen Gasen sowie Wasserdampf wird als Hauptursache der Erderwärmung das Kohlendioxid, chemische Formel CO<sub>2</sub>, verantwortlich gemacht. Dieses Gas kommt auch natürlicherweise in der Erdatmosphäre vor, doch die Experten haben festgestellt, daß sich der Anteil von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre seit der Industrialisierung "exorbitant" erhöht hat und das die Ursache dafür die Verbrennungsprozesse sind, die durch Industrie, Verkehr und anderes entstehen.

Um das "Klima" zu retten, muß man folglich nach Meinung der "Experten", die inzwischen von Politikern, Ökosozialisten und anderen linken Ideologen, insbesondere den Medien unterstützt werden, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> reduzieren und zwar gewaltig.

Die dafür vorgeschlagenen Maßnahmen würden in den kommenden Jahrzehnten nicht nur mehrere 10 Billionen Dollar kosten, sondern auch das Wirtschaftswachstum radikal reduzieren und zu einer gewaltigen Umverteilung des Reichtums führen.

Soviel zum Schreckensszenario der "Klimaforscher" im Dienste der Ökoideologen. Mit geradezu religiöser Terminologie wird die zweite Erbsünde im Verbrauch von CO<sub>2</sub> gesehen und die Rettung der Menschheit kann durch den Menschen selbst erfolgen, indem er den CO<sub>2</sub> Verbrauch reduziert. Was ist an diesen Behauptungen dran? Antwort: So gut wie nichts!

#### **Dazu zunächst einige Tatsachen:**

1. Das global freigesetzte CO<sub>2</sub> auf unserer Erde kommt zu 97 % aus der Natur (Ozeane, Verwitterung von Carbonaten, Atmung der Lebewesen, Verwesungsprozesse, Vulkane).
2. Nur 3 % des gesamten CO<sub>2</sub> auf der Erde stammt aus menschlicher Tätigkeit (Industrie, Landwirtschaft, Brandrodung etc.). Nach Auffassung des Umweltbundesamtes macht der menschliche Anteil sogar nur 1,2 % aus.
3. Der Anteil von CO<sub>2</sub> an der Atmosphäre beträgt insgesamt zwischen 0,03 und 0,038 Prozent. Der Rest ist Stickstoff (78 Prozent), und Sauerstoff (21 Prozent). Das alles haben wir früher auch in der Schule schon so gelernt und gehört zur Allgemeinbildung.
4. Von diesen, sagen wir mal, 0,038 Prozent CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre beträgt der menschliche Anteil also maximal 3 Prozent, das sind 0,00114 % der Erdatmosphäre.

**Schlußfolgerung** des gesunden Menschenverstandes: Selbst wenn alle Menschen sofort aufhören würden irgend etwas zu verbrennen, wenn also der gesamte vom Menschen gemachte Anteil am CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre beseitigt würde, wäre davon absolut nichts zu bemerken.

#### **... 2. Teil**

##### **Die neue Erbsünde - Der CO<sub>2</sub>-Verbrauch**

Die Weltklimakonferenz mit 15.000 Teilnehmern aus 192 Nationen hat (am 7. Dezember 2009) in Kopenhagen begonnen. Die Rettung der Welt steht auf der Tagesordnung. Dazu muß die Welt von der "neuen Erbsünde" erlöst werden, dem CO<sub>2</sub>-Verbrauch. Denn die dort versammelten Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler, Minister usw. sind der festen Überzeugung, daß der Klimawandel durch das CO<sub>2</sub> verursacht wird, das der Mensch durch die moderne Industrie und Landwirtschaft erzeugt. Und die Medien trompeten diese Lüge in die Welt hinaus.

Im ersten Teil unserer Reihe zur Weltklimakonferenz haben wir gesehen, welchen Anteil das CO<sub>2</sub> an der gesamten Atmosphäre hat und wieviel davon vom Menschen beigetragen wird. Die Schlußfolgerung war, daß selbst dann, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Menschen auf Null reduziert würden, sich keine Veränderung des Klimas ergäbe.

Nun ist es aber sogar so, daß das CO<sub>2</sub> so gut wie überhaupt keine Rolle auf das Wetter und

damit das Klima hat. Unter Klima versteht man übrigens das Durchschnittswetter über einen längeren Zeitraum von dreißig Jahren. Prognosen über eine Klimaveränderung sind angesichts dessen, daß man selbst das Wetter der nächsten drei Tage nur mit einer Wahrscheinlichkeit unter 50 Prozent vorhersagen kann, praktisch unmöglich. Auf solche Unmöglichkeiten stützen sich aber die in Kopenhagen versammelten "Klimaexperten", um in den nächsten Jahren Milliarden von Euro zur "Rettung der Erde" auszugeben.

### **Wie ist es nun mit dem Einfluß des CO<sub>2</sub> auf das Wetter, oder das Klima?**

Die Tatsachen:

1. Das allermeiste CO<sub>2</sub> auf unserem Planeten ist in den Meeren gebunden. Diese enthalten sechzig mal mehr CO<sub>2</sub> als die Atmosphäre.
2. Bei einer Erwärmung der Meere wird CO<sub>2</sub> an die Atmosphäre abgegeben, während dann, wenn es wieder kälter wird, das CO<sub>2</sub> wieder in den Meeren gebunden wird.
3. Dies bedeutet, daß der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre von der Meerestemperatur abhängt.

### **Schlußfolgerung des gesunden Menschenverstandes:**

Nicht das CO<sub>2</sub> führt zu einer Erwärmung der Atmosphäre, sondern umgekehrt führt eine Erwärmung der Atmosphäre und damit der Meere zu einer Erhöhung des CO<sub>2</sub>.

Beweise für diese Tatsache sind bereits hundertfach erbracht worden und können z.B. durch die Untersuchung von Bäumen, Bohrkernen aus der Erde und anderen geologischen Befunden sowie aus Eisbohrkernen von den Polen belegt werden.

Damit sind zunächst zwei der wesentlichsten Behauptungen der Ökosozialisten und anderer Klimahysteriker widerlegt:

A. Eine menschliche Verursachung für einen höheren CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre gibt es nicht.

B. Selbst wenn der Mensch wesentlich an einer Erhöhung des CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre beteiligt wäre, spielt das CO<sub>2</sub> für eine Erderwärmung überhaupt keine Rolle, denn die CO<sub>2</sub>-Erhöhung in der Atmosphäre ist eine Folge der Temperaturerhöhung und nicht deren Ursache. In unserem nächsten Beitrag stellen wir die Frage: **Gibt es eine Erderwärmung und wenn ja, welche Ursachen hat diese?**

### **Wird die Erde wärmer?**

In Kopenhagen tagen derzeit über 15.000 Fachleute und Politiker aus 192 Nationen, die sich in den Kopf gesetzt haben, die Erde zu retten. Denn diese Leute glauben, die Erde sei durch eine schlimme Erwärmung bedroht, für die der Mensch verantwortlich ist. Viele der in Kopenhagen versammelten glauben zwar nicht an Gott, doch dafür an das Märchen, das vom Menschen verursachte Kohlendioxid würde bis zum Jahr 2100 zu einer Erderwärmung von 7-14 Grad Celsius führen. ...

### **3. Teil**

Im 1. Teil unserer Darstellung haben wir gezeigt, daß selbst eine vollständige Einstellung aller vom Menschen verursachten Verbrennungen den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre allenfalls um 0,00114 % reduzieren würde.

Im 2. Teil haben wir dann deutlich gemacht, daß CO<sub>2</sub> praktisch ohne jeden Einfluß auf das Klima ist. Vielmehr führt eine Erwärmung der Atmosphäre und damit der Meere zu einer Freisetzung des in den Weltmeeren gespeicherten CO<sub>2</sub>. Also ist nicht CO<sub>2</sub> die Ursache der Erwärmung, sondern umgekehrt steigt das CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre, wenn sich diese erwärmt. Heute stellen wir die Frage,

1. ob es eine Erderwärmung überhaupt gibt und
2. wenn ja, wodurch diese verursacht wird.

Zunächst zur Frage der Erderwärmung. Es wurde allgemein akzeptiert, daß im Verlauf der letzten 30 Jahre eine geringfügige Erwärmung der Atmosphäre stattgefunden hat. Allerdings zeigen nun die Daten der letzten 10 Jahre, daß es zu einer Abkühlung kommt.

So meldet z.B. das britische Hadley Zentrum für Klimawandel einen Temperaturanstieg von 2000 bis zum Jahre 2008 von nur 0,07 Grad Celsius, während der UNO-Weltklimarat einen Anstieg von 0,2 Grad Celsius behauptet. Da der tatsächliche Wert bei 0,07 Grad liegt gibt inzwischen aus der bekannteste deutsche Klimaforscher, Mojib Latif zu.

Daß offensichtlich die Daten zur Erderwärmung manipuliert wurden, hat erst vor einigen Wochen der Datenklau von Hackern aufgedeckt, die in das Computersystem des Climate Research Unit (CRU), dem wichtigsten Institut des Klimarates, eingebrochen waren und über 1.000 Emails entwendeten. Diese Emails wurden anschließend im Internet veröffentlicht und legen die Manipulation der Daten nahe.

Jedenfalls ist klar, daß man den Angaben des Weltklimarates keineswegs trauen darf. Doch selbst wenn die Daten annähernd zutreffend wären, ist ein Auf und Ab des Klimas völlig normal. Aus einer Temperaturerhöhung von 0,2 Grad Celsius (oder 0,07 Grad) auf einen Anstieg der Temperatur in den nächsten Jahrzehnten auf bis zu 14 Grad Celsius zu schließen ist vollkommen unseriös.

Wie schon gesagt: Eine einfache Wettervorhersage von drei Tagen für eine bestimmte Region ist mit einer Wahrscheinlichkeit von unter 50 Prozent möglich. Eine Langzeitwetterprognose, denn das ist das Klima, von 90 Jahren ist absolut unmöglich.

Selbst wenn wir nun eine leichte Erwärmung der Atmosphäre in den letzten 30 Jahren zugeben, besagt dies 1. nicht, daß dies auch für die nächsten 30 Jahre so sein muß und 2. erst recht nicht, daß die Erwärmung vom Menschen verursacht ist. Dies wurde bereits nachgewiesen.

Was also ist für die Erwärmung der Erde verantwortlich? Ganz einfach: die Sonne.

Die Sonneneinstrahlung der Erde ist ständigen Schwankungen unterworfen. Das zeigen schon ganz schlichte Untersuchungen von Baumringen, sowie Bohrungen und geophysikalische und geologische Untersuchungen. Durch die verschiedenen Zyklen der Sonneneinstrahlung sinkt oder steigt die Erdtemperatur.

Mit dem Steigen der Temperatur wird vermehrt CO<sub>2</sub> aus den Meeren gelöst und gelangt in die Atmosphäre. Ebenso nimmt der Wasserdampf in der Atmosphäre zu. Wird die Sonneneinstrahlung wieder geringer, so sinkt die Temperatur der Atmosphäre und auch der Meere. Das in der Luft befindliche CO<sub>2</sub> wird wieder in den Meeren gebunden.

Dieser Vorgang ist völlig natürlich und gehört zu den einzigartigen Wundern der göttlichen Schöpfung, auf die der Mensch praktisch keinen Einfluß ausüben kann. Dadurch entstehen Eiszeiten und Wärmezeiten, und auch innerhalb dieser großen Perioden gibt es vielfache Schwankungen.

Zudem ist allgemein bekannt, daß Wärmeperioden stets mit großem Wachstum und Wohlstand verbunden waren und sind, während Kälteperioden das Gegenteil bewirken. Eine größere Wärmeperiode von etwas 300 Jahren gab es z.B. zur Zeit des Römischen Reiches. Das Ende dieser Periode steht in direktem Zusammenhang mit dem Untergang des Reiches und der Völkerwanderung, die eine Folge der zunehmenden Kälte war.

Würden die in Kopenhagen versammelten Ideologen also tatsächlich das Klima verändern können und, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht (!!!), die Temperatur um 2 Grad Celsius senken, müßte dies zu einer neuen Periode der Armut und des Hungers führen.

Fassen wir alles bisherige noch einmal zusammen:

1. Der menschliche Einfluß auf das atmosphärische CO<sub>2</sub> ist völlig unbedeutend.
2. Nicht CO<sub>2</sub> führt zu einer Erwärmung der Erdatmosphäre, sondern die Erwärmung dieser führt zu höherem CO<sub>2</sub>.
3. Temperaturschwankungen der Erde sind völlig normal und diese gab es zu allen Zeiten.

Damit erweist sich die Theorie der menschengemachten Erderwärmung als gewaltige Lüge, deren Kosten in die 100 Billionen Dollar gehen können, wenn man sie glaubt.

Deshalb stellt sich die Frage: Wer profitiert von der Klimalüge? Diese Frage werden wir in unserem nächsten Beitrag beantworten.

#### **Wem nutzt die Klimalüge?**

Nachdem wir in den vorangegangenen Beiträgen gezeigt haben, daß die Behauptung einer von Menschen verursachten Erderwärmung durch die industriellen und sonstigen Verbrennungsprozesse eine Lüge ist, stellen wir heute die Frage, wer von dieser Lüge profitiert. ...

#### **4. Teil**

Wenn die gesamte Theorie über die Erderwärmung falsch ist, aber dennoch tausende Wissenschaftler daran festhalten, insbesondere aber Politiker auf der ganzen Welt bereit sind, hunderte von Milliarden Dollar für diesen Schwindel auszugeben, dann stellt sich die Frage, wer davon profitiert. Eine andere Frage ist, wer hinter dieser Ideologie steht. Beides muß keineswegs identisch sein und im Falle der Klimalüge sind die Profiteure der Klimalüge und die Ideologen, die für deren Verbreitung in erster Linie verantwortlich sind, nur zum Teil identisch.

Stellen wir die Nutzenfrage etwas konkreter: Wem nützt es, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen, wie gefordert, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten um mindestens 25 - 30 % reduziert werden?

Die Antwort liegt auf der Hand. Zunächst profitieren alle diejenigen, die Energieanlagen produzieren, deren CO<sub>2</sub>-Ausstoß gering ist. Dazu zählen die Hersteller und Betreiber von Sonnenenergieanlagen, Windkraftanlagen und nicht zu vergessen die Hersteller von Kernkraftwerken. Da letztere im Allgemeinen besonders mächtig sind, gab es einige Zeit lang die Vermutung, diese Unternehmen, zu denen in Deutschland z.B. Siemens gehört, hätten die Klimalüge ins Rollen gebracht.

Diese Vermutung ist nicht zu beweisen und auch wenig wahrscheinlich, da die Kernenergie praktisch davon kaum profitieren wird. Zumindest sieht es derzeit so aus und in Deutschland jedenfalls kann man sicher sein, daß es gegen den massiven Widerstand der rotlackierten Grünen und anderer Ökosozialisten keine Kernkraftwerke geben wird.

Zudem kann man sagen, daß in dem Falle, daß man wirklich an einer Reduzierung des CO<sub>2</sub> interessiert wäre, - und gerade die linken Ökos sind hier die größten Schreihälse - moderne Hochtemperaturreaktoren eine echte, sehr sichere und auch preiswerte Alternative wären. Das diese roten Ökos dagegen mit aller Macht ankämpfen macht bereits deutlich, daß es ihnen um etwas ganz anderes geht.

Weitere Profiteure des Klimaschwindels sind zweifellos die Regierungen. Mit Hilfe der Klimalüge gelingt es ihnen, neue Steuermittel einzutreiben. Deutschland war das erste Land, das eine "Ökosteuer" eingeführt hat.

Ein inzwischen nachahmenswertes Modell für viele andere Industriestaaten. Das eine solche Steuer das Wirtschaftswachstum massiv beeinträchtigt, interessiert diese für das Gemeinwohl verantwortlichen Damen und Herren nicht im geringsten.

Eine weitere Maßnahme der Regierungen um zu noch mehr Geld zu kommen, sind der Handel mit den CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten. Die Einführung einer Klimaschutzsteuer ist nur noch eine Frage der Zeit.

Auch die farbigen Umweltplaketten, die man am Auto haben muß, um in Städte fahren zu können, sind ein enormes Geschäft für die Autoindustrie. Viele Autohalter und insbesondere Kleintransporter müssen nun vorzeitig verschrottet werden, weil sie die Auflagen nicht erfüllen, um eine grüne Plakette zu bekommen. Daß diese Maßnahme, wie kürzlich bekannt wurde, absolut Null dazu beigetragen hat, die Belastung der Innenstädte zu vermindern: wen interessiert das schon.

Mit ein wenig Nachdenken kommt man schnell auf weitere Profiteure der Klimalüge. Wir müssen uns hier nicht die Mühe machen, diese alle aufzuzählen.

Doch eins muß noch gesagt werden: Die Zahl der Profiteure steht in keinem Verhältnis zu

denen, die unter dem Klimawahn leiden. Nur eine verschwindend kleine Minderheit profitiert, die überwältigende Mehrheit der Menschen und der Wirtschaft wird darunter schwer zu leiden haben. Denn hinter dem Klimaschwindel steht eine gewaltige materielle Umverteilung von reichen zu armen Ländern.

Hierzu nur ein Zitat: Der Delegationsleiter des sozialistischen Äthiopien, das einen Krieg nach dem anderen gegen seine Nachbarn führt und dabei das eigene Volk verhungern läßt und ausblutet, drohte bereits vor dem Gipfel, falls nicht die geforderten Milliarden gezahlt würden, wird Afrika die Klimaverhandlungen boykottieren.

Die afrikanischen Staatschefs, die mit nur wenigen Ausnahmen korrupt bis über alle Ohren sind und ihre Völker ausplündern, vertreten nämlich die ihnen von den Ökosozialisten einge-flüsterte Auffassung, daß die Industrienationen ihnen Milliarden Dollar schuldig sind für die "Ausbeutung" im Kolonialismus und durch deren angeblich "imperialistische Politik", die für die Klimaschäden in diesen Ländern verantwortlich sind. Anstatt diesen korrupten Politikern, die jährlich Milliarden Dollar Entwicklungshilfe verpulvern, ohne das dies den afrikanischen Völkern zugute kommt, die Wahrheit zu sagen, wagte niemand ihnen zu widersprechen.

Im 5. und letzten Beitrag unserer Reihe zum Klimagipfel werden wir die eigentlichen Hinter-männer (und natürlich "Hinterfrauen") nennen und deren Ziele aufdecken.

### **Die Hintergründe der Klimalüge**

Die "Retter der Menschheit" sind in Kopenhagen versammelt. Sie haben eine zweite Erbsünde entdeckt: der "Klimakiller CO2". Von diesem muß die Menschheit erlöst werden um wieder ein glückliches und zufriedenes Leben führen zu können. In einer Dokumentationsreihe zum Klimagipfel hat das Civitas Institut deutlich gemacht, daß die Theorie über den von Menschen gemachten Klimawandel auf Grund eine CO2-Erhöhung eine Lüge ist, von der einige Wenige profitieren. Im heutigen fünften und letzten Beitrag zum Thema werden wir die wahren Hin-tergründe dieser neuen Ideologie beim Namen nennen.

In unserem letzten Beitrag haben wir gezeigt, wer besonders von der Klimaideologie profi-tiert. Es sind neben einigen Wirtschaftszweigen vor allem die Politiker und Regierungen und dabei ragen besonders die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer hervor, die nicht selten von einem sozialistischen Regime regiert werden.

Dennoch erklärt dies nicht die Beteiligung der hochindustrialisierten Länder, von denen diese Ideologie sogar ihren Ausgang nahm. Warum insbesondere die europäischen Länder an der Verbreitung dieser Lüge interessiert sind, warum gerade sie sich, im Verein mit einigen Ent-wicklungs- und Schwellenländern, besonders für die Ziele der CO2-Reduktion engagieren, muß andere Gründen haben.

Das Deutschland hier eine Führungsrolle einnimmt, erklärt sich leicht daraus, daß in keinem anderen Land der Erde die Öko-Sozialisten größeren Einfluß haben. Diese treiben selbst eine CDU geführte Bundesregierung vor sich her, da die CDU schon seit längerem jede selbständi-ge Position aufgegeben hat und sich dem Mainstream vollkommen anpaßt.

Um zu verstehen, wer hinter dieser Ideologie steht, reicht ein Blick auf die Ziele und Absich-ten der Klimahysteriker. Gesteuert wird diese Kampagne über die UNO. Auch die Kopenha-gener Konferenz ist von der UNO einberufen, bzw. von einem UN-Unterausschuß.

Das primäre Ziel der Öko-Sozialisten und ihrer Helfer ist die Errichtung einer Weltregierung. Um diesem Ziel näher zu kommen, bedarf es einer weltweiten Bedrohung, die nicht von eini-gen Ländern allein abzuwenden ist, sondern eine weltweite Kooperation erfordert. Diese Be-drohung ist die "Klimakatastrophe". Nachdem andere Scheinbedrohungen zu keinem Erfolg geführt haben (man erinnert sich an das "Waldstreben", das "Ozonloch" und andere "Gefah-ren", von denen heute niemand mehr redet), hat man mit der "Klimakatastrophe" ein Thema von globalem Ausmaßen gefunden, von dem alle Länder "bedroht" werden.

Über den Hebel der "Klimakatastrophe" soll es gelingen, die Strukturen für eine Weltregie-

zung zu schaffen, die, ähnlich wie die EU und noch weitergehend, in die nationale Souveränität der Staaten eingreifen kann und Anordnungen vorgibt, die von den Staaten durchzuführen sind. Wer sich dagegen wehrt wird isoliert und die Regierung wird nach kurzer Zeit gestürzt.

Dabei sind als Maßnahmen geplant:

Eingriffe in die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher,

Kontrolle der Wirtschaft durch internationale Vorgaben und planwirtschaftliche Eingriffe,

Kontrolle über die Rohstoffvorkommen und deren Abbau,

Verbreitung einer weltweiten Ideologie unter den Begriffen "Frieden",

"Völkerverständigung" und "Toleranz" zur Auflösung nationalstaatlicher Strukturen,

Einebnung aller kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Unterschiede.

Gewaltige planwirtschaftliche Umverteilung der Güter aus den wohlhabenden Ländern mit schweren Eingriffen in deren Wohlstand, zu Gunsten der Entwicklungsländer,

Dies geht einher mit einem Programm zu De-Industrialisierung, wie es bereits von verschiedenen Seiten dargelegt wurde (z.B. dem Organisator der UN-Konferenz von Rio 1992 und Chefberater des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, sowie von zahlreichen Öko-Sozialisten, unter anderem vom Ex-Maoisten Jürgen Trittin).

"Globale Kulturrevolution", wie vom Potsdamer Institut für Klimaforschung gefordert, bei der das Stadt- und Landleben neu definiert werden sollen.

Kurz und in einem Satz zusammengefaßt, wie von Dr. Klaus Peter Krause, dem langjährigen FAZ-Wirtschaftsredakteur in der "Jungen Freiheit" gesagt: "Der vorgebliche Klimawandel oder die 'Klimakatastrophe' dient als Vehikel, um die Menschen für eine neue Weltgesellschaft gefügig zu machen". Diese neue Weltgesellschaft wird noch weit weniger als die EU demokratisch sein, sondern eine globale Diktatur sein, zu deren Zielen zweifellos die Vernichtung der katholischen Kirche gehören wird, die schon immer gegen den "Fortschritt der Menschheit" stand, wie es seit der Französischen Revolution heißt.

Das zahlreiche Vertreter der Amtskirche dieser Klimaideologie hinterherlaufen und dabei mitwirken, hängt mit der Anpassung an alles Weltliche zusammen, dem bloß noch "sekundären Christentum", wie es seit dem II. Vatikanum in der Kirche vorherrschend geworden ist. Doch dies wird sicherlich nicht so bleiben. Die Kirche wird wieder zu ihrer Berufung zurückfinden und dann wird sie wieder als "Feind der Menschheit" von den Ideologen der Weltregierung bekämpft werden.

Gegen die Perspektive einer UN-Weltdiktatur, die von kleinen Gruppen von Öko-Sozialisten, Neo-Kommunisten und Freimaurern beherrscht wird, muß der weltweite Kampf aufgenommen werden. Nur die Kirche ist in der Lage, diesen weltweiten Kampf zu organisieren und anzuführen.

Es gibt aber bereits heute in zahlreichen Ländern entschlossenen Widerstand gegen die Klima-Ideologie, wenn auch deren Hintergründe nicht immer richtig eingeschätzt werden. Dieser Widerstand wird von den gleichgeschalteten Medien ignoriert, oder deren Vertreter werden auf das Übelste diffamiert. Wer z.B. hat jemals etwas gehört von der "Oregon Declaration"?

In den USA haben 19.000 Klimaforscher und andere Wissenschaftler eine Erklärung, die sogenannte "Oregon Declaration" unterschrieben, die die Regierung auffordert, sich nicht am Kyoto-Protokoll und ähnlichen Abkommen zu beteiligen, weil die Informationen über einen menschlich indizierten Klimawandel falsch sind.

Diese und zahlreiche andere Initiativen werden totgeschwiegen. Wissenschaftler und Forschungsinstitute, die sich nicht unterordnen und eine andere Theorie als die der Klimakatastrophe vertreten, bzw. den Schwindel entlarven, erhalten keine Forschungsgelder und werden arbeitslos.

Ein solches Institut ist EIKE: Hier erhalten Sie weitere Informationen über die Tatsachen und die Klimalüge: "Europäisches Institut für Klima und Energie".<<

2010

Die Wahrheit geht nicht unter, es dauert nur lange, bis sie einen Ankerplatz findet. *Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)*

08.01.2010

**BRD:** Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 8. Januar 2010 über den Klimawandel: >>**Nicht so leicht zu beurteilen**

von *Michael Wiesberg*

Auf dem Forum der JF 50/09 ("Kopenhagen darf kein Erfolg werden") verwarf der frühere leitende FAZ-Redakteur und Journalist Klaus Peter Krause die These eines menschengemachten Weltklimawandels und wies auf die massenmanipulativen Möglichkeiten durch geschürte "Klimahysterie" hin. Heute setzt sich Michael Wiesberg kritisch mit Krauses Argumenten auseinander: Menschliches Wirtschaften sei sehr wohl für die Klimaerwärmung mitverantwortlich, und Forscher, die den Klimawandel bezweifeln, würden im "Weltklimarat" keineswegs ausgegrenzt.

Bei kaum einem Thema stoßen die Meinungen wohl gegensätzlicher aufeinander als bei der Frage, inwieweit die globale Erwärmung auf den Menschen beziehungsweise auf menschlich verursachte Kohlenstoffdioxid-Emissionen zurückgeführt werden kann. Das Gros der Klimaforscher hält diesen anthropogenen Einfluß für evident und kann hierfür auch eine Reihe von Argumenten ins Feld führen.

Eben diese Argumente haben mehr und mehr Politiker auf den Plan gerufen, die sich, siehe die gerade beendete Klimakonferenz in Kopenhagen, mit eher geringem Erfolg bemühen, Klimaschutzmaßnahmen möglichst global verbindlich zu machen. Diesen Klimaforschern steht eine wachsende, lautstarke Schar von "Klimaskeptikern" gegenüber, die so ziemlich alles in Frage stellt, was als wissenschaftlicher Konsens im Hinblick auf die globale Erwärmung angesehen wird.

Einen Eindruck von deren Argumenten gab Klaus Peter Krause neulich an dieser Stelle (JF 50/09). Darin sprach er, wie andere "Klimaskeptiker" auch, von einem "Kartell der geballten Interessen", von "Klimaschwindel", von dem Versuch, "den Menschen in den wohlhabenden Ländern eine drastische Senkung des Lebensstandards aufzuzwingen" und von einer "De-Industrialisierung", die durchgesetzt werden solle.

Die Behauptung eines Klimawandels "durch anthropogenes CO<sub>2</sub>" bezeichnet Krause schlicht als eine "Fiktion" oder "Schimäre". Um diese Behauptungen zu untermauern, wartet er mit einigen "Tatsachen" auf, auf die unter anderem im folgenden eingegangen werden soll - wohlwissend, daß hiermit wiederum nur einige wenige Aspekte dieser überaus komplexen Diskussion angesprochen werden können. Derartige "Tatsachen" verbreiten im übrigen auch andere "Klimaskeptiker" wie zum Beispiel der notorische "Öko-Optimist" Dirk Maxeiner oder der "Ex-ZDF-Wetterfrosch" Wolfgang Thüne.

Eine immer wieder angeführte "Tatsache" ist der verschwindend geringe Anteil von anthropogenem Kohlenstoffdioxid an der Atmosphäre, mittels dessen "Klimaskeptiker" suggerieren, er sei so vernachlässigenswert, daß es nicht lohne, darüber überhaupt ein Wort zu verlieren. Festzuhalten bleibt, daß mit diesen Zahlen noch nichts über deren Bedeutung ausgesagt ist. In der Tat beträgt der Anteil von Kohlendioxid an der Atmosphäre nur zirka 0,04 Prozent. Davon entstammen etwa 95 Prozent aus natürlichen Quellen und sind damit Teil eines natürlichen Kohlenstoffkreislaufs. Dies ist der Grund für die relative Konstanz der CO<sub>2</sub>-Konzentration der Atmosphäre durch die Jahrtausende hindurch.

Sie steigt merklich erst durch die zusätzliche Belastung mit Kohlendioxid aus fossilen Lagerstätten an, die großteils menschlich verursacht ist. Mit 388 ppm (parts per million) CO<sub>2</sub> in der Luft haben wir heute den höchsten Gehalt seit etwa 2,1 Millionen Jahren. Der Anteil am CO<sub>2</sub>-



Gehalt der Atmosphäre, der aus dem Verbrauch fossiler Brennstoffe herrührt, läßt sich deshalb so eindeutig bestimmen, weil dessen Isotopen-Zusammensetzung eine andere ist. Mit anderen Worten:

Dem geschlossenen Kohlendioxidkreislauf werden Jahr für Jahr riesige Mengen an Kohlendioxid fossiler Herkunft hinzugefügt. Ein Teil davon landet im Ozean, was die CO<sub>2</sub>-Konzentration in den Ozeanen seit Jahren mit schwer kalkulierbaren Folgen erhöht.

Es sind die übergroßen Mengen an Kohlendioxid aus fossilen Quellen, die das Faß zum Überlaufen bringen, eben weil das hochsensible Klimasystem (die Betonung liegt hier auf "-system") schon auf minimale Änderungen ganz empfindlich reagiert.

Es sind diese Mengen an Kohlendioxid aus fossilen Quellen, die - bildlich gesprochen - das Faß zum Überlaufen bringen, eben weil das hochsensible Klimasystem (die Betonung liegt hier auf "-system") schon auf minimale Änderungen empfindlich reagiert. Ergänzend sei angefügt, daß Wasserdampf zwar als wichtigstes Treibhausgas gilt, das im Zusammenspiel mit anderen Treibhausgasen wie Kohlendioxid, Methan oder FCKW gehörig "einheizt".

Im Unterschied zu CO<sub>2</sub> bleibt Wasserdampf aber nicht so lange in der Luft. Und genau das ist ein wichtiger Grund, weshalb Kohlendioxid als hauptsächlicher Motor der globalen Erwärmung angesehen wird und warum die überwältigende Zahl der Klimaforscher, die aktiv publizieren, der These zustimmt, daß menschlich verursachte Emissionen von Kohlendioxid zumindest teilweise für die Erwärmung der letzten Jahrzehnte verantwortlich gemacht werden müssen.

"Klimaskeptiker" freilich überzeugt das nicht, sie verweisen auf den Einfluß der Sonne oder der kosmischen Strahlung auf das Erdklima und haben als neuen Gewährsmann unter anderem den dänischen Physiker Henrik Svensmark auf den Schild gehoben: Seiner These nach soll das zunehmende Magnetfeld der Sonne für den globalen Anstieg der Temperaturen verantwortlich sein. Svensmark ist der Meinung, daß die Intensität kosmischer Strahlung die Temperaturveränderungen des Erdklimas besser erklären könnte als andere Faktoren.

Michael Miersch, mit Maxeiner immer auf der Fahndung nach vermeintlichen "Öko-Irrtümern", breitete diese Argumente vor kurzem in der Welt unter der Überschrift "Ein Physiker erschüttert die Klimatheorie" aus. Miersch behauptet, daß Svensmark von den "führenden Köpfen des Weltklimarates IPCC" (Intergovernmental Panel on Climate Change) "ausgegrenzt und diffamiert" werde.

Wie plausibel Svensmarks Erklärungsansatz ist oder nicht, kann hier nicht beurteilt werden. Allerdings soll darauf hingewiesen werden, daß viele Klimatologen diesem Ansatz Schwächen in der Beweisführung attestieren. Es gebe überdies Phänomene, die Svensmarks Modell nicht erklären könne. Dennoch finden sich genug Zeitgenossen, die der Meinung sind, daß das Problem globaler Erwärmung damit ad acta gelegt werden kann beziehungsweise der "Treibhausschwindel" damit evident sei.

Diese Meinung sehen sie auch durch den jüngsten Datendiebstahl vom Computerserver des Klimaforschungsinstituts CRU der britischen University of East Anglia bestätigt, der Datenmanipulationen dort beschäftigter Wissenschaftler aufgedeckt haben soll. Aus dem öffentlich gewordenen E-Mail-Verkehr des CRU will man "herauslesen" können, daß Gegner der These von einer globalen Erwärmung diskreditiert werden sollten, kritische Publikationen boykottiert und Daten mit "Tricks" beschönigt worden sein sollen.

Für so manchen "Klimaskeptiker" ist damit erhärtet, daß Klimaforscher korrupt sind und bewußt "Panik" verbreiten. Ihnen wird weiter unterstellt, im Zusammenspiel mit Medien und Politik vor allem darauf aus zu sein, als Propagandisten alternativer Technologien neue Forschungsgelder zu akquirieren.

Um hier nur auf den Verdacht einzugehen, daß "Analysen und Meinungen kritischer Wissenschaftler absichtsvoll unterdrückt" (Krause) worden seien: Darauf antwortete der Berner Kli-

maforscher Thomas Stocker in der Neuen Züricher Zeitung (2. Dezember), es sei "ja gerade die Stärke des IPCC-Begutachtungsprozesses, daß nicht ein einzelner Forscher darüber entscheidet, was im nächsten Bericht steht und was nicht", sondern "Autorenteams". Danach erfolgt eine mehrstufige "externe Begutachtung durch Experten und Regierungen weltweit". Zitiert werden sämtliche relevanten Daten zu einem Gebiet, eben auch "kritische".

Am dritten IPCC-Bericht zum Beispiel, so Stocker, sei der bekannte "Klimaskeptiker" Richard Linzen (Massachusetts Institute of Technology) beteiligt gewesen, und zwar als "koordinierender Hauptautor". In diesem Zusammenhang muß weiter darauf hingewiesen werden, daß die CRU-Daten nur einen Bruchteil jener Daten darstellen, auf die sich das IPCC beruft. Es gibt eine Unzahl anderer Forschungsergebnisse, die zu ähnlichen oder gleichlautenden Schlüssen gekommen sind.

Im Zuge der Diskussion um den CRU-Datenklau ist auch wieder die Diskussion um die Feststellung ausgebrochen, daß sich das Erdklima in der Zeit von etwa 1995 bis 2005 nicht weiter erwärmt hat. Aus einer "gehackten" E-Mail soll hervorgehen, daß es für das Ausbleiben der Erderwärmung in dieser Zeit keine Erklärung gebe.

In diesem Zusammenhang fällt in der Regel auch der Name des deutschen Klimaforschers Mojib Latef. Er kam in einer Untersuchung über die mögliche Temperaturentwicklung bis zum Jahre 2025 zu dem Ergebnis, daß die Temperatur im Zeitraum zwischen 2005 und 2025 in etwa gleich bleiben werde.

Das heißt, der Erwärmungstrend ist in dieser Zeit nach Latef zwar unterbrochen, keineswegs aber beendet. Entsprechend spricht Latef von einer "Atempause". Zu verweisen ist im weiteren darauf, daß eine derart kurze Spanne vor dem Hintergrund des großen Zeitraums, der zu betrachten ist, statistisch gesehen wenig bis gar nichts besagt. Es handelt sich hier, wie es der Wissenschaftsjournalist John Rennie ausdrückte, um eine "zu geringe Abweichung", als daß von einer "Trendumkehr" die Rede sein könnte.

All dies wird "Klimaskeptiker" natürlich nicht davon abhalten, weiter ihre Behauptung vom "Treibhausschwindel" zu propagieren. Dabei werden auch weitgehende Spekulationen darüber angestellt, wozu dieser "Schwindel" dienen könnte. Für Klaus Peter Krause und andere ist klar, wohin die Reise gehen soll: "die Menschen" sollen "für eine neue Weltgesellschaft gefügig gemacht werden", sie sollen "durch autoritäre Regime" zum "vermeintlichen Glück" gezwungen werden. Dahinter ständen auch "Bestrebungen", "den Menschen in den wohlhabenden Ländern eine drastische Senkung des Lebensstandards aufzuzwingen und eine De-Industrialisierung durchzusetzen".

Eine "weltumspannende Klimadiktatur"? Wer sich den unverbindlichen Minimalkompromiß des gerade beendeten Kopenhagener Klimagipfels vor Augen hält, kann derartigen Verschwörungsszenarien nur noch verständnislos gegenüberstehen.

Um an dieser Stelle noch eine weitere Stimme hinzuzufügen: Der Wirtschaftspublizist Hartmut Bachmann sieht in der "Lüge (von) der Klimakatastrophe" das "gigantischste Betrugswerk der Neuzeit". Er nimmt für sich in Anspruch, so der "Klimaskeptiker" Christian Bartsch in einer rein affirmativen Rezension des Bachmann-Buchs in der JF 42/07, berufsbedingt "jahrelang Teilnehmer von Abspracherunden" mit den "Großen von Wirtschaft und Politik" zum Klimaschutz gewesen zu sein und direkt miterlebt zu haben, wie aus der "Klimakatastrophe" ein "lohnendes Geschäft und Machtinstrument für Politiker" gemacht wurde.

Bartsch teilt im übrigen die These, daß die Maßnahmen gegen die eingebildete Klimaerwärmung zur "Verarmung der Industrieländer" führten und in eine "weltumspannende Klimadiktatur" mündeten. Wer sich den unverbindlichen "Minimalkompromiß" des gerade beendeten Kopenhagener Klimagipfels vor Augen hält, kann derartigen Verschwörungsszenarien eigentlich nur noch verständnislos gegenüberstehen.

Ein Novum indes bleibt, daß Politik, Teile der Wirtschaft und Teile der Medien aufgrund von

umstrittenen Daten und Erkenntnissen der Wissenschaft einig darin sind, daß wir an unserer Lebensweise etwas ändern müßten. Diese Unsicherheit im Hinblick auf die Daten ist, dies muß hier kritisch angemerkt werden, von den Vertretern der These einer globalen Erwärmung nicht hinreichend problematisiert und öffentlich gemacht worden.

Der mangelnden "Kommunikation" auf diesem Gebiet versucht im deutschsprachigen Raum unter anderem Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung zu begegnen, der sich immer wieder explizit mit den Thesen der "Klimaskeptiker" auseinandersetzt und den Stand der Forschung allgemeinverständlich zu vermitteln sucht. Einen Eindruck von der Heftigkeit der Auseinandersetzungen, die Rahmstorf hier von Fall zu Fall führt, vermittelt zum Beispiel sein Schlagabtausch mit dem "Physikochemiker" und "Skeptiker" Siegfried Ditrach.

Nicht in Abrede gestellt werden soll der Versuch, die These einer globalen Erwärmung politisch zu instrumentalisieren. Es hat sich, wie Florian Rötzer auf den Seiten des Internetmagazins Telepolis andeutete, unter den Themen "Ausbeutung der Ressourcen", "Zerstörung und Belastung der Umwelt", "Artenschwund" und anderen mehr zur "Speerspitze" derer entwickelt, die in der Tat eine Änderung unserer Lebensweise und Produktion verfolgen.

Daß diese Gruppierungen vor allem bei den Grünen und vielen Nichtregierungsorganisationen beheimatet sind, ist kein Geheimnis. Die Überspanntheit beginnt allerdings dann, wenn aus diesen bekannten Parteigängern einer "anderen Lebensweise" eine allgemeine Verschwörung ziseliert wird, gemäß der "die Menschen" für die "neue Weltgesellschaft gefügig" gemacht werden sollten. Hysterie ist nie ein guter Ratgeber für Erkenntnis.

*Michael Wiesberg, Jahrgang 1959, arbeitet als Publizist und Lektor. ...<<*

**16.01.2010**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Januar 2010 (x887/...): >>**Kritik mit Substanz**

Alfred Grosser wider die "Political Correctness"

Auf die Frage, was er denn sei, Philosoph, Soziologe, Politologe, Theologe oder Historiker, antwortete der Autor anlässlich eines Kolloquiums: "Moralpädagoge". Daran zweifelt niemand, der "Von Auschwitz nach Jerusalem" gelesen hat. Alfred Grosser weist einen Weg in eine bessere Zukunft. Aber Grosser ist weit mehr als ein Wegweiser; er geht selbst diesen Weg, glaubwürdig, und das seit vielen Jahrzehnten.

1925 in Frankfurt am Main als Sohn jüdischer Eltern geboren, mußte er 1933 die Heimat verlassen. Er wurde Franzose. Unter einer falschen Identität konnte er als Lehrer an einer katholischen Schule die Jahre der Verfolgung überstehen. Von Tätern und Helfern umgeben, wurde ihm damals zur Gewißheit, "daß es keine Kollektivschuld gibt", aber Mitverantwortung für die Zukunft, auch der besiegten Deutschen. Und dieser Vorsatz bestimmt sein Leben.

Grosser erwähnt die Anfeindungen, denen er ausgesetzt war und noch heute ist. Er zeigt zugleich, daß sie ihn von der "Suche nach einem kulturübergreifenden ethischen Minimum" nicht abbringen können. Sein hohes Ansehen, die Ehrungen, die er entgegennehmen durfte, sind also nicht erkaufte Gehorsam gegenüber den Vorgaben der "Political Correctness" oder durch Schmeicheleien gegenüber den Mächtigen. Im Gegenteil: Das Buch ist randvoll mit substanzhaltiger Kritik. Bedauernd räumt er freilich ein, daß er diese Freiheit seinem Jude-Sein verdankt in einem Lande, das an wachsendem Masochismus leidet.

Seine Liebe zur Wahrhaftigkeit läßt ihn gestehen, daß er, als er den Ex-Bundespräsidenten Theodor Heuss an die Sorbonne einlud, auf Wunsch des Gastes davon absah, dessen Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz zu erwähnen. Offen stellt er sich die Frage: "Wie mutig wäre ich gewesen, um mich für verfolgte Andere einzusetzen?"

Seine fundierte, nachvollziehbare Kritik trifft Lebende wie Tote, Deutsche, Franzosen und Israelis, Christen, Juden und Moslems, Rechte wie Linke, auch Ernesto Guevara, Daniel

Goldhagen, Walter Jens, Günter Grass und andere Ikonen der "anständigen Deutschen". Grass' Sünde sei es nicht gewesen, daß er als junger Soldat in die Waffen-SS eingegliedert wurde, "sondern seine Be- und Verurteilung des damaligen Kanzlers, wo er doch hätte öffentlich sagen sollen: 'Hier (in Bitburg) hätte auch mein Grab sein können'."

Den deutschen Bundespräsidenten lobt er, weil der vor der Knesset gesagt hat, jeder Deutsche sollte sich verpflichtet fühlen, die Menschenwürde überall ernst zu nehmen. "Und um so mehr er die Bürger Israels als die Seinen empfindet, um so mehr sollte er gerade gegen diese Seinen Stellung beziehen. Das setzt allerdings eine Haltung voraus, die Immanuel Kant ... als Wesenselement des aufgeklärten Geistes fordert, nämlich die innere Freiheit, die Distanz zu sich selbst, die einem erlaubt, ohne Beeinflussung zu denken."

Alfred Grosser: "Von Auschwitz nach Jerusalem - Über Deutschland und Israel", ... Reinbek 2009 ...<<

**30.01.2010**

**BRD:** Der französische Journalist Jean-Paul Picaper schreibt am 30. Januar 2010 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Die Grande Nation fragt nach ihrer Identität

Im ausgehenden 18. Jahrhundert spielte Frankreich in Europa die Vorreiterrolle im Kampf gegen die Dominanz von Kirche und Religion, wie der konservative Historiker René Rémond nachgewiesen hat ("Religion und Gesellschaft in Europa", C. H. Beck, 2000). Aber heute steht das Land vor einem Dilemma.

Die zwei Säulen, auf denen der neue, laizistische Staat anschließend errichtet wurde, die Republik und die Nation, die im 19. und im 20. Jahrhundert allmählich zu einer harmonischen Einheit verschmolzen waren, sind offensichtlich nicht mehr fest genug, um einen Damm vor dem Eindringen fremder Kulturen beziehungsweise der "invasivsten" aller Fremdkulturen, des Islams, zu bilden. Sie bekommen Risse, sie wackeln.

In dieser Notlage schauen viele Franzosen auf die neue Weltanschauung wie das Kaninchen auf die Schlange. Einige erliegen ihrer Faszination und reisen als Zeloten des Propheten nach Pakistan, falls sie Buddha und Kali noch nicht verfallen sind, während die geistlichen Invasoren ihr Süppchen auf den ziemlich widersprüchlichen republikanischen Grundrechten – Religionsfreiheit und Staatsneutralität in Sachen Religion – kochen, und die Leitkultur der Nation allmählich aushöhlen, soweit es eine solche noch gibt. Mehr Geburten, durchlässige Grenzen und vor allem ihre Zielstrebigkeit fördern ihre Expansion.

Kurz vor dem neuen Jahrhundert, im September 1999, sprach der französische Kardinal Paul Poupard, Präfekt des Vatikanischen Kulturrates, in der Tageszeitung "Le Figaro" von einer "Unfähigkeit (seiner Landsleute) an die Zukunft zu denken. Das einzige Projekt, das die Geister mobil macht, ist das ökonomische Projekt. Da viele Leute davon ausgeschlossen sind, entsteht mehr als ein Unbehagen, ein existentielles Unwohlsein, und im Grunde, ein Hoffnungsverlust".

"Die Herausforderung des Islams", fügte der Prälat hinzu, bestehe darin, "daß er Religion, Gesellschaft, Lebens-, Denk- und Verhaltensweise sein will."

Optimistischer war damals noch der Historiker Fernand Braudel, als er kurz vor seinem Ableben in der Tageszeitung "Le Monde" im Jahre 1985 "die französische Identität" als "ein Nachdenken darüber, was es vor uns gegeben hat", definierte. Sie könne nicht aus Grillen und Launen hervorgehen, und nicht von der momentanen politischen Meinung abhängig sein, betonte er. Nationale Identität sei eine Sache, die über allen Parteien, ja über allen Staatsbürgern schwebe. Sie sei unverrückbar, denn sie beruhe auf historischem Geschehen. Zentralismus im Staat, Protest von unten in der Wirtschaft, Sprache und Kultur und der Glaube an ein geeintes Europa, das sei seiner Meinung nach Frankreich heute.

Braudel müßte sich heute im Grabe umdrehen, wenn er sähe, was die Politik aus seinen Re-

flexionen über die französische Identität macht und wie ein Teil des politischen Frankreichs sich vor dem nationalen Einheitsgedanken, ja sogar vor dem nationalen Interesse verschließt und Exoten Tür und Tor öffnen will. Die große Volksdebatte über die nationale Identität, sprich über die Seele der Nation, die Staatspräsident Nicolas Sarkozy, wohlwissend, daß es ums Eingemachte geht, eröffnet hat, ist nicht so überflüssig und unangebracht, wie seine Gegner behaupten.

Er hatte sie bereits angekündigt, als er noch Präsidentschaftskandidat war. Zwar ließ der Zeitpunkt der im November 2009 begonnenen Debatte die Vermutung zu, daß sie vor den Regionalwahlen im März politisch instrumentalisiert würde, allerdings lassen die dünnen Gegenargumente der Opposition vermuten, daß die französische Identität auch von ihr als reparaturbedürftig angesehen wird. Ihre Verlegenheit vertuscht die Linke mit der Behauptung, daß die Franzosen "zur Zeit andere Sorgen" als ihre Seele hätten.

Die vom Minister für Nationale Identität und Zuwanderung, Eric Besson, organisierten Diskussionen erfreuen sich eines regen Zulaufs, sein Blog bekommt unzählige Anregungen, aber ihm wird auch immer wieder vorgeworfen, daß seine Debatte "Fremdenfeindlichkeit" und "Intoleranz" hervorruft. Der Kniff von Sarkozy und Besson besteht aber darin, daß sie nicht "gegen die anderen" polemisieren, sondern "für Frankreich an sich" eintreten.

Dennoch: Die Multikulti-Franzosen haben mobil gemacht. Möchtegern-Staatspräsidenten aus dem Regierungslager wie Alain Juppé und Dominique de Villepin kamen der Opposition zu Hilfe und lasteten Sarkozy ein "Identitätsdebakel" an. Im November fanden 60 Prozent der Befragten den Identitätsfeldzug gut und angebracht. Ende Dezember sagten schon 50 Prozent, man sollte das Thema ad acta legen. Die Sozialistin Martine Aubry und François Bayrou griffen zum alten Vorwurf, diese Debatte, ja Sarkozy spalte die Nation.

Besson kündigte jedoch an, er werde die Diskussion über die Regionalwahlen hinaus fortsetzen, aber sie wird auf die Vorstellungen der Kritiker zurückgestutzt: "Kampf gegen die Diskriminierungen", "Chancengleichheit", "soziale Solidarität" und "Kultur" sind nun die Stichworte.

Anfangs hatte Sarkozy versucht, dem Thema mehr Substanz zu verleihen. Er erwähnte zwar Sprache und Kultur, aber auch Volk, Religion und sogar einmal die "heimatliche Erde".

"Vichy!", "Vichy!" schrien unisono die Gutmenschen, ein Wort, das in Frankreich so gut wie "Faschismus" klingt. Die "Toleranz" hat den "Glauben", die "Vielfalt" die "Identität" und die "Bevölkerung" das "Volk" abgelöst. Mit dem Schwinden der in der Landwirtschaft Beschäftigten innerhalb eines Jahrhunderts von 60 auf zwei Prozent, mit der Abnahme der praktizierenden Katholiken, mit der Säkularisierung aller Lebensbereiche und deren Folgen, mit Priestermangel und leeren Dorfkirchen entstand ein Freiraum für "progressiven Kräfte", die dafür sorgen, daß sich nichts der schleichenden Islamisierung widersetzt. Man vergißt die Fastenzeit und schaut interessiert auf den Ramadan.

In dieser amorphen Stimmung platzte das Schweizer Votum gegen neue Minarette wie eine Bombe. Laut repräsentativen Umfragen begrüßten es die Franzosen massiv. Eine große Mehrheit von ihnen ist nicht nur gegen den Bau von Minaretten, sondern auch von Moscheen überhaupt. Nun, die politische Klasse wird ein solches Volksvotum in Frankreich zu verhindern wissen. Aber die Burka, an sich ein Randphänomen, ist den Franzosen, was den Schweizern die Minarette sind.

Gegen jede Logik schrien Gruppen stets gekränkter, militanter Moslems, das Verbot durch ein Gesetz sei ein Verstoß gegen die sakrosankte Regel der Laizität. Dabei verlangt gerade die Laizität dieses Gesetz. Das Beispiel zeigt, wie sie zum eigenen Vorteil alte französische Werte wie die kartesianische Logik umwerten.

Das bot Sarkozy die Chance, neu in die Debatte einzugreifen. "Die Völker Europas sind tolerant und aufnahmebereit ... aber sie wollen nicht, daß ihr Lebensrahmen, ihre Geisteshaltung

und ihr soziales Netzwerk verfälscht werden", sagte der Staatspräsident. Er wolle, daß "die Moslems Staatsbürger wie alle anderen werden", aber gerade deswegen warnte er sie "vor Unternehmungen, die in unserem Land, wo die christliche Kultur eine so tiefe Spur hinterlassen hat, wie eine Kampfansage gegen dieses Erbe und diese Werte aussehen könnten".

Das "würde die unumgängliche Schaffung eines französischen Islams zum Scheitern verurteilen". Er warnte "vor Provokation mit demonstrativen Religionsritualen". Die nationale Identität, schloß er, ist ein "Gegengift gegen Parallelgesellschaften".<<

**08.02.2010**

**BRD:** Das Internetportal "heise online" berichtet am 8. Februar 2010 (x1.072/...): >>Weltklimarat weiter in Glaubwürdigkeitskrise

*Florian Rötzer*

Die Klimaberichte des IPCC werden immer fragwürdiger, aber geht es wirklich einzig um die Klimaerwärmung?

Die Zahl der Menschen, die nicht mehr davon überzeugt sind, daß sich durch die menschlichen Aktivitäten eine Klimaerwärmung ereignet, wächst. Das ist in Zeiten der Krise nicht verwunderlich, wo man erst einmal an sich und die unmittelbare Zukunft denkt, während das, was erst kommen wird, weiter in die Ferne rückt.

Allerdings dürfte an der sinkenden Überzeugung auch die Klimawissenschaftler und vor allem der Weltklimarat IPCC schuldig sein. Die Zweifler wurden nicht ernst genommen, zumal sie am Beginn tatsächlich vor allem aus interessierten (Wissenschaftspolitik im Weißen Haus) und ideologisch fixierten Kreisen stammten, denen es wie den Kreationisten im Hinblick auf die Evolutionstheorie nicht um Wissenschaft und um den Erhalt des Lebens ging, sondern um einen Kampf gegen einen vermeintlichen Sozialismus, die Vorherrschaft der USA, die Weigerung, armen Ländern zu helfen, und die Profite der Energiekonzerne (Der Umweltgipfel - ein sozialistischer Trick?).

Fundamentalistische Christen wie die Evangelikalen waren denn auch lange der Meinung, daß es eine von Menschen verursachte Klimaerwärmung mit katastrophalen Folgen schon deswegen nicht geben könne, weil dies die Macht Gottes und seiner Schöpfung in Frage stellen würde (Gott und die Klimaerwärmung).

Mittlerweile ist die Position als Klimaerwärmungsskeptiker auch allein schon deswegen interessanter geworden, weil man damit gegen den Mainstream auftritt und sich als Rebell fühlen kann, der irgendwie Unterdrücktes vertritt. Aber die Abschottung gegen die irrationalen Klimaerwärmungsleugner und die politisch und wirtschaftlich interessierten Gruppierungen verband sich wohl mit einem auch irgendwie religiös verbrämten Sendungsauftrag, die Welt vor dem Untergang zu bewahren und daher die Gefahren immer wieder zu beschwören - und auch manchmal über Gebühr zu vergrößern.

Anstatt sich dabei auf fundierte wissenschaftliche Studien und Simulationen zu beschränken, wie es eigentlich erwartet wurde, nahm der Weltklimarat in die Klimaberichte auch Vorhersagen auf, die nicht wissenschaftlich fundiert waren, sondern von Lobbygruppen stammten - was NGOs und Stiftungen ja auch sind, wenn sie ganz bestimmte Ziele durchsetzen wollen.

Neben den Versuchen, Gesuche nach dem Informationsfreiheitsgesetz abzuschmettern, Dokumente zu löschen oder Konkurrenten mit unerwünschten Studien von Publikationsmöglichkeiten auszuschließen (Von Climategate, Klimalüge und dem Wissenschaftsbetrieb), wurde anhand der im letzten Klimabericht veröffentlichten Behauptung, die Himalaya-Gletscher würden bis 2035 abtauen, der schlampige Umgang mit den Quellen offenbar (Schlamperei im letzten IPCC-Bericht).

Und wenn die Suche einmal begonnen hat, wird man auch wieder fündig - was die Glaubwürdigkeit weiter untergräbt und die Klimaerwärmungsskeptiker stärkt, obgleich weiterhin die anthropogene Klimaerwärmung wissenschaftlich vielfältig belegt ist. Etwas anderes sind

freilich die aus Modellen abgeleiteten Vorhersagen über die Folgen, bei denen es noch viele Unbekannte geben kann.

Wenn aber dann noch offenbar aus alarmistischen Gründen in die Klimaberichte aufgenommene Behauptungen kommen, die falsch oder unbelegt sind, wird es nicht nur peinlich, sondern auch destruktiv. So beispielsweise, wenn geschrieben wurde, daß 55 Prozent des Territoriums der Niederlande unter dem Meeresspiegel liegen würde, während es in Wirklichkeit nach dem Statistischen Amt nur 26 Prozent sind.

Und dann kam auch noch auf, daß die Behauptung (3.3.2), in manchen afrikanischen Ländern könnte bis 2020 durch die Klimaerwärmung die Ernte von manchen Nutzpflanzen, die auf Niederschläge angewiesen sind, auf bis zu 50 Prozent sinken, ebenfalls aus einer dubiosen Quelle stammt. Wieder wurde sie über einen Bericht einer NGO in den Klimabericht aufgenommen.

Akribisch zusammengetragen wurde dies wiederum von einem Klimaskeptiker, obgleich der Klimarat gefordert wäre, selbst die Behauptungen und Quellen zu überprüfen, um für seine Glaubwürdigkeit durch Transparenz und Aufklärung zu sorgen. Die Erosion zeigt sich schon darin, daß Indien nun einen nationalen Klimarat zur Kompensation des IPCC etabliert hat (Indien richtet aus Kritik am IPCC eigenen Klimarat ein).

Im Zuge der Vorbereitung zum 5. Klimabericht genügt es nicht, wenn der kompromittierte IPCC-Chef Pachauri die Strategie des Aussitzens verfolgt und man nur einräumt, daß Irren oder mangelnde Sorgfalt doch menschlich seien.

Wenn man dann noch beschwört, wie sorgfältig man doch vorgeht, dann werden die aufgedeckten Schlamperien zum Beweis der mangelnden Glaubwürdigkeit: "For the IPCC, the top level is the key messages that appear in the Summaries for Policymakers. In these documents, each point undergoes not only the careful scrutiny of the scientists. It must also be approved, word by word, by consensus, by all the participating governments, typically representing more than 120 countries."

Wie geht es weiter? Vermutlich werden die Katastrophenmeldungen, so wahrscheinlich sie auch sein mögen, immer weniger Menschen erreichen - und damit auch immer weniger Politiker. Kopenhagen war bereits Beweis dafür, daß die Menschheit nicht gemeinsam verantwortlich für ihre Zukunft handeln kann (Nach Kopenhagen: Höchste Zeit für eine Reform der UNO). Es geht ja auch nur zum Teil um die Vermeidung der Folgen der Klimaerwärmung.

"Saubere" Energie hieße ja auch, weniger Umweltverschmutzung, mehr Energieeffizienz und dezentrale Energieversorgung, Klimaschutz bedeutet auch, Bewahrung der CO<sub>2</sub>-Senken, also etwa der Tropenwälder oder Ökosysteme im Meer, letztlich schlicht Umweltschutz auch durch Umstellung der Landwirtschaft und der destruktiven Ausbeutung der Ressourcen. Und Verantwortung für die Weltgemeinschaft, also Solidarität mit den Armen.

Das alles hat womöglich die Fixierung auf die Klimaerwärmung - und damit auch die Klimaforschung - vergessen lassen und müsste als Vision eines gemeinsamen Überlebens auf dem winzigen Raumschiff Erde wieder deutlicher werden. Es geht um eine Vision eines veränderten Lebens und Wirtschaftens. Insofern haben die frühen Abwiegler vielleicht doch recht gehabt, die das Thema der Klimaerwärmung mit dem Sozialismus oder der Veränderung des kapitalistischen Systems in Zusammenhang brachten.<<

**27.02.2010**

**BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. In seiner Rede kritisierte er die Spitzen von Union und FDP: Rüttgers schade der Demokratie, Westerwelle sei ein Populist und Kanz-

lerin Merkel mangle es an Führungswillen.

Zehn Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat SPD-Chef Sigmar Gabriel die bundespolitische Bedeutung des Urnengangs hervorgehoben und die schwarz-gelben Regierungen im Bund und in Düsseldorf scharf angegriffen.

In Deutschland sei ein "kräftiges Signal" gegen die Politik von CDU und FDP im Bund nötig, sagte Gabriel auf einem Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Dortmund. "Das muß auch das Signal sein, das am 9. Mai von NRW ausgeht." Die Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland sei für die ganze Republik von Bedeutung.

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. Er habe in seinem politischen Leben "noch nie einen so katastrophalen Start einer Regierung in Deutschland erlebt". Schwarz-Gelb sei "die schwächste Regierung, die wir je hatten". **"Wir haben gar keine Bundesregierung"**, fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

**Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland"**. Sie könne die schwarz-gelbe Koalition in keiner einzigen wichtigen Frage auf eine gemeinsame Linie bringen. Merkel sei nur solange eine gute Kanzlerin gewesen, "wie sie von Sozialdemokraten bewacht wurde". ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Februar 2010 (x887/...): >>Vom Erwerbszwang befreit

Bedingungsloses Grundeinkommen startet im Sommer als Test

Der Titel klingt verheißungsvoll: "100-mal neues Leben" heißt das rund zwei bis sieben Millionen Euro teure Projekt der Breuninger-Stiftung, das im Sommer 2010 in Stuttgart und – je nach Finanzlage – auch in einem kleinen Ort in Brandenburg starten soll. 100 Personen sollen für ein oder zwei Jahre ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. 800 Euro monatlich bekommen die Projektteilnehmer, die so vom "Zwang zur Arbeit", wie es der Gründer der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, beschreibt, befreit werden sollen. Werner leitet das Interfakultative Institut für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe, das an dem Projekt "100-mal neues Leben" beteiligt ist.

"Wir sehen, daß es künftig Vollbeschäftigung, so wie wir sie kennen, nicht mehr geben wird. Trotzdem gibt es viel zu tun – oder anders ausgedrückt: Erwerbsarbeit gibt es nicht mehr für alle, Arbeit gibt es genug", gibt die Breuninger-Stiftung zu bedenken. Sie will nun testen, was passiert, wenn man 100 Interessenten monatlich 800 Euro auszahlt und ihnen die Existenzsorgen nimmt. Hochschulabsolventen, Frührentner und Hartz-IV-Empfänger: Jeder kann sich bewerben.

Die Karlsruher Wissenschaftler überprüfen dann, inwieweit die Projektteilnehmer die angebotenen Weiterbildungsmöglichkeiten nutzen oder ehrenamtliche Tätigkeiten annehmen. Nutzen diese Menschen die Chance, Arbeit als Möglichkeit der Selbstverwirklichung zu sehen und bleiben aktiv? Wie wird ihre neue Tätigkeit anerkannt? Wenn ja, wie verändert das bedingungslose Grundeinkommen ihr psychisches Wohlbefinden?

Dieses sehr philanthropisch anmutende Projekt verfolgt jedoch keine absolute Außenseiterposition. Auch Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vom Säugling bis zum Greis bei Wegfall jeglicher anderer sozialer Leistungen aus.

Er geht davon aus, daß die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Disziplinen - von der Glücksforschung bis zur Verhaltensforschung - stimmen, daß der Mensch kein notorischer Drückeberger ist, sondern sich immer in irgendeiner Form nützlich machen und das Gefühl der Selbstwirksamkeit und der Verpflichtung erfahren will. Zwar gebe es Ausnahmen, doch die seien Einzelfälle.

Wie es dann jedoch kommt, daß die meisten Menschen so früh wie möglich in den Ruhestand wollen, ohne dann ehrenamtlich tätig zu sein oder Hartz-IV-Empfänger lieber fernsehen, als



Alte und Kranke zu betreuen, bleibt rätselhaft, schließlich hält sie niemand vom ehrenamtlichen Engagement ab. Auch können die Ergebnisse des Projektes kaum repräsentativ sein, da jene, die sich bewerben, mit der Bewerbung ihren Eigenantrieb belegen.

Zudem ist anzunehmen, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen den Einwanderungsdruck Unqualifizierter erhöhen dürfte. Womöglich funktioniert es eben nur in einem geschlossenen Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Februar 2010 (x887/...): >>In einem offenen Brief an die Griechen appelliert "Stern-Autor" Walter Wüllenweber an das Gerechtigkeitsempfinden der Hellenen:

"Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht mal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins?

Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente ... Von dem Geld, mit dem wir Euch 30 Jahre gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir uns leisten können. Findet Ihr das gerecht?"<<

**März 2010**

**BRD:** Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3/4 berichtet im März/April 2010 (x853/...): >>Die "New Age-Bewegung" als geistiger Hintergrund der gegenwärtigen Abtreibungsmentalität

Von JOSEPH SCHUMACHER

**I. "New Age" - die neue autonome "Gott in uns" Hybris mit dem diffusen Denken**

Unsere Zeit wird in wachsendem Maße von einer geistigen Strömung bestimmt, die im Grunde höchst ungeistig ist. Sie versteht sich als das "New Age". Der Terminus ist so neu, daß er sich noch nicht einmal in dem 1982 erschienenen Ergänzungsband des großen Brockhaus findet. Ist der Terminus auch neu, die Sache ist es jedoch nicht. In der Esoterik hat sie die Jahrhunderte überdauert, um in unserer Zeit eine spezifische Zusammenstellung zu erfahren und vor allem eine weit verbreitete Zustimmung.

Der aus dem Englischen stammende Begriff "New Age" steht für "Neues Zeitalter". Die Vorstellung ist hier die, daß das "Neue Zeitalter" das "Old Age", das "Alte Zeitalter", ablöst, welches angeblich 2.000 Jahre hindurch die Menschen im Zeichen des Christentums geknechtet und unglücklich gemacht hat.

Für die Anhänger der "New Age-Bewegung" ist das neue Zeitalter so etwas wie jenes goldene Zeitalter, von dem die Menschen bisher vergeblich geträumt haben, ein Zeitalter der Harmonie, des Friedens und des allgemeinen Glücks, kurz: das Paradies auf Erden. Sie behaupten, es komme unaufhaltsam, dieses neue Zeitalter, auch ohne unser Zutun, sein Kommen werde jedoch beschleunigt, wenn möglichst viele sich darauf vorbereiteten, sich darauf einstellten und sich dafür einsetzten.

Die Anhänger der "New Age-Bewegung" sehen ihre entscheidende Aufgabe darin, das Kommen des neuen Zeitalters voranzutreiben. Das Neue Zeitalter nennt sich das Zeitalter des Wassermannes. Es tritt an die Stelle des Zeitalters der Fische. Die Fische und der Wassermann, mit ihnen sind Sternbilder gemeint.

Im "New Age" schwört man auf die Astrologie. In ihr sucht man die Gegenwart und die Zukunft mit Hilfe der Sterne zu deuten und zu enträtseln, im Grunde will man in ihr die ganze Geschichte der Menschheit von den Sternen her verstehen. Für den gläubigen Christen ist das Aberglaube, für die Anhänger des "New Age" indessen tiefere Weisheit.

Die Anhänger der "New Age-Bewegung" setzen überhaupt auf den Aberglauben, nicht nur in diesem Punkt. Magie, weise und schwarze, Zauberei, Wahrsagen, Geistheilung und Geisterbeschwörung - das alles spielt eine große Rolle für sie. In gewisser Weise gehört auch der Satanismus dazu.

So wollen sie ihr Leben sichern, ihre Gesundheit erhalten oder wieder herstellen, die Zukunft bewältigen und ein rundum glückliches Leben führen. Die dunklen oder okkulten Tätigkeiten rechtfertigen sie damit, daß sie sagen, sie hätten ein höheres Wissen. Mit ihm berufen sie sich auf die Naturwissenschaften, auf die Physik, die Chemie und die Biologie, und behaupten, sie seien die Grundlage dieses ihres Wissens.

Es handelt sich beim "New Age" um ein ganz merkwürdiges Denken, wie es, geschichtlich betrachtet, einer Spätkultur oder einer sterbenden Kultur eignet, für die es gewissermaßen so etwas ist wie die Begleitmusik.

Im Grunde ist das "New Age" eine höchst ungeistige Bewegung, sofern in ihm der Unsinn zum Sinn erhoben und der Sinn in Unsinn verkehrt wird. Es erhebt den Anspruch, Erkenntnis zu sein, verzichtet indessen de facto auf jede Vernunft. Es will Wissenschaft sein, ist jedoch genauer betrachtet Spekulation und Konstruktion. Es behauptet, rational zu sein, ist hingegen extrem irrational.

Dabei betont es fortwährend, es sei zukunftsgerichtet, derweil es in Wirklichkeit absolut rückwärts orientiert ist. So vor allem, wenn es für den Mythos schwärmt und der Magie und dem Aberglauben Tür und Tor öffnet. Sofern es beansprucht, die ganze Wirklichkeit zu erklären, ist es so etwas wie eine Religion, aber eine Religion ohne persönlichen Gott, eine Religion, in der im Grunde einfach die uns umgebende Welt mit Gott identifiziert wird.

Dem kritischen Beobachter erweist sich diese Religion als ein Religionssurrogat, als ein Religionsersatz. Viele wünschen sich jedoch eine solche Religion, nicht zuletzt deshalb, weil in ihr jeder tun darf, was er will, weil es in ihr eigentlich nur ein einziges Gesetz gibt, nämlich das Gesetz der Gesetzlosigkeit.

Aufs Ganze gesehen ist das "New Age" eine Mischung aus vielen heterogenen Elementen. Dominant sind dabei der Optimismus im Hinblick auf die Zukunft, das widersprüchliche Denken und der Irrationalismus sowie die scharfe Ablehnung des Christentums und jeder dogmatischen Festlegung.

## **II. Reichweite und Einfluß**

Man schätzt den Umfang der "New Age-Bewegung", sofern sie organisiert ist, insgesamt auf 70.000 Gruppen mit 500.000 Mitgliedern allein in Deutschland. Dabei zählen wir in Deutschland an die 3.000 "New Age-Propaganda-Zentren".

Hinzukommt eine große Zahl von Zeitschriften und Büchern, die im Dienst des New Age-Denkens stehen. Zehn Prozent aller Neuerscheinungen, die jährlich auf den Buchmarkt kommen, kommen aus diesem Milieu. Unter der Rubrik "Esoterik" erfreut sich die New Age-Literatur größter Nachfrage in den Buchhandlungen.

Das diffuse Denken des "New Age" wird weltweit von vielen einzelnen Personen getragen, die ihre "New Age-Gedanken" in Büchern propagieren, sowie von zahlreichen Institutionen, Organisationen und Vereinigungen, die sich oft kaum voneinander abgrenzen und vielfach gar nicht einmal identifizieren lassen, die auf jeden Fall mit immer neuen Aktivitäten hervortreten.

Für das "New Age" arbeiten eigene "New Age-Firmen" und "New Age-Banken", aber auch Zentren, die Seminare und Schulungen, Kurse und Veranstaltungen durchführen. Vielfach wird das Ideengut des "New Age" unterschwellig verbreitet, oftmals nicht einmal erkannt von seinen Propagandisten, nicht zuletzt auch im Raum der Kirche, im Christentum und in der Theologie. Weithin ist die Pastoral heute in den verschiedenen christlichen Denominationen esoterisch unterwandert, auch in der katholischen Kirche. Am ehesten wappnen sich gegen eine solche Unterwanderung noch die Freikirchen.

Der Einfluß der "New Age-Gedanken" darf keinesfalls unterschätzt werden, wie es oft geschieht. Mit erstaunlicher Geschwindigkeit haben sie sich in den verschiedenen Lebensbereichen bei den Völkern der westlichen Welt ausgebreitet, heute auch in der zweiten und in der

dritten Welt. Vor allem sind es die Massenmedien, die sich in den Dienst der Propaganda dieser Gedanken stellen. Das führt dazu, daß sie heute ein Millionenpublikum erreichen.

Ein wichtiges Sprachrohr des "New Age" ist das "Magazin 2000". Bezeichnenderweise nennt es sich "Magazin für neues Bewußtsein". Ständige Mitarbeiter dieses Organs sind Franz Alt (\*1939) und Rudolf Bahro (gest. 1997). Beide gehören dem grünen Spektrum an, haben sich aber in besonderer Weise im "New Age" profiliert.

Weitere Zeitschriften, die im Dienst des "New Age" stehen, sind die Zeitschriften "Sphinx", "Esotera" und "Trendwende". Die Zeitschrift "Trendwende" findet besondere Beachtung im Management der Industrie. Sie erscheint seit 1982. Die erste deutsche "New Age-Zeitung" trägt den Namen "Die Neue Zeit". Im Jahre 1991 erschien im Sphinx Verlag in Basel ein Kalender mit dem Namen "Netzwerk 1991", der großzügig Auskunft gibt über unzählige Aktivitäten des "New Age".

In der "New Age-Bewegung" engagieren sich nicht nur Naturwissenschaftler und Hochschullehrer, auch viele Manager von Industrieunternehmen, Politiker, Journalisten, Schriftsteller, Financiers und sonstige bedeutende Vertreter des öffentlichen Lebens machen da mit. Nicht immer geschieht das bewußt, jedoch wohl in vielen Fällen. Auch sind nicht wenige Lehrer fasziniert von den Verheißungen des "New Age" und von den neuen Wegen, die es bringt. Gerade sie sind wichtige Werbeträger, haben sie doch großen Einfluß auf junge Menschen, die zum einen leichter zu beeinflussen sind und die zum anderen sich konsequenter einsetzen für das, was ihnen zur Überzeugung geworden ist, als ältere Menschen.

Die "New Age-Bewegung" breitet sich aus als "sanfte Verschwörung", das heißt: nicht lautstark, sondern leise und unterschwellig, häufig durch Unterwanderung bestehender Institutionen, speziell im Bereich der Politik, der Bildung, der Wissenschaft und der Religion. Gerade auch in der Theologie und in der Seelsorge ist das "New Age" heute wirksam, in allen christlichen Denominationen. Nicht selten nimmt man im "New Age" Personen in Dienst, die selber nicht einmal darum wissen. Für die Propagierung der Gedankenwelt des "New Age" erachtet man alle Mittel als recht.

Dabei hat die "New Age-Bewegung" keine zentrale Leitung. Was sie zusammenhält, das ist der Geist oder die Gedankenwelt des "New Age". Man spricht hier gern vom "New Age-Bewußtsein". Der Geist des New Age ist mächtig, und er spricht an. Denn er sagt, was vielen angenehm ist und was sie im Stillen erwarten.

Auf sanfte Weise zieht er viele in seinen Bann. Für gewöhnlich ist es die Sorge um die Gesundheit und um berufliche Erfolge oder das Streben nach Selbstvervollkommnung und nach mehr Lebensqualität, was zu einem ersten Kontakt mit der "New Age-Bewegung" führt. Aber schon sehr bald wird die Bindung dann fester und fester.

Das entscheidende Symbol des "New Age" ist der buntschillernde Regenbogen. Er befindet sich auf vielen Veröffentlichungen, Postern und Gebrauchsgegenständen innerhalb der "New Age-Szene". Er soll die Brücke des einzelnen Menschen zur Menschheit und zur Integration mit den kosmischen Energien symbolisieren. Man sagt auch, der Regenbogen solle die für das "New Age" zu erwartende Entwicklung des Menschen zum Übermenschen andeuten. Ein weiteres Symbol ist ein endlos ineinander verflechtes Band, das die Vernetzung des Lebens zeigen soll. Dieses Symbol finden wir auf der Titelseite der Zeitung "Die Neue Zeit". Aber nicht nur dort.

Der Delphin ist das Kulttier der "New Ager". Er galt bereits im Altertum als ein Wesen von hoher Intelligenz, dem man gar kultische Verehrung entgegenbrachte. In diesem Zusammenhang richtet man auch die Aufmerksamkeit auf die Wale, die schon früh in der Mythologie die Aufmerksamkeit auf sich zogen.

Ihren Ausgang hat die "New Age-Bewegung" von Kalifornien aus genommen. Hier hat sie auch ihren Namen erhalten. Von dort aus hat sie sich sehr schnell in den Vereinigten Staaten

von Nordamerika und in der übrigen westlichen Welt ausgebreitet.

Heute schlägt sie mehr und mehr Wurzeln in den ehemals sozialistischen Ländern. Die Ausbreitung geht vor allem deshalb so schnell vonstatten, weil sich überall die Massenmedien für sie einsetzen, bewußt oder unbewußt, und weil das, was hier gesagt wird, der Erwartung und den Wünschen vieler entgegenkommt.

Das nicht nur, weil ihnen hier das höchste Glück, eine unbeschreiblich schöne Zukunft, versprochen wird, sondern auch deshalb, weil ihnen hier gesagt wird, daß sie dieses Glück ohne sittliche Anstrengung erreichen. Für die "schöne neue Welt" müssen sie sich lediglich ein neues Bewußtsein zulegen, ihr Bewußtsein transformieren oder umformen, richtiger mußte es heißen: Transformieren oder umformen lassen.

Geschehen soll das durch Bewußtseinstraining, durch Einübung der Selbstverwirklichung, durch Selbsterkenntnis, durch Selbstvertrauen, durch Selbstliebe, durch Meditation, durch abergläubische Praktiken und nicht zuletzt durch den Gebrauch von Drogen. Faktisch erfolgt in solcher Transformation eine grandiose Manipulation des Denkens.

In der Strategie des "New Age" wird die Vergangenheit in jeder Hinsicht schlecht gemacht, werden die überkommenen sittlichen Werte auf den Kopf gestellt und erklärt man stolz, das neue Zeitalter werde von der Gesetzlosigkeit beherrscht.

### **III. Die Rekruten des "New Age"**

Vorläufer der "New Age-Bewegung" sind die Beatles, die Hippies, die Blumenkinder und die Vertreter der Flower-Power-Bewegung der sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Wie im "New Age" geht es auch in diesen Bewegungen um den Traum von einer besseren Welt. In diesem Zusammenhang ist auch an die neuen "Jugendreligionen" zu erinnern, die irgendwie Vorformen der "New Age-Bewegung" darstellen, die vor Jahrzehnten noch starker prägend waren, als sie es in der Gegenwart sind.

In gewisser Weise kann man auch sagen, daß die "New Age-Bewegung" die kritische Frankfurter Schule der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts und die politische Utopie dieses Jahrhunderts im Zeichen von Karl Marx (gest. 1883), Mao Tse-tung (gest. 1976) und Max Horkheimer (gest. 1973) abgelöst hat.

Es ist bezeichnend, daß sich gerade bei denen, die dieser Ideologie damals gehuldigt hatten, die neue Ideologie am meisten verbreitete. In ihr geht es allerdings nicht mehr um eine äußere und gewalttätige Revolution, sondern um eine innere und sanfte, um eine Revolution des Bewußtseins, wie man sagt.

In der "New-Age-Bewegung" suchen nicht nur junge Menschen eine Heimat, sondern alle Altersstufen. Vor allem begegnen uns hier Personen mittleren Alters, und da gerade solche, die Schlüsselpositionen innehaben in unserer Gesellschaft. Besonders anfällig für das "New Age-Gedankengut" sind noch die Intellektuellen. Deshalb darf es nicht Wunder nehmen, daß sich das neue Denken in den Chefetagen der Industrieunternehmen ebenso wie bei den Entscheidungsträgern in Wissenschaft, Politik und Kultur findet.

So erklärt es sich, daß heute, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Februar 1987 berichtet, Astrologen in den Entscheidungsprozeß von Wirtschaftsunternehmen einbezogen werden, etwa in der Frage nach dem günstigsten Zeitpunkt für Investitionen, und daß es heute eine "esoterische Börsenberatung" gibt, die auf astrologischer Basis den günstigsten Zeitpunkt für den Verkauf und Ankauf von Aktien errechnet.

Angesehene Naturwissenschaftler und Gelehrte engagieren sich in der "New Age-Bewegung" mit der ausdrücklichen Berufung auf die Vernunft. So stellt der österreichisch-amerikanische Atomphysiker Fritjof Capra (\*1939) fest, die moderne Kosmologie und Quantenphysik konvergieren in erstaunlicher Weise mit den uralten Überlieferungen des Hinduismus.

Solche und ähnliche Gedanken finden sich in dessen Buch "Wendezeit", das man gern als die "Bibel des New Age" bezeichnet, das im Grunde extrem kompliziert und ungeordnet, ja, ab-

strus geschrieben ist. Der deutsche Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker (gest. 2007) bekannte sich einst enthusiastisch zur esoterischen Spiritualität Indiens und erklärte, am Grab von Shri Ramana Maharshi habe er eine initiatische Entrückung erfahren.

Viele weitere Naturwissenschaftler rechtfertigen ihr "höheres", ihr esoterisches Wissen im Kontext des "New Age" mit Berufung auf die Physik, die Chemie und die Biologie.

Ein bedeutender Vorläufer der "New Age-Bewegung" ist der Okkultist, Sexualmagier und Satanist Aleister Crowley (gest. 1947). Eine große Rolle spielen im "New Age" die okkulten Schriften des 1925 in Lima geborenen Schriftstellers Carlos Castaneda. In diese Reihe gehören ferner: Madame Helena Petrovna Blavatsky (gest. 1891), die Begründerin der Theosophie des 19. Jahrhunderts; Rudolf Steiner, der Begründer der Anthroposophie (gest. 1924) und die Engländerin Alice Bailey (gest. 1949), die dritte Präsidentin der von Helena Blavatsky ins Leben gerufenen Theosophischen Gesellschaft.

Die Letztere hat den eigentlichen Grund zur "New Age-Bewegung" gelegt. Sie erhebt den Anspruch als spiritistisches Medium Botschaften von einem tibetanischen Weisheitslehrer (Djawal Khul) auf dem Wege automatischen Schreibens empfangen zu haben.

Diese Botschaften will sie in ihren zahlreichen Schriften niedergelegt haben. Wir sprechen hier von Spirit Channeling, das in der "New Age-Szene" eine große Rolle spielt. Einen guten Klang haben im "New Age" aber auch Namen wie Friedrich Nietzsche (gest. 1900), Ernst Bloch (gest. 1977), Carl Gustav Jung (gest. 1961) und der Jesuit Teilhard de Chardin (gest. 1955). In diesem Kontext ist es nicht verwunderlich, wenn man sich im "New Age" mit besonderer Liebe den fernöstlichen Religionen zuwendet, dem Buddhismus und vor allem dem Hinduismus.

#### **IV. Die "Glaubenslehre" des "New Age"**

Ein wichtiges Moment des "New Age" ist ein ins Unendliche gesteigerter Fortschrittsglaube, ein Superoptimismus, der mit beharrlichem Fanatismus die Augen vor den negativen Seiten des Menschen und der Welt verschließt. Man träumt von einer grundlegenden Veränderung aller Verhältnisse, von einer Verwandlung der Gesellschaft, der Arbeit, der Kultur, der Politik. Der Fortschrittsglaube ist unbegrenzt, er behauptet sich gegen alle gegenteiligen Erfahrungen. So verheißt man Frieden, Glück und eine ökologisch, wirtschaftlich und politisch heile Welt und setzt an die Stelle von Angst und Furcht Optimismus und Hoffnung. Nicht zuletzt damit gewinnt man viele Freunde.

Das Grundgesetz der Wirklichkeit sieht man im "New Age" in der Evolution. In ihr sieht man das grundlegende schöpferische und ordnende Prinzip der Natur. Sie soll eine fortwährende Entwicklung des Kosmos und der Menschheit bewirken und den Kosmos und die Menschheit immer mehr der Vergöttlichung entgegen führen.

Das "New Age" versteht sich als Zeitalter des Wassermanns, des Aquarius, das das Zeitalter der Fische ablöst. Während man das Zeitalter der Fische als engherzig, rational und fanatisch, kriegerisch und repressiv charakterisiert und ihm alles nur denkbar Negative zuschreibt, beschreibt man das neue Zeitalter als dynamisch und kreativ.

Während die Pflicht und die Keuschheit das Zeitalter der Fische angeblich bestimmten, sollen im Zeitalter des Wassermanns der Ungehorsam, die Anarchie und vor allem die erotische Liebe eine zentrale Stellung erhalten. Das entscheidende Ethos des Wassermann-Zeitalters ist das Einswerden mit dem Kosmos, das Aufgehen in der göttlich verstandenen Natur, im göttlich verstandenen Kosmos.

#### **V. Wissenschaftstheorie und Mystik**

Auf zwei tragenden Säulen ruht das "New Age", auf der Systemschau des Lebens und auf der Mystik. Der Systemschau des Lebens entspricht das synthetische Denken, worin man die Wirklichkeit als ein Geflecht von vielfältigen Abhängigkeiten und Beeinflussungsmöglichkeiten begreift. Es handelt sich um ein Denken in Sinnzusammenhängen, um ein ganzheitliches

Denken, von dem man behauptet, daß es dem herkömmlichen Denken in Kausalzusammenhängen überlegen sei.

Dieses neue Denken ist angeblich gerechtfertigt durch die neuesten Forschungsergebnisse aus der Atomphysik. In ihnen findet es angeblich seine wissenschaftliche Begründung. Das wird im Einzelnen dargelegt in dem Buch des Physikers Fritjof Capra "Wendezeit". Davon war schon früher die Rede.

Zu dem "wissenschaftlichen Anliegen" der Systemschau des Lebens gesellt sich die Mystik des "New Age", die man als "Weltraumfahrt nach innen und rückwärts" charakterisiert. Sie wird getragen von Schamanen, Spiritisten, Medizinmännern und Hexenmeistern. Literarisch propagiert wird sie in den Büchern des Bestseller-Autors Michael Ende (gest. 1995). In der Mystik wendet man sich den Mythen und Religionen der Vergangenheit, den überlieferten "Weisheitslehren" der Völker zu. Dabei flieht man zurück in die Magie und setzt auf parapsychologische Erfahrungen, auf Gurus und Kontakte mit den Verstorbenen.

Michael Ende erklärt, der Spott, den die Rationalisten dem Okkultismus entgegenbrachten, sei nichts anderes als eine unbewußte Angstreaktion gegenüber den Risiken, die die Suche nach der Wirklichkeit der Welt, nach der Wirklichkeit der geistig-seelischen Welt mit sich bringe. Er war davon überzeugt, daß die Welt und das Weltall von Intelligenzen und von Bewußtsein erfüllt seien. Gnome, Nixen, Undinen, Elfen und Zwerge sind für ihn durchaus reale Wesen.

Einer der Schlüsselbegriffe der "New Age-Bewegung" lautet Selbstverwirklichung.

Die Selbstverwirklichung will man hier erreichen auf dem Weg über Bewußtseinsweiterung, über die Steigerung der intuitiven Fähigkeiten sowie über undogmatische, erfahrungsbetonte Spiritualität. Dazu bietet man Kurse und Programme an, Kurse zur Selbstentfaltung und Programme für geistiges Training.

Immer ist dabei die Rede von positivem Denken, von positiver Imagination, von der Notwendigkeit, sich selbst zu lieben, und von innerer Heilung. Man wird aufgefordert, sein Selbst zu suchen, Nachsicht gegen sich selbst zu üben, Selbsterkenntnis, Selbstvertrauen, Selbsthilfe und Selbstbedeutung zu lernen. Das Ziel von all dem ist die Veränderung des Einzelnen, die die Grundlage der gesellschaftlichen Veränderung werden soll.

Zu beachten ist hier die Häufigkeit des Begriffs "selbst", die Konzentration auf das Ich, die hier erkennbar wird. Faktisch wird die Egozentrik im "New Age" geradezu zum System erhoben. Sie ist auch der Hintergrund der Abtreibungsmentalität der Gegenwart. Das wird deutlich, wenn man die Abtreibung mit Selbstverwirklichung der Mutter begründet, wie es immer wieder geschieht.

Die individuelle Veränderung oder die Transformation des Einzelnen ist das Fundament der gesellschaftlichen Veränderung im "New Age". Der neue Mensch und das neue Bewußtsein sollen zur neuen Menschheit und zum neuen Menschheitsbewußtsein führen.

Die Transformation bedarf keiner persönlichen Anstrengung. Der Einzelne braucht sich nur den kosmischen Kräften zu öffnen, dann wird ihm die nötige Umgestaltung gratis geschenkt. Dabei soll er sich altbewährter Techniken und Übungen bedienen, die die "New Age-Ideologie" gewissermaßen vor ihren Karren spannt, als da sind: autogenes Training, Selbstsuggestion, Entspannungsübungen, Atemübungen, Hypnose, Meditation, Karate, Jogging und fernöstliche Meditation. Eine große Rolle spielen dabei überdies die Drogen.

Alle Autoren der "New Age-Bewegung" sehen in psychedelischen Drogen sehr wichtige Instrumente zur Bewußtseinsweiterung. Sie ermöglichen, so sagt man, auf einfache Weise spirituelle Erfahrung und Vereinigung mit dem kollektiven Unbewußten. Darüber hinaus werden auch Yoga und psychedelische Musik (spezielle "New Age-Musik" und bestimmte Arten von Pop und Rock) eingesetzt.

Aus dem neuen Denken, aus der Transformation, erwächst in der Fachterminologie des "New Age" das "neue Paradigma". Das ist ein neuer "Denkrahmen" oder eine neue "Denkkategorie".

## **VI. Die entscheidende Botschaft und die Folgen**

Die entscheidende Botschaft des "New Age" lautet: "Gott ist tot, es lebe der Gott in uns". An die Stelle Gottes tritt im "New Age" der Mensch. Der Mensch wird Gott im "New Age". Das Verlangen des Menschen, selbst sein Gott zu sein, ist uralte. Sehr plastisch begegnet es uns in der Heiligen Schrift in den Erzählungen von der Ursünde und vom Turmbau zu Babel. Mit der Gottwerdung wird der Mensch autonom und absolut souverän.

So ist es nicht verwunderlich, wenn im "New Age" die Grundwerte unserer Gesellschaft in Frage gestellt, wenn alle überkommenen ethischen Vorstellungen relativiert und liquidiert werden und an ihre Stelle ein völlig neues System "von allgemeinverbindlichen und global angewandten Normen und Werten" gesetzt wird.

Wer wollte es übersehen, daß bei uns schon jetzt weithin alle Ordnungs- und Wertvorstellungen zusammengebrochen sind? Das ist die erfolgreiche Strategie des "New Age". Die neuen Normen und Werte des "New Age" bestehen im Grunde in der Negierung der überkommenen Normen und Werte. Sie gruppieren sich bestenfalls um beliebige Selbstverwirklichung und um die Erhaltung der Umwelt.

Im Wassermann-Zeitalter soll jeder immer und überall tun, was ihm gefällt und was ihm Freude macht. Die Hauptsache: Er ist kreativ. Alles, was der Mensch tut, soll seiner Freude dienen, wobei Freude in einem ganz vordergründigen Sinn verstanden wird. Der Wahlspruch des "New Age" lautet von daher: "Gut ist, was gefällt".

Deshalb steht die geschlechtliche Freizügigkeit im Zentrum des "New Age", tritt das "New Age" für jede Form geschlechtlicher Abartigkeit ein und setzt es an die Stelle von Familien- und Paarstrukturen Freiheit und Kreativität. Der höchste Wert ist für den "New Ager" die Lust. Sie wird gerade - zu vergöttert, zusammen mit der Natur.

Die Institution der Ehe soll es nicht mehr geben im "New Age". Sie wird als solche abgelehnt. In der Sicht des "New Age" kann es ein lustvolles Leben geben auch ohne die Ehe, und wenn die Fortpflanzung dabei störend in den Weg tritt, so kann man diese Wirkung mit allen Mitteln zunichte machen.

Wenn sich dieses Denken heute im öffentlichen Leben weithin durchgesetzt hat, so ist daß ein Erfolg der Propagierung der "New Age-Gedanken". Andererseits macht es das "New Age" sympathisch in den Augen vieler.

Das "New Age" ist die Religion des Thelema, wie Aleister Crowley das ausdrückt. Es gilt hier der Grundsatz: "Tu, was du willst!" Die oberste Maxime ist die absolute und unbegrenzte Permissivität. Jeder tut, was ihm Spaß macht. Das "New Age" ist radikal hedonistisch. Auch in diesem Punkt prägt es inzwischen weithin das Klima in der Öffentlichkeit.

Wenn im "New Age" von Liebe geredet wird, dann ist nicht die christliche Liebe, sondern die Liebe zwischen den Geschlechtern, zwischen dem Du und dem Ich, in der Regel aber die Liebe zwischen dem Ich und dem Du gemeint, verstanden als heidnische Liebe. Sie ist weder auf Dauer noch auf Ausschließlichkeit ausgerichtet.

Der Partner dieser Liebe ist also auswechselbar. Auch wenn man ihn im Augenblick noch nicht auswechselt, so lehnt man das jedoch nicht grundsätzlich ab. Die christliche Liebe ist demgegenüber eine Liebe, die sich auf den Kern der Person richtet, die vor allem Gott einbezieht, die im Fall der ehelichen Liebe die immerwährende Dauer und die ausschließliche Liebe zu einem Partner als Wesensmomente dieser Liebe versteht.

Mit der vollends permissiven Sexualpraxis verbindet sich im "New Age" der Feminismus, der hier schlichtweg als Haupttriebfeder der "gesellschaftlichen Transformation" verstanden wird. Er wird im "New Age" geradezu extremisiert, wenn in ihm gar das Männliche als suspekt angesehen wird, wenn in ihm alles Männliche als negativ, alles Weibliche aber als positiv gilt und wenn in ihm alles Positive als weiblich und alles Negative als männlich angesehen wird. Aus diesem Blickwinkel wird im "New Age" die ganze Geschichte und auch die Gegenwart

betrachtet und bewertet.

Das Zeitalter des Wassermanns ist das radikal weibliche, so sagt man, wie das Zeitalter der Fische angeblich das radikal männliche gewesen ist.

Die unbegrenzte sexuelle Freizügigkeit, für die es keine Normen mehr gibt, versteht man im "New Age" als Ausdruck der radikalen Weiblichkeit auf der Ebene des Seins und des Sollens.

Die sexuelle Erfahrung, gleich in welcher Form, wird hier zur Spiritualität schlechthin. Dabei schaut man begeistert auf die sexuellen Orgien der alten Mysterienkulte.

In der Sicht des "New Age" kann die derzeitige Sex-Szene nur ein Anfang sein. Wenn das Wassermann-Zeitalter erst einmal voll da ist, wird der Ist-Zustand noch um ein Unendliches überschritten.

Als ein besonderes Ideal wird im "New Age" der "androgyn" Mensch, der männlich-weibliche Mensch, propagiert. Darin sieht man einen Sonderfall des grundlegenden Protestes gegenüber der Wirklichkeit, der, wie bereits betont, bestimmend ist für das "New Age".

Der "androgyn" Mensch soll das Symbol der Ganzheit, der Synthese und der Verbindung mit dem Kosmos sein. Dem Gedanken der Androgynität entspricht in gewisser Weise der Gedanke der Verherrlichung der Homosexualität im "New Age". Die wachsende Sympathie für die Homosexualität in unserer Gesellschaft ist ein Spiegel der Wertschätzung dieser Perversion im "New Age".

Andererseits verbindet sich die Propagierung der Homosexualität im "New Age" mit der Forderung ungehemmter sexueller Ausschweifung mit Einschluß aller nur denkbaren Perversitäten. Im "New Age" vertritt man die Meinung, im Bereich des Sexuellen dürfe es keinerlei Vorbehalte oder Restriktionen geben, die Sexualität müsse immer neu experimentelle und existentielle Formen annehmen, sie müsse ohne jegliche Normen ausgelebt und gar als Droge eingesetzt werden.

Eine solche Anti-Moral entspricht weithin dem Denken unserer Zeit. Ihre Konsequenzen, wie etwa die Ausbreitung der Aids-Krankheit, werden dabei in guter ideologischer Manier nicht zur Kenntnis genommen.

Stets verschließt der Ideologe seine Augen vor der Wirklichkeit. Er vernimmt sie nicht - Vernunft kommt von vernehmen -, der Ideologe konstruiert sie. Aber die Wirklichkeit geht an dieser Konstruktion vorüber und desillusioniert die versponnenen Illusionen. Die Fakten sind stärker als gedankliche Konstruktionen.

Wo aber die Sexualität eskaliert und wo sie normfrei ist und mystisch verklärt wird, da muß es selbstverständlich die Abtreibung geben, da muß eine fruchtbare Sexualität als unbrauchbar angesehen werden. Wo die sexuellen Kräfte ohne jede Verantwortung aktiviert werden, müssen die eventuellen Folgen ausradiert werden, und zwar mit allen Mitteln, da wird der menschliche Fötus zu einem Unfall.

Zumal, da es im "New Age" auch keinerlei Verantwortung vor Gott gibt, da hier an die Stelle der Verantwortung vor Gott das Streben nach mystischem Einklang mit der Natur tritt, das Streben nach der Gottwerdung des Menschen. Gott ist im Denken des "New Age" ohnehin nicht Person, sondern identisch mit dem Kosmos, weshalb der Begriff der Sünde oder des Bösen und die Vorstellung von einer gefallenen Schöpfung hier nicht vorkommen.

Der Mensch ist gut, das ist so etwas wie ein Grunddogma des "New Age". Daher ist alles, was er tut, als gut anzusehen.

In der Sicht des "New Age" kann der Mensch nicht einmal sündigen, bestenfalls kann er Fehler machen. Die Auffassung, daß der Mensch gut ist, ist heute inzwischen so sehr verbreitet, daß, wo immer man das Gegenteil behauptet, man einen Sturm der Entrüstung entfacht - ein Erfolg der "New Age-Propaganda".

Wenn der Mensch aber gut ist und es keine Sünde gibt, dann wird die Erlösung gegenstandslos. An ihre Stelle treten im "New Age" die Erleuchtung, das neue Wissen der Mystik und die



Bewußtseinsweiterung sowie die Einheit mit dem Göttlichen.

Die Sünde, die im "New Age" Unwissenheit bedeutet, wird in ihm überwunden durch Einweihung und psychologische Techniken.

Im "New Age" wird die Natur vergöttert, während der einzelne Mensch in ihm mißachtet wird, in ihm ist die Natur alles und der Mensch nichts. Im "New Age-Denken" ist die Natur wichtiger als der Mensch, rangieren die Ansprüche der Natur vor den Ansprüchen der Menschen, weil die Natur das Ganze, der Mensch jedoch nur ein Teil davon ist.

Der biblische Gedanke, daß der Mensch die Krone der Schöpfung ist, liegt dem "New Age-Denken" fern. Folglich avanciert in ihm die Ökologie zum religiösen Handeln, allerdings in jener merkwürdigen Inkonsequenz, die uns nicht nur an diesem Punkt im "New Age" begegnet. Die Sorge um die Natur steht im "New Age" im Dienst der Evolution, die als das entscheidende Prinzip der Natur angesehen wird und eine ideale Zukunft herbeiführen soll, wie sie im "New Age" erwartet und verkündet wird.

Im "New Age" erfährt im Grunde das Tier eine größere Zuwendung als der Mensch. Das fernöstliche Mitleid mit aller Kreatur richtet sich in diesem Denken in einseitiger Weise auf das Tier. Dabei versucht man - eine merkwürdig irrationale Mode - nicht selten, die Tiere auf die Ebene des Menschen emporzuheben.

Der früher katholische Theologe Eugen Drewermann (\*1940) betont in einem Fernseh-Interview, Tiere hätten auch so etwas wie eine Seele. Der Mensch stehe zwar an der Spitze der Entwicklung der Lebewesen, aber ein Pferdegehirn habe immerhin die gleichen Anlagen wie der Mensch. Es gehöre nicht zum innersten Wesen des Tieres, geschlachtet zu werden, weshalb sich eigentlich der Vegetarismus für den Menschen empfehle.

Drewermann erklärt dabei, in anderen Religionen hätten die Tiere einen höheren Stellenwert als im Christentum und das Christentum müsse, was den Umgang mit dem Tod der Tiere angehe, einiges dazulernen. Auf jeden Fall sei Gott mehr bei den Tieren als bei den Menschen. Man sagt zwar im "New Age", die Tiere stünden auf einer Ebene mit den Menschen, in Wirklichkeit stehen sie hier indessen weithin höher als der Mensch.

Die grüne Politik ist die Politik des neuen Paradigmas. Die Grünen sind die Speerspitze des "New Age" im politischen Bereich. Geschickt nimmt man hier die allgemeine Besorgnis der Bevölkerung im Hinblick etwa auf die sich verschärfende Umweltzerstörung, aber auch sonst, in Dienst, um seine eigenen Ideen einzuschleusen, sein neues Verständnis von Mensch und Natur und seine utopischen Lösungen.

## **VII. Der Mensch**

Der Mensch ist ein Kollektivwesen im neuen Paradigma. Das Individuum verliert sich hier oder muß sich hier verlieren im Dienst der "kosmischen Evolution" und der "Transformation des Kosmos". Schon von daher erklärt sich die positive Wertung der Abtreibung in diesem Denken und, damit zusammenhängend, die positive Wertung der Euthanasie.

Als Kollektivwesen findet der Mensch im "New Age" seine Sinnbestimmung im kollektiven Weiterleben in der Menschheit. Nicht auf das Individuum kommt es im "New Age" an, sondern auf die Menschheit in ihrer Gesamtheit. Wenn schon der Einzelne in dieser ökologischen "Ethik" als gesunder Mensch keinen Platz hat, um wieviel weniger hat er ihn dann als schwacher, kranker und alter Mensch oder als noch ungeborener Mensch im Mutterleib. Der Kollektivismus ist notwendigerweise unmenschlich, inhuman.

Aber nicht nur unmenschlich ist der Kollektivismus, notwendigerweise, er verbindet sich ebenso notwendig mit der Intoleranz. Auch die Intoleranz gehört wesentlich zum Kollektivismus. Wenn dieser das nicht zugibt, geschieht das aus diplomatischen Gründen. Faktisch bestimmen die beiden genannten Züge weithin die Physiognomie unserer Zeit - das gilt ganz allgemein -, sofern diese sich äußerst tolerant und individualistisch gebärdet, es aber gerade nicht ist, und ebenso extrem freiheitlich, dabei jedoch in wachsendem Maße Zwänge ausübt

und sich in ihrem Denken als in hohem Maße totalitär erweist.

Die Lüge strukturiert gegenwärtig nicht nur das "New Age". Oder ist es nur die Verblendung der Geister?

In diesem Kontext ist auch die Tatsache zu sehen, daß sich die Menschen in der Gegenwart originell und selbständig gerieren, dabei jedoch einer Vereinheitlichung unterliegen, wie sie uns so wohl nie zuvor begegnet ist in der Geschichte der Menschheit, sofern sie geprägt sind von der Einheitlichkeit im Denken, im Verhalten, im Empfinden und in der Lebensführung, bis hin zur Einheitlichkeit in der Kleidung. Tatsächlich ist heute beinahe alles genormt, und die Normierung schreitet weiter voran, vermittelt aber gleichzeitig die Illusion, jedem Einzelnen ein unbegrenztes Maß von Selbstbestimmung zu überlassen.

Bei näherem Hinsehen erkennt man indessen, daß der Schein hier trügt. Die Mißachtung des Wertes des menschlichen Lebens, deren Wurzel vielfältig ist im "New Age", ist nicht zu trennen von der Reinkarnationslehre und von dem Endziel der Reinkarnation, nämlich der völligen Auslöschung jeder Individualität.

Auch von daher verliert das konkrete Leben des Menschen im "New Age-Denken" seinen besonderen Wert, hat der Einzelne in diesem System doch immer noch die Möglichkeit, aufs Neue geboren zu werden. Von der Einzigartigkeit und der Einmaligkeit des einzelnen Menschen und von seiner Gottebenbildlichkeit, Realitäten, die letztlich das Fundament der international anerkannten Menschenrechte sowie der in den Verfassungen garantierten Menschenwürde sind, ist hier keine Rede mehr.

Mit dem Dogma von der Seelenwanderung, das in der gegenwärtigen Öffentlichkeit große Resonanz findet, verbindet sich im "New Age" die trostreiche Behauptung, der Tod sei nicht endgültig, das Sterben sei ein schönes Erlebnis und das Gericht finde nicht statt. Vor allem sagt man im "New Age", am Ende stehe ein Zustand vollkommener Zufriedenheit und vollkommenen Glücks für alle. Von daher hat man hier auch keine Einwände gegen die Euthanasie und gegen den Suizid, fordert man vielmehr das eine und verklärt man das andere.

### **VIII. Der Traum vom irdischen Paradies**

Was im "New Age" vor allem abgelehnt wird, das ist das Kreuz. Man redet hier viel von der Liebe. Diese will man aber ohne Leiden. Das ist jedoch nicht möglich. Denn Liebe ohne das Kreuz, das gibt es nicht, jedenfalls nicht auf die Dauer. Das "New Age" will eine schmerzfreie Welt, es will das Paradies auf Erden. In diesem Punkt gleichen die "New Ager" den Marxisten.

Sie unterscheiden sich jedoch von diesen, sofern sie das Paradies nicht allein mit den Quantitäten oder materialistisch - die Quantitäten meinen das Was der Dinge - und ohne Gott, sondern mit Qualitäten - die Qualitäten meinen das Wie der Dinge - und mit fernöstlichem Pantheismus herbeiführen wollen.

Auf jeden Fall wollen die "New Ager" das Paradies herbeiführen ohne einen persönlichen Gott und ohne das Kreuz. Von daher erklärt sich auch der Anklang, den im "New Age" der Philosoph Friedrich Nietzsche (gest. 1900) findet, verabscheut er doch das Kreuz mehr als alles andere und verbindet er doch mit seiner Gottesleugnung die Lust als den höchsten Wert. Ihm geht es um Dionysos, den Gott der Lust, nicht um Christus, den Gott des Kreuzes. Und unerbittlich ist sein Kampf gegen einen Erlöser, der die Welt durch sein Leiden am Kreuz erlöst.

Die "New Ager" wollen das Leid abschaffen, und zwar um jeden Preis, und sei es um den Preis der Abschaffung der Leidenden. Auch deswegen gehören zum "New Age" Abtreibung und Euthanasie, aber auch Samenbanken, Menschenzüchtung und Eugenik. Mit der Eugenik hängt dann auch der Rassismus des "New Age" zusammen. Um das Leiden abzuschaffen, kann man sich gemäß dem Denken des "New Age" aller Mittel bedienen.

Die Abschaffung des Leidens darf im "New Age" durch keinerlei Moralvorstellungen behin-

dert werden. Das neue Zeitalter soll vom allgemeinen Frieden und von der Harmonie aller bestimmt sein. In ihm soll sich der alte Traum der Menschheit vom Goldenen Zeitalter erfüllen. Den Weg dahin markieren eine neue Politik und eine neue Religion, der angestrebte Welteinheitsstaat und die angestrebte Welteinheitsreligion.

In der Idee des Welteinheitsstaates wird im "New Age" das Totalitätsdenken zum totalitären Denken. Von dem Totalitarismus des "New Age" war bereits die Rede. Jede Ideologie tendiert zum Totalitarismus, erst recht jene, die die Totalität zu ihrem entscheidenden Inhalt macht. Die Idee der Welteinheitsreligion aber wird hier zu einem gigantischen Relativismus und Synkretismus, sofern die Welteinheitsreligion in allgemeine Gläubigkeit schwimmt, in der es zwar keine Liebe und kein Gebet gibt, dafür aber unbegrenztes Schwärmertum und hemmungslose Magie.

Das "New Age" erhebt nicht nur einen Absolutheitsanspruch, es versucht ihn auch mit letzter Unnachgiebigkeit und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden durchzusetzen. erinnert sei in diesem Zusammenhang noch einmal an die Politik der Grünen. Die Unfreiheitlichkeit ist ein integrales Moment der Ideologie des "New Age", was allerdings weithin weder innerhalb noch außerhalb der Geistigkeit des "New Age" erkannt wird.

Von großer Tragweite ist der missionarische Impuls der "New Age-Bewegung", worauf hier noch einmal kurz eingegangen sei. Wer selber die Transformation erfahren hat, muß diese in die Gesellschaft hineinragen. Dort erfolgt sie dann auf vielfältige Weise. Die US-amerikanische Schriftstellerin und Vorkämpferin des "New Age" Marilyn Ferguson (gest. 2008) charakterisiert die Mission des "New Age" als "Verschwörung im Zeichen des Wassermanns" und deren Missionare als "Verschwörer im Zeichen des Wassermanns".

Sie erklärt, es sei die Aufgabe der Missionare des "New Age", Netzwerke zu bilden, um mit ihrer Hilfe auf verschiedene Weise die Transformation weiterzutragen. Die Netzwerke des "New Age" sind als solche dezentral angelegt und nicht hierarchisch organisiert, weshalb die Entscheidungen hier stets von den Mitgliedern des jeweiligen Netzwerks gemeinsam getroffen werden.

### **IX. Gründe für die "New Age-Erfolge"**

In den letzten Jahrzehnten haben sich in der westlichen Welt nicht wenige "New Age-Institutionen" gebildet, die nach Art von Netzwerken miteinander verbunden sind. Wichtige Instrumente der Propaganda sind in der "New Age-Bewegung" aber auch zahllose Zentren, die Seminare und Schulungen durchführen.

In Deutschland gibt es sie bereits in nahezu allen größeren Städten. Im Rahmen von Kursen und Veranstaltungen werden dort die verschiedensten Themen des "New Age-Bewußtseins" behandelt. In über 3.000 Organisationen und Zentren breitet sich, wie bereits festgestellt wurde, gegenwärtig der Geist des "New Age" allein in unserem Land aus.

Die Werbung des "New Age" erfolgt in vielen Fällen durch Zeitungsannoncen, in denen man die Erforschung der eigenen Seele verspricht oder einen Seelentrip für ein Wochenende, in denen man Liebesfähigkeit, Entspannung und den Weg zum Selbst anbietet, Karriere, Konzentration, Kommunikationsfähigkeit, Selbstwertgefühl und Kraft durch positives Denken sowie Heilung von körperlichen Krankheiten.

Die Aktivitäten entfaltet man hier im Bereich der Bildung und der Erziehung, der Politik, der Gesundheit und der Persönlichkeitsentwicklung, der Medien und der Kommunen. Dabei propagiert man das Ideengut des "New Age" getarnt durch Bildungsveranstaltungen und internationale wissenschaftliche Kongresse, versucht man Regierungsstellen und Parteien zu unterwandern, gründet man Parteien und Firmen, Zeitungen und Fernsehanstalten und produziert man Filme, ohne jedoch mit offenen Karten zu spielen.

In Europa wird das Gedankengut des "New Age" vor allem durch die sogenannte Teilhard-Foundation in London und durch das Institut for Planetary Synthesis in Genf (IPS) verbreitet.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch das World Teacher Trust (WTT) in Indien und das Energy System Parameters in den USA (ESP).

Ein bedeutendes "New Age-Wirtschaftsunternehmen" ist die "Haftungsassoziaton Bürger-schaftsbank" in Berlin. Weitere Unternehmen sind noch im Entstehen begriffen. In einer Reihe von wirtschaftlichen Unternehmen hat das "New Age" bereits ein beachtliches Vermögen angehäuft, was ihm allein schon einen gewissen Einfluß in der Gesellschaft sichert. Aber von größerer Bedeutung als die wirtschaftliche Potenz ist hier die geistige, die man jedoch richtiger als eine ungeistige Potenz versteht.

Die Propagierung der "New Age-Gedanken" erfolgt, wie bereits festgestellt, nicht lautstark und nicht durch öffentliche Werbung, sondern eher verhalten und unterschwellig, eben im Sinne einer Verschwörung. Langsam und unmerklich wird in ihr die Öffentlichkeit über viele Kanäle auf die erwünschten Veränderungen vorbereitet und zu ihnen hingeführt. Zwar erfolgt die Propagierung des "New Age-Bewußtseins" in der Öffentlichkeit, sie bleibt in ihr jedoch weithin unbemerkt. Daher die Charakterisierung dieser Mission als "sanfte Verschwörung". Kritiker haben diese Verschwörung als "sanfte Verblödung" bezeichnet.

Auf jeden Fall benutzen die "Verschwörer im Zeichen des Wassermannes" in weitem Umfang die modernen Massen-Kommunikationsmittel und sehen ihre Entwicklung und ihre Indienstnahme geradezu als providentiell an. Wo die Träger der geballten Macht der Medien nicht formell dem "New Age" angehören, da stehen sie ihm vielfach innerlich nahe oder sind sie ihm zumindest wohl gesinnt.

Der Geist des "New Age" ist mächtig, und er spricht die Menschen an. Denn er sagt, was vielen angenehm ist und was sie im Stillen erwarten. Nicht zuletzt auch deshalb ist die Propagierung des "New Age-Denkens" so erfolgreich. Auf sanfte Weise zieht der Geist des "New Age" die Menschen in seinen Bann. Dabei werden sie für gewöhnlich durch die Sorge um die Gesundheit und um berufliche Erfolge oder durch das Streben nach Selbstvervollkommnung und nach mehr Lebensqualität zu einem ersten Kontakt mit der "New Age-Bewegung" geführt.

Die Bindung an sie wird dann fester und fester, bis man sich nicht mehr von ihr lösen kann. Überall bringen die "Verschwörer im Zeichen des Wassermannes" die neuen Standpunkte zur Geltung. In Klassenzimmern, im Fernsehen, in zahlreichen Druckerzeugnissen, im Film, in der Kunst, in Liedern, in wissenschaftlichen Zeitschriften, auf Vortragsreisen, während Kaffeepausen, in Regierungsdokumenten, bei gesellschaftlichen Anlässen und im Rahmen neuer Verwaltungspolitik und neuer Gesetzgebung.

Man verbreitet die Ideen der Transformation in Büchern über Gesundheit und Sport, in Diät-Ratgebern, in Handbüchern zu Themen wie Geschäftsmanagement, Selbstverteidigung, Streß, zwischenmenschliche Beziehungen und Selbstvervollkommnung.

Wie erfolgreich man so gearbeitet hat, latent und ohne äußeres Aufsehen, beweist die Tatsache, daß erst relativ wenige von der Existenz und von den Zielen der "New Age-Bewegung" wissen, obwohl deren Gedankengut heute in der Öffentlichkeit, wie gezeigt wurde, bereits eine enorme Rolle spielt.

Die missionarischen Erfolge des "New Age" profitieren von der Unsicherheit und den Orientierungsschwierigkeiten sowie von der Angst des modernen Menschen, bedingt durch die Veränderungen und Entwicklungen, die das Gesicht der gegenwärtigen Welt bestimmen, sowie von der immer schwieriger werdenden Durchdringung der Lebensvorgänge und der Entwicklungsprozesse.

Die Massenmedien stellen sich in den Dienst des "New Age", indem sie ungeniert und übertrieben Ängste schüren, ob es sich um Atomkraft, Umweltverschmutzung, Klimawandel, Arbeitslosigkeit oder Epidemien handelt. Der schnelle Wandel der Dinge und die äußeren Bedrohungen führen die Menschen zudem zur inneren Unruhe, zum Streß und zur Überbelastung. Nicht die Leistung ist es dann, die diese innere Unruhe, diesen Streß und diese Überbe-

lastung hervorbringt, sondern die unbeantwortete Sinnfrage.

In dieser Situation bietet sich das "New Age" dann an zur körperlichen und seelischen Konsolidierung der Menschen. In spezifischer Weise verkündet es seine "Frohe Botschaft" von der Wende aber auch angesichts einer sich in unserer Zeit ausbreitenden Weltuntergangsstimmung.

Faktisch ist es so: Wo immer wirtschaftliche und politische Probleme oder auch andere Probleme in unserer Welt auftauchen, da tritt das "New Age" auf den Plan und bietet *die* "Lösung" an. In der Regel ist diese Lösung allerdings eine Scheinlösung, führt sie doch im Allgemeinen zur Flucht in eine Scheinwelt, die der Mensch selber konstruiert hat.

Der Erfolg des "New Age" gründet vor allem in dem religiösen Vakuum unserer Zeit und in der wachsenden Erosion, der das Christentum schon seit geraumer Zeit unterliegt. Wer sich weigert, Gott zu opfern, baut den Götzen Altare. Die Sehnsucht der Menschen nach der Transzendenz ist übergroß, auch in unserer Gesellschaft, wenngleich das nicht immer so offen zutage tritt. Der Nihilismus ist auf die Dauer nicht zu ertragen.

Von ihm geprägt, greifen die Menschen nach den Strohhalmen der Hoffnung, wo immer sie sie zu finden vermeinen, vertrauen sie sich immer wieder den Rattenfängern und Scharlatanen an, die ihnen ihre Dienste anbieten und die sich ihnen aufdrängen.

De facto wenden sich heute nicht wenige vom Marxismus Enttäuschte dem "New Age" zu, ohne freilich ihr marxistisches Denken überwunden zu haben. Das wird sehr deutlich im Gedankengut der Grünen, die hier in gewisser Weise eine Brückenfunktion wahrnehmen.

Nicht alles ist falsch, was in der "New Age-Bewegung" vertreten wird. Der Irrtum lebt immer von dem Körnchen Wahrheit, das in ihm steckt. Im "New Age" werden auch echte Probleme aufgegriffen, etwa wenn man den egoistischen und kurzsichtigen Raubbau an der Natur oder die Bedrohung durch außer Kontrolle geratene Technologien anprangert. Auch ist die Zerstörung der Natur eine Wirklichkeit, die den Christen nicht gleichgültig sein lassen darf. Desgleichen ist die Meditation, die vom "New Age" propagiert wird, als solche zu begrüßen.

Ohne Zweifel ist sie ein wichtiger Weg zur Vertiefung des Menschseins. Zu begrüßen ist ebenso das ganzheitliche Denken des "New Age", wenn es denn wirklich ganzheitlich ist. Ferner sind die Erkenntnis der Einheit von Leib und Seele und die ganzheitliche Medizin zu begrüßen, sofern sie im "New Age" vertreten werden. Hier handelt es sich um Grundwahrheiten, die sich die "New Age-Ideologie" angeeignet hat, die aber nicht nur ihr zu Eigen sind.

#### **X. Das letzte Bollwerk - "radikal gelebtes" Christentum**

Im Jahre 1983 erschien in den USA ein interessantes Buch über die "New Age-Bewegung", in der diese als Wegbereiterin des Antichristen bezeichnet wird. Das durfte ein wenig übertrieben sein. Dennoch ist es gerade im Hinblick auf die Umwertung aller Werte, im Hinblick auf den dezidierten Aberglauben wie auch im Hinblick auf das widergöttliche totalitäre Welteinheitssystem, das man hier anstrebt, nicht ganz abwegig, bei der "New Age-Bewegung" an den im 2. Thessalonicher Brief und in der Geheimen Offenbarung angekündigten Antichristen zu denken.

In der Tat verbirgt sich hinter dieser Bewegung eine Religion, eine neuheidnische Religion, eine Ersatzreligion, eine universale Heilslehre von außergewöhnlich verführerischer Kraft.

Sie bringt allerdings nicht das Paradies, das sie verspricht, sondern das Chaos und den totalen Zusammenbruch, den Untergang der Welt, die Gott uns anvertraut hat, wenn sie sich durchsetzt.

Das Wesentliche des "New Age" ist unannehmbar, nämlich die Magie und die Umwertung aller Werte, die Inkonsequenz im Denken und im Handeln, die Konstruktion der Wirklichkeit, der Indifferentismus und die Intoleranz, der Totalitarismus und das gespaltene Verhältnis zur Freiheit, die Spekulation, die den Blick vor der Wirklichkeit verstellt, die Utopie, wodurch das sinnvolle Handeln blockiert wird. Vor allem ist hier an den Permissivismus zu erinnern,

an den sexuellen Libertinismus, an die Zerstörung von Ehe und Familie und an den Kollektivismus.

Wenn das "New Age-Denken" eine bemerkenswert verführerische Kraft hat und immer mehr Menschen auf sanfte Weise in seinen Bann zieht, empfiehlt es sich durch seinen Irrationalismus, der in einem intellektuellen, ja, rationalen Gewand einhergeht, und durch den Kampf gegen jede dogmatische Festlegung, der ihm die Möglichkeit gibt, seine eigenen Dogmen unbemerkt zu fixieren und zu propagieren.

Das "New Age" begegnet uns von daher geradezu als eine klassische Form der Ideologie. Gegenüber Ideologien aber ist das Schwert des Geistes stumpf. Die "New Age-Bewegung" ist als solche im Grunde eine Folge der religiösen Entleerung und Desorientierung des Menschen in unserer Zeit, sie hat ihre letzten Wurzeln in der Säkularisierung unserer Welt, die eine tödliche Sinnkrise heraufbeschworen hat.

Der entscheidende Mutterboden des "New Age" sind im Grunde genommen der Nihilismus und die Frustration des modernen Menschen. Wo man keine Antwort erhält auf die Sinnfrage, sucht man mit Hilfe des Aberglaubens die Lebensangst zu vertreiben und die Lebenskrisen zu meistern, es sei denn, man verzweifelt und resigniert völlig. Wenn die religiösen Antworten fehlen oder nur halbherzig gegeben oder wenn die Religion nicht mehr den ganzen Menschen anspricht oder rationalistisch verödet, dann haben die Ideologien Hochkonjunktur.

Vor allen anderen Ideologien der Gegenwart nimmt das "New Age" heute den ersten Platz ein. Mit den Ideologien verbindet sich gern der Drogenkonsum. Ideologien und Drogen sind in ihrer Bedeutung für den Einzelnen nicht wesentlich verschieden.

Es ist charakteristisch, wenn gerade die dominante Ideologie unserer Zeit, das "New Age", den Drogenkonsum als wichtigen Baustein in ihr Gebäude und in ihre Strategie miteinbezieht. Wenn das Vertrauen zur Vernunft verloren gegangen und die wirkliche Welt unerträglich geworden ist, flüchtet man in die Irrationalität, in eine Scheinwelt, sucht man eine Ersatzreligion und Ersatzerlebnisse.

Ein echter Widerpart der "New Age-Ideologie" ist in der Gegenwart allein das Christentum. Die Christen müssen sich allerdings auf ihre Wurzeln besinnen. Sie müssen sich auf ihr Ureigenstes besinnen und aufhören, sich im Horizontalismus zu prostituieren. Zu dialogisieren gibt es nicht viel mit der "New Age-Bewegung". Überwinden kann das Christentum sie jedoch, wenn es sein Proprium betont und mit größerem Selbstbewußtsein vorbringt. Vor allem muß das Christentum in entscheidenden Dingen wieder mit einer Stimme reden. Das Surrogat verliert seine Attraktivität, wenn das Echte seine Qualität nicht mehr versteckt.

Das authentische Christentum führt zu nüchterner Rationalität und zu Skepsis gegenüber aller Subjektivität. Dabei schärft es den Blick für die Realität und führt es zur Entlarvung der Utopie der Ungeistigkeit und der Fixierung auf überwundene Epochen der Geschichte, wie sie dem "New Age-Denken" zu Eigen sind.<<

**09.04.2010**

**BRD: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 9. April 2010: >>Zehn Merkel-Opfer: Kohl, Merz und die SPD**

Wer sich bis zur Spitze der Macht hoch kämpft, muß sich durchgeboxt und Feinde besiegt haben. Merkel hat in zehn Jahren vor allem Männer aus dem Weg geräumt, die ihren Aufstieg verhindern wollten.

**Helmut Kohl**

Den Bruch mit dem Altkanzler vollzog Merkel 1999 öffentlich in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Während der Rest der Partei sich trotz der Spendenaffäre noch nicht vom Übertäter der CDU abnabeln konnte, fand die damalige Generalsekretärin deutliche Worte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß, wie Helmut Kohl sich oft selbst gerne genannt hat, den Kampf mit dem

politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Anfang 2000 wurde Kohl von der CDU offiziell aufgefordert, seinen Ehrenvorsitz ruhen zu lassen - der Altkanzler trat gekränkt zurück. "Sie konnte das machen, weil sie eben nicht total abhängig von ihm war - sie hatte ein Leben vor Kohl, das hatten die anderen in dieser Form nicht. Deshalb war sie bereit, ihn zu stürzen", beschrieb der Journalist Dirk Kurbjuweit Merkels Handeln.

### **Wolfgang Schäuble**

Er war Parteichef, sie seine Generalsekretärin: Schon zu Beginn von Merkels Karriere in der CDU war das Verhältnis klar. Schäuble stand als langjähriger Minister in der Hierarchie über ihr. Der Partei- und Fraktionschef geriet allerdings in die Untiefen der CDU-Spendenaffäre und mußte schließlich 2000 zurücktreten. Merkel sägte ihren Chef also nicht ab, doch profitierte sie von seiner Krise: Die Generalsekretärin ergriff die Chance und rückte mit Rücken- deckung der Basis am 10. April 2000 auf den Chefposten der CDU.

Daß Merkel 2004 Schäubles Kandidatur zum Bundespräsidenten verhinderte, belastete ihr Verhältnis weiter. Doch Schäuble ist zu loyal und zu pflichtbewußt, um allzu nachtragend zu sein. Seit 2005 ist er eine Stütze der Merkel-Kabinette.

### **Laurenz Meyer**

Laurenz wer? Meyer war vier Jahre lang Generalsekretär der CDU, von 2000 bis 2004. Er begann seine Amtszeit unter Merkel schon am ersten Tag mit einem mißlungenen Scherz: "Ich habe eine viel stärkere Position als Polenz. Einen zweiten Mißgriff können Sie (Merkel) sich nicht leisten." Meyer spielte damit auf die nur siebenmonatige Amtszeit seines Vorgängers Ruprecht Polenz an. Doch Merkel leistete sich den Mißgriff und ersetzte den glücklosen Meyer 2004 durch Ronald Pofalla.

### **Friedrich Merz**

Er wollte eine Steuerreform auf einem Bierdeckel entwerfen, galt als Wirtschaftsexperte und rhetorisches Goldstück der Union: Friedrich Merz hatte Wolfgang Schäuble als Fraktionschef beerbt und schickte sich an, den Machtkampf mit seiner Parteichefin zu suchen. Zum Verhängnis wurde ihm, daß CSU-Chef Edmund Stoiber nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 Angela Merkel unterstützte und ihr zur Mehrheit für den Fraktionsvorsitz von CDU und CSU verhalf.

Merz mußte in die zweite Reihe zurück und durfte als Wirtschaftsexperte und Fraktionsvize noch ein dreistufiges Steuermodell für einen Bierdeckel entwerfen. 2004 hatte er genug und trat als Fraktionsvize zurück. Dann nahm er schließlich ganz Abschied von der Politik: Seit 2009 sitzt er nicht mehr im Bundestag.

### **Edmund Stoiber**

Das schon legendäre "Wolfratshausener Frühstück" im Jahr 2002 galt zunächst als Triumph des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten über die zaudernde CDU-Chefin. Stoiber wurde Kanzlerkandidat, forderte Gerhard Schröder heraus, feierte sich am Wahlabend für einige Minuten bereits als Sieger und verlor dann doch noch. Im Rückblick erwies sich Merkels Rückzieher als strategischer Gewinn, Stoiber Siegerimage war beschädigt - der größte Konkurrent besiegt.

Als Merkel ihn 2005 als Super-Wirtschaftsminister in ihr Kabinett holen wollte, zog Stoiber im letzten Moment zurück und warf sich damit endgültig in die politische Bedeutungslosigkeit. Merkel schickte ihn nach seinem Rücktritt als bayerischer Ministerpräsident zum Bürokratie-Abbau nach Brüssel. Dort ist Stoiber zwischen den Aktenbergen verschwunden.

### **Volkspartei SPD**

Es war einmal eine sozialdemokratische Volkspartei, die sich nach dem Verlust ihrer Kanzlerschaft 2005 in eine Große Koalition retten wollte. Die SPD-Politiker dachten, sie könnten der

Regierung ihren Stempel aufdrücken und die neoliberale Kanzlerin vor sich hertreiben. Doch Merkel zog sozialdemokratische Seiten auf und grub dem Koalitionspartner das Wasser ab. Die SPD-Vorsitzenden wechselten, Merkel blieb. Bei den Wahlen 2009 zeigte sich dann, daß nur noch wenige Wähler für die SPD übrig waren: Etwas mehr als 20 Prozent. Seitdem sucht die SPD ihre alten Wähler. Und wenn sie nicht gestorben ist, dann sucht sie sie noch heute.

### **Der Andenpakt**

Die Mitglieder des sogenannten Andenpakts verfolgten Merkel über Jahre. Es war ein Männerbündnis aus Zeiten der Jungen Union. In diesem Pakt hatten sich Jungpolitiker die Treue geschworen, die allesamt noch etwas werden wollten: Unter anderem Roland Koch, Christian Wulff, Friedbert Pflüger, Friedrich Merz, Franz Josef Jung und Matthias Wissmann. 2003 flog das Bündnis auf. Merkel wußte nun, warum CSU-Chef Stoiber 2002 Kanzlerkandidat geworden war und nicht sie selbst: Der Pakt hatte ihre Kandidatur verhindert.

Inzwischen gilt das Bündnis aber als aufgelöst, Merkel hat die wichtigsten Mitglieder domestiziert oder erledigt. Von der einstigen Loyalität scheint nicht mehr viel übrig, wie ein Blick auf die Ministerpräsidenten in Hessen und Niedersachsen zeigt. Koch wurde zuletzt von Wulff im Landtagswahlkampf mit seiner Hetze gegen kriminelle Ausländerkinder im Regen stehen gelassen.

### **Günther Oettinger**

Ein Mitglied des Andenpakts war bis zum Ende seiner Amtszeit als baden-württembergischer Ministerpräsident einer der verlässlichsten Kritiker Merkels. Günther Oettinger forderte wiederholt, das konservative Profil der CDU zu schärfen oder auch "Union pur" in der Regierung durchzusetzen. Als Oettinger bei einer Trauerrede für den früheren CDU-Politiker und NS-Marinerichter Hans Filbinger zu viel Unschärfe am rechten Rand erkennen ließ, bekam er von Merkel einen ordentlichen Rüffel. 2009 schlug die CDU-Chefin Oettinger als EU-Kommissar vor und schaffte sich den Kritiker damit vom Hals.

### **Roland Koch**

Der konservative Hardliner aus Hessen galt lange Zeit als großer Konkurrent Merkels, auch das Kanzleramt schien vor ihm nicht sicher. Daß er den SPD-Politiker Hans Eichel 1999 mit Hilfe einer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als hessischen Ministerpräsidenten abgelöst hatte, begründete seinen Erfolg und sein Image. Doch Koch bekam keine Chance auf einen höheren Posten und machte auch nicht den Fehler anderer Ministerpräsidenten, sich in Merkels Kabinett locken zu lassen.

Die Zeit spielte gegen Koch, Merkel wußte das. Längst kann er ihr nicht mehr gefährlich werden. Und so betont er stets seine Loyalität. "Angela Merkel macht ihren Job sehr gut!", sagte er bereits 2006 der "Bild-Zeitung". Und 2010 dem "Hamburger Abendblatt": "In einer großen Volkspartei ist der Führungsstil, den Angela Merkel pflegt, alternativlos."

### **Christian Wulff**

Man kann es sich heute kaum noch vorstellen, aber auch der niedersächsische Ministerpräsident galt einmal als Merkel-Konkurrent. Im dritten Anlauf eroberte er überraschenderweise doch noch die Staatskanzlei in Hannover. Seine Beliebtheit als Landesvater ließen Spekulationen über weitergehende Ambitionen sprießen. Doch Wulff blieb bescheiden und sprach sich schließlich sogar die Fähigkeit zum Bundeskanzler ab. Dem "Stern" sagte er: "Mir fehlt der unbedingte Wille zur Macht und die Bereitschaft, dem alles unterzuordnen." Er wolle weder Bundeskanzler noch Minister in Berlin werden. "Ein guter Landespolitiker ist noch lange kein guter Kanzler."<<

### **07.05.2010**

**Frankreich:** Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Mai 2010 über den Schuman-Plan: >>**Erst einmal Kohle und Stahl**

Vor sechzig Jahren verkündete Außenminister Robert Schuman in Paris einen Plan, der die



schwierigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf eine völlig neue Grundlage stellte. Damals begann die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration.

Am 9. Mai 1950 trat der französische Außenminister Robert Schuman im Salon de l'Horloge des Quai d'Orsay mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit, der die Grundlage für eine neue Ordnung der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern Europas schaffen sollte. Im Namen seiner Regierung schlug er vor, die Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands zusammenzulegen und einer gemeinsamen supranationalen Hohen Behörde zu unterstellen.

Der Schuman-Plan, wie die Initiative alsbald genannt wurde, richtete sich in erster Linie an Deutschland, vorgesehen war aber auch eine Beteiligung anderer europäischer Staaten. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion sollte die Voraussetzungen für eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung - als erste Etappe der europäischen Einigung - schaffen. So wollte Schumann dafür sorgen, "daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist".

Großbritannien teilte am 3. Juni 1950 mit, es könne und wolle nicht an den Verhandlungen teilnehmen, die später zum Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) führten. Da die Briten eine intergouvernementale Zusammenarbeit bevorzugten, überraschte diese Entscheidung nicht. London wollte das neue Europa auf den Fundamenten des Europarats und der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) errichten. Ob Frankreich damals gezielt auf den Ausschluß Großbritanniens von den Verhandlungen über die Montanunion hingearbeitet hat, wird unter Historikern bis heute debattiert.

Jean-Baptiste Nicolas Robert Schuman litt an den starren Grenzen, die der Nationalismus in Europa gezogen hatte. Er war 1886 in Luxemburg als Sohn eines durch die Annexion Elsaß-Lothringens zum Reichsdeutschen gewordenen lothringischen Vaters und einer luxemburgischen Mutter zur Welt gekommen. Zweisprachig mit Deutsch und Französisch aufgewachsen, galt er als Reichsdeutscher mit luxemburgischer Muttersprache. Schuman besuchte die Schule in Luxemburg und legte im lothringischen Metz das Abitur ab. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, München, Berlin und Straßburg wurde er 1911 in Berlin promoviert. Zwei Jahre später organisierte er in Metz den Deutschen Katholikentag.

Im Ersten Weltkrieg noch deutscher Soldat, wurde Schumann 1919, weil seine Heimat nun wieder zu Frankreich gehörte, französischer Staatsbürger. Alsbald vertrat er Lothringen als Abgeordneter in der Nationalversammlung. Nach der Besetzung Frankreichs durch das nationalsozialistische Deutschland wurde er von der Gestapo verhaftet. Er konnte jedoch fliehen und sich bis Kriegsende in einem Kloster verstecken. Dann gewann Schuman rasch Einfluß in der Politik. Er wurde 1946 Finanzminister und 1947 Ministerpräsident. Zwischen 1948 und 1952 gehörte er acht Kabinetten der Französischen Republik als Außenminister an.

Wie Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi, die anderen Gründerpersönlichkeiten der europäischen Einigung, hatte Schuman in einem umkämpften Grenzraum gelebt. De Gasperi stammte aus Südtirol, Adenauer hatte nach dem Ersten Weltkrieg den Kampf um das Rheinland miterlebt. Als der ganze Kontinent in Trümmern lag, wollten sie alles tun, um den Grenzen in Europa künftig ihren trennenden Charakter zu nehmen. Daß sie Katholiken waren und somit einer übernationalen Glaubensgemeinschaft angehörten, half ihnen, ihren Patriotismus, den sie nie verleugneten, zu bändigen.

Weil Frankreich zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gehörte, tat Schuman den ersten Schritt. Er hätte damals die traditionellen Reflexe des französischen Sicherheitsdenkens fortführen können: Nach dem Sieg über Deutschland müsse man sich vor dessen Wiedererstarken hüten, denn irgendwann könne Deutschland versuchen, Revanche zu nehmen.

Die meisten Politiker beider Länder verstanden die gegenseitigen Beziehungen nur als Null-

summenspiel: Ein Gewinn für das eine Land mußte mit einem Verlust für das andere einhergehen. Diese Logik führte zu Konzepten der Machtbalance, einem um sich greifendem Nationalismus und schließlich zu Aggression und Revanche - jenem Teufelskreis, aus dem die europäischen Politik im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht ausbrechen konnte.

Schuman wollte diese verhängnisvolle Logik revidieren. Er strebte Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil an. Zum Wohle der eigenen Wirtschaft suchte Frankreich Zugang zu den Rohstoffen in Deutschland. Das konnte nur gelingen, wenn die Mengenbeschränkungen, die den Deutschen nach 1945 auferlegt worden waren, aufgehoben würden. Die Zusammenlegung der Produktion von Kohle und Stahl war der Inbegriff eines materiellen Interessenskalküls.

Es ging aber auch um politische Symbole und die wichtigsten Ressourcen zur Kriegführung. Mit Kohle und Stahl lassen sich Panzer und Gewehre bauen, aber auch Eisenbahnen, die Soldaten an die Front transportieren. Diese Ressourcen sollten nun einer gemeinsamen Aufsicht unterstellt und somit ihrer nationalen Instrumentalisierung entzogen werden. Das war der erste Schritt auf dem Weg zu einem Europa der Kooperation und der Integration. Daß sein Traum von einer Logik des Friedens Wirklichkeit werden würde, konnte Schuman nicht wissen. Er war sich nicht einmal sicher, ob aus seinem Vorschlag überhaupt eine politische Tat werden würde.

"Europa", hieß es im Schuman-Plan, "läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen." Genannt wurden vier vorrangige Ziele: die Modernisierung und Qualitätsverbesserung der Produktion; die Schaffung gleicher Bedingungen für die Lieferung von Kohle und Stahl auf den Märkten der beteiligten Länder; die Festlegung gemeinsamer Bedingungen für die Ausfuhr von Kohle und Stahl in Drittländer; sowie eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Arbeiter in der Kohle- und Stahlindustrie.

Als Schuman seinen Plan verkündete, verhandelte die junge Bundesrepublik Deutschland gerade über ihre Mitgliedschaft im Europarat. Ob die Saar zu Frankreich oder zu Deutschland gehören sollte, war noch nicht geklärt. Im März 1950 hatte Bundeskanzler Adenauer, der damals wegen der eingeschränkten Souveränität Westdeutschlands zugleich Außenminister war, in einem Interview die Bildung einer europäischen politischen Union vorgeschlagen. Das gefiel Charles de Gaulle, dem späteren Staatspräsidenten. Wachsender sowjetischer Druck, so de Gaulle am 16. März 1950, werde eine Union zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen, die das Werk Karls des Großen fortsetzen und erneuern könne.

Der Schuman-Plan wurde drei Tage vor der Londoner Konferenz der amerikanischen, britischen und französischen Außenminister vorgelegt, die sich noch einmal mit der deutschen Frage befaßte. Am Vormittag des 9. Mai 1950 tagte in Bonn das Kabinett, um den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat zu erörtern. Adenauer wollte vor dem Londoner Treffen der westlichen Siegermächte ein klares Signal für die Europa-Orientierung Deutschlands geben. Während der Kabinettsitzung wurde er über den Vorschlag Schumans informiert.

Dessen Plan, schrieb Adenauer in seinen Erinnerungen, "entsprach voll und ganz meinen seit langem vertretenen Vorstellungen einer Verflechtung der europäischen Schlüsselindustrien". Deshalb habe er Schuman unverzüglich mitgeteilt, "daß ich seinem Vorschlag aus ganzem Herzen zustimme".

In einer Pressekonferenz am Abend sprach sich Adenauer für den Vorschlag Schumans aus. "Ich betonte nachdrücklich", schreibt er in den Erinnerungen, "daß ich ihn als einen großherzigen Schritt Frankreichs und seines Außenministers Schuman gegenüber Deutschland und gegenüber der europäischen Frage betrachte. ... Ich erklärte, die Zusammenlegung der Grundproduktion von Kohle, Eisen und Stahl schaffe eine echte Voraussetzung dafür, daß zwischen Frankreich und Deutschland in Zukunft jeder Konflikt ausgeschaltet sein werde."

Schuman hatte am 9. Mai 1950 vom Ziel einer europäischen Föderation gesprochen. Wie Adenauer äußerte sich auch die amerikanische Regierung Präsident Harry S. Trumans sofort zustimmend zu dem französischen Vorschlag. Die Vereinigten Staaten hatten seit einiger Zeit Unmut über den Stillstand bei der Neuausrichtung Europas gezeigt. Trumans Außenminister Dean Acheson hatte Schuman verschiedentlich bedeutet, daß Frankreich angesichts des härter werdenden Konfrontationskurses der Sowjetunion gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner Deutschland Bewegung zeigen müsse. Im Raum standen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und ihre mögliche Aufnahme in die 1949 gegründete Nato.

Beim Abfassen seines Planes konnte sich Schuman der Unterstützung eines Mannes versichern, der mit den Interessen der Vereinigten Staaten besser vertraut war als die meisten Franzosen. Jean Monnet, der Chef des französischen Planungskommissariats (1946 bis 1950), war maßgeblich an der Ausarbeitung beteiligt. Dazu gehörte auch Pierre Uri, der schon wenige Jahre später mit Hans von der Groeben auf deutscher Seite und wenigen anderen Mitstreitern die Römischen Verträge entwerfen sollte.

Im Zuge dieser Verhandlungen 1955/56 kamen Uri und von der Groeben zu der Auffassung, daß die wirtschaftliche Integration eines Tages zu einer gemeinsamen Währung führen müsse. Schließlich gehe es in erster Linie um ein politisches Projekt, auch wenn alles so technisch aussehe und bürokratische Regelungen erfordere. Der erste Schritt auf diesem langen Weg war der Schuman-Plan.

Im Detail gehen die Vorstellungen über die Zusammenlegung der Produktion von Kohle und Stahl unter der Aufsicht einer Hohen Behörde auf Monnet und seine Mitarbeiter im französischen Planungskommissariat zurück. Er war es auch, der eine transatlantische Perspektive in die Verhandlungen einbrachte. Mit John McCloy, dem damaligen amerikanischen Hochkommissar für Deutschland, war Monnet schon seit den zwanziger Jahren bekannt. Damals vertrat der Sohn eines Weinbrand-Produzenten aus dem Städtchen Cognac mit langjährigen Verbindungen nach Nordamerika eine New Yorker Bank, und McCloy arbeitete für eine Anwaltskanzlei an der Wall Street.

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges organisierte Jean Monnet die kriegswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien. Von 1940 bis 1943 arbeitete er im Auftrag der Briten in Washington an Plänen für die Umstellung der amerikanischen Wirtschaft von einer Friedens- zur Kriegsproduktion ("Victory Program"). In lebhaften Kontakten zu Mitarbeitern der Regierung Roosevelt wurde aber auch schon darüber nachgedacht, wie die spätere Rückkehr von der Kriegs- zur Friedensproduktion so gestaltet werden könne, daß zugleich ein Europa der Kooperation und Integration entstünde.

Wenn damals europäische Föderalisten wie Coudenhove-Kalergi, aber auch Winston Churchill von den "Vereinigten Staaten von Europa" sprachen, hatten sie fast immer das amerikanische Modell als Referenzpunkt vor Augen, um zu fragen, welchen Mechanismus Europa wählen solle, um die Logik des Krieges durch die Unausweichlichkeit des Friedens zu ersetzen.

Als Leiter des Planungskommissariats war Monnet für den 1948 aus Mitteln des Marshall-Planes finanzierten Wiederaufbau der französischen Wirtschaft verantwortlich. Später übernahm er den Vorsitz der Pariser Schuman-Plan-Konferenz, die vom 21. Juni 1950 an in nur wenigen Monaten über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verhandelte. Die Verschränkung der transatlantischen Interessen spielte eine wichtige Rolle, als sich bei der Gestaltung der europäischen Politik zum ersten Mal ein supranationaler Ansatz herausbildete. Während der Schuman-Plan-Konferenz wurde im Umfeld der amerikanischen Botschaft in Paris eine begleitende Arbeitsgruppe gebildet.

Adenauer hatte dem Frankfurter Rechtsprofessor Walter Hallstein die Leitung der deutschen Verhandlungsdelegation in Paris übertragen. Im September 1950 berief er ihn zum Staatsse-

kretär im Bundeskanzleramt.

Auch Hallstein verfügte über gute Kontakte in die Vereinigten Staaten. Er war 1944/45 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft gewesen und hatte 1948 als Gastprofessor an der Georgetown-Universität in Washington gelehrt. Als Berater der deutschen Delegation auf der Schuman-Plan-Konferenz zog er unter anderen den aus Frankfurt stammenden Anwalt Heinrich Kronstein heran, der während der nationalsozialistischen Herrschaft emigriert war und eine Professur an der Georgetown-Universität hatte. Hallstein wurde 1958 der erste und bisher einzige deutsche Präsident der Europäischen Kommission.

Nur wenige Tage nach Beginn der Schuman-Plan-Konferenz brach der Korea-Krieg aus. Das mit der Sowjetunion verbündete Nordkorea hatte die Demarkationsgrenze am 38. Breitengrad überschritten und war in Südkorea einmarschiert. Die Bedeutung der Vereinigten Staaten als Schutzmacht für und in Europa trat nun noch deutlicher hervor. Ohne Amerika wäre die europäische Wirtschaftsintegration nicht möglich gewesen. Und Konrad Adenauer sprach davon, daß der Osten Deutschlands und Europas eines Tages von dem Erfolg dieser Bemühungen angezogen werden würde. Man nannte das damals Magnettheorie.

Mit seiner Initiative vom 9. Mai 1950 ist Robert Schuman bewußt aus dem fatalen Kreislauf ausgebrochen, bei dem die europäischen Nationalstaaten ihre Sicherheit stets gegeneinander definiert hatten. Von nun an sollte Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander geschaffen werden. Entscheidend war das völlig neue Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Diese beiden Länder sollten auch jetzt und in Zukunft immer wieder der Motor sein, der das europäische Einigungswerk voranbringt - gerade aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen.

Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde am 18. April 1951 in Paris unterzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg beschritten damit den Weg einer supranationalen Integration Westeuropas. Institutionen wie die Hohe Behörde (mit Jean Monnet als erstem Präsidenten), die Gemeinsame Versammlung (unter dem Vorsitz Paul-Henri Spaaks, des späteren Nato-Generalsekretärs aus Belgien), der Besondere Ministerrat und der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl waren allesamt ein Novum in der europäischen Geschichte.

Während in der Hohen Behörde das supranationale Prinzip zum Ausdruck kam, fungierte der Ministerrat als intergouvernementales Bindeglied zwischen der Hohen Behörde und den Mitgliedstaaten der EGKS in der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Das Zusammenwirken supranationaler und intergouvernementaler Elemente wurde so zum Kern des europäischen Integrationsprozesses. Dieses Mit-, Neben- und manchmal auch Gegeneinander war das Merkmal aller späteren Integrationschritte. Zugleich entstand ein System wechselseitiger Verschränkungen und Abhängigkeiten, so daß heute von einer soliden interinstitutionellen Balance gesprochen werden kann.

Am 25. März 1957 wurde mit den Römischen Verträgen der in der EGKS erprobte Ansatz weitergeführt und der Schritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und in die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) getan. Viel Arbeit lag vor den Signatarstaaten, und kaum jemand konnte vorhersehen, wie sich der künftige Weg Europas gestalten würde.

Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hatte der Weg zur Marktintegration begonnen. Fortan gab es für die Mitgliedstaaten weder Zollschränken noch Mengenbeschränkungen bei der Produktion von Kohle, Eisenerz, Schrott und Edelstahl. Daß die Integration über die reine Marktintegration weit hinausgehen würde, stand den Gründervätern der europäischen Einigung jedoch klar vor Augen.

Wichtige Etappen dieses Weges, der mit dem Schuman-Plan begann, führten trotz vieler Schwierigkeiten und Widerstände zu einer vertieften Integration: Die Europäische Gemein-

schaft erhielt 1971 einen eigenen Haushalt; seither wird das Europäische Parlament an der Verabschiedung des Haushaltsplans beteiligt.

Die erste Direktwahl der Abgeordneten fand 1979 statt. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 wurde der Begriff "Europäisches Parlament" endlich rechtskräftig, und seit dem Maastrichter Vertrag kann das Parlament Gesetze gegen den Willen des Ministerrates verhindern. Immer stärker hat sich seither das Mitentscheidungsverfahren zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat durchgesetzt. Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon sieht die Mitentscheidung nunmehr als "normales Gesetzgebungsverfahren" an.

Als Robert Schuman am 19. März 1958 das Amt als erster Präsident der Europäischen Parlamentarischen Versammlung antrat, war eine derart positive Entwicklung kaum vorherzusehen. In seiner Rede zeigte er sich besorgt darüber, daß die europäische Einigung durch eine technokratische Sicht der Dinge verkümmern könnte. Er beendete seine Ansprache mit einem Bekenntnis zur Einigung Europas, die eine Wertegemeinschaft der freien Völker unseres Kontinents bilden müsse: "Möge Europa Erfolg darin haben, das komplette Erbe zu aktivieren, das allen freien Völkern gemeinsam ist."

Aus gutem Grund wird der 9. Mai zur Erinnerung an die Verkündung des Schuman-Plans als "Europatag" begangen.<<

**17.05.2010**

**BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 17. Mai 2010 über die terroristische "Rote-Armee-Fraktion": >>**Chronologie - Vom Kaufhausbrand zur Selbstauflösung: die Terrorgeschichte der RAF****

Die "gezielt tödlichen Aktionen" der drei RAF-Generationen kosteten seit 1972 mindestens 36 Menschen das Leben. Ein Rückblick.

#### **DIE ERSTE GENERATION:**

**1968:** Eine Gruppe um die späteren RAF-Gründer Andreas Baader und Gudrun Ensslin zündet am 2. April in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze, um den Einsatz von Napalm-Bomben im Vietnamkrieg anzuprangern. Innerhalb der Studentenbewegung markiert die Tat einen Wendepunkt: Während die Mehrheit weiter auf friedliche Proteste setzt, propagiert eine radikale Minderheit den Untergrundkampf.

**1970:** Am 14. Mai befreit ein Kommando um die ehemalige "Konkret-Journalistin" Ulrike Meinhof den in Berlin inhaftierten Baader. Die Aktion gilt als Geburtsstunde der RAF. Baader, Ensslin und der Anwalt Horst Mahler setzen sich nach Jordanien ab. In einem Lager der Palästinenser-Organisation Fatah werden sie militärisch ausgebildet.

**1972:** Der amerikanische Offizier Paul A. Bloomquist ist am 11. Mai der erste Bombentote der RAF. Zwölf Tage später sterben drei weitere Soldaten bei einer Sprengstoffattacke auf das Europa-Hauptquartier der US-Streitkräfte in Heidelberg. Am 1. Juni nehmen die Fahnder mit Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe den harten Kern der RAF fest. Kurz darauf gehen der Polizei auch Ensslin und Meinhof ins Netz.

#### **DIE ZWEITE GENERATION:**

**1975/76:** RAF-Terroristen besetzen am 24. April 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm und nehmen zwölf Geiseln. Ihre Forderung, die in Stuttgart-Stammheim einsitzenden Anführer freizulassen, lehnt die Bundesregierung ab. Zwei Diplomaten und zwei Geiselnnehmer sterben. Am 9. Mai 1976 erhängt sich Ulrike Meinhof in ihrer Zelle.

**1977:** Im Jahr des "Deutschen Herbstes" überzieht die zweite RAF-Generation die Bundesrepublik mit einer Serie von Attentaten, um die Stammheimer Gefangenen freizupressen. Generalbundesanwalt Siegfried Buback wird am 7. April in Karlsruhe erschossen, Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto am 30. Juli in Oberursel.

In Köln verschleppt ein RAF-Kommando am 5. September Arbeitgeber-Präsident Hanns Mar-

tin Schleyer, dabei sterben dessen vier Begleiter. Der Bundestag beschließt das Kontaktsperre-Gesetz.

Am 13. Oktober kapern palästinensische Terroristen die Lufthansa-Maschine "Landshut". Trotz der kaltblütigen Erschießung des Flugkapitäns bleibt Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hart und läßt das Flugzeug von der Grenzschutz-Elitetruppe GSG 9 stürmen. Daraufhin begehen Baader, Ensslin und Raspe Selbstmord. Schleyers Leiche wird im elsässischen Mühlhausen gefunden.

### **DIE DRITTE GENERATION:**

**1985/86:** Nach der Festnahme der Rädelsführer Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt 1982 setzt die dritte Generation der RAF die Welle der Gewalt fort. Am 1. Februar 1985 stirbt MTU-Chef Ernst Zimmermann.

Ein Bombenattentat auf die Frankfurter US-Airbase am 8. August 1985 fordert drei Opfer.

Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts wird am 9. Juli, der Diplomat Gerold von Braunmühl am 10. Oktober 1986 ermordet.

**1989-93:** In Bad Homburg stirbt am 30. November 1989 Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen durch eine automatisch gezündete Bombe. Der Treuhand-Vorsitzende Detlev Karsten Rohwedder wird am 1. April 1991 in Düsseldorf von einem Scharfschützen niedergestreckt.

In den 90er Jahren nehmen zahlreiche RAF-Aussteiger die Kronzeugenregelung wahr. Letztes Terroropfer ist der GSG-9-Beamte Michael Newrzella. Er kommt am 24. Juni 1993 bei einer Festnahmeaktion in Bad Kleinen ums Leben.

**1998:** Selbstaflösung der RAF am 20. April. Reue zeigen die Terroristen in ihrer Erklärung kaum, sie üben lediglich Selbstkritik am eigenen Vorgehen: "Es war ein strategischer Fehler, neben der illegalen bewaffneten keine politisch-soziale Organisation aufzubauen. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte." <<

**USA:** Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 17. Mai 2010: >>"**Churchill, Hitler und der unnötige Krieg**" - Hitler? Harmlos!

US-Politiker Pat Buchanan behauptet, den wahren Schuldigen für alle Übel des Zweiten Weltkriegs gefunden zu haben: Winston Churchill. Doch Buchanan ist ein miserabler Historiker.

Im Januar 1941 erklärte das Magazin "Time Sir" Winston Churchill zum "Mann des Jahres": Mutig kämpfte Großbritannien unter seiner Führung gegen das mächtige NS-Reich. Und wenn die britische Moral sank, sorgten Churchills überwältigende Reden für eine neue Hausse. Der Premierminister war für den Krieg gemacht. Als er von Britanniens "größter Stunde" sprach, meinte er damit nicht zuletzt seine eigene. 2002 wählte das Publikum der BBC Winston Churchill zum größten Briten aller Zeiten.

Es gibt freilich Leute, die Churchill so gut nicht wegkommen lassen wollen. In diesem Frühjahr hat der Schriftsteller Nicholson Baker eine Sammlung zeitgenössischer Zitate über "den Beginn des Zweiten Weltkriegs" publiziert: "Human Smoke" hält den Pazifismus hoch und die Zitate, die Baker gesammelt hat, sind so arrangiert, daß Churchill als fanatischer Kriegstreiber erscheint, der sich wie ein unbelehrbar ungeduldiger kleiner Junge alle paar Wochen aufs Neue erkundigt, ob man nicht endlich die deutschen Wälder abfackeln könne.

Jetzt ist ein neues Buch herausgekommen, das - aus einer anderen Perspektive - auch ein vernichtendes Urteil über Churchill fällt. Der schillernde amerikanische Politiker Pat Buchanan macht den Briten für fast alles Üble verantwortlich, was im Zweiten Weltkrieg und in seiner Folge geschehen ist ("Churchill, Hitler, and the Unnecessary War", Crown, New York 2008).

In den neunziger Jahren versuchte Buchanan zweimal vergeblich, republikanischer Präsidentschaftskandidat zu werden. 2000 gelang es ihm, allerdings nicht an der Spitze der Republikaner, sondern bei der rechts-erratischen Reform Party.

Nachdem deren staatliche Zuschüsse für Buchanans Wahlkampf aufgebraucht waren und sein

Wahlergebnis zu wünschen übrigließ, kehrte er zu den Republikanern zurück. Nebenbei bemüht er sich, die Geschichte umzuschreiben.

"Churchill, Hitler und der unnötige Krieg": So heißt Buchanans Werk, ein politisches Pamphlet, in dem der Autor dazu aufruft, Lehren aus der Geschichte zu ziehen: Anstatt eine Churchill-Büste im Weißen Haus aufstellen zu lassen, schreibt er, wäre George W. Bush gut beraten gewesen, Churchills schwere Fehler zu erkennen und daraus zu lernen.

Buchanan findet, Großbritannien hätte viel besser daran getan, sich nicht auf einen Krieg gegen Nazideutschland einzulassen. Churchills Konzentration auf den Zweiten Weltkrieg sei Schuld daran, daß Britannien sein Empire verloren habe. Für Hitlers Ziele, die Buchanan umdefiniert, hegt er Sympathien: Hitler habe lediglich die ungerechten Landverluste, die der Versailler Vertrag festlegte, revidieren wollen. Zu weiteren Eroberungen sei er von Churchill nachgerade gezwungen worden; dessen Beistandsgarantie für Polen habe die polnische Führung ermutigt.

### **Bushs falsche Büste**

Diese sei zu Verhandlungen über den "polnischen Korridor" nach Danzig nicht mehr bereit gewesen, so daß Deutschland geradezu in einen Krieg gegen Polen hineingetrieben worden sei. Auch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion betrachtet Buchanan als Ergebnis des Eintritts der Briten in den Krieg: Erst wenn Stalin geschlagen wäre, habe Hitler hoffen können, Großbritannien in die Knie zu zwingen - ein Land, mit dem er gern in Frieden gelebt hätte.

Buchanan haßt den Kommunismus mehr als alles andere. Hätte Churchill im März 1939 nicht zugesagt, Polen militärisch zu Hilfe zu kommen, wenn es von Deutschland angegriffen werde, dann hätte die Sowjetunion allein gegen Hitler kämpfen müssen. Und dann, so meint Buchanan, wäre der Kommunismus weltweit wohl erledigt gewesen: "Der Bolschewismus hätte vernichtet werden können. Mit dem Kommunismus hätte es 1940 zu Ende sein können." Und so wäre es nicht zur "Versklavung von hundert Millionen Christen" gekommen. Der Katholik Buchanan meint die Völker der ehemaligen Sowjetunion.

Buchanan macht sich nicht die Mühe, Widersprüche in seinem Buch aufzulösen. Einerseits nimmt er an, Deutschland sei einzig an der Expansion nach Osten interessiert gewesen; und ohne den Eintritt Großbritanniens in den Krieg, hätte das Dritte Reich die Sowjetunion bald besiegt. Andererseits behauptet er, Hitler sei in der Sowjetunion nur deshalb eingefallen, um letztlich über Großbritannien zu triumphieren; hätte er die Briten nicht niederringen wollen, wäre ihm ein Krieg gegen die Sowjetunion nicht nötig erschienen.

Zur Charakterisierung von Buchanans Buch gibt es im Englischen eine treffende Redewendung: Die Lücken in der Argumentation sind so groß, daß da ein Laster durchfahren könnte. Dem möglichen Einwand, ein siegreiches Drittes Reich hätte das KZ-System noch weiter ausgebaut, begegnet Buchanan mit der Behauptung, die Einrichtung von Vernichtungslagern sei überhaupt erst eine Folge des Weltkriegs gewesen, der wiederum ohne die britische Kriegserklärung nicht begonnen hätte. Ja, so wäre denn letztlich Churchill verantwortlich für die Vernichtung der Juden.

Zur Untermauerung seiner Thesen zitiert Buchanan bis zur Verfälschung selektiv aus Hitlers Reden. Andere Figuren und Institutionen des NS-Reichs zieht er so gut wie nicht in Betracht. Die megalomane Dynamik, die Hitler und dem NS-System eigen war, übergeht er. Henry Kissinger hat darauf hingewiesen, daß die britische Presse und mit ihr die Öffentlichkeit nach dem Beginn des Polenfeldzugs unbedingt dafür war, Hitler zu bekämpfen.

Hätte Churchill das anders gesehen, wäre er 1940 wohl nicht Premierminister geworden. Auch das ignoriert Buchanan. Den Unterhaltungswert seiner Nonsens-Ideen beiseitegelassen, ist es interessant, warum er sie überhaupt aufschreibt.

### **Buchanans Ideen sind nicht neu**

Der Gedanke, Churchill habe einen Fehler gemacht, als er dem Dritten Reich den Krieg erklärte, ist alt. Daß Großbritannien nicht bloß die Sowjetunion zur Weltmacht werden ließ, sondern zudem auch 1945 finanziell ruiniert war und deshalb sein Empire nicht mehr aufrechterhalten konnte, hat vor rund 50 Jahren schon der Historiker A. J. P. Taylor moniert, der immer gern das Gegenteil von dem sagte, was alle dachten.

Buchanans Parteinahme für Chamberlains Appeasementpolitik ist auch nicht neu. Nach 1945 hat es sich eingebürgert, mahnend daran zu erinnern, daß Chamberlain und Daladier in München 1938 über den Kopf der tschechoslowakischen Regierung hinweg Hitlers Anspruch auf das Sudetenland stattgaben. Chamberlain wähnte, damit den Frieden zu bewahren, und bestärkte das Dritte Reich doch nur in seinem Expansionsdrang.

Auf das Münchner Abkommen bezieht sich seither, wer falsch verstandenen Friedenswillen brandmarken und einen Angriffskrieg rechtfertigen will. Aber schon anlässlich der Suezkrise 1956 und dann anlässlich des Vietnamkriegs warnten Kritiker davor, aus dem Münchner Abkommen eine falsche Lehre zu ziehen.

### **"America First"**

1993 wollte der rechte britische Historiker John Charmley Churchill vom Sockel stürzen. Der Kriegspremier habe nur zwei Dinge erreicht: Das Empire sei verspielt und Großbritannien zum Mündel der USA gemacht worden ("Churchill: The End of Glory"). Der inzwischen verstorbene britische Historiker und konservative Politiker Alan Clark, auch er ein Freund absurder Theorien, setzte dem noch eins drauf: Nicht gegen Hitler hätte Churchill kämpfen sollen; wäre Großbritannien weitsichtig gewesen, hätte es seinen wahren Gegner schon damals in den USA erblickt.

Mit seinen exzentrischen Thesen ist Patrick Buchanan in passender Gesellschaft. Auffällig ist indes, daß er sich mit seiner Fürsprache für Chamberlain eine Argumentation zu eigen macht, die zumeist Linke und Pazifisten vorgetragen haben. Doch anders als sie hält Buchanan Chamberlains Appeasementpolitik für vernünftig, weil er ein Anhänger des Isolationismus ist, der früher auch unter dem Rubrum "America First" firmierte.

Er findet es großartig, daß die USA erst Ende 1941 in den Zweiten Weltkrieg eintraten und erst im Sommer 1944 eine zweite Front zu Lande gegen Hitlerdeutschland eröffneten: So habe Amerika Ressourcen gespart und später "das Empire beerben" können.

### **Und dann? Der Dritte Weltkrieg**

Genauso sieht Buchanan das auch. "Amerika", schreibt er, "ist die letzte Supermacht, weil es sich aus beiden Weltkriegen bis kurz vor Schluß herausgehalten hat." Vernünftig sei es gewesen, "Vorposten der Sowjetunion" - Afghanistan, Angola und Nicaragua - von "Stellvertretern" attackieren zu lassen. Amerikanische Truppen hätten in Afghanistan und im Irak nichts zu suchen, in weit entfernten Ländern, von denen man in den USA nichts weiß.

Verfehlt sei es, daß die Bush-Regierung Nato-Beistandsgarantien an die Baltischen Republiken und andere Staaten im Umfeld der ehemaligen Sowjetunion ausgegeben habe: "Bush treibt Rußland China in die Arme." Und wenn ein Krieg ausbreche, weil Rußland sich anders gegenüber einem kleinen, von der Nato-Garantie aufgeplusterten Nachbarn nicht mehr zu helfen wisse, müßten die USA Rußland den Krieg erklären - genauso wie Churchill dem Hitlerreich wegen der Garantie für Polen den Krieg habe erklären müssen. Das wäre dann der Dritte Weltkrieg.

Buchanan ist ein miserabler Historiker. Als bornierter "America First-Mann", der er ist, wäre er vermutlich auch ein schlechter Staatschef, nicht besser als George W. Bush. Aber seine vernichtenden Kommentare über dessen Politik sind lesenswert. Sie treffen sich im Ergebnis mit der Kritik der Linken und Liberalen an Bush. Eine solche Bewertungsallianz der Rechten, Ultrarechten, Linken und Liberalen geschmiedet zu haben - das ist eine Leistung von George



W. Bush.<<

**20.05.2010**

**BRD:** Der deutsche CSU-Politiker Horst L. Seehofer (seit 2008 bayerischer Ministerpräsident) erklärt am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

**21.05.2010**

**BRD:** Der damalige deutsche Bundespräsident Horst Köhler berichtet am 21. Mai 2010 in der "Welt am Sonntag" (x363/8): >>"Wir werden eine Ordnung der Freiheit nur bewahren können, wenn der Staat den Kampf gegen das große Geld aufnimmt und gewinnt. ... Die Regeln dürfen nicht diejenigen setzen, die so viel Geld haben, daß sie meinen, sich alles kaufen zu können.

Die Welt darf nicht vom Geld regiert werden. ... Daß auf einseitige Gewinnmaximierung gepolte Finanzakteure das Wohl und Wehe ganzer Völker bestimmen können, liegt eindeutig auch und sogar zuerst an politischen Versäumnissen."<<

**18.09.2010**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. September 2010 (x887/...): >>Mutiger bekennen

### **Der Entchristlichung der Gesellschaft entgegenzutreten**

Andreas Püttmann behandelt in "Gesellschaft ohne Gott - Risiken und Nebenwirkungen der Entchristlichung Deutschlands" ein eminent wichtiges Thema, das wohl alle angeht. So verändere der Verlust des Glaubens das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft.

"Diagnose", "Prognose" und "Therapie" lauten die Überschriften der drei Hauptteile. "Diagnose" bringt wenig Neues. Doch das, was wir zu wissen glauben, "Kirchenschwindsucht", "Glaubensdepression", "atheistische Militanz" und anderes mehr, wird solide untermauert. Nach der Lektüre dieser Seiten glaubt man nicht länger zu wissen, man weiß es.

Auch die Prognose wird den nicht überraschen, der nicht bezweifelt, daß eine gute Lehre besser geeignet ist, den Menschen zum Guten zu führen als ein ethisches Vakuum oder gar eine destruktive Ideologie. Schon eine alte Weisheit besagt, daß "tausend Schwarze zehntausend Grüne ersetzen", also daß Pfarrer Polizisten entbehrlich machen. Liebe statt Hass, Vergebung statt Rache, das Leben ist heilig. Wer es fassen kann, der fasse es.

Mit Spannung werden die meisten die Therapievorschlage lesen. Gibt es ein Heilmittel? Zunächst werden Irrwege aufgelistet: "Selbstsäkularisierung", "Anpassung", "Politisierung". Wenn unter "Selbstsäkularisierung" der Beichtstuhl angeführt wird, so gilt es zu bedenken, daß in den Kirchen seit Jahrzehnten kaum noch von Sünde und Schuld die Rede ist, und wenn, dann mit Blick auf jene, die zwischen 1933 und 1945 gelebt haben. Der aktuelle Katechismus der katholischen Kirche trägt gleichsam die Unterschrift zweier Päpste. Doch wann wird er von den Geistlichen thematisiert? Selbst der Vatikan erwähnt ihn nicht, wenn es um die Aufarbeitung der Vergangenheit geht. Sonst käme man zu anderen Ergebnissen.

"Anpassung": Eine der Ursachen der "Mißbrauchsskandale" war sicherlich das Bemühen, den sexistischen Zeitgeist nicht zu versäumen - ein mißverstandenes Aggiornamento (Aktualisierung). Der Irrweg "Politisierung" wird insbesondere mit Beispielen aus dem Protestantismus untermauert: Die "Deutschen Christen" 1933 bis 1945, dann in der "DDR" die "Kirche im Sozialismus". In der Bundesrepublik bekämpften Bischöfe lautstark die Nachrüstung des Westens. Die Vorrüstung des Ostens war tabu.

Mutiger bekennen, treuer beten, fröhlicher glauben, so lauten die Appelle an jeden, der Gott weiterhin in der Gesellschaft begegnen möchte. Und als Trost: Die Entchristlichung ist ein europäisches, aber kein weltweites Phänomen.

Allen, denen das Wohl der Gesellschaft am Herzen liegt, allen, die mit ihrer Kirche leben und

leiden, kann "Gesellschaft ohne Gott" empfohlen werden.

Andreas Püttmann: "Gesellschaft ohne Gott - Risiken und Nebenwirkungen der Entchristlichung Deutschlands", ABlar 2010 ...<<

**25.09.2010**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. September 2010 (x887/...): >>**Fall Sarrazin: Todesurteile unter Nacktschnecken**

Das Buch "Deutschland schafft sich ab" von Thilo Sarrazin hat nicht nur eine Diskussion über die Zukunft der deutschen Kultur und des Sozialstaates ausgelöst, es wird bisweilen auch als Zeichen einer langsam einsetzenden geistigen "Wende" gedeutet. Einige Beobachter zogen Parallelen zu Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" von 1977, das dem Untergang der DDR vorausging.

Sarrazin durchkreuzt dreierlei Absichten, die sich hinter dem "multikulturellen" Experiment verbergen. Wirtschaftskreise und ihre liberalen Helfer wünschen sich Einwanderung, um sich ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu erhalten. Die strategisch denkende Linke erhofft sich dadurch eine Zuspitzung von Klassengegensätzen und ein neues aggressives Proletariat, das das "weiße" Bürgertum zu entmachten imstande wäre. "Grüne" wiederum setzen durch das Experimentieren mit "Vielfalt- und Diversity-Konzepten" darauf, einen transnationalen "neuen Menschen" zu kreieren.

Die herrschenden Eliten und die ihnen verbundenen Chefredakteurszimmer wirkten anfänglich ungewöhnlich paralysiert, bis schließlich wieder die üblichen bundesdeutschen Versuche der sozialen Ausgrenzung zum Laufen kamen. Doch die Vorwürfe gegen Sarrazin wirkten seltsam stumpf. Political Correctness und "Kampf gegen Rechts" scheinen ihren Zenit überschritten zu haben.

Im Gegenteil. Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz geißelte die "neuen Jakobiner", sprach von der "Götterdämmerung der 68er" und kritisierte die dem Volk entfremdete "Parallelgesellschaft" der politischen Elite und der Medienlinken: "Nichts hat den Geist der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig geprägt wie die Generationenherrschaft der 68er ... Seit Jahrzehnten haben die deutschen Linksintellektuellen keine politische Idee mehr gehabt. Und wenn man theoretisch nicht weiter weiß, wird man moralisch aggressiv."

Volker Zastrow wandte sich in der "FAZ" gegen den Claudia-Roth-Jargon: "Warum soll 'unerträglich' sein, daß einer die Welt so beschreibt? ... Nicht hilfreich, nicht zu ertragen, so lauten soziale Todesurteile unter den Nacktschnecken, die auf der eigenen Schleimspur Karriere machen. ..."

Das vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel maßgeblich initiierte Parteiausschlußverfahren gegen Sarrazin könnte so zum Bumerang für die Sozialdemokraten werden. Schließlich wendet sich eine große Zahl der SPD-Mitglieder gegen einen Ausschluß. Indes kann die derzeitige Parteiführung kaum noch anders handeln, denn zu stark ist die Partei bereits in den Großstädten durchsetzt mit Einwanderern. Eine Sarrazin-Figur paßt also zunehmend weniger in das Konzept einer "multikulturell" agierenden SPD, die die alten deutschen Stammwähler möglichst lange verbal ruhig zu stellen versuchen wird.

Ähnliche Verwerfungen zwischen dem linken Funktionärskörper und der sozialen Basis könnten sich auch bei der Partei "Die Linke" ergeben. Schließlich würden nach einer aktuellen Umfrage 29 Prozent ihrer Wähler einer fiktiven Partei rechts der Union ihre Stimme geben, weitaus mehr also als etwa im CDU-Wählerreservoir (17 Prozent). Oskar Lafontaine, der gelegentlich verbal die nationale Karte gespielt hat, ist sich dieser sozial-nationalen Grundstimmung in der linken Wählerschaft durchaus bewußt. Und so herrscht gerade bei der "Linken" die berechtigte Angst, das in den letzten Jahren angesammelte Protestwählerpotential zu verlieren, wenn sich denn eine akzeptable Wahlalternative - möglichenfalls von rechts - formieren würde.

Die radikale Linke, sogenannte "Antifaschisten" oder "Autonome", können bei den Auswirkungen der Sarrazin-Debatte außen vor gelassen werden. In diesem, maßgeblich vom studentischen Lumpenproletariat der Gesellschaftswissenschaften getragenen, Milieu herrscht seit vielen Jahren geistiger Stillstand. Meist beschränkt er sich mittlerweile in einem pathologischen Haß auf die deutsche Nation. Die Sarrazin-Debatte ist ihnen nur ein weiterer Grund für die üblichen Sitzblockaden, Schrei- und Gewaltaufmärsche, die der Einschüchterung Andersdenkender dienen sollen.

Die Qualität der Situation ist neu, und der Unterschied zu bisherigen Kampagnen gegen Abweichler vom politisch-korrekten und "multikulturellen" Weg der bundesdeutschen Politik liegt in vier Punkten:

1. Thilo Sarrazin ist keine Randfigur. Er war Finanzsenator von Berlin und Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. Das unterscheidet ihn von in den Medien wenig präsenten Wissenschaftlern (Robert Hepp, Ernst Nolte), politischen Hinterbänklern (Martin Hohmann) oder medialen Nebenfiguren (Eva Hermann). Sarrazin ist also ein Dissident aus dem Zentrum des Machtapparats. Viele Veränderungen entstehen nicht von außen, sondern anfänglich im Inneren.

2. Sarrazin kommt von der politischen Linken und hat sich auch keinesfalls als Renegat präsentiert. Das macht eine der sonst üblichen linken Kampagnen schwieriger, die vorzugsweise Vertreter des politischen Konservatismus "rechtsradikaler" Tendenzen bezichtigt. Eine "Rechtsradikalismus-Debatte" würde auf die Sozialdemokratie zurückfallen.

3. Sarrazin vermied Attacken an der stärksten Bastion der Etablierten - dem fast religiös verteidigten Geschichtsbild zur NS-Vergangenheit. Der "Juden-Gen-Ausrutscher" reichte nicht für eine größere Kampagne. Das ist der größte Unterschied zu den erfolgreichen Kampagnen gegen Ernst Nolte (1986), Steffen Heitmann (1993), Martin Hohmann und Reinhard Günzel (2003), bis hin zu Eva Herman (2007). Sarrazin hingegen blieb in der Gegenwart. Die von ihm angesprochenen Probleme betreffen faktisch alle Teile des Volkes, in Zukunft vor allem die jungen Menschen.

4. Sarrazin ist intellektuell derart fundiert, daß er standhaft blieb und nicht in die "sozialistische Selbstkritik" verfiel. Das unterscheidet ihn etwa von einem Günther Oettinger.

Die Rezeption des Sarrazin-Buches hat zudem erst angefangen, da die bislang 400.000 Käufer mitten im Lesen stecken. Die Eliten können nur versuchen, Zeit zu schinden, aber die Probleme kehren verstärkt wieder. Und da der herrschende Parteienblock keine Antwort mehr hat und sich so eindeutig in Richtung eines demographischen Umbaus der deutschen Gesellschaft festgelegt hat, wissen dessen Führungskräfte auch, daß ein Scheitern ihres Weges dazu führen könnte, daß sie unmittelbar zur Verantwortung dafür gezogen werden.

Die Verunsicherung der Funktionsebenen heißt allerdings nicht, daß nun eine "Wende" unmittelbar bevorstehe, die sich einer nachhaltigeren Bevölkerungspolitik annähme. Möglich ist auch, daß zuerst die Repressionsschraube weiter angezogen wird, etwa via zunehmender Kontrolle über das bislang freie Medium Internet oder verschärfte Strafjustiz.

Das Thema aber bleibt virulent. Die Diskussion darüber kann durch allerlei Ablenkung vielleicht eine Weile aus den Medien gehalten werden, wird bei nächster Gelegenheit aber um so heftiger wieder an die Oberfläche treten. Insofern hat Doris Neujahr durchaus treffend in der "Jungen Freiheit" gefragt: "Thilo Sarrazin hat das Seine getan. Wer macht weiter?"<<

**03.10.2010**

**BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 3. Oktober 2010: >>Die erste deutsche Revolution**

Von *Michael Stürmer*

Zwei Umbrüche, die Europa veränderten: Läßt sich die Vereinigung von 1871 mit der Wiedervereinigung von 1989 vergleichen?

9. November 1989: Die Ostdeutschen konnten ihr Glück kaum fassen; die Westdeutschen trauten ihren Augen nicht. Wo gestern noch die Mauer stand für alle Ewigkeit, war heute eine Bresche. Jubel herrschte, Tränen der Freude flossen und ein Gefühl der Befreiung breitete sich aus, begleitet von der Angst, es könne alles wie im Traum am nächsten Tag vorüber sein.

In den Staatskanzleien hielt die Politik den Atem an. Von London bis Paris, von Rom bis Warschau und Jerusalem herrschten gemischte Gefühle. Dies war vielleicht die finale, jedenfalls eine gefährliche Krise des Kalten Krieges.

Und ihre Ergebnisse waren gänzlich offen. Die Sowjetunion wankte und schwankte und hatte längst Rückzüge aus vorgeschobenen Positionen in Afrika und Lateinamerika angetreten. Rund um den Kaukasus wurde gekämpft; auf dem Balkan begann das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens; die baltischen Republiken wollten nicht länger Teil des Sowjetimperiums sein.

Die DDR war immer Schlußstein im Bogen des äußeren Imperiums der Russen gewesen, gesichert durch mehr als 20 Elitedivisionen, Hunderte taktischer Nuklearwaffen und das Kontrollnetz des sowjetischen KGB. Wenn das äußere Imperium auseinanderbrach, dann mußte das innere Imperium folgen. Würden die Machthaber des Kreml, würde der Geheimdienst in der Lubjanka, würde die Generalität das hinnehmen? Wenn Imperien fallen, so die Lehre des 20. Jahrhunderts, dann tun sie es nicht mit einem Seufzer, sondern mit einem Knall.

Was den alten Griechen das Orakel von Delphi war, Ratgeber und Wahrheitskundler, war den Deutschen und ihren Nachbarn die schwere und vieldeutige Geschichte des 20. Jahrhunderts, in ihrer Mitte die Erinnerung an das Reich Bismarcks, an die wilhelminische Großmacht, das europäische Desaster von 1914 und den, wie General de Gaulle es nannte, "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". Deutschland hatte in alldem eine Hauptrolle gespielt und war im Kalten Krieg Schauplatz der "Central Front" zwischen amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen. Am Checkpoint Charlie in Berlins Friedrichstraße hatten einander 1961 nach dem Mauerbau die Panzer der USA und der UdSSR gegenübergestanden, Rohr gegen Rohr, um die Rechtslage zu klären.

Nichts davon war an jenem 9. November vergessen. Geschichtskundige zitierten Benjamin Disraeli, den britischen Staatsmann, der 1871 im House of Commons im Blick auf den deutsch-französischen Krieg ahnungsvoll gesagt hatte: "Dieser Krieg ist eine deutsche Revolution, ein größerer politischer Umbruch als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. Ich sage nicht ein Umbruch von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung, oder größer. Was die sozialen Konsequenzen angeht, die liegen in der Zukunft ... Jede diplomatische Tradition ist weggefegt. Das Gleichgewicht der Macht ist vollständig zerstört."

Disraeli, später Lord Beaconsfield, war 1871 Führer der Opposition, und zur Stellenbeschreibung von Oppositionsführern gehört beides: zu vereinfachen und zu übertreiben. Zwischen 1871 und 1989 ist noch viel geschehen, und vieles hätte auch anders kommen können. Aber niemand in den Korridoren der Macht konnte und wollte 1989 die Lehren der Geschichte - oder was jeder und jede dafür hielt - in den Wind schlagen.

Was, wenn die Geschichte sich wiederholen würde? Mitterrand drohte mit Rückkehr zur französisch-britisch-russischen Entente von 1913; die Iron Lady stellte einem Historiker-Colloquium in Chequers die Frage: "Haben die Deutschen sich gewandelt?" Beide vergaßen vorübergehend, daß dieses Mal das große Spiel zwischen Washington und Moskau gespielt wurde, die Deutschen in Ost und West Objekt und Subjekt zugleich waren.

Alles, was folgte, war zugleich Einhegung der Geschichte und vorwärts weisende Staatskunst. Das gilt für "Zwei plus Vier", die abschließende Regelung der Deutschen Frage, wie für die Maastricht-Verträge und die gemeinsame Währung. Integration statt deutscher Dominanz sollte alles richten, und niemals wieder, wie Kanzler Kohl am 3. Oktober 1990 in der Berliner Philharmonie feierlich sagte, dabei ein Buch über das Kaiserreich zitierend, "ein ruheloses

Reich".

Daß Rußland bei alledem in die Rolle des Verlierers gedrängt wurde, gehört zu den langfristigen Hypothesen der 1990er-Jahre - vermeidbar, wenn man auch im Bezug auf Rußland geschichtliche Lehren und Regeln des Mächtesystems ernst genommen hätte. Bismarck hätte Washington und Bonn/Berlin geraten, es sich diesmal, anders als er selbst 1871 und danach, nicht mit Rußland zu verderben.

1871 veränderte sich in dem Europa der souveränen Großmächte die Führungsposition in der Mitte. Preußen als deutsche Vormacht und harter Kern der deutschen Politik löste Österreich endgültig ab als Machtzentrum in der Mitte Europas: So wie der deutsche Krieg gegen Dänemark 1864 halb Freiheitskrieg, halb Mächtekrieg gewesen war, war der preußisch-deutsche Krieg gegen Österreich ein Scheidungskrieg.

Dahinter stand die Einsicht, seit dem nationalen Scheitern der Paulskirche 1848/49 überdeutlich, daß Großdeutschland unmöglich war: Nicht nur wegen der österreichischen Reichskonstruktion und der Unvereinbarkeit des industriell-administrativen Entwicklungsstands, sondern auch wegen des Vetos der Großmächte.

Trotzdem aber hatte Bismarck, seit 1862 als Ministerpräsident die Schlüsselfigur der preußischen Politik, mit einer Reputation für, wie er selbst schrieb, leichtfertige Gewalt - gemeint war Staatsstreich - die deutsche Einheitsfrage wieder aufgegriffen. Noch 1849 hatte er über den "Nationalschwindel" gespottet und das Königtum von Gottes Gnaden kompromißlos verteidigt.

Seitdem aber hatte er als Diplomat am deutschen Bundestag in Frankfurt gelernt, daß Preußen nur als Industriestaat ein Machtstaat bleiben konnte, daß der Monarchie zu ihrem Überleben ein Tropfen demokratischen Öls beizumischen war und daß er das Parlament als Motor der Modernisierung brauchte. Er wollte die Liberalen zähmen, die aber wollten mit ihm das Gleiche tun. Am Ende war er der Sieger.

Die Zielstrebigkeit dieser Strategie und zugleich die Kaltblütigkeit bei der Ausführung haben ihm Bewunderung eingetragen, von den Zeitgenossen bis hin zum früheren US-Außenminister Henry Kissinger, aber auch Kritik ohne Ende - und meist unter Hinweis auf architektonische Mängel und Schwächen der Verfassungs- und Machtkonstruktion, die in der Tat auf niemanden so stark zurückgeht wie auf Bismarck.

Doch wäre es verfehlt, die Rede vom "Bismarckreich" wörtlich zu nehmen. Nicht nur, weil Bismarck selbst immer wieder gewarnt hat, so zum Beispiel im Reichstag: "Die Geschichte, meine Herren, können wir nicht machen. Wir können nur warten, daß sie sich vollzieht." Der große Macher war auch großer Aussitzer. Und er war ein unübertrefflicher Taktiker.

Immer wieder wird das Wort zitiert, zumeist im Ton von Abscheu und Empörung, das er am 30. September 1862, frisch im Amt, den ihm feindlich gesinnten Abgeordneten entgegenschmettete: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848/49 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Wer genau hinhört, erkennt darin die Taktik, die Liberalen für die Strategie der deutschen Einheit zu engagieren und sie zugleich zur Kapitulation über Budget und Verfassung zu verführen. So ist es dann auch gekommen.

In Wirklichkeit aber war die Lage viel komplizierter als das Duell "Regierung - Bismarck - Monarchie" auf der einen Seite, "Liberalismus - Verfassung - Modernisierung" auf der anderen. Was die Gegner verband, war das Ziel des nationalen Großwirtschaftsraums, Freihandel nach außen und Verfassung nach innen. Was sie trennte, war die Frage der Macht.

Gäbe es in der Geschichte ein letztes Wort, so steht es dem Großmeister der modernen Wirtschaftslehre zu: Lord Keynes. Er sprach davon, daß "Kohle und Stahl" die deutsche Einheit geschmiedet hätten, nicht "Eisen und Blut".

Die Geschichte der deutschen Einheit jedenfalls reicht so weit, wie sie umstritten bleibt.<<

**09.10.2010**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Oktober 2010 (x887/...): >>>**Polemik ohne Beleg**

Wie Prof. Wolfgang Benz Konrad Löw zu widerlegen versuchte

Wie standen die Deutschen in der NS-Zeit zur Politik der Judenverfolgung? Es ist gesichert, daß vor den für die Machtergreifung entscheidenden Reichstagswahlen von 1932 und 1933 die NSDAP auf öffentliche antisemitische Agitation weitgehend verzichtete - offenbar im Wissen, wie unpopulär dieser Teil ihres Programms war. Auf der anderen Seite ist klar, daß nicht nur die meisten Vollstrecker des Holocaust Deutsche oder Österreicher waren, sondern daß es dem Regime keine Schwierigkeiten bereitet hat, beispielsweise Abnehmer für geraubtes jüdisches Eigentum zu finden. Niemand hätte dergleichen annehmen müssen, auch nicht in der schlimmsten Diktatur.

Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die seriöse Forschung über Art und Umfang der Unterstützung, die der mörderische Antisemitismus des NS-Regimes in der deutschen Bevölkerung hatte. Konrad Löw gehört dabei zu denjenigen, die insbesondere anhand der Aussagen jüdischer Opfer nur geringe Sympathien unter den Deutschen für die Judenpolitik des NS-Regimes nachweisen zu können glaubten. Seine Kritiker tun sich mit seinen Arbeiten schwer, da es kaum möglich ist, Löw zu widersprechen ohne gleichzeitig die Glaubwürdigkeit seiner meist jüdischen Zeugen in Zweifel zu ziehen. Trotzdem steht Löw seit längerem im Fokus massiver Kritik, ja harter Polemik.

Bezeichnend dafür ist eine Passage aus einem Interview in der "Welt" vom 14. April 2007. Der Redakteur Sven Felix Kellerhoff fragte darin den bekannten Historiker und Antisemitismusforscher Professor Wolfgang Benz: "Konrad Löw schreibt, der Holocaust habe nicht mit Billigung oder gar Hilfe des deutschen Volkes stattgefunden."

Benz antwortete: "Die These ist nicht neu, sondern die uralte Lebenslüge von ein bis zwei Generationen Deutscher, die sich zusammenfassen läßt: Erstens hätten die Deutschen von der Judenverfolgung und ihrem schrecklichen Höhepunkt nichts gewußt; zweitens hätten sie die antisemitische Politik stets mißbilligt; drittens sei eine kleine Bande Bösewichter verantwortlich, die auf unerklärliche Weise Macht über das deutsche Volk bekommen habe."

Doch genau so argumentiert Löw nachweislich gerade nicht. Er differenziert sehr genau zwischen den tatsächlichen Tätern und den ebenfalls schuldig Gewordenen, die zustimmend schwiegen, auf der einen Seite und denjenigen, die die Judenverfolgung eben doch - wenn auch meist schweigend - ablehnten. Benz' harsche Kritik an Löw in dem zitierten Interview ("für die Wissenschaft unnütze Thesen", "nicht an Aufklärung interessiert", "Ideologieproduzent") kommt ohne ein wörtliches Zitat des Angegriffenen aus.

Kaum haltbar ist die von Benz zu Beginn des Interviews geäußerte These "Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hätte die Verfolgung gar nicht stattfinden können."

Es ist nun einmal kennzeichnend für Diktaturen, daß sie auf den Mehrheitswillen keine Rücksicht nehmen müssen. Auch Stalins Politik der Deportation ganzer Völker kam ohne einen entsprechenden Mehrheitswillen aus.<<

**04.12.2010**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Dezember 2010 (x887/...): >>>**Rufrettung durch Zeitzeugen**

*Konrad Löw* belegt, daß die Deutschen nicht antijüdisch eingestellt waren

Konrad Löw, Emeritus der Politikwissenschaft an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth, präsentiert zum Trauma des Holocaust vier Jahre nach seinem Buch "Das Volk ist ein Trost" mit "Deutsche Schuld 1933-1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" eine umfangreichere Dokumentation von Zeitzeugnissen mit Erörterungen der Schuldfrage.

Bisher wurde "Das Volk ist ein Trost" von Fachhistorikern links liegen gelassen. Paßte ihnen

die Tatsache zu wenig in das von den Siegermächten dekretierte und in Deutschland mit einem "masochistischen Schuldbewußtsein" (Alfred Grosser) gepflegte Geschichtsbild - war es deshalb zu karriereschädlich, dies anzufassen?

Löw führt an, daß Deutsche größtenteils frei von Antijudaismus waren, obschon Juden - nur knapp ein Prozent der Bevölkerung - zur Weimarer Zeit, beruflich und finanziell hervorragend erfolgreich waren. Kein Zeitzeuge führt Hitlers Erfolg auf seinen Antijudaismus zurück, der in der Wahlpropaganda kaum vorkam, sondern auf seinen Kampf gegen die Erniedrigung und Verelendung Deutschlands durch Versailles.

Der Autor hat 354 Aufzeichnungen von 300 jüdischen oder mit Juden verheirateten Zeitzeugen und rund 270 Zeitzeugnisse von nichtjüdischen Deutschen, besonders in den Deutschlandberichten der Exil-SPD, von ausländischen Diplomaten und Journalisten sowie von Verantwortlichen des NS-Regimes ausgewertet.

Die jüdischen Zeugnisse aus allen Regionen Deutschlands sprechen dafür, daß die allermeisten Deutschen die Judenverfolgung verurteilt haben, wie viele Hundert positiver Einzelaussagen belegen. Negativ ist nur knapp jede zehnte, die aber meist Einzeltaten wie Verhöhnungen durch Jugendliche oder einige tätliche Angriffe durch Pöbel betreffen.

Dagegen umfassen die positiven Zeugnisse meist Zeiträume oder mehrfach Erlebtes: einen jahrelangen normalen Schulalltag jüdischer Kinder, Bekundungen von Abscheu der Drangsalierung, Sichern von Eigentum durch "Aufbewarier", von Hilfe durch Verstecken und Versorgen Einzelner oder ganzer Familien; ein Zeuge spricht von 66 Quartieren, ein anderer von 70 Helfern.

Aussagekräftig ist auch, daß selbst die, welche Hilfe verweigerten, nur selten denunzierten. Sehr beachtlich ist, daß sogar einige überzeugte Nationalsozialisten, Beamte, Angehörige von SA, SS und Gestapo anständig waren. "Arische" Freundschaften haben sehr oft gehalten, ebenso über neun Zehntel der Mischehen. Fast alle anderen nicht betroffenen Zeugen, ebenfalls die amtlichen und persönlichen Aussagen aus Sicht des Regimes bis hin zu Goebbels und Hitler bestätigen: Das Volk blieb bis zuletzt größtenteils judenfreundlich.

Löws intensive und umfassende Auseinandersetzung mit dem Schuldkomplex ist sehr verdienstvoll. Ausgehend von der "Würde des Menschen" beweist er, daß es nach dem Sittengesetz wie nach Völker- und deutschem Recht keine kollektive "deutsche Schuld" gibt, weil Schuld nur persönlich sein kann und im Einzelfall nachgewiesen sein muß. Das beträfe nach einer Fußnote rund 200.000 Deutsche und (ausländische) Helfer, mithin von damals 79 Millionen weniger als ein Viertel Prozent.

Löw sieht allerdings "Hunderttausende Deutsche" an NS-Verbrechen beteiligt. Da oft schon Nichthelfen als Schuld verurteilt wird, stellt Löw klar: "Unterlassene Hilfe wird erst dann zur Schuld, wenn sie möglich und zumutbar war", mehr zu verlangen, wäre eine moralische Anmaßung. Natürlich kann ein Volk Schuld nicht ererben, auch nicht verschleiert als "immerwährende Verantwortung", die ständig von interessierter Seite, und sogar, pflichtwidrig, amtlicherseits verkündet wird.

Konrad Löw: "Deutsche Schuld 1933-1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen", Vor- und Nachwort: Klaus von Dohnanyi, Alfred Grosser, ... München 2010 ...<<

**07.12.2010**

**BRD:** Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärt am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43): >>... Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<

**2010**

**BRD:** Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärt im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>... Wir sollten bitte nicht vergessen

- dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<  
Der deutsche Studienrat a.D. Wolfgang Reith (von 1973 bis 2009 Lehrer und Schulleiter einer Hauptschule im Duisburger Norden, einem sozialen Brennpunkt) berichtet im Jahre 2010 (x863/...): >>**Die verdrängte Deutschenfeindlichkeit**

... Von 1973 bis zu meiner Pensionierung 2009 war ich erst Lehrer und schließlich Schulleiter an einer Schule im Duisburger Norden (dort, wo seit zwei Jahren die bislang größte Moschee Europas steht). In den siebziger und achtziger Jahren waren die türkischen Schüler und deren Eltern voll integriert, die Schüler waren fleißig und strebsam, sie waren im Deutsch-Unterricht manchmal sogar besser als einige deutsche Schüler, weder gab es Schülerinnen noch Schülermütter mit Kopftuch.

Das änderte sich Ende der 80er Jahre, als nach und nach eine türkische Infrastruktur und damit eine gewollte Gettoisierung im Stadtteil entstand und sich eine Parallelgesellschaft bildete, in der bald eigene Gesetzmäßigkeiten herrschten. 1988 überschritt die Zahl der türkischen Schüler an unserer Schule die 50-Prozent-Marke, und da wurden die ersten Forderungen erhoben, nun müßten sich die Deutschen assimilieren.

Türkische Schüler der 10. Klassen betonten, im Geschichtsunterricht hätten sie gelernt, Demokratie heiße "Herrschaft der Mehrheit des Volkes", und weil nun die Türken im Stadtteil die Mehrheit bildeten, sollten sich die Deutschen ihnen anpassen, und Türkisch sei als gleichberechtigte Sprache neben dem Deutschen zuzulassen.

Tatsächlich gab es plötzlich türkischsprachige Formulare im Rathaus und in den Banken, und ebenso tauchten erste zweisprachige Schilder in der Öffentlichkeit auf. Man wollte sich betont "ausländerfreundlich" geben, und die Ausländer ihrerseits sahen keine Notwendigkeit mehr, die deutsche Sprache zu lernen. Kaum stellten die Türken die Mehrheit, bestanden sie darauf, daß bei Konferenzen übersetzt würde.

Natürlich hing das auch damit zusammen, daß ab Ende der 80er/Anfang der 90er Jahren verstärkt Ehefrauen aus der Türkei importiert wurden (im Gegensatz zu den hier aufgewachsenen türkischen Frauen waren jene wenigstens noch nicht von der westlichen Kultur "verdorben"), die auch hierzulande nicht die deutsche Sprache erlernten, weil sie von ihren Ehemännern isoliert wurden.

Übrigens ließen in den letzten Jahren Eltern, die als Kinder selbst unsere Schule besucht hatten und jetzt ihre eigenen Kinder zu uns schickten, ihre Aussagen von Dolmetschern übersetzen. Wenn ich erstaunt fragte, warum sie dies täten, denn schließlich hätten sie doch an unserer Schule einen deutschen Abschluß erreicht, dann erhielt ich oft in radebrechendem Deutsch die Antwort, man habe zwischenzeitlich alles verlernt.

Bald trug auch die Mehrheit der türkischen Mädchen und Frauen Kopftücher - selbstverständlich "freiwillig", wie immer wieder betont wurde -, und wer das nicht tat, dem wurde gelegentlich vom Hodscha (islamischer Religionsgelehrter) gesagt, daß dies nicht nur unislamisch sei, sondern daß man als "nackt herumlaufende Frau" auch keine Chance habe, nach dem Tode ins Paradies zu kommen. Oft waren die Eltern fortschrittlicher im Denken als ihre Kinder, die nachmittags immer häufiger in die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Koran-Schulen gingen.

Die türkischen Lehrer, die seit 1980 für den muttersprachlichen Unterricht an unserer Schule tätig waren - in der Regel modern, europäisch gebildet und durchweg aus der Westtürkei stammend -, wurden gerade deswegen von den rückständigen anatolischen Landsleuten nicht akzeptiert, sondern von vielen abgelehnt, weshalb mehr und mehr Eltern ihre Kinder vom Un-



terricht in der Muttersprache (!) abmeldeten.

Einen türkischen Lehrer, der in der Nähe von Izmir zu Hause war, meinten einige Schüler bei mir "anschwärzen" zu müssen, indem sie mir erklärten, der sei ja "halber Grieche" und deshalb nicht ernst zu nehmen. Eine türkische Kollegin wurde, weil sie kein Kopftuch trug, von den Eltern so unter Druck gesetzt, daß sie sich schließlich unter Tränen an eine andere Schule am Niederrhein versetzen ließ.

In den 90er Jahren kam es dann zu ersten antideutschen Handlungen. Es waren weniger körperliche Auseinandersetzungen, vielmehr wurden deutsche Schüler, aber auch manche Lehrerinnen wegen ihrer "unislamischen Lebensweise" als Schweinefresser, Schlampen (vor allem Mädchen, die bereits Freunde hatten), Ungläubige und schlimmstenfalls als Nazis beschimpft. Wenn ich bei Schulleiter-Konferenzen oder im Jugendausschuß der Stadt solche Probleme ansprach, wurde ich sofort ausgegrenzt, ja man bezichtigte mich einer offenkundig fremdenfeindlichen Haltung. Höchstens zwei oder drei weitere Schulleiter unterstützten mich, der große Rest hüllte sich in Schweigen.

In einer Nacht des Jahres 2002 wurde die Fassade der Turnhalle unserer Schule mit den Worten beschmiert: "Deutsche raus! Deutschland den Türken!" Wir benachrichtigten die Kriminalpolizei, die auch tatsächlich kam, doch erklärten mir die Beamten, es handle sich da um keine Straftat, und so gebe es auch keinen Anlaß zu ermitteln. Als ich Unverständnis bekundete, wurde ich belehrt, daß der Fall umgekehrt hätte laufen müssen: Wenn nämlich an der Wand die Worte "Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!" gestanden hätte, wäre dies ein Fall für den Staatsschutz gewesen.

Seit 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen einen Schulversuch mit "Islamischer Unterweisung" (seit 2006 "Islamkunde"), einem islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, an dem auch unsere Schule teilnahm, weil wir dies nicht nur für sinnvoll erachteten, sondern darin zugleich ein Korrektiv zu den zahlreichen Koran-Schulen im Umfeld sahen. Anfangs war es noch Neugier, die viele (nicht die meisten!) islamischen Schüler dorthin "trieb". Doch schon nach zwei Jahren ließ das Interesse merklich nach, ältere Schüler und vor allem Schülereltern beschwerten sich über diesen Unterricht, weil der (moderne) Lehrer "keinen richtigen Islam" lehre.

Obwohl ich jedes Jahr einen Bericht über den Schulversuch und seine Erfolge (Nichterfolge waren nicht vorgesehen!) vorlegen mußte und meine Beobachtungen sehr deutlich zum Ausdruck brachte, reagierte man amtlicherseits überhaupt nicht darauf. Statt dessen nimmt der Zulauf zu den Koran-Schulen und den Moschee-Vereinen im Stadtteil zu, und was dort "gepredigt" wird, ist hinreichend bekannt.

Die jetzt begonnene Debatte um dieses bisherige Tabuthema ist dringend vonnöten, und sie darf auf keinen Fall "ergebnis-offen" diskutiert werden. Deutschenfeindlichkeit muß endlich als das gesehen werden, was sie ist, nämlich als diskriminierende und kriminelle Handlungsweise vor allem islamischer jugendlicher Machos und Rambos, die glauben (und das auch sagen!), in Deutschland gebe es ja keine Gesetze, weil eine Demokratie eben ein freier Staat sei, in dem man ungestraft alles tun und lassen dürfe. Dieser Einstellung gehört dringend ein Riegel vorgeschoben.<<

**USA:** Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schreibt im Jahre 2010 in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334): >>... Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schul-

dig und ich bin stolz darauf. ...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über den Antisemitismus in den USA (x318/52-53): >>... Die nordamerikanische Republik ist vor allem eines der Länder, das am meisten zur Verbreitung eines Motivs beiträgt, das später in der ideologischen Vorbereitung der "Endlösung" eine fatale Rolle spielen wird. Schon vor den Naziideologen und -agitatoren ist die These von einer geheimen jüdischen Steuerung der revolutionären Bewegung, die den Westen erschüttert, den US-Ideologen der white supremacy geläufig. Madison Grant unterstreicht die "semitische Führung" des "Bolschewismus", und Lothrop Stoddard brandmarkt das "bolschewistische Regime Sowjetrußlands" als "weitgehend jüdisch".

Doch in diesem Zusammenhang sollte unsere Aufmerksamkeit besonders der Figur von Henry Ford gelten. Sofort nach dem Oktober 1917 bemüht sich der Magnat der Autoindustrie darum, die bolschewistische Revolution als das Resultat eines jüdischen Komplotts zu denunzieren, und gründet 1919 zu diesem Zweck eine in hoher Auflage gedruckte Zeitschrift, den Dearborn Independent. Die dort abgedruckten Artikel werden im November 1920 in Buchform mit dem Titel "Der internationale Jude" veröffentlicht, das sofort zum Bezugspunkt für den internationalen Antisemitismus wird.

Dort kann man Thesen nachlesen, die eine zentrale Rolle innerhalb der Naziideologie spielen "die russische Revolution ist rassischen (jüdischen), nicht politischen Ursprunges", sie bediente sich humanitärer und sozialistischer Schlagworte, bringe in Wirklichkeit aber ein "rassisches Weltherrschaftsstreben" zum Ausdruck. Fords Buch trägt außerdem stark dazu bei, den - im Umkreis der zaristischen Geheimpolizei gefälschten und 1903 zuerst in St. Petersburg auf russisch veröffentlichten - Protokollen der Weisen von Zion Glaubwürdigkeit und Verbreitung zu verschaffen.

Später werden prominente Nazibonzen wie Baldur von Schirach und sogar Heinrich Himmler erklären, von Ford inspiriert worden oder von ihm ausgegangen zu sein. Besonders Himmler behauptet, erst nach der Lektüre des Buches von Henry Ford "die ganze Gefährlichkeit des Judentums" erkannt zu haben: "Es war für uns Nationalsozialisten die Offenbarung". Darauf folgte die Lektüre der Protokolle. "Diese beiden Bücher wiesen uns den Weg, den wir zu beschreiten hatten, um die gequälte Menschheit von dem größten Feinde aller Zeiten, dem internationalen Juden, zu befreien".

Im übrigen hätte - nach Himmler - das Buch von Ford zusammen mit den Protokollen sowohl für seine als auch für die Formierung des Führers eine "ausschlaggebende" Rolle gespielt. Sicher ist, daß "Der Internationale Jude" im Dritten Reich weiterhin mit großen Ehren und mit Vorworten veröffentlicht wird, die das entscheidende historische Verdienst des amerikanischen Autors und Industriellen hinsichtlich der Klärung der "Judenfrage" hervorheben und eine Art Kontinuität von Henry Ford zu Adolf Hitler herausstreichen. ...<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet im Jahre 2010 (x1.104/...): >>**Neue Weltordnung, Globalisierung und Antichrist - Menschheit auf dem Weg zur "Einen Welt" -**

Von *Dr. theol. Lothar Gassmann*

## **1. Einleitung**

"Und ich sah ein Tier aus dem Meer steigen ... Ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 1.7 f.)

Hier beschreibt der Apostel Johannes den satanischen Weltherrscher der Endzeit, den Antichristen. Dieser erhebt sich - aus dem Völkermeer aufsteigend - zu universaler Herrschaft.

Ihm wird Anbetung von allen denjenigen zuteil, die nicht ausschließlich und eindeutig auf der Seite Jesu Christi, des für uns am Kreuz "geschlachteten" Opferlammes, stehen, die also nicht in das Lebensbuch des Lammes eingetragen sind.

Die Maßnahmen, die derzeit in politischer, wirtschaftlicher, technischer und religiöser Hinsicht zur Zusammenführung der Menschheit unternommen werden, erinnern sehr deutlich an diese biblischen Voraussagen. Ist die Globalisierung, die Entstehung der "einen Welt", die "Neue Weltordnung" die Wegbereitung für das Reich des Antichristen? Nachfolgend werden wir diese wichtige Frage ausführlicher untersuchen.

## **2. Was ist die Neue Weltordnung (NW)**

Die hat eine Welt zum Ziel, in der alle Menschen in Frieden und Eintracht zusammenleben. Krieg soll nicht mehr sein. Die Menschheit soll zusammenwachsen zu einer großen Familie, in der es keine Konflikte wegen Rasse, Kaste, Geschlecht, Weltanschauung oder Religion mehr geben wird. Schlüsselbegriffe der Neuen Weltordnung sind Liebe, Friede, Einheit, Harmonie und Toleranz.

Das Zerfallen des kommunistischen Staatenblocks war eine wichtige Stufe, die uns der Neuen Weltordnung näher brachte. Denn in dieser darf es kein ideologisches System - wie etwa den Kommunismus - geben, das sich absolut setzt. Gorbatschows "Perestroika" kam - trotz seines Festhaltenwollens an einzelnen Leninschen Lehren - letztlich doch einer Auflösung des kommunistischen Dogmatismus und Totalitarismus gleich.

Nach dem weitgehenden Zerfall des Kommunismus im Osten hat das "westliche" kapitalistische System die Oberhand gewonnen. Doch auch dieses steht vor weltumfassenden Krisen, und man darf gespannt sein, welches System sich im Rahmen dieser Krisen herausbildet und welches Maß an integrierender Kraft es besitzt.

Einen unberechenbaren Faktor für das Programm einer Neuen Weltordnung stellen die islamischen Staaten dar. Im religiösen Bereich sperren sie sich mehrheitlich gegen die westliche Vereinnahmung. Wirtschaftlich allerdings sind sie wegen ihrer Ölexporte schon längst dem kapitalistischen Markt verbunden und besitzen hier sogar einen maßgeblichen Einfluß.

## **3. Wer strebt nach der Neuen Weltordnung?**

Die Neue Weltordnung wird von zahlreichen Kräften, Gruppen und Persönlichkeiten auf politischem, wirtschaftlichem und religiösem Gebiet angestrebt. Im folgenden kann ich nur einige Beispiele nennen.

Politiker in Ost und West führen seit Mitte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts den Begriff "Neue Weltordnung" immer häufiger im Munde. Stellvertretend für viele erwähne ich hier nur George Bush und Michail Gorbatschow.

Beispielsweise im Zusammenhang mit dem Golfkrieg 1991 hat US-Präsident Bush immer wieder von der Notwendigkeit gesprochen, diese Welt einer neuen Ordnung zuzuführen, in der solche Kriege nicht mehr nötig sind.

Als wichtigstes Mittel hierzu dient die Stärkung internationaler Organisationen wie der UNO. Weltparlament, Weltgerichtshof und Weltpolizei sind in den Ansätzen schon da und gewinnen ständig wachsenden Einfluß.

Diese Pläne sind allerdings immer wieder ins Stocken geraten durch nationalistische Kriege und Zersplitterungen, etwa im ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion, die der Neuen Weltordnung entgegenzustehen scheinen. Freilich ist es auch möglich, daß gerade dadurch die Neustrukturierung der Welt beschleunigt wird. Denn nur eine Menschheit, die von Kriegen und Krisen dermaßen geschüttelt worden ist, daß sie am Rande der Verzweiflung steht, wird wohl ein Weltparlament als das kleinere Übel akzeptieren. Die dabei stets mit-schwingende Gefahr einer Welt-diktatur erscheint erst dann nicht mehr so schlimm.

Vor allem in den USA besitzt der Gedanke einer Neuen Weltordnung eine lange Tradition. Das wird etwa daran deutlich, daß sich auf jeder Ein-Dollar-Note der Aufdruck "Novus ordo

seclorum" ("Neue Weltordnung") findet - in Verbindung mit einer Pyramide und einem seltsamen Auge, das auf der Spitze der Pyramide steht. Man weiß, daß es sich dabei um Freimaurer-Symbole (die Freimaurer-Pyramide und das Auge Luzifers) handelt. Und hier - in der Freimaurerei (insbesondere bei den Illuminaten) - liegt auch die Wurzel der Vorstellung von der Neuen Weltordnung begründet.

Das Ziel der Illuminaten beschrieb der Gründer dieses 1776 entstandenen Geheimordens, der Kirchenhistoriker Adam Weishaupt, folgendermaßen: Fürsten und Nationen werden ohne Gewalttat von der Erde verschwinden. Das Menschengeschlecht wird eine einzige Familie und die Welt die Wohnung von Menschen, die nur ihrer Vernunft folgen. Auf allen Gebieten soll absolute Toleranz herrschen. Eine absolute Wahrheit kann und darf es nicht geben, ebenso keine absolute Religion.

Insbesondere in Gestalt der UNO (United Nations Organisation), der inzwischen fast alle Staaten der Erde angeschlossen sind, spitzt sich gegenwärtig die Globalisierung zu. In der Agenda 21 beispielsweise wird dem UNO-Generalsekretär ein sehr großes Machtpotential eingeräumt, etwa indem es heißt: "Der Generalsekretär 38.15. Eine entschlossene und wirkungsvolle Führung durch den Generalsekretär ist von ausschlaggebender Bedeutung, da er/sie der zentrale Ausgangspunkt der institutionellen Regelungen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen für einen erfolgreichen Folgeprozeß der Konferenz und für die Umsetzung der Agenda 21 darstellen würde."

#### **4. Die technischen Voraussetzungen der Globalisierung**

Damit die Menschheit eine einzige Familie werden kann, muß sie immer enger zusammerrücken. Technisch wurde dies in den letzten Jahrzehnten in enormem Umfang ermöglicht. Die Menschheit ist immer enger zusammengerückt durch Verkehr, Telekommunikation und Massenmedien, vor allem durch das Fernsehen.

Es ist heute möglich, praktisch jeden Ort der Erde in längstens 48 Stunden per Flugzeug zu erreichen. Die Telefon-Kabelsysteme wurden ständig weiter ausgebaut. In fast jedem Haushalt der reichen Länder steht ein Fernseher, doch selbst in den armen Ländern ist der Fernseher oft das erste, was angeschafft wird. So sah ich TV-Geräte in den ärmsten Hütten Ägyptens und Schwarzafrikas stehen!

Immer perfektere Computersysteme, insbesondere das Internet, ermöglichen eine lückenlose Speicherung und Abrufbarkeit von Daten. Datenschutz wird immer mehr zur Illusion - unter anderem wegen der wachsenden Computerkriminalität. In Brüssel steht ein riesiger Zentralcomputer, in dem sämtliche Wirtschaftsdaten des europäischen Raums gespeichert sind.

Der Zahlungsverkehr wird immer mehr technisiert und vereinheitlicht. In Europa löste die Einheitswährung Euro - gekennzeichnet durch den fünfzackigen Stern (Pentagramm) - die Einzelwährungen der Länder ab.

Symbol für Europa ist übrigens eine nackte Frau auf einem Stier, der den verwandelten heidnischen "Göttervater" Zeus verkörpert (vgl. Offenbarung 17!).

Europahymne ist die freimaurerisch inspirierte Ode "An die Freude" von Friedrich Schiller, vertont in Beethovens Neunter Sinfonie, in der es heißt: "Deine Zauber binden wieder, was die Mode streng geteilt. Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt."

Neben das Bargeld sind zunehmend Kreditkarten getreten, doch auch diese werden wohl in absehbarer Zeit durch technisch bereits entwickelte neue Zahlungsarten und Kontrollmöglichkeiten ersetzt, z.B. durch in die Haut implantierbare Chips, durch Fingerabdruck- und Hand-Biometrie-Daten, durch genetische oder elektronisch-physiognomische Erkennung oder durch ein Laser-Tätowierungssystem, bei welchem man den Zahlungskunden Nummern in die Haut eingraviert - und das alles mit dem Argument "größerer Sicherheit".

Ich möchte die positiven Seiten und Vorteile der genannten Entwicklungen keineswegs übersehen. Sie bringen mancherlei Erleichterungen und Vereinfachungen mit sich. Und doch

springen die Kehrseiten dem kritischen Beobachter ins Auge: wachsende Vernetzung, Vereinheitlichung und Kontrollierbarkeit der Menschen.

Jetzt rücken biblische Prophezeiungen in den Bereich des Vorstellbaren, deren Verwirklichung zur Zeit ihrer Niederschrift noch reichlich utopisch erscheinen mußte. Das Satellitenfernsehen könnte es ermöglichen, daß "etliche aus den Völkern und Geschlechtern und Sprachen und Nationen" die Leichname der getöteten zwei Gotteszeugen der Endzeit dreieinhalb Tage lang "sehen" werden (Offenbarung 11, 9) - ebenso wie die Lästerungen und der Kult des antichristlichen "Tieres" weltweite Verbreitung finden (Offenbarung 13, 5-8, 11-15).

Und die vereinheitlichten Zahlungsarten in Verbindung mit totaler Computererfassung könnten die Voraussetzungen bilden zur Erfüllung von Offenbarung 13, 16-18: "Und es (das Tier aus dem Abgrund) macht, daß sie allesamt, die Kleinen und Großen, die Reichen und Armen, die Freien und Sklaven, sich ein Zeichen machen an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, und daß niemand kaufen oder verkaufen kann, wenn er nicht das Zeichen hat, nämlich den Namen des Tieres oder die Zahl seines Namens. Hier ist Weisheit! Wer Verstand hat, der überlege die Zahl des Tieres; denn es ist die Zahl eines Menschen, und seine Zahl ist sechshundertsechundsechzig.

"Nur das Sprachproblem ist noch nicht gelöst, doch gibt es auch hier Entwürfe, z.B. die weltweite Verbreitung von Englisch oder die Kunstsprache Esperanto, die alle Menschen sprechen sollen. So versucht der Mensch, selber die babylonische Sprachverwirrung rückgängig zu machen.

## **5. Globalisierung auf wirtschaftlichem Gebiet**

Ein charakteristisches Zeichen der Endzeit und eine Voraussetzung dafür, daß "niemand kaufen oder verkaufen kann", wenn er sich nicht dem antichristlichen System unterwirft, wird in Jakobus 5 genannt: die Konzentration immer größerer Reichtümer in immer weniger Händen. "Ihr habt euch Schätze gesammelt am Ende der Tage. Siehe, der Lohn der Arbeiter, die euer Land abgeerntet haben, den ihr ihnen vorenthalten habt, der schreit, und das Rufen der Schnitter ist gekommen vor die Ohren des Herrn Zebaoth. Ihr habt geschlemmt auf Erden und gepreßt und eure Herzen gemästet am Schlachttag. Ihr habt den Gerechten verurteilt und getötet, und er hat euch nicht widerstanden" (Jakobus 5, 3-6).

Hier ist von ungerecht erworbenem Reichtum die Rede. Das Ausmaß dieser Ungerechtigkeit wird einem erst deutlich, wenn man hört, daß zum Beispiel in den USA die "Superreichen", die gerade ein Prozent der Bevölkerung ausmachen, mehr besitzen sollen als die restlichen 99 Prozent zusammen. Und es ist ein offenes Geheimnis, daß aus diesem Kreis der Superreichen die meisten Illuminaten kommen, die durch ihre Macht enormen Einfluß auf die Politik nehmen. Zudem werden immer mehr Betriebe zusammengelegt - oder richtiger gesagt: die finanzschwächeren werden von den finanzstärkeren aufgekauft.

Auf internationaler Ebene werden im Zuge der Globalisierung Industriezweige und ganze Volkswirtschaften armer Länder von internationalen Konzernen aufgekauft, die dadurch immer mehr Macht gewinnen. In ein - zum Teil künstlich angeheiztes - Wirtschaftschao wird gezielt immer lauter der Ruf nach einer neuen Weltfinanzordnung hineingetragen.

Ich will keinesfalls etwas dagegen sagen, daß man sich durch das Werk seiner Hände sein Einkommen und vielleicht auch einen gewissen Wohlstand erarbeitet. Problematisch ist es jedoch, wenn dieser Wohlstand auf Kosten anderer geht, etwa durch Unterbezahlung von Arbeitern und Angestellten, Steuerhinterziehung, Betrug oder die Zerschlagung anderer Betriebe oder Volkswirtschaften. Die Bibel spricht hier eine deutliche Sprache. So heißt es etwa beim Propheten Amos:

"Hört dies, die ihr die Armen unterdrückt und die Elenden im Lande zugrunde richtet und sprecht: Wann will denn der Neumond ein Ende haben, daß wir Getreide verkaufen, und der

Sabbat, daß wir Korn feilhalten können und das Maß verringern und den Preis steigern und die Waage fälschen, damit wir die Armen um Geld und die Geringen um ein Paar Schuhe in unsere Gewalt bringen und Spreu für Korn verkaufen? Der HERR hat bei sich, dem Ruhm Jakobs, geschworen: Niemals werde ich diese ihre Taten vergessen!" (Amos 8, 4-7).

Wirtschaftliche Ungerechtigkeit kann zur Geldentwertung (Inflation) führen. Auch andere Ursachen können hier mitspielen, etwa das gegenseitige Hochschrauben der Lohn-Preis-Spirale durch die Tarifpartner, die Forderung nach "immer mehr", die Steuerung des Weltmarktes durch die Rohstoffpreise (vor allem Öl), die wirtschaftliche Kluft zwischen Ländern der "ersten, zweiten und dritten Welt", Fehlplanungen und Fehlinvestitionen auf Betriebs- oder Staatsebene, die zu hohen Verschuldungen führen.

Jesus hat die "Teuerung" (Inflation) als ein Kennzeichen der Endzeit genannt (Matthäus 24, 7). Viele Experten meinen, daß die Menschheit auf eine neue Weltwirtschaftskrise zusteuert. Eine solche würde geradezu den Ruf nach dem "starken Mann" erforderlich machen, der die Welt wieder ins Lot bringt. Eine Vorschattung davon war zum Beispiel die Weltwirtschaftskrise und die daraus entstandene Massenarbeitslosigkeit 1929, die vielerorts die Entstehung von Diktaturen begünstigte.

### **6. Globalisierung auf religiösem Gebiet**

Auf weltanschaulich-religiösem Gebiet fällt das Streben nach der Neuen Weltordnung zusammen mit dem Anspruch absoluter Toleranz und einer Ökumene der Religionen. Der Tübinger Theologe Hans Küng (Projekt Weltethos) hat es kurz auf folgende Formel gebracht: "Kein Friede unter den Völkern dieser Welt ohne einen Frieden unter den Weltreligionen!"

In ähnlicher Weise begründete der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker seine Forderung nach Einberufung eines Friedenskonzils aller Kirchen und Religionen: "In Bezug auf die drei Bereiche (Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung) ist eine Einigung der Christen und eine Übereinstimmung der Weltreligionen möglich und geboten. Eine weltweite politisch wirksame Rechtsordnung ist zu fordern" (Die Zeit drängt, 1986, 114).

In vielen Kirchen sind solche Forderungen auf ein offenes Ohr gestoßen. So wurde bereits Mitte der sechziger Jahre auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil der römisch-katholischen Kirche eine stärkere Öffnung zu den nichtchristlichen Religionen hin beschlossen, bei denen man "Wahrheitselemente" finden will ("aggiornamento").

Im Oktober 1986 lud Papst Johannes Paul II. erstmals führende Vertreter der christlichen Kirchen, aber auch der nichtchristlichen Religionen zu einem sogenannten Friedensgebetstreffen nach Assisi/Italien ein. Dieses wurde seither jährlich wiederholt, zum Beispiel 1987 auf dem "heiligen Berg" Hiei der Buddhisten bei Kyoto/Japan. Bei seinen Ansprachen redet der Papst Angehörige heidnischer Religionen immer wieder als seine "Brüder und Schwestern" an.

Auch in vielen evangelischen Kirchen kam es in den sechziger Jahren zum Ersatz des Missionsauftrags im biblischen Sinn (Bekehrung der Heiden) durch ein alles offen lassendes Dialogprogramm. Insbesondere der Ökumenische Rat der Kirchen ist hier Vorreiter.

Auf Kirchentagen werden immer häufiger "Gebetstreffen" zwischen Christen, Moslems, Hindus, Buddhisten und Angehörigen anderer Religionen angeboten. Da sich aber dem Dialog der Religionen doch noch mancherlei dogmatische Hürden entgegenstellen, versucht man verstärkt, durch gemeinsame praktische und moralische Anliegen ein Bindeglied zur Neuen Weltordnung auf religiösem Gebiet zu bauen.

In dieser Schaffung eines weltweiten Netzwerkes nimmt allerdings der Vatikan eine entscheidende Rolle ein. Der römische Papst ist es, der insbesondere seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts Vertreter und Führer sämtlicher Konfessionen und Religionen immer wieder zu "Gebetstreffen" eingeladen hat, um damit dem "Weltfrieden" zu dienen. Der römische Papst ist es, der eine Art Integrationsfigur für Politiker unterschiedlicher Couleur darstellt, die ihn besuchen und mit ihm zusammenarbeiten, um die "Weltgemeinschaft" aufzubauen und alle

trennenden Grenzen nach und nach zu beseitigen.

Der amerikanische Autor und Weltanschauungs-Experte Dave Hunt identifiziert in seinem wichtigen Buch "Globaler Friede und Aufstieg des Antichristen" (Hamburg 1993) die römische Religion mit der "Hure Babylon" und meint: "Es gibt keine andere Kirche, die auch nur annähernd einen solchen Einfluß auf weltliche Machthaber ausgeübt hat. Der Papst empfängt und segnet einen nicht enden wollenden Strom von Würdenträgern, die bei ihm um Audienz bitten. Darunter sind selbst Terroristen wie Jassir Arafat von der PLO" (S. 119)."

Vor allem dem Papst ist es zu verdanken, daß die weltumspannende ökumenische Bewegung sich derzeit explosionsartig ausbreitet. So wie Gorbatschow die politische Welt verändert hat, so hat der Papst der religiösen Welt ein neues Gesicht gegeben. Weil er sein großes Ansehen ins Spiel bringen konnte und den Weltfrieden als Anreiz einsetzte, konnte der Papst 1986 die Führer der 12 Weltreligionen im italienischen Assisi versammeln. Die Teilnehmer beteten jeweils zu dem 'Gott', an den sie gerade glaubten, und flehten zu den Gottheiten um den Weltfrieden. Um zu rechtfertigen, daß er sogar die Gebete von Medizinern und Feueranbetern respektierte und würdigte, erklärte Johannes Paul II. den Teilnehmern:

Die Herausforderung, den Frieden zu erringen, ... ist höher zu bewerten als alle religiösen Unterschiede" (S. 163).

Hunt berichtet auch von dem weithin geheimgehaltenen "Weltforum der Geistlichen und Parlamentarier zur Rettung der Menschheit", das fast unbemerkt bereits im Oktober 1985 gegründet wurde. In diesem haben sich "geistliche Führungspersönlichkeiten" der fünf größten Weltreligionen und Parlamentarier aus allen fünf Kontinenten zusammengefunden, um - wiederum in einer vordergründig "guten" Zielsetzung - einen "Gedankenaustausch zur ökologischen Rettung und zum Weltfrieden" zu führen. Die aus diesem Weltforum hervorgegangene Arbeitsgemeinschaft faßte folgenden Beschluß:

"Wir haben uns mit dem Wesen der Beziehung zwischen politischem und religiösem Leben beschäftigt und ... sind miteinander übereingekommen, daß beide Parteien (die politischen und religiösen Führer) die Zusammenarbeit brauchen und erstreben... und wir werden auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene jede erdenkliche Zusammenarbeit der Geistlichkeit mit den Parlamentariern fördern.

Wir stehen am Anfang einer neuen Epoche des Weltbürgertums ... Dieses neue Bewußtsein überspringt alle Rassenschranken, alle Grenzen zwischen Religionen, Ideologien und Nationalitäten ... Wir sind Träger der Vision einer neuen Weltgemeinschaft, mit der die lange und tragische Geschichte menschlicher Gewalt durch ein Zeitalter gegenseitig zugesicherten Wohlergehens und Friedens abgelöst wird" (S. 164).

Seit seiner Entstehung hat sich dieses "Weltforum" - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - immer wieder getroffen, um die Globalisierung auf politischer, wirtschaftlicher und religiöser Ebene voranzutreiben. An einem Treffen im April 1988 in Oxford beispielsweise nahmen Geistliche und Parlamentarier aus 52 Ländern teil, unter ihnen "Senatoren aus Amerika, führende Wissenschaftler, Mitglieder des Obersten Sowjet und der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, der UNO-Generalsekretär und der Erzbischof von Canterbury, Mutter Teresa, der Dalai Lama, Mitglieder des Kabinetts, Kardinäle, Yogis, Bischöfe, Rabbis, Imame und Mönche". In der Abschlusserklärung hieß es:

"Unsere gemeinsame Sorge um das Überleben der Welt hat uns zusammengebracht ... und wir sind durch unsere Begegnung zu der klaren Erkenntnis gelangt, wie grundlegend das Einssein der Menschheit ist ... und die Erkenntnis, daß jeder einzelne Mensch sowohl eine geistliche als auch eine politische Dimension hat. Jeder von uns ist durch die Erfahrungen und Erlebnisse in Oxford verändert worden ... und (wir) sind Verpflichtungen eingegangen, die unwiderruflich sind" (S. 164 f.).

Hunt folgert zu Recht: "Solch eine ökumenische Partnerschaft der religiösen und politischen

Führungselite ist eine wichtige Voraussetzung für das Auftreten des Antichristen" (ebd.).

### **7. Neue Weltordnung und Globalisierung aus biblischer Sicht**

Wie die Neue Weltordnung so spricht auch die Bibel von einem zukünftigen Reich, in dem Friede und Gerechtigkeit herrschen werden und in dem keine Träne mehr geweint wird. Sie spricht davon mit großartigen und eindringlichen Worten etwa am Ende der Johannesoffenbarung. Und doch wird deutlich, daß nicht der Mensch es ist, der dieses Reich herbeiführt, sondern allein Gott der HERR, der spricht: "Siehe, ich mache alles neu" (Offenbarung 21, 5).

So wichtig und notwendig menschlich-politische Friedensbemühungen sind, so unmöglich ist es, dadurch umfassenden und dauerhaften Frieden im Stil einer "NW" zu erreichen. Wer das behaupten wollte, müßte die Macht der Sünde leugnen, welche die Herzen der Menschen erfüllt. Selbst ein Apostel Paulus mußte bekennen:

"Das Gute, das ich will, tue ich nicht, sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich" (Römer 7, 19).

Und in 1. Johannes 1, 8 f. lesen wir: "Wenn wir sagen, wir haben keine Sünde, so verführen wir uns selbst, und die Wahrheit ist nicht in uns. Wenn wir aber unsere Sünden bekennen, so ist er (Gott) treu und gerecht, daß er uns die Sünden vergibt und reinigt uns von aller Untugend."

Die Zielvorstellung von einer Neuen Weltordnung geht - so schön und faszinierend sie zunächst erscheint - von einem utopischen und unrealistischen Menschenbild aus, welches den biblischen Aussagen vom sündhaften Wesen des Menschen widerspricht.

Noch problematischer ist die Verwässerung der Wahrheitsfrage, die mit dem Einheitsgedanken verbunden ist. Hier strebt man nach Einheit auf Kosten der Wahrheit. Hier wird nicht nur Toleranz gegenüber der Person des anderen vorausgesetzt, was durchaus legitim wäre, sondern auch Toleranz in der Sache. Und das bedeutet, daß Wahrheit relativiert wird. Da geht das Heil verloren. Jesus Christus, wie er uns in der Bibel beschrieben wird, läßt sich nämlich nicht in den Einheitszog einer Ökumene der Religionen einbeziehen. Er spricht:

"Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater außer durch mich" (Johannes 14, 6). - Und es gilt: "In keinem anderen ist das Heil" (Apostelgeschichte 4, 12).

Ebensowenig läßt sich der Heilige Geist mit den Geistern heidnischer Religionen gleichsetzen, bei denen es sich nach biblischer Aussage um gefallene Engel (Dämonen) handelt (1. Korinther 10, 20 f.; 2. Korinther 6, 14 ff.).

Für das Verständnis von Judentum und Christentum ist das erste Gebot konstitutiv:

"Ich bin der Herr, dein Gott ... Du sollst keine anderen Götter neben mir haben" (2. Mose 20, 2 f.).

Die Vertreter einer Neuen Weltordnung und einer Ökumene der Religionen versuchen zwar mit allen Mitteln, solche Aussagen umzudeuten oder historisch-kritisch aufzulösen, aber es gelingt ihnen nicht. Die ganze Bibel ist nämlich durchdrungen davon. Das erste Gebot mit der Absolutheit des dreieinigen Gottes ist das Thema, das wie ein roter Faden die gesamte Heilige Schrift durchzieht. Wo das erste Gebot übertreten wird, wird nicht Friede die Folge sein, sondern das Gericht Gottes. Das lehrt uns die gesamte Geschichte des Alten und des Neuen Bundes.

Jede Religionsvermischung oder auch schon Relativierung der Absolutheit des dreieinigen Gottes fordert früher oder später seinen Zorn heraus. Den Höhepunkt wird Gottes Gericht erreichen, wenn er die Herrschaft des Antichristen, des endzeitlichen satanischen Weltbilders, für eine bestimmte Zeit zuläßt.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu sehen, daß auch der Antichrist ein Friedensreich errichten wird. Es wird die diabolische Nachäffung bzw. Vorwegnahme des messianischen Friedensreiches Jesu Christi sein, verbunden mit der letzten Steigerung menschlichen Größenwahns und Selbsterlösungsstrebens



Die Bibel spricht davon, daß der Antichrist dieses Reich aufrichten wird, bevor Jesus für die Welt sichtbar wiederkommt:

"Laßt euch von niemand verführen, in keinerlei Weise; denn er (Jesus) kommt nicht, bevor der Abfall kommt und der Mensch der Bosheit offenbart wird, der Sohn des Verderbens. Er ist der Widersacher, der sich überhebt über alles, was Gott oder Gottesdienst heißt, so daß er sich in den Tempel Gottes setzt und vorgibt, er sei Gott" (2. Thessalonicher 2, 3 f.).

Und für die Zeit des Antichristen unmittelbar vor Jesu Wiederkunft gilt:

"Wenn sie sagen werden: Es ist Friede, es hat keine Gefahr, dann wird sie das Verderben schnell überfallen gleichwie der Schmerz eine schwangere Frau, und sie werden nicht entfliehen" (1. Thessalonicher 5, 3).

Jede Friedensbestrebung und -bewegung, jede Bestrebung einer Neuen Weltordnung muß sich an diesen Voraussagen messen lassen. Wie ist ihr Verhältnis zu Jesus Christus? Wird ein Friedensreich an Jesus Christus vorbei oder gegen Christus erstrebt? Will man Einheit auf Kosten der Wahrheit erreichen, die allein in Jesus Christus offenbart ist?

Wenn ja, dann arbeitet man - gewollt oder ungewollt - dem Antichristen in die Arme.

Zusammenfassung: Die Neue Weltordnung erstrebt Frieden durch Welteinheit:

politisch: durch das Zusammenrücken der Machtblöcke und Ideologien im "Europäischen Haus" und weltweit; durch internationale Ordnungen, Institutionen und Kontrollmechanismen;

wirtschaftlich: durch ein neues Weltwirtschaftssystem und immer mehr vereinheitlichte Zahlungsarten;

religiös: durch Dialog und Zusammenarbeit mit Angehörigen aller Religionen. Dieses Erstreben der Welteinheit hat jedoch mehrere Verluste zur Folge:

den Verlust der Freiheit der einzelnen Völker, die ihre Souveränität an immer höhere politische Komplexe abgeben müssen;

den Verlust der Freiheit des einzelnen Menschen, der im Fall einer nicht-systemkonformen Einstellung bei einem Zusammenrücken der Welt immer weniger Ausweich- und Fluchtmöglichkeiten (etwa in "neutrale Staaten") findet;

c. den Verlust der Wahrheit des christlichen Glaubens, die - wie z.B. in Verlautbarungen zum "Konziliaren Prozeß" geplant - in einen "universalen ethischen Konsens" der Ideologien und Religionen integriert und damit letztlich beseitigt werden soll. Dem Welteinheitssystem werden dieselben Wirkungen zugeschrieben, die in der Bibel für das messianische Friedenreich Jesu Christi verheißen sind.

Die Neue Weltordnung soll denn auch evolutionär Schritt für Schritt dorthin führen. Dabei jedoch wird übersehen, daß die Welt nicht evolutionär in den "neuen Himmel und die neue Erde" mündet, sondern daß sie wegen der wachsenden Sünde und Unbußfertigkeit der Menschheit vergehen muß, bevor Gott - allein mit der Schar derer, die ihm die Treue gehalten haben - seine neue Welt schafft (vgl. Matthäus 24, 1. Korinther 7, 31; 2. Petrus 3, 10; Offenbarung 6 ff. u.a.);

b. daß dieses Gericht Gottes nicht aufgehalten, sondern im Gegenteil noch beschleunigt wird, wo die größte Sünde, der Götzendienst in anderen Religionen und in menschenverherrlichenden, atheistischen Ideologien (etwa dem Marxismus), durch deren Anerkennung als gleichberechtigte Dialogpartner toleriert und forciert wird (vgl. 2. Mose 20, 2 f.; 2. Könige 17, 35 f.; Jesaja 44; Jeremia 16, 19-22; 1. Korinther 10, 20 f.; 2. Korinther 6, 14-17 u.a.);

c. daß Jesus nicht wiederkommt, bevor der Antichrist erschienen ist, der sein trügerisches und zeitlich eng begrenztes Weltfriedensreich aus den Kräften satanischer Inspiration und einer vereinigten Menschheit heraus errichten wird (vgl. 1. Thessalonicher 5, 2 f.; 2. Thessalonicher 2, 1-12; Offenbarung 13 und 17 f.).

## **8. Was kommt auf bibeltreue Christen zu?**

Bibeltreue Christen passen nicht in den Sog der Globalisierung. Da sie an Jesus Christus als dem einzigen Weg zu Gott dem Vater festhalten (Johannes 14, 6), gelten sie als Störer und Feinde des Friedens und der diesem zugrundeliegenden Sachtoleranz. Sachtoleranz bedeutet Verwässerung und Auflösung der Wahrheit, während Persontoleranz die Liebe zum Sünder und Irrenden einschließt, um ihn für Jesus zu gewinnen.

Persontoleranz soll also dazu dienen, dem Nächsten durch anteilnehmende und abholende Liebe den Weg zu Jesus Christus zu ebnen, während Sachtoleranz den Weg zum Antichristen bahnt. Werden diese beiden Begriffe mit ihren unterschiedlichen Zielsetzungen nicht auseinandergehalten und wird einfach nur allgemein von "Toleranz" geredet, dann ist die Verwirrung komplett.

Nun werden heute Christen, die an Jesus Christus als "dem Weg, der Wahrheit und dem Leben" (Johannes 14, 6) festhalten, sehr schnell mit dem Stigma der "Intoleranz" belegt und in die Sekten-Ecke gestellt. Sie gelten dann als "unbelehrbare Fundamentalisten" oder ähnliches, wobei man mit "Fundamentalist" Gewalt und Terror assoziiert, wie man ihn von manchen islamisch-fundamentalistischen Gruppen her gewohnt ist.

Daß bibeltreue Christen, die ihren Glauben ernst nehmen, hingegen vom Gebot der Feindesliebe inspiriert sind (oder sein sollten), das in der Bergpredigt (Matthäus 5, 43 ff.) steht, wird geflissentlich verschwiegen. Viele Gruppen und Bewegungen - auch im evangelikalen Bereich - werden heute von ihren Gegnern als "Sekten" bezeichnet und verunglimpft.

Über den Unterschied zwischen Freikirchen und Sekten besteht bei Politikern und in der Öffentlichkeit weithin Unklarheit. So werden Freikirchen wie Methodisten, Baptisten, Mennoniten und Freie Evangelische Gemeinden in Presseverlautbarungen immer wieder in undifferenzierter Weise in einem Atemzug mit Gruppen wie Scientology, Zeugen Jehovas und Mormonen genannt.

Ein Beispiel hierfür ist eine Meldung der Nachrichtenagentur AFP vom 24. April 1997, in der es heißt: "800.000 Deutsche bekennen sich zu Sekten". Hintergrund dieser Meldung war eine Umfrage, welche die Enquete-Kommission "Sogenannte Sekten und Psychogruppen" des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben hatte.

Das Marktforschungsinstitut Infratest Burke (München) befragte 11.000 Bürger, ob sie einer neuen religiösen bzw. weltanschaulichen Bewegung angehören. In der Auswertung waren Freikirchen wie Baptisten, Mennoniten usw. als inner- und randkirchliche Sondergruppen neben Sekten wie den Zeugen Jehovas oder Organisationen wie Scientology genannt worden.

Daraufhin kam von freikirchlicher Seite scharfe Kritik, z.B. von dem Generalsekretär des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden), Eckhard Schaefer (Bad Homburg), der mit 88.000 Mitgliedern größten Freikirche Deutschlands. Schaefer meinte: "Uns in der Studie aufzuführen, hat dieselbe Qualität und Aussagekraft, wie den Deutschen Bundestag als terroristische Vereinigung zu bezeichnen" (*Idea-Pressedienst* Nr. 47/97 vom 28.4.1997).

Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Sogenannte Sekten und Psychogruppen" (Bundestags-Drucksache 13/8170) ging - wie auch der spätere Endbericht - von einem "problemorientierten Ansatz" aus und legte seiner Einordnung der untersuchten Vereinigungen politische, juristische, soziologische und psychologische (aber keine theologischen) Kriterien zugrunde. Sein Urteil bewegte sich im Spannungsfeld zwischen "religiös-weltanschaulicher Toleranz und Pluralität auf der Grundlage von Artikel 4 GG (Grundgesetz)" und der "Notwendigkeit", der Religionsfreiheit in gewissen Fällen politisch-juristische Grenzen (z.B. durch Beschränkungen und Verbote) zu setzen (S. 7 f.).

Diese Grenzziehung mit den ihr zugrundeliegenden Kriterien war der umstrittenste Punkt im Vorhaben der Enquete-Kommission. Die Grenzziehung dürfe dann erfolgen, wenn "deviantes Handeln" (von der gesellschaftlichen Norm abweichendes Handeln) vorliege, wobei "Verstö-

ße gegen geltendes Recht, Störung des öffentlichen Friedens oder Schädigungen des Einzelnen" verwirklicht seien (S. 67).

Den Maßstab bildete also der gesellschaftliche Status quo (und z.B. nicht die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments!). Dies wird voraussichtlich auch bezüglich der "Antidiskriminierungsgesetze" für bibeltreue Christen massive Folgen haben - bis hin zur gesellschaftlichen Ächtung, Verfolgung und Gefängnisstrafe, etwa wenn sie Homosexualität und ähnliche sexuelle Praktiken öffentlich als "Sünde" bezeichnen.

Wer aber "Sekte" nur oder in erster Linie psychologisch (nach den Methoden, die zur Anwendung kommen), soziologisch (nach der Größe und Mitgliederzahl) oder politisch (nach dem Einfluß und dem Verhältnis zum Staat) definiert, geht an der Sache vorbei. Die Glaubenslehre - und damit die Wahrheitsfrage - kann nicht ausgeblendet werden. Entscheidend ist das theologische Kriterium: das Verhältnis zu Gott und seiner Offenbarung.

So möchte ich - gegenüber dem heutigen Trend - das theologische Kriterium wieder in den Mittelpunkt stellen und definiere wie folgt: "Sekten" sind in christlicher Sicht alle religiösen Gruppen (unabhängig von ihrer Mitgliederzahl, ihrer Größe und ihrem Einfluß), die in ihrer Lehre und in ihrem Leben den Hauptlehren des Alten und Neuen Testaments widersprechen und statt dessen eigene Lehrsysteme und Verhaltensweisen entwickelt haben.

Solche Widersprüche zu den Hauptlehren des Alten und Neuen Testaments ergeben sich z.B. durch Hinzufügung zu oder Hinwegnahme von Lehren der Heiligen Schrift (1. Korinther 4, 6; 2. Johannes 1, 9; Offenbarung 22, 18 f.); durch Lehren im Widerspruch zum eindeutigen Wortsinn und Gesamtzusammenhang der Bibel (Galater 1, 6 ff.); durch Ausblendung oder Umdeutung zentraler Wahrheiten des christlichen Glaubens, vor allem durch die Verleugnung Jesu Christi und seines Erlösungswerkes für uns, durch Verleugnung, Relativierung oder Umdeutung seiner Gottessohnschaft, seiner Fleischwerdung, seines Sühneopfers am Kreuz und seiner leiblichen Auferstehung (1. Johannes 2, 22 f.; 4.2 f.; 2. Johannes 1.7; 2. Petrus 2,1; Judit 4).

### **9. Wer wird überwinden?**

Überwinden wird nur, wer von Jesus Christus überwunden ist - und das heißt: wer zu ihm gehört ohne Wenn und Aber. Überwinden wird nur, wer ihm auch inmitten der zunehmenden antichristlichen Strömungen die Treue hält. So lesen wir in Offenbarung 12, 9-11:

"Und es wurde hinausgeworfen der große Drache, die alte Schlange, die da heißt: Teufel und Satan, der die ganze Welt verführt, und er wurde auf die Erde geworfen, und seine Engel wurden mit ihm dahin geworfen. Und ich hörte eine große Stimme, die sprach im Himmel: Nun ist das Heil und die Kraft und das Reich unseres Gottes geworden und die Macht seines Christus; denn der Verkläger unserer Brüder ist verworfen, der sie verklagte Tag und Nacht vor unserm Gott. Und sie haben ihn überwunden durch des Lammes Blut und durch das Wort ihres Zeugnisses und haben ihr Leben nicht geliebt, bis hin zum Tod."

Um - auch heute schon - zu den Überwindern zu gehören, sind folgende Voraussetzungen notwendig:

- Wir glauben an Jesus Christus als unseren Erlöser und Herrn und sind seine Kinder.
- Wir stehen in ständiger Gebetsverbindung mit dem Herrn, damit er uns stärken, trösten, leiten, bewahren und korrigieren kann.
- Wir stellen Gottes Wort in den Mittelpunkt und richten unser Leben danach aus.
- Wir suchen die Gemeinschaft gläubiger Geschwister und verlassen unsere Versammlungen nicht.
- Wir bekennen Gott unsere Sünden und lassen uns reinigen durch das Blut seines Sohnes Jesus Christus.
- Wir leben aus der Gnade Gottes, aber mißbrauchen diese nicht zum Sündigen.
- Wir decken die Werke der Finsternis - auch in christlichen Gemeinden - auf und dulden die-

se nicht länger.

- Wir akzeptieren weder den Hochmutsgeist, der sich durch Spaltungssucht offenbart, noch den Vermischungsgeist, der eine Einheit und Ökumene um jeden Preis sucht.
- Wir lieben die wiedergeborenen Geschwister im Herrn Jesus Christus, auch wenn wir nicht in allen Lehrfragen mit ihnen übereinstimmen.
- Wir ringen aber genauso auf der Grundlage der Heiligen Schrift um die Erkenntnis und Durchsetzung der Wahrheit in den entscheidenden Heilsfragen, damit keiner verlorengelange.
- Wir sind bereit, Korrektur von Geschwistern anzunehmen, wo diese biblisch begründet ist, und zwar in unserer Lehre und in unserem Leben.
- Wir üben "christliche Enthaltensamkeit", d.h. wir setzen uns nicht mutwillig gottfeindlichen und verführerischen Einflüssen aus, die uns vom Glauben wegziehen.
- Wir trennen uns von allen Strömungen, Praktiken und Methoden, die gegen das Wort Gottes stehen.- Wir üben wieder konsequente Gemeindezucht.
- Wir nehmen den Missionsauftrag ernst und laden Menschen in die Nachfolge Jesu Christi ein, solange es noch Zeit ist.
- Wir predigen die zentrale biblische Botschaft von der völligen Verlorenheit des Sünders, der Notwendigkeit der Buße und der Rettung allein aus Gnaden.
- Wir helfen unseren Mitmenschen auch praktisch durch Taten der Nächstenliebe und setzen Zeichen der Menschenfreundlichkeit Gottes in einer vergehenden Welt.
- Wir weihen unser Leben ganz neu und ganz allein dem dreieinigen Gott und dienen ihm bis an unser irdisches Ende - und weiter bis in alle Ewigkeit.

Für die (vor-)antichristliche Zeit gilt mehr denn je die Aufforderung in Epheser 6, 10-17:

"Seid stark in dem Herrn und in der Macht seiner Stärke. Zieht an die Waffenrüstung Gottes, damit ihr bestehen könnt gegen die listigen Anschläge des Teufels. Denn wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Mächtigen und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in dieser Finsternis herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel. Deshalb ergreift die Waffenrüstung Gottes, damit ihr an dem bösen Tag Widerstand leisten und alles überwinden und das Feld behalten könnt.

So steht nun fest, umgürtet an euren Lenden mit Wahrheit und angetan mit dem Panzer der Gerechtigkeit, und an den Beinen gestiefelt, bereit, einzutreten für das Evangelium des Friedens. Vor allen Dingen aber ergreift den Schild des Glaubens, mit dem ihr auslöschen könnt alle feurigen Pfeile des Bösen, und nehmt den Helm des Heils und das Schwert des Geistes, welches ist das Wort Gottes".

*Buchhinweis: L. Gassmann, Globalisierung und Antichrist ...*

*Dr. theol. Lothar Gassmann ... <<*

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die antideutsche Einstellung des US-Präsidenten Roosevelt (x318/61-62): >>... Kehren wir zu F. D. Roosevelt zurück, der während des Zweiten Weltkrieges, zu Recht empört über die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reiches einen Augenblick lang von der sonderbaren Idee der "Kastration" der Deutschen fasziniert war. Vielleicht wären dem US-amerikanischen Staatsmann mehr Zweifel gekommen, wenn er zufällig Gobineau und Waitz und ihre Hinweise auf den Vernichtungs-Rassismus der "amerikanischen Schule" hätte lesen können, denn so hätte F. D. Roosevelt verstanden, daß die Idee, durch "Kastration" der Verantwortlichen die Wiederholung solcher Praktiken zu vermeiden, auch das Volk hätte treffen können, zu dem er selbst gehörte.

Eine grundlegende Wahrheit darf man nicht aus den Augen verlieren: Weit entfernt, die Wiederholung des Identischen zu sein, zeichnet sich die Geschichte durch unaufhörliche Veränderungen und durch auch recht radikale Umschläge aus. Man sollte ein für alle Mal Schluß ma-

chen mit dem Mythos der in der Zeit unbeweglichen Identitäten.

Hier ist eine Betrachtung politischen Charakters hinzuzufügen. Wohl oder Übel hat es in Deutschland, wenn auch nur teilweise und unzureichend den Versuch gegeben, sich mit der Vergangenheit und mit dem Schrecken des Dritten Reiches auseinander zu setzen. Jenseits des Atlantiks feiern hingegen die US-amerikanischen Führer und ihre Ideologen weiterhin ihr Land als "die älteste Demokratie der Welt". In dieser historischen Bilanz scheint das den Indianern und den Schwarzen vorbehaltene Schicksal irrelevant zu sein.

Es gibt nicht einmal einen vagen Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Und gerade dieses gute Gewissen gibt dem Anspruch Washingtons den Auftrieb, die "Demokratie" mit Waffengewalt zu exportieren. Unter diesen Bedingungen ist es reiner Wahnsinn, das gute Gewissen des heute weitaus gefährlicheren Imperialismus mit Diskursen über ein immer und ewig reaktionäres Deutschland noch weiter zu verstärken.<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>... Und heute? ... (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "ausgewählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.

In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

### **5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus**

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf.

Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland

für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. ...

Paradoxe Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! ...<<

## 2011

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.

*Benjamin Franklin (1706-1790, nordamerikanischer Politiker)*

### 01.01.2011

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Januar 2011 (x887/...): >>**Falsche Moralapostel beherrschen die Szene**

von *Konrad Löw*

Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, daß es keine kollektive Schuld gibt. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich. Nur Diktaturen - nicht zuletzt der Nationalsozialismus - haben mit kollektiver Schuld ganzer Gruppen und Völker argumentiert.

Dennoch wird in Deutschland seit einigen Jahren in einer Weise von "deutscher" Schuld gesprochen, die stark zu einem Kollektivschuldvorwurf tendiert. Als Jurist und Politologe habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen und - da es ersichtlich schlecht begründet ist - ihm auch die Stirn zu bieten. Über ein paar aktuelle Vorgänge dieses politischen Streits möchte ich im Folgenden berichten.

1. Im August dieses Jahres ist ein kleines Wunder geschehen. Das Bundesverfassungsgericht hat auf meine Beschwerde hin einstimmig festgestellt, daß mich der "Aufschrei" der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Jahre 2004, dem die Veröffentlichung meines Aufsatzes "Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte" vorausgegangen war, in meinen Grundrechten verletzt hat - die PAZ hat darüber ausführlich berichtet. Nun hatte ich nie an der Rechtsverletzung gezweifelt, aber Recht haben und Recht bekommen sind zwei Paar Stiefel. Wenn ich von kleinem Wunder spreche, so deshalb, weil die Erfolgsrate solcher Beschwerden unter einem Prozent liegt.

Die Erfahrung mit dem Gericht bestärkt mich in der Überzeugung, daß es überall anständige Menschen gibt und es vor allem darauf ankommt, ihnen gediegene Beweise zu präsentieren. Hier nun ein Kernsatz aus der Entscheidung: "Von vornherein ausgeschlossen sind Äußerun-

gen (der bpb) gegenüber Einzelnen, die allein dem Bestreben dienen, eine behördliche Auffassung, namentlich eine von der Bundeszentrale für richtig gehaltene spezifische Geschichtsinterpretation zur Geltung zu bringen und als einzig legitim oder vertretbar hinzustellen."

2. Das Urteil hatte einen Aufschrei in der Presse zur Folge. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat korrekt berichtet, von der "Welt" kann man das nicht sagen und am anderen Ende der Skala stand die "Süddeutsche Zeitung". Sie brachte am 29. September auf Seite 1 einen vierspaltigen Artikel unter der Überschrift: "Verfassungsgericht schützt Geschichtsfälschung". Doch wer die "Geschichtsfälschung" sucht, sucht vergebens. Das Ganze ist eine Infamie gegen das Gericht wie gegen mich. Abschließend wird auf die Glosse S. 4 verwiesen. Dort ein Produkt aus Häme und Lüge, alles unter der Überschrift: "Dr. jur. absurd".

Nachdem ich diese Infamien gelesen hatte, stand für mich fest, daß ich alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausschöpfen muß, um nicht im Sumpf der Journaille unterzugehen. So habe ich Antrag auf Gegendarstellung gestellt, dem das Landgericht München entsprochen hat. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Ferner habe ich gegen Heribert Prantl, den Verfasser von "Dr. jur. absurd", Privatklage erhoben. Ob es zu einem Verfahren kommt und wie es endet, wird sich zeigen.

Außerdem habe ich Beschwerde beim Deutschen Presserat eingelegt, der aber nur viermal im Jahr tagt. Der Schluß meiner Beschwerde lautet: "Die 'Süddeutsche Zeitung' ... wird wohl von rund einer Million Menschen gelesen. Wer als anständiger Mensch den zitierten Vorwürfen Glauben schenkt, kann für den, den die Vorwürfe treffen, nur Verachtung übrig haben. Der soziale Tod des Opfers ist offenbar das Ziel der Verleumdungen. Besonders Gewicht erhalten die Vorwürfe noch dadurch, daß sie der Ressortleiter Innenpolitik, Prof. Dr. Heribert Prantl, erhebt. Ich weiß um meine armselige Position verglichen mit dem Pressegoliath Süddeutscher Verlag. Doch ich vertraue auf das Recht und darauf, daß bei uns Recht vor Macht geht ..."

3. "Hitler und sein Volk" ist der Titel eines Buches, das die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) seit 2003 vertrieben hat. Auf der Rückseite steht: "Der Autor (gemeint ist ein US-Amerikaner namens Gellately) ... beweist stichhaltig, daß die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wußten, sondern ... weit aktiver, als bisher bekannt war, mithalfen - durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit." Darunter "bpb", sonst nichts.

Dieser "Beweis" widerspricht meinen Erkenntnissen. Daher habe ich das Buch besonders genau gelesen, aber nirgendwo diesen "Beweis" entdeckt. Also wandte ich mich nach und nach an alle mitverantwortlichen Stellen, so den Bundesminister des Innern, den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, den Präsidenten des Deutschen Bundestages und das für die bpb zuständige Kuratorium des Deutschen Bundestages. Keine dieser Instanzen hat den "Beweis" verteidigt.

Die Antworten lauteten: Ich würde den Text mißverstehen, der Text gebe nicht die Meinung der bpb wieder, das Buch würde nun nicht mehr ausgeliefert. Nur Bundestagspräsident Norbert Lammert hat sich von dem Text distanziert. Nun ist es tatsächlich so weit: Das Buch steht nicht mehr im Katalog der bpb, obwohl es, so die Auskunft des Vertriebs, immer noch gefragt sei. Offenbar sind auch die Verantwortlichen zu der Einsicht gelangt, daß das Buch gerade nicht beweist, was es beweisen soll. Die vom Steuerzahler finanzierte Bundeszentrale hat ihre Verleumdung "der" Deutschen nicht widerrufen, aber sie verbreitet sie auch nicht weiter - immerhin.

4. Mit großer Dankbarkeit bekunde ich, daß der Olzog Verlag meine umfassende Sammlung der einschlägigen Zeitzeugnisse unter dem Titel "Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" veröffentlicht hat. Dazu gehört Mut. Denn es ist doch kein Zufall, daß diese Zeugen weithin unberücksichtigt geblieben sind, worauf ich in meinem Text ausführlich eingehe. Nicht minder groß ist meine Freude, daß sich sowohl Klaus von Dohna-

nyi als auch Alfred Grosser bereit fanden, das Manuskript mit einem Beitrag aufzuwerten.

5. In dem genannten Buch weise ich nach, wie vielfältig die Angriffe auf die Deutschen sind und wie sie nicht abnehmen, sondern volle zwei Generationen nach dem Ende der NS-Diktatur an Gewicht zunehmen. Darf man diese Entwicklung gleichgültig hinnehmen? Immer wieder denke ich darüber nach und komme zu einem entschiedenen Nein. Dazu verpflichtet mich meine "Verantwortung vor Gott und den Menschen", um das Grundgesetz zu zitieren. Ich denke dabei an die Zehn Gebote, "Du sollst Vater und Mutter (also die Vorfahren) ehren", "Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten" und an das Verfassungsgebot: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" - wir haben sie zu schützen.

Das Buch dient nicht der höheren Ehre des deutschen Volkes. Es beweist nur, wie ich meine, und dieses nur ist sehr viel, daß die große Mehrheit Hitlers Antisemitismus nicht verinnerlicht und nicht akzeptiert hat. Darin stimmen so gut wie alle Zeitzeugen überein. Das ist das Neue, die Sensation gleichsam. Doch auch die Gegenstimmen werden erwähnt.

Natürlich wäre es beglückend, wenn die Zahl der Helden größer gewesen wäre. Das Buch zeigt aber auch anhand der großen Werke der Ethik, daß Heroismus keine moralische Pflicht ist. Wer ihn lebt, verdient unsere Bewunderung. Wir sollten ihm nacheifern. Wer aber mit Blick auf die Menschen in einer brutalen Diktatur das Fehlen des Heroismus tadelt und zugleich Angst hat, in einer freien Gesellschaft einfache Wahrheiten gegen die Vorgaben der Political Correctness zu verteidigen, gleicht einem Moralapostel, der den rechten Weg weist, ohne ihn selbst zu gehen. Solche Figuren beherrschen heute die Szene.

Dr. Konrad Löw ist Jurist und war Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth.<<

#### **Januar 2011**

**BRD:** Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1/2 berichtet im Januar/Februar 2011 (x853/...): >>Produziert nicht gezeugt - Aus den Designerateliers der Genetiker

*Inge M. Thürkauf*

1997 kam unter dem Titel "Gattaca" ein Science-Fiction-Film in die Kinos, der das Bild einer Zwei-Klassen Gesellschaft zeichnete, die sich in die Tauglichen, welche die Oberschicht bildete, und die Untauglichen als Unterschicht aufteilte. Die Tauglichen, offiziell "die Validen" genannt, kamen aus den Designerateliers der Genetiker. Sie wurden nach den von ihren Eltern vorgegebenen Kriterien in vitro, also außerhalb des Mutterleibs im Reagenzglas reproduziert und genetisch optimiert auf den neuesten technischen Stand gebracht.

Die Untauglichen oder "Invaliden" waren Menschen, die von ihren Eltern noch auf "altmodische", d.h. "traditionelle Weise" gezeugt wurden, sie gehörten der Unterschicht an. Ihre Eigenschaften erhielten keine genetisch optimierte Aufwertung, sie wurden dem Zufall überlassen. In den offiziell geführten Akten bezeichnete man sie als "Invalide", inoffiziell jedoch abschätzig als "Gotteskinder".

Der Fortschritt auf dem Gebiet der Reproduktionsmedizin hat die Träume von Science-Fiction-Filmen schon weit hinter sich gelassen. Die Unterteilung von Oberschicht bzw. Valide und Unterschicht (Invalide) hat unsere Gesellschaft zwar noch nicht vollzogen, doch setzt sich die von Genetikern und Biologen angestrebte Tendenz, die natürliche, gottgegebene Art der Zeugung menschlichen Lebens aufzugeben und durch die künstliche Befruchtung zu ersetzen, immer mehr durch.

Eine biologische Verwandtschaft herkömmlicher Art soll immer weniger die Regel sein. Der Grund dafür ist leicht zu erraten: die Reproduktion menschlichen Lebens ist ein unerhörtes Geschäft geworden - ein Milliardengeschäft. Weltweit sollen schon vier Millionen Kinder dieser "Medizin ohne Maß" ihr Leben zu verdanken haben.

Hier drängt sich jedoch eine Frage auf, die weder die Wissenschaftler noch die Ärzte und all-



zu oft auch nicht die Eltern zu interessieren scheint: wie wird die ständig wachsende Generation von In vitro (außerhalb eines lebenden Organismus) gezeugten Kindern mit ihrer Vergangenheit fertig? Es hat sich gezeigt, daß nicht wenige der z.B. durch donogene Insemination, d.h. mit dem Samen anonymen Väter künstlich gezeugten Kinder im Erwachsenenalter auf die Suche nach ihren Wurzeln, also nach ihren Samenspender gehen.

Sie können sich nicht damit abfinden, ohne Kenntnis ihrer genetischen Väter zu leben. Vor kurzem ist ein Buch eines jungen Franzosen herausgekommen, dessen deutsche Übersetzung den Titel trägt: "Ganz der Papa - Samenspender unbekannt".

Darin schildert der Autor, Arthur Kermalvezen, seine Suche nach seinem genetischen Vater. Als er drei Jahre alt war, erklärten ihm seine Eltern, daß der Mann seiner Mutter nicht sein leiblicher Vater sei, die Mutter aber diesen "Vater" auch nicht kenne, denn in Frankreich verbietet das Gesetz die Preisgabe des fremden Samenspenders. (In Deutschland und in einigen anderen Ländern wurde die Anonymität für die Kinder aufgehoben, doch erst bei Erreichen der Volljährigkeit.)

Je älter Arthur wurde, desto intensiver beschäftigte er sich mit der Frage, wer er eigentlich ist und welche Rolle die genealogische Abstammung für das Selbstverständnis eines Menschen spielt. Er selbst sagt zu seiner Situation: "Ich bin das Ergebnis einer wissenschaftlichen Versuchsreihe. Man hat sich kaum Gedanken darüber gemacht, welche Auswirkungen sie auf uns Kinder hat. Wir waren Versuchskaninchen". Nicht zu wissen, wer die Person ist, dessen Gene er in sich trug, war für Arthur, wie er schreibt, unerträglich. Für ihn sind die Spender "falsche Erwachsene", weil sie kaum Verantwortung übernehmen.

Er nennt sie auch "feige Väter". Seine beiden Schwestern entstanden - aus dem Samen jeweils anderer Männer - ebenfalls in vitro. Die ältere von ihnen konnte schwer damit leben. Als Jugendliche ging sie sogar auf die Leute los und fragte - ob sie es hören wollten oder nicht: "Ist hier vielleicht irgend jemand, der in dem und dem Jahr Samen gespendet hat?"

Den Manipulatoren der Reproduktionsmedizin geht es augenscheinlich nicht um das Wohl des Menschen und - wie immer deutlicher zu sehen ist -, schon gar nicht um das Wohl der Kinder, sondern um die wissenschaftlichen Erfolge, unabhängig davon, was ihre Experimente für Auswirkungen haben mögen.

Der größtmögliche Erfolg, den ein Wissenschaftler für seine Forschungsarbeiten erringen kann, ist die Erlangung des Nobelpreises.

Er wurde soeben vom Nobel-Komitee des Karolinska-Instituts Stockholm an den Pionier der künstlichen Befruchtung, Robert Edwards, verliehen mit der Begründung, der heute 85jährige Forscher habe "die Behandlung der Unfruchtbarkeit möglich gemacht".

Der Leiter der päpstlichen Akademie für das Leben, Ignacio Carrasco de Paula, hat die Ehrung von Robert Edwards scharf kritisiert. Die Verleihung des Nobelpreises für Medizin an den Briten sei "überhaupt nicht in Ordnung". Ohne den britischen Wissenschaftler gäbe es "keinen Markt, auf dem Millionen von Eizellen verkauft werden". Darüber hinaus sei das Problem der Unfruchtbarkeit nicht gelöst und schon gar nicht beseitigt, sondern übergangen worden. Auch würde "nicht eine Vielzahl von Kühlschränken, gefüllt mit Embryonen", existieren. Edwards sei auch verantwortlich dafür, daß zahlreiche Embryonen zum Sterben verurteilt seien.

Ebenso verurteilt die katholische deutsche Lebensrechts-Bewegung "Aktion Leben" mit allem Nachdruck die Verleihung des Nobelpreises für Medizin an Robert Edwards; sie weist in einer Pressemitteilung vom 5. Oktober 2010 darauf hin, daß die künstliche Befruchtung (IVF) "die Grundlage aller nachfolgenden unmoralischen Handlungen wie Selektion im Reagenzglas (PID), selektive Abtreibung bei Mehrlings-Schwangerschaften nach IVF, Forschung an embryonalen Stammzellen bis hin zur Kreation von Designerbabys" ist. Die Schlußfolgerung in der Kritik der deutschen Lebensrechts-Bewegung läßt keinen Zweifel offen:

"Insofern kann man die künstliche Befruchtung als den 'Sündenfall der Reproduktions-

Medizin' betrachten".

Das Leiden unfruchtbarer Eltern soll nicht unterschätzt werden. Doch ist den meisten kaum bewußt, wie hoch der Preis dafür ist. Daher sollte mit der nötigen Sensibilität, jedoch mit unumgänglicher Eindringlichkeit, verständlich gemacht werden, daß "jedes menschliche Wesen ... um seiner selbst willen geachtet werden muß und ... nicht auf den bloßen und einfachen Wert eines Mittels zum Vorteil anderer herabgewürdigt werden" darf.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1/2 berichtet im Januar/Februar 2011 (x853/...): >>Expertise zur Verkettung Minarett - Moschee - Scharia als politischer Machtbasis des Islam

HANS PETER RADDATZ

(Vorbemerkung des Herausgebers) Im vergangenen Jahr gab es in der Schweiz eine politische Kontroverse über die Genehmigung für die Errichtung neuer Minarette. Dabei standen keineswegs die Frage der Religionsfreiheit zur Debatte und die Möglichkeit der Muslime, Moscheen zu errichten, sondern es ging die Identität des Staates, der trotz seines nicht konfessionell gebundenen Charakters durchaus christliche Wurzeln hat. Diese Prägung zeigt sich beispielsweise in der Schweizer Flagge, aber auch im Text der Nationalhymne. Schon von der kulturellen Prägung her sind darum Kirchtürme und Minarette in einem europäischen Land wie der Schweiz nicht miteinander gleichzusetzen.

Diese Argumentation ist für die Mehrzahl der Bevölkerung durchaus nachvollziehbar, wie im Ergebnis der Schweizer Volksinitiative bezüglich der Minarette deutlich wurde. Entgegen der "politischen Korrektheit" vieler Parteipolitiker und sogar vieler Vertreter des sich öffentlich artikulierenden Christentums gab das Schweizer Stimmvolk ein klares Signal für die Wahrung der eigenen kulturellen Identität. Das Ergebnis der Abstimmung wurde gefördert durch eine kundige Information zu den einschlägigen sozialen und politischen Problemen, die im Islam nicht von der religiösen Dimension getrennt werden können. ...

Auf den Punkt gebracht werden viele auch für die Theologie wichtige Sachverhalte durch die in der Folge abgedruckte Expertise von Dr. Hans-Peter Raddatz für das Schweizer Parlament in Bern.

Sie hat bereits im Internet eine große Verbreitung gefunden. Für die Veröffentlichung des umfangreichen Textes haben wir einige Kürzungen vorgenommen, die eigens gekennzeichnet sind. Es geht uns hier nicht um die politisch kontroverse Bewertung einer Volksinitiative oder um eine grundsätzliche Ausführung zum interreligiösen Dialog, wohl aber um die Kenntnisnahme von Realitäten, denen sich eine theologische Deutung nicht verweigern darf.

Dr. Hans-Peter Raddatz ist promovierter Orientalist, Volkswirt und Ethnologe mit langjähriger Finanzexpertise im Nahen Osten und in den USA. Bekannt geworden ist er als Autor übergeordneter Sachbücher zu Fragen des Islam als wachsenden Faktors in der westlichen Gesellschaft, Wirtschaft und Rechtsfindung, aber auch als Referent in Symposien, Teilnehmer an Podien des Rundfunks und Fernsehens sowie als Gutachter für Medien, Stiftungen und Gerichte. Er verfaßte Beiträge zum internationalen Standardwerk der Encyclopedia of Islam sowie zum interkulturellen Dialog. Von ihm stammen zahlreiche einschlägige Print- und Internet-Artikel.

## **I. Vorbemerkungen**

### **1. Ausgangslage**

Nachdem Anfang 2008 die für eine Volksbefragung erforderliche Zahl von Unterschriften erreicht wurde, hat die "Schweizer Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten" das nachfolgende Gutachten in Auftrag gegeben, um ihren entsprechenden Antrag beim Schweizer Parlament sachlich zu unterlegen. ...

Eine Expertise über die Bedeutung des Minaretts erschien der Initiative um so dringlicher, als sich die bisherige Diskussion - auch als "Dialog mit dem Islam" bekannt - bei weiter laufen-

der, islamischer Zuwanderung ideologisch stark belastet und sachlichen Begründungen weitgehend unzugänglich gezeigt hat. Dabei gehört es zu den Eigenheiten dieser Dialogform, daß viele ihrer Vertreter zwar aus den verschiedensten Institutionen kommen - Parteien, Justiz, Kirchen, Medien etc. - aber ohne staatlichen Auftrag handeln. Bisher hat man es bei diesem rechtlich ungeklärten Status belassen, gleichwohl der Öffentlichkeit den Eindruck suggeriert, in ihrem "wohlverstandenen Interesse" zu handeln.

Unter solchen Umständen konnte die Frage, inwieweit die Scharia, das auf Koran und Tradition gegründete Gesetz des Islam, mit den individuellen Grundrechten des westlichen Verfassungstyps vereinbar ist, bislang nicht argumentativ geklärt werden.

Der "Dialog" stellt sich als eine medial unterstützte Meinungsfraktion dar, die bereits in der Frage nach möglichen Kritik- bzw. Konfliktpunkten einen Eingriff in die Religionsfreiheit, wenn nicht gar das den Frieden störende Schüren von Feindbildern sieht. Dies um so mehr, als auch die OIC, die Organisation Islamischer Staaten, dieserhalb mit einer diplomatischen Note bei der Schweizerischen Regierung vorstellig geworden ist.

Ausgehend vom Minarett als integralen Teils der Moschee sowie deren Bedeutung als zentralen Versammlungsorts sind zwei Aspektebenen einer näheren Betrachtung zu unterziehen: zum einen der islamische Sinngehalt, der sich im Kulturzentrum mit Minarett, Moschee und angegliederten Einrichtungen manifestiert, und zum anderen die rechtlichen Konsequenzen, die sich aus diesem Sinngehalt für die umgebende Schweizer Gesellschaft ergeben.

Im einzelnen will die Initiative dabei die Fragen geklärt wissen:

a) ob und inwieweit das Minarett ein politisches Symbol ist und zutreffendenfalls eine Initiative dagegen auch keinen Verstoß gegen die Religionsfreiheit bzw. die Menschenrechte und geltendes Völkerrecht darstellt;

b) ob und inwieweit die ungeprüfte Etablierung des Islam durch dessen eigenes, theokratisches Staatsverständnis eine Diskriminierung, wenn nicht sogar Gefährdung aller anderen Religionen und Weltbilder in der Schweizer Demokratie bedeutet.

Eine solche Religion, soweit sie primär auf einen politischen Anspruch verwiesen wäre, hätte den Dialog mit den Schweizer Institutionen eben politisch zu führen und insoweit auf das Religionsprivileg zu verzichten, wie sein Anspruch eine Diskriminierung der gewachsenen Demokratie und damit auch der anderen Religionen und Minderheiten bedeutete.

Hinzu kommt, daß die Schweizerische Verwaltung sich dabei an Repräsentanten halten muß, die befugt sind, für ihre Gemeinschaften verbindliche Vereinbarungen hinsichtlich der Wirkreichweite ihrer Glaubensgrundlagen (Koran und Tradition) zu treffen.

Ist solches nicht möglich, ergibt sich für die Vertreter des Staates die Verpflichtung, für Ersatz, d.h. eine Institution zu sorgen, welche die Verhandlungen mit den Muslimen im Sinne eines Staatsvertrages führt. Das Erfordernis dieses Staatsvertrages - oder einer vergleichbaren Einrichtung - ergibt sich allein schon aus der Funktion von Koran und Tradition, welche die gängige und verbindliche Verfassungsbasis des islamischen Staates bilden. Alle muslimischen Rechtsrichtungen verlangen das Verlassen des nichtislamischen Landes nach spätestens 4 Jahren, weil die politische Wirkung des Fremdsystems der Heilsbestimmung des Muslim zuwiderläuft.

Dies gilt allerdings nicht, wenn berechnete Aussichten bestehen, die Geltung der Scharia, des islamischen Gesetzes, auf nichtislamischem Boden durchzusetzen. Da dieser Gesetzestyp die westlichen Kriterien - Religionsfreiheit, Gewaltmonopol, Grundrechte der Person, insbesondere der Frau - nicht enthält, steht er weder im Einklang mit der westlichen, insonderheit Schweizerischen Verfassung, noch mit der UNO-Menschenrechtscharta.

## **2. Interkulturelles Menschenrechtsverständnis**

Als wesentlicher Ausdruck der wirtschaftlichen Globalisierung entfaltet sich ein ebenso globaler Prozeß der Migration und Verlagerung von Produktivität und Kultur, die ein weites

Spektrum zwischen problemloser Integration über konflikthafte Konfrontation bis hin zu gewaltsamer Unterdrückung bilden.

Menschen wollen ihre Fähigkeiten ausschöpfen, ihre Religion praktizieren, ihre Sprache sprechen und ihren ethnischen Bräuchen nachgehen - also angestammten Interessen und Motiven folgen, die durch die Menschenrechtscharta der UNO und die westlichen Verfassungen geschützt werden, solange sie die Freiheitsräume der jeweils anderen nicht vital tangieren. So sind es nicht nur - wie oft behauptet - rein wirtschaftliche Gründe, die steigende Zahlen von Immigranten nach Europa und Amerika führen, sondern auch die Aussichten auf kulturelle Freiheiten, die in vielen Weltregionen, u.a. auch in den islamischen Staaten, immer noch eingeschränkt sind.

Die Gründe hierfür werden von den islamischen Führern in Politik und Religion deutlich genannt. In der Kairoer Menschenrechtserklärung von 1991 erkennen sie die in der UNO Charta formulierten Grundrechte nur in dem Maße an, in dem sie sich mit den Vorschriften der Scharia in Einklang bringen lassen - eine Haltung, die seither maßgebliche Autoritäten in diesem Sinne wiederholt bestätigt haben wie z.B. die Kairoer Azhar-Moschee, der Imam von Medina, der Fatwa-Experte Yusuf al-Qaradhawi (Fatwa = Rechtsgutachten) und andere mehr.

Sie gehören zu den repräsentativen Instanzen, die ihre Beurteilungen laufender Streitfragen in den islamischen Raum sprechen, dabei aber kein hinreichendes Äquivalent zu den gesetzlichen Regelungen der westlichen Staaten bilden können, die durch Parlamente beschlossen und zuweilen auch verändert werden. Die koranisch-traditionelle Basis, auf der die islamischen Autoritäten stehen, ist nicht veränderbar und nur in engen Grenzen interpretierfähig. Um problematische Situationen zu überbrücken, kommen zwar auch größere Spielräume in der Praxis vor, behalten allerdings nur für begrenzte Zeit ihre Gültigkeit.

Abgesehen davon, daß Verträge mit Ungläubigen nur einzuhalten sind, wenn sie islamischen Interessen nützen, schränkt das Scharia-Gesetz jedwede Vertragsvereinbarung mit Nichtmuslimen auf einen Höchstzeitraum von 10 Jahren ein.

In diesem Konsens lebt der historisch gewachsene Anspruch des Islam auf politische Führung und Gestaltung fort, der die in seinem Geltungsgebiet zwischen Nordafrika und Pakistan versammelten Vorgänger-Kulturen in einem langen Prozeß sichtlich vereinheitlicht hat. Insofern greift hier nur in reduziertem Umfang die westliche Vorstellung von Individualität. Sie geht von einer "multiplen Identität" aus, also von einem pluralistisch geprägten Menschenbild, dessen Akzente sich nach Nationalität, Ethnie, Sprache, Religion, "Rasse", Beruf etc. - dynamisch verlagern können, eine Vorstellung wiederum, die islamischem Denken fremd ist und im Vorschriftenwerk der Scharia wenig Platz findet.

In bezug auf den Islam ist somit auch der westliche Kulturbegriff selbst zu hinterfragen, nach dem alle Menschen ihre Werte und Praktiken einem ständigen Deutungswechsel unterziehen. Unzweifelhaft gehört die kulturelle Freiheit zu den Grundbedingungen menschlicher Entwicklung, wobei es nach moderner Verfassungspraxis primär um Freiheiten der Person und der Minderheiten geht. Somit muß ebenso gelten, daß die Förderung kultureller Unterschiede dort ihre Grenzen hat, wo die gruppenbezogene Anerkennung der einen die Einschränkung oder gar Unterdrückung der anderen bewirkt.

Umgekehrt ziehen zu enge Grenzen ähnlich negative Folgen nach sich. Denn dort wiederum, wo man die Anerkennung von Andersheit ohne Begründung verweigert, entstehen gesellschaftliche Konflikte, indem sich unintegrierte kulturelle Identitäten früher oder später ihre Bahnen brechen. Dieser in den Kulturwissenschaften unumstrittenen Konsequenz ist die Praxis des bisherigen "Dialogs" nicht gerecht geworden. Indem man hier Feindbilder und ideologische Belastungen aufbaute, die den argumentativ orientierten Diskurs als "Polemik" oder gar "Rechtsradikalismus" abqualifizierten, erzeugte man eine Atmosphäre der geistig-politischen Einengung, die dem Ziel der interkulturellen Anerkennung und Vielfalt wenig dienlich sein

konnte.

Wenn wie es offizieller UNO-Konsens ist, die kulturelle Freiheit - Religion, Bildung, Tradition etc. - ein Menschenrecht sein soll, muß sie die Freiheit und damit die Gleichheit des jeweils anderen - vor allem auch der Frau - voraussetzen. Vor dem Hintergrund der Frage, ob der Islam sich allgemein mit einem nichtislamischen Maßstab, vorliegend der Schweizer Verfassung, abfinden kann, ist also die besondere Rolle zu betrachten, die das Minarett im Rechtsverständnis des Islam und im Selbstverständnis der Muslime spielt.

Dabei läßt es sich weder bauästhetisch von der Moschee, noch lassen sich beide von der polit-religiösen Deutungsprominenz trennen, welche die Scharia, das islamische Gesetz, für die Umma, die islamische Gemeinschaft, und den einzelnen Muslim hat. Ohne Bezug auf die Scharia ist die politische Rolle der einzelnen Religionselemente des Islam und deren Konflikthaftigkeit in nichtmuslimischen Umgebungen nicht zu verstehen. Die Wirkungskette Minarett - Moschee - Scharia / Umma ist daher auch Leitfaden des nachfolgenden Gutachtens.

### **3. Zur Methode**

Begriff und Bedeutung des Minaretts, das sich vom arabischen *Manara* (wörtlich: Leuchtturm) herleitet, sind zwar in der westlichen Orientalistik und auch im Islam selbst nicht klar definiert, lassen sich jedoch aufgrund seiner Funktion in Verbindung mit der Moschee und vor allem mit der politischen Relevanz des Gebets mit einer Eindeutigkeit klären, die eine ungeprüfte Einbeziehung in die Religionsfreiheit problematisch macht.

Es ist nicht allein, wie die Initiative in ihren Schriften u.a. ausführt, das Machtsignal, welches das möglichst hoch aufstrebende Minarett optisch aussendet; es ist vor allem das Zusammenwirken des vom Minarett ausgehenden Gebetsrufs mit der Gebetsversammlung in der Moschee und dem dort fortwährend wiederholten Gemeinschaftserlebnis, das mit dem Wissen um die weltweite Gleichartigkeit dieses Vorgangs die Ehrfurcht vor Allahs alleiniger und fortwährender Schöpfungsmacht sowie die daraus folgende, aggressive Verachtung des Nichtislam verstetigt.

Die Untersuchung ist unter diesem ganzheitlichen Gesichtspunkt anzustellen, der im Westen oft nicht beachtet, geschweige denn verstanden wird, aber das Denken in der Umma, der islamischen Gemeinschaft, überwiegend beherrscht. Dabei steht für die Initiative zwar das Minarett und nicht die Moschee im Vordergrund, doch ist es letztlich die erwähnte Wirkungskette Minarett - Moschee - Scharia / Umma, die der islamischen Zuwanderung überall in Europa ihre systematische Struktur verleiht.

Dieser Sachverhalt, der sich aus rechtlichen, historischen, religiösen, realpolitischen und kulturpolitischen Aspekten zusammensetzt, legt es nahe, das formale Konzept einer herkömmlichen, auf ein separates Objekt konzentrierten Expertise auszuweiten.

Es ist zwingend erforderlich, die historisch gewachsene Funktion der islamischen Religion als politische Staatsbasis unter besonderer Berücksichtigung der Tatsache zu untersuchen, daß man weder in Europa allgemein noch in der Schweiz speziell die Religion des Islam als ein Gebilde zur Kenntnis genommen hat, das wo immer es auftritt, aus sich selbst heraus - als existentiellen Bestandteil der "Religion" - einen absoluten Geltungsanspruch erhebt.

Diejenige Einrichtung, die man den "Dialog mit dem Islam" nennt, hat bislang nicht die nötige Kompetenz aufgebracht, um dem Selbstverständnis der Muslime gerecht werden zu können. Denn diese sehen in der westlichen Religionsfreiheit nicht nur ein pragmatisches Instrument, ihre diversen politischen Forderungen zu realisieren, sondern auch den Beweis für die Überlegenheit ihrer Gottheit, die es in ihrer unendlichen Weisheit so fügte, daß die "Ungläubigen" die Politik mit Religion verwechseln und nach langer Uneinsichtigkeit nun dafür sorgen, daß die Bestimmungen der Scharia eingehalten werden.

Die westlichen Vertreter dokumentieren dies in der Tat ständig selbst, indem sie alles daran setzen, im "Dialog" höchst unterschiedliche Maßstäbe zugrunde zu legen. Während über die

Jahre die Proteste der Bevölkerung gegen eine unkontrollierte Islam-Ansiedlung zunahmen, bevor sie jetzt in die Volksinitiative mündeten, eignete sich die Politik die Sprachregelungen des "Dialogs" an. Dieser stellte mit pauschalen Forderungen nach "Frieden", "Toleranz", "Respekt" etc. den Islam in ein vor Prüfung geschütztes Gesellschaftsbiotop, wo er sich nun offenbar zu einer neuen, sakrosankten Kraft an der Verfassung vorbei entwickeln soll.

Mithin ist zu klären, inwieweit die gewählten Volksvertreter mit diesem Vorgehen ihren Auftrag wahrnehmen, nämlich die Interessen des Volkes zu vertreten und eventuellen Schaden von ihm abzuwenden. Diese Klärung hat nicht nur die innerislamische Verfaßtheit zu sehen, sondern auch zu berücksichtigen, daß im Zuge von Globalisierung und Migration aus den vielfältigen interkulturellen Verflechtungen der Islam als die weltweit mit Abstand konflikt-haltigste Kultur hervorgegangen ist.

Hier ist nicht nur das Konfliktpotential zu beachten, das in den einzelnen aufnehmenden Staaten Europas vor Ort aktuell ansteigt; es manifestiert sich auch generell in dem Faktum, daß die islamischen Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg an zwei Dritteln aller Kriege und Konflikte beteiligt waren bzw. sind, und daß statistisch jeder Muslim über das zehnfache konventionelle Waffenpotential jedes Nichtmuslim verfügt. Dabei machen sie von der Anzahl der Staaten her nur ein gutes Viertel und von der Zahl ihrer Menschen her nur ein gutes Fünftel aus.

Dieser Sachverhalt hat Gründe, die sich ohne jeden - wie es westlich-offiziell oft heißt - "Generalverdacht" im Islam und seinen Haupt-Einrichtungen - Minarett / Moschee / Scharia - finden lassen. Wer sich als Vertreter(in) einer westlichen Bevölkerung und ihrer demokratischen Grundrechte einer sorgfältigen Betrachtung dieser Problemlage entzieht, wird weder seiner/ihrer Verantwortung gerecht, noch handelt er/sie den Kriterien entsprechend, auf die ihn/sie die Staatsverfassung verpflichtet.

## **II. Minarett - Moschee - Scharia**

### **1. Das Minarett**

#### **a) Bauwerk und Funktion**

*Manara* bedeutet nicht nur "Leuchtturm", sondern gilt auch als Sammelbegriff für den Turm an sich, der in frühislamischer Zeit für drei verschiedene Funktionen stand: 1. als *Signalturm* für zivile Karawanen, 2. als *Wachtturm* für die militärische Expansion und laufende Kontrolle sowie 3. als *Siegessäule* nach erfolgter Eroberung (Handwörterbuch des Islam, 413 f.). Dabei gilt als sicher, daß bereits Mu'awiya (gest. 680), der erste - und sehr weitsichtige - Kalif der ersten islamischen Dynastie, unter dem Eindruck der christlichen Zeremonien bereits vorhandene Türme in den Moscheebau einbezog, um die Entwicklung des jungen Islam optisch zu verstärken.

Wenngleich selbst noch christlich beeinflusst, so stand für seine genealogische Linie, die Umayyaden, wie auch für alle anderen Dynastien des Islam fest, daß sie selbst nur auf dem Boden ihrer Glaubensregeln regieren konnten. Da diese Regeln schon in der Frühzeit, ausgehend vom Vorbild des Verkünders Muhammad, die militärische Ausbreitung einschlossen, waren alle anderen Religionen und Machtsysteme zu überwinden, wobei sich die Zerstörung von Kirchen, Synagogen und Tempeln zur oft und bis heute wiederholten Routine entwickelte. Wo immer es sich anbot, wandelte man die Baulichkeiten auch in Moscheen um.

Weniger dem architektonischen, geschweige denn spirituellen Empfinden, sondern schlicht dem effektiven Bedarf und Erfordernis der Zeitersparnis, also politischer Notwendigkeit gehorchend, bezog man - neben anderen Turmformen - auch den Kirchturm ein, der somit an der anschließenden Entstehung des Minarett beteiligt war (Encyclopedia of Islam VI, 362).

Bei dem sehr ausgeprägten Geschichtsbewußtsein der Muslime ist es daher kein Zufall, wenn sie auch heute viele ihrer Moscheebauten nach islamischen Feldherren oder schlicht "Eroberer" (arabisch: *al-fatih*) bzw. im türkischen Bereich "Aya Sofya" (Hagia Sophia) nennen, um die Geschichte zurückzudrehen und die glorreiche Vergangenheit in die Gegenwart zu holen.

Daß sie dabei auf der zusätzlichen Errichtung von Minaretten als Bestandteil der Moschee und Zeichen des Sieges beharren müssen, versteht sich in diesem Kontext von selbst.

Wenn zudem die westlichen Ungläubigen den Moscheebau unterstützen und vielleicht auch noch die Kosten übernehmen, kann sich das Erfolgserlebnis erheblich verstärken. Denn schließlich beweist solches Verhalten die Weisheit Allahs, der einst seinem Gesandten Muhammad die genetische Unterlegenheit der Nichtmuslime offenbarte, und im Text des Koran festschrieb.

Im Lauf der Jahrhunderte entstanden bzw. bestätigten sich zwei Bautypen, die sich auch mit einem deutlich unterschiedlichen, spirituellen Gehalt verbanden. Neben dem wuchtigen Westtyp in Nordafrika, Ägypten und Syrien, der einen viereckigen Grundriß und Fassaden mit Fenstern aufweist, entwickelte sich im Osten die schlanke zylindrische Turmform, die im europäischen Westen als das eigentlich islamtypische Minarett gilt.

Entgegen häufiger Fehlmeinung leitet sie sich aus den genannten Gründen eben nicht vom christlichen Kirchturm her, der nach islamischer Vorschrift ohnehin niedriger als alle Allah gewidmeten Bauten sein muß, sondern erscheint als eindeutige Nachfolgerin indoarischer Sakralmasten und buddhistischer Denkmaltürme.

So floß auch deren kombinierte Funktion in das Rundminarett ein, das somit die religiöse Ankündigung, die Dominanz des eigenen Gottes und die kulturelle Erinnerung in sich vereinigt. Zwar schwankte regional die Akzentbildung zwischen zweckhaftem Gebetsruf und abstrakter Gottesmacht, doch sind beide zu eng verknüpft, als daß sie sich getrennt hätten verselbständigen können.

Obwohl Muhammad selbst den ersten Muezzin des Islam vom Dach der ersten Moschee zum Gebet rufen ließ, und auch die Ultra-Orthodoxen - wie bis heute die saudi-arabischen Wahhabiten - zuweilen auf das Minarett als Zeichen überflüssigen Schmucks verzichten, so hat es sich denn doch über die Jahrhunderte islamweit als Machtsymbol Allahs etabliert.

Diese Macht wird insbesondere durch das schlanke, hoch aufragende Rundminarett verkörpert, das mit schmalen, schiefschartenhaften Öffnungen bzw. gänzlich ohne Fenster geradewegs himmelwärts strebt und somit auch - entgegen dem eckig gedrungenen, stockwerkartig gegliederten Westtyp - bis auf eine innere Spiraltreppe auf irdische Raumbildung verzichtet, um so möglichst direkt in den abstrakten Spiritualraum der Gottheit überleiten zu können.

Indem es nachts auf die schimmernden Sterne und tags auf die blendende Sonne weist, erinnert es fortwährend an die kosmische Allmacht Allahs, worauf auch das persische Wort *mil* hindeutet. Es bezeichnet nicht nur das Minarett als Siegestsäule, sondern auch den metallenen Blendstab, mit dem man einst den kritischen Dichtern und sonstigen Abweichlern die Augen ausbrannte, um den Triumph Allahs zu gewährleisten, dem letztlich - nach muslimischer Überzeugung und Verpflichtung - letztlich nichts und niemand entgegen soll und kann.

Somit ist es die perfekte, in sich widerspruchslose Rundform des Zylinderminaretts, das auch das perfekte, in sich widerspruchslose Gesetz Allahs symbolisiert. Wie die niederländischen Orientalisten Kramers und Wensinck im "Handwörterbuch des Islam" anschaulich formulieren, sind es die Assoziationen unübersteigbarer Perfektion, die "dieser Form innewohnende Symbolik des Absoluten, Einzigem, Abstrakten, des in sich geschlossenen, widerstandslosen Empors zur Gottheit ohne Übergänge und Stationen im Aufbau verkörpern".

Indem sie sich geradezu von den Formen der ungläubigen Vorgänger emanzipierte, " ... setzte sich schon im XII. Jahrhundert die zylindrische Form als die einzig absolute, nicht mehr wandelbare, noch steigerungsfähige, als ausschließliche Gestalt der Manaras durch".

Wenngleich unfreiwillig, entspricht die Wortwahl dem muslimischen Selbstverständnis, in dem das Allah-Gesetz als ebenso unwandelbare wie unübersteigbare Geistesstufe beschrieben wird (s.u.). Da es vom Kampfgedanken des Dihad beherrscht wird, um sich trotz seiner Perfektion gegen Unglauben und Abweichung zu behaupten und auszuweiten, bestätigen auch die

speerpitzenartigen Aufsätze des Minarets den militärischen Charakter islamischen Denkens. Sie erzeugen die Verbindung zu jenen übergeschichtlichen Lanzen, die schon Muhammad als Instrumente der Islamexpansion vorschrieb (Grunebaum, Propyläen 5, 39).

Somit sah sich auch der türkische Ministerpräsident und gläubige Muslim Erdogan in einem berühmt gewordenen Ausspruch verpflichtet, die Minarette der türkischen Moscheen als "Lanzen" bzw. "Bajonette" und ihre Kuppeln als "Helme" zu bezeichnen. Es entspricht dieser Logik, daß sein damaliger Außenminister und heutige Staatspräsident Gül diese Wahrnehmung mit der Forderung an die Auslandstürken verband, den Radikalarm des türkischen Islamismus, die Milli Görüş (Neue Weltsicht), wo immer möglich, zu unterstützen.

Daß diese Logik vielerorts wiederum auch von den einschlägigen Dialogführern übernommen wird, zeigt das deutsche Beispiel, wo diese Radikalen am Tisch der vom Innenminister geleiteten, ständigen "Islamkonferenz" sitzen.

Während der "Dialog" insgesamt zu solchen Vorgängen eher schweigt oder sie mit der Patentformel belegt, daß man keinen Muslim, vor allem keinen radikalen, unter "Generalverdacht" stellen sollte, ist der westlichen Evolutionsforschung der Zusammenhang zwischen der aggressiven Gesellschaftsdynamik des Islam und dem Minarett als deren kollektiver Speerspitze keineswegs entgangen. Hier werden die menschlichen Gesellschaften nach Verhaltenstypen - so genannten Geber-, Beschleuniger- und Erweiterer-Gesellschaften - klassifiziert, wobei die islamischen und westlichen Gesellschaften die beiden letzteren - in dieser Reihenfolge - repräsentieren.

Die islamische Beschleunigung speist sich aus dem singulären, von Muhammad gesetzten Expansionsimpuls, der sich als Teil des sakralen Raumes versteht und profane Räume braucht, in die mehr oder minder gewaltsam expandiert werden kann, während die westliche Erweiterung aus der säkularen Trennung von diesem Raum kam. Sie bewirkte den Wechsel in einen neuen, vom Menschen geschaffenen Geistesraum, der mit der kartesischen, real-imaginären Koordinaten-Systematik sowie der wissenschaftlich-technischen Dynamik fortlaufender Entdeckungen und Innovationen auch ständig neue Räume erzeugte, in denen sich Virtualität in Realität umwandeln ließ.

Diese hochabstrakte, kraftfeldartige Dynamik, die in einem langfristigen und weitgehend unbewußten Ablauf die westliche Kultur hervorbrachte und natürlich auch die ehemalige Fremdkultur des Islam in Eigenkultur umwandeln kann, wenn sie ihm den nötigen Expansionsraum öffnet, manifestiert sich deutlich erkennbar in der Kunst.

In Europa entwickelte sich die perspektivische Darstellung, die ihre Phantasie aus der Natur bezog und plastische Körper in Räume stellte, welche ihrerseits die Vorstellung weiterer Räume öffneten und eine im Grunde nicht begrenzbar Bewegung ins Unbegrenzte - denkerisch, künstlerisch, technisch - antrieben. Erich Fromm prägte für diesen Vorgang das inzwischen geflügelte Wort: "Ihr werdet sein wie Gott".

Da es Blasphemie bedeutet, die Schöpfungen Allahs nachzubilden, ist dagegen die Kunst des Islam auf abstrakte Alternativen - Strukturen, Ornamente, Muster - verwiesen. In bildlichen Darstellungen beschränkt sie sich im Wesentlichen auf Körper in einer "schützenden Umgebung", häufig dargestellt durch Zelte, deren Verlassen wiederum aggressiv - bezeichnenderweise mit Lanzen und Minaretten - symbolisiert wird (Nitschke, Die Zukunft in der Vergangenheit, 110).

Das Bilderverbot brachte ein reiches, ornamentales Strukturdenken hervor, in dem sich sowohl ein geistiger Wiederholungszwang als auch die Disposition zu einer netzwerkartigen Gesellschaftsordnung dokumentiert. Eine solche Ordnung, die universal geltenden, immer gleichen Regeln folgt, braucht keine Institutionen, aber auch keine selbständigen Menschen, die sich eigene Denkräume schaffen, weil Allah und sein über Muhammad gekommenes Gesetz die alles, d.h. das gesamte Universum umspannende, sämtliche Macht spendende Meta-



Institution bilden, der letztlich auch die Nichtmuslime nicht ausweichen können.

Damit deren Inferiorität auch formal festgeschrieben wird und sich bei den Menschen - in ihrer eigenen Umgebung - sowohl optisch als auch mental verstärken kann, beharren die Muslime und ihre westlichen Helfer sowohl auf Moscheen, die auf Zuwachs gebaut werden, als auch auf dem Minarett, das den Ungläubigen als "monumentalisiertes Bekenntnis" (Kramers/Wensinck) permanent vor Augen stehen soll.

Nachdem wir zunächst Einsicht in dieses Bekenntnis nehmen, dessen Träger das Minarett und dessen Funktionär der Muezzin ist, werden wir uns der rechtlichen Relevanz des Gebets zuwenden, die für den Bau von Minarettmoscheen im westlichen Rechtsstaat von großer Bedeutung ist.

#### **b) "Dialog" mit dem Muezzin**

Der Begriff des "Muezzin" ist eine westliche Verbalhornung des arabischen *mu'adhdhin* für "Gebetsrufer", dessen Ruf wiederum - arabisch = *adhan* - obwohl nicht unbedingt erforderlich, möglichst von einem Minarett ausgehen soll. Dabei haben sich die Muslime selbst rasch von der Illusion verabschiedet, daß das Minarett die menschliche Stimme wesentlich weiter tragen könnte, als es Muhammads Urmuezzin vom Dach der ersten Moschee vermochte. Auch die in der Moderne durch Lautsprecher verstärkte Muezzinstimme änderte nichts mehr an der über Jahrhunderte verankerten Primärfunktion des Minaretts als optisch-ästhetisches Symbol islamischer Politmacht.

Dies erklärt die eilfertige Bereitschaft der muslimischen Repräsentanten überall in Europa, im "Dialog" mit den örtlichen Kommunalvertretern Kompromißbereitschaft hinsichtlich der zu vereinbarenden Zahlen zulässiger Dezibel und notwendiger Parkplätze zu demonstrieren, weil damit bereits die grundsätzliche Zustimmung zum Minarett bzw. zur Moschee gewährleistet ist. Bislang ist kein Fall bekannt geworden, in dem man offiziell die generell zweifelhafte Rolle beider Einrichtungen angesprochen hätte, wobei auf die Moschee noch einzugehen ist.

Ebenso fehlt jeder Hinweis auf die geringfügige Bedeutung der Muezzinstimme, wenngleich der Dezibelaspekt nicht unwichtig scheint. Denn immerhin kritisierten schon die spätantiken Mekkaner das Gebet der jungen Muhammad-Gemeinde, dessen unangenehme Lautstärke nach ihrem Eindruck nicht auf besonderen Respekt vor dem Heiligen schließen ließ (HI, 643).

Der Verkünder ließ sich davon allerdings nicht beeindrucken, sondern nutzte den Enthusiasmus seiner Anhänger, indem er ihn in einen disziplinierenden Rhythmus von täglich drei Gebeten einband, der sich schon etwa ein halbes Jahrhundert später auf die seither gültige Fünffzahl ausweitete (vier Gebete zwischen Morgen und Abend, eines nachts). Die gemeinsame Wurzel der beiden Begriffe - *mu'adhdhin/adhan* - ist *adhina*, was nicht nur "hören" und "erlauben", sondern auch "erfahren" und "von etwas Kenntnis haben" bedeutet.

Wenn der Muezzin also das Minarett besteigt und seinen Ruf erschallen läßt oder auch schlicht die Lautsprecher einschaltet, "hören" die Muslime ein Bekenntnis, von dem sie alle bereits Kenntnis haben. Erschallt der Ruf im Land der Ungläubigen, "erfahren" diese ein Bekenntnis, das sie um so besser kennen, je öfter sie es "hören", woraus ihnen allerdings eine kaum vermeidbare Pflicht entsteht. Denn nach dem Verständnis der Muslime kann sich derjenige, der erfahren hat, daß es Allahs Botschaft und das Bekenntnis zu ihr gibt, auf Dauer nicht der Pflicht entziehen, sich zu diesem Sachverhalt verbindlich zu äußern, sich also ausdrücklich zum Unglauben zu bekennen oder aber den Islam anzunehmen.

Letzteres erscheint dem Muslim ohnehin als unausweichliches Gebot der Vernunft, weil der Islam nicht nur die herrschende Religion, sondern diejenige ist, die mit Allah überhaupt den einzigen Gott hat. Denn der den Islam bekennende Gebetsruf lautet:

*Allahuakbar* - Allah ist der Größte; *Ashhadu an la ilaha illa llah* - Ich bezeuge, daß es keinen Gott außer Allah gibt; *Ashhadu anna Muhammad rasulu llah* - Ich bezeuge, daß Muhammad der Gesandte Allahs ist; *Haya alas-salat* - Auf zum Gebet; *Haya ala t-talah* - Auf zum Heil;

*Allahu akbar* - Allah ist der Größte; *La ilaha illa Allah* - Es gibt keinen Gott außer Allah.

Bei der schiitischen Variante wird den beiden Aufrufen zum Gebet und zum Heil ein dritter hinzugefügt, nämlich der "zum guten Werk", in dem eine für den Islam untypische, auf dem altiranischen Zarathustraglauben fußende Individualität zum Ausdruck kommt. Für die Sunniten gilt zudem eine Regel, die während des Gebetsrufs laut zu sprechen ist und den ohnehin problematischen, öffentlichen Gebetsruf für jede gastgebende Gesellschaft inakzeptabel macht: "Es gibt keine Kraft und keine Macht außer Allah".

Wenngleich die Aussagenfolge eine logische Unebenheit aufweist, weil wenn es außer Allah keinen Gott gibt, ihn man auch nicht als den "Größten" hervorheben muß, so bleibt für die westliche Betrachtung doch festzuhalten, daß es sich hier um ein Bekenntnis zu einem exklusiven Glauben handelt, dessen Gott das einzig mögliche Heil spendet, weil er schlicht die einzige Macht ist. Insofern läßt sich verstehen, wenn viele Muslime immer wieder darüber stauen, daß es offenbar sehr viele Menschen gibt - sogar die Mehrheit der Menschheit - denen ein Leben außerhalb der islamischen Gemeinschaft erträglich zu sein scheint.

Hier geht es um einfache Gläubige, die den Ungläubigen mit friedlichem Quietismus begegnen. Diese Menschen bleiben so ruhig, weil sie, wie islamkritische Zyniker behaupten, wenig über ihren Glauben wissen und oft auch weitab von den Zentren der islamischen Propaganda leben.

Der Zynismus ist indessen nicht unberechtigt, weil mit wachsendem Wissen über die Inhalte von Koran und Muhammad-Tradition auch das Wissen über die zahlreichen Freibriefe zu Gewalt wächst, die den Muslimen als Rechte und teilweise auch als Pflichten des Glaubens eingeräumt bzw. auferlegt werden, wenn es um die Behandlung der Ungläubigen geht.

Da es in dieser Hinsicht keine Beweisnot gibt und in dieser Expertise nicht wiederholt zu werden brauchen, haben die Nichtmuslime von den Muslimen um so größere Probleme zu erwarten, je gläubiger sie sind. Dies wirft das übergeordnete Problem der Religionsfreiheit auf, das gegen Ende der Abhandlung zur Sprache kommt. Das Problem stellt sich doppelt, weil der Islam selbst keine Religionsfreiheit kennt, sie aber in der westlichen Diaspora uneingeschränkt beansprucht, womit wiederum die Grundsätze der Reziprozität und der Gleichbehandlung in bezug auf die anderen Minderheiten in Gefahr geraten. ...

## **2. Die Moschee**

### **a) Funktion des Gebets**

"Zwischen den Menschen und Polytheismus und Unglauben liegt das Unterlassen des Gebets" (arabisch = salat), heißt es in einer berühmten Tradition des Islamverkünders (Muslim, Iman, 134), die gleich zwei Ebenen aktiviert: zum einen die fundamentale Bedeutung der regelmäßigen Gottesverehrung, zum anderen das rassistische Selbstverständnis der muslimischen Gläubigen, die allein als vollwertige Menschen gelten.

Dagegen handelt es sich bei den Nichtmuslimen um nicht näher definierte Wesen, die jedoch keinesfalls der Spezies der Menschen im Sinne von Muslimen zugerechnet werden können.

Fast noch berühmter ist Muhammads Aussage, der zufolge ihm "Weiber und Parfüm am liebsten" waren, aber das Gebet ihm zum "Augentrost" gereichte. Mit letzterem war die spirituelle Innenschau gemeint, die dem Muslim im regelmäßigen Rhythmus des Ritus den Ausgleich mit den Anfechtungen der profanen Welt verschaffen soll. Um letztere in erträglichem Rahmen zu halten, hat Allah die Vorschriften der Scharia gespendet, die wenn genau und ungestört befolgt, den Gläubigen vor Irrtümern und Verfehlungen, vor allem vor Kompromissen mit den minderwertigen Regeln und Gesetzen der Ungläubigen bewahren.

Wenngleich man überall beten kann, die Moschee also nicht unbedingt braucht und die Muslime ohnehin die besseren Menschen sind, eignet sich dennoch nur ihr geringerer Teil dazu, das Gebet allein zu verrichten und ohne Kontrolle jenen Grad an Verinnerlichung zu erreichen, den man im Islam als Maßstab für eine stabile Menschenbildung voraussetzt.

Von der Masse wird daher erwartet, sich möglichst oft in die Moschee zu begeben, um dort das Gemeinschaftsgebet zu verrichten. Für alle Männer verbindlich und für Frauen verboten ist das Freitagsgebet, bei dem des Verkünders Muhammad in besonderer Weise gedacht und die politische Loyalität zur Umma gepredigt wird.

Im Freitagsgebet findet eine permanente Versinnbildlichung, Erneuerung und Bestätigung der Herrschaft Allahs über das Diesseits statt, wie sie einst von Muhammad eingerichtet und mit den ersten Siegen des Islam auf den Weg gebracht worden war. Der deutsche Orientalist Tilman Nagel schreibt dazu in seiner Muhammad-Biographie:

"Der Vollzug der Glaubenspraxis ist zugleich der Vollzug der Herrschaft in eigentlichem Sinn: Die Anordnungen Allahs werden in seinem Gemeinwesen genau nach den göttlichen Anweisungen ausgeführt ... Jedoch hat die Obrigkeit, angeleitet durch die Schariakenner, dafür Sorge zu tragen, daß die Annäherung des Handelns der Muslime an die göttlichen Normen unablässig vorangetrieben wird".

Es ist also der Ritus, der den Muslim zum besten Menschen und die Moschee, die das kollektive Gebet zum besten Ritus macht. Erneut kommt dabei der militärische Charakter des Islam zum Vorschein. Die Gläubigen treten in sauber geordneten Schlachtreihen an, die sich in ebenso formal gegliederter Weise niederwerfen und aufrichten. Schon seit der Gründerzeit gilt das Gebet in der Tat als Wurzel des Dihad, der sich nicht nur in der uniformen Gebetsordnung, sondern auch in der Gebetsrichtung (arabisch: *qibla*) ausdrückt.

Ihr Fokus ist die Mihrab, die nach Mekka ausgerichtete, architektonische Schmucknische, die ähnlich dem Minarett aus Einrichtungen der Vorgängerkulturen hervorging. Die christliche Kirchenapsis sowie die in Hinduismus und Buddhismus üblichen Götternischen standen hier Pate, wobei es wiederum die Umayyaden waren, die nicht nur das Äußere der Moschee um das Minarett, sondern auch ihr Inneres um die Nische erweiterten, um ihren Glauben im Sinne einer unverwechselbaren Kampfreigion von den anderen Religionen zu emanzipieren.

Wie so oft, trägt auch hier die Sprache ihr Übriges zur Aufklärung über den Islam und seine Spezialitäten bei. Der Begriff der Mihrab beruht auf der Wurzel *hariba*, die sich mit Zorn und Krieg verbindet, wobei die Variante *harba* nicht weniger als "Lanze" bedeutet und den Kreis zum Minarett schließt. Wie ein Brennglas bündelt die Gebetsnische das Dihad-Denken der betenden Reihen, das sich auf Mekka und die Urzeit des Verkünders projiziert.

Sie erneuert sich im laufenden Ritus und besonders im Freitagsgebet, um die latente Kampfbereitschaft in den aktuellen Dihad überleiten zu können, sobald es die Situation erfordert und die eigene Stärke ermöglicht. Mithin fungieren Moscheen - in westlicher Umgebung - als Kondensatoren virtueller Gewalt, die sich um so wahrscheinlicher in Realität umwandelt, je mehr Geltung die schariatischen Bestimmungen erlangen, d.h. je "toleranter" deren Wirkbereich durch die westlichen Dialogführer ausgeweitet und - zum Beispiel mit Minaretten - verstärkt wird.

Weder kann die in diesem Sinne verstandene und genutzte Moschee ein sakraler Ort sein, noch sehen die Muslime sie als solchen. Sie verstehen die Moschee im wahren Wortsinne als "Kulturzentrum", das die kämpferische Tradition des Islam allgemein sowie den religiös inspirierten Kampfsinn der jeweiligen Gemeinde speziell pflegt. Mithin hat sich die Moschee seit weit über einem Jahrtausend insofern als "Gotteshaus" bestätigt, als sie der schariatisch fixierten Anweisung Allahs folgt, sich als multiples Instrument zur Durchsetzung islamischer Interessen zu bewähren - als Versammlungsort, Zentrum der Kriegsplanung und -ausbildung sowie als Waffenlager.

In diesen Kontext gehört vor allem auch der elementare Einfluß, den das gänzlich andere Abraham-Bild auf die kollektive Psyche der Umma ausübt. Im Gegensatz zum jüdisch-christlichen Abraham, der das Opfer beendete, den seßhaften Landbau und ein würdigeres Begräbnis der Frauen begründete, bewahrte Muhammads Abraham sowohl das Opfer als auch

die Verachtung des Landbaus und der Frau.

Die mangelnde Sublimierung des Opfers, die das innergesellschaftliche Gewaltpotential in besonderer Weise ableitet (Heinsohn, Erschaffung der Götter, 152 ff.), kann das islamische Markenzeichen der reflexhaften Aggression erklären, die sich historisch auf alles Nichtislamische gerichtet und den "Unglauben" zum kollektiven Daueropfer gemacht hat. Vor diesem Hintergrund erscheint das Klischee des "Dialogs" von den "drei abrahamitischen Religionen" als - je nach Sichtweise - abwegige Auslegung bzw. gelungene Täuschung.

Der profan-politische Charakter der islamischen Religion ergibt sich unmittelbar aus der Funktion Allahs, der im Gegensatz zu den ruhenden, jüdisch-christlichen Gottheiten die Welt in jedem Moment neu schafft. In diesem Sinne bedeutet "Islam" unausweichliche Hinwendung zu und Unterwerfung unter die Macht des islamischen Gottes, denn "nichts Geschaffenes kann auch nur für einen Augenblick der unmittelbaren Bestimmtheit durch Allah entrinnen" (Nagel).

Die Heilsbotschaft des Islam besteht in der Gewißheit, daß die Welt der stetigen Schöpfung und Lenkung Allahs unterliegt und durch alle Anfechtungen hindurch zum Sieg der Umma führen muß, solange die Scharia und das Vorbild Muhammads unangefochten bleiben. Alles was ist, bildet den göttlichen Willen ab, inklusive die Herausforderungen durch den Unglauben und seine menschengemachten Gesetze und Parlamente. Denen steht allerdings Allahs Gesetz entgegen, das wiederum auch und besonders die langfristige Kampfbereitschaft der Muslime vorschreibt.

Daraus ergibt sich, daß Allah den Muslimen hilft, wenn sie sich selbst helfen, d.h. die Vorschriften seines Gesetzes einhalten, möglichst große Moscheen und möglichst hohe Minarette bauen, die Lehrveranstaltungen in den "Kulturzentren" vor dem Einblick der Ungläubigen verbergen, die Inhalte der Predigten vor dem Mitschnitt durch die Sicherheitsbehörden schützen, ihnen wo immer möglich, den Eindruck des Wohlverhaltens vortäuschen, um sie schließlich langfristig mit ihren eigenen Gesetzen, insbesondere der uneingeschränkten Religionsfreiheit, zu überwinden.

Nur so läßt sich von der unendlichen Weisheit Allahs profitieren, der die vermeintliche Stärke des Unglaubens in Schwäche umwandelt, wenn er die Zeit für gekommen hält.

#### **b) Konsequenzen im Rechtsstaat**

Wie die Erfahrung überall in Europa, mithin auch in der Schweiz zeigt, nehmen die Verantwortlichen keine bzw. nur unzureichende Kenntnis von diesem islamtypischen Zentralaspekt, der nicht nur fundamental vom säkularen Religionsverständnis, sondern auch vom Selbstverständnis aller anderen zuwandernden Religionsanhänger abweicht.

In der irrigen Annahme, daß Muslime über ihre Religion genauso denken, sie also in der Weise privatisieren können, wie es der Geist der Schweizer Verfassung und im Grunde jeder anderen europäischen Gesetzgebung voraussetzen muß, entsteht ein ebenso grundlegender Mißbrauch der Religionsfreiheit. Diese wird nicht nur, sondern muß, indem sie den politischen Dominanzanspruch des Islam weiterhin undifferenziert schützt, die innere Sicherheit des Schweizer Staates zwangsläufig in Frage stellen - ein Kausalkontext zwischen modernem Relativismus und vormodernem Absolutismus, der nicht oft genug betont werden kann.

Dies um so mehr, als hier eine weitere Diskrepanz unbeachtet bleibt, die das Sicherheitsrisiko zusätzlich erhöht. Die Problematik bleibt nicht bei dem inzwischen auch breiteren Bevölkerungskreisen bekannten Defizit stehen, daß man im Islam die Grundrechte der Religionsfreiheit und weiblichen Gleichberechtigung nicht kennt, sie weitet sich insbesondere auch auf das einzige Individualrecht aus, das es im Islam gibt, nämlich das auf Gewalt.

Die oben skizzierte Heilsbotschaft des Islam, der existentielle Erhalt der Umma durch Allahs Dauerschöpfung und die permanente, politische Lenkung der Gläubigen durch die Vorschriften der Scharia, gepredigt und erneuert in der Moschee, insbesondere in der Freitagsmoschee,

verbinden sich zu einer Weltwahrnehmung, die sich vom säkularen Pluralismus und seinem demokratischen Gewaltmonopol diametral unterscheidet.

Sie verpflichten den einzelnen Muslim nicht nur auf die bloße Teilnahme an Ritus und eine latente Kampfmentalität, sondern auch auf das aktive, im Zweifel auch gewaltsame Engagement gegen innere Abweichungen, z.B. sich westlich gebärdende, unregelmäßigen oder gar keinen Moscheedienst leistende Muslime und ungehorsame Frauen, sowie natürlich solche Kreise des Nichtislam, welche durch öffentlich verbreitete Analyse und Kritik die Realisierung islamischer Interessen behindern.

Inzwischen läßt sich nicht nur in der westlichen Politik, sondern auch in den Medien ein breiter Mainstream feststellen, der parallel zum "Dialog" eine in diesem Sinne eher islam- als sachorientierte Information betreibt und kritische Analysen meidet bzw. als die bereits erwähnte "Islamophobie" bzw. "Rechtsradikalismus" bekämpft, insofern also selbst aktiver Teil des Dihad wird. Indem die betroffenen Politiker und Journalisten den Islam als Friedensreligion propagieren und seine Gewaltpotentiale aggressiv leugnen, befinden sie sich in implizitem Einklang mit den genannten Autoritäten in Kairo, Medina und Qatar.

Denn diese haben in den letzten Jahren, angeführt vom ägyptischen Großmufti, mehrfach das individuelle Recht auf Gewalt gegen alle Kräfte hervorgehoben, die sich weigern, das islamische System undifferenziert anzuerkennen.

Sie stießen weder bei den anderen Autoritäten des Islam, noch bei den Eliten im Westen allgemein bzw. in der Schweiz speziell auf Widerspruch, als sie in den letzten Jahren den "Dialog" mit Ungläubigen wiederholt als Abfall vom Glauben einstufen, der seinerseits - bei anhaltender Uneinsichtigkeit - die koranisch angeordnete Tötung nach sich zieht.

Dieser Logik entspricht ihre darauf aufbauende Einschätzung, daß die extreme Umkehrung des "Dialogs", der bewaffnete Kampf und insbesondere das Wegsprengen jüdischer Frauen und Kinder, die Zukunft des Unglaubens allgemein und der israelischen Zumutung speziell schwächt und somit als allahgerechtes Handeln gilt, das unter geeigneten Umständen sogar direkt ins islamische Paradies führt.

Daß eine solche Propaganda eine innere Konkurrenz um die islamisch korrekte Anwendung von Gewalt aktiviert, ist inzwischen auch größeren Kreisen der westlichen Öffentlichkeit bekannt.

Denn der männliche Muslim ist als Geschöpf und Stellvertreter Allahs in Gemeinschaft und Familie nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, für die Einhaltung der Ordnung, d.h. der göttlichen Vorschriften - insbesondere gegenüber den Frauen - zu sorgen. Dies unterscheidet ihn graduell, nicht substantiell, vom ausgewiesenen Islamisten, der sich auf die gewaltorientierten Handlungsanweisungen in Koran und Tradition verengt, um seine Terrortaten zu legitimieren.

Aus der absoluten Dominanz der Scharia und des individuellen Rechts auf ihre Durchsetzung ergibt sich nicht nur die Pflicht, sondern die göttlich verordnete Glaubenspflicht des Muslim, sich dem Gewaltmonopol des westlichen Staates zu entziehen, anderenfalls er sich selbst des Glaubensabfalls schuldig macht und des islamischen Heils verlustig geht.

In diesem Sinne untergräbt die Religionsfreiheit nicht nur das moderne Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, sondern konserviert und verstärkt auch innerislamisch die für alle zum Extremismus neigenden Systeme typische Kontrollmentalität. Gerade unter dem glaubenswidrigen Druck der westlichen Diaspora kommt es hier - weit mehr als in der islamischen Region - zu strikten Strukturen der Überwachung und Denunziation, zumal fast alle Muslimgemeinden in Europa, damit auch in der Schweiz, unter islamistischer, also besonders orthodoxer Führung stehen.

Um so mehr sind sie als Sachwalter Allahs in der Gemeinschaft berechtigt und verpflichtet, möglichen Schaden von ihr abzuwenden, indem sie verfassungstreue Politiker, rechtstreue

Richter, glaubenstreue Kleriker bzw. kritische Wissenschaftler und Journalisten bedrohen und bei hinreichend niedrigem Eigenrisiko auch beseitigen.

Insofern müssen sich die Eliten, soweit sie die Volksinitiative als "Sicherheitsrisiko" sehen, eine dreiteilige Frage gefallen lassen: ob sie gedankenlose Opfer einer inkompetenten Toleranzideologie sind, ob sie korrumpiert oder erpreßt werden oder ob sie den Islam als Herrschaftsinstrument nutzen wollen, um sich von lästigen Mitspracherechten in der Demokratie zu befreien.

Obwohl sich die drei Möglichkeitsbereiche in einer westlichpluralen Informationsgesellschaft ständig dynamisch mischen, zumal diese unter wachsendem Einfluß islamischer Investoren steht, ist es in aller Regel nicht allzu schwer, bei näherem Hinsehen auszumachen, in welchem Fall welcher Aspekt die wesentliche Rolle spielt. Dabei läßt sich in der Regel feststellen, daß die Parteinahme für islamische Interessen um so ausgeprägter ausfällt, je klarer der/die Betroffene den maßgeblichen Eliten angehört und in deren Herrschaftsinteressen eingebunden ist.

Dies zieht erneut ihre verfassungsmäßige Legitimation in Zweifel, da ihre Position sie zwingt, sich an der Durchsetzung des Absolutheitsanspruchs des islamischen Gesetzes zu beteiligen, bestätigt durch den häufigen Einwand, unnötige "Sondergesetze" vermeiden zu wollen. Zwar läßt sich die Gesetzgebungsaktivität in der Schweizer Direktdemokratie keineswegs mit der Gesetzesflut in den EU-Nachbarländern vergleichen, doch ist allen eines gemeinsam: die unzulässige Weigerung, mit der Scharia ein Problem zu prüfen, das die Zukunft des Landes und seiner Menschen nachhaltig und unabweisbar beeinflußt.

### **3. Die Scharia**

#### **a) Die Totalität des Gesetzes**

Um gemäß der dieser Expertise zugrunde liegenden, ganzheitlichen Betrachtung auch weiterhin die Konsequenzen hervorzuheben, die sich aus der vom Minarett über die Moschee angestoßenen Wirkungskette ergeben, ist ein abschließender Blick auf die Scharia, das Gesetz Allahs zu werfen, dessen Bedeutung für die muslimische Existenz, wie zunehmend erkennbar wird, kaum überschätzt werden kann.

In diesem Regelwerk sehen die Muslime nicht nur den irdischen Niederschlag der göttlichen Offenbarung, der das individuelle und kollektive Leben steuert, sondern auch ein umfassendes Modell, das alle Erscheinungen des Diesseits erklärt sowie die Probleme der Welt früher oder später löst und somit die natürliche Verfassung des islamischen Gemeinwesens bildet.

Die Scharia ist den Muslimen unwiderlegbarer Beweis für die Allmacht Allahs und die Wahrheit des Koran, wo die Dominanz des Islam in vielen Varianten festgeschrieben ist: "Ihr seid die beste Gemeinschaft, die je für die Menschen gestiftet wurde. Ihr gebietet, was recht ist, und verbietet, was verwerflich ist" (3/110).

In der Einleitung zu der in Kairo erscheinenden, rechtsverbindlichen "Enzyklopädie des islamischen Rechts" steht u.a. zu lesen: "Die Scharia ist der Königsweg, die gerade Straße. Allah hat sie aus seinem Wissen gestiftet; er hat die Kenntnis von ihr auf den letzten seiner Propheten ... herabgesandt und ihr so viel Kraft und Beständigkeit zugemessen, daß sie ewig bleiben wird, geschützt davor, sich zu Nichtigem oder zum Irrtum zu neigen ..."

So wurde den Menschen deutlich, daß die Scharia alle Angelegenheiten des Lebens, die überhaupt auftreten können, umfaßt, seien es solche des Glaubens und des Ritus, seien es solche der Beziehungen (der Menschen untereinander), der Verwaltung, ... der Politik, der Gesellschaft, seien es die unterschiedlichen Bindungen zwischen den Individuen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft (*umma*) oder zwischen ihr und anderen ihr friedlich oder feindlich gesonnenen Gemeinschaften ..."

Dieses totale Gesetz, dessen regulative Saugnäpfe jede erkennbare bzw. erkennbar werdende Einzelheit des Denkens und Handelns erfassen und an sich ziehen, gilt als das Manifest, als

der Inbegriff dessen, was Allahs pausenloses Schöpfungswerk in der laufenden Geschichte verwirklicht. Dabei bestreiten die islamischen Gelehrten keineswegs, daß die Scharia eine außerordentliche Belastung darstellt, die ihrerseits allerdings - und dies gilt es für das westliche Denken nachzuvollziehen - genau jenen alleinigen Seinsgrund bildet, der die muslimische Existenz aus allen anderen heraushebt.

Denn gerade weil bzw. indem das Gesetz den Menschen so umfassend belastet, füllt es den Verstand absolut aus und verunmöglicht bzw. erspart ihm, überhaupt irgendwelche alternativen Denkwege beschreiten zu können, suggeriert ihm indessen zugleich, seinen Status, solange er die Angst vor der strafbewehrten Abweichung nicht verliert, als paradiesträchtiges Privileg zu betrachten.

Dieser Sachverhalt erfüllt nach Kriterien der westlichen Ideologiekritik den Tatbestand des Totalitarismus und nach Freudscher Analyse den des klassischen Sodomasochismus. Ganz ähnlich den westlichen Links-Rechts-Gewaltideologien kann hingegen auch nach islamischen Kriterien die Belastung abfallen und sich zu glückspendender Leichtigkeit des Seins wandeln. Einzige Bedingung ist, daß die minutiöse Befolgung der Vorschriften als der Heilsweg erkannt wird, der bereits im Diesseits auf das Jenseits vorbereitet, seinerseits jedoch wiederum den Gehorsam gegenüber der islamischen Obrigkeit voraussetzt, deren Legitimation ihrerseits allein auf der Durchsetzung der Scharia beruht.

So verstanden, klingt das koranische Versprechen logisch, nach dem es "keinen Zwang im Glauben" gibt (2/256), oder anders ausgedrückt: Der Muslim lebt, um Regeln zu befolgen, die um so verbindlicher sind, je effizienter sie dem Bestandserhalt dienen - ein Zusammenhang, der an biologische Schutzmechanismen erinnert und in der elektronischen Netzwerktechnik "Schwarmlogik" heißt.

In der islamischen Variante dieser Logik hat Allah den Verstand des Menschen geschaffen, um sein Gesetz zu erfüllen, was ihn wiederum dazu befähigt, ein effizientes Modul im schariatischen Netzwerk zu sein, aber eben nur dort und nicht anderswo, insbesondere nicht dort, wo Religionsfreiheit herrscht.

Ästhetisch sehr eindrucksvoll schlägt sich die Schwarmlogik in der uniformen Verhüllung der Frauen nieder, die durch das vom Mann bewachte, optische Signal bestätigen, kein Individuum zu sein, zumindest keines, das Rechte über den Status hinaus beanspruchen kann, Teil des biologischen Bestandserhalts der Umma zu sein. So tritt die Scharia auch als eine Art Naturgesetz hervor, das die muslimischen Männer dazu zwingt und unter westlicher Religionsfreiheit weiter zwingt, wie Kopisten der Bienenkönigin zu handeln.

Im Kreislauf von Werden und Vergehen, von Zeugung und Tod bilden sie eine interessante Umkehrung, die männliche Version eines "Bienenkönigs", dem das gesamte islamische System funktional und sexuell zuarbeitet. Harem, Polygamie, Konkubinat, Zeitehe sind bis heute wirksame Einrichtungen, die unter Nutzung der jeweils verfügbaren Finanzkraft die kollektive Sexualkraft zur optimalen Fortpflanzung der Gemeinschaft zum Einsatz bringen.

Dieser Form von biologisch bestimmter Schwarmlogik entspricht um so leichter verständlich die Regel, der zufolge der Koitus - noch vor dem Gebet - die oberste Priorität des Gottesdienstes bildet. Ungläubige Reaktionen der "Ungläubigen", die sich nicht vom "Dialog", sondern von Muslimen über ihren Glauben informieren lassen, werden rasch durch die zusätzliche Aussage zerstreut, der zufolge es sich bei Frauen um "Saatfelder" handelt, denen nach koranischer Anweisungen der Samen in jeder Lebenslage "einzupflanzen" ist.

Auch hier bestätigt sich das Bienenbeispiel, indem die weibliche Sexualität und ihr Geburtsmonopol unter die unbeschränkte Verfügungsgewalt des männlichen "Bienenkönigs" gestellt werden. So wie die Bienen im eigenen Interesse Honig sammeln und damit das Bestäubungssystem der Natur unterstützen, so sorgt im Rahmen des islamischen Sexualsystems und Umma-Erhalts das auf Nachkommen fixierte Koitusinteresse für eine umfassende Befruchtungs-

ökonomie, die ihre aktuelle Wirksamkeit durch den Grad der Verhüllung signalisiert.

Der Universalgelehrte Al-Ghazali (gest. 1111), auch auf diesem Gebiet bis heute anerkannte Autorität, hatte mit genialem Blick die politische Bedeutung der Sexualität als Netzwerk bzw. "Apparat" erkannt, in dem sich Mann und Frau rasterartig "und ohne Rückhalt" aufeinander zuordnen, "denn der Geschlechtstrieb ist nur geschaffen als wirkender Anreiz, welcher gewissermaßen die Aufgabe hat, beim männlichen Teil die Ausstreuung des Samens und beim weiblichen dessen Aufnahme ins Erdreich zu veranlassen ...

Wenn also Allah den ausdrücklichen Befehl gegeben *und ohne Rückhalt* gesprochen hat, so gilt von jedem, der das Heiraten unterläßt, daß er die Bestellung vernachlässigt, das Saatkorn verderben und den von Allah geschaffenen Apparat unbenutzt läßt" (Mernissi, Geschlecht-Ideologie-Islam, 9 ff.).

Diese so technische wie bei der Masse "naturgemäß" zumeist unbewußte Verhaltensweise rechtfertigt im Grunde alles, mithin auch den Inzest. Da die bestrafende Vergewaltigung - im Zweifel auch Tötung - selbstbewußter Töchter bzw. Schwestern zum vom Recht abgesicherten Brauchtum des Islam gehört, bildet der Inzest im Arab Human Report der UNO regelmäßigen und statistisch ansteigenden Anlaß zur Sorge.

#### **b) Islamisches Wissen und die Grundrechte**

Abgesehen davon, daß ein solch lückenloses Modell wenig Platz für alternative Ethik- bzw. Staatssysteme zuläßt, geschweige denn solche mit schrumpfender Reproduktion, kann nicht verwundern, daß es auch mühelose Lösungen für alle Fragen der Wissenschaft bereithält, die im Westen erst durch eine jahrhundertelange Entwicklung der Forschung erarbeitet werden mußten.

Da in Koran und Tradition alles jemals mögliche Wissen bereits vorgeformt angelegt ist, entstand die Doktrin vom optimalen Glaubenswissen, das den Islam zum Maß aller Religionen und die Umma zum Maß aller Gesellschaften machte.

Im Gegensatz zu den im Westen - zumindest nominell - geltenden Regeln des Menschen- und Völkerrechts haben alle anderen Kulturen somit keinen Eigenwert, der irgendeinen Respekt, geschweige denn juristische Anerkennung verdient, weil ihre Weltsichten vom Islam abweichende und damit schlicht falsche Kriterien zugrunde legen. In dem Maße allerdings, in dem eine Kultur sich politisch unterwirft bzw. Errungenschaften hervorbringt, die aus Islamsicht wichtig und nützlich sind, stimmt diese Kultur mit eben jenem ewigen Wissensgrund des Islam überein, in dem Allah bekanntlich alles Wissen niedergelegt hat.

Alle nichtislamischen Erkenntnisse, Erfindungen und Produkte, soweit sie sich als islamisch nützlich erweisen, ergeben sich also nicht aus der Kreativität der jeweiligen Kultur, sondern konnten nur entstehen, indem diese sich unbewußt den islamischen Wissensgrund zunutze machte. Aus solcherart fixierter Perspektive erscheint jede fremde Kulturleistung als Plagiat, das Allah allerdings gezielt durch die Ungläubigen zustande kommen läßt. Denn um so deutlicher kann der Islam als Höchst- und Herrenstufe der Kultur hervortreten, der die anderen Kulturen als tributpflichtige Unterformen dienen und zuarbeiten.

Mit anderen Worten: So wie der spätere Organismus genetisch im befruchteten Ei präexistiert, und - als westliche Beispielsvariante - die "Vorsehung" der Geschichte die Nazis als genetische "Herrenrasse" der Welt programmiert hatte, so ist auch die Entwicklung der Welt von Adam bis zum Endgericht im Islam angelegt und ihre Beherrschung durch die Scharia "vorgeesehen". Bei einer derart aprioristischen Universalität, die sich jeder anderen Existenzform vorschaltet und durch nichts und niemanden beschränkbar ist, erscheint kaum erstaunlich, daß sich ihrem politischen Anspruch auch die islamische Wissenschaft selbst beugen mußte.

Im Hinblick auf die frühen Eroberungen und die zentrale politische Bedeutung der erweiterten "4M-Wirkungskette" Minarett - Muezzin - Moschee - Mihrab erstaunt ebenso wenig, daß sich die islamischen Gelehrten ganz besonders intensiv mit Fragen der Gebetszeit und Gebetsrich-



tung beschäftigt haben. Der islamische Tag beginnt mit dem Abend, genauer mit dem Sonnenuntergang, weil der Mondkalender gilt und der Monat mit dem ersten Erscheinen des Neumondes nach Sonnenuntergang anfängt.

Das bedeutet auch, daß sich die Gebetszeiten nach dem Stand der Sonne bzw. bestimmter Gestirne richten und somit nach Jahreszeiten und geographischen Zonen variieren. Zu weit verbreiteten Einrichtungen wurden das Astrolabium und die Sonnenuhr, deren Schattenwurf die örtliche Gebetszeit anzeigte.

Dieser Zeitbegriff, den man auch "Temporalzeit" nennt, entspricht der Dauer des Tageslichts und zentriert sich um das Mittagsgebet (*zuhr*), dem das Morgengebet (*duha*) um etwa drei "Temporalstunden" vorangeht und das Nachmittagsgebet (*asr*) um den gleichen Zeitraum verzögert nachfolgt. Da die Zeiten des Lichts und der Dunkelheit in der Regel ungleich sind, entwickelten die Inder - nicht die Araber - eine Formel, welche die Zeit der Temporalstunden vor dem Aufgang bzw. nach dem Untergang der Sonne in ein Verhältnis zur Schattenverlängerung durch das Gnomon (Zeigerstab der Sonnenuhr) bringt.

Das Gebot der Uniformität förderte bis zum 13. Jahrhundert zwar eine hochentwickelte Kartographie und Astronomie, die aber den Nachteil mit sich brachte, den örtlichen Machthabern das Mittel der Gebetskontrolle zu beschneiden. Es entstand der Berufstand des "Zeitmessers", der in ihrem Auftrage den jeweiligen, regionalen Muezzinen vorgab, wann sie die Gläubigen zum Gebet zu rufen hätten. Dabei zogen sie eher magische Praktiken der Astrologie vor, mit denen sich das Volk mehr beeindrucken und führen ließ als mit komplexen Abstraktionen.

So mußten detaillierte Zeitzonenlisten mit Hunderttausenden von Raum-Zeit-Einträgen weitgehend ungenutzt bleiben, die große Geister des Islam, u.a. auch Al-Khwarizmi (gest. 850), der Entdecker der Quadratgleichungen, entwickelt haben. Der Grund war damals schon wie auch heute der gleiche: die Abneigung gegen nichtislamische Wissenschaft, vor allem solche, die nichtislamischen Zwecken dient.

Daraus machte der jemenitische Jurist Al-Asbahi vier Jahrhunderte nach Al-Khwarizmi keinerlei Hehl: "Man soll die Gebetszeiten nicht vom Astrolab ablesen oder durch Astronomen berechnen lassen; nur ein Blick (zum Himmel) kann sie bestimmen ... Die Astronomen gründen ihr Wissen auf Euklid, die Ausleger des *Sindhind* (indisches Astronomie-Handbuch), Aristoteles und die Philosophen - alle waren Ungläubige". (King, *Astronomie und Mathematik als Gottesdienst - das Beispiel Islam* in: Brüning/Knobloch (Hrsg.), *Die mathematischen Wurzeln der Kultur*).

David King schreibt an vorstehend zitierter Stelle: "Der Islam kann mehr als jede andere Kulturreligion auf wahrhaft bedeutende wissenschaftliche Errungenschaften zurückblicken, die auf die Erfordernisse der Religionsausübung ausgerichtet waren". Da die Religion indessen immer auch politisches Machtmittel war und weiterhin ist, waren es zu allen Zeiten die Autoritäten des Rechts als des dominanten Bereichs des Islam, die darüber befanden und nach wie vor befinden, ob und inwieweit eine "Neuerung" zugelassen werden konnte bzw. kann.

Die weltweite Umma besteht inzwischen aus weit über einer Milliarde Menschen, deren große Mehrheit nach wie vor vom Tageslicht strukturiert wird und sich somit in täglich um die Erde rollenden, gemeinsam auf die Kaaba richtenden Wellen vor Allahs Natur- und Gesetzeskraft niederwirft. Nach den hier vorgestellten Bedingungen ist es leicht vorstellbar, daß ihre Anhänger einen um so wichtigeren Machtfaktor bedeuten, je ungestörter ihr Gesetz mit der Wirkungskette Minarett, Muezzin, Moschee, Mihrab zur Geltung kommen kann. Ebenso läßt sich verstehen, wieso Muhammad als der universalen Zentralfigur im Laufe der letzten Jahrhunderte eine besonders stark ansteigende Verehrung zugewachsen ist.

Um die Frustrationen durch die europäische Wissenschaft und Waffentechnik zu kompensieren, nahm er in der Moderne um so gottähnlichere Formen an, je weiter der Islam hinter die Entwicklung des Westens zurückfiel. Als Beweis für die unübersteigbare Weisheit des Ver-

künders wird aus dem riesigen Bestand der Überlieferungen oft die vielen Gläubigen geläufige "Fliegen-Tradition" zitiert.

Danach soll jeder, dem eine Fliege ins Getränk fällt, diese ganz hineintauchen. Muhammads wissenschaftliche Erkenntnis, die mit wachsender Bedeutung des Islam auch generell wieder an Aktualität gewinnt, kommt hier aus den zwei Flügeln der Fliege, die der Überlieferung zufolge einerseits Krankheit und andererseits Heilung bringen. Wer also - aus welchen Gründen auch immer - das Eintauchen verabsäumt, schlägt die hygienische Expertise des Verkünders in den Wind, die garantiert die Gefahr der Infektion verringert, und macht sich mithin eines ersten Frevels schuldig, der allenfalls durch verstärkte Gebetsaktivität ausgeglichen werden kann (vgl. Nagel, Allahs Liebling, 27).

Erst wenn die strenge, aus westlicher Sicht absurde Kasuistik des islamischen Rechtsdenkens verstanden ist, das in alle möglichen und auch unmöglich erscheinenden Winkel des menschlichen Lebens vordringt, lassen sich auch die Probleme erahnen, die sich für den gläubigen Muslim im "Dialog" mit anderen Kulturen aufbauen.

Wenn schon die eigenen Kulturleistungen verworfen und viele ihrer Urheber in den Kerker geworfen oder einfach getötet wurden, weil sie Allahs Einzelvorschriften verallgemeinerten - wie vehement muß dann erst der Widerstand werden, wenn es um fremde, z.B. westliche Gesetze geht, also um die Vorschriften der "Ungläubigen", die Allahs Wissensgrund und Verfügungsgewalt in Frage stellen oder zumindest einschränken?

Al-Biruni (gest. 1048), einem der größten Astronomen und Geographen des Islam überhaupt, war das Dilemma sehr geläufig, das seiner Wissenschaft aus dem Unterschied zwischen objektiver Erkenntnis und ihrer subjektiven Anwendung durch die politischen Machthaber ebenso entstand, wie es sich heute in der proislamischen Gleichschaltung des "Dialogs" wiederholt:

"Wir möchten hervorheben, wie wichtig es ist, die Gebetsrichtung zu ermitteln, damit das Gebet - die Säule des Islam - nach den Vorschriften verrichtet werden kann ... Manche Gelehrten beschäftigen sich mit nebensächlichen Fragen, etwa aus welcher Richtung der Wind blase, in welchem Haus der Mond aufgehe. Wenn schon die Astronomen die Gebetsrichtung schwer bestimmen können, wie viel schwerer muß dies den Laien fallen" (King, 119).

Dabei ist erneut auf das muslimische Geschichtsbewußtsein zu verweisen, das sich das "Modell von Medina", die Urgemeinde des Verkünders, ständig vergegenwärtigt. In dieser Hinsicht verähnlichen sich auch die Akteure des westlichen "Dialogs" mit ihrem politreligiösen Vorbild. Denn ihr Denken erschöpft sich nicht in der permanenten Suche nach Verordnung des islamischen Guten, sondern erstreckt sich auch auf die Suche nach dem westlichen Bösen, die fast ebenso weit in die Geschichte zurückgreift und ihre zeitlose Vergegenwärtigung in den Kreuzzügen findet.

Gleichwohl entgehen auch sie dem Humor der islamischen Art nicht, solange sie auch nur die geringsten Abstriche am islamischen Dominanzanspruch machen. Diese Humorform besteht darin, sich über den grotesken Versuch lustig zu machen, die plagiatorische Forschung mit dem unermeßlichen Vorsprung eben dieses von Allah geschaffenen Wissens vergleichen, geschweige denn seine Gemeinschaft unter fremde Verfügungsgewalt stellen zu wollen, die sich nicht allen Forderungen beugt, also gar keine Verfügungsgewalt sein kann.

Wer die Muslime ernst und ihren politischen Glauben zur Kenntnis nimmt, wird durchaus auch die Berechtigung für diese Art von Belustigung sehen. Denn ausschlaggebend für das Verständnis des Islam ist die zentrale Botschaft Allahs, niedergelegt in Muhammads Tradition, nicht nur der Herr der Geschichte, sondern *die Zeit selbst* zu sein (EI II, 95). Zeit gibt es jedoch nur im Bewußtsein der Menschen, so daß wer an ihn glaubt, unmittelbar integraler Bestandteil seiner Botschaft und Teilhaber seiner Macht- und Gewaltlegitimationen wird.

Im Gegensatz zum westlich-säkularen Menschen, der die Zeit aktiv zu verwalten glaubt, ist

der Muslim weiterhin von der Temporalzeit der Gebetsstruktur erfaßt, über die ihn Allahs Gesetz steuert. "Ich habe keine Zeit", im Westen die wohl häufigste Bemerkung, ist für den gläubigen Muslim schlicht undenkbar, weil er damit über Allah verfügen würde.

Genau das will und kann er jedoch nicht, weil er damit als Individuum der Heilmöglichkeit und im Kollektiv der Machtsicherheit hinsichtlich der Dominanz des Islam über den Unglauben verlustig ginge.

Daraus folgt auch und besonders, daß da der Islam Politik und Religion nicht trennt, alle nichtislamischen Systeme nicht nur als politisch und kulturell, sondern auch als religiös minderwertig einzustufen sind. Dies schlägt sich in einer inzwischen auch breiteren Bevölkerungskreisen bewußt werdenden Abwertung des Judentums und Christentums nieder, die sich auf deren säkulare Nachfolgerin, die grundrechtsorientierte Demokratie, übertragen hat. Obwohl sich die Europäer längst von ihrer Religion als primärem Deutungssystem getrennt haben, sehen die Muslime sie weiterhin als "Christen", weil Koran und Tradition keine andere Wahrnehmungsebene zulassen.

Der gängige "Dialog" interpretiert diesen Vorgang als "Toleranz", weil nach koranischer Doktrin Juden und Christen ihre Tötung durch demütige Zahlung einer Steuer vermeiden können, ein "Privileg", das den "normalen" Ungläubigen verweigert wird. Der proislamischen Verähnlichung entsprechend, folgen die Dialogführer auch hier ihren muslimischen Taktgebern, indem nicht wenige von ihnen die westliche Forderung nach demokratischer Integration der Muslime als "christlichen Fundamentalismus" einstufen.

Wenngleich die koranischen Regeln natürlich nicht zu allen Zeiten gleichmäßig beachtet wurden, so haben sie doch zu einer generellen, islamweiten Unterdrückung und Dezimierung dieser Minderheiten geführt.

In den arabischen Ländern schlug sie sich in einer schleichenden und in der "säkularen" Türkei in einer eliminatorischen Juden- und Christenverfolgung nieder, die im Armeniergenozid kulminierte und im vergangenen Jahrhundert die Juden in den Untergrund und den Anteil der christlichen Bevölkerung von einem Viertel auf nahe Null drückte.

Indem das islamische System alternative Denk-, Kultur- und Religionswege weitgehend verschließt, damit aber in der westlichen Diaspora besonders intensiv konfrontiert wird, spielt die Frage der Freiheit von Religion und Gewalt sowie insbesondere auch der Gleichheit der Frau eine entsprechend wachsende Rolle.

Das fundamentale Konfliktpotential der Scharia läßt sich also nach allem, was hier vorgelegt wurde, kaum dadurch entspannen, daß man seine Bestätigung, Ausbreitung und ständige Verschärfung durch Minarette, Moscheen und Kulturzentren fördert, deren Islamizität sich zwangsläufig gegen die nichtislamische Umgebung richten muß.

Ganz im Gegenteil: Mit der Toleranz für die islamische Unfreiheit, die sich in der totalitären Reglementierung durch die politische Religion niederschlägt, unterlaufen die westlichen Dialogführer die von der Verfassung garantierten Grundrechte. Sie bestärken die orthodoxen Eiferer in der Verfolgung jener Muslime, die ihre Religion privatisieren oder zumindest in liberalerem Sinne auslegen wollen, damit aber bereits als "Apostaten" gelten, als Abtrünnige vom Glauben.

Da die Scharia - als Reaktion auf den westlichen "Unglauben" und ermuntert durch den "Dialog" mit einer demokratiefernen Politik - nicht nur in der Schweiz, sondern überall in Europa vital auflebt, geraten immer mehr Muslime der liberaleren Art unter den Gesinnungsdruck, nicht selten auch physischen Druck ihrer "Glaubensbrüder". Diese können sich auf die gesamte Wucht ihrer Tradition stützen, wenn sie die Bestrafung der "laschen Heuchler" oder gar offen Abtrünnigen verlangen.

Während der Koran die Bestrafung ins Jenseits verschiebt, weil "alles Gold dieser Erde" den Abfall auch nur eines einzigen Muslim nicht aufwiegen kann (111/85), leitete man in der Tra-

dition schnell zur Todesstrafe über. "Wer seine Religion verläßt, den tötet", lautet eine viel zitierte Anweisung Muhammads, die wie alles andere in der Überlieferung auch rechtlich verbindliche Bedeutung erlangt hat.

Neben der offiziellen Tötung durch Enthaupten, Hängen oder Steinigen hat in jüngerer Zeit wieder die islamtypische Selbstjustiz durch Erstechen oder Erschießen zugenommen, wobei vereinzelt auch die einst von Muhammads Lieblingsgattin Aischa empfohlene Kreuzigung vorkommt. Der "Ehrenmord" ist eine Sonderform dieser nicht nur legitimen, sondern obligatorischen Selbstjustiz, die den Status des Mannes als Stellvertreter Allahs und damit als Ankläger und Richter in einer Person mehr als eindringlich deutlich macht.

Im Westen eher zögernd zur Kenntnis genommen und gerichtlich oft unter, wie es heißt "kulturbedingten", mildernden Umständen geahndet, genießt auch die innerislamische Selbstjustiz und Mißachtung des rechtstaatlichen Gewaltmonopols den zumindest impliziten Schutz der Religionsfreiheit.

Er wird in dem Maße explizit, in dem die Scharia sich auf westlichem Rechtsboden etabliert und ihre Dominanz durch Minarette und überdimensionierte Prachtmoscheen optisch verkündet, entsprechend im Bewußtsein der Menschen verankert, durch die "Freitags-Gebete" als aggressive Politik verstetigt und sich innerhalb des westlichen Rechtssystems als unverkürzte, souveräne Gewaltform legitimiert, wie sie seit Muhammad legitim ist.

Einer zunehmend islamorientierten Westpolitik könnte sie dagegen willkommen sein, weil sie sich - oft als "Mißbrauch des Islam" verschleiert - zum Mittel der kombinierten Drohung und Täuschung eignet, das den Eliten undemokratische Machtkompetenzen gegenüber den Grundrechten der nichtmuslimischen Mehrheit verschafft. Da man sich dabei ständig auch auf die UNO beruft, wird allerdings unfreiwillig deren grundsätzliche Achillesferse erkennbar. Denn die Eliten der "Völkergemeinschaft" haben sich inzwischen - unter dem wachsenden Einfluß der nichtwestlichen Staaten allgemein sowie der islamischen Staaten speziell - von ihrem ursprünglichen Konzept des universalen Menschenrechts weit entfernt.

Nach dem Scheitern ihrer "Menschenrechtskommission" 2006 soll nun der ersatzweise gegründete "Menschenrechtsrat" dafür sorgen, daß sich die Staaten auf "Augenhöhe" und in "gegenseitigem Respekt" darauf verständigen, was unter Menschenrechten zu verstehen ist. Mit derlei Floskeln setzt sich allerdings nur die bewährte "Dialog-Tradition" fort, die eine neue Phase der Wahrnehmung islamischer Interessen einläutet.

Nun sind es die Menschenrechte, die nicht mehr in der Unantastbarkeit der Person, sondern in der wachsenden Unantastbarkeit partikularer Interessen bestehen sollen. Nachdem bereits der Wirtschaft generelle Mitsprache darüber eingeräumt wurde, inwieweit Menschenrechte zu hinterfragen sind, wenn sie in unzumutbarer Weise die Investitionen beeinträchtigen, melden sich immer mehr Staaten zu Wort, die sich durch die "Menschenrechtsarroganz" des Westens in ihrer Souveränität eingeengt sehen.

Sie übernehmen die oben angesprochene Strategie der Kairoer Scharia-Orientierung von 1991, werden darin allerdings auch durch westliche Politikerinnen unterstützt, auf deren Schweizer Variante wir in der abschließenden Wertung eingehen.

Unschwer erkennbar ist die Scharia und ihr Absolutheitsanspruch nicht nur der perfekte Prüfstand, auf den das islamische Menschenrecht auf Gewalt zu stellen ist, sie ist auch das Paradeferd dessen, was die funktionalistische Gesellschaftsanalyse "Kontingenzbewältigung" nennt. Indem Allah die Welt permanent neu schafft, kann zwar die Kontingenz, d.h. die Unübersichtlichkeit der Welt, nicht beseitigt, aber doch auf jenes überschaubare Maß an Kontinuität reduziert werden, das sich durch die Einordnung in das schariatische Regelsystem gewährleisten läßt. Mithin wird der vehemente Widerstand der Muslime gegen Menschenrechte und Wissenschaft verständlich, die beide auf jeweils unterschiedlich universalistische Art dem Universalismus des Islam Konkurrenz machen.

Insofern erscheinen auch die westlichen "Dialog-Eliten", welche die "authentische" Installation des Islam predigen und seine demokratische Integration als "Fundamentalismus" ablehnen, als eine Art Neo-Missionare, die ihrerseits nun im Islam eine Chance sehen, ihre eigene, in pluralistischer Kontingenzangst gebrochene Weltsicht zu stabilisieren. Darauf deutet nicht zuletzt ihre extrem vereinfachte Sprache hin, die mit dem "Frieden des Islam", "Respekt vor dem Islam" etc. sowie durch die strikte Vermeidung von "Feindbildern", "Generalverdächtigungen" und "Sondergesetzen" die Welt hinsichtlich der islamischen Gewaltpotentiale offenbar bewältigbarer machen soll.

Notwendigerweise bedingt diese Art von proislamischer Privilegierung eine steigende diskriminatorische Energie gegenüber der Gesamtbevölkerung, die bei weiter anhaltender Unterdrückung der offenen, politischen Diskussion das herkömmliche Konzept des Menschen- und Völkerrechts sowie damit die Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aushöhlt.

Da den Muslimen dieser Vorgang als der unmittelbare Beweis für Allahs unbeschränkbare Weisheit und Macht gilt, verstärken sie auch ihre Anstrengungen, das Zurückweichen der westlichen Institutionen und Verwaltungen durch immer weiter gesteigerte Forderungen zu nutzen.

Um so klarer kann sich somit auch ihr tausendjähriges Glaubenswissen bestätigen: Außerhalb des Islam gibt es weder das Heil noch irgendeine alternative Wissensquelle, welche die Realität "vernünftig" beschreiben könnte. Demgemäß gibt es auch außerhalb der Scharia keinerlei Staatssystem, das in irgendeiner Form dem Menschen mehr Halt, geschweige denn Würde verleihen könnte.

Es ist ausschließlich der Islam, der mit der wahren Lehre auch den wahren Menschen formt, der somit allen anderen Menschen turmhoch - oder eben minarethoch - überlegen ist.

Jede(r) westliche Politiker(in), der/die sich mit der Frage der Integration muslimischer Menschen beschäftigt, muß dieses aus islamischer Sicht unverrückbare Faktum berücksichtigen. Wer für die demokratische Integration der Muslime eintritt, muß die fundamentale Bedeutung der Scharia verstanden haben, wenn er/sie sich nicht durch undifferenzierte Religionsfreiheit zum muslimischen Missionar machen und zugleich als gewählte(r) Volksvertreter(in) delegitimieren will. ...

### **III. Fazit und Wertung**

... Gegenstand dieser Untersuchung war es, darzustellen, welche Gründe, Motive und Bedingungen es sind, die die innerislamische Dynamik bestimmen, inwieweit sie sich im Minarett unzulässig manifestieren und welche Konsequenzen sie für die Geltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie das Begehren der Volksinitiative haben.

Da die offizielle Politik diese Themen bislang nicht nur restriktiv, sondern in einer die Öffentlichkeit fortgesetzt desinformierenden Weise behandelt hat, waren sie in gutachterlich besonders detaillierter Form darzustellen.

Nach den hier vorgestellten Ergebnissen steht fest oder sprechen zumindest hinreichend bedeutsame und nachhaltige Aspekte dafür, daß ein Staat bzw. von ihm beauftragte Institutionen, die eine öffentliche Diskussion über und Mitsprache bei staatlich relevanten Widersprüchen unterbinden, wie sie der Islam in sich seit Jahrzehnten steigernder Weise aufwirft, sich von ebenso fundamentalen Grundsätzen der eigenen Verfassung entfernen müssen, indem sie sich in gleichem Umfang von der Absolutheit des theokratischen Deutungsmodells, vorliegend der koranischen Staatsverfassung, erfassen lassen.

In Würdigung dieses Sachverhalts und unter Berücksichtigung des UNO-induzierten Menschenrechtsdilemmas ist die Beweislast umzukehren:

Nicht die Volksinitiative hat zu beweisen, daß ihr Begehren des Minarettverbots bestimmte Grundrechte verletzt, sondern die Regierung der Schweiz hat zu beweisen, daß eine etwaige Ablehnung dieses Begehrens drei Hauptbedingungen erfüllt: die Übereinstimmung mit der

Schweizerischen Verfassung, die sich daraus ergebende, nachhaltige Sicherung des inner-schweizerischen Friedens sowie die Kompatibilität mit dem ursprünglichen Text und Geist der UNO-Charta, d.h. nicht mit dem Gesinnungsopportunismus, den sich der "Menschenrechtsrat" zur Grundlage gemacht hat.

Dieser Nachweis hat vor allem den unabweisbaren Beleg dafür zu enthalten, daß es sich beim Islam - wie vom "Dialog" unentwegt behauptet - um eine Religion des Friedens handelt, der weil ihr von Anbeginn eingewurzelt, nicht nur eine kulturelle Bereicherung, sondern auch eine unverzichtbare Stütze des inneren Friedens darstellt. Denn deren authentische, d.h. unveränderte Installation wäre politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich nur dann vermittel- und verantwortbar, wenn sie qualitative Verbesserungen in diesen Bereichen, vor allem auch für das innerstaatliche Verfassungsverständnis, bewirken könnte.

Um so notwendiger würde es, den Beleg dafür durch Erläuterungen zu ergänzen, die den Bürgern verständlich machten, warum es in den islamischen Staaten bislang - nach über einem Jahrtausend - weder historisch noch aktuell gelungen ist, den Qualitätsnachweis einer überlegenen, d.h. insbesondere gewaltarmen Gesellschaftspraxis zu erbringen. Der in diesem Kontext oft vorgebrachte Einwand, auch der Westen habe seine Gewalttradition, die von den Kreuzzügen bis zum US-Irakkrieg reiche, ist von gleicher Qualität wie der "Eurozentrismus": Er ersetzt die argumentative Sachdiskussion durch Ideologie.

Das wichtigste Ergebnis der Umkehrung der Beweislast besteht nicht darin, den Vertretern des Islam undemokratisches Dominanzstreben nachzuweisen, sondern darin, den Repräsentanten des Schweizerischen Staates nachzuweisen, die Souveränität ihrer Verantwortung nicht auf alle Bürger gleichermaßen anzuwenden, sondern in bezug auf die Interessen des Islam selektiv auf dessen Vertreter zu übertragen.

Sollten sie auf dieser Strategie beharren, hätten sie den Bürgern ebenso zu erklären, warum sie die Verfassung - zumindest in bezug auf die Minderheiten allgemein und den Islam speziell - als für sich nicht mehr verbindlich betrachten. Der in diesem Kontext oft vorgetragene Grund des erwähnten "Eurozentrismus" geht natürlich in dem Maße ins Leere, in dem man glaubt, letzteren durch einen Islamozentrismus oder sonstigen "Ismus" aufheben zu können, es sei denn, es gelänge, den Bürgern zu erläutern, warum wie der Schweiz z.B. von Saudi-Arabien, Mauretanien und Iran vorgeworfen, es "Rassismus" ist, wenn man die muslimischen Zuwanderer nach geltendem Recht integrieren will.

Die Regierung wäre daher gut beraten, die Volksinitiative als eine Möglichkeit zu nutzen, das Schlagwortarsenal des "Dialogs" als das zu erkennen, was er nach den bisherigen Ergebnissen und auch nach den nominellen Maßstäben der UNO ist: eine staatsbürgerliche Farce, die eine seriöse Sachdiskussion verhindert, ausgewiesenen Islamisten ein Forum bietet, das sie der Mehrheitsbevölkerung zugleich verweigert, damit die soziale Ausgewogenheit blockiert und insgesamt die Sicherheit des Landes gefährdet.

An diesem Befund wird sich nichts ändern, solange man nicht fähig und bereit ist, den Muslimen ihre Rechte im Sinne einer Zweibahnstraße zu erklären. Vorausgesetzt, die Schweizer Demokratie ist intakt, sind die Verfassungsrechte nicht ohne die Beachtung verbindlicher Pflichten - Dominanzverzicht, Religionsfreiheit, rechtsstaatliches Gewaltmonopol, Frauenrechte - zu haben.

Wie der oben zitierte Orientalist Nagel schreibt, "fehlt den Wortführern der muslimischen Zuwanderer natürlich jeglicher Beweggrund, der Abneigung ihrer Glaubensgenossen gegen den Säkularismus entgegenzuwirken und auf die Anpassung islamischen Denkens und Fühlens an den Grundkonsens der aufnehmenden Gesellschaft hinzuarbeiten.

Denn je weniger dies geschieht, desto sicherer können sie die Rolle der Schiedsmänner zwischen der - angeblich von der Mehrheitsgesellschaft mißverstandenen - muslimischen Minderheit und den einheimischen politischen, kirchlichen und publizistischen Führungsschichten

behaupten. Den Vorstehern der Moscheevereine, den Leitungsgremien der vielfältigen muslimischen Vereinigungen wächst auf diese Weise eine öffentliche Bedeutung zu, deren sie sich in ihren Ursprungsländern schwerlich erfreuen könnten" (Allahs Liebling, 29).

Gleiches trifft auch auf die Führer des westlichen "Dialogs" zu: Sie könnten sich schwerlich ihrer Bedeutung erfreuen, wenn sich die Öffentlichkeit nicht mit pauschalen Vorurteilen und Toleranzkommandos abspeisen ließe, sondern ihrerseits die Kompetenz besäße, ihnen die Maßstäbe der politischen und intellektuellen Redlichkeit abzuverlangen. Ohne eine kontroverse Dialogkultur, die sich auf Argumente der Sache und der Logik einläßt, hätte sich das heutige Europa weder als politisches Gebilde, noch als zentraler Impuls des Westens in Wissenschaft, Philosophie und Kunst entwickeln können.

Wenn den Eliten an einem regulären Machterhalt gelegen ist, müssen sie sich auch auf die Grundregel der Macht einlassen, die immer auf Güterabwägungen hinausläuft, vorliegend zwischen der aufgeklärten Kulturtradition Europas in Gestalt ihrer Schweizerischen Version und einer diktatorischen Islam-Moral, die dazu zwingt, zumindest teilweise zu vormodernen Herrschaftsmethoden zurückzukehren. Letztere passen zwar in das Holzschnitt-Denken der saudischen Wahhabiten und iranischen Mullahs, sind aber zum Beispiel den ebenso machterprobten Emiratseliten eher unangenehm, weil sie ihre Absichten zu durchsichtig erkennen lassen.

Ihre langfristig angelegte Strategie der scheinbaren Verwestlichung, die mit bombastischen Hotelbauten und ins Meer geschütteten Inseln in Palmenform den Golf zum Touristenmekka der Zukunft stilisieren, den "Respekt" vor dem Islam durch schieren Reichtum und Luxus anstreben und dabei den Dihad weiterhin verdeckt subventionieren, gerät durch die aggressive Ungeduld der "Glaubensbrüder" ins Zwielficht. Aus der "gemäßigten" Golf-Sicht bleibt zu hoffen, daß diese Trübung wieder durch den aktuellen Superbau aufgehellt wird, durch den Tausendmeter-Turm von Dubai, der das Mega-Minarett des Weltislam werden soll.

Wer im Westen ungeprüfte Religionsfreiheit für den Islam gewährleistet sowie Moscheen und Minarette errichtet bzw. ihre Errichtung fördert, ohne die Funktion der islamischen Religion und ihres schariatischen Rechtskodex als politisches Lenkungssystem zu berücksichtigen, leistet der Rechtsspaltung und damit einem Staat im Staate Vorschub.

Da die Religionsfreiheit für den Islam auch dessen gegen jede nichtislamische Kultur gerichtete Aggression fördert, verstößt sie gegen die immer hohler klingenden Grundregeln des interkulturellen Dialogs, eignet sich aber andererseits - hinreichend verschleiert und über gleichgeschaltete Medien oft genug wiederholt - als Machtinstrument für Eliten, die mit dem Diktat einer exklusiv islambezogenen Toleranz die demokratischen Mitspracherechte ihrer Bevölkerungen aushebeln wollen.

Ein vitales Beispiel für diesen Politikstil lieferte die Schweizerische Bundesrätin Madeleine Calmy-Rey. Sie machte sich im Mai 2008 zum Sprachrohr jener Tendenz, die den innergesellschaftlichen Interessenausgleich außer Kraft setzen will. Sie stufte nicht nur die Volksinitiative als "Sicherheitsrisiko", sondern auch die muslimische Minderheit als "Gefahr" ein, weil hier jede Einschränkung "falsch verstanden" werden könne.

Wie sie weiter ausführte, gehe es um die Vereinbarkeit der Initiative mit den Bestimmungen der Bundesverfassung. Dort seien die Glaubensfreiheit und das Recht auf freie Religionsausübung gewährt.

Klarer hätte die Bundesrätin ihr Dilemma speziell und das der Eliten allgemein nicht formulieren können. Offensichtlich geht es darum, den Muslimen uneingeschränkte Glaubensfreiheit einzuräumen, auch und gerade um den Preis der verfassungsrechtlich garantierten Volksmitsprache. Weil eine Minderheit zur Gefahr wird, wenn man ihren absoluten Geltungsanspruch in Frage stellt, läßt sie also aus "Respekt" vor dem kurzfristigen Erpressungsdruck diesen Anspruch unangetastet und nimmt auf längere Sicht für ihr Land soziale Unruhen billi-

gend in Kauf.

Damit befindet sie sich in Harmonie mit der Herrschaftsideologie des Islam, denn wie sich aus der vorstehenden Analyse ergibt, würde nach islamischer Auffassung der Frieden gefährdet, wenn die Nichtmuslime ihre Verfassungsrechte durchsetzen wollten. Daraus ergibt sich direkt auch, daß sich die Bundesrätin der Scharia unterwirft, indem sie sich weigert, die Legitimität der Volksinitiative zu überprüfen.

Insofern kann sich tatsächlich der "Frieden des Islam" bestätigen, indem sich die Politik zu Lasten ihrer Wählermehrheit eine perspektivische Zuordnung auf die Scharia aneignet und die Zukunft des Staates auf islamisches Design zuschneidet.

Um so mehr bestätigt sich die wesentliche Konsequenz dieser Expertise, nämlich die Forderung, die Beweislast umzukehren. Als Folge hätte die Politik die tatsächlichen Schwerpunkte ihrer Loyalität offenzulegen, d.h. sich vorbehaltlos zur Verfassung zu bekennen oder aber dem Volk zu erklären, inwieweit sie das Recht spalten und eine gruppenbezogene Hierarchie schaffen will, in der sich - nach dem Muster des "Menschenrechtsrats" - bestimmte Gruppen aus welchen Gründen mehr bzw. weniger Rechte haben sollen als andere.

Wenn ein solches dominantes Design zu Gunsten des Islam angestrebt sein sollte, müßte die Schweizerische Politik dessen Inhalte und Ziele weiterhin - bei wachsendem Widerstand des Volkes mit ebenso wachsendem Druck - vor Analyse schützen und weiterhin sicherstellen, daß die Wirkungskette Minarett - Moschee - Scharia / Umma nicht unterbrochen wird.

Bislang scheint ihr dies mit der simplen Behauptung zu gelingen, daß der Islam eine Religion wie jede andere sei, ihm daher eine durch nichts verkürzbare Glaubensfreiheit zustehe und jeder der Verfassung folgende Integrationsversuch als "Verstoß gegen die Menschenrechte" zu bekämpfen sei.

Daß die Muslime dem zustimmen, dabei jedoch strikt abstreiten müssen, einer normalen Durchschnittsreligion anzugehören, ist aus dem hier angebotenen Material, insbesondere aus dem Dominanzsignal des Minaretts und dem militärischen Charakter des Gebets, hervorgegangen. Darüber hinaus hat die Untersuchung bestätigt, daß der Deutungsgehalt der Moschee eine Diskrepanz zwischen Selbstverständnis der Muslime und westlicher Wahrnehmung offenlegt, die eine politische Klärung unerlässlich erscheinen läßt, wenn man am Erhalt der Demokratie interessiert ist.

In einer säkularen Gesellschaft, die der metaphysischen Ebene entwöhnt ist, kann kaum genug an das ganz besondere, geschichtsmächtige Selbstverständnis der Muslime erinnert werden.

Von der Warte der islamischen Politreligion bzw. aus der Perspektive der muslimischen Heilsbestimmung, sind die Schweizerische Bundesrätin und ihre Ratgeber des bisherigen "Dialogs" nichts anderes als von diesem Heil inspirierte Geschöpfe Allahs, deren Zeit gekommen ist, seinen Willen zu vollenden.

Denn offensichtlich könnte den islamischen Interessen kaum etwas nützlicher sein, als Grundlagen und Ziele ihrer Heilsbotschaft ungeprüft zu lassen und die islamwidrige, westliche Verfassung einem graduellen Prozeß der Aushöhlung und Delegitimierung zu überlassen. Auch diesem Erfordernis hat Frau Calmy-Rey exakt entsprochen, indem sie "Sondergesetze" für Minarette und Moscheen für überflüssig und die einschlägigen Bauvorschriften für durchaus ausreichend erklärte, den Umgang mit dem tausendjährigen Machtanspruch einer politischen Weltreligion regeln zu können.

Ihr innerer Kontrollzwang führt die muslimischen Gemeinden und ihre Führungen ihrerseits in eine ständige Konkurrenz um die Ausnutzung der westlichen Toleranz, im Rahmen derer die Verantwortlichen vor Ort immer weiter gehende Zugeständnisse machen bis hin zu der Einlassung, mit der auch die Bundesrätin keine Ausnahme bildet, nämlich daß die Bevölkerung zum "Sicherheitsrisiko" wird, wenn sie ihre verfassungsmäßig verbrieften Rechte einfordert.



In der Schweiz steht mit der eidgenössischen Direktdemokratie eine besonders ausgeprägte, über sieben Jahrhunderte gewachsene Form der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung zur Disposition. Sie hat ein in Europa einmaliges, politsoziales Erfahrungswissen hervorgebracht, das von selbstbewußten und zugleich ideologiekritischen Bürgern getragen wird. Wenn die Eliten dort fortfahren, sich im Stile der Bundesrätin einer entsprechend aufgeklärten Diskussion zu entziehen, machen sie sich zu Kollaborateuren einer politischen Strategie, die dem Schweizer System diametral zuwiderläuft.

Die Menschen des Islam sind und bleiben unfähig zur Integration und werden ihrerseits zu immer weiter gesteigerten Forderungen ermuntert, wenn sie die Vorgaben nicht zu erfüllen brauchen, wie sie - zumindest noch nominell - im Sinne des innerstaatlichen und interkulturellen Ausgleichs formuliert sind.

Zu diesen Vorgaben gehört primär, daß nicht der Schweizerische Staat sich nach dem Gesetz Allahs, sondern die Muslime sich nach den Grundrechten und -pflichten der Verfassung zu richten haben. Um einen solchen Prozeß einzuleiten, sind Denkanstöße erforderlich, die den Muslimen den wesentlichen Unterschied zwischen dem monologischen Allahsystem und dem pluralistischen Staatssystem systematisch und nachhaltig näher bringen.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Diskussion über das Minarett, das wie erläutert, im demokratischen, bekenntnisfreien Staat ein Symbol unzulässiger Dominanzansprüche darstellt und nicht nur das Prinzip der negativen Glaubensfreiheit aller anderen Gesellschaftsteile verletzt, sondern die Muslime zu ständig verstärkten Autonomieaktivitäten antreibt.

Der offene, kompetente Diskurs ist um so wichtiger, als er nicht nur auf diesen Sachverhalt, sondern darüber hinaus auch auf die damit integral verbundenen Anschlußaspekte der Moschee und Scharia verweist. Wenn sie undiskutiert und mithin undifferenziert weiterwirken können, signalisieren sie den Muslimen, daß sie einen legitimen Konfliktherd bilden können, der von den westlichen Verantwortlichen nicht nur geduldet, sondern stringent gefördert wird, und somit Allahs Auftrag erfüllen, der über die Geltung der Scharia die Umwandlung islamfremden Landes in Islamland fordert.

Sollten sich die Schweizer Volksvertreter sich hingegen nicht zu Allahs Erfüllungsgehilfen machen wollen, müßten sie einen klaren politischen Willen formulieren.

Eine solche Willensbildung hätte sich von ihrer derzeitigen, quasi-religiösen Motivation zu lösen und zu einer strikt säkularen, d.h. an der Verfassung orientierten Basis zurückzukehren. Mithin hätten die Verantwortlichen vorbehaltlos deutlich zu machen, daß sie auf den Grundlagen des Schweizerischen Staatswesens stehen, indem sie die gleichberechtigte Integration aller Minderheiten anerkennt und somit die bisher praktizierte, verfassungswidrige Intoleranz gegenüber dem demokratischen Mehrheitsprinzip beendeten.

Dieser Verpflichtung, die auf dem Papier noch besteht, aber in der politischen Praxis seit geraumer Zeit mit der pauschalen Propaganda des "Dialogs" ausgehebelt wird, versuchen die Vertreter der Politik und des "Dialogs" zu entgehen, indem sie der "populistischen" Volksinitiative unterstellen, den Muslimen das Verfassungsrecht der Religionsfreiheit zu verweigern. Wie hier aus diversen Perspektiven erläutert, geht es dagegen zunächst um die immer dringender werdende Klärung einer strategisch ausgeblendeten und zunehmend aggressiv abgewehrten Diskussion.

Es geht um die konkrete, sich zunehmend abzeichnende Möglichkeit, daß zentrale politische Merkmale und Ansprüche des Islam - Minarett, Moschee, Scharia - die Verfassung und den inneren Frieden überlasten bzw. brechen müssen, weil der systematische Mißbrauch der Religionsfreiheit den gruppenbezogenen Dominanzanspruch des Islam schützt und somit flagrant gegen das Diskriminierungsverbot verstößt.

Niemand verweigert den Muslimen das Recht, ihren Glauben zu praktizieren, der mit den berühmten "Fünf Säulen" dem westlichen Religionsverständnis durchaus entspricht, doch haben

sich die verantwortlichen Eliten bislang geweigert, sich einer kompetenten Debatte darüber zu stellen, welche Eigenschaften die Religion im Sinne der Religionsfreiheit eigentlich enthalten und welche sie eben nicht enthalten soll.

Den Verdacht, die Verfassung in bezug auf den Islam bewußt zu umgehen, können sie nur vermeiden, wenn sie auf ideologische Diffamierung verzichten, das noch geltende Schweizer Recht anwenden und im eigenen, "wohlverstandenen Interesse" die Volksinitiative als Chance auffassen, diese offene und seit langem überfällige Frage konstruktiv, d.h. auf direktdemokratische Weise, zu klären.<<

**11.03.2011**

**BRD:** Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 11. März 2011: >>Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument

### **Die Canossa-Republik**

Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."

Wie war es dazu gekommen? Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dieser ideologische Krieg in seine zweite, politische Runde gegangen.

Das Ziel der Sowjetunion war die Durchsetzung des "Antifaschismus" sowjetmarxistischer Prägung im besiegten Deutschland. Die Vereinigten Staaten begannen ihr Programm der Umerziehung der Deutschen - weg von ihren sogenannten autoritären und militaristischen Traditionen hin zu den westlichen Werten der Demokratie und des Individualismus. Dem totalitären Druck in der SBZ und DDR gelang gegen manchen Widerstand die weitgehende Durchsetzung der sowjetischen Staatsideologie.

Die Westdeutschen benötigten in ihrer großen Mehrheit nicht der Nachhilfe durch die amerikanische Umerziehung, um den totalitären Charakter der NS-Diktatur und ihre Verbrechen zu erkennen. Die erste frei gewählte westdeutsche Regierung verfolgte ihren Kurs der Westoption und der Wiedergewinnung der Bündnis- und Politikfähigkeit zielstrebig und selbstbewußt. Gegen den Druck der Sowjetunion, die bis vor die Tore Hamburgs und in die deutsche und europäische Mitte vorgedrungen war, wuchs hier ein antikommunistischer und antitotalitärer Konsens, der weit in die Sozialdemokratie hineinreichte.

In Westdeutschland entfaltete sich eine gründliche "Aufarbeitung" der nationalsozialistischen Vergangenheit. Der KZ-Häftling Eugen Kogon unterrichtete als erster die Deutschen über den SS-Staat und sein Konzentrationslagersystem schon 1947. Der Historiker Gerhard Ritter, im Dritten Reich im Widerstand aktiv, ließ in seinen Büchern, Vorlesungen und zahlreichen Vorträgen keinen Zweifel an den "scheußlichen Untaten" des "Abenteurers" Adolf Hitler. In einem vierbändigen Werk gab er eine kritische Gesamtdarstellung der Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus.

Wie er arbeitete auch der aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrte Hans Rothfels über "Die deutsche Opposition gegen Hitler" (1949) und vermittelte ganzen studentischen Generationen ein umfassendes Bild der Zeitgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg. Ludwig Dehio entwarf in seinem Werk "Gleichgewicht oder Hegemonie" (1948) das große Panorama der europäischen Staatengeschichte in der Neuzeit. In Westdeutschland wurden die NS-Verbrechen ernsthaft und kritisch aufgearbeitet, ohne daß es dazu bestimmter ideologischer Antriebe und Vormünder bedurfte.

Ein Wendepunkt kündigte sich an, als in den Weihnachtstagen 1959 Unbekannte Hakenkreuze und Naziparolen an Synagogen in Köln, Frankfurt und anderen westdeutschen Orten schmierten. Die Kommunisten in Ost-Berlin und Moskau nahmen die Vorfälle sogleich zum Anlaß einer intensiven Kampagne gegen die Bundesrepublik, wo sich angeblich "nazifaschistische" und "antisemitische" Kräfte wieder zu Wort meldeten.

Eilfertig griffen nun auch viele Medien in Westdeutschland die "antifaschistischen" Parolen aus dem Osten auf. Das Hamburger Medienkartell um Spiegel, Stern und Zeit bis hin zum Westdeutschen Rundfunk und zur Süddeutschen Zeitung knüpften daran die Forderung, endlich mit der "Bewältigung" der "braunen" Vergangenheit Ernst zu machen.

Es war die Geburtsstunde jener penetranten Geschichtspolitik, die fortan die innenpolitische Debatte in der Bundesrepublik bestimmen sollte. Rasch ordneten die westdeutschen Kultusminister eine verstärkte Beschäftigung mit der NS-Geschichte im Unterricht der Schulen an. Es begann eine nicht immer sachgerechte öffentliche und pädagogische Debatte über die bisher angeblich unterbliebene Vergangenheitsbewältigung.

Als einige Jahre später durch Überläufer bekannt wurde, daß die Vorfälle zu Weihnachten 1959 vom tschechoslowakischen Geheimdienst im Auftrag des sowjetischen KGB organisiert worden waren, war die inzwischen angelaufene Geschichtspolitik längst zum Selbstläufer geworden, und kaum jemand erinnerte noch an ihre Auslösung durch die sowjetkommunistische Agitation.

Der Vorgang lieferte das Paradigma aller nachfolgenden geschichtspolitischen Kampagnen in der Bundesrepublik, die als Schuld kult oft exzessiv betrieben werden und schon dadurch ihre Glaubwürdigkeit untergraben. Am Beginn stand Ende der fünfziger Jahre das Interesse der Sowjetunion, die Bundesrepublik als immer noch "faschistisch" zu diskreditieren und dadurch nach innen und außen zu schwächen.

Neben diese sowjetmarxistische trat auch eine westliche, vor allem amerikanische Variante der sich in den sechziger Jahren ausbreitenden Geschichtspolitik. Sie knüpfte an die Umerzierung der ersten Nachkriegszeit an und reifte zu ihrem zweiten kritischen Stadium heran.

Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik. Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuld kult.

Historiker wie Fritz Fischer mit seinem Werk "Griff nach der Weltmacht" (1961) über die Kriegsziele der deutschen Eliten im Ersten Weltkrieg öffneten vielen in der nachwachsenden Generation den Weg zu geschichtspolitischem Eifer ohne die für das historische Urteil nötige Allseitigkeit und Differenzierung.

Einige führende Aktivisten der Studentenbewegung wie Gerd Koenen oder Götz Aly haben später eingeräumt, daß hier - kaum 20 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus, nur diesmal unter "antifaschistischen" Vorzeichen - ein neuer totalitärer Staats- und Gesellschaftsmythos entstand mit seinem "Sieg der Gesinnung über die Urteilskraft, neuen Zentren politischer Heilsgewißheit, wirklichkeitsüberlegener Besserwisserei von penetrantem Moralismus und eifernder Intoleranz" (Hermann Lübke).

Treffend hatte Hans Rothfels das Wesen der Geschichtspolitik schon in seiner Auseinandersetzung mit dem Versailler Vertrag und seinem Artikel 231 über die deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg bloßgelegt. Rothfels erkannte den Vertrag als geschichtspolitisches Dokument par excellence, denn hier versuchten die alliierten Sieger von 1918, so Rothfels, "in pharisäischem Selbstbewußtsein" Geschichte nach den moralischen und juristischen Kategorien

von "Unschuld und Verbrechen" zu bewerten.

Doch die zentralen Kategorien geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis seien nun einmal nicht Schuld und Sühne, sondern "Ursache und Wirkung". Moralische Urteile sollten nur als Ergebnis einer eingehenden Analyse des ganzen Netzwerkes der Akteure, ihrer Handlungen und Motive sowie der damit verbundenen Wechselwirkungen getroffen werden.

Ganz ähnlich haben sich 2008 französische Historiker in ihrem "Appell von Blois" für die Freiheit der Geschichtsforschung und gegen "die retrospektive Moralisierung der Geschichte" ausgesprochen und festgestellt, "daß es in einem freiheitlichen Staat keiner politischen Autorität zusteht, die historische Wahrheit zu definieren". Diese Grenzziehung wird auch deutschen Politikern zur Beachtung empfohlen, wenn sie sich öffentlich etwa zur angeblichen deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 oder - ebenso leichtfertig - über 1945 als Datum der "Befreiung" der Deutschen durch die Alliierten äußern.

Auch der sogenannte "Historikerstreit" im Jahr 1986 war alles andere als ein Inhalts- oder Methodenstreit unter Historikern, wie sein Name suggerierte, sondern eine prinzipielle Konfrontation zwischen der modisch gewordenen Geschichtspolitik und angesehenen deutschen Historikern. Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas bezichtigte nicht nur Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer, in ihren Werken mehr oder weniger "Apologie" des Nationalsozialismus zu betreiben.

Er vertrat mit vehementem Selbstbewußtsein auch seine ideologische Position des Universalismus, die subjektive Vision der mit historischer Notwendigkeit heranwachsenden universellen ökonomischen, kulturellen und politischen Einheit der Welt, die die bisherigen "partikularen" nationalen, ethnischen und kulturellen Ordnungen hinter sich lassen werde.

Der Zeitgeist des Jahres 1986 sprach Habermas zwar den Siegeslorbeer im Historikerstreit zu. Doch schon drei Jahre später begann jener welthistorische Umbruch, der zunächst als Sieg des Westens im Kalten Krieg gedeutet wurde, der sich indessen aber immer deutlicher als der Beginn einer neuen weltgeschichtlichen Epoche im Zeichen des Wiederaufstiegs Asiens erweist und die geschichtspolitischen Spekulationen des deutschen Sozialphilosophen widerlegt beziehungsweise die Positionen der Historiker bestätigt.

Welchen Eindruck diese eigentümliche "deutsche" Geschichtspolitik bei Ausländern mit historisch-politischer Bildung und moralischer Sensibilität hervorruft, zeigte die Rede, die der Präsident Estlands, Lennart Meri, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 auf Einladung der Bundesregierung in Berlin hielt. Ihre zentralen Sätze lauteten:

"Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau stellt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. ... Für mich als Este ist kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst."

Es verwunderte nicht, daß Meris Berliner Rede vom deutschen Establishment kühl aufgenommen wurde, denn dieser kluge Freund der Deutschen legte die Finger in die geistigen Wunden des großen Volkes in Mitteleuropa, das 1945 die schwerste Katastrophe seiner Geschichte erlitten hatte: sein so häufiges politisches Unvermögen, von dem seine Geschichte immer wieder berichtet, und seine kompensatorische Neigung zur Flucht in hypermoralische Praxis und lautstarke moralische Betroffenheit. Dagegen postulierte Meri, daß gute und erfolgreiche Politik nur mit Selbstachtung betrieben werden kann, ohne Tabuisierung der eigenen Geschichte und Tradition.<<

**Japan:** Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutet am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertrinken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fuku-

shima Daiichi ereignet sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden muß.

**19.03.2011**

**Libyen:** Am 19. März 2011 beginnt der Libyenkrieg (Kriegsende: 23. Oktober 2011). Während des Krieges führt die NATO etwa 10.000 Angriffsflüge durch, die etwa 70.000 Bombenopfer fordern.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Libyen-Krieg von März bis Dezember 2011 (x348/60-62):

>>**Sex, Lügen und Videos**

*\_von Raphael-Maria Grünwald/Andrea Ricci*

Libyen: Im Krieg gegen den "irren Gaddafi-Clan" griff die westliche Propaganda auf bewährte Muster zurück. Ein kleiner Streifzug durch die Bomben-Argumente.

Der Lybien-Krieg war genau drei Tage alt, da meldete sich am 22. März 2011 Joseph ("Joscha") Fischer in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. "Westerwelle", so Fischer, habe "den Schwanz eingezogen", als es im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung kam und Deutschland sich der Stimme enthielt. Angeblich seien in Libyen "unmittelbare deutsche und europäische Sicherheitsinteressen" berührt...

Wie sich die Debatte im Nachgang zu Deutschlands Stimmenthaltung in der UNO entwickelte, steht exemplarisch für die das Strickmuster der Kriegslegitimation, das sich im Westen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks durchgesetzt hat. An zentraler Stelle steht das "Appeasement- beziehungsweise München-Argument", also der Verweis auf das britische Gewährlassen der reichsdeutschen Annexion des Sudetenlandes im Münchner Abkommen 1938.

Natürlich funktioniert das Argument dann besonders gut, wenn der jeweilige Schurke gleich zum "Wiedergänger Hitlers" aufgeblasen wird, wie es Hans Magnus Enzensberger 1991 bei Saddam Hussein gemacht hat. Später wurde der Braune Peter an Slobodan Milosevic, Osama bin Laden und Mahmud Ahmadinedschad weitergeschoben.

Ähnlich beliebt sind Zuschreibungen aus der klinischen Psychiatrie. Nach dem "Irren von Bagdad", dem "Irren von Belgrad" und dem "Irren von Pjöngjang" tat sich die Bild-Zeitung mit Schlagzeilen wie "Das ist der irre Gaddafi-Clan" (23.2.2011) oder "Bereitet der irre Despot seine Flucht vor?" (23.3.2011) hervor.

Auch die evangelische Theologin Margot Käßmann bekannte: "Wir müssen die Libyer vor einem irrsinnig gewordenen Diktator schützen." (Zeit, 20.3.2011) Selbst Noch-Bundespräsident Christian Wulff brillierte mit ferndiagnostischen Fähigkeiten: "Gaddafi ist ein Psychopath". (Welt, 25.2.2011)

### **Arabischer Frühling**

Der erste NATO-Krieg gegen ein muslimisches Land seit Afghanistan war leicht zu verkaufen, weil der Beschlußfassung in der UNO eine Resolution der Arabischen Liga vorausgegangen war, die ebenfalls die Durchsetzung einer Flugverbotszone gefordert hatte.

Für den flüchtigen Medienkonsumenten mochte es so aussehen, als ob der sogenannte arabishe Frühling, der in anderen Ländern der Region wie Tunesien und Ägypten zum Rücktritt altgedienter Despoten geführt hatte, nun auf Libyen übergegriffen habe. Die NATO erschien nicht als Aggressor, sondern als Helfer einer Demokratiebewegung. ...

Doch im Unterschied zu den bis dahin gewaltfreien Rebellionen in Kairo und Tunis waren die libyschen Rebellen von Anfang an aggressiv vorgegangen. Bereits im Februar 2011 wurden vielerorts nicht nur Polizeistationen, sondern alle Arten öffentlicher Gebäude niedergebrannt. Besonders empörend: In der Großstadt Al-Baida wurden am "Tag des Zorns" fünfzig als "Söldner" bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert - eine Form rassistischer Gewalt, an der sich die Menschenrechtsfreunde im Westen aber nicht störten. Ende März 2011 meldete die New York Times, daß die CIA die Rebellen bereits "seit Wochen mit verdeckten Aktionen"

unterstützte.

Die Rebellen verübten in zahlreichen Fällen Lynchjustiz an Schwarzafrikanern, in ihren Augen "Söldner Gaddafis".

Und: Der Beschluß der Arabischen Liga (AL), mit dem die USA, Frankreich und Großbritannien Druck auf den UN-Sicherheitsrat ausübten, war herbeigetrickst: Wie die Asia Times berichtete, waren von den 22 AL-Vollmitgliedern nur 11 bei der Abstimmung anwesend. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen oder Scheichtümern: Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

Es war der GCC, der zuerst für eine Flugverbotszone stimmte und mit diesem Votum zur Sitzung der Arabischen Liga marschierte. Saudi-Arabien hatte nur drei weitere Mitglieder zu "verführen", um neun Stimmen zu bekommen. Syrien und Algerien stimmten dagegen. Im Klartext: Von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten nur neun für die Flugverbotszone. Qatar profitiert unmittelbar: Seine zwei Mirages machen bei der Bombardierung Libyens mit, während sich sein Hafen Doha auf die Vermarktung Ost-libyschen Öls vorbereitete.

### **Lügen um Bengasi**

Um die westliche Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen, wurde im Februar/März 2011 besonders Bengasi zum Opfersymbol aufgebauscht. Die ostlibysche Stadt war am 20. Februar von den Rebellen erobert worden und wurde in der Folge von Regierungstruppen belagert.

Daniel Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Europaparlament, trommelte: Wenn man "nicht etwas macht, dann wird Gaddafi zum Beispiel zum Einnehmen der Stadt Bengasi bereit sein, zum Beispiel Giftgas anzuwenden".

US-Außenministerin Hillary Clinton sprach später von "einem zweiten Srebrenica an einem Ort namens Bengasi". In einer Ansprache am 1. April 2011 stellte US-Präsident Barack Obama den Krieg als Rettung in letzter Minute dar: "Wir sind eingeschritten, um ein Massaker zu verhindern."

Dabei hatte selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates der Greuelpropaganda zunächst widersprochen: "Gates sagte, daß das Pentagon keine Bestätigung dafür habe, daß Revolutionsführer Gaddafi seine Bevölkerung tatsächlich aus der Luft habe beschießen lassen. Er habe das bisher nur Presseberichten entnommen." (FAZ, 3.3.2011) Auch der Bundesregierung lagen "keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor", so ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Politikerin Sevim Dagdelen vom April 2011.

Am 7. März 2011 sendete der russische Fernsehsender Russia Today (RT) eine Reportage aus der angeblich todgeweihten Rebellenhochburg. Die Bilder aus Bengasi zeigten eine Urlauberstadt am Meer, in der Kinder am Strand spielten und die Geschäfte voller Kunden waren. Das Leben auf den Straßen und Plätzen war gelöst, Angst vor Luftangriffen herrschte augenscheinlich nicht.

Allerdings konnten die RT-Reporter beobachten, wie ein Team des qatarischen Senders Al Djazeera auf einer etwas erhöhten Terrasse seine Kamera aufbaute und die Menschen auf dem Platz auffordert, nach vorn zu kommen um Anti-Gaddafi-Parolen zu rufen. Ein Al Djazeera-Mitarbeiter führte wie ein Dirigent Regie, während seine Kameramänner die "Wut" auf den Diktator filmten, die kurz darauf in die Wohnzimmer Europas und Amerikas flimmerten.

Wie dreist die Unkenntnis der westlichen Medienkonsumenten über Libyen von den Medien ausgenutzt wurde, zeigt ein weiteres Beispiel aus Bengasi. Die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice behauptete Ende April 2011, an libysche Regierungstruppen werde Viagra verteilt. Prompt titelte der Kölner "Express": "Gaddafi-Soldaten mit Viagra vollgepumpt". Das Schweizer Boulevard-Blatt Blick setzte noch einen drauf: "Gaddafis Schergen vergewaltigen Frauen und Kinder." Einzige Quelle der ganzen Viagra-Geschichte: ein angeb-

licher Arzt namens Chalifa al Scharassi. Wer dieser Scharassi und wie glaubwürdig er ist, wollte niemand wissen.

Wie fadenscheinig die Behauptung ist, zeigt sich selbst beim flüchtigen Lesen des Blick-Artikels: "In Bengasi, so der Arzt, seien mehr als 100 Frauen von den Soldaten des Regimes vergewaltigt worden - während ihre Männer an der Front kämpften." Gaddafi-Soldaten sollen Massenvergewaltigungen ausgerechnet in Bengasi vorgenommen haben - also der Stadt, die seit Beginn des Bürgerkrieges die wichtigste Hochburg der Rebellen und mittlerweile Sitz ihrer Gegenregierung war?

### **Einseitigkeiten**

Ende Mai 2011 kam dann eine neue Beschuldigung von Massenvergewaltigungen, die angeblich libysche Soldaten begangen hätten. Die in Großbritannien ausgebildete Psychologin Seham Sergewa behauptete bei CNN, sie habe 70.000 Fragebögen an Libyer verschickt, davon seien rund 60.000 zurückgeschickt worden und mehr als 200 davon hätten ein Kreuz bei der Frage gemacht, ob sie von Regierungstruppen vergewaltigt oder sexuell mißbraucht worden seien. Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes ICC in Den Haag, behauptete daraufhin, er habe nun eindeutige Hinweise darauf, daß Gaddafi Massenvergewaltigungen angeordnet habe.

Keine einzige dieser Anschuldigungen konnte durch Fakten gestützt werden - sogar bei Amnesty International reagierte man verwundert. Auch von einem "Genozid" könne nicht die Rede sein, so Amnesty International. Eine offizielle Delegation des UN-Menschenrechtsrats unter Leitung von Cherif Bassiouni - einem der Gründerväter des ICC - ging den Vorwürfen von Massenvergewaltigungen nach. Ohne Erfolg. Er und seine Ermittler konnten keine Beweise für die Anschuldigungen finden. (Frankfurter Rundschau, 11.6.2011)

Typisch auch das Desinteresse der Leitmedien an Berichten über Greuelthaten der Rebellen. Immerhin ein Augenzeugenbericht schaffte es am 15. April 2011 in Die Welt. "Vor unseren Augen wurden so viele Menschen erstochen und geköpft." Zum Beweis zeigte der Zeuge ein Video, das er mit seinem Handy aufgenommen hatte. "Darin wird einem am Boden liegenden Mann mit einem langen Messer der Kopf abgeschnitten, was normalerweise nur radikale Islamisten mit ihren Feinden tun. Grausame Bilder, die man kaum ansehen kann."

Aber Die Welt läßt die Leser an ihren Zweifeln teilhaben, "ob das Video tatsächlich aus Misrata stammt, der eine Rebell und der andere ein Soldat der libyschen Armee ist". Diese - journalistisch selbstverständliche - Quellenkritik konnte man allerdings höchst selten bemerken, wenn Videos der Gegenseite über die "Verbrechen Gaddafis" verbreitet wurden.

### **"Kollateralschäden"**

Den NATO-Bomben fielen nicht nur viele Zivilisten, sondern in einigen Fällen "versehentlich" sogar Aufständische zum Opfer. Solche "Kollateralschäden" wurden fallweise Gaddafi in die Schuhe geschoben. So meldete die Tagesschau am 27. März 2011: "Die USA werfen dem libyschen Machthaber Muammar Gaddafi die Inszenierung ziviler Opfer vor. Es gebe zahlreiche Geheimdienstberichte, nach denen Gaddafis Truppen von ihnen getötete Menschen an Angriffszielen der westlichen Allianz plaziert hätten, sagte Verteidigungsminister Robert Gates in einem Interview mit dem TV-Sender CBS News."

Anders sah es offensichtlich der Vatikan, der Ende März schwere Vorwürfe gegen die Alliierten erhob, nachdem bei Luftangriffen auf Tripolis mindestens 40 Zivilisten getötet worden waren.

Daß mit einem "Menschenfeind" wie Gaddafi kein Waffenstillstand geschlossen werden sollte, zeigte die rigorose Ablehnung von Vorschlägen, die er oder auch die Afrikanische Union gemacht hatten.

So hatte sich Gaddafi Ende April 2011 an die NATO gewandt und Verhandlungen angeboten. Die Libyer bräuchten, so Gaddafi, die Chance, ihre Konflikte selber zu lösen. Falls der We-

sten das libysche Öl wolle, könne man mit ihren Ölfirmen Verträge abschließen, betonte er. Die NATO und die Rebellen schmetterte diese Initiative mit dem Hinweis ab, daß man erst über Verhandlungen nachdenken werde, wenn die Regierungstruppen wieder in den Kasernen seien. Auf dem letzten Treffen der Libyen-Kontaktgruppe Anfang Mai forderten die USA schließlich, Verhandlungen mit Gesandten Gaddafis generell abzulehnen.

In der Nacht zum 1. Mai 2011 unterstrich die Allianz mit ihrem Luftangriff auf den von Gaddafi bewohnten Bab-al-Azizyah-Komplex in Tripolis - es war bereits der dritte dieser Art -, was sie von seinen Angeboten wirklich hielt. Bei diesem Angriff wurden einer seiner Söhne und weitere Familienmitglieder getötet. Spätestens hiermit haben Washington, London und Paris deutlich gemacht, daß ihr Ziel nicht der von der UN-Resolution 1973 geforderte "Schutz der Zivilbevölkerung", sondern der "Regime-Wechsel" war.

Als Gaddafi selbst am 20. Oktober 2012 gefangen genommen wurde, folterten und exekutierten ihn die Rebellen - so der Abschlußbericht von Human Rights Watch zum ersten Jahrestag des Verbrechens. Peter Scholl-Latour behauptet sogar, gestützt auf französische Militärkreise: "Gaddafi ist mit einer Eisenstange gepfählt worden." (Welt, 14.12.2011) Keiner der Schuldigen wurde vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gestellt.<<

**21.03.2011**

**BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/2011) berichtet am 21. März 2011:**

**>>ENERGIE außer Kontrolle**

Unter dem Eindruck der Nuklearkatastrophe in Japan versucht die Kanzlerin eine 180-Grad-Wende in der Atompolitik: Die Regierung will schneller aus der Kerntechnik aussteigen als einst Rot-Grün und die erneuerbaren Energien beschleunigt ausbauen. Ist Merkels neuer Kurs glaubwürdig?

Es ist der übliche Empfang, den die Anti-Atom-Bewegung der Kanzlerin bereitet. "Abschalten", rufen die Demonstranten, als Angela Merkel am vergangenen Mittwoch im badischen Offenburg aus ihrem Dienstwagen steigt.

Keine zwei Wochen sind es mehr bis zur wichtigen Landtagswahl in Baden-Württemberg. In Japan steht ein Kernkraftwerk am Rande des Super-GAUs, und in der badischen Provinz richtet sich der Zorn der Ausstiegsaktivisten gegen eine Kanzlerin, die sie für eine willige Gehilfin der Reaktorindustrie halten. Trillerpfeifen schrillen, Anti-Atom-Plakate werden in die Luft gereckt, Buhrufe sind zu hören. Lautstark ist die Begrüßung, und wenn es nach den Demonstranten geht, soll das für den Rest des Abends so bleiben.

Es kommt anders.

Als die Protestler im Saal ihre Fahnen entrollen, präsentiert sich ihnen eine CDU-Chefin, die sie noch nicht kennen. Aus Merkel, der Kernenergie-Befürworterin, ist Merkel, die Ausstiegskanzlerin geworden. Die "besorgniserregenden Ereignisse" hätten "manches verändert", sagt sie. Sie spricht von der Kernkraft als "Brückentechnologie", von "Vorsorge" und vom "Zeitalter der erneuerbaren Energien". Die Schmährufe werden spärlicher, und dann sagt Merkel einen Satz, der den Saal endgültig zum Schweigen bringt. "Rot-Grün wollte einen Ausstieg bis 2020", ruft sie. "Wenn wir das Ziel schneller erreichen können, um so besser."

Die Republik erlebt eine atemberaubende politische Kehrtwende. Keine sechs Monate ist es her, daß die schwarz-gelbe Koalition die Laufzeiten der deutschen Kernreaktoren um bis zu 14 Jahre verlängert hat. Von einer "Revolution" sprach damals die Kanzlerin, und ihr Stellvertreter Guido Westerwelle lobte: Eine verantwortungsvolle Politik könne "nicht auf Kernkraft verzichten".

Jetzt will Merkel noch schneller aus der Risikotechnologie aussteigen als selbst ihre rot-grünen Amtsvorgänger. Offiziell sollen die sieben ältesten deutschen Atommeiler lediglich für eine dreimonatige Überprüfung abgeknipst werden. Doch intern ist längst klar, daß mindestens drei Reaktoren endgültig vom Netz müssen.



Es ist, als würde der Papst plötzlich für den Verkauf von Antibabypillen werben. Einst waren die Spitzen der schwarz-gelben Koalition angetreten, das Atomzeitalter zu verlängern. Jetzt liefern sie sich einen bizarren Wettlauf, wer am schnellsten sein Ende einläutet.

Noch ist ungewiß, wie das Reaktordrama im japanischen Fukushima ausgeht. Sicher ist dagegen, daß es die politische Landschaft in Deutschland verändern wird. Die Grünen wollen mit dem Rückenwind der neu aufgeflamnten Atomdebatte die SPD als Führungskraft im linken Lager ablösen, vielleicht schon am nächsten Sonntag in Baden-Württemberg. Umweltminister Norbert Röttgen, dem der Verlängerungsbeschuß die schlimmste Niederlage seiner Amtszeit beschert hatte, darf auf einen Wiederaufstieg als Merkels oberster Abschaltstrategie hoffen. Und die Union gibt eines ihrer letzten verbliebenen politischen Alleinstellungsmerkmale auf. Deutschland, einig Ausstiegsland.

Es ist ein riskantes Spiel, das Merkel begonnen hat, und derzeit spricht wenig dafür, daß sie am Ende als Gewinnerin den Platz verläßt. Zu abrupt ist der Schwenk, zu schlecht ist er vorbereitet. In den eigenen Reihen fürchten viele, daß Merkels sogenanntes "Moratorium" juristisch schwach unterfüttert ist, und sie sorgen sich um die Glaubwürdigkeit des bürgerlichen Lagers. Kann sich eine Partei, die Kernkraft noch vor kurzem als "Ökoenergie" gefeiert hat, glaubwürdig an die Spitze der Anti-Atom-Bewegung stellen?

Wahrscheinlich nicht, so zeigen erste Umfragen. Fast 70 Prozent der Deutschen halten Merkels Kurswechsel für ein Wahlkampfmanöver, und in Baden-Württemberg könnte der Fukushima-Schock Schwarz-Gelb die Mehrheit kosten. Eine Woche vor der Wahl, so ermittelte Infratest dimap, verlor die CDU drei Prozentpunkte an die Grünen.

Das Mißtrauen ist groß, aber Merkel sieht keine Alternative. Daß in einem Hochtechnologie-Land wie Japan eine Reaktorkatastrophe dieses Ausmaßes möglich ist, sieht sie als "Einschnitt für die ganze Welt". Weiter so? Unmöglich. Und so löst Merkel unter dem Eindruck der Schreckensbilder aus Fukushima eine politische Kettenreaktion aus, von der sich noch nicht sagen läßt, ob sie unter Kontrolle bleibt.

Der Prozeß beginnt am Freitag der vorvergangenen Woche, als in Japan um 6.45 Uhr deutscher Zeit die Erde wackelt, ein Beben der Stärke 9,0, rund vier Stunden später ruft die japanische Regierung den atomaren Notfall aus.

Während das Ausmaß der Verheerungen klar wird, sitzt Umweltminister Röttgen in einer Besprechung mit Abteilungsleitern seiner Behörde in Bonn. Die Runde wird unterbrochen, man stellt einen Krisenstab zusammen, der Informationen sammeln und die Lage analysieren soll.

Angela Merkel ist an diesem Tag nach Brüssel geflogen. Während der Sitzung des Europäischen Rats schickt ihr das Newscenter in Berlin eine SMS nach der anderen auf ihr Handy, zusätzlich surft die Kanzlerin im Internet. Intuitiv, erzählt eine Vertraute, sei Merkel bereits Freitagabend klar gewesen, "daß die ganzen Antworten, die man nach bestem Wissen und Gewissen in der Atompolitik gegeben hat, jetzt nicht mehr reichen". Davon merkt man zunächst nichts.

Am Samstag spitzt sich die Lage in Japan zu, im ersten Reaktor gibt es eine Explosion, die Angst schwappt nach Deutschland. Umweltminister Röttgen und Kanzleramtschef Ronald Pofalla bekommen diese Angst auf dem Parteitag der NRW-CDU in Siegen zu spüren - von der eigenen Basis. Röttgen spürt, daß auch in der CDU die Stimmung kippt. Früher war das Bekenntnis zur Kernkraft stets ein emotional bejubelter Programmpunkt bei solchen Veranstaltungen. Jetzt nicht mehr.

Merkel telefonierte am Mittag mit CSU-Chef Horst Seehofer, sie erörtern mehrere Varianten, darunter auch die Option, in der Atompolitik alles beim Alten zu belassen. Aber sie testete auch erstmals die Idee eines Moratoriums, einer kurzzeitigen Aussetzung der Laufzeitverlängerung. "Behalt es erst mal für dich", bittet Merkel.

Am frühen Abend kommen die Spitzen der Koalition im Kanzleramt zusammen. In Baden-

Württemberg, wo diesen Sonntag gewählt wird, gehen zu dieser Zeit 60.000 Menschen gegen die Atomkraft auf die Straße. Wieder wird die Idee eines Moratoriums erörtert. Doch vor allem FDP-Chef Westerwelle sperrt sich gegen eine Abkehr vom alten Kurs. Man dürfe jetzt nichts übertreiben, nicht vorschnell reagieren. Die Runde geht ohne Entscheidung auseinander. Noch deutet wenig auf eine 180-Grad-Wende der Bundesregierung hin.

Zur gleichen Zeit hat der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus seine wichtigsten Berater und Mitarbeiter zum Krisentreffen in Stuttgart versammelt. Mappus schwitzt dieser Tage viel, er war der raubeinigste Verfechter der Atomkraft in der Union, nun fürchtet er um seine Wahl am kommenden Sonntag. Die Runde beschließt, sich an Berlin zu wenden. Von dort müsse ein klares Zeichen kommen, daß die Ereignisse in Japan eine Zäsur darstellen.

### **Ein Moratorium wird verkündet**

Den Sonntag verbringt Merkel zu Hause, sie guckt fern, scannt das Internet, telefoniert viel. Als Merkel am frühen Abend dem ARD-Journalisten Ulrich Deppendorf Rede und Antwort steht, ist sie noch ganz auf alter Linie. "Ich kann heute nicht erkennen, daß unsere Kernkraftwerke nicht sicher sind, sonst müßte ich ja mit meinem Amtseid sie sofort abschalten", sagt Merkel.

Wenig später gilt diese Linie nicht mehr. Gegen 21 Uhr versammelt sich die Koalitionsrunde im Kanzleramt. Die Teilnehmer entscheiden, die Laufzeitverlängerung auszusetzen. Bis Dienstag soll die Moratoriumsidee jedoch geheim bleiben. Dann will Merkel ihre Ministerpräsidenten davon überzeugen. Ein Kabinettsmitglied der Union wird diesen Beschluß später als "politische Panikreaktion" bezeichnen.

Während in Japan die Lage am Atomkraftwerk Fukushima weiter eskaliert, tritt am Montagmorgen das CDU-Präsidium zusammen. Umweltminister Röttgen kommt gleich zur Sache und wiederholt seine alte Forderung nach einem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft. Er warnt vor einem "Tsunami", der die Union einzuholen drohe, falls sie jetzt kein klares Signal setze. Merkel widerspricht, auch Fraktionschef Volker Kauder und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier sind anderer Auffassung.

Dann wird ihr die Nachricht in die Sitzung gereicht, daß Vizekanzler Westerwelle den Moratoriumsplan in Grundzügen bereits ausgeplaudert habe. Merkel ist stocksauer, eigentlich wollte sie die Idee erst am Dienstag nach ihrem Treffen mit den Ministerpräsidenten verkünden. Jetzt ist sie gezwungen, den Plan im Präsidium vorzustellen.

Einige Mitglieder sind skeptisch, Energiekommissar Günther Oettinger hat Zweifel, ob sich die Atomwende juristisch halten läßt. Begründet werden soll das Moratorium mit dem Notstandsparagraphen 19 Absatz 3 des Atomgesetzes, die Idee stammt aus Röttgens Umweltministerium. "Auf welche Rechtsgrundlage wollt ihr das denn stellen?", fragt Oettinger. "Wo kein Kläger, da auch kein Richter", antwortet die Kanzlerin.

Merkel nimmt Kontakt zu einigen Chefs der großen Stromkonzerne auf und fragt, ob sie vielleicht bereit seien, jeweils auf einen Meiler zu verzichten, zumindest vorübergehend. Das wären dann vier oder fünf, die zunächst stillgelegt würden. Die Antworten sind ausweichend.

Als die Kanzlerin am Dienstagvormittag in Berlin mit den Ministerpräsidenten jener Länder zusammentrifft, in denen Atomkraftwerke stehen, entwickelt sich eine eigenwillige Dynamik. Plötzlich wollen alle ihre alten Meiler loswerden. Zunächst möchte der Baden-Württemberger Mappus Neckarwestheim 1 dichtmachen. Als Nächstes regt der Bayer Seehofer die Stilllegung seines Kraftwerks Isar 1 an. Dann sieht sich auch der Hesse Bouffier genötigt, sich von Biblis A zu trennen. So werden aus der eigentlich geplanten Stilllegung von vier oder fünf Kraftwerken plötzlich sieben.

Auf der anschließenden Pressekonferenz sagt Merkel, die Regierung wolle die "Energiewende beschleunigen". Es soll wie ein durchdachter Plan klingen, wie kontinuierliche Politik. In

Wahrheit ist es eine Notgeburt, hastig entworfen, undurchdacht, ohne Konzept.

Das soll nun Umweltminister Norbert Röttgen liefern, der eigentliche Wende-Gewinner. Im vergangenen September war er beim entscheidenden Atomgipfel im Kanzleramt mit seiner Linie noch krachend gescheitert. Er wollte den Konzernen damals höchstens sechs Jahre zusätzliche Laufzeit zugestehen und alle Meiler gegen Flugzeugabstürze sichern lassen. Ein solcher Schutz sei zu teuer, hielten ihm Kanzlerin und Konzerne entgegen. Am Ende stand eine Laufzeitverlängerung um durchschnittlich zwölf Jahre.

Nach Fukushima läßt der Umweltminister jeden spüren, wie falsch das damals war. "Für ihn steht das jetzt unter der Überschrift Rückspiel", sagt ein Teilnehmer der Runde.

Kaum war die Sitzung vorüber, rief Röttgen in seinem Ministerium am Alexanderplatz zwei Arbeitsgruppen zusammen:

Ein Team um Staatssekretär Jürgen Becker kümmert sich um den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien. Die andere Gruppe, unter Leitung des Abteilungsleiters Reaktorsicherheit, Gerald Hennenhöfer, arbeitet am beschleunigten Atomausstieg.

Statt Kungelrunden mit Konzernen will Röttgen einen gesellschaftlichen Konsensprozeß initiieren, an dem Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbände beteiligt sein sollen. Der Minister will das Atomgesetz ändern, um ein schnelles Abschalten zu verankern.

### **Der zweite Ausstieg**

Mehrere der älteren Reaktoren, die entweder bereits stillstehen oder in den kommenden drei Monaten zu Prüfzwecken stillgelegt werden, sollen nach seinem Willen dauerhaft vom Netz. Die verbleibenden Meiler sollen dann bis Anfang der zwanziger Jahre stillgelegt werden. Röttgen will auch zahlreiche "Nachrüstmaßnahmen" für die deutschen Atommeiler vorschreiben, wie aus einem Papier seines Ressorts hervorgeht: verbunkerte Notsteuerstellen, neue Kühlsysteme, besserer Schutz vor Wasserstoffexplosionen - lauter Maßnahmen, mit denen die Sicherheit der Reaktoren verbessert werden soll.

Zur Debatte stehen Milliardeninvestitionen, die Kernkraft in Deutschland sofort unrentabel machen würden. "Es gibt historische Momente, die man ergreifen muß, wenn man etwas will", heißt es in seinem Hause. Von einem "Todesstoß" sprechen Vertreter der Atombranche. Zugleich will Röttgen am kommenden Dienstag einen Plan vorlegen, wie Atomstrom rasch von Ökostrom verdrängt werden kann.

Das Konzept könnte zum tiefsten Eingriff in den Energiemarkt seit Jahrzehnten werden. Röttgens Ministeriale bereiten ein Anreizprogramm für neue Stromleitungen vor, sie wollen mehr Bundesgelder zur energetischen Gebäudesanierung bereitstellen, Investitionen in Stromspeicher fördern und Vorfahrtsregeln für neue Energie-Investitionen erlassen. Unter anderem sollen die Klagemöglichkeit gegen Stromtrassen eingeschränkt und der Bau unterirdischer Kohlendioxidspeicher erleichtert werden.

Die Botschaft ist unmißverständlich: Ab sofort wetteifert das Kabinett Merkel mit Rot-Grün darum, wer der effizientere Atomausstieger ist. In so eine scharfe Kurve hat sich in der Energiepolitik noch keine Regierung zuvor begeben.

Die Eile führt zu handwerklichen Fehlern. Zuerst sagte Kanzlerin Merkel, das Atomgesetz werde ausgesetzt. Dann fiel ihr auf, daß nur das Parlament dazu befugt ist. Zuerst dachte die Regierung, das Moratorium werde kein Geld kosten. Dann rechneten Juristen vor, daß Schadensersatz fällig werden könnte, wenn Konzerne gegen die Anweisung klagen.

Die große Schwachstelle ist der Paragraph, den Röttgens Atomstrategen zum Ausgangspunkt des neuen Kurses gemacht haben. Kernkraftwerke können laut Paragraph 19 des Atomgesetzes ganz oder zeitweilig vom Staat stillgelegt werden, wenn "Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter" bestehen.

Doch ist das so? Schließlich hat die Koalition denselben Anlagen noch kürzlich attestiert, sicher zu sein. Selbst im Bundesumweltministerium gibt es Zweifel. "Da legen wir das Atomge-

setz sehr weitgehend aus", heißt es intern.

Nun wächst die Sorge, daß die Stromindustrie auf eine finanzielle Kompensation drängen könnte. Der Stillstand der Meiler kostet die Branche rund 500 Millionen Euro. Deshalb begann schon kurz nach der Verkündung ihres Plans ein Schwarzer-Peter-Spiel. Röttgens Chefstrategie Hennenhöfer schrieb am 16. März an die Atomländer, er "bitte" sie, die vorübergehende Stilllegung auf den umstrittenen Paragraphen 19 zu gründen. Die Länder hatten mit einer knallharten Weisung gerechnet, weshalb der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister in der ungewöhnlich höflichen Formulierung eine Falle witterte: Der Bund, so seine Vermutung, wolle mögliche Folgekosten auf die Länder abwälzen.

Am vergangenen Donnerstag intervenierte er bei Kanzleramtschef Pofalla. Der versprach, der Bund werde das Land nicht hängenlassen, wenn es Probleme gebe. Schließlich erklärte sich Niedersachsen doch bereit mitzumachen. Im Gegenzug erwartet McAllister nun in der kommenden Woche beim Treffen mit der Kanzlerin Zusagen für ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes bei der Asse-Sanierung oder bei den Castortransporten nach Gorleben.

Zahlen müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), dem ein beschleunigter Ausstieg ohnehin Einbußen bescheren würde. Wenn Reaktoren dauerhaft abgeschaltet werden, könnten die Einnahmen aus der Brennelementesteuer künftig um etwa ein Fünftel zurückgehen, schätzen CDU-Finanzpolitiker.

Und ausgerechnet das Programm zur CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung könnte auf der Kippe stehen. 500 Millionen Euro, gut die Hälfte des Budgets in diesem Jahr, stammen aus dem Sonderfonds Energie, den die Konzerne speisen. Kein Wunder, daß in der Unionsfraktion Kritik laut wird. Ihr Chef, Volker Kauder, beruhigt seine Truppen mit der Prognose, daß in drei Monaten schon wieder alles anders sein könnte. "Ich lehne es ab, daß wir zum Start des Moratoriums schon wissen, was rauskommt", sagt er. Und der frühere CSU-Parteichef Erwin Huber warnt: "Die Union darf nicht so tun, als wäre die Energiepolitik, die sie seit Jahrzehnten vertreten hat, plötzlich alter Käse."

Noch hitziger ist vergangenen Dienstag die Stimmung in der FDP-Fraktion. Die Kanzlerin ist da, sie stellt das neue Konzept für die Euro-Rettung vor, doch die Atomdebatte dominiert. Schon wieder, so empfinden es viele Abgeordnete, wird die Fraktion von der Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Das sofortige Abschalten der sieben Meiler sei "ohne ein gesamtwirtschaftliches Konzept nicht zu machen", sagt der Berliner Abgeordnete Martin Lindner. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle läßt durchblicken, daß er die Vorbehalte teilt. Es sei typisch für die Deutschen, daß sie jetzt so "hysterisch" reagierten, sagt Brüderle. Keine Nation habe so hektisch Beschlüsse gefaßt wie Deutschland.

Andere frühere Atomkämpfer machen dagegen ihren Frieden mit der neuen Lage. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Georg Nüßlein, hat das Kernkraftwerk Gundremmingen im Wahlkreis stehen. Er hat es immer verteidigt. Nun sagt er: "Wenn dein Pferd tot ist, dann steig ab." Es gebe zwar noch ein paar Kollegen, die auf dem toten Gaul weiterreiten wollten. "Jetzt geht es aber um die Frage, wann und wie die Beerdigung stattfindet."

Die Meinungen in der Koalition gehen weit auseinander. Wie daraus ein konsistenter Kurs werden soll, weiß auch die Kanzlerin nicht. Das Risiko besteht, daß sich ihre Wende als Schnellschuß erweist: juristisch, finanziell und politisch.

### **Rot-grüne Spannungen**

Der Atomausstieg war nie ein Anliegen von Unionspolitikern, er war das identitätsstiftende Projekt der ersten rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder. Bis heute feiern es Sozialdemokraten wie Öko-Aktivisten als einen ihrer größten Erfolge, den mächtigen Stromkonzernen ein Enddatum für die Kernenergie abgetrotzt zu haben.

Verständlich, daß die beiden Parteien nun daran anknüpfen wollen. Am 27. März, das ist die

Botschaft ihrer Parteiführungen, wird in Baden-Württemberg nicht mehr nur über eine neue Landesregierung abgestimmt, sondern über die Energiewende in Deutschland. Über die Rückkehr zum Atomausstieg.

Um zu gewinnen, müssen Rote und Grüne vor allem bürgerliche Wähler gewinnen. Und die, so lautet die Analyse in den Parteizentralen von SPD und Öko-Partei, schätzen es nicht, wenn Politiker allzu rechthaberisch auftreten, schon gar nicht im Angesicht einer Jahrhundertkatastrophe. Deshalb lautet die neue rot-grüne Parole: nur nicht übertouren.

Die Grünen bemühten sich vorige Woche besonders darum, bloß nicht zu viel Triumph zu zeigen. Fraktionschef Jürgen Trittin gab sich im Bundestag betont staatsmännisch und sagte, auch für die Grünen werde es wegen der vielen neuen Stromleitungen, die nötig sind, "unbequem" werden. Man wolle sich als "Stimme der Vernunft" präsentieren, so die interne Ansage. Die Umfragen verzeichneten nach längerer Flaute wieder einen steigenden Zuspruch für die alte Anti-Atom-Partei. Der Grünen-Führung war das Beleg dafür, daß die Kraft in diesen Tagen vor allem in der Ruhe lag.

Das sollte auch der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Hans Christian Markert erleben. Der umweltpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion mailte vorigen Donnerstag einen Neun-Punkte-Plan zum beschleunigten Ausstieg aus der Atomwirtschaft nach Berlin, der radikaler war als das rot-grüne Vorläuferkonzept.

Dem Bundesvorstand ging das entschieden zu weit. Dessen Antrag für den kleinen Parteitag am Wochenende in Mainz blieb wesentlich vager. Danach wollen die Grünen den Ausstieg zwar bis 2017, aber sie "streben" ihn lediglich an - wenn bis dahin genügend Alternativenergien zur Verfügung stehen.

Die SPD kann sich über die neue politische Großwetterlage ebenfalls nicht ungetrübt freuen. Die Genossen plagt eine begründete Angst: Im Zweifel wählen die Leute das Original, und das sind in diesem Fall die Grünen. Um so lauter muß die SPD klappern. "Die Bundesregierung hat mutwillig den Energiekonsens zerstört, den SPD und Grüne in Deutschland hergestellt hatten", sagt Thüringens SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig. "Die Regierung ist gut beraten, zu diesem Energiekonsens zurückzukehren, damit spätestens 2021 das letzte Atomkraftwerk vom Netz geht."

So könnte die lautstarke Atomdebatte der vergangenen Woche paradoxerweise zu einem neuen politischen Konsens im Lande führen, mit dem rot-grünen Ausstiegsgesetz als Kompromißlinie. Die Angst vor dem Atom könnte zudem den Weg bahnen in eine grünere Energiezukunft, mit mehr Windrädern, neuen Elektrizitätsnetzen, aber auch höheren Strompreisen.

Noch ist nicht sicher, ob die Bundesbürger bereit sind, die Konsequenzen eines beschleunigten Atomausstiegs zu tragen. Höchst wahrscheinlich ist dagegen, daß es viele Europäer nicht sind.

Als die Kanzlerin vergangene Woche forderte, das Thema Atomkraft auf die Tagesordnung des europäischen Gipfels diese Woche in Brüssel zu setzen, meldeten die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens Vorbehalte an. "Frankreich unterstrich die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zur Wahl des Energiemix", heißt es in einem Drahtbericht der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel. Noch größer war der Widerstand der Briten, wie aus der Depesche hervorgeht: "Großbritannien", heißt es in dem Bericht, warne "vor übereiltem Aktionismus".<<

**02.04.2011**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. April 2011 (x887/...): >>Was wußten die Deutschen?**

*Alfred M. de Zayas* belegt, daß der Holocaust ein Staatsgeheimnis war

Noch ein Buch über das, was die Deutschen von Hitlers Mega-Verbrechen wußten oder nicht wußten! Dieser Seufzer kommt dem Kenner der Literatur über die Lippen angesichts der Viel-

zahl einschlägiger Veröffentlichungen, zuletzt Peter Longerich: "Davon haben wir nichts gewußt" und Frank Bajohr/Dieter Pohl: "Der Holocaust als offenes Geheimnis".

Wer dennoch zu "Völkermord als Staatsgeheimnis - Vom Wissen über die 'Endlösung der Judenfrage' im Dritten Reich" von Alfred M. de Zayas greift, bereut es nicht. Das Buch ist das Ergebnis von mehr als 35 Jahren Forschung in amerikanischen, britischen, deutschen und schweizerischen Archiven sowie Hunderten von Interviews mit Zeitzeugen, Beamten, Diplomaten, Heeres-, Marine- und Luftwaffenrichtern sowie auch Anklägern und Verteidigern beim Manstein-Prozeß.

So dokumentiert de Zayas, ein US-amerikanischer Völkerrechtler und Historiker, der Standardwerke über die Vertreibung und über die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts veröffentlicht hat, viel Neues und geradezu Sensationelles.

Doch zunächst zur Gliederung: Nach einer Skizze der zeitgeschichtlichen Forschung und der zeitgeschichtlichen Mängel bietet de Zayas Porträts namhafter Funktionäre des Dritten Reiches immer mit Blick auf die Frage, ob ihnen nach Kriegsende Mitwisserschaft nachzuweisen war. Einer aus dieser Galerie der Schwerstbelasteten ist Hitlers Nachfolger als Staatspräsident, Karl Dönitz, dem die Sieger in Nürnberg keine Mitwisserschaft hinsichtlich der Judenmorde anlasten konnten, und den de Zayas zweimal interviewte. Ein weiterer ist ein SS-Richter. Gönnen wir uns eine kurze Leseprobe:

"Vielleicht erscheint die Haltung Dönitz' ... (er hatte 1945 die Verfolgung der NS-Mörder angeordnet) erstaunlich ... Aber was ist unwahrscheinlicher als die Tatsache, daß die deutsche Gestapo in Lublin es war, die im Jahre 1943 die Morde in Lublin-Maidanek entdeckte und um eine Aufklärung der Morde ersuchte, und daß es der mit der Untersuchung von Korruptionsfällen beauftragte SS-Richter Dr. Georg Konrad Morgen war, der auf die Spur der Morde in Auschwitz kam und Verfahren einleitete, unter anderem gegen ... Rudolf Höß und SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann."

Was wußte der Widerstand? Sogar ein Mann wie Hellmuth James Graf von Moltke wußte nur Bruchteile. So lautet eine Einsicht, die wir der Lektüre verdanken.

Natürlich hat es über die Täter hinaus Mitwisser gegeben, nach de Zayas' Schätzung: ein Prozent Beteiligte und fünf Prozent Mitwisser. Doch Wissen allein begründet noch keine Schuld. Die beste Freundin der Mutter des Rezensenten hatte drei Söhne. Der älteste wurde, weil geistig behindert, Opfer der "Euthanasie" wie Hunderttausend andere. Also von Hitler ermordet! Das wußte die Mutter, das wußten der Vater und die Brüder (und auch wir). Dennoch taten die Männer als Soldaten weiter ihren Dienst. Was wäre die Alternative gewesen? Hätten sie den Dienst verweigert, hätte die leidgeprüfte Frau alle Söhne und ihren Mann verloren.

Gab es bei anderen Völkermorden Befehlsverweigerung in großem Umfang? Konnten die Verbrechen geheimgehalten werden, zum Beispiel die Liquidierung der Armenier? Lange Zeit ja. Und bis heute wissen es Millionen nicht oder wollen es nicht wissen.

De Zayas hat seine Forschung vollkommen unbefangen begonnen. Er hat gefragt und hinterfragt. Er stellt den Deutschen keinen Persilschein aus, lehnt aber die Kollektivschuldthese nicht nur als unhistorisch, sondern vor allem als menschenverachtend ab. Das Buch gehört in jede Bibliothek.

Alfred de Zayas: "Völkermord als Staatsgeheimnis - Vom Wissen über die 'Endlösung der Judenfrage' im Dritten Reich", ... München 2011 ...<<

**16.04.2011**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. April 2011 (x887/...): >>>Ohne Wahrheit keine Versöhnung**

*Heinz Nawratil* über die in der Öffentlichkeit gern verdrängten Fakten zur deutsch-polnischen Vergangenheit

Die beiden zentralen Thesen des Buches "Die Versöhnungsfalle - Deutsche Beflissenheit und

polnisches Selbstbewußtsein" von Heinz Nawratil sind:

Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten fand zwar infolge des Zweiten Weltkrieges statt, war aber nicht nur zur kollektiven Bestrafung der NS-Verbrechen gedacht, sondern vielmehr die Ausführung eines Planes, der schon auf die Zeit vor Hitler zurückgeht. Daraus ergibt sich die zweite These:

Der frühere polnische Chauvinismus steht dagegen, für die Vergangenheit die Polen ausschließlich als Opfer und die Deutschen ausschließlich als die Täter der historischen Verbrechen im gegenseitigen Verhältnis zu bezeichnen.

Nawratils Thesen sind in der öffentlichen Debatte unerwünscht. Doch in seinem Buch lassen sich zahlreiche Belege finden. Diese werden gekrönt durch ein Zitat aus den Schriften des Historikers Andreas Hillgruber, an dessen wissenschaftlicher Reputation nichts zu rütteln ist:

"Die Komplexität des Geschehens (im Zweiten Weltkrieg) wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der hitlerischen Expansionspolitik und ihrer rassenideologischen Grundlage interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Doch war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalsozialistische Herausforderung, es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch gelangten."

Und das Niveau unserer deutschen Verantwortlichen in dieser Thematik wird in diesem Buch aus einem Zitat des Bundeskanzlers Helmut Schmidt von 1979 deutlich:

"Wenn man ein bißchen in der Geschichte zurückdenkt oder sich orientiert, wie es damals war - 20, 30, 100 oder 200 Jahre - dann gibt es Gebiete, in denen haben nacheinander Wenden und slawische Völker, dann Polen, Russen, dann Deutsche Ritter, dann wieder Polen gesiedelt - ein ewiges Hin- und Hergeschiebe. Um Gottes willen, laßt uns da nicht wieder anfangen."

Unsere Staatsmänner haben "verinnerlicht", wie man seit ungefähr 1968 sagt, daß in der deutschen Politik nationale Akzente nach außen im Zweifel nicht konsensfähig sind und nach innen nichts bewirken, als der jeweiligen Opposition die Revanchismuskeule in die Hand zu drücken. So vorsichtig verhält sich auch unsere aktuelle Bundeskanzlerin. Anders ist es nicht erklärlich, daß sie die von Polen her rüde beleidigte Erika Steinbach schlicht im Stich ließ.

Wohlgemerkt: Dem Autor geht es keinesfalls um die nachträgliche In-Frage-Stellung der Oder-Neiße-Grenze. Denn ebenso wenig wie man von denjenigen, der über politische Merkwürdigkeiten bei unseren französischen Nachbarn berichtet, deswegen gleich behaupten kann, er wolle Elsaß-Lothringen zurückfordern, darf derjenige, der einige Einzelheiten über polnischen Chauvinismus zum Besten gibt, als Polenfeind abgestempelt werden.

Eines bleibt allerdings bestehen: In Polen scheint man sich insgeheim dessen bewußt zu sein, daß die deutschen Ostgebiete durch blutiges Unrecht, das gemäß manchen Völkerrechtlern sogar den Tatbestand des Völkermordes erfüllt, erworben worden sind. An diesem fortwehrenden Bewußtsein ändern auch die unverrückbarsten Verträge mit den deutschen Nachbarn nichts. Also muß es nach Kräften verdrängt werden, weshalb man zum Beispiel behauptet, man hätte 1945 die deutschen Ostgebiete gar nicht haben wollen.

Aber die West-Ideologen vor 1945, etwa Dmowski, hatten deren Gewinnung als eine "Rückkehr" ehemals piastischer Gebiete gefordert, die von den Deutschen nur entfremdet worden seien. Schon auf dem Prager Slawenkongreß von 1848 waren Stimmen laut geworden, die Slawen müßten die Germanen kräftig nach Westen zurückdrängen, denn auf beiden Seiten, auf "germanischer" (deutscher) und auf slawischer, begann man damals, sich in eine Art gegenseitiger Endkampf-Stimmung hineinzusteigern.

Es ist einzuräumen - das tut der Autor allerdings nicht -, daß eine polnische West-Expansion über die 1918/19 erreichten Grenzen hinaus zwar viele publizistische Befürworter fand, aber nicht offizielle polnische Außenpolitik gewesen ist. Der Fall ist ähnlich wie mit der Außenpo-

litik der Zaren im 19. Jahrhundert, die man nicht für alle Grotesken des in der Intelligenz des Reiches grassierenden Panlawismus in Haftung nehmen kann. Offen bleibt jedoch dabei die Frage, wie expansiv die polnische Deutschland-Politik geworden wäre, wenn die Machtverhältnisse es gestattet hätten.

Nach der Lektüre des Buches entsteht der Eindruck, daß, da man doch nun in Europa friedlich zusammenleben muß, nach 1945 auf deutscher Seite weitaus mehr an selbstkritischer Aufarbeitung der Vergangenheit stattgefunden hat als auf polnischer.

Der Autor zitiert Josef Ratzinger, der 1979 sagte, eine Liebe, die den Verzicht auf Wahrheit voraussetze, sei keine Liebe. Diese Anhebung auf die theologische Ebene ist gerade bei den Polen gerechtfertigt, da bei ihnen schon länger die Vorstellung umgeht, sie seien ein "messianisches" Volk, das eigentlich dazu da sei, eine Art göttlicher Harmonie unter den Völkern zu garantieren. Bei Papst Johannes Paul II. wurde daraus die Vorstellung, Polen müsse der EU beitreten, um diese von innen heraus moralisch zu läutern.

Mit Geschichtsklitterungen kommt man auf diesem Wege jedoch nicht vorwärts, siehe Ratzinger. Auch nicht mit dem in Polen unleugbaren Antisemitismus. Der berühmte Madagaskar-Plan zur Abschiebung der europäischen Juden war eine polnische, keine deutsche Erfindung! Das hat damit zu tun, daß ein "messianisches" Volk sich in Konkurrenz empfinden muß zum "auserwählten" Volk ...

Heinz Nawratil: "Die Versöhnungsfälle - Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein", ... München 2011 ...<<

## **22.04.2011**

**Syrien:** In zahlreichen syrischen Städten ereignen sich am 22. April 2011 große Demonstrationen Präsident Assad. Während der gewaltsamen Auseinandersetzungen werden vermutlich über 70 Demonstranten getötet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Syrischen Bürgerkrieg ab 2011 (x348/63-65): >>**Syrien:**

### **Wie alles anfing**

Ein Konflikt in der Beduinenstadt Daraa im Frühjahr 2011 war der Zündfunke, der Syrien in Brand setzte. Obwohl Präsident Assad alle Forderungen der Bewohner erfüllte, begannen ausländische Kämpfer mit dem Schießen.

*\_ von Dorothea Schäfer*

Geplant war es schon lange. Angefangen aber hat es in Daraa, einer Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Jordanien. Obwohl Daraa eine Beduinenhochburg ist wie Homs und Hama, hat man es anfangs im Westen so dargestellt, als sei es der Beginn einer Studentenrevolte. Das war falsch, denn den Studenten ging es in Daraa wie überall in Syrien durch die Bank gut. Es war ganz anders: Da war eine Gruppe Jugendlicher, fast noch Kinder, die Anfang Februar 2011 verantwortlich zeichneten für eine Aktion, bei der es zu Personen- und Sachschaden kam. Die Fast-noch-Kinder landeten im örtlichen Gefängnis, wo man ihnen un- gut mitspielte.

Es waren Tage vergangen, bis die Väter und Onkel und Scheichs einen Termin beim Bürgermeister erreicht hatten. Sie wurden vorstellig und baten: "Gebt uns unsere Söhne und Neffen zurück. Es sind Tage vergangen, sie hatten Strafe genug - und es sind Kinder, einige unter ihnen sind gerade erst sechzehn Jahre." Der Disput ging hin und her.

In dieser Gegend tragen die Beduinen traditionelle Bekleidung: den langen Kaftan und als Kopfbedeckung Kufiya, ein weißes oder farbiges Baumwolltuch, gehalten von einer meist schwarzen Baumwollkordel, dem Aqal. Außer im ganz privaten Umfeld gehört es sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung zu zeigen; es wäre nicht ehrenvoll. Die Kopfbedeckung ist ein Symbol für die Ehre, insbesondere die Aqal.



"Gib uns unsere Kinder zurück - sie sind das Kostbarste, das wir haben. Wir ergeben uns Dir - sag, was Du willst. Und als Pfand unserer Unterwerfung geben wir unsere Ehre!", sagten die Väter und Onkel und nahmen - Welch ein Schritt! - zum Zeichen, wie ernst es ihnen war, vor dem Bürgermeister ihre Kufiyas und Aqals ab und legten sie auf seinen Schreibtisch. Welch Geste!

### **Assad stoppt die Bürokraten**

Und der Bürgermeister? Der machte eine wegwerfende Geste mit dem Arm und fegte seinen Schreibtisch leer: "Weg mit diesem dreckigen Zeug..." und mit einer Handbewegung ließ er den in Kufiyas und Aqals manifestierten Stolz der Beduinen im nächstbesten Papierkorb entsorgen. Nun... daraufhin ging es recht heftig zu. Nicht nur auf dem Bürgermeisteramt - das ganze Städtchen Daraa probte den Aufstand.

Die Kunde drang ziemlich schnell zum Präsidenten, der umgehend reagierte: Die Kinder kamen, wenn auch etwas lädiert (und wie gemunkelt wird, soll wohl auch eines gefehlt haben) umgehend aus dem Gefängnis frei. Der Bürgermeister, wie auch der ebenfalls in die Affäre verwickelte Gouverneur, wurden ihres Amtes enthoben und zur Verantwortung gezogen. Und - geübt im Umgang mit all den Ethnien in seinem Land - schickte der Präsident seine Entschuldigung an die Väter, Onkel und Scheichs, einhergehend mit einer Einladung zum Gespräch im Präsidentenpalast. Ganz im Sinne der Beduinentraditionen hieß es in der präsidentialen Nachricht: "Nur ihr und ich - keiner dazwischen!"

Kaum war die Nachricht überbracht, trafen Reisebusse aus Damaskus ein, und nicht nur die Väter, Onkel und Scheichs nahmen Platz, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims. Der Präsident entschuldigte sich: Es hätte niemals vorkommen dürfen. Und er hörte dem zu, was ihm die Beduinen berichteten, und man diskutierte, was für die jungen Leute getan und was verbessert werden konnte. Es wurde auch erörtert, wie es überhaupt zu den Vorfällen kommen konnte - Graffiti und mutwillige Zerstörung an Gemeinschaftseigentum werden in der Region bei der jungen Generation nicht nur kaum praktiziert, sondern sind eher ziemlich unbekannt.

Zwei- bis dreimal am Tag wurde von verummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal.

Die Spur führte zu einer Lehrerin, die den Jugendlichen ausführlich geschildert hatte, wie es im Westen zugeht und sie zu ihrem Tun ermutigt hatte. Von ihr hatten sie erfahren, daß dies "Revolution" sei. Ein im gegebenen Kontext eher skurril anmutendes Detail, dem man zu jenem Zeitpunkt nicht übermäßig Aufmerksamkeit schenkte - das kam erst später, als ein anderer Zusammenhang da war.

Irgendwann dann ging es im Gespräch um Wiedergutmachung. "Was wollt ihr?", fragte Assad. Das Entrichten von Blutgeld oder ähnlichen Wiedergutmachungen ist in Beduinenkreisen auch heute nichts Ungewöhnliches, sondern eine nützliche und heutzutage zunehmend praktizierte Technik, die Blutrache und ähnliche Dinge vermeiden hilft.

Da war Verschiedenes, das sie sich zum Teil lange schon für ihr Städtchen, für ihre Gemeinschaft, für die Familie gewünscht hatten. Der Präsident sagte: Ja. Und: Ja. Und dann kam ein merkwürdiger Wunsch, der zentrale Wunsch: Man habe aufgrund der Vorfälle derzeit das Vertrauen in die Obrigkeit verloren, man brauche Zeit und Abstand, um dieses wiedergewinnen zu können.

Aus diesem Grund wolle man für einen näher zu bestimmenden Zeitrahmen keine Staatspräsenz, insbesondere keine Polizei mehr in Daraa. Der Präsident war verblüfft: Keine Polizei? Was sei denn bei kleinkriminellen Vorfällen wie Diebstahl, Einbruch, Betrug? - "Wir schützen uns selbst", lautete die Antwort. Und die Regelung des zeitweise nicht unerheblichen Verkehrsaufkommens an zentralen Brennpunkten der City? - "Wir regeln das selbst". Assad zögerte: Für wie lange solle die Regelung denn gelten? Ein paar Wochen nur ... Nun gut. Er

gewährte auch dies.

Die Väter, Onkel und Scheichs, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims nahmen ihre Plätze in den Bussen wieder ein und fuhren heim. Dort gab es viel zu berichten von der Reise nach Damaskus, und zunächst ließ sich alles erstaunlich gut an: Man organisierte sich selbst und es funktionierte, sogar der Straßenverkehr soll, nachdem die Beduinen die Regelung übernommen hatten, reibungsloser funktioniert haben.

### **Ankunft der Terroristen**

Es waren keine zwei Wochen ins Land gegangen, da tauchten Fremde auf in Daraa. Erst einige, dann viele, und immer mehr. Zunächst aus Jordanien und dem Libanon, dann aus Saudi-Arabien und Ägypten. Erst einfach nur Fremde, die sich unter die Bevölkerung mischten:

"Ihr seid doch wohl nicht zufrieden, nach all dem, was hier passiert ist! Ihr habt euch mit wenig abspeisen lassen! Schön blöd - reingefallen! Habt euch von der Regierung einwickeln lassen, typisch Beduinen - einfache Gemüter. Wann werdet ihr lernen, euch zu wehren? Laßt euch das doch nicht gefallen. Ihr wart doch mal Krieger - die Herren der Wüste! Und jetzt? Jetzt kuscht ihr!"

Daraa ist ein Grenzstädtchen ganz im Süden. Israel ist nicht weit, es sind nur 50 Kilometer Luftlinie nach Tiberias und 75 nach Nazareth. Nach dem sogar nur 25 Kilometer entfernten Idlib auf der jordanischen Seite ist es lediglich ein Katzensprung, ein schmaler Streifen Wüste, durch den die Grenzlinie verläuft. Wer will sie kontrollieren?

Bald kamen Hunderte und Aberhunderte, darunter ein Trupp jordanischer Krimineller und Outlaws. Die syrische Regierung beschwerte sich, Jordanien entschuldigte sich, aber die Leute blieben. Man hatte ihnen Sold gegeben und sie mit Waffen ausgestattet. Auch einige Militärs aus Nachbarländern. Zwei Generäle recht unterschiedlicher Herkunft und ohne Visum wurden festgenommen. Aus Ägypten kamen Spezialistentrupps, ebenfalls besoldet. Dieselben, die bereits erfolgreich die ersten Anstöße des "Frühlings" in Ägypten losgetreten hatten, ehe im zweiten Schritt dann die Studenten und die Jugend mobilisiert wurden.

Und dann, kurz vor Ostern 2011, ging es los: sinnlose Gewalt, Übergriffe, Schüsse, Bomben. Zwei- bis dreimal am Tag wurde von verummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal. Dann kamen die Panzer. Jürgen Todenhöfer beschreibt in einem seiner Augenzeugenberichte, wie er selbst bei seinen Recherchen in einen solchen Kugelhagel aus dem Hinterhalt geriet. Er schildert auch, wie ihn die Menschen auf der Straße anhielten und ihm Vorwürfe machten, weil auf Druck des Westens die Panzer abgezogen wurden und seither mehrmals täglich wieder das Kreuzfeuer hemmungslos von den Dächern prasselt.

### **Scheichs und Agitatoren**

Schon bald breiteten sich die Unruhen in die umliegenden Beduinengebiete aus. Selbst in den Tiefen der Wüste schwanden die Chancen auf Frieden und Glück. Dörfer, die bisher gut zusammengelebt hatten, gerieten in Feindschaft. Ein Beispiel: In einem sunnitischen Dorf gab es Gerede über Waffen in großen Mengen, die in ein alawitisches Dorf in der Nachbarschaft geliefert worden seien. Die betagten Scheichs aus beiden Ortschaften, die ein Leben lang freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Stämmen gepflegt hatten, trafen sich. "Was soll das? Wir hören schlechte Nachricht, daß ihr euch bewaffnet!", sagt der eine. "Ja", sagt der andere, "denn wir wissen, daß es bei euch ebenso ist."

Und auch durch diese entlegenen Gegenden zogen die Trupps der Agitatoren. "Geht nach Homs, geht kämpfen, laßt eure Brüder nicht alleine, gemeinsam werdet ihr siegen!" Immer wieder ziehen sie durch die Dörfer, und immer wieder finden sich junge Leute, die zum einen gern ein bißchen Geld für die Familie annehmen und zudem glauben wollen, was man ihnen erzählt: daß es ehrenvoll sei, für eine gute Sache zu kämpfen, daß es gut sei, den alten Kampfgeist ihrer Vorfahren aufleben zu lassen, daß sie gute Chancen hätten, ins Fernsehen zu kom-

men - nicht nur in Al Jazeera, sondern sogar ins europäische Fernsehen -, daß sie zum Ruhm ihres Stammes an der neuen Regierung beteiligt sein würden und vor allem, daß die arabischen Landsleute endlich, endlich die Leistung der Beduinen anerkennen würden. ...

Was nützt es schon, dagegen zu halten und zu erklären, daß im Westen zwar täglich über Syrien berichtet wird, doch keiner ahnt, was es mit den Beduinen auf sich hat, mit den Agitatoren, mit der im Westen verherrlichten Splittergruppe der Exil-Opposition, die nicht mal einen Plan hat, wie es nach dem Sturz weiter gehen soll. Braucht sie auch nicht - da hilft der Westen dann sicher gerne aus.

Ebenso nutzlos ist es, hierzulande zu hinterfragen, warum die Medien in China und der Sowjetunion so unterschiedlich zu unseren berichten, daß man kaum glauben mag, daß vom selben Land die Rede ist. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß wir die Guten sind und am besten wissen, was gut für jedermann ist. Wir, der Westen, helfen gerne - sei es zum eigenen Vorteil, sei es aus uninformatem Gutmenschentum. Man nenne nur ein einziges Land in der Region, wo die Folgeschäden dieser "Hilfe" reparabel wären.

\_ Dorothea Schäfer bereist das syrische Kernland, so auch Homs, Hama, Daraa und die Umgebung seit vielen Jahren. Berichte ihrer dortigen Freunde haben den obigen Artikel möglich gemacht. - Erstveröffentlichung in COMPACT 9/2012.<<

**23.04.2011**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. April 2011 (x887/...):

>>**Frieden schaffen**

von *Max Klaar*

Die immer noch aufrechterhaltene Feindstaatenklausel der UN gegen das Deutsche Reich ist abzulösen. Die ehemaligen Kriegsgegner sollen zum Wohle ihrer Völker auf der Grundlage eines Friedensvertrages als souveräne, gleichberechtigte Partner den Weg der Sicherheit und Zusammenarbeit durch friedlichen Interessenausgleich beschreiten.

Dazu schlägt der Verband deutscher Soldaten e.V. vor:

1. Gegenseitiges auf ewig gültiges Verzeihen aller aneinander begangener Völkerrechtsverbrechen im Zuge der Kriegshandlungen.
2. Gegenseitiger und endgültiger Verzicht darauf, sich diese Verbrechen wechselseitig vorzuwerfen und Ansprüche daraus geltend zu machen. Die unselige und rückwärtsgewandte Kriegsschulddebatte ist nach den beiden Weltkriegen zu beenden. Dazu halten wir für erforderlich:
3. Öffnung aller Archive der ehemaligen Kriegsgegner zur Erforschung der wahren Gegebenheiten in den Abläufen 1910 bis 1950 und Rückgabe der beschlagnahmten, unverfälschten Archivstücke auf Gegenseitigkeit.
4. Berufung einer Wahrheitsfindungs-Kommission von unabhängigen Historikern zur Auswertung der bisher geheimgehaltenen Dokumente aus verschlossenen Archiven und Übernahme ihrer Ergebnisse in die Bildungsarbeit. Der Frieden soll zwischen den Vertragspartnern unumkehrbar gemacht werden. Das ist zu erreichen durch:
5. Beendigung aller Besatzungen und Auflösung militärischer Fremdstationierungsstützpunkte im Vertragsgebiet.
6. Unverletzlichkeit aller Staatsgrenzen der Vertragspartner.
7. Rückgabe beschlagnahmten Eigentums; wo das nicht möglich ist, wird über eine Regelung Einigkeit hergestellt.
8. Verpflichtung zur Öffentlichkeit der Diplomatie.
9. Umwandlung der Nato zur Neso (Northern Earth Security Organisation). Diese soll als politische Organisation und zugleich reine Verteidigungsgemeinschaft gewährleisten, daß kein Mitglied im Bunde mit anderen Mitgliedern dieser Organisation gegen einen dritten Staat der Gemeinschaft aus Eurasien und Nordamerika koalieren kann.
10. Die Neso soll den freien Welthandel sichern. Sie erklärt dazu die Offenheit der Handelswege zu Land, Luft und See.
11. Piraterie wird geächtet. Alle Nationen haben zur Abwehr der Piraterie das Notwehrrecht.
12. Die Neso-Staaten erklären den Verzicht auf Gewalt als Mittel ihrer Politik. Sie werden das Selbst-

bestimmungsrecht der Völker respektieren und nie wieder als erste Waffen einsetzen. Nur die UN haben das Gewaltmonopol, gegen Staaten vorzugehen, die Völkerrechtsverbrechen wie Völkermord und/oder Vertreibung begehen.

13. Die Neso-Staaten werden keinen anderen Staat unterstützen, der sich künftig des Völkerrechtsverbrechens der Vertreibung und/oder des Völkermordes schuldig macht.

14. Die Neso-Staaten garantieren religiöse Toleranz und werden keine religiösen Dominanzbestrebungen zulassen.

Auf der Grundlage dieser Punkte sind die Regierungen aller betroffenen Staaten zu einer Friedenskonferenz nach Münster und Osnabrück einzuladen, um den Zweiten Weltkrieg abzuschließen und dadurch künftigen Generationen die Perspektive einer friedlichen Zukunftsordnung in gegenseitiger Achtung und Verantwortung zu ermöglichen.

Nachdruck aus "Soldat im Volk". Max Klaar ist Oberstleutnant a.D. und Bundesvorsitzender des Verbandes deutscher Soldaten e.V.<<

**27.04.2011**

**BRD: Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (TAB) berichtet am 27. April 2011 dem Deutschen Bundestag über die Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften - am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung. Drucksache 17/5672 (x1.066/...): >>Vorwort des Ausschusses**

Als Lebensadern hochtechnisierter Industrienationen gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energieversorgung, funktionierende Wasserver- und Abwasserentsorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und Transportwege sowie eine jederzeit zugängliche Informations- und Telekommunikationstechnik.

Deshalb beauftragte der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) zu untersuchen, wie sich ein langandauernder und großflächiger Stromausfall auf besonders kritische Infrastrukturen wie z.B. Trinkwasser, Abwasser, IuK-Systeme, Finanz- und Gesundheitsdienstleistungen auswirken könnte, insbesondere im Fall eines Kaskadeneffekts über Länder- und nationale Grenzen hinweg.

Die Abhängigkeit von solchen (kritischen) Infrastrukturen hat sich in Deutschland in der Folge von Naturkatastrophen und technischen Störungen in den letzten Jahren bereits mehrfach gezeigt (Elbe- und Oderhochwasser 2002/2005, Stromausfall Münsterland 2005, Sturm Kyrill 2007). Versorgungsengpässe, Störungen der öffentlichen Sicherheit und Beeinträchtigungen im Straßen- und Schienenverkehr haben einen Eindruck von der Verletzbarkeit moderner Gesellschaften gegeben sowie höchste Anforderungen an das Gesundheits-, Notfall- und Rettungswesen gestellt.

Aufgrund der großen Abhängigkeit nahezu aller Kritischen Infrastrukturen von der Stromversorgung, kommt dem Szenario eines großflächigen und längerfristigen Stromausfalls mit der Folge massiver Versorgungsstörungen, wirtschaftlicher Schäden sowie Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit eine zentrale Bedeutung zu. ...

Berlin, den 7. April 2011

### **Zusammenfassung**

In modernen, arbeitsteiligen und hochtechnisierten Gesellschaften erfolgt die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen durch ein hochentwickeltes, eng verflochtenes Netzwerk "Kritischer Infrastrukturen". Dazu zählen u.a. Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Energieversorgung oder das Gesundheitswesen. Diese sind aufgrund ihrer internen Komplexität sowie der großen Abhängigkeit voneinander hochgradig verletzlich.

Terroristische Anschläge, Naturkatastrophen oder besonders schwere Unglücksfälle haben nicht erst im zurückliegenden Jahrzehnt offenkundig gemacht, welche weitreichenden Folgen die Beeinträchtigung oder der Ausfall Kritischer Infrastrukturen für das gesellschaftliche Sy-

stem insgesamt haben können.

Aufgrund der nahezu vollständigen Durchdringung der Lebens- und Arbeitswelt mit elektrisch betriebenen Geräten würden sich die Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls zu einer Schadenslage von besonderer Qualität summieren. Betroffen wären alle Kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern. Trotz dieses Gefahren- und Katastrophenpotentials ist ein diesbezügliches gesellschaftliches Risikobewußtsein nur in Ansätzen vorhanden. ...

### **Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls**

Als Ursachen für einen langandauernden und regional übergreifenden Stromausfall kommen u.a. technisches und menschliches Versagen, kriminelle oder terroristische Aktionen, Epidemien, Pandemien oder Extremwetterereignisse in Frage. Vielfach wird erwartet, daß künftig die Ausfallwahrscheinlichkeit größer wird, u.a. deshalb, weil die Gefahr terroristischer Angriffe und klimabedingte Extremwetterereignisse als Ursachen eines Netzzusammenbruchs zunehmen werden.

Aufgrund der Erfahrungen mit bisherigen nationalen und internationalen Stromausfällen sind erhebliche Schäden zu erwarten. Bisherige Stromausfälle dauerten höchstens einige Tage, einige verursachten jedoch geschätzte Kosten von mehreren Mrd. US-Dollar. Für den Fall eines mehrwöchigen Stromausfalls sind die Schäden zu erwarten, die um Größenordnungen höher liegen.

Die verschiedenen Sektoren Kritischer Infrastrukturen sind umfassend von einer kontinuierlichen Stromversorgung abhängig. Unterstellt man das Szenario eines mindestens zweiwöchigen und auf das Gebiet mehrerer Bundesländer übergreifenden Stromausfalls, kämen die Folgen einer Katastrophe nahe. ...

### **Lebensmittel**

Der Sektor Lebensmittel umfaßt die komplexe Versorgungskette von der Rohstoffproduktion bis zur Abnahme von Fertigerzeugnissen durch den Endverbraucher. Als Folge des Stromausfalls ist die Versorgung mit Lebensmitteln erheblich gestört; deren bedarfsgerechte Bereitstellung und Verteilung unter der Bevölkerung werden vorrangige Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängt nicht nur das Überleben zahlreicher Menschen ab, sondern auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Aufgrund fehlender Klimatisierung und Durchlüftung kommt es innerhalb der ersten Tage zu Schäden in der Unterglasproduktion von Obst und Gemüse sowie an Lagergut. In der Tierhaltung werden die für Leben und Gesundheit der Tiere wichtigen Funktionen in der Stalltechnik zunächst durch (vorgeschriebene) NSA aufrechterhalten. Der Ausfall der weiteren Stall- und Melktechnik beeinträchtigt jedoch das Wohlbefinden der Tiere und kann bei Milchvieh zu Euterentzündungen und in der Folge zum Tod führen.

Sobald der Treibstoffvorrat für die NSA erschöpft ist, was zumeist nach 24 Stunden der Fall ist, leiden die Tiere unter der manuell nicht zu leistenden Versorgung mit Futter, Wasser und Frischluft. Am problematischsten ist die Versorgung von Schweinen und Geflügel in Beständen mit mehreren Tausend Tieren. Unter diesen Bedingungen überleben die Tiere oft schon die ersten Stunden nicht.

Die weiterverarbeitende Lebensmittelindustrie fällt zumeist sofort aus, so daß die Belieferung der Lager des Handels unterbrochen wird. Diese halten zwar umfangreiche Lebensmittelbestände vor, allerdings überwiegend in Form von (Tief-)Kühlprodukten. Nur wenige Lager können die erforderliche Notstromversorgung länger als zwei Tage aufrechterhalten. Dadurch werden auch der Warenumsatz und damit die Versorgung der Filialen massiv beeinträchtigt. Dort leeren sich die Regale innerhalb weniger Tage.

### **Verletzbarkeit und Bewältigungskapazitäten**

Der Lebensmittelhandel erweist sich angesichts der erhöhten Nachfrage als das schwächste

Glied der Lebensmittelversorgung. Schon nach wenigen Tagen ist mit ernsthaften Engpässen bei der Lebensmittelversorgung zu rechnen. Mit dem Ziel der Katastrophenbewältigung könnten die Behörden u.a. folgende Maßnahmen ergreifen:

- Auf Grundlage des Ernährungsvorsorgegesetzes wird die rationierte Freigabe der Bestände der "Zivilen Notfallreserve" und der "Bundesreserve Getreide" veranlaßt. Diese werden, wo möglich, weiterverarbeitet und über sogenannte Sammelverpflegungseinrichtungen ausgegeben.

- Auf der Basis des Verkehrsleistungsgesetzes (VerkLG) werden Transportkapazitäten bereitgestellt. Ergänzend wird eine intensivierete übergebietliche Belieferung der betroffenen Region durch den Handel in Gang gesetzt.

- In ausgewählten Filialen des Lebensmittelhandels werden Ausgabestellen für Lebensmittel eingerichtet.

Diese werden mit NSA ausgestattet und bei der Treibstoffzuteilung berücksichtigt. Die entsprechenden Unternehmen koordinieren in Abstimmung mit den Behörden die erforderliche Logistik.

- Da ein großer Teil der Bevölkerung über keine Möglichkeit zur Zubereitung warmer Mahlzeiten verfügt, werden, z.B. durch THW, Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und Bundeswehr, Großküchen errichtet bzw. warme Mahlzeiten ausgegeben.

Trotz größter Anstrengungen kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die flächendeckende und bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittellieferungen nur ungenügend gewährleistet werden. Eine Kommunikation über Vorrat und Bedarf zwischen Zentrale, Lager und Filiale ist wegen des Ausfalls der Telekommunikationsverbindungen erheblich erschwert. Das behördliche Katastrophenmanagement leidet erheblich unter dem Fehlen eines einheitlichen Lagebilds, so daß auch eine länderübergreifende Planung und Koordinierung von Maßnahmen drastisch erschwert sind. ...

### **Gesundheitswesen**

Nahezu alle Einrichtungen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung sind von Elektrizität unmittelbar abhängig. Das dezentral und hocharbeitsteilig organisierte Gesundheitswesen kann den Folgen eines Stromausfalls daher nur kurz widerstehen. Innerhalb einer Woche verschärft sich die Situation derart, daß selbst bei einem intensiven Einsatz regionaler Hilfskapazitäten vom weitgehenden Zusammenbrechen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung auszugehen ist.

Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. Krankenhäuser können mit Hilfe von NSA noch einen eingeschränkten Betrieb aufrechterhalten, Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime aber müssen zumindest teilweise geräumt werden und Funktionsbereiche schließen. Die meisten Arztpraxen und Apotheken können ohne Strom nicht mehr weiterarbeiten und werden geschlossen.

Arzneimittel werden im Verlauf der ersten Woche zunehmend knapper, da die Produktion und der Vertrieb pharmazeutischer Produkte im vom Stromausfall betroffenen Gebiet nicht mehr möglich sind und die Bestände der Krankenhäuser und noch geöffneten Apotheken zunehmend lückenhaft werden. Insbesondere verderbliche Arzneimittel sind, wenn überhaupt, nur noch in Krankenhäusern zu beziehen. Dramatisch wirken sich Engpässe bei Insulin, Blutkonserven und Dialysierflüssigkeiten aus. ...

### **Versorgung mit Treibstoff und Notstrom**

Für das Katastrophenmanagement ist die Verfügbarkeit der Ressource Treibstoff von zentraler Bedeutung. Unabdingbar ist die Versorgung beispielsweise von

- Einsatzfahrzeugen der Hilfsorganisationen und Unterstützungskräfte;

- dieselbetriebenen Schienenfahrzeugen zur Räumung liegengeliebener Züge und für Transportzwecke sowie Busse des ÖPNV zur Aufrechterhaltung minimaler Transportdienstleistungen.

gen;

- NSA, die sensible Infrastrukturkomponenten (wie Einsatzleitstellen, Feuerwehrhäuser, mobile Funkstationen) funktionsfähig halten.

Grundsätzlich bieten trotz der ungünstigen Randbedingungen - wie insbesondere der Ausfall von Tankstellen - die existierenden Bewältigungskapazitäten in Form von Treibstoffvorräten notwendige Voraussetzungen für die erforderliche Mobilität der Akteure des Katastrophenmanagements.

Beispielsweise stehen durch die gesetzlich vorgeschriebene Erdölbevorratung erhebliche Treibstoffreserven zur Verfügung, die den Bedarf auch während eines langandauernden Stromausfalls decken könnten. Da Benzin und Diesel vor allem in oberirdischen Tanklagern vorgehalten werden, können dort die Tankwagen oder -züge nach dem Schwerkraftprinzip befüllt werden, falls Strom nicht zur Verfügung steht.

Trotz dieses Potentials ist es fraglich, inwieweit diese Kapazitäten und Ressourcen bei einem Stromausfall aktiviert und genutzt werden können. So dürften angesichts der Beeinträchtigungen der Verkehrsinfrastrukturen die Transportfahrzeuge nicht schnell und umfassend genug einsetzbar sein, um Treibstoffengpässe insbesondere in den urbanen Zentren zu verhindern.

Schließlich ist die Koordinierung und bedarfsgerechte Verteilung von Treibstofflieferungen eine äußerst komplexe Aufgabe - selbst wenn es gelänge, ausreichend Tankfahrzeuge von Mineralölkonzernen und Logistikdienstleistern auf der Basis des VerKLG einzubinden: Da ein großflächiges Gebiet betroffen ist, sind Probleme bei der Abstimmung von Zuständigkeiten sowie logistische Herausforderungen zu erwarten.

Problemverstärkend wirken die defizitären Kommunikationsmöglichkeiten, so daß es vielerorts zu Situationen der Fehl- oder Unterversorgung kommen wird.

Insgesamt wird deutlich, daß umfangreiche Vorkehrungen zur Gewährleistung von Transportdienstleistungen für die Versorgung mit Treibstoff im Krisenfall bestehen. Jedoch wird unter den spezifischen Bedingungen eines Stromausfalls die zeitnahe und gutkoordinierte Aktivierung und Verteilung der Treibstoffreserven ein kritischer Faktor für die Folgenbewältigung sein.

Ein Ansatzpunkt zur Erhöhung der Resilienz des Sektors bestünde in einer Verbesserung der unmittelbar vor Ort verfügbaren Ressourcen. Beispielsweise könnte vorgesehen werden, ausgewählte Tankstellen mit NSA auszustatten und kontinuierlich mit Treibstoff zu versorgen. Unter der Prämisse, daß diese prioritär für die Zwecke der Behörden und der Hilfsorganisationen zur Verfügung stehen, wären der Zeitdruck bei der Zuführung von Treibstoffreserven gemindert und die Mobilität und Handlungsfähigkeit der Einsatzkräfte für eine gewisse Zeit sichergestellt. Zugleich wäre es zum kontinuierlichen Betrieb von NSA erforderlich, an ausgewählten relevanten sicherheitskritischen Standorten zeitgerecht den notwendigen Brennstoff nachzuführen. ...

### **Information und Sensibilisierung der Bevölkerung**

Hinsichtlich der Informiertheit und der Einstellung der Bevölkerung ist ein erhebliches Defizit zu konstatieren. Die Stromversorgung als Kritische Infrastruktur ist für die Bevölkerung kein Thema, die Möglichkeit von Stromausfällen und die Folgen einer Unterbrechung der Stromversorgung werden ausgeblendet. Erlebte Stromausfälle werden meist schnell vergessen.

Katastrophen wie Stromausfälle werden meist mit Extremwetterereignissen und Terrorismus assoziiert. Da Naturereignisse als unvermeidbar wahrgenommen werden und dem Terrorismus mit einer Art Fatalismus begegnet wird, meint man, als Privatperson diesen vermeintlich alleinigen Ursachen nicht vorsorgend begegnen zu können.

Dementsprechend gibt es keine nennenswerte Vorbereitung der Bevölkerung auf einen Stromausfall, und die Fähigkeiten zur Bewältigung seiner Folgen sind in dieser Hinsicht ungenügend. Angesichts der geringen Sensibilität für das Risiko und die Gefahren eines Stromaus-

falls sollte darüber nachgedacht werden, wie das Interesse der Bevölkerung durch Informationen und Beratung zu wecken und aufrechtzuerhalten wäre, um in Krisensituationen die Bürger in geeigneter Weise ansprechen zu können.

Dazu wäre zunächst eine wissenschaftlich fundierte Strategie für die Risikokommunikation mit der Bevölkerung vor einem Stromausfall zu erarbeiten. Dabei sollten die Bürger nicht als passive Katastrophenopfer, sondern als kompetente und aktiv handelnde Akteure betrachtet werden.

### **Fazit**

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein.

Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern.

Weitere Anstrengungen sind deshalb auf allen Ebenen erforderlich, um die Resilienz der Sektoren Kritischer Infrastrukturen kurz- und mittelfristig zu erhöhen sowie die Kapazitäten des nationalen Systems des Katastrophenmanagements weiter zu optimieren. Der Stromausfall als ein Paradebeispiel für "kaskadierende Schadenswirkungen" sollte deshalb auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft weiterhin hohe Priorität haben, auch um die Sensibilität für diese Thematik in Wirtschaft und Bevölkerung zu erhöhen. ...

## **I. Einleitung**

### **1. Verletzlichkeit moderner Gesellschaften**

Als Lebensadern der modernen, hochtechnisierten Gesellschaften gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energietransportnetze, funktionierende Wasserversorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und -wege sowie eine jederzeit zugängliche und nutzbare Informations- und Telekommunikationstechnik.

Sie bilden zusammen mit weiteren Sektoren (wie Behörden und Verwaltung, Gesundheitswesen) die "Kritischen Infrastrukturen" moderner Gesellschaften. Diese stellen die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen sicher. ...

### **2.3 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung**

Wasser ist als nichtsubstituierbares Lebensmittel und Garant für hygienische Mindeststandards eine unverzichtbare Ressource zur Deckung menschlicher Grundbedürfnisse.

Zugleich ist Wasser auch für Gewerbe, Handel, Industrie und öffentliche Einrichtungen von substantieller Bedeutung. Es ist zum Beispiel als Kühl-, Lösch- und Prozeßmittel sowie als Rohstoff ein notwendiger Input und Produktionsfaktor.

Wasserinfrastruktursysteme, also Systeme zur Wasserver- und Abwasserentsorgung, sind komplexe technische Systeme zur simultanen Erbringung verschiedener Dienstleistungen.

Sie dienen u.a. der Bereitstellung von Trink und Löschwasser sowie der Ableitung von Schmutz- und Regenwasser aus privatem und öffentlichem Raum, der Siedlungshygiene und dem Gewässerschutz. Die im vergangenen Jahrhundert in Deutschland errichteten Wasserinfrastrukturen sind in der Regel Systeme von zentralem Aufbau. Verteilung und Ableitung erfolgen über weitverzweigte Leitungsnetze. Die Dimensionierung des Versorgungsleitungsnetzes richtet sich am Bedarf aus, der durch Verbrauch an Trinkwasser und der vorzuhaltenden Löschwasserreserve gegeben ist. ...



### **2.3.6 Fazit**

Im Bereich der Wasserversorgung wird elektrische Energie in der Wasserförderung, -aufbereitung und -verteilung benötigt. Besonders kritisch für die Gewährleistung der jeweiligen Funktion sind elektrisch betriebene Pumpen. Fallen diese aus, kann das Wasser nicht durch die Verarbeitungsstufen und in das Verteilungssystem geführt werden. Nur in wenigen Fällen läßt sich in der Wasserverteilung ein freies Gefälle ausnutzen (z.B. in der Fernwasserleitung, die den Ostharz mit Leipzig verbindet).

In der Wasseraufbereitung gibt es energieintensive Prozesse, auf die zu Energiesparzwecken bei einem Stromausfall möglicherweise verzichtet werden muß. Falls NSA nicht in der notwendigen Leistungsklasse zur Verfügung stehen, kann möglicherweise ein auf Kernprozesse konzentrierter Notbetrieb aufrechterhalten werden.

In der Abwasserentsorgung sind ebenfalls elektrisch betriebene Pumpen, sowohl in Hebestationen in der Kanalisation als auch in den Kläranlagen, für den Betrieb der Infrastruktur zwingend notwendig. In der Kläranlage benötigen die Erwärmung des Klärschlammes und der Betrieb der Belüftungsbecken (ca. 50 Prozent des Stromverbrauchs) große (elektrische) Energiemengen.

Die meisten Prozesse der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind verstärkt mit dem Einsatz von MSR-Technik verbunden, die ebenfalls auf Strom angewiesen ist. Ein länger andauernder Stromausfall würde die Wasserinfrastruktur aufgrund dieser signifikanten Stromabhängigkeit in ihren Funktionen drastisch einschränken.

### **2.4 Lebensmittelversorgung**

Der Sektor "Lebensmittelversorgung" umfaßt die komplexe Kette von der Rohstoffproduktion bis zur Abnahme von Fertigerzeugnissen durch den Endverbraucher (BLE 2006, S. 3). Ein Stromausfall hat Folgen für den gesamten Sektor der Lebensmittelversorgung. Jedoch sind seine einzelnen Teilsektoren - Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie und Lebensmittelhandel - aufgrund ihres heterogenen Charakters in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. ...

#### **2.4.4 Fazit**

Die aufgezeigte Entwicklung offenbart die sich sukzessive aufbauenden Probleme in der Folge eines langandauernden Stromausfalls für den Sektor "Lebensmittelversorgung". Die erheblichen Schäden an Lagergut und Tierbeständen in der Landwirtschaft, der weitgehende Ausfall der weiterverarbeitenden Industrie und die unzureichende Versorgung großer Teile der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch die Strukturen des Handels reduzieren die regionale Funktionsfähigkeit des gesamten Sektors auf ein Minimum. Aufgrund der generell geringen privaten Bevorratung ergeben sich schon am Ende der ersten Woche ernsthafte Engpässe in der Lebensmittelversorgung.

Besonders weniger zentrale Regionen werden unvollständig versorgt. Um Lebensmittellieferungen, ausgegebene Essensrationen oder knappe Lebensmittel in den wenigen noch betriebenen Filialen entbrennen Streitigkeiten und heftige, oft körperliche Auseinandersetzungen, die nicht immer von den Ordnungskräften geregelt werden können.

Personen, wie Alte, Kranke oder Kleinkinder, deren Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist oder die auf besondere Lebensmittel angewiesen sind, leiden besonders unter der Situation. Schließlich wird auch die Versorgung der lokalen, insbesondere aber der aus angrenzenden Regionen eingesetzten Kräfte zum Problem.

Eine Stabilisierung der Versorgung mit Lebensmitteln und die Gewährleistung ihrer gerechten Verteilung unter der Bevölkerung entwickeln sich zu vorrangigen Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängen das Überleben zahlreicher Menschen und der Erhalt und die Sicherung der öffentlichen Ordnung ab.

### **2.5 Das Gesundheitswesen**

Die wichtigste Funktion des Sektors "Gesundheitswesens" ist die Bereitstellung einer medizi-

nisch-pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung. Der Sektor ist sehr dezentral und hochgradig arbeitsteilig organisiert. ...

### **2.5.5 Fazit**

Die dezentral und hocharbeitsteilig organisierte medizinische und pharmazeutische Versorgung kann den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. In den nächsten Tagen müssen Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime zumindest teilweise geräumt werden. Arztpraxen und Apotheken sind zumeist geschlossen.

Hausnotrufsysteme sind ebenso nicht mehr einsatzfähig wie medizinische Apparate der häuslichen Pflege. Die Produktion und der Vertrieb pharmazeutischer Produkte im Gebiet sind nicht mehr möglich. Die Bestände der noch geöffneten Apotheken sowie die Vorräte der Krankenhausapotheken werden ohne eine kontinuierliche Belieferung zunehmend lückenhaft. Negativ schlagen die ausgeprägten Interdependenzen mit anderen Infrastrukturen durch. Es zeigt sich die existentielle Abhängigkeit des Sektors beispielsweise von Lebensmitteln, Treibstoff, Wasser und Kommunikationsmitteln.

Die nur notdürftig zu leistende Versorgung mit diesen Gütern und die Erschöpfung der internen Bewältigungskapazitäten offenbaren die Grenzen der Resilienz des Gesundheitssystems. Die wenigen zentralen Krankenhäuser, deren Eigenstromversorgung aufrechterhalten werden kann oder in denen Stromersatzanlagen unterbrechungsfrei laufen, sind auf die Dauer überfordert, den kompletten Ausfall der ambulanten Versorgung und der häuslichen Pflege zu kompensieren. Innerhalb einer Woche verschärft sich die Situation des Sektors derart, daß trotz eines intensiven Einsatzes von regionalen Hilfskapazitäten vom völligen Zusammenbrechen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung auszugehen ist.

Die katastrophalen Zustände und die damit einhergehende Häufung von Todesfällen machen die Zuführung externer Unterstützung zwingend erforderlich. ...

### **11. Versorgung mit Treibstoff, Sicherstellung einer robusten Notstromversorgung**

Aus Sicht des Katastrophenmanagements ist die Verfügbarkeit der Ressource Treibstoff von zentraler Bedeutung.

Unabdingbar ist die Versorgung beispielsweise von

- Einsatzfahrzeugen der Hilfsorganisationen und Unterstützungskräfte;
- dieselbetriebenen Schienenfahrzeugen zur Räumung liegengebliebener Züge und für Transportzwecke sowie Busse des ÖPNV zur Aufrechterhaltung minimaler Transportdienstleistungen;
- NSA, die sensible Infrastrukturkomponenten (wie Einsatzleitstellen, Feuerwehrhäuser, mobile Funkstationen) als Knotenpunkte der Information, Kommunikation und Koordination des Katastrophenmanagements funktionsfähig halten (Hoffmann 2009, S 24 ff.).

Trotz der ungünstigen Randbedingungen - wie insbesondere der Ausfall von Tankstellen - bieten die existierenden Bewältigungskapazitäten in Form von Treibstoffvorräten notwendige Voraussetzungen für die erforderliche Mobilität der Akteure des Katastrophenmanagements.

Dazu kommt, daß Raffinerien über eigene Stromerzeugungskapazitäten verfügen, die bis 90 Prozent des Strombedarfs decken können, und daß vielfach das eigene Stromnetz im Inselbetrieb gefahren werden kann (Hiete et al. 2010, F20). Daher ist ein (reduzierter) Weiterbetrieb zumindest eines Teils der Raffinerien wahrscheinlich.

Durch die gesetzlich vorgeschriebene Erdölbevorratung stehen erhebliche Treibstoffreserven zur Verfügung, die den Bedarf auch während eines langandauernden Stromausfalls decken könnten.

Da Benzin und Diesel vor allem in oberirdischen Tanklagern vorgehalten werden, können dort die Tankwagen oder -züge nach dem Schwerkraftprinzip befüllt werden (Prognos 2009, S. 84), falls Strom für Pumpen nicht verfügbar ist. Die regionale Verteilung der Standorte ge-

währleistet eine flächendeckende Verfügbarkeit (Homepage EBV a, b, d; ÖGEW/DKGM 2007). Das VerKLG eröffnet die Option, daß Transportkapazitäten privater Unternehmen bereitgestellt werden.

Trotz dieses Potentials ist es fraglich, inwieweit diese Kapazitäten und Ressourcen bei einem Stromausfall aktiviert und bedarfsgerecht genutzt werden können.

Ein erster Hemmschuh dürfte sein, daß der Erlaß der erforderlichen Rechtsverordnung gemäß § 30 Erdölbevorratungsgesetz (ErdölBevG) einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Vorgesehen ist dann, die bevorrateten Bestände den Mineralölkonzernen durch den Erdölbevorratungsverband (EBV) zur Verfügung zu stellen (Homepage EBV c).

Auch kann die gezielte Freigabe für bestimmte Abnehmer vorgesehen werden. Dafür müßten die freigegebenen Bestände per Binnenschiff, Eisenbahn-Kesselwagen oder Tankkraftwagen transportiert werden.

Allerdings dürften angesichts der Beeinträchtigungen der Kommunikations- und Verkehrsinfrastrukturen die Transportfahrzeuge nicht so schnell und umfassend einsetzbar sein, daß Treibstoffengpässe verhindert werden.

Unsicher ist auch, ob beispielsweise die Mineralölfirmen auf die Situation einer Freigabe vorbereitet wären (Hiete et al. 2010, F21). Möglicherweise müßten auch Bestände von Unternehmen oder Privatpersonen vor Ort beschlagnahmt werden, um den Bedarf von Behörden- und Einsatzfahrzeugen und relevanten NSA so lange zu decken, bis Versorgungslieferungen realisiert werden können.

Zudem ist die Koordinierung und bedarfsgerechte Verteilung von Treibstofflieferungen vor Ort eine äußerst komplexe Aufgabe - selbst wenn es gelänge, ausreichend Tankfahrzeuge von Mineralölkonzernen und Logistikdienstleistern auf der Basis des VerKLG einzubinden.

Da ein großflächiges Gebiet betroffen ist, sind Probleme bei der Abstimmung von Zuständigkeiten sowie logistische Herausforderungen, beispielsweise bei Bezeichnung, Einrichtung und Betrieb zentraler Umschlags- und Verteilstellen, zu erwarten (EBP 2010, S. 104). Problemverstärkend wirken die defizitären Kommunikationsmöglichkeiten für die Behörden und Einsatzkräfte, so daß es vielerorts zu Situationen der Fehl-, Über- oder Unterversorgung kommen wird.

Insgesamt wird deutlich, daß zwar umfangreiche Vorkehrungen zur Gewährleistung von Transportdienstleistungen für die Versorgung mit Treibstoff im Krisenfall bestehen. Jedoch wird unter den spezifischen Bedingungen eines Stromausfalls die zeitnahe und gutkoordinierte Aktivierung der Treibstoffreserven ein kritischer Faktor für die weitere Entwicklung der Situation sowie die Folgenbewältigung sein.

Ein Ansatzpunkt zur Erhöhung der Resilienz des Sektors bestünde in einer Verbesserung der unmittelbar vor Ort verfügbaren Ressourcen, beispielsweise indem ausgewählte Tankstellen mit NSA ausgestattet und kontinuierlich mit Treibstoff versorgt werden. Unter der Prämisse, daß diese prioritär Treibstoff für die Zwecke der BOS und der Hilfsorganisationen zur Verfügung stehen, wären die zeitliche Kritikalität der Zuführung von Treibstoffreserven gemindert und die lokale Mobilität und Handlungsfähigkeit der Einsatzkräfte sowie ggf. auch der Bevölkerung für eine gewisse Zeit sichergestellt.

Zugleich wäre es erforderlich, zum kontinuierlichen Betrieb von NSA an ausgewählten relevanten Standorten zeitgerecht den notwendigen Brennstoff nachzuführen. Um die komplizierte Logistik kontinuierlich ablaufen lassen zu können, ist eine informationstechnische Vernetzung von Mineralöllagern, Tankstellen, den Infrastrukturelementen, die mit NSA und Treibstoff versorgt werden müssen, Voraussetzung. Diese sind aber noch nicht geschaffen. ...

#### **14. Fazit**

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens) notwendigen

Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Damit verlöre er auch eine seiner wichtigsten Ressourcen - das Vertrauen seiner Bürger.

Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern. In historischer Perspektive mag zutreffen, daß sich das deutsche Hilfeleistungssystem auf Katastrophen gut vorbereitet hat, und es "nichts" gab, was "nicht bewältigt wurde" (Unger 2008, S. 100). Ob dies auch für die "Verbundkatastrophe" eines Stromausfalls zutreffen wird, muß bezweifelt werden.

Weitere Anstrengungen sind deshalb auf allen Ebenen erforderlich, um die Resilienz der Sektoren Kritischer Infrastrukturen kurz- und mittelfristig zu erhöhen sowie die Kapazitäten des nationalen Systems des Katastrophenmanagements zielorientiert weiter zu optimieren.

Entsprechende Maßnahmen dürften allerdings nicht immer kostenneutral zu realisieren sein. Daß das Ziel dabei keine absolute, sondern allenfalls relative Sicherheit sein kann, muß betont werden. Stets wären bei der Entwicklung und Implementierung von Konzepten Abwägungsprozesse und Prioritätensetzungen erforderlich:

Wie sicher ist sicher genug? Welche Kosten und welche Pflichten sind wem zumutbar? Welches Restrisiko ist hinzunehmen?

Der Stromausfall als ein Paradebeispiel für "kaskadierende Schadenswirkungen" sollte auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft weiterhin hohe Priorität haben, auch um die Sensibilität für diese Thematik in Wirtschaft und Bevölkerung zu erhöhen. Der hiermit vorgelegte TAB-Bericht soll hierzu einen Beitrag leisten. ...<<

**07.05.2011**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Mai 2011 (x887/...): >>"Nicht eine ganze Generation verdammen"

Der Völkerrechtler, Historiker und Autor Alfred de Zayas über Fragen der deutschen Zeitgeschichte

Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas gehört seit Jahrzehnten zu den profiliertesten Autoren zu den Themenbereichen europäische Vertreibung, Kriegsverbrechen und Völkermord. Im Interview mit der PAZ spricht der langjährige Mitarbeiter der UN-Menschenrechtskommission über neueste Forschungserkenntnisse, wissenschaftliche Ethik und den im Verborgenen vollzogenen Völkermord.

**PAZ:** *Sie haben kürzlich ein Buch veröffentlicht "Völkermord als Staatsgeheimnis" (rezensiert in der PAZ). Was meinen Sie mit diesem Titel?*

**De Zayas:** Über Völkermord liegen viele Studien vor. Es ist an der Zeit, die Diskussion auf die Frage des Wissens zu lenken und auf die Implikationen der Mechanismen der Geheimhaltung und der Verleugnung. In totalitären Staaten wissen meistens nur wenige, was wirklich geschieht.

**PAZ:** *Warum interessiert sich ein US-Amerikaner für dieses unbequeme Thema?*

**De Zayas:** Wenn man die Mechanismen des Völkermords verstehen will, muß man die Fallstudien individuell untersuchen und feststellen, wer Befehlsgewalt ausübte, wer gehorcht hat, wer gewußt hat, wer geschwiegen hat. Jeder Amerikaner weiß heute über den Holocaust Bescheid. Unsere High Schools und Colleges geben Kurse und Seminare zu diesem Thema. Romane, Theaterstücke, Fernseh-Miniserien und bedeutende Hollywood-Filme beschäftigen sich mit der Shoah. Nun, jeder, der den Holocaust studiert, fragt sich, was der Durchschnittsdeutsche seinerzeit über den Holocaust wußte. Wie viel hat er erfahren und wann, was hat er ge-

glaubt, was hat er getan, was hätte er konkret tun können?

Diese Fragen ergeben sich ganz automatisch, wenn man die Ungeheuerlichkeit des Verbrechens erkennt. Bisher aber sind die von Historikern gelieferten Antworten verallgemeinernd, unvollständig und z.T. faktisch falsch, vor allem bezüglich des Wissens bei der deutschen Bevölkerung und den vielen Ausdrucksformen des deutschen Widerstands gegen Hitler.

*PAZ: Wieso falsch?*

**De Zayas:** Viele Darstellungen leiden an Anachronismen, sie deuten die Hitler-Vergangenheit nach dem Wissensstand unserer Gegenwart, vereinfachen, pauschalisieren, und oft sind sie überspitzt und sogar hämisch.

*PAZ: Was haben sie aus den Archiven erfahren?*

**De Zayas:** Eins ist mir schnell klar geworden: Geheimhaltung war oberstes Gebot. Das Weitergeben von Informationen und das Nachfragen war praktisch unmöglich oder jedenfalls sehr gefährlich. Hinzu kamen die Verwendung einer Tarnsprache, die Überwachung der Gerüchte durch die Gestapo und offizielle Dementis. Außerdem mußten alle Personen, die direkt etwas mit der Judenvernichtung zu tun hatten, absolutes Schweigen schwören.

*PAZ: Was bringt Ihr Buch eigentlich Neues?*

**De Zayas:** Neben vielen neuen oder wenig bekannten Dokumenten auf jeden Fall die Perspektive. Keiner hat bisher die Geheimhaltung so systematisch untersucht. Keiner hat bisher so deutlich gezeigt, daß sich keine Regierung der Welt mit der Schande eines Völkermordes besudeln will. So war der Genozid gegen die Armenier geheim, und die Befehle von Talaat Pascha und Enver Pascha waren nicht ohne Grund chiffriert. Katyn und die anderen Stalin-Morde waren nicht publik. Und man hat jahrzehntelang versucht - auch im Nürnberger Prozeß - den Mord an den polnischen Offizieren den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

*PAZ: Wie beurteilen Sie die Forschungsergebnisse ihrer Historikerkollegen?*

**De Zayas:** Hier und da bringen sie wenig bekannte Dokumente zutage. Hier und da formulieren sie interessante Einsichten. Aber, was die Frage des Wissens über den Holocaust, und was ihre penetranten Schuldzuweisungen betrifft, finde ich ihren Ansatz falsch und ihre Methodik merkwürdig unhistorisch. Sie argumentieren anachronistisch, moralisierend, verkennen viele Zusammenhänge, ignorieren zentrale Dokumente über die Geheimhaltung und lassen etliche Nürnberger Akten, die ihre Thesen widerlegen, beiseite. Kurz: sie schreiben voreingenommen und betreiben eine undifferenzierte Geschichtsbetrachtung, eine Schwarz-Weiß-Malerei.

*PAZ: Was haben andere Historiker konkret falsch gemacht?*

**De Zayas:** Viele haben Urteile gefällt, die von den Akten einfach nicht getragen werden. Aus unzureichenden Mosaiksteinen konstruieren sie ein ganzes Bild, das eben eine Extrapolation ist, und nachweislich falsch.

*PAZ: Warum schreiben deutsche Historiker so negativ über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges?*

**De Zayas:** Als Amerikaner muß ich immer daran denken, daß die Deutschen nicht einen, sondern zwei Kriege verloren haben. Aber es geht nicht nur um die militärischen Niederlagen, sondern vor allem um die Schande der Verbrechen, die im deutschen Namen begangen wurden. Ich kann durchaus verstehen, daß einem Deutschen dies weh tut und eine geistige Belastung darstellt. Aber Historiker müssen fähig sein, die Geschichte ohne Komplexe und ohne Ressentiments zu erforschen. Was mich eigentlich irritiert, ist, daß manche deutschen Historiker anscheinend eine Obsession mit den NS-Verbrechen haben, und dies verblendet sie. Da scheint auch eine pseudo-moralische Komponente mit im Spiel zu sein, die ich nicht recht verstehe. Man kann sich auf die eigene Brust schlagen und sich schämen für das, was man getan hat oder eben nicht getan hat. Aber auf die Brust der Eltern bzw. Großeltern zu schlagen, das halte ich für verkehrt, eigentlich für obszön.

*PAZ: Wollen Sie die Kriegsgeneration etwa entlasten?*

**De Zayas:** Nein, ich will nur wissen, wie es eigentlich war, unter welchem Gestapo-Terror der Durchschnittsbürger lebte, wie er sich gefühlt, was und wann er tatsächlich von der "Endlösung der Judenfrage" gehört, was er getan hat, was er hätte er tun können. Mich stört, eine ganze Generation zu verdammen, nur weil sie diese unglückseligen Jahre durchlebt hat. Zweifelsohne sollten die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden, und die Geschichte sollte die Verwerflichkeit der Verbrechen dokumentieren. Aber eine pauschale Verurteilung der ganzen Kriegsgeneration stellt eine vulgäre Ungerechtigkeit gegenüber 95 Prozent der Bevölkerung dar.

*PAZ: Wie erklären Sie sich die Ungeheuerlichkeit des Völkermordes?*

**De Zayas:** Mitten im Krieg passieren fürchterliche Sachen. Es gab eine ungeheure Radikalisierung. Hinzu kam die Geheimhaltung. Lesen sie einmal die geheime Rede Heinrich Himmlers vom 4. Oktober 1943 in Posen. Da redet er von einem "niemals geschriebenen und niemals zu schreibenden Ruhmesblatt" der Geschichte Deutschlands. Verrückt. Aber so ist der Fanatismus. Und der Völkermord blieb 95 Prozent der deutschen Bevölkerung verborgen. Es gab ja kein "Wikileaks".

*PAZ: Sie haben sich bereits mit anderen Fragen der deutschen Zeitgeschichte beschäftigt. Wieso?*

**De Zayas:** In der Tat. Als ich Geschichte und Jura in Harvard studierte, entdeckte ich die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges - ein Thema, das seinerzeit total tabu war. Die Deutschen als Opfer? Keinesfalls. Nicht möglich - und doch. Es war ein Verbrechen gegen die Menschheit, und ich fragte mich, weshalb sollte dieses Verbrechen verschwiegen werden? Darum schrieb ich mein erstes Buch "Die Nemesis von Potsdam" und dann "Anmerkungen zur Vertreibung".

*PAZ: Wie war die wissenschaftliche Aufnahme ihrer Bücher?*

**De Zayas:** Eigentlich besser, als ich befürchtet hatte, obwohl es seinerzeit eine sehr tabuisierte Thematik war.

*PAZ: Manche deutschen Historiker haben ihre Bücher negativ rezensiert. Was sagen Sie dazu?*

**De Zayas:** Eigentlich war es eine kleine Minderheit. 90 Prozent der Rezensionen waren positiv - sowohl in Deutschland als auch in Amerika.

*PAZ: Was monieren die Kritiker?*

**De Zayas:** Keine Fakten, also keine Fehler meinerseits. Die Kritiker können sich einfach mit meinen Schlußfolgerungen nicht anfreunden. Dann versuchen Sie, meine Methodik anzugreifen. Man wirft mir z.B. vor, die deutschen Verbrechen auszuklammern. Dies tue ich keinesfalls. Ich habe nicht umsonst den Buchtitel "Nemesis" gewählt - Nemesis ist die griechische Göttin der Rache - denn es geht um Strafe für NS-Verbrechen, unschuldige Opfer, an denen die NS-Verbrechen gerächt wurden.

In meinem Buch über die Wehrmachtuntersuchungsstelle (WUSt) findet man viele Erwähnungen von NS-Verbrechen, aber meine Forschung galt vor allem der Behördengeschichte der WUSt und deren Ermittlungen zu Verbrechen in Bromberg, Broniki, Feodosia, Grischino, Lemberg und Katyn. Diese Verbrechen geschahen eben und werden nicht durch NS-Verbrechen erledigt oder relativiert.

*PAZ: In Ihrem neuen Buch sprechen Sie über die menschenrechtlichen Aspekte der Geschichtsschreibung, was meinen Sie damit?*

**De Zayas:** Ich meine, daß Historiker eine besondere Verantwortung haben, keine pauschalen Urteile abzugeben, keine Karikaturen, Stereotype oder Verallgemeinerungen zu schaffen, die dazu führen könnten, z.B. eine ganze Generation von Menschen zu verleumden.

*PAZ: Was würden Sie Ihren Lesern empfehlen?*

**De Zayas:** 66 Jahre nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges sollten die Deutschen sich von den Dämonen dieses Krieges endlich befreien. Sie sollten versuchen, sich in die Situation der Kriegsgeneration zu versetzen, um zu begreifen, wie es eigentlich gewesen war, was es bedeutete, in einem totalitärem Staat zu leben, ohne Presse- und Meinungsfreiheit, mit der Bedrohung des Nazi-Terrors und des Bombenterrors.

*PAZ: Die Organisation "Canadians for Genocide Education" hat Ihnen Ende März an der Universität von Toronto den "Educators Award 2011" verliehen. Was bedeutet diese Ehrung?*

**De Zayas:** Es handelt sich um einen Zusammenschluß von 53 Organisationen kanadischer Lehrer- und Bürgervereinigungen, die u.a. Armenier, Bosnier, Ukrainer, Juden, Serben, Deutsche und viele andere Vertriebene vertreten und über ihr Schicksal informieren. Da ich oft über diese "Opfer des Schweigens" berichtet habe, habe ich das Gefühl, daß sich die Arbeit gelohnt hat. Schließlich geht es um die Rechte der Opfer und man muß aller mit Ehrfurcht gedenken.<<

**14.05.2011**

**BRD: Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule) schreibt am 14. Mai 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Der 8. Mai will nicht vergehen**

Totale Niederlage, millionenfaches Leid und Entrechtung wirken bis heute

Keine der heutigen Beschwörungsformeln zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 66 Jahren als Tag der Befreiung kann verdecken: Für die Masse der Deutschen wurden die Schrecken des Krieges abgelöst durch einen Zustand der Erniedrigung, durch Ehr- und Rechtslosigkeit, durch Verzweiflung, Hungertod, millionenfache Verschleppung, Gefangenschaft und Vertreibung.

Wir wurden durch Siegerwillkür graduell zu einem Sklavenvolk degradiert. Noch heute versuchen die "befreundeten" Nachbarstaaten mit Hinweis auf die NS-Zeit den Status eines gleichberechtigten Partners zu verweigern. Mit Hinweis auf die deutsche Schuld helfen viele Angehörige der politischen Klasse in Deutschland mit, Deutschland im Status der Unmündigkeit zu halten.

Den ostdeutschen Vertriebenen gegenüber ist das Wort von der stattgefundenen Befreiung am 8. Mai 1945 eine Verhöhnung ihres Schicksals und eine Mißachtung ihrer Menschenwürde. Für die Ostdeutschen bestand die sogenannte "Befreiung" aus dem Verlust von Heimat und Besitztum, für die Frauen und Mädchen beinahe ausnahmslos aus Schändung, soweit sie nicht rechtzeitig davorkamen.

Wie war die Situation am 8. Mai 1945 in Deutschland? Am 8. Mai 1945 war Deutschland besiegt und vernichtet. Seine Städte lagen in Schutt und Asche. Es wurde als Feindstaat besetzt. Deutschland mußte sich allen Forderungen der Siegermächte bedingungslos unterwerfen. Die beendete NS-Diktatur wurde für das halbe Europa ersetzt durch eine neue Diktatur, auch für die SBZ-DDR.

Rund elf Millionen Wehrmachtssoldaten gerieten bei Kriegsende in Gefangenschaft. Hunderttausende sahen gleichwohl die Heimat nicht wieder. Man "befreite" sie vom Leben, indem man ihnen schlichtweg die für die menschliche Existenz notwendige Mindesternährung verweigerte. Die vermeintliche Befreiung äußerte sich auch in der Befreiung von unserem Wirtschaftspotential aufgrund der Demontage und im Raub von Kunstschätzen, Patenten und den deutschen Auslandsvermögen.

Auch 66 Jahre nach Kriegsende haben die Befreier noch nicht die Feindstaatenklausel der Uno gestrichen, die sich ausschließlich gegen Deutschland und Japan richtet. Zwei Jahre nach der vermeintlichen Befreiung Deutschlands leisteten sich die Siegermächte noch einen besonders schändlichen Willkürakt. Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begrün-

dung löschten sie die Existenz des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.

Besonders schändlich ist auch die Verlängerung des Überleitungsvertrages 1990 im Zuge der Wiedervereinigung mit der DDR. In diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland - es muß offen bleiben, ob gezwungenermaßen oder freiwillig - gegen die Siegerwillkür nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gerichtlich vorzugehen. Nie wurde ein Land unterschiedslos und in seiner Gesamtheit für die Hybris seiner verbrecherischen Machthaber schrecklicher bestraft. Das sind die Fakten über das Kriegsende und die Rolle der Siegermächte.

Es ist an der Zeit, daß wir nunmehr, 66 Jahre nach dem 8. Mai 1945, 66 Jahre nach der schlimmsten Zäsur, die Deutschland in seiner 1.200-jährigen Geschichte hat hinnehmen müssen, unseren Nachbarstaaten, unseren EU-Partnern und Nato-Verbündeten nachdrücklich klarmachen: Jede moralische Belehrung, jeder erhobene Zeigefinger in Richtung Deutschland hinsichtlich der schrecklichen zwölf NS-Jahre ist im 21. Jahrhundert unangebracht. Wir haben unsere Lektion, die sich aus der Zeit 1933 bis 1945 ergab, gelernt.

Das Gleiche schreiben wir den eigenen Landsleuten ins Stammbuch, die den Kult mit der deutschen Schuld jahraus jahrein gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren. Diese Vertreter der politischen Klasse und der evangelischen Kirche haben es fertiggebracht, daß unser Land vor lauter Vergangenheitsbewältigung eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung nicht mehr zustande bringt. Sie sind auch verantwortlich dafür, daß die materiellen und sozialen Grundlagen unseres Staates in beunruhigendem Maße beschädigt sind.<<

**28.05.2011**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Mai 2011 (x887/...): >>>Bürgerkriege drohen**

Streitschrift gegen Islamisierung und Werteverfall des Christentums

Es ist fünf vor zwölf. Jedenfalls in den Augen Gideon Wolfsens, Verfasser des Buches "Der Westen dankt ab - Bürgerkrieg und Weltenbrand". Die zentrale Kritik dieser Ende 2010 unter Pseudonym erschienenen Streitschrift liegt abseits der üblichen Diskurse:

Wolfsen sieht vor allem in dem durch Abtreibungen verursachten massiven Geburtenausfall das Kernproblem. Denn dieser verweise auf eine Zerstörung der abendländischen Werteordnung. Diese begann, so Wolfsen, mit dem Ersten Weltkrieg und dessen Folgen. Damals sei ein moralisches Vakuum entstanden, das "Chaosmächte und -ideen" gefüllt hätten, allen voran die Oktoberrevolution und das Sowjetsystem mit seinem Traum vom Neuen Menschen. Immerhin kämpfe die Russische Föderation heutzutage um Anschluß an das geistige und religiöse Erbe des Landes, während Deutschland und andere "dekadente" westliche Länder keinen sichtbaren Willen zum Neuanfang offenbarten.

Im Ergebnis stehe dort der missionarisch-kämpferischen und kinderreichen muslimischen (Noch-)Minderheit eine sterbende säkularisierte (Noch-) Mehrheit gegenüber. Der einzige denkbare Rettungsanker ist laut Wolfsen in einer großangelegten Rechristianisierung und Werteerneuerung zu sehen, andernfalls drohten ethno-kulturelle Bürgerkriege. Doch statt eines selbstbewußten und vitalen Christentums gebe es überall Gleichmacherei und Materialismus.

Der Autor unterhält aus seiner Zeit als Dozent an einem sicherheitspolitisch ausgerichteten Bildungszentrum in Süddeutschland Kontakte zu Angehörigen verschiedener Nachrichtendienste. Aus Rücksicht auf deren Berufsstellung fehlen bedauerlicherweise zitierfähige Quellenhinweise.

Die Ausführungen lassen es an Deutlichkeit aber nicht fehlen: "Für die Mehrzahl der Bevölkerung ist erkennbar, daß nach dem Kollaps der kommunistischen Systeme der Islam als machtbewußte Weltanschauung uns nicht am Hindukusch bedroht, sondern im eigenen Vaterland. Er bedroht uns jedoch weniger wegen seiner Existenz, als vielmehr wegen unserer Selbstauf-



gabe und Selbstzerstörung ..."

Gideon Wolfsen: "Der Westen dankt ab - Bürgerkrieg und Weltenbrand", ... Aachen 2010  
...<<

**Mai 2011**

**BRD:** Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtet im Mai 2011 über die EU (x869/...):  
>>**Der Zahlmeister**

**Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war**

Ein teurer Spaß: Professor Willeke rechnet vor, was die EU den Zahlmeister Deutschland bislang gekostet hat.

Im Mai war es ein Jahr her, daß der Deutsche Bundestag die Verfassung brach, die erste Griechenland-Hilfe und das Euro-Rettungspaket billigte, dem Steuerzahler Lasten in unbekannter Höhe aufbürdete und damit die Umwandlung der Euro-Zone in eine Transferunion in Gang setzte.

Damit ist gemeint, daß die Bundesregierung Kredite garantieren und Geld an andere Regierungen überweisen wird, um das gescheiterte Euro-Experiment zu verlängern. Dies nicht etwa aus Haushaltsüberschüssen, die bekanntlich auch in Deutschland nicht existieren, sondern finanziert durch die Aufnahme neuer Schulden, die auf den schon bestehenden Schuldenberg getürmt werden. In der Euro-Zone verschulden sich die Schuldner, damit die noch schlimmer Verschuldeten nicht pleite gehen. Am Ende sind wir alle Griechen.

Dabei wird verdrängt, daß die EU schon lange vor der Einführung der Einheitswährung als Transferunion funktionierte. Deutschland spielt seit Jahrzehnten den Big Spender! Mit welchen Summen, das hat jetzt Professor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg, penibel vorgerechnet und durchleuchtet. Damit haben wir endlich zuverlässige, unanfechtbare Zahlen über die Umverteilung in der Europäischen Union.

Professor Willeke ist der führende deutsche Spezialist auf einem Gebiet, über das die Politiker nicht gerne sprechen. Langjährige Deutschland-Brief-Leser werden sich erinnern, daß er in unserem Dienst schon einmal über das Thema geschrieben hat. Seine neue Veröffentlichung ist soeben beim Münchener Olzog Verlag erschienen. Titel: "Deutschland, Zahlmeister der EU - Abrechnung mit einer ungerechten Lastenverteilung".

Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. Was Willeke aufmacht, ist eine Schenkungsbilanz, wobei von den nationalen Beiträgen, die nach Brüssel fließen, die operativen Ausgaben der EU im jeweiligen Land abgezogen werden. 2008 sah das so aus, daß z.B. die Bundesrepublik mit 7.836.000 000 Euro (knapp acht Milliarden) den führenden Nettozahler der EU geben durfte.

Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro (in D-Mark fast das Doppelte) für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg inflationiert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010.

255 Milliarden. Damit könnte die Bundeswehr mehr als acht Jahre lang finanziert werden. Das würde die Bundesausgaben für Forschung und Bildung 23 Jahre lang decken. Oder der Fiskus könnte 41 Jahre lang auf die Stromsteuer verzichten, 56 Jahre lang auf die Erbschaftsteuer oder 350 Jahre lang auf die Biersteuer, was auch nicht zu verachten wäre.

## **Big Spender Kohl: Wie und warum die deutschen Nettozahlungen nach der Wiedervereinigung explodierten.**

Daß die Lastenverteilung in der EU "ungerecht" war und ist, geht schon daraus hervor, daß Deutschland seit 1976 mehr als die Hälfte aller Nettobeiträge aufgebracht hat, nämlich die erwähnten kaufkraftbereinigten 255 Milliarden. Alle anderen Nettozahler zusammen brachten es nur auf 244 Milliarden. Willeke macht überzeugende Vorschläge, wie die Belastung unter den Nettozahlern fair aufgeteilt werden könnte, hat aber keine großen Chancen, damit Gehör zu finden.

Interessant ist nun, was in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung passierte. Eigentlich wäre eine Entlastung Deutschlands zu erwarten gewesen, denn nach 1990 hatte die Bundesrepublik schließlich auch die riesigen Kosten der Einheit zu tragen. Es kam anders: ausgerechnet ab 1991 stiegen die deutschen Nettobeiträge permanent an.

Von 1991 bis 1994 finanzierte Deutschland 73,7 % der gesamten Umverteilung innerhalb der EU! Das war das Dreifache dessen, was die drei anderen großen Mitgliedsländer zusammen netto aufbrachten. Die Erklärung kann nur darin liegen, daß Helmut Kohl die europäischen Freunde, die Deutschland so sehr liebten, daß sie gerne zwei davon behalten hätten, ruhigstellen wollte.

Damals, Anfang der 90er Jahre, zählte die EU noch zwölf Mitglieder. Jetzt, nach der Osterweiterung, sind es 27. Und mit der Vergrößerung hat sich der deutsche Anteil an den Nettobeiträgen immerhin auf ein Drittel reduziert, liegt aber immer noch weit über dem französischen oder dem britischen.

## **Die Preisfrage: Was haben die PIGS-Staaten nur mit den vielen Milliarden gemacht?**

Mit den PIGS sind Portugal, Irland, Griechenland und Spanien gemeint - exakt die Staaten, die unter den Euro-Rettungsschirm flüchten mußten oder (wie Spanien) als Kandidaten gehandelt werden. Das böse Akronym PIGS wurde von den Zynikern an den Finanzplätzen London und New York erfunden.

Pervers ist nun folgendes: Nachdem die PIGS von 1976 bis 2008 (netto) 287 Milliarden Euro geschenkt bekamen und damit in heutigen Preisen 430,5 Milliarden (mehr als die Hälfte davon aus Deutschland) und nachdem ihnen der Euro jahrelang beispiellos tiefe Zinsen bescherte und dadurch die Bedienung der alten Staatsschulden massiv verbilligte, hatten sie die einmalige Chance, ihre Finanzen zu sanieren.

Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie haben schlecht gewirtschaftet. Sie haben die staatliche oder die private Verschuldung oder beide hochgefahren. Mit dem Ergebnis, daß sie jetzt zusätzlich zu den regulären Haushaltshilfen auch noch die Kredite des Rettungsschirms benötigen. Auf die Transferunion I folgte 2010 die Transferunion II.

Da stellt sich die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Wo sind die Milliarden geblieben? Wo sind sie versickert? Niemand weiß das genau. Zumindest blieb davon der größte Schilderwald aller Zeiten. Schilder mit dem Sternenkranz auf blauem Grund, die irgendeine Baumaßnahme verkünden - immer mit dem Zusatz "kofinanziert durch die EU".

Wir sahen die Schilder an einem grotesk überdimensionierten Rathaus in einem Dorf auf den Azoren. Wir sahen sie in einer gottverlassenen Ecke der großartigen Extremadura (autonome Gemeinschaft Spaniens), wo aus unerfindlichen Gründen ein Bach begradigt und mit einem Holzgeländer ausgestattet wurde. Wir sahen sie an den leeren Autobahnen Portugals, die durch leere Gebiete führen und die in einem Zustand sind, von dem deutsche Autofahrer nur träumen können.

Und ein Bekannter, selbst in der Branche tätig, erzählte mir von EU-finanzierten Geisterbahnhöfen mit ebenfalls leeren Bahnsteigen in Griechenland und von Elektroloks, die mit Hilfe der Nettozahler für eine nicht-elektrifizierte Strecke angekauft wurden und seitdem in vandalisiertem Zustand vor sich hin rosten. Profitiert hat die neureiche Klasse der EU-Absahner. Die

Länder selbst hängen am Dauertropf.

**Märchenstunde: Warum es nicht stimmt, daß die deutschen Exporterfolge dem Euro zu verdanken sind.**

Vor mir liegt ein Brief des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, datiert vom 14. Dezember 2010. Zitat: "Deutschland ist in besonderer Weise begünstigt durch die europäische Gemeinschaftswährung, denn 60 % unserer Exporte gehen in den Euroraum."

Das Argument ist bekannt und geht so: Die Milliarden, die Berlin für die Euro-Rettung und überhaupt für die EU locker macht, sind gut angelegt, weil wir dafür exportieren dürfen. Dumm ist das schon deswegen, weil der Binnenmarkt, eine der großen Errungenschaften der europäischen Einigung, allen zugute kommt und weil nicht einzusehen ist, warum dafür auch noch extra gezahlt werden muß.

Wenn schon Propaganda, dann sollten wenigstens die überprüfbaren Behauptungen zutreffen. Im Schreiben unseres Staatssekretärs stimmen nicht einmal die Zahlen. In den Euroraum gingen 2010 nicht 60 % der deutschen Exporte, sondern genau 41,2 % - und in die übrige EU 19,6 %. Nachzulesen im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom März 2011.

Aus der Bundesbank-Studie läßt sich ferner entnehmen, daß den deutschen Exporterfolgen nicht im geringsten eine gemeinsame Währung zugrunde liegt. Eher im Gegenteil. Ausgerechnet in die Länder, die den Euro nicht haben, wurde 2010 weitaus mehr als 2009 exportiert: plus 43,9 % nach China, plus 27,8 % nach Rußland, plus 20,6 % in die USA und nach Japan, plus 17,5 % in die Schweiz, die den Euro haben könnte, ihn aber nicht will. Die deutschen Ausfuhren in die Euro-Zone hingegen schrumpften sowohl 2008 als 2009 und nahmen erst 2010 weit unterdurchschnittlich um 14,3 % zu.

Sicherlich sind Frankreich, die Niederlande und Österreich, um nur einige zu nennen, überaus wichtige Handelspartner. Aber das war auch der Fall vor der Euro-Einführung. Es ergibt sich ganz selbstverständlich aus der Nachbarschaft. Selbst im Vergleich mit der Zeit vor 1914 hat sich an der Struktur des deutschen Außenhandels nichts Wesentliches geändert. In Wahrheit ist der Unterschied ein ganz anderer: Vor 1999 kamen die Exportüberschüsse Deutschland zugute, seit 1999 verschwinden sie im schwarzen Loch des Euro-Systems.<<

**17.06.2011**

**BRD: Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) berichtet am 17. Juni 2011 über die Ergebnisse des Berichts "Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften - am Beispiel eines großräumigen Ausfalls der Stromversorgung" (x1.065):**

**>>Folgen langandauernden Stromausfalls**

Bundestagsinnen- und Forschungsausschuß erörterten die Ergebnisse des Berichts "Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften - am Beispiel eines großräumigen Ausfalls der Stromversorgung", den das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) erarbeitet hat.

Die Analysen des TAB über die Folgen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Der TAB-Bericht gibt Hinweise zum Schutz Kritischer Infrastrukturen und zur Optimierung des Katastrophenmanagements.

In den letzten Jahren haben Stromausfälle in Europa und Nordamerika einen nachhaltigen Eindruck von der Verletzbarkeit moderner Gesellschaften gegeben. Obwohl die Unterbrechung der Stromversorgung allenfalls eine Woche andauerte und lokal begrenzt auftrat, zeigten sich massive Funktions- und Versorgungsstörungen, Gefährdungen der öffentlichen Ordnung sowie Schäden in Milliardenhöhe.

Bei einem großflächigen und länger andauernden Stromausfall wäre eine Potenzierung dieser Effekte mit dramatischen Konsequenzen zu erwarten. Angesichts des Katastrophenpotentials

eines solchen Stromausfalls wurde das TAB mit der Durchführung einer systematischen Folgenanalyse beauftragt. Es sollte untersucht werden, wie sich ein langandauernder und großflächiger Stromausfall auf die Gesellschaft und ihre Kritischen Infrastrukturen (Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Energieversorgung oder Gesundheitswesen ...) auswirken könnte und wie Deutschland auf eine solche Großschadenslage vorbereitet ist.

Die Analyse des TAB zeigt, daß "das Szenario eines mindestens zweiwöchigen und auf das Gebiet mehrerer Bundesländer übergreifenden Stromausfalls" aufgrund der nahezu vollständigen Durchdringung der Lebens- und Arbeitswelt mit elektrisch betriebenen Geräten einen "Kollaps der gesamten Gesellschaft" verursachen könnte. Schon nach wenigen Tagen sei die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten nicht mehr sicherzustellen.

Die öffentliche Sicherheit sei gefährdet, der Staat könne seiner "grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger" nicht mehr gerecht werden, heißt es in dem Bericht. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Stromausfalls sei gering, jedoch werde vielfach erwartet, daß Großausfälle aufgrund der Gefahr von terroristischen Angriffen und Extremwetterereignissen als Ursachen für einen Netzzusammenbruch zunehmen werden. Dennoch sei ein entsprechendes gesellschaftliches Risikobewußtsein nur in Ansätzen vorhanden.

Der TAB-Bericht gibt Hinweise, welche Anstrengungen erforderlich sind, um die Durchhaltefähigkeit Kritischer Infrastrukturen zu erhöhen, wie die Kapazitäten des nationalen Systems des Katastrophenmanagements weiter optimiert werden können und rät dazu, die Sensibilität für diese Thematik in Wirtschaft und Bevölkerung zu steigern.

Die Ergebnisse der Untersuchungen des TAB stehen mit der Bundestagsdrucksache 17/5672 im Internetangebot des Deutschen Bundestages zur Verfügung. ...<<

**18.06.2011**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juni 2011 (x887/...): >>Christliche Werte**

Vehemente Kampfansage

Das "katholische Abenteuer" Matusseks hat das Potential zu einem Bestseller der besonderen und unerwarteten Art. Nach Vorabdrucken in "Bild", "Focus" und anderen Zeitungen wissen inzwischen Millionen, wieviel Provokation der ehemalige Kulturchef des "Spiegel" zwischen die beiden Buchdeckel gepackt hat. Und es sind keine Kampfansagen, die aus Kirchenhaß und Atheismus geboren sind, wie sie einst Spiegel-Gründer Rudolf Augstein zu streuen pflegte.

Matussek verteidigt mit Vehemenz und Brillanz den katholischen Glauben und die Kirche. Er macht das nicht plump oder wie ein Theologe, sondern mit dem Herzblut eines Bekehrten. Denn der Journalist war in den 70er- und 80er-Jahren ein bekennender Kommunist - und fand durch Papst Johannes Paul II. zurück zum Glauben. Er weiß daher die Schätze zu würdigen, die er in seiner strengen katholischen Kindheit erlebt hat und schreibt darüber. Matussek ist weit in der Welt herumgekommen und kennt etwa die Christenheit in Südamerika, wo Priester gegen Armut und Korruption kämpfen. Er bewundert deren Einsatz.

Wie kaum jemand anders ist Matussek in der Lage, die Verirrungen des Zeitgeistes gleichsam aufzuspießen. Hier ist er unerbittlich, scharfzüngig, provokativ. Die sonst kritisierte kirchliche Tradition findet er positiv "subversiv"; die ewigen Kirchenkritiker Hans Küng und Heiner Geißler nennt er "zwei alte, narzißtisch gekränkte Männer, die sich jeweils für den besseren Papst halten".

Oder die Kirchensteuer: Er fordert die Abschaffung dieser "Zwangsabgabe" und bezeichnet sie als eine "moderne Form des Ablaßhandels". Da erleichen evangelische und katholische Kirchenobere gleichermaßen.

Aber Matussek kann sich hier auf Papst Benedikt berufen, der vor einigen Jahren durchblik-

ken ließ, daß man Kircheng Zugehörigkeit nicht mit der Kirchensteuer und dem Empfang von Sakramenten verknüpfen dürfe. Diese Frage wird derzeit gerade höchstrichterlich geklärt.

Von solch einer Kritik müssen sich auch die "lautstarken Reformkatholiken" des katholischen Zentralkomitees, diese "Anti-Römer", provoziert fühlen, die kirchensteuerfinanziert gegen den Priester-Zölibat, für die Frauen-Weihe und demokratischere Strukturen kämpfen. Matussek wirft ihnen vor, fromme Jünger des Zeitgeistes, verkappte Protestanten zu sein und damit der Kirche zu schaden. Diese Gremienkatholiken würden sich in Staatsnähe bequem einrichten und Steuern dafür verwenden, "Glaubensbastionen und Traditionen einzureißen".

Das Lebenszeugnis eheloser Priester, ihren Verzicht auf Sexualität, hält der Autor für das heute stärkste Zeichen in einer "antibürgerlichen Gegenwart". Die Verweigerung des Koitus sei heute die "letzte Todsünde in unserer übersexualisierten Gesellschaft". Gegenüber den "Gremiensoldaten, die Reformpapiere durch Kirchenräume tragen", lobt Matussek Papst Benedikt, der den "schwersten Job" der Erde habe.

Das "katholische Abenteuer" hat das Zeug zu einem zweiten "Sarrazin" - nur auf einem anderen Gebiet. Matussek hat nicht nur die Gabe brillant zu schreiben; er verknüpft seine große Sachkenntnis in christlichen Dingen mit vielen persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen aus einem langen Journalistenleben. Gut zu lesen für alle, die Freude an Provokationen, Abenteuern und christlichen Werten haben oder sich über den Zeitgeist ärgern.

Matthias Matussek: "Das katholische Abenteuer - Eine Provokation", ... München 2011 ...<<

**20.06.2011**

**BRD:** Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25 berichtet am 20. Juni 2011:

>>**Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt**

Im ersten Teil unserer Darstellung zu Jean Monnet (Zeit-Fragen Nr. 38 vom 27.9.2010 unter dem Titel "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet") haben wir gezeigt, wie Monnet, einer der sogenannten "Gründerväter Europas", sich als internationaler Kognakhändler und Bankier in den Jahren vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg im angloamerikanischen Finanz- und Politikmilieu vernetzte. Im folgenden Teil werden wir Monnets diverse Aktivitäten bis 1945 beschreiben.

Durch diese Aktivitäten zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten anzutasten und aufzubrechen, mit dem Ziel der Herstellung eines großräumigen Marktes, sprich Absatzmarktes im Interesse der US-amerikanischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang muß man auch seine Aktivitäten im Kontext der französischen Politik sehen.

Im folgenden wird viel von Frankreich die Rede sein, dem ganz eindeutig - und das wird im dritten Teil unserer Untersuchung u.a. Thema sein - eine ganz bestimmte Rolle bei der Gründung der "Vereinigten Staaten Europas von Amerikas Gnaden" zugeordnet war.

Eine wohl sehr treffende Beschreibung Monnets und der Art, wie er sich bewegte, gibt die Journalistin und erste Alterspräsidentin des Europäischen Parlaments Louise Weiss (1893-1983), die Monnet recht gut kannte, in ihren Mémoires d'une Européenne: "Geniales Leuchten in den dunkelbraunen Augen des kleinen Jean Monnet, wenn er geheimnisvoll, lebendig und charmant seine Einflußnetze knüpfte, die dem Völkerbund von Anfang an eine beträchtliche Macht sicherten.

Seine Verhandlungen während des Kriegs hatten ihm alle Türen geöffnet und auch die Tresore der Finanzbastionen der City, der Wall Street, ja sogar der chinesischen Häfen. Die Eigentümer der Zeitungen kannten ihn, aber er schlich und glitt wie eine Natter zwischen den Federn ihrer Redakteure einher. Öffentlichen Verhandlungen, die ihn gefangengenommen hätten, zog er die freien Suggestionen seiner speziellen Vorstellungen vor. Er hatte so seine Art. Er war ein Eingeweihter. Diese Art faszinierte bald die ganze Welt."

## **Internationale Hochfinanz**

Sehr früh also war Monnet ein einflußreicher Mann geworden, der eine erstaunlich breite Klaviatur besaß, insbesondere für die damalige Zeit. Er ging bei den wichtigsten politischen Führern der Londoner und New Yorker Finanzelite und den hohen Beamten des amerikanischen Außenministeriums ein und aus. 1923 hatte er den Völkerbund verlassen.

Seit er 1926 Vizepräsident der neu eröffneten Europa-Abteilung der sehr mächtigen amerikanischen Investment Bank Blair & Co. geworden war, nahm er auch an Finanzoperationen von sehr hohem Niveau teil. Er organisierte die Vergabe von amerikanischen Krediten zur Stabilisierung des Franc im Jahr 1926, der des Zloty, der polnischen Währung, und im Jahr 1928 der des Leu, der rumänischen Währung.

Kurz darauf übte er seine Tätigkeit als Finanzberater in China an der Seite von Chiang Kai-shek aus, organisierte Anleihen für die chinesische Regierung und gründete auf Vermittlung von John Foster Dulles, dem späteren US-Außenminister, die Bank Monnet, Murnane & Co., um den Geldfluß nach China zu sichern. Diese Bank wird später auch einträgliche Geschäfte mit Hitler-Deutschland abschließen. Monnet fungierte als außerordentlich geschickter und erfolgreicher Verbindungsmann zwischen den Interessen der US-amerikanischen Finanz-, Geschäfts- und Politikwelt einerseits und den entsprechenden Kreisen der restlichen Welt, insbesondere Europas.

## **Geschäfte und Souveränitäten**

So war es nicht überraschend, daß der damalige französische Premierminister Daladier (1884-1970) ihn 1938, als England noch seine Appeasement-Politik betrieb, beauftragte, in größter Diskretion für die französische Armee Flugzeuge in Amerika zu besorgen, um die desolate Situation der französischen Luftwaffe zu verbessern. Bei der Ausführung dieses Auftrages lernte er durch Vermittlung von US-Botschafter W. Bullitt den amerikanischen Präsidenten (1933-1945) Roosevelt kennen.

Die Schwierigkeiten bei diesem Projekt bestanden darin, daß Frankreich einerseits Probleme bei der Bezahlung hatte, der amerikanische Finanzminister (1934-1945) Henry Morgenthau aber die Finanzierung gesichert sehen wollte. Außerdem mußten Wege gefunden werden, das Neutralitätsgesetz zu umgehen oder außer Kraft zu setzen. Nachdem dieses im November 1939 gelockert worden war, kamen der britische Regierungsberater in Industrieangelegenheiten und Kabinettschef Chamberlains, Horace Wilson, der schon eine Schlüsselrolle in Chamberlains Appeasement-Politik gespielt hatte, und Monnet überein, die französischen und britischen Waffenkäufe zu vereinen.

Monnet, der sich schon während des Ersten Weltkriegs in London mit Waffenkäufen beschäftigt hatte, fand nun die gleichen Bedingungen vor, wie er sie schon damals gekannt hatte und übernahm auch die gleichen Funktionen. Er hatte sehr schnell verstanden, daß die Amerikaner seit dem Ersten Weltkrieg eine größere Rolle in der Welt spielten und sich darauf eingestellt.

## **Fusionierung der Souveränitäten**

Die Idee einer engen britisch-französischen Union kam aus dem Chatham House, das von 1925 bis 1956 von dem Geschichtsphilosophen Arnold Toynbee geleitet wurde. Seit 1938 hatte man in Verbindung mit dem "Zentrum für außenpolitische Studien in Paris die Idee einer Annäherung der beiden Staaten in vielen kleinen Zirkeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert. Aber als Toynbee 1940 nach Paris fuhr, bekam das Projekt Publizität und Aktualität. Es wurde sozusagen lanciert: Bei seiner Rückkehr ließ Toynbee in London ein Memorandum verfassen, den ... Gründungsakt einer dauerhaften Vereinigung Frankreichs und Englands.

Dieser Plan diente auf der einen Seite dazu, Frankreich durch militärische, wirtschaftliche und politische Kooperation mit England gegen einen Angriff Hitler-Deutschlands zu stützen. Auf der anderen Seite war damit die Absicht verbunden, eine Fusion der Souveränitäten beider

Länder herbeizuführen. Monnet schlug in Zusammenarbeit mit seinem Freund Vansittart dieses Projekt einer totalen Fusion der Souveränitäten vor. Die Idee war nicht ganz neu. Monnets Freund Bullitt hatte schon 1936 von "these dingy little states" in Europa gesprochen, die es eigentlich nicht wert seien als Staaten bezeichnet zu werden.

Das Projekt war jetzt also lanciert. In England redeten insbesondere die Minister davon. In Frankreich führten es eher Intellektuelle und Pressekreise in die Diskussion ein. Bei seiner Realisierung spielte Jean Monnet eine Schlüsselrolle. 1939 begab er sich nach London und sandte parallel an den englischen Premierminister Churchill (1940 bis 1945 und 1951 bis 1955) und an den französischen Ministerpräsidenten Reynaud (Mai 1940 bis Juni 1940) eine Note, in der er seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, daß Hitler England und Frankreich auseinanderdividieren könnte. Deswegen müßten die Verbindungen unauflöslich gemacht werden:

Die Kräfte der beiden Staaten müßten wie eine einzige Kraft eingesetzt werden. Um seiner Argumentation noch weiteres Gewicht zu geben, fügte er - ein für ihn typisches Vorgehen - hinzu: Die fast unbegrenzte Produktionskraft der Amerikaner würde sich ihnen nur dann zur Verfügung stellen, wenn sie selbst eindeutig die Bereitschaft bekundeten, gemeinsam zu kämpfen. Ansonsten könne man die Hilfe der Amerikaner vergessen. Damit wurde Monnet im September 1939 ein "alliiertes Funktionär" der britischen und französischen Regierung, der über den nationalen Interessen stand.

#### **Auf der falschen Seite?**

Als Frankreich dann in der "drole de guerre", dem "seltsamen Krieg", vom 10.5. bis 22.6.1940 Hitler-Deutschland unterlag, stellte sich für die französischen Eliten die Frage der Kapitulation und des Waffenstillstands oder des Weiterkämpfens von den französischen Kolonien aus. Durch eine gezielte Propaganda wurden die Namen von General Weygand und Marschall Pétain, beide Sympathisanten Hitler-Deutschlands und fanatische Antikommunisten, als Retter Frankreichs verbreitet.

Der aus dem Ersten Weltkrieg in gewissen Kreisen mit großem Ansehen verbundene Name des Marschall Pétain, dem sogenannten "Sieger von Verdun", verleitete viele Politiker dazu, ihm in den Waffenstillstand zu folgen. Pétain unterschrieb diesen als letzter Ministerpräsident der Dritten Republik, um danach Staatschef des neu geschaffenen Etat Français zu werden, der mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes ... die Republik abschaffte und ein mit Hitler kollaborierendes autoritäres Regime, das nach dem Regierungssitz benannte Vichy-Régime installierte.

Charles de Gaulle, der in jungen Jahren als Berufssoldat auch ein Bewunderer Pétains gewesen war, vollzog diesen Schritt nicht mit. Er verurteilte den Waffenstillstand mit Nazi-Deutschland und begab sich mit einigen Mitstreitern nach London. Von dort aus forderte er mit der Erlaubnis Churchills am 18. Juni in seinem berühmten Appel du 18 Juin über die BBC das französische Volk auf, den Waffenstillstand nicht zu akzeptieren und den Kampf an der Seite Englands und Amerikas weiterzuführen.

Nur einige wenige waren bei ihm, mit denen er dann eine Widerstandsorganisation, das Comité National Français (CNF) aufbaute. Hier in London begegneten sich Jean Monnet und de Gaulle.

Wie ist es nun zu erklären, daß Monnet, der offiziell ein erklärter Gegner Vichy-Frankreichs war, de Gaulle keineswegs unterstützte, als dieser 1940 in London begann, den Widerstand gegen die deutsche Besatzung Frankreichs zu organisieren?

Monnet fuhr in die USA, um dort im Auftrag Churchills Waffen für England zu kaufen. Er blieb dort und wurde in den harten Kern des Beziehungsnetzes im engsten Kreis um Präsident Roosevelt integriert (Dean Acheson, Staatssekretär im Außenministerium; Felix Frankfurter, Richter am obersten amerikanischen Gerichtshof; Francis Biddle, Justizminister; Phil Gra-

ham, Medienzar).

Während dieser Zeit verkehrte er auch in Exilkreisen, die gegen de Gaulle bei der amerikanischen Regierung intrigierten. Monnets diverse Argumente, de Gaulle sei ein Diktator, faschistisch, psychotisch, sei Hitler ähnlich, habe keine Legitimation, die Franzosen zu vertreten usw. wurden beliebig benutzt, um ihn zu desavouieren und als Kopf einer Nachkriegsregierung unmöglich zu machen.

De Gaulles Position paßte ihnen nicht, weil er mit all ihm zur Verfügung stehender Kraft die Souveränität Frankreichs wiederherstellen wollte. Über die Landung der US-amerikanischen Flotte in Algerien wurde de Gaulle in London weder informiert, geschweige denn darin einbezogen.

Die amerikanische Regierung glaubte, in General Giraud einen passenden Mann gefunden zu haben, den sie für ihre Zwecke benutzen konnte. Er wurde im Dezember 1942 zum Hochkommissar für Französisch Nord- und Westafrika gemacht. Es mußte ihm nur noch schnell ein demokratisches Mäntelchen umgehängt werden, damit er für die Weltöffentlichkeit präsentabel wurde. Diese Aufgabe übernahm Monnet in seiner Funktion als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Einen französischen Auftrag hatte er nicht.

Die Tatsache, daß Giraud in Algerien die rassistischen bzw. faschistischen, an Hitler-Deutschland angelehnten Vichy-Gesetze gegen Juden und Résistance-Kämpfer anwandte, wurde in diesem Zusammenhang von den Machthabern als *quantité négligeable* angesehen. Eine Tatsache, die um so schwerer wiegt, als ohne die aktive Unterstützung von etwa 400 Widerstands-Kämpfern die Landung der alliierten Streitkräfte im November 1942 wesentlich schwieriger gewesen wäre, da die Vichy-Verwaltung erheblichen Widerstand leistete. Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß de Gaulle nicht der "Mann Amerikas" war und die Vorwürfe ihm gegenüber als Propagandalügen angesehen werden müssen.

### **Aktiv im Dienste Roosevelts**

In Algier befolgte Monnet als direkter Sondergesandter Roosevelts dessen Aufträge. Dabei halfen ihm große Summen amerikanischer Gelder, ermöglicht durch den Lend-Lease-Act. Insgesamt erhielt Frankreich auf diesem Wege während des Krieges 4 Milliarden Dollar. Monnet organisierte damit u.a. die Versorgung der "Forces françaises libres". Dabei arbeitete er eng mit dem jungen Finanzberater Christian Valensi zusammen, der wie Monnet über ein bedeutendes Beziehungsnetz auf beiden Seiten des Atlantiks verfügte und auch nach Kriegsende maßgeblich beteiligt war an der Beschaffung amerikanischer Kredite zusätzlich zu Geldern aus dem Marshall-Plan.

Gleichzeitig boykottierte Monnet das nationale Befreiungskomitee in London unter Führung de Gaulles, der von der Gesamtheit der französischen Résistance anerkannt und mit deren Leitung beauftragt worden war. Als jedoch immer deutlicher wurde, daß es an de Gaulle kein Vorbeikommen gab, bezog man ihn mit ein, in der Hoffnung, ihn in einem großen Komitee "ertränken" zu können, d.h. kaltzustellen.

Hier in Algier wurden die konkreten Pläne für den Wiederaufbau Frankreichs und Europas nach dem Krieg entworfen und die zukünftigen "Regierungsmannschaften" aufgestellt. Monnet wirkte dabei entscheidend mit. Er selbst war im provisorischen Kabinett oder "großen Komitee" als Minister für Waffenbeschaffung, Versorgung und Wiederaufbau vorgesehen. Er brachte seine in den USA entwickelten Vorstellungen vom wirtschaftlichen Aufbau Frankreichs und Europas ein und traf bei all den Männern, mit denen er seit den Zeiten im Völkerbund Kontakte geknüpft hatte, auf offene Ohren.

Gleichzeitig versuchten Eisenhower und Roosevelt über General Giraud direkt Einfluß auf die Politik des Komitees zu nehmen, indem sie die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen in Aussicht stellten für den Fall, daß Giraud seine Stellung in dem Komitee, die durchaus umstritten war bei den Franzosen, nicht behalten würde.



Monnet hatte in seinen "amerikanischen Jahren" auf Grund seiner engen Beziehungen zur dortigen Machtelite deren Vorstellungen vom Nachkriegseuropa aufgenommen. So war er eng mit dem späteren Außenminister John Foster Dulles befreundet, der 1941 in einem Artikel vorschlug, Europa nach dem Krieg zentralistisch zu reorganisieren, und behauptete, es sei ver-rückt, den einzelnen europäischen Staaten wieder die volle Souveränität zuzugestehen.

Das amerikanische Magazin "Fortune" und der Journalist John Davenport, zu denen Monnet sehr enge Beziehungen unterhielt, war das Sprachrohr der Hochfinanz und der amerikanischen Kartelle.

1943 wurde dort die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte, sowie eine europäische Währungsunion, die von einer europäi-schen Bank dirigiert werden sollte. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Monnet nahm die amerikanische Botschaft auf: Schnell handeln, um Westeuropa zu einen und einen großen Markt schaffen mit oder ohne gemeinsame Behörde, schließlich Frankreich dazu anstiften, eine europäische Föderation zu schaffen, um Deutschland einzubinden.

1943 entwirft er eine Denkschrift für das CFLN, in der er die Gründung einer Wirtschaftsge-meinschaft vorschlägt, die von einer französischen Initiative ausgehen soll, "um eine demo-kratische Ordnung in Europa zu schaffen. **Europa kann zu einem Staat werden, der Frie-den und Glück bringt", indem er sich über die nationalen Souveränitäten erhebt.**

Die Rolle Frankreichs ist damit festgelegt: Speerspitze der europäischen Einigung mit Monnet als treibender Kraft ohne jede parlamentarische Legitimation.

Diese in den USA entwickelten Vorstellungen und Pläne für das Nachkriegs-Europa geben eine erste Antwort auf die Frage, warum die USA de Gaulle ausbooten wollten. Seine Psychi-atriisierung und Abstempelung als Faschist waren Mittel zu dem Zweck, den Kopf der Bewe-gung, die für die Souveränität Frankreichs eintrat, auszuschalten. Wenn man de Gaulle selbst liest und die Untersuchungen zu den Hintergründen der amerikanischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts, wie wir sie in unserem ersten Artikel angedeutet haben, einbezieht, so kommt man der Wahrheit ein weiteres Stück näher.

### **De Gaulle und Roosevelt - Pläne für die Welt nach dem Krieg**

De Gaulle beschreibt in seinen Memoiren seine Unterhaltung mit Roosevelt im Juli 1944 in Washington. Im Laufe dieser Unterhaltung legte Roosevelt seine Strategieüberlegungen für die "Welt" nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Roosevelts Vision erschien de Gaulle mehr als beunruhigend für Europa und insbesondere Frankreich. De Gaulle führt wörtlich aus: "(Roo-sevelt) gedenkt nun ein internationales System zu schaffen, das auf ständige Intervention hi-nausläuft. Er denkt an ein Viererdirektorium: Amerika, Sowjetrußland, China und Großbri-tannien sollen die Weltprobleme regeln.

Ein Parlament der Vereinten Nationen soll der Macht dieser "vier Großen" einen demokrati-schen Anstrich geben. Aber wenn man (das heißt die USA) die Welt nicht auf Gnade und Un-gnade den drei anderen ausliefern will, muß solch eine Organisation, meint Roosevelt, die Anlage amerikanischer Stützpunkte in allen Teilen der Erde und zum Teil auch auf französi-schem Gebiet einschließen.

Roosevelt glaubt, auf diese Weise die Sowjets in eine Gemeinschaft hineinbringen zu können, die ihre Ambitionen in Schach halten wird und in der Amerika seine Klientel um sich scharen kann. Von den "vier Großen" ist, wie er weis, das China Chiang Kai-schek von seiner Hilfe abhängig, während die Engländer, sofern sie nicht ihre Dominien verlieren wollen, sich seiner Politik beugen müssen. In bezug auf die mittleren und kleineren Länder wird er in der Lage sein, auf sie dank amerikanischer Hilfeleistungen einzuwirken.

Schließlich werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die amerikanische Auslandshilfe, das Vorhandensein amerikanischer Stützpunkte in Afrika, Asien und Australien dem Entste-hen neuer souveräner Staaten förderlich, die die Zahl derer vermehren werden, die den Verei-

nigten Staaten verpflichtet sind. In solcher Perspektive können die eigentlichen Probleme Europas ... nur von nebensächlicher Bedeutung sein".

De Gaulle erkannte in dieser Konzeption einen ausgesprochenen "Willen zur Macht" und den Willen, Europa zu dominieren. Er wies darauf hin, daß dieser Plan den Westen in Gefahr bringen würde. "Werde man nicht, wenn man Westeuropa als zweitrangig behandle, gerade der Sache schaden, der man zu dienen glaubt: der Sache der Zivilisation?" ...

"Der Westen ist es, sage ich zu Präsident Roosevelt, den man wieder aufbauen muß. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen. Wenn es nicht geschieht, wird es der Barbarei gelingen, alles hinwegzufegen. Westeuropa ist trotz seiner Zerrissenheit für den Westen von wesentlicher Bedeutung. Nichts kann den Wert, die Kraft, die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen."

Roosevelt sprach dann von seiner großen Enttäuschung über das französische Volk, das sich einfach so von den Nazis hatte überrennen lassen. De Gaulle, der sehr höflich war, entgegnete ihm nichts. Aber er dachte: Wenn Amerika Frankreich sowohl nach dem Ersten Weltkrieg geholfen hätte, wie auch zu Beginn des Zweiten, oder wenn man ihn, General de Gaulle, unterstützt hätte anstelle des Vichy-Regimes, dann wäre es vielleicht anders gekommen.

Es wird damit deutlich, daß de Gaulle die angebliche Enttäuschung Roosevelts als unehrlich empfand. Er verließ Roosevelt mit der Überzeugung, daß in den Beziehungen der Staaten untereinander die Logik und das Gefühl nicht schwer wögen im Vergleich zu den Realitäten der Macht. Allein was man sich nehme und was man zu halten wisse habe Bedeutung. Frankreich könne nur auf sich selber zählen, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.<<

**30.06.2011**

**BRD:** Der deutsche Bundestag beschließt am 30. Juni 2011 den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**

Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampfthema wird damit im breiten Konsens befriedet.

SPD und Grüne kritisierten aber scharf, daß die Regierung den Ausstieg als eigenen Erfolg verkaufe, obwohl sie sich weitgehend am früheren rot-grünen Ausstiegsbeschluß orientiere. Insgesamt wurde ein über 700 Seiten starkes Gesetzespaket vom Bundestag angenommen. Mit den Maßnahmen sollen auch Stromnetze schneller ausgebaut, Gebäude besser gedämmt und der Ökostromanteil bis 2020 von heute 19 auf mindestens 35 Prozent erhöht werden. Die Opposition stimmte mehreren Energiemaßnahmen nicht zu, weil sie ihnen nicht weit genug gehen.

Gegen den Ausstieg stimmten sieben Abgeordnete von Union und FDP. Die Linke lehnte geschlossen das Gesetz ab, weil das Atom-Ende nicht schnell genug komme. Mit dem Entscheid, dessen Auszählungsergebnis erst nach Ende der Energiedebatte vor fast leeren Rängen im Parlament verkündet wurde, wird die erst im vorigen Herbst von Union und FDP beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre widerrufen.

Rot-Grün fühlt sich als moralischer Sieger, weil die Regierung auf den alten Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückkehre. "Dieser Ausstieg ist unser Ausstieg", sagte SPD-Chef Sigmar

Gabriel. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Koalition stiegen nur aus purem Machterhalt aus der Atomkraft aus, SPD und Grüne aus "schierer Überzeugung". Gabriel forderte Neuwahlen, weil die Bundesregierung nun der FDP zuliebe auch noch die Steuern senken wolle. "Hören Sie einfach auf. Das wäre der beste Neustart für unser Land", rief Gabriel Merkel zu.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern schaut so aus: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) sprach von einer Art Revolution: "Das ist ein sehr guter Tag für Deutschland." Nach rund 30-jähriger kontroverser, teils unversöhnlicher Debatte beschließt das Parlament einen energiepolitischen Konsens. Kein Industrieland sei beim Ausbau des Ökostroms so ehrgeizig. Im Ausland werde gesagt: "Wenn es ein Land schaffen kann, dann sind es die Deutschen."

Scharfen Widerspruch ertete Röttgen für die Aussage, daß die schwarz-gelbe Koalition die erneuerbaren Energien nach vorne bringe. Gabriel betonte, SPD und Grüne hätten vor mehr als zehn Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschlossen, das Merkel damals abgelehnt habe und was die Koalition nun als Erfolgsmodell feiere.

Fraktionschefin Renate Künast sagte, das "Ja" der Grünen zur Energiewende sei ein "Ja, aber". So sei etwa das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien auf 35 Prozent zu steigern, nicht ausreichend. Außerdem werde man sich für mehr Sicherheit bei den neun restlichen Meilern und für eine bundesweite Endlagersuche einsetzen.

Die Linke forderte, den Ausstieg im Grundgesetz festzuschreiben, scheiterte aber mit einem entsprechenden Antrag. Nur so wäre die Abkehr von der Kernenergie unumkehrbar, sagte Fraktionschef Gregor Gysi. "So bleibt es ein Atomausstieg mit Rückfahrkarte."

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler wies die Kritik der Opposition zurück. Die Entscheidungen von Schwarz-Gelb gingen deutlich über den Ausstiegsbeschluß von Rot-Grün hinaus, sagte der FDP-Chef. Die Wirtschaft werde nicht übermäßig belastet. Für deutsche Firmen böten sich im In- und Ausland sogar neue Chancen.

Der Bundesrat soll das Atomgesetz am 8. Juli noch billigen, er kann es aber nicht stoppen. Ärger gibt es um die Windkraftförderung an Land. Baden-Württembergs Bundesratsminister Peter Friedrich (SPD) sieht die von Union und FDP durchgesetzten Änderungen als unvereinbar an mit dem Ziel, im Südwesten viele neue Windräder aufzustellen. Daher sprach er sich in der "Stuttgarter Zeitung" für die Anrufung des Vermittlungsausschusses aus, um hier eine neue Lösung zu finden.<<

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtet am 30. Juni 2011: >>**Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022**

Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 - als erste führende Industrienation.

Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.

Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8

Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.

Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.

SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückgekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<

### **Voraussichtliche Folgen des Kernenergieausstiegs und der sog. "Energiewende"**

#### **Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022**

Bundeskanzlerin Merkel und die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und FDP) verlängerten im September 2010 die Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre. Die Regellaufzeit der Kernkraftwerke wurde damals von 32 Jahre auf 40 bis 46 Jahre erhöht.

Nach einer Umweltkatastrophe (Erd- bzw. Seebeben) in Japan, bei der am 11. März 2011 weite Küstenregionen zerstört wurden, wovon auch die Kernkraftwerke in Fukushima schwer betroffen wurden, beschlossen Bundeskanzlerin Merkel und die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) völlig überraschend - aus nationalen Sicherheits- und Selbsterhaltungsgründen - bis 2022 vollständig aus der Kernenergie auszusteigen.

Diese staatliche Maßnahme (sog. "Energiewende") geschah damals wahrscheinlich aus wahltaktischen Gründen, denn Deutschland zählt nachweislich nicht zu den besonders gefährdeten Erdbebengebieten. Nach dieser Umweltkatastrophe (Erd- bzw. Seebeben) in Japan beschloß weltweit nur die deutsche Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergie-technik. Sogar Japan entschied später, weiterhin auf die Nutzung der Kernenergie zu setzen, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten.

#### **Vermeidung der staatlichen Haftung für Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen**

Alle deutschen Kernkraftwerke wurden ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben.

Diese Kernkraftwerke wurden aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1980er Jahre durch die deutsche Bundesregierung privatisiert. Im Verlauf dieser "eleganten Privatisierung" erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

## **Drastischer Personalabbau und Unterlassung von Neubauten sowie Instandhaltung und Wartung**

Aufgrund des staatlich angeordneten Kernenergieausstiegs (vorzeitige Stilllegung bzw. entschädigungslose Zwangsenteignung der in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Kernkraftwerke) wurden die privaten Betreiber von Kernkraftwerken wesentlich früher als erwartet mit den riesigen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen sowie den wirtschaftlichen Folgen der "Energiewende" bzw. der staatlichen Planwirtschaft konfrontiert (Zwangsabschaltung von konventionellen Kraftwerken bei hoher Stromerzeugung von Windkraftwerken etc.). Die Energieversorgungsunternehmen reagierten sofort mit hektischen Sparprogrammen (in erster Linie mit einem drastischen Personalabbau), um Mindereinnahmen auszugleichen.

Im Rahmen der vielfältigen Rationalisierungs- und Kostensenkungsmaßnahmen werden zahllose hochqualifizierte Mitarbeiter der Energieversorgungsunternehmen in den Vorruhestand geschickt oder durch betriebsbedingte Kündigungen entlassen. Diese regelrechte Arbeitsplatzvernichtung beeinträchtigt naturgemäß die Qualität und Funktionstüchtigkeit der deutschen Energieversorgungsanlagen. Aufgrund fehlender Einnahmen werden geplante Neubauten nicht realisiert und regelmäßige Instandhaltungsarbeiten sowie Nachrüstungen von Kraftwerken und Netzen entfallen.

Reparaturen und dringende Wartungsarbeiten läßt man z.B. nur noch durch Fremdfirmen erledigen. Neben den Qualitätsminderungen sind negative Folgen für den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zu vermeiden. Der gesamte Bereich der Zulieferer wird ebenfalls nachhaltig belastet.

## **Verlagerung von Kapital und Arbeitsplätzen nach Osteuropa**

Der Kostenschwerpunkt der Energiewirtschaft resultiert vor allem aus der Fixkostenbelastung (hohe Kosten für Anlageinvestitionen) und starre Leitungsgebundenheit der Energieversorgung. Unwirtschaftliche Kraftwerke werden deshalb kurzerhand stillgelegt, wenn Stromimporte günstiger sind. Kein privater Energieerzeuger wird zukünftig Milliarden investieren, um neue Kraftwerke im Inland zu bauen, wenn der Stromimport oder Investitionen in Osteuropa rentabler sind.

Ersatzinvestitionen realisiert man außerdem zukünftig wegen der günstigeren Rahmenbedingungen (geringe Umweltschutzauflagen, schnelle Baugenehmigungen niedrige Baukosten etc.) in Osteuropa. Investitionen im Ausland führen zur Verlagerung von Arbeitsplätzen und Kapital. Durch den Strombezug aus dem Ausland verliert Deutschland naturgemäß jeglichen Einfluß auf Sicherheits- und Umweltstandards.

## **Keine Verminderung von Atomstrom**

Der deutsche Ausstieg aus der Kernenergie bietet unseren europäischen Nachbarn (vor allem Frankreich) endlich die Gelegenheit, ihren überschüssigen Atomstrom nach Deutschland zu liefern. Seit 2000 liefert Rußland bereits Strom durch die Ukraine nach Westeuropa. Spätestens ab 2022 dürften zusätzlich weitere osteuropäische Atomstromproduzenten auf den deutschen Energiemarkt drängen.

Da Deutschland von einem Netz von Kernkraftwerken umgeben ist, bietet der einseitige deutsche Atomausstieg keine größere Sicherheit vor atomaren Unfällen, denn die west- und osteuropäischen Kernkraftwerke sind keinesfalls sicherer als die deutschen Kernkraftwerke, die weltweit zu den sichersten Anlagen zählten.

## **Negative Folgen für die Umwelt und ökologisch erzeugte Energieformen**

Nach dem Atomausstieg müssen verstärkt fossile Energieträger (Gas-, Stein- und Braunkohle) eingesetzt werden, so daß die vertraglich zugesagten CO<sub>2</sub>-Reduzierungen vermutlich nicht zu realisieren sind. Angesichts der drohenden Überschwemmung durch den französischen Atomstrom geraten sicherlich auch die staatlich subventionierten erneuerbaren Alternativenergien

aus Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse ins Hintertreffen.

### **Steigende Strompreise**

Nach dem Kernenergieausstieg und dem Abbau der Kraftwerksreserven (Stilllegung vor unrentablen Kohle- und Gaskraftwerken) wird man die Strompreise in Deutschland drastisch erhöhen. Alle Verbraucher werden infolge der "Energiewende" wesentlich mehr bezahlen müssen, falls man ihnen überhaupt noch genügend Strom anbietet.

Erfahrungen aus den USA zeigen, daß unkalkulierbare Einflüsse wie z.B. Kälte, Hitzewellen, Sturmschäden und ähnliche Naturkatastrophen sofort auf den Verbrauch und die Strompreise durchschlagen (Angebot und Nachfrage). Preiserhöhungen von 15 Cent auf 7,5 Dollar pro kWh wurden dort bereits gefordert und gezahlt.

### **Versorgungssicherheit geht verloren**

Wenn man im Jahre 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) ersatzlos abschalten muß, wird es in Deutschland große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben.

Da der Ersatz alter und störanfälliger Betriebselemente aufgrund von finanziellen Problemen der Energieversorgungsunternehmen unterbleibt, wird durch Überalterung der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen sowie wegen fehlender Vorhaltung von ausreichenden Reserven die bisherige vorbildliche deutsche Energieversorgungssicherheit zunächst schleichend sinken und schließlich verloren gehen. Vor allem fehlende Reservekraftwerke werden vielerorts zu dramatischen Versorgungsengpässen führen.

Störungsfälle (regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche), die Stromschwankungen, Naturkatastrophen oder andere Ereignisse auslösen, sind infolge der katastrophalen Folgen der staatlich angeordneten Planwirtschaft ("Energiewende") nicht mehr kurzfristig zu beheben, denn die systematisch ruinierten Energieversorgungsunternehmen verfügen nicht mehr über genügend eigene Energiespezialisten. Die Anbieter des Billigstroms besitzen im allgemeinen kein teures Fachpersonal, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen kommen wird.

### **Grundbedürfnis nach sicherer Energieversorgung**

Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (Handy, Internet etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

### **Fehlende Versorgungssicherheit zerstört den Industriestandort Deutschland und die gesamte volkswirtschaftliche Infrastruktur des Landes**

Die Kernenergie bietet zur Zeit die einzige realisierbare Alternative, um den künftigen Energiebedarf unseres hochindustriellen Landes mittel- und langfristig zu befriedigen. Der durch die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) willkürlich angeordnete Ausstieg aus der Kernenergie (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohl gemerkt derzeit sichersten aller 473 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022) wird Deutschland zu einem Stromimportland degradieren und alle stromintensiven Industriebetriebe werden sehr schnell wegen fehlender Versorgungssicherheit ins Ausland abwandern.

Die Deutschen sollten sich deshalb rechtzeitig von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen staatlichen "Energiewende" (entschädigungslose

Enteignung der privaten Energieerzeuger und staatliche Planwirtschaft) darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und geringerer Lebensqualität auszukommen.

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine weiteren fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank der ideologischen Energiewende der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln (verspätete Verwirklichung des Morgenthau-Plans).

Die staatlich angeordnete "Energiewende" (nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft) wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. In Deutschland werden voraussichtlich spätestens ab 2022 nicht nur unentwegt die Lichter ausgehen, sondern auch die Zahl der sogenannten "Freunde" wird schon bald sehr übersichtlich sein, wenn der bisherige "Zahlmeister der EU" selbst wirtschaftliche und finanzielle Hilfe benötigt!

Dr. Ing. Günter Keil berichtet später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>>Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse

Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.

Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stilllegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.

Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.

Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.

Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.

Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.

Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen.

Die unten präsentierte Liste der Fehler ist vermutlich bereits unvollständig, wenn Sie diesen

Artikel lesen.

### **Die Grundfehler der Energiewende**

Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Es weist vier grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen:

Die unverständliche Fokussierung des EEG auf die Stromerzeugung ignorierte den Sektor Wärmeversorgung sowohl bezüglich der dort umgesetzten Energiemengen als auch bezüglich der Importabhängigkeit der dort eingesetzten, überwiegend fossilen Energieträger. Dessen verspätete Einbeziehung (Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich) war von abrupten Änderungen der Förderung bis hin zu vorübergehenden Stops gekennzeichnet, die die Heizungsbranche einem unberechenbaren Wechselbad aussetzten und die dringend notwendige Modernisierung bremsen. Stagnation auf niedrigem Niveau ist das Ergebnis.

Die Milliardensubventionen wurden an diesem für Deutschland wichtigsten Energiesektor vorbei gelenkt - und dies dazu noch mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kollateralschäden im Sektor der Stromwirtschaft, dem das EEG eigentlich dienen sollte.

Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderungspolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen.

Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.

Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Biodiversität (Energiepflanzen), Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen (Photovoltaik) oder Lärmbelastungen (Windkraft); von der Landschaftsverhandlung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.

Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung ("Energiearmut"), Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.

Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten EE-Kapazitäten (= Erneuerbare Energien) nur an 5 bis 10 Prozent der Jahrestunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.

Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen



Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr.

### **Die Liste der Versäumnisse und Fehleinschätzungen wird immer länger**

Die Regierung hat erst vor kurzem begriffen, daß von Anfang an - das heißt bereits seit Einführung des EEG - riesige Stromspeicher zum Ausgleich der systembedingten starken Schwankungen des eingespeisten Wind- und Solarstroms erforderlich gewesen wären, die es aber nicht gab und die es auch innerhalb der kommenden 15-20 Jahre nicht geben kann.

Damit war ein Ausgleich dieser Schwankungen von vornherein ausgeschlossen. Kraftwerke mußten das übernehmen. Und die dafür geeignetsten sind Kernkraftwerke. Sie arbeiten nicht nur CO<sub>2</sub>-frei, sie waren und sind konstruktionsbedingt die mit Abstand schnellsten Regler im Netz, die mit ihrer großen Leistungsregelungs-Kapazität ("Lastfolgefähigkeit") schnelle Schwankungen am besten ausgleichen konnten.

Die Regierung schaltet sie jetzt entschlossen ab - und stellt nun verblüfft fest, daß sie für die damit früher erfolgte Stabilisierung des Netzes heute keinen Ersatz bekommen kann. Neue Kohle- und Gaskraftwerke sollen das nun - unter Opferung der Klimaschutz-Ziele - übernehmen. Sie sollten auch die gefährliche Versorgungslücke schließen, die durch die abgeschalteten und noch stillzulegenden Kernkraftwerke entstand.

Aber wiederum hat man zu spät begriffen, daß auch das nicht funktioniert. Denn der im EEG festgelegte Vorrang für die Einspeisung des "grünen" Stroms zwingt die Kohle- und Gaskraftwerke zu einem ständigen Hoch- und Herunterfahren ihrer Leistung, was nach Abschätzung des BDEW zu einer Nichtauslastung von 40 % führen wird. Unter diesen Bedingungen werden alle Investitionen in solche Kraftwerke unrentabel - sie unterbleiben deshalb.

Auf diese Weise führt das EEG nicht nur zu einem immer größer werdenden Bestand an Wind- und Solarstromerzeugern, deren Stromerzeugung man immer seltener voll nutzen kann, das EEG verhindert zugleich die Errichtung konventioneller Kraftwerke als der einzig verbliebenen Möglichkeit zur Stabilisierung des Netzes. So wurde aus einem ursprünglich gut gemeinten Förderprogramm ein Monstrum, das absehbar die zuverlässige Versorgung des Landes mit elektrischer Energie beenden und große Schäden anrichten wird.

Die Reaktion der Regierung: Nicht etwa das Abstellen der Ursache - das ist der im EEG gesetzlich festgeschriebene Vorrang für "erneuerbaren" Strom -, sondern Überlegungen zu einer weiteren Subvention: Investitionszuschüsse für unwillige Kraftwerks-Investoren - und selbstverständlich die Überwälzung der Kosten auf die Verbraucher. Abermals Planwirtschaft statt Marktwirtschaft.

Dazu paßt auch der neue Plan der Regierung, die fällige Stilllegung unrentabler Kohle- und Gaskraftwerke per Verordnung zu verzögern und zu verbieten. Dies sind sowohl Altanlagen, die sich am Ende ihrer typischerweise 40-jährigen Lebensdauer befinden, mit schlechten Wirkungsgraden und entsprechend hohen Emissionen, als auch jüngere Kraftwerke, die durch den EEG-bedingten Abschaltungszwang unrentabel geworden sind. Wie bei allen anderen planwirtschaftlichen Eingriffen der Regierung wird man auch hierbei die Zusatzkosten, die man den Kraftwerksbetreibern für den unrentablen Weiterbetrieb bezahlen muß, den Verbrauchern aufbürden.

### **Die EU-Kommission bekämpft die deutsche Energiepolitik**

Schon seit mehr als einem Jahr kritisiert der deutsche Energiekommissar Günther Oettingen die deutsche Energiepolitik auf das Schärfste. Mehrfach warnte er vor den bedrohlichen Folgen der hohen Energiesteuern für die Wirtschaft. Die extreme EEG-Förderung der Photovoltaik im sonnenarmen Deutschland kommentierte er mit sarkastischen Vergleichen und forder-

te ihren Abbau.

Im Mai 2012 bereitete die Kommission einen Doppelschlag gegen die deutsche Energiepolitik vor:

Die neuen Emissionszertifikate-Handel-Beihilfeleitlinien der EU verschärfen für Deutschland die Förderungsmöglichkeiten für den Bau von Kohle- und Gaskraftwerken. Investitionszuschüsse in Höhe von 15 % dürfen nur noch bei vollständiger Umsetzung der CCS-Technologie (Abtrennung und Speicherung des CO<sub>2</sub>) gewährt werden.

Deutschland hat aber die CCS-Richtlinie bisher nicht umgesetzt und kann das auch gar nicht mehr, seit der Bundesrat das Gesetz zur CO<sub>2</sub>-Speicherung abgelehnt und Vattenfall daraufhin sein Pilotprojekt in Jämschwalde abgebrochen hat. Damit werde das im Energiekonzept 2010 verankerte Kraftwerks-Förderprogramm faktisch unmöglich gemacht, sagte BDEW-Chefin H. Müller.

Damit nicht genug: In einem Entwurf eines Strategiepapiers spricht sich die Kommission dafür aus, daß die Förderprogramme der EU-Staaten für den Ausbau von Sonnen- und Windstrom so schnell wie möglich auslaufen sollen. Insbesondere seien dadurch die Energiekosten für viele Menschen zu sehr angestiegen. Außerdem sollen die nationalen Fördersysteme einander angeglichen werden. Damit wäre das EEG und damit der zentrale Antriebsmechanismus der Energiewende in Frage gestellt - weshalb Berlin dagegen ist.

Die NRW-Ministerpräsidentin Kraft forderte die Regierung auf, sicherzustellen, daß die EU-Kommission staatliche Subventionen für die energieintensiven Industrien genehmigt, was keineswegs sicher ist. Andernfalls fürchte sie schleichende Arbeitslosigkeit in NRW.

### **Deutschland kehrt zur Kohle zurück**

Der Ausstieg aus der Kernenergie, die einen großen Teil der Grundlast-Stromversorgung lieferte, bedeutete unausweichlich deren Ersatz durch andere Grundlastkraftwerke, und das sind in Deutschland allein Kohlekraftwerke. Daß dies der Preis für die Energiewende sein würde und wegen der dann wieder steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen auch ein Ende der sogenannten Klimaschutz-Politik, war der Regierung klar. Sie bemüht sich intensiv um Neubauten und plant sogar, die Stilllegung von fossilen Kraftwerken zu verhindern (siehe oben).

Der Leiter des dem Bundesumweltministerium BMU unterstellten Bundesumweltamts Jochen Flasbarth erklärte jedoch dazu Anfang Juni 2012, es gebe "keinen Bedarf für neue Kohlekraftwerke". Im BMU war man "verstimmt".

Begleitet wird die Kohle-Renaissance in Deutschland vom Rezessions-bedingten Verfall der Preise für Emissionszertifikate (7 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, damit 60 % unter dem Niveau von 2011) wodurch Kohle in ganz Europa wieder attraktiv wird. Für den Bau neuer Kohlekraftwerke muß sich die Regierung allerdings neue Subventionsmodelle einfallen lassen, nachdem Brüssel bei den Investitionshilfen die rote Karte zeigte (s.o.). Man wird das Übliche tun: Den Strompreis weiter erhöhen.

### **Man hat auch den Widerstand der Bürger unterschätzt.**

Die Bürger haben gelernt, daß sie recht wirksam unliebsame Entwicklungen in ihrer Umgebung verhindern können. Genau diese Fähigkeiten setzen sie seit einiger Zeit gegen nahezu alle Projekte ein, die jetzt zu wesentlichen Teilvorhaben der Energiewende ernannt worden sind:

Die Errichtung von neuen Pumpspeicherwerken, von Windkraftanlagen, von Hochspannungsfreileitungen, von Freiflächen-Photovoltaikanlagen, auch von Umrichterstationen zum Anschluß von Offshore-Windparks. Eine weitreichende Niederlage erlitt die Berliner Regierung mit ihrem Gesetzesvorstoß, der es ermöglichen sollte, in Kraftwerken abgetrenntes CO<sub>2</sub> zunächst versuchsweise in ehemaligen Gasspeichern zu lagern. Der Bundesrat lehnte es ab und will auch nicht den Vermittlungsausschuß anrufen. Bereits vor der Bundesrats-Abstimmung hatte es massive Proteste gegeben: "Stoppt das CO<sub>2</sub>-Endlager" stand auf ungezählten Auto-

aufklebern im Raum Flensburg und massenweise in friesischen Vorgärten, an der Nordseeküste in Schleswig-Holstein und Niedersachsen brannten Mahnfeuer. Greenpeace zeigte sich übrigens über das Abstimmungsergebnis im Bundesrat erfreut.

### **Die Risiken werden bedrohlich**

Die Regierung hat eine unheilvolle und die Sicherheit der Stromversorgung unterminierende Kombination zweier Fehlentscheidungen zu verantworten:

Sie hat das Erneuerbare Energie-Gesetz (EEG) unverändert beibehalten, womit der damit gesetzlich gesicherte Vorrang für die Einspeisung von Wind- und Solarstrom bei dessen unvermindert starkem weiterem Ausbau immer mehr zu massiven Störungen im Stromnetz führt. Und sie hat diese prekäre Situation durch die Abschaltung von 8 Kernkraftwerken nochmals extrem verschärft. Damit fehlt jetzt ein erheblicher Anteil an Wetter- und Tageslicht unabhängiger Grundlast-Stromerzeugung und gleichzeitig auch noch eine wichtige Regelungskapazität gegen Einspeisungsschwankungen, die gerade die Kernkraftwerke boten.

Im Winter 2011/2012 gab es deswegen bereits zwei sehr ernste Situationen, bei denen ein Blackout gerade noch mit drastischen Notmaßnahmen verhindert werden konnte. Für den kommenden Winter rechnet man mit einer noch ernsteren Situation. Über die Folgen eines flächenweiten Stromausfalls, der dann mehrere Tage andauern würde, macht sich anscheinend noch niemand Gedanken.

Deutschland ist durch eine Kette fast unglaublicher Fehler und Unterlassungen in diese fatale Situation gebracht worden: Erst die Verabschiedung des EEG ohne jegliche Absicherung gegen die extremen Schwankungen der Stromeinspeisung durch Speicher - die man nicht hatte und deshalb "vergaß" - und dazu auch noch ohne die Möglichkeit, den in Norddeutschland erzeugten Windstrom durch das vorhandene Übertragungsnetz nach Süddeutschland zu transportieren.

Diese Unterlassung führte zu einer Zweckentfremdung von Gas- und sogar von Kohlekraftwerken als "Lückenbüßer-Kraftwerke", die wegen der gesetzlich erzwungenen Grünstromeinspeisung ständig herauf- und heruntergeregelt werden mußten - und damit unrentabel wurden. Nicht genug damit erfolgte noch die hektische Stilllegung der Kernkraftwerke, womit bei dem aus den o.e. Gründen unterbleibendem Neubau von konventionellen Kraftwerken, der im Übrigen noch Jahre dauern würde, die Sicherheit der Stromversorgung bei steigenden Stromkosten weiter abnimmt.

Die steigenden Risiken für die Bevölkerung und für die Wirtschaft werden unten beschrieben. Weil die sehr viel ernsteren Auswirkungen dieser Politik erst noch kommen werden und der politische Widerstand noch gering ist, muß mit einem Festhalten an der Energiewende bis zum Zeitpunkt des Eintretens größter und unbeherrschbarer Probleme gerechnet werden, die dann nicht mehr durch das Umverteilen der angerichteten Schäden provisorisch repariert werden können.

### **Planwirtschaft statt Marktwirtschaft**

Von vielen Autoren der Wirtschaftspresse ist bereits harte Kritik daran geübt worden, daß im Energiesektor immer mehr marktwirtschaftliche Grundprinzipien, die bisher den Erfolg der Industrienation Deutschland herbeiführten, von der Regierung mißachtet und durch politisch motivierte Verletzungen dieser Prinzipien ersetzt werden.

Diese planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen, kennzeichnen heute die Energiepolitik. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung; starke Energiekostensteigerung (mit der Folge der neuen "Energiearmut" - s.u.); großer verspäteter Aufwand für das Beheben von Defiziten, die durch das jahrelange Ignorieren von zentralen Voraussetzungen für eine derartige Umgestaltung des

Elektrizitätssystemen entstanden sind (fehlende Speicher, unzureichendes Netz, fehlende konventionelle Kraftwerke als Sicherheit); Verwandlung des erhofften Nutzens in eine Bedrohung (Vertreibung der energieintensiven Industrie, Blackouts); Ärger mit den Nachbarländern wegen des Mißbrauchs ihrer Stromnetze als Abladeplatz für wetterbedingte Stromüberschüsse; technologischer Rückstand und der Verlust von Kompetenzen auf den nicht vom EEG begünstigten Feldern.

Diese EEG-verursachten Probleme wurden durch das plötzliche Abschalten von 7 Kernkraftwerken nochmals erheblich vergrößert. Zudem gab Deutschland damit seine bisherige Rolle als Exporteur von Grundlaststrom, mit dem das europäische Verbundnetz versorgt und stabilisiert wurde ohne Abstimmung mit den Nachbarländern auf.

Die durch die Fehler der Regierung verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen.

Die Liste dieser Verstöße gegen die Marktwirtschaft ist bereits lang:

1. Das EEG, also die Zwangssubventionierung unwirtschaftlicher und auch technisch ungeeigneter Methoden der Stromerzeugung - verbunden mit dem Zwang, den so erzeugten Strom vorrangig ins Netz einzuspeisen und seinen Weiterverkauf notfalls noch zusätzlich zu bezahlen.
2. Entschädigungs-Verpflichtung für die Nicht-Produktion eines Wirtschaftsgutes - s. §12 EEG.
3. Die mit Angstszenarien begründete Stilllegung einer großen Grundlast-Stromerzeugung (Kernkraft) mit der Folge von Preissteigerungen - auch im Ausland - und Versorgungsengpässen.
4. Gewaltiger, teurer Ausbau der Stromnetze, der ohne die Fehlentscheidung der Bevorzugung unzuverlässiger und durch starke Leistungsspitzen gekennzeichnete Erzeugungstechniken - s. Punkt 1 - überhaupt nicht notwendig wäre.
5. Entlastung von energieintensiven Produktionen von den durch die EEG-Fehlsteuerung verursachten Strompreiserhöhungen - und deren Überwälzung auf die übrigen Verbraucher.
6. Geplante neue Subventionen, um weitere Folgen der Fehlsteuerung durch das EEG und den Kernkraftausstieg zu bekämpfen: Der Einspeisungszwang von Wind- und Solarstrom ins Netz macht die jetzt benötigten neuen Kohle- und Gaskraftwerke unrentabel, weshalb sich Investoren zurückhalten.

Die Bundesnetzagentur empfiehlt daher, über Subventionen für den Kraftwerksneubau "nachzudenken". Deshalb hat die Bundesregierung einen Investitionskostenzuschuß für neue fossile Kraftwerke im Zeitraum 2013-2016 in Aussicht gestellt. Die EU will das jedoch verhindern - siehe oben. "Die EU bekämpft die deutsche Energiepolitik".

Die vermutliche Reaktion der Regierung: Den Kraftwerksbauern höhere Strompreise garantieren und diese wieder über Umlagen den Verbrauchern aufbürden.

7. Geplante Verordnung zur Verzögerung bzw. zum Verbot der Stilllegung unrentabel gewordener Kohle- und Gaskraftwerke - mit der leider üblichen Kostenüberwälzung.
8. Stromspeicher werden im Ausland gesucht - so die per Seekabel teuer anzuschließenden Pumpspeicherwerke Norwegens - weil nicht benötigter, überschüssiger Windstrom zwischengespeichert werden muß. Fördermittel fließen in neue Speicherprojekte. Ohne die Fehlsteuerung durch das EEG hätten die vorhandenen Pumpspeicherwerke weiterhin ausgereicht.
9. Durch die Energieeinsparverordnung werden Hausbesitzer zur energetischen Sanierung und Nachrüstung gezwungen. Auch wenn sie das nicht wünschen. Sie dürfen die Kosten auf die Mieter umlegen.
10. Für Neubauten ist bereits die Installierung der sog. intelligenten Stromzähler vorgeschrie-

ben. Ein Zwang für alle Verbraucher, diese Geräte anzuschaffen, ist angesichts der die Bürger bevormundenden Energiepolitik zu erwarten.

11. In Baden-Württemberg wurden Hausbesitzer bereits gesetzlich verpflichtet, bei einer Modernisierung ihrer Heizungsanlage eine anteilige Versorgung durch "Erneuerbare Energie" sicherzustellen.

12. Der staatliche Geldregen für Energiewende-Reparaturmaßnahmen lockt nun auch weitere Interessenten hervor: Auf der Energiespeicher-Konferenz IHRES in Berlin wurde ein Einspeisegesetz á la EEG auch für Energiespeicher, die das Netz stabilisieren sollen, gefordert. Auch Investitionszuschüsse seien geeignet.

13. Die zunehmende Energiearmut auf Grund unbezahlbarer Stromrechnungen hat zu Überlegungen des neuen Umweltministers Altmeier geführt, staatliche Stromkostenzuschüsse einzuführen.

Dazu gibt es bereits deutliche Stellungnahmen: "Im Energiesektor bewegen wir uns langsam, aber sicher auf eine komplette Planwirtschaft zu", warnte der CDU-Wirtschaftspolitiker Michael Fuchs. "Ein System zunehmender staatlicher Eingriffe ist marktwirtschaftlich nicht sinnvoll und für den Verbraucher nicht bezahlbar", erklärte BDEW-Hauptgeschäftsführerin Hildegard Müller.

### **Die Regierung hat sich erpreßbar gemacht**

Je mehr Engpässe durch die Fehlplanung der Energiewende auftreten, um so mehr Gelegenheiten bieten sich, die Regierung - oder auch deutsche Netzbetreiber - erfolgreich zur Kasse zu bitten. Es begann mit dem akut drohenden Netzzusammenbruch im Februar 2012. Stundeweise mußten die Netzbetreiber Strom zu horrenden Preisen im übrigen Ausland einkaufen, um einen Systemzusammenbruch zu verhindern.

So mußte die EnBW Transportnetze AG am 9.2. um 4:45 Uhr vom Netzbetreiber Swissgrid in der Schweiz eine "Notreserve" von 300 Megawatt Stromleistung anfordern und dafür mit 3.000 Euro pro Megawattstunde einen Preis bezahlen, der um das Fünzigfache über dem normalen Strombörsenpreis lag.

Die zweite offensichtlich erfolgreiche Aktion startete der niederländische Netzbetreiber Tennet, der die neuen Offshore-Windparks - ein Kernstück der Energiewende - an das norddeutsche Stromnetz anschließen muß, aber jetzt angeblich Finanzschwierigkeiten hat.

Tennet hatte eine Idee: In einem Brief an den Bundeswirtschaftsminister schlug man vor, daß es "vor weiteren Aufträgen für den Anschluß von Offshore-Windparks bei der Haftung neue Regelungen geben müsse". Weiter wörtlich: "Wo Versicherungen nicht mehr einspringen, muß eine "Sozialisierung der Schäden" (!) ermöglicht werden". Treffender kann man es nicht ausdrücken.

Die unausgesprochene Drohung, den Anschluß der Windparks weiter zu verzögern, zeigte die erwünschte Wirkung: Ausgerechnet das FDP-geführte Bundeswirtschaftsministerium, das mit der Marktwirtschaft offenbar nichts mehr im Sinn hat, legte einen Entwurf für eine entsprechende Verordnung vor, mit der die Haftungskosten letztendlich per Umlage den Verbrauchern aufgepackt werden sollen. Also das mittlerweile übliche Verfahren.

Es gibt eine weitere Gefahr für die Energiewendeplaner: Durch die vom privilegierten EEG-Strom erzwungenen Drosselung der Kohle- und Gaskraftwerke wird jedes Neubauprojekt unrentabel und unterbleibt. Schlimmer noch: Auch bestehende Kraftwerke werden durch den privilegierten EEG-Strom unwirtschaftlich und die legt ein Betreiber in einer normal funktionierenden Marktwirtschaft konsequenterweise still.

Einen ersten Paukenschlag dazu löste der staatliche norwegische Energiekonzern Statkraft Mitte Februar 2012 mit der Mitteilung aus, daß der Betrieb seines 2009 von E.ON übernommenen Gaskraftwerks Emden "nach und nach eingestellt" werde und Statkraft auf den geplanten Neubau eines Gaskraftwerks am gleichen Standort verzichtet.

"Das Kraftwerk ist nicht mehr profitabel", erklärte Statkraft-Vorstandsmitglied Asbjorn Grundt gegenüber Reuters. Gegen den Bau eines neuen 430-MW-Gaskraftwerks sprächen zum einen die hohen Gaspreise, zum anderen "sei zu befürchten, daß die Anlage infolge der verstärkten Einspeisung von Wind- und Solarenergie nicht voll ausgelastet wäre". Dadurch gebe es zu wenig Spitzenlastzeiten für das Gaskraftwerk - die typische Betriebsweise derartiger Anlagen. Grundt weiter: "Eine Investitionsentscheidung kann es nicht geben, wenn das Risiko besteht, daß die Stromerzeugung der Anlage eingedämmt wird".

Auch andere große Energiekonzerne haben erklärt, daß sich der Bau von Gaskraftwerken in Deutschland derzeit nicht lohne. So erklärte der Energieversorger E.ON Mitte Mai, daß man für 2013 plane, die Gaskraftwerke Irsching 3 in Oberbayern, Staudinger 4 in Hessen und Franken 1 in Nürnberg stillzulegen. Die Summe dieser Kraftwerkskapazitäten entspricht einem Kernkraftwerk.

Die bayerische Energiepolitik sah eigentlich vor, die Kapazitäten der Gaskraftwerke um 3.000-4.000 MW auszubauen. Die Landesregierung sah daher die Ankündigung "mit Sorge". Wirtschaftsminister Zeil forderte vom Bund eine schnelle Entscheidung, "wie man das Bereitstellen von Erzeugungskapazitäten seitens E.ON honorieren könnte" - also subventionieren. Weiterhin "dürften emissionsrechtliche Vorschriften nicht zu Stilllegungen führen"; ein Schlag gegen die Umweltschützer.

Das führt zum nächsten Problem: Ohnehin sind etliche ältere, unmoderne Kraftwerke fällig zur Stilllegung. Diese vollkommen logische und auch absehbare Entwicklung ruiniert die Pläne der Regierung, die zum Stopfen der durch die KKW-Abschaltung aufgerissenen Versorgungslücke auf wesentlich mehr Kohle- und Gaskraftwerke setzt. Die unwilligen Kraftwerksbetreiber und Nicht-Investoren können sich nun ruhig zurücklehnen und die Angebote der verzweifelten Regierung abwarten. Und schon setzt dort der bekannte Handlungsmechanismus ein:

Man diskutiert über "neue Mechanismen und ein anderes Marktdesign für die Strompreisfindung". Eine Option seien "Kapazitätsmechanismen". Im Klartext: Mit einer zusätzlichen Vergütung sollen Investitionen für die "Vorhaltung von Erzeugungsleistung" - also den Bau von dann teilweise stillstehenden Kraftwerken, die bei Engpässen einspringen können - angeregt werden. Und auch der nach dem Bau unrentable Betrieb muß subventioniert werden. Die EU ist leider gegen Investitionshilfen - s.o. Also wird man es über höhere garantierte Strompreise regeln.

Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW gibt der Regierung gute Ratschläge zur Lösung des Dilemmas mittels Planwirtschaft: Man müßte die am Ende ihrer im Durchschnitt 40-jährigen Lebensdauer stillzulegenden Altkraftwerke unbedingt weiter betreiben - natürlich erst nach erforderlichen Reparaturen, Nachrüstungen und Modernisierungen. Dies könnte "bei entsprechenden ökonomischen Rahmenbedingungen" - also Subventionen - "einen substantiellen Beitrag zur Deckung des Bedarfs an Kraftwerkskapazität liefern". Wer das dann bezahlen darf, ist klar.

Ein erhebliches Druckmittel besitzen auch die Übertragungsnetz-Betreiber, die - wie Tennet gerade vorführte - den entscheidenden Engpaß für die Durchleitung des in Norddeutschland erzeugten, überflüssigen Windstroms nach Süddeutschland mit einem riesigen Neubauprogramm beheben sollen. Und so bald weitere Verzögerungen und Kostensteigerungen eintreten, wird man auch hier die Hand aufhalten.

Nicht zu vergessen: Die Nachbarländer, denen Deutschland vermehrt nicht benötigten und die Netzstabilität störenden Wind- und Solarstrom in deren Stromnetze einleitet, beginnen sich zu wehren. Polen drohte bereits die Drosselung dieser unerwünschten Einspeisungen an, die nicht einmal mehr mit Zuzahlungen der deutschen Seite toleriert werden können.

Deutschland ist jedoch noch auf Jahre hinaus auf den Mißbrauch der benachbarten Stromnetze

als Puffer für seinen überflüssigen grünen Strom angewiesen. Die Alternative wäre selbstverständlich die Abschaffung des EEG. Aber das muß offenbar um jeden Preis - und das ist hier ganz wörtlich zu nehmen - vermieden werden.

Weitere Drohungen sind bereits erkennbar: Die ostdeutschen Länder fordern eine Entlastung von den Netzkosten, die ihnen durch die Abgabe ihres enormen, aber dort überhaupt nicht benötigten Windstroms entstehen. Die süddeutschen Länder sollen das bezahlen.

Hafenstädte wünschen Beihilfen für ihre Hafenanlagen, die für den Aufbau der Offshore-Windparks auszubauen sind. Die zur Sicherung der Stabilität des riesigen Nieder- und Mittelspannungsnetzes dringend erforderliche, aber bisher unterbliebene Nachrüstung der Photovoltaikanlagen mit elektronischen Regeleinrichtungen wird erhebliche Kosten verursachen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit wie stets in der EEG-Umlage ihren Niederschlag finden werden.

Diese Liste verlängert sich im Monatsrhythmus.

### **Die Kostenlawine rollt**

Neben der in jedem kommenden Winter drohenden Blackout-Gefahr stellen die stetig und unabwendbar ansteigenden Kosten der Energiewende - insbesondere der Haushalts-Strompreis - die größte politische Gefährdung dar. Die Regierung versucht verzweifelt, die energieintensive Industrie von den existenzgefährdenden Zusatzkosten (z.B. den steigenden Netzkosten) zu entlasten - und wälzt sie zusätzlich auf die Bürger.

Eine deutliche Warnung gab es mehrfach im Jahre 2011 von EU-Energiekommissar Günther Oettinger: Hohe Energiekosten gefährdeten nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern auch den sozialen Frieden, wenn ein Teil der Menschen die Stromrechnung nicht mehr bezahlen könne. "Ich bin überrascht, wie gedankenlos die Entwicklung der Strompreise hingenommen wird", sagte Oettinger. Deutschland zähle weltweit zu der Spitzengruppe bei den Strompreisen. Steuern, Abgaben und Umlagen summieren sich hier beim Strompreis auf 45,1 Prozent.

Die Medien haben das Thema bereits aufgegriffen: Das Handelsblatt titelte am 23.5.2011 "Merkels Strompreislüge": Die Bundeskanzlerin hatte im Juni 2011 erklärt: "Unternehmen wie Bürger müssen auch in Zukunft mit bezahlbarem Strom versorgt werden." Und sie versprach, daß die Ökostrom-Umlage bei 3,5 Cent / kWh stabil gehalten werde. Aktuell liegt sie bei 3,59 Cent. Michael Fuchs, in der Unionsfraktion für Wirtschaftspolitik zuständig, rechnet mit 4,5 Cent und mehr.

Prof. Helmut Alt von der FH Aachen wies allerdings darauf hin, daß diese Zahlen "verniedlicht" wurden, da es Nettobeträge ohne die Mehrwertsteuer sind. Aus der Zahl 3,5 Cent/kWh werden dann bereits 4,13 Cent/kWh.

Das wird wohl nicht reichen: Der riesige Stromnetz-Ausbau und der ebenfalls gewaltige Ausbau der Offshore-Windkraft haben noch gar nicht richtig begonnen und der weitergehende Zubau der Photovoltaik kommt noch hinzu. Ferner werden alle oben beschriebenen planwirtschaftlichen Maßnahmen nur weitere Kosten verursachen. Der Hauptteil der Wendekostenwelle steht also erst noch bevor.

Falls der beabsichtigte Zubau an konventionellen Kraftwerken überwiegend mit Gaskraftwerken erfolgen sollte, die von manchen Politikern im Gegensatz zu Kohlekraftwerken als bedingt umweltfreundlich angesehen werden, würde der Stromerzeugungspreis auf Grund der hohen Gaspreise zwischen 15 und 20 Cent / kWh liegen und damit 3 bis 6-mal höher als der Gestehungspreis des heute erzeugten Grundlaststroms, berechnete Prof. Alt. Darin seien die Kosten für den Ausbau des Netzes noch nicht enthalten.

Die durch das EEG veranlaßten Subventionen würden nach Schätzungen im Jahre 2012 vermutlich 14,1 Milliarden Euro erreichen - nach 11,76 Mrd. im Jahre 2011. McKinsey schätzt, daß allein 2020 die Stromverbraucher Kosten von 21,5 Mrd. Euro tragen müssen, die nur

durch den Umstieg auf erneuerbare Energien verursacht werden. Insgesamt verursache die Energiewende von 2011 bis 2020 Kosten von 175 Mrd. Euro. Das Karlsruher Institut für Technologie schätzt, daß der Strompreis durch die Kosten der Energiewende bis 2025 gegenüber heute um 70 Prozent steigen wird.

Der Koordinator Energiepolitik der Unionsfraktionen Thomas Bareiß meinte besorgt und hilflos: "Die Strompreise werden zur Achillesferse der Energiewende. Wir müssen sie so gestalten, daß sie bezahlbar bleiben. Die Belastung darf nicht einseitig bei den Privatverbrauchern landen." Wie man Strompreise "so gestalten" kann, daß sie niemand mehr wehtun, verriet er nicht.

Das Gegenteil ist der Fall, denn: "Die Hauptlast tragen die privaten Haushalte", sagte dazu McKinsey-Experte Thomas Vahlenkamp.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat ergeben, daß arme Haushalte mit 1 % ihrer verfügbaren Einkommen relativ zehnmal mehr für die Subvention von Sonnen- und Windstrom zahlen als reiche mit 0,1 %. "Die derzeitige Finanzierung der Energiewende ist unsozial", stellte die auftraggebende Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) fest. Wegen unbezahlter Rechnungen wurde bereits 2010 600.000 Haushalten der Strom abgeschaltet, sagte Mieterbund-Chef Lukas Siebenkotten.

"Preisanstiege von rund 15 Prozent für Strom und Gas in den vergangenen zwei Jahren machen Energie für viele Haushalte unbezahlbar", sagte NRW-Verbraucherzentrale-Chef Klaus Müller der Welt am Sonntag. "10 bis 15 Prozent der Bevölkerung kämpfen damit, die Energiekosten zu finanzieren. Früher war Energiearmut ein Randproblem, doch mittlerweile ist es für viele ein Alltagsproblem geworden." Die steigende Energie-Armut sei alarmierend. INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr sprach von einem "unkontrollierten Kostenanstieg, der nicht länger hinnehmbar sei, weil er die Akzeptanz der Energiewende in der Gesellschaft untergrabe".

Jetzt begreift es die Regierung als Problem. Die Presse meldete am 4.6.2012, daß die Regierung Geringverdiener vor den steigenden Kosten der Energiewende schützen wolle. "Strom darf nicht zum Luxusgut werden. Der Staat ist da gefordert, Hilfen anzubieten", erklärte dazu Merkels neuer Umweltminister Altmaier. Aber bereits zwei Wochen darauf ruderte er wieder zurück: "Altmaier lehnt Beihilfen für Arme ab", wurde in den Nachrichten mitgeteilt.

Anscheinend hatte er gemerkt, daß offizielle Stromkostenbeihilfen für Arme den Ruf der Energiewende als Strompreistreiber bestätigen würden. Nun soll es statt dessen Energieberatungen für alle geben. Wie das einer bereits von der Stromversorgung abgetrennten Familie helfen soll, wurde nicht erklärt. Das Energiearmuts-Problem wird sich somit weiter verstärken.

Typisch für die Regierung: Nicht die Ursache des Problems anpacken, die hohen Steuern, Abgaben und Umlagen, die den Strom so teuer machen, sondern mit Ersatzhandlungen Zeit gewinnen.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung nimmt in der Tat ab:

Nach einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid sind 41 % der Deutschen nicht willens, für "erneuerbare Energien" mehr zu zahlen als bisher - in Ostdeutschland sind es sogar 52 %.

Auch die Industrie leidet unter den Stromkosten, die laut H.-J. Kerkhoff, Wirtschaftsvereinigung Stahl, "... hier höher sind als in fast allen anderen Ländern." Die Aluminiumhütte Voerdal wurde dadurch bereits in die Insolvenz getrieben. "Die De-Industrialisierung Deutschlands hat bereits begonnen", stellte EU-Energiekommissar Günther Oettinger fest.

Deutschlands Strom- und Gaskunden drohen zudem nach einem Gerichtsurteil Preiserhöhungen an einer weiteren Front: Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat entschieden, daß die Bundesnetzagentur in der Vergangenheit den Anlagenwert der deutschen Strom- und Gasnetze zum Nachteil der Netzbetreiber zu niedrig kalkuliert habe. Nun drohen Schadensersatzzahlun-



gen für entgangene Netzentgelte, und zwar rückwirkend. Wer das am Ende zu zahlen hat, ist klar.

### **Das Urteil des Auslands ist vernichtend**

Es war dem World Energy Council (das größte internationale Netzwerk der Energiewirtschaft) vorbehalten, am 10.10.2011 das Ergebnis einer internationalen Expertenbefragung zur deutschen Energiewende zu präsentieren; eine Befragung, die die deutsche Regierung besser selbst durchgeführt hätte, und zwar rechtzeitig vor der Verkündung ihrer dramatischen Politikänderung. Grundlage der Ergebnisse sind Antworten aus den Rückläufen aus 21 Länderkomitees des World Energy Council, darunter 14 aus Europa.

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Nur 38 % der Experten trauen Deutschland zu, einzelne Ziele - und zwar verspätet - zu erreichen.
- Bis 2020 erwarten 76 % der Experten eine Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands.
- Auch nach 2020 erwarten 48 % eine solche Schwächung.
- 71 % der Befragten erwarten Preissteigerungen für Strom im eigenen Land!
- Knapp zwei Drittel - 62 % - der Befragten sehen erhöhte Gefahren für die Versorgungssicherheit Europas.
- 81 % der befragten Länder lehnen den deutschen Weg als Vorbild für die Welt ab.
- Keiner der Experten hält es für vorstellbar, daß sein Land den deutschen Politikansatz vollständig übernehmen könnte.
- 62 % können sich vorstellen, einzelne Elemente der Energiewende zu übernehmen. 33 % kein einziges Element.

Dieses Gutachten der internationalen Energieexperten ist vernichtend.

### **Die Naturschützer geraten in die Zwickmühle**

Im Anfangskapitel "Die Grundfehler..." wurden schon unter Ziffer 3 die erheblichen Beeinträchtigungen der Umwelt durch die Auswirkungen des massiven Ausbaus der sog. erneuerbaren Energien aufgezählt. Die ursprüngliche Idee, damit der Umwelt etwas Gutes zu tun, wurde durch den flächenfressenden Gigantismus der grünen Techniken und die zwangsläufig dadurch entstehenden Umweltprobleme ad absurdum geführt.

Gerade die Naturschützer müssen jetzt mit Schrecken diese Folgen zur Kenntnis nehmen: Neben dem sehr erheblichen Flächenverbrauch, den alle grünen Energietechniken wegen ihrer sehr geringen Leistungsdichte (erzeugte Kilowatt pro Quadratmeter) aufweisen, werden Biotope zerschnitten, Monokulturen nebst Dünger- und Pestizideinsatz lassen die Tierwelt verarmen, Windmühlen gefährden Vögel und Fledermäuse, Hochspannungstrassen - auch solche mit Erdkabeln - erfordern breite Schneisen, große Windparks werden neuerdings bevorzugt in Wäldern errichtet und die Verschandelung der Landschaft ist in vielen Regionen brutal geworden.

Bürgerinitiativen kämpfen energisch gegen den Bau aller neuen Pumpspeicherkraftwerke, wie zum Beispiel die in Atorf/Südschwarzwald von den Schluchseewerken geplante Großanlage. Der Schwarzwaldverein als Interessenvertreter der Bevölkerung hatte in den Anhörungen kritisiert, "die Region dürfe nicht bloß das Objekt für energiewirtschaftliche Ausbeutung werden." Die Vertreter des EVU räumten ein, daß sich die Landschaft deutlich verändern werde, "da werde man sich sicher erst dran gewöhnen müssen." Naturschützern müßten bei derartigen Äußerungen die Ohren klingen.

Wer zudem auch noch ein Menschenfreund ist, wird die Lärmemissionen der Windanlagen, den Elektromog durch Hochspannungsleitungen, die Brandgefahren der Photovoltaik und die Unfälle bei der Errichtung der diversen Anlagen mit ins Kalkül ziehen müssen.

Das einzige Ziel, das die im BUND und im NABU organisierten Natur- und Umweltschützer erreicht haben, ist der Kernkraftausstieg. Ihr weiteres Ziel, den Neubau von Kohlekraftwerken

zu verhindern, die der BUND Klimakiller nennt, ist bereits gescheitert. Dennoch halten diese Verbände unbeirrt an dieser Forderung fest.

Zusätzlich greift der BUND eine der wichtigsten Maßnahmen an, die die Regierung zur Schonung der energieintensiven Industriebetriebe vor den gefährlich steigenden EEG-Umlagekosten getroffen hat: Die "besondere Ausgleichsregelung" im EEG. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger forderte, "bei der EEG-Umlage alle Befreiungen und Sonderregeln für die Industrie zu überprüfen und dann entweder zu streichen oder auf wenige Sonderfälle zu beschränken". Seine Begründung: Für das "Gelingen der Energiewende" sei es nötig, "daß alle an ihren Kosten beteiligt sind und nicht die einen für die anderen zahlen".

Hier wird mit falschen Karten gespielt: Herr Weiger weiß genau, daß seine gut klingende Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Kosten bei ihrer Verwirklichung der Energiewende den Todesstoß versetzen würde. Denn der dann eintretende Exodus der energieintensiven Industrie, der z.T. schon begonnen hat, würde durch die davon hervorgerufene Protestwelle von Industrie, Kommunen und Gewerkschaften die Regierung hinweg fegen. Sie mußte diese Kosten auf die Bürger überwälzen, in der Hoffnung auf Zeitgewinn, weil deren Protest vermutlich erst etwas später eine gefährliche Stärke erreichen wird. Wie man aber jetzt schon sieht, ist auch diese Hoffnung unberechtigt.

Die Regierung hat auch gar keine andere Wahl als den möglichst massiven Zubau von Kohlekraftwerken, der in den Planungen den Zubau der teuren Gaskraftwerke weit übersteigt. Diese Kohlekraftwerke werden gebaut, egal wie viele Windräder und Photovoltaikanlagen auch in Deutschland stehen werden. Was jetzt noch bleibt, sind die massiven Umweltprobleme durch die Energiewende - und diese nehmen kontinuierlich weiter zu. Der Naturschutz befindet sich auf der Verliererstraße.

Die durch die selbst verursachten Fehler und Schäden in die Enge getriebene Regierung ist nun offenbar zu der Ansicht gekommen, daß sie keine Rücksicht mehr auf die inzwischen nur noch lästigen Naturschützer nehmen darf: Am 15.6.12 berichtete die Presse, daß Wirtschaftsminister Rösler "Naturschutzregeln aushebeln will, damit Stromautobahnen zügiger als bisher gebaut werden können". Rösler zur FAZ:

"Darüber müssen wir mit der EU reden. Es geht vor allem um die Fauna-Flora-Habitat sowie die Vogelschutz-Richtlinie. Da müssen wir ran". Jedem Beteiligten müsse klar sein, daß auf die Herausforderungen der Energiewende auch unbequeme Antworten zu geben seien. "Uns wäre bereits geholfen, wenn wir zum Beispiel beim Durchqueren von Schutzgebieten einen Teil der EU-Regeln auf Zeit außer Kraft setzen könnten", sagte der Minister. Er versäumte allerdings zu erklären, was nach der erfolgreichen Zerschneidung eines Schutzgebietes die Wiederinkraftsetzung der Regeln noch helfen soll.

Er, Rösler, müsse sich aber zunächst mit Umweltminister Altmeier einigen, "der dem Naturschutz eine sehr hohe Bedeutung beimißt".

Einen derart offenen Angriff auf den Naturschutz hat es bisher noch nicht gegeben. Man muß Rösler, der sich hier als entschlossener Vollstrecker der original rot-grünen Energiewendepäne aufführt, sogar danken, denn er zwingt nun auch den organisierten Naturschutz zu einer klaren Haltung. NABU-Präsident Olaf Tschimpke nannte Röslers Vorschläge auch sofort "weltfremd und inakzeptabel". Rösler wolle "mutwillig verlässliche Rahmenbedingungen und jegliche Planungssicherheit für das Gelingen der Energiewende zerstören" und "setzt die gesellschaftliche Akzeptanz für die benötigten Energieinfrastrukturen aufs Spiel".

Starke Worte, aber seltsamerweise nur auf diese eine den Naturschutz beim Trassenbau beeinträchtigende Absicht bezogen. Kein Wort zu den viel größeren Natur- und Umweltschäden, die der riesenhafte Ausbau der "Erneuerbaren" anrichtet; statt dessen das wiederholte, nicht sehr überzeugende Beschwören des "Gelingens der Energiewende" - genau wie beim BUND (s.o.). Die großen Naturschutzverbände haben sich somit auf zwei für die Regierung äußerst

wichtige Elemente der Energiewende eingeschossen, schrecken aber vor einer umfassenden kritischen Betrachtung zurück.

Es bleibt die Frage: Will man weiterhin aus politischen Erwägungen die Augen vor den massiven Beeinträchtigungen für die Natur verschließen, oder erinnert man sich an seine Prinzipien und seine Aufgaben?

### **Der politische Widerstand nimmt zu**

In den Regierungsfractionen regt sich bereits deutliche Kritik - siehe das Kapitel zur Planwirtschaft. Gänzlich unerwartet ist jedoch ein neuer, sehr ernst zu nehmender Gegner für die Merksche Energiewende aufgetreten: Bundespräsident Joachim Gauck warnte anlässlich der Eröffnung der "Woche der Umwelt" in Berlin davor, die Energiewende per Planwirtschaft umzusetzen.

"Es wird uns nicht gelingen, allein mit planwirtschaftlichen Verordnungen. Schon gar nicht mit einem Übermaß an Subventionen", sagte er. Damit nannte er die zwei größten Schwachpunkte der Energiepolitik beim Namen. Wirtschaftsminister Rösler nutzte diese Gelegenheit, um eine Reform der Ökostromförderung zu fordern, deren Kosten die Bürger über den Strompreis zahlen müßten.

Ebenfalls kritisierte er, daß die konventionellen Kraftwerke durch den Einspeisevorrang für Ökostrom bei viel Wind und Sonne zu oft heruntergefahren werden müßten. Eine Wirkung derartiger Äußerungen ist bislang nicht erkennbar; möglicherweise von ihm auch gar nicht angestrebt.

Interessant war die anschließende reflexartige Kritik der SPD am Bundespräsidenten. Ihr Umweltexperte Michael Müller verstieg sich dabei zu der interessanten Aussage, Gauck habe "mit seiner Ost-Mentalität Angst vor der Planwirtschaft". Diese scheint Herr Müller hingegen gut zu finden und er bestätigt damit unfreiwillig, daß die Energiewendepolitik tatsächlich weitgehend auf Planwirtschaft angewiesen ist. Präsident Gauck kann diese Kritik, die seine Meinung bestätigt, ungerührt hinnehmen.

Schließlich weiß jeder, daß er ca. 40 Jahre Planwirtschaft, die die DDR unausweichlich in den Ruin trieb, direkt erlebt hat - und anschließend 22 Jahre westliche Marktwirtschaft. Wenn es also Leute gibt, die diesen Unterschied kennen und beurteilen können, dann die Ostdeutschen. Außerdem scheint es die SPD-Kritiker nicht zu beeindrucken, welche Fehlsteuerungen und milliardenschwere Geldverschwendung die bisher einzige in Westeuropa praktizierte Planwirtschaft anrichtet: Die EU-Landwirtschaftspolitik.

Gauck hat die beiden Sargnägel von Merks Energiewende auf den Kopf getroffen. Sein Mut, das offen auszusprechen, dürfte die zahlreichen Gegner dieser Energiepolitik ermutigen.

### **Wann kommt das Ende?**

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie unrealen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.

Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<

[Der deutsche Physiker Horst-Joachim Lüdecke \(Professor für Informatik und Physik\) berichtet später über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende \(x862/...\): >>>Klimaschutz und](#)

### **Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?**

Als einzige große Industrienation verzichtet Deutschland auf die Kernkraft und erklärt dafür

die erneuerbaren Energien zu den "Silberkugeln" seiner zukünftigen elektrischen Stromerzeugung. Keine Stimme des Auslands schickt Glückwünsche.

So schreibt der englische Daily Telegraph am 31.3.2011 "Frau Merkels Beschwichtigung der nuklearen Hysterie ist weit über die deutschen Grenzen hinaus verstörend, weil sie die Kapitulation einer ehemals in Wissenschaft und Technik führenden Nation gegenüber einem ideologischen Irrationalismus aufzeigt".

Die Entscheidung gegen die Kernenergie ist indes nur vorläufiger Endpunkt einer konsequenten Entwicklung. Diese begann mit "Klimaschutz", schädigte daraufhin Landschaften, Vogel- und Fledermauspopulationen, küstennahes Meer, Schifffahrt und Meeressäuger mit Tausenden von Windrad-Ungetümen und wird schließlich unsere elektrische Stromversorgung und Volkswirtschaft nachhaltig beeinträchtigen.

Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO<sub>2</sub>-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos.

Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad C während ihrer Lebenszeit erleiden mußten - ohne anthropogenes CO<sub>2</sub>.

Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!

Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO<sub>2</sub> als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO<sub>2</sub> verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO<sub>2</sub>-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan.

Weltweit finden Wetterdienste keine Trends zu mehr Stürmen, Tornados, Dürren oder Überschwemmungen. Sogar das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schreibt in seinem Dritten Sachstandsbericht von 2001 in Kapitel 2.7 "eine Zunahme von Extremwetterereignissen ist nicht auffindbar".

Das Eis der Arktis unterliegt natürlichen langfristigen Schwankungen. So wurde die Nordost-Passage bereits 1878 durch Erik Nordenskjöld befahren. Ähnlich wenig Eis wie heute gab es schon einmal in den sehr warmen 1930ern. In jeder kühleren Phase kehrt es wieder zurück. Der Meeresspiegel steigt seit 10.000 Jahren, aber ein durch anthropogenes CO<sub>2</sub> bedingter oder gar beschleunigter Meeresspiegelanstieg ist bis heute weder mit Pegeldaten noch mit Satellitenmessungen belegbar.

Nur mit Computer-Modellen, die nicht einmal die großen dekadalen Oszillationen oder den El Nino vorhersagen können, lassen sich Klimakatastrophen konstruieren. Insbesondere der "Hot Spot", eine von den Modellen unabdingbar geforderte Erwärmung der hohen Atmosphäre, ist

nicht auffindbar. Daher sind die IPCC-Modelle falsch. Unstrittig wirkt das vom industrialisierten Menschen in die Atmosphäre gebrachte CO<sub>2</sub> erwärmend. Global sind es ca. 1 °C mehr, wenn sich (hypothetisch) der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft verdoppelt. Aber selbst zu dieser unbedenklichen und vorteilhaften Erwärmung kann es nicht kommen, denn dazu müßten alle förderbaren fossilen Brennstoffe verfeuert werden. Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.

Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten sowie in schon über 800 gegen die IPCC-Aussagen gerichteten Peer-Review Fachveröffentlichungen werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. So lud am 20.4.2011 das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung Klimaexperten von EIKE zu einem wissenschaftlichen Workshop ein. Das für die Öffentlichkeit zweifellos interessante Protokoll des Treffens ist bis heute nur in [www.eike-klima-energie.eu](http://www.eike-klima-energie.eu) einsehbar.

Die CO<sub>2</sub>-Autosteuer, politische Täuschung? Ein Auto emittiert rund 150 g CO<sub>2</sub>/km, das sind bei 10.000 km jährlich insgesamt 1,5 Tonnen und bei einer Milliarde Autos weltweit 1,5 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>/Jahr. Ein Mensch atmet jährlich etwa 0,4 Tonnen CO<sub>2</sub> aus, 7 Milliarden Menschen rund 3 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>/Jahr - dies nicht naturgegeben, denn wir ernähren uns nicht von wilden Beeren. Das ausgeatmete CO<sub>2</sub> entspricht dem bei der Nahrungsherstellung, z.B. beim Brotbacken erzeugten CO<sub>2</sub>. Die CO<sub>2</sub>-Steuer für Autos ist daher nur eine zusätzliche Verbrauchssteuer auf Benzin - warum nicht, die Politik sollte dies aber ehrlich sagen.

Noch absurder sind CO<sub>2</sub>-Emissionseinsparungen bis 2020 um 14 % gegenüber dem Jahre 2005, zu denen sich Deutschland in der EU verpflichtet hat. Sogar extreme IPCC-Projektionen unterstellt, kann Deutschland damit nur eine Reduzierung der mittleren Globaltemperatur von unmeßbaren 0,0007° C erzielen (FAZ vom 9.1.2009) - bei volkswirtschaftlichen Kosten von mehreren 100 Milliarden Euro.

Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.

Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren. Es ist wie mit den Kirschen:

Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.

Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande (auch Off-Shore) nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. Drehende Rotoren bedeuten noch keine Stromerzeugung, was am berühmten v3-Gesetz von

Strömungsmaschinen liegt: die vom Windrad erzeugte elektrische Energie ist proportional zur 3-ten Potenz der Windgeschwindigkeit ... Im Klartext: Bläst der Wind mit halber Stärke werden nur noch ca. 12 % Strom erzeugt.

Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit (einem) extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des un stetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen.

Die Kernenergie sei ethisch nicht mehr vertretbar. Eine wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Entscheidung wird damit sachfremd getroffen. In der von der Bundesregierung berufenen 14-köpfigen Kommission zur Energiewende befanden sich drei Kirchenvertreter, aber kein einziger Energie-Experte - ein Rückfall in Zeiten vor der Aufklärung.

Jede Form der Energieerzeugung ist mit Kollateralschäden verbunden, etwa den vielen Opfern des Untertage-Kohleabbaus. Bei ideologiefreier Risikobewertung sind deutsche KKW sicher. Daran ändern auch die Havarien von Tschernobyl, Harrisburg und Fukushima nichts, bei denen hierzulande undenkbar Verletzungen von Sicherheitsregeln Ursache waren. Der europäferne Siegeszug der Kernenergie ist ohnehin unaufhaltsam. Anders ist der Energiehunger der wachsenden Weltbevölkerung nicht zu stillen.

Ein nuklearfreies Deutschland wird maßgebende Nachteile im globalen Wettbewerb erleiden und Arbeitsplätze einbüßen. Vollends unverständlich ist das Ignorieren der Entwicklung von inhärent sicheren Typen der nächsten KKW-Generationen. Auch das Transmutationsverfahren zur radioaktiven Abfallreduzierung auf wenige Prozent ist Medien und Politik keiner Erwähnung wert.

Die EU finanziert diese Entwicklung von bereits Pilotreife mit mehr als einer Milliarde Euro. Trotz KKW-Abstinentz darf sich Deutschland nicht der Kernenergie-Forschung und KKW-Weiterentwicklung verschließen! Da der deutsche Aderlaß an KKW-Leistung nur mit Gas und Kohle ausgleichbar ist, ist Rückkehr zur Kernkraft spätestens dann geboten, wenn inhärent sichere KKW's zur Verfügung stehen.

Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.

Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. So schreibt naiv-unverblümt die Barclays Bank "CO2 Vermeidungstechnologie ist eine einzigartige Chance für Banken, um vom signifikanten Wachstum dieses Sektors zu profitieren und gleichzeitig zu demonstrieren, daß man einen positiven Beitrag gegen den Klimawandel leistet". Ein Schelm, wer dabei an eine neue, später platzende Blase denkt.

Auch die Politik ist höchst interessiert, spült doch der CO2-Zertifikatehandel Geld in die Staatskasse. Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur

Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umwelparteien und Verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."

Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.

Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. Deutschland hat indes immer noch ein großes Wählerpotential an technischer Intelligenz. Hierauf muß eine ehrliche und mutige CDU/CSU-Politik wieder aufbauen.<<

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über die Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland (x866/...): >>**Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?**

Die Lösung der Energiefrage in Deutschland ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale Ansprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelungen.

Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben, aber auch von anderen klugen Beobachtern.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl destilliert wird.

Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl (Bagdadbahn) an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhrgebiet -, nachdem die oberschlesischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte (Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland).

Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistigtechnische und moralische Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung (Anlagerung von Wasserstoff an Kohlenstoff) Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranlagen. Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert.

Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte (2. Weltkrieg). Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die Terroristen in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau der deutschen Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen. So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen (die in der östlichen Zone erst nach 1989) sowie der Bergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.

Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben. Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fortgeschrittenen Kernenergietechnik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können.

Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte (Rathenau) und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt. Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb.

Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-how der Kerntechnik und Kohletechnik ist in Deutschland immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen unserer guten Freunde aus dem Westen.

Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid (das kein Schadstoff und Klimakiller ist wie die Leute von der Wall-Street behaupten) usf. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne eines Großteils der Menschheit.

Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc.

Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht. Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganz Deutschland mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen diskontinuierlich angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energielieferung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien.

Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang in Frage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann, gut transportabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei und können die bestehenden Energiesysteme nicht ersetzen.

Als Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat man zunächst die Speicherung in Drucktanks erwogen. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur (z.B. Tankstellennetz) ohne große Änderungen benutzt werden kann.

Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw.



Globalstrategien nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher gesagten. So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt. Die Hilfstrupps in Bonn und Berlin haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie nicht laut gesagt.

Ein weiteres Argument gegen die Wasserstofftechnik kam von den Grünen: diese Technik helfe nur der Großindustrie und sei damit nicht förderungswürdig. Basta! Ab Mitte der 1990er Jahre - als der Einfluß der 68er in allen Parteien bestimmend geworden war - wurde die staatliche Förderung der BRD-Wasserstoff-Projekte zurückgefahren bzw. eingestellt. Dafür wurde der Absatz von Windenergieanlagen und Fotovoltaiksystemen in steigendem Maße subventioniert. Diese Windräder liefern allerdings bei Windstille oder Schwachwind keinen Strom, ebensowenig wie die Solarzellen nachts oder bei wolkenverhangenem Himmel.

Die grünen Energiepolitiker waren sich schnell einig, daß dieses Problem leicht mit Batterien zu lösen sei. Allerdings gibt es auf der Welt nicht so viel Blei (für die Elektroden der Batterien), um die Energieversorgung Deutschlands für einige Wochen durch Batterien sicherzustellen.

Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten.

Noch kurioser wird es bei Starkwind. Wegen des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) müssen bei starkem Wind (also bei hoher Stromproduktion) die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom.

Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke. Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.

Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungsgesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden.

Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten (s. [www.de.wikipedia.de/Kontrollratgesetze](http://www.de.wikipedia.de/Kontrollratgesetze)) und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist. Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

### **Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?**

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht (muß verboten werden), Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO<sub>2</sub>-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO<sub>2</sub>-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.

Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall-Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der

Überschrift beantwortet:

Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.

Näheres zu diesem Thema findet man im Internet unter [www.adew.eu](http://www.adew.eu).

Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hollywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<

### **Juni 2011**

**BRD:** Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Juni 2011 über die Europäische Union (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**

Eine Anekdote vorab. Bei meinem ersten Besuch als Berufsanfänger 1972 in Brüssel klärte mich ein freundlicher italienischer Kollege beim Mittagessen über die Funktionsweise der europäischen Einigung auf: die Franzosen erfinden es, die Deutschen bezahlen es und die Italiener finden Wege, wie sie am besten davon profitieren.

Viel scheint sich seither nicht geändert zu haben. Bestanden damals die Europäischen Gemeinschaften (EG) mit Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg aus 6 Mitgliedstaaten, so ist die Europäische Union (EU) heute, 2011, auf 27 Staaten angewachsen. Ergänzt man Italien um die sogenannte Südschiene oder Peripheriestaaten mit Griechenland, Spanien, Portugal und Irland und die Bundesrepublik um die Niederlande, Österreich und die skandinavischen Länder, so besteht das Grundmuster weiter: die Südländer profitieren von den Finanztransfers, die Nordländer bezahlen sie, während Frankreich den politischen Takt vorgibt (u.a. Durchsetzung des Euro, Vorschläge zu einer europäischen Wirtschaftsregierung).

Das ist natürlich eine verkürzte Sicht, aber das Schlaglicht, das damit auf den europäischen Einigungsprozeß geworfen wird, ist so falsch nicht. Die Spannungen und Bruchstellen der EU werden an diesen Grundlinien deutlich. Die Folgen sind eine um sich greifende Europa-Skepsis und Europa-Müdigkeit, ja sogar ein zunehmender Verdruß, der sich seit der Finanzkrise 2007 vor allem - aber nicht nur - aus der Krise des Euro, der gemeinsamen Währung nährt.

Nicht alle Aspekte der Europa-Krise können behandelt werden. Das Hauptgewicht liegt auf den deutschen Befindlichkeiten, Interessen und Handlungsmöglichkeiten, zumal sie im europäischen Kontext großes, manchmal entscheidendes Gewicht haben oder haben könnten. Bezugspunkt ist stets das deutsche "nationale Interesse".

#### **I. Das deutsche "nationale Interesse"**

Das nationale Interesse ist in Deutschland zur Bestimmung außenpolitischer Ziele umstritten. International ist der Bezug auf das nationale Interesse eine Selbstverständlichkeit. Das nationale Interesse ist die einzig gängige Münze, die überall zählt, die auf der ganzen Welt anerkannt wird, weil sie verstanden, gewogen, gewertet und eingeordnet werden kann.

In Deutschland ist der Begriff in der Vergangenheit diskreditiert worden, weil er in erster Linie mit Nationalismus und der Durchsetzung nationaler Interessen mittels Gewalt, sprich Militär im Ersten und Zweiten Weltkrieg gleichgesetzt worden war. Die Definition der nationalen Interessen erfordert aber eine genaue Definition der eigenen Interessen, ihrer Rangordnung und der Mittel für ihre Durchsetzung unter den gegebenen Umständen, d.h. der Interessen der internationalen Mitspieler. Die Risiken müssen abgewogen, die Möglichkeit gemeinsamen Handelns geprüft und eine entsprechende Strategie und Taktik entwickelt werden.

Das ist das kleine Einmaleins, das jeder Student der internationalen Politik in den USA im 1. Semester durch zu deklinieren lernt. Als Folge der Übertreibungen der beiden Weltkriege und

der besonderen Lage der alten Bundesrepublik bis 1990 ist in Deutschland das Denken in diesen Kategorien entwertet, tabuisiert und zum Teil sogar verteufelt worden (vgl. Guntram von Schenck, 8. Mai 1945: Tag der Befreiung?). Bis heute macht sich das als außenpolitische Orientierungslosigkeit der deutschen Außenpolitik bemerkbar, u.a. in der Libyen-Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 17. März 2011 (Le Monde vom 19.03.2011: "mangelnde politische Reife").

## **II. Europaweite Probleme**

Nur kursorisch werden einleitend einige der europaweiten Symptome und Ursachen der Krise skizziert, um das Umfeld, in dem sich die deutsche Europapolitik bewegt, aufzuzeigen

### Symptome der Krise

Die Symptome der Europa-Krise sind unübersehbar. Der Lissabon-Vertrag von 2009 konnte als letzter Meilenstein des Europäischen Einigungswerks nur mit Mühe ratifiziert werden. Zuvor hatten mit Frankreich und den Niederlanden zwei Gründungsmitglieder vertiefende Integrationsschritte, die den Vertrag von Nizza (2001) weiter entwickelten, verweigert.

Die innereuropäische Reisefreiheit, die im Schengen-Vertrag geregelt ist, wird durch italienische Regelverstöße und dänische Eigenmächtigkeiten ausgehöhlt. Die Krise des Euro strapaziert die Solidarität innerhalb der Währungsgemeinschaft bis an die Grenze, für einige, die u.a. als "Wahre Finnen" firmieren, über diese Grenzen hinaus.

Das ungute Gefühl bei den europäischen Nettozahlern, über den Tisch gezogen zu werden und für etwas zur Kasse gebeten zu werden, das sie nicht zu vertreten haben, wächst mit jedem Blick in die Zeitungen. Die Euro-Krise als Folge der Schuldenkrise hat alles Zeug, die EU zu sprengen; eine Zerreißprobe ist sie schon seit 2010 und dem ersten Hilfspaket für Griechenland. In der Außenpolitik gehen in der entscheidenden Phase des arabisch-islamischen Aufbruchs Frankreich und Großbritannien auf der einen, Deutschland auf der anderen Seite getrennte Wege: von der angestrebten und verabredeten gemeinsamen Außenpolitik keine Spur.

### Gründe und Ursachen

Die Gründe und Ursachen sind keine Unbekannten. Die Globalisierung trägt Verunsicherung in die Bevölkerung, die sich ihren Zwängen wehrlos ausgesetzt fühlt. Eine zunehmende Fremdbestimmung durch ferne, anonyme Bürokratien in Brüssel oder internationale Organisationen, wie den Internationalen Währungsfonds (IWF), die in die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Staaten eingreifen, löst Ohnmachtsgefühle aus, die oft in Empörung umschlägt.

Die europäischen BürgerInnen sehen sich der Mitwirkungsmöglichkeiten beraubt, die sie in den alten Nationalstaaten hatten (oder zu haben glaubten). Das Demokratiedefizit auf der europäischen Ebene wird nicht zu Unrecht beklagt. Unbehagen bereitet auch der EU-Erweiterungsprozeß, der für viele zu schnell und zu weiträumig war.

Das europäische Projekt hat für viele an Anziehungskraft verloren. Probleme scheinen die Vorteile zu überwiegen. Die Friedenssicherung, die für die Nachkriegsgeneration ein entscheidendes Motiv war, ist für die heutige Generation eine Selbstverständlichkeit: innereuropäische Kriege scheinen ausgeschlossen. Die auf Friedenssicherung nach Innen und Außen bezogene Bindungskraft der EU ist im Schwinden begriffen.

Der drohende Zerfall oder das Zerschneiden der Union scheint als Horrorszenario an Bedeutung zu verlieren. Das gilt weniger für die Eliten als für die Masse der europäischen BürgerInnen. Die Distanz zu den politischen Eliten, die fernab in Raumschiffen zu agieren scheinen, vergrößert sich auf der nationalen Ebene, mehr noch auf der europäischen. Die niedrigen Wahlbeteiligungen für das Europaparlament sprechen eine deutliche Sprache.

### Renationalisierung

In europapolitischen Fachkreisen, aber auch in den europäischen Medien wird eine Renationalisierung der Politik der europäischen Staaten diagnostiziert, wobei unklar bleibt, ob sie Ursa-

che oder Folge der Europa-Müdigkeit ist. Auffällig ist, daß diese Diskussion in Deutschland kaum geführt wird. Nationale Egoismen werden in Deutschland zwar bei den europäischen Partnern benannt und auch kritisch gesehen, aber nicht gleichzeitig als allgemeines europäisches Phänomen erkannt.

Die Renaissance der Nationen manifestiert sich bisher eher an den Rändern, von wo sie aber auf die nationalen Handlungsrahmen zunehmend Einfluß gewinnen. Das gilt u.a. für Frankreich, die Niederlande, Finnland, Dänemark, aber auch Ungarn, wo es bereits weit über eine Randerscheinung hinaus gewachsen ist. Welche "nationalistischen Reflexe" es in Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und ggf. Italien auf die dort so gesehenen europäischen Zumutungen in der Folge der Schuldenkrise geben wird, bleibt abzuwarten. Daß es sie geben wird, ist aber gewiß.

Ins Bild passen die innerhalb und außerhalb der EU wahrgenommenen wachsenden Schwierigkeiten in der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die nicht nur eine Folge der sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten von Präsident Sarkozy und Kanzlerin Merkel sind. Die enge deutsch-französische Zusammenarbeit war bisher konstitutiv für Europa, der deutsch-französische Motor unerlässlich. Es sind massive Interessenunterschiede zwischen Paris und Berlin, die sich mitunter schwer auf einen Nenner bringen oder mit Formelkompromissen überdecken lassen. Küßchen hin, Küßchen her, die Bereitschaft aufeinander zuzugehen nimmt unübersehbar ab.

Am deutlichsten sichtbar wird das mit der Entscheidung der Bundesregierung, sich in der Abstimmung zu Libyen im Sicherheitsrat am 17. März 2011 zu enthalten, während Frankreich mit Großbritannien und den USA dafür stimmten. Deutlicher hätte der deutsch-französische Dissens in einer ganz entscheidenden, zukunftssträchtigen Frage gar nicht sein können. Unübersehbar war, daß Frankreich die deutsch-französische Zusammenarbeit durch eine enge Kooperation mit London ersetzte - trotz der bekannten britischen Vorbehalte gegenüber der heutigen EU.

Gehen Deutschland und Frankreich nicht mehr zusammen, driften sie auseinander oder verfolgen unterschiedliche Interessen, so hat das unmittelbare Folgen für die Europäische Union. Probleme werden nicht mehr gelöst, sie schwären als ungelöste, offene Fragen weiter. Sie belasten die Entscheidung anderer Fragen, die ohne diese Altlasten wahrscheinlich durchaus behebbar wären.

Die Union schiebt Entscheidungen vor sich her und wird durch ihre Unfähigkeit, Probleme zu lösen, selbst Teil des Problems. Von außen und von innen wird sie dann als das wahrgenommen, was der deutsche Staatsrechtslehrer Samuel Pufendorf im 17. Jahrhundert über das alte "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" sagte: er nannte es ein "monstrum simile", ein handlungsunfähiges Konglomerat unterschiedlichster, verquerer Interessen.

Soweit ist es noch nicht. Aber wenn die Europäische Union keine Probleme mehr lösen kann, wird sie bald als unnütz angesehen werden. Begeisterung wird sie nicht mehr entfachen, ihr werden keine Interessen mehr geopfert, Solidarität kann sie keine einfordern, schon gar nicht finanzieller Art. Ein langer Problemstau kann das europäische Projekt so beschweren und verdunkeln, daß die Europäische Union schließlich als Fessel angesehen wird. Das Schicksal der Sowjetunion, der Habsburger Monarchie aber auch Jugoslawiens sollte zu denken geben. Sie sind gescheitert, weil sie zunehmend als Völkergefängnisse wahrgenommen wurden. Vaclav Klaus, der tschechische Präsident begründete seine schwerwiegenden Bedenken gegen den Lissabon-Vertrag nicht zuletzt mit dieser Erfahrung.

### **III. Deutsche Probleme**

#### Deutschland und die Renationalisierung

Die Renationalisierung, d.h. die Betonung und Durchsetzung nationaler Interessen innerhalb der EU wird in Deutschland anders als bei den europäischen Partnern kaum thematisiert. Da-

bei ist Deutschland Ausgangspunkt dieser Tendenzen. Es ist die Wiedervereinigung 1990, die diese Entwicklung in Gang setzte. Die Partnerländer sahen sich einem übermächtig wirkenden Deutschland konfrontiert, das insbesondere im ökonomischen Bereich seine Interessen unter Einsatz der Ellenbogen verfolgte. Unvergessen sind auch die Bedenken und Widerstände, die unsere Nachbarn (nicht nur Margret Thatcher) der deutschen Wiedervereinigung entgegenbrachten. Die Formel vom "europäischen Deutschland", die als Gegensatz zum vielfach befürchteten "deutschen Europa" geprägt wurde, sollte diese Spannung überbrücken.

#### Europas Gründung auf Trümmern Deutschlands

Zur Erklärung ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte notwendig. Der Beginn der europäischen Integration in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts fand auf den Trümmern des besiegten Deutschland statt, das 1945 bedingungslos kapitulierte. Nur ein deutscher Teilstaat, die Bundesrepublik nahm an den ersten Schritten des Integrationsprozesses teil. Teilsouveränität erlangte die Bundesrepublik nur, indem sie sich in die europäische Einigung (und die NATO) einklinkte.

Diese Selbstbindung galt für die Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung 1990. Sie wurde nicht hinterfragt, denn sie garantierte den Wiederaufstieg und die wirtschaftliche Wohlfahrt der Westdeutschen, deren Interessen sie entsprach. Die Kehrseite war eine deutsche politische Bescheidenheit und Zurückhaltung, die den Führungsanspruch in den europäischen Institutionen weitgehend Frankreich überließ; ökonomisch übernahm die Bundesrepublik die Rolle des Zahlmeisters. Freiwillig überließ man u.a. erst dem Französischen, dann dem Englischen die sprachliche Dominanz in den europäischen Institutionen.

#### Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. (Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.)

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen.

#### Gewachsenes deutsches Selbstbewußtsein

Die Entwicklung bleibt nicht stehen. Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung hat sich das deutsche nationale Selbstbewußtsein weiter stabilisiert, die Erinnerung an das Jahr 1945 ist mehr und mehr verblaßt und das Bewußtsein einer deutschen Bringschuld für Europa verloren gegangen.

Die jüngere Generation sieht - und hat auch - keinen Grund, Schuldgefühle zu hegen oder zu verewigen und noch immer in geduckter Haltung in Europa Politik zu machen bzw. Interessen zurückzustecken. Im Bewußtsein, die stärkste Wirtschaftsmacht und das Land mit der größten Bevölkerung zu sein, ist das wiedervereinigte Deutschland im Begriff, aus den Fesseln der Niederlage 1945 und ihren Folgen, die bis zur Wiedervereinigung 1990 und darüber hinaus nachwirkten, allmählich heraus zu wachsen.

Aufmerksame Beobachter stellen auch eine allmähliche Um- und Neuformulierung des deutschen politischen Selbstverständnisses und Selbstbildnisses als Nation fest - ein Prozeß, der fast unmerklich und unterirdisch verlaufe, aber auf längere Sicht nicht ohne Wirkung bleiben kann. Die Rekonstruktion der Nation sei eine Folge des deutschen Nachholbedarfs infolge der

langen nationalpolitischen Abstinenz nach 1945 und der Wiedervereinigung 1990. Wie auch immer: Jede neue Generation setzt ihre eigenen, spezifischen Akzente. Was sich herausbildet, ist ein neues, unbefangenes deutsches Selbstbewußtsein, in dem die Schatten der Vergangenheit mehr und mehr zurücktreten.

#### Deutschland als Zahlmeister

Schon zu Zeiten der alten Bundesrepublik hat sich Bonn beklagt, der Zahlmeister des europäischen Einigungswerks zu sein. Die Klage galt vornehmlich der gemeinsamen Agrarpolitik. Bei der Schaffung der Euro-Währung hat Deutschland durchgesetzt, daß daraus unter keinen Umständen eine Haftungs- und Transferunion werden darf. Jedes Land sollte für seine eigene Fiskalpolitik verantwortlich sein; es wurde ausdrücklich ausgeschlossen, einen Partner herauszuheben zu müssen, wenn er in Schwierigkeiten geriet und seine Schulden nicht mehr bedienen konnte (No-bail-out-Klausel).

Mit Entsetzen wurde in den meisten deutschen Medien und von vielen deutschen BürgerInnen registriert, wie beim ersten Hilfspaket für Griechenland vom 9. Mai 2010 die beschlossenen Regeln der Währungsunion mißachtet wurden. Die Regeln waren offensichtlich das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben worden waren. Mit dem Hilfspaket für Griechenland wurde der Weg in die europäische Haftungs- und Transferunion beschritten - auf Kosten Deutschlands, das wieder einmal die finanzielle Hauptbürde zu tragen hatte. Das i-Tüpfelchen war die Aussage der Bundesregierung, das Ganze sei "alternativlos".

Seither wächst mit jedem Hilfspaket (Portugal, Irland, nochmals Griechenland) der Frust in Deutschland weiter. Das war gewiß nicht vereinbart worden, als im Zuge der Wiederherstellung der Einheit die Hoheit über die starke D-Mark aufgegeben worden war. Was 1989/1990 eine vertretbare Konzession gewesen war, wurde zur Falle, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint; denn die Rettungspakete waren/sind ja "alternativlos". Deutschland hatte dem Euro unter der Voraussetzung zugestimmt, daß von allen Partnern eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht werden würde; auch sollte der Euro gut von der Europäischen Zentralbank (EZB) gemanagt werden. Wie es sich zeigt, war beides nicht oder nur zum Teil der Fall.

Der Euro wird in der Wahrnehmung der meisten deutschen Medien und vieler Deutschen zur Fessel, die dazu zwingt, die Schulden anderer, die eben nicht verantwortungsvoll gewirtschaftet haben, "alternativlos" mit zu tragen - sei es mit Krediten, sei es über Bürgschaften. Und ein Ende ist nicht abzusehen.

Die Vorteile des Euro - so wird argumentiert - scheinen die Nachteile immer weniger aufzuwiegen: denn exportieren würde die deutsche Wirtschaft wie früher auch ohne den Euro; im Übrigen hätten die europäischen Nachbarn mit den Importen aus Deutschland auch Sachwerte (werthaltige Industrieprodukte) erhalten. Und ohne den Euro würde man wie früher im europäischen Ausland im Urlaub einfach Geld tauschen, so schwierig sei das auch nicht gewesen. Es kann nicht ausbleiben, daß aus solchen Überlegungen auf deutscher Seite Ressentiments erwachsen ...

#### **IV. Deutschland in der Kritik**

##### Reaktionen

Die Deutschen sind nicht die Einzigen, die auf die Krise mit wachsendem Verdruß, Ressentiments und Unwilligkeit reagieren. Die harten Sanierungs- und Sparprogramme, die die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) den Griechen, Portugiesen, Irländern und möglicherweise bald Spanien, Belgien, Slowenien und Italien auferlegen, werden hauptsächlich Deutschland angelastet, das den Geldbeutel nicht weiter öffnen will und Hilfe verweigert.

Deutschland wird - zu Recht - die Führerschaft jener Gruppe von europäischen Staaten zugeschrieben, die weitere Not- und Hilfspakete, wenn überhaupt nur unter striktesten Auflagen

zulassen; mit anderen Worten: sich einer weiteren eigenen Verschuldung verweigern.

Die wirtschaftliche, soziale Misere in Griechenland, Portugal und Spanien wird dort den Sanierungs- und Sparprogrammen, letztlich Deutschland zugeschrieben, das in der EU diese harte Linie diktiert. Hinzu kommt, daß diese Programme nicht nur wenig erfolgreich sind, sondern das wirtschaftliche und soziale Gewebe in diesen Ländern bis zum Zerreißen anspannen oder gar zerstören.

Aus der eigenen deutschen Geschichte wissen wir, daß die Sanierungs- und Sparprogramme der Regierung Brüning am Ende der Weimarer Republik mit ihren wirtschaftlichen, sozialen Auswirkungen in Gestalt von Massenarbeitslosigkeit auch fatale politische Folgen hatten, indem sie den Nationalsozialisten und Hitler den Weg bereiteten. Die Regierungen der betroffenen Länder werden dem Druck von unten auf Dauer nicht standhalten und die Durchführung der Programme nicht gewährleisten können. Es ist absehbar, daß sie zerbrechen werden, wenn der Druck zu groß wird.

#### Großbritannien

Großbritannien und die Londoner City haben keinen geringen Einfluß auf den Euro, auch wenn das Vereinigte Königreich nicht zum Euro-Währungsgebiet gehört. Hinter der "unsichtbaren Hand des Marktes" steht nicht selten eine interessengeleitete Einflüsterung der Londoner City (und der britischen politischen Klasse), der eine deutsche - wenn auch nur gefühlte wirtschaftliche und finanzielle - Dominanz mittels des Euro in Europa traditionell ein Dorn im Auge ist.

Kommt der US-Dollar in Verruf und sinkt im internationalen Wert, wird das Interesse der "Märkte" schnell auf die Schwächen des Euro gelenkt und damit der Wert des Dollar relativ zum Euro stabilisiert. London hat wie Washington ein Interesse daran, daß der Dollar als Weltleitwährung erhalten bleibt - und mit ihm die zwischen New York und London geteilte, außerordentlich lukrative globale angelsächsische Finanzdominanz.

Gibt es Probleme mit dem Dollar, finden US-amerikanische Rating-Agenturen rasch einen Grund, das Rating eines europäischen Landes abzusenken; die Stichworte erhalten sie aus London. So besehen schürt die Euro-Währung, in der Deutschland infolge der Schuldenkrise der europäischen Peripherie-Staaten ein entscheidendes Gewicht erlangt, das alte britische Konkurrenzdenken und Mißtrauen gegenüber Deutschland. Entsprechend wird antideutsche Stimmung gemacht, indem Presseartikel von London aus in die französischen, italienischen etc. Medien lanciert werden, in denen die Deutschen als unverständige, brutale Zuchtmeister dargestellt werden.

#### Frankreich: Kritik am Euro - Verrat an Europa

Frankreich führt eine andere Klage. Seit dem Beginn der europäischen Integration war von Frankreich vorgedacht worden, was dann von den Deutschen bezahlt worden ist. Mit Recht weisen die Franzosen darauf hin, daß auch Deutschland dabei nicht zu kurz gekommen ist und seine Wirtschaft stets ihren Vorteil darin fand. Mit der Euro-Währung hat die französische Politik geglaubt, Deutschland, den als mächtig bis übermächtig empfundenen Nachbarn endgültig in ein französisch entscheidend mitgeprägtes Interessengeflecht eingebunden zu haben. Unter dieser Bedingung hatte Frankreich der deutschen Einheit 1989/1990 letztlich zugestimmt - was dem französischen Präsidenten Mitterrand angesichts der deutsch-französischen Geschichte gewiß nicht leicht gefallen ist.

Im Glauben an das gemeinsame deutsch-französische Projekt Europa hat Mitterrand die deutsche Einheit schließlich abgesegnet. Wenn die Bundesregierung nun in der Folge der Schuldenkrise einer Weiterentwicklung und Vertiefung der Währungs-Union nur zögerlich oder gar nicht zustimmt, so fühlt sich Paris düpiert. Die Weiterentwicklung und Vertiefung liegt aus französischer Sicht in der Logik der Sache, eine Währungs-Union muß sich neuen, veränderten Umständen anpassen (können), sonst geht sie unter. Natürlich sieht man in Frankreich,

daß Deutschland den Hauptteil der Kosten tragen muß - Frankreich aber fast ebenso so viel. Einfach formuliert: Wo Deutschland versucht, seine traditionelle Zahlmeisterrolle allmählich abzuschütteln, sieht Frankreich den Euro und seine notwendige Weiterentwicklung in Richtung Wirtschaftregierung in Frage gestellt. Dann fühlt sich auch Frankreich frei, sich eng mit Großbritannien zu liieren und u.a. in Libyen - ohne die Deutschen, aber mit den USA - Krieg zu führen.

#### **V. Das deutsche nationale Interesse ist die Europäische Integration**

Das Problem deutscher Politik bestand seit der Reichsgründung 1871 im Kontext des europäischen Mächtegleichgewichts darin, tendenziell die hegemoniale Macht zu sein, ohne die tatsächliche Hegemonie durchsetzen zu können. Die Spannung, die sich daraus ergab, endete im Ersten Weltkrieg mit der deutschen Niederlage, endgültig dann im Zweiten Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation.

Schon zu Beginn des Ersten Weltkriegs hatte Walter Rathenau, der spätere Außenminister der Weimarer Republik (1922) daraus die Folgerung gezogen, daß diese Spannung durch eine Wirtschaftsgemeinschaft mit Belgien und Frankreich aufgelöst werden müßte, später fügte er als weitere Komponente eine enge wirtschaftliche Kooperation mit Rußland hinzu (vgl. Gunt-ram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert).

Nach 1945 haben alle deutschen Bundeskanzler von Adenauer, über Willy Brandt, Helmut Schmidt bis Helmut Kohl die Ratio dieser Gedankenführung nachvollzogen und danach gehandelt. Helmut Kohl hat sie im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit nochmals unterstrichen und dem folgenschweren Verzicht auf eine eigene Währung mit der D-Mark zugestimmt. Das ist in sich schlüssig und muß heute nicht noch einmal bis ins Einzelne nachgezeichnet werden.

Gleichwohl gibt es in Deutschland mit unterschiedlichen Motiven und Begründungen immer wieder ein Aufbegehren gegen diese Politik, die sich auf sich auf wirtschafts- und geldpolitische Argumentationen (u.a. zurück zur D-Mark) oder verfassungsrechtliche Bedenken (Bundesverfassungsgericht: Demokratiedefizit, Verfassungsvorbehalt) gründet. Im Ausland, insbesondere in Frankreich, Italien etc. werden diese Ansätze als Absage an die europäische Integration interpretiert. Oder anders formuliert, als deutscher Versuch, nach dem Erreichen der Einheit in der Konsequenz doch wieder an die Hegemonialpolitik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anzuknüpfen.

Das mag man in Deutschland als übertrieben und weit hergeholt sehen, ist aber in den Augen unserer europäischen Nachbarn nach zwei Weltkriegen eine reale Befürchtung, auf die Rücksicht genommen werden muß. Es bleibt also dabei: die Europäische Integration liegt im wohlverstandenen deutschen nationalen Interesse.

#### Europäische Außenpolitik

Ein Gedankenspiel: Man stelle sich vor, Deutschland hätte sich am 17. März 2011 im UN-Sicherheitsrat bei der Libyenresolution nicht enthalten sondern mit Großbritannien, Frankreich (und den USA) gestimmt. Europa wäre in Gestalt der drei wichtigsten Führungsmächte in einem entscheidenden Zeitpunkt, in dem sich die arabisch-islamische Welt neu formiert, außenpolitisch geeint aufgetreten. Welch ein Triumph für Europa! Gerade auf dem Gebiet der gemeinsamen Außenpolitik, wo Einigkeit am schwersten herzustellen ist, wäre das eine Demonstration geballter europäischer Einigkeit gewesen, ein wichtiger Schritt in eine gemeinsame Zukunft, ein unübersehbares Signal.

Die Enthaltung im UN-Sicherheitsrat stellt einen gravierenden außenpolitischen Fehler dar: Deutschland hat sich in der EU und NATO isoliert und mitentscheidenden Einfluß am weiteren Geschehen im arabisch-islamischen Raum preisgegeben. Mangelnde Reflexion oder Nativität bzw. historische Unbefangenheit sind kein Ersatz für das behauptete "nationale Interesse", auch wenn man glaubte, der deutschen öffentlichen Meinung zu entsprechen und einen



Wahlerfolg landen zu können. Überzeugendes nationales Selbstbewußtsein drückt sich auch und gerade in der Übernahme internationaler Verantwortung, nicht in deren Verweigerung aus.

## **VI. Deutsches nationales Interesse: ein funktionsfähiges Europa**

Im deutschen nationalen Interesse liegt eine Europäische Union, die die ihm von den Mitgliedstaaten übertragenen Funktionen mit Erfolg erfüllt; deutsches nationales Interesse ist eine funktionsfähige Europäische Union. Dazu gehört, daß die BürgerInnen aller europäischen Staaten letztlich die Gewißheit haben können, daß die Union in ihrem Interesse liegt, daß Lasten und Vorteile in einem gesunden Verhältnis stehen, ja daß die Vorteile die Nachteile in Gestalt von Aufgabe von Souveränitätsrechten, Zahlungen an das gemeinsame Budget etc. zumindest perspektivisch überwiegen. Kein Land sollte übermäßig profitieren, während andere die Hauptlasten, insbesondere finanzieller Art tragen müssen.

Wie kann das deutsche nationale Interesse mit dem europäischen in Einklang gebracht werden? Es gibt im Wesentlichen in der gegenwärtig alles überschattenden Euro-Krise drei Handlungsoptionen für die Bundesregierung:

- 1) eine Politik des "weiter so", d.h. die Fortsetzung des Durchwurstelns, um Zeit zu gewinnen,
- 2) der Anregung des EZB-Präsidenten Trichet zu folgen und eine Wirtschaftsunion mit einem europäischen Finanzministerium anzustreben oder
- 3) alsbald einen harten Schnitt mit einer Umschuldung und/oder Suspendierung der überschuldeten Euroländer durchzusetzen.

### 1) Weiter so?

Der Ausschluß der Haftungs- und Transfergemeinschaft (No-bail-out-Klausel), wie er bei Einführung des Euro fest vereinbart wurde, gehört zur Balance der unterschiedlichen Interessen, auf der die Währungsunion beruht.

Mit dem ersten Griechenland-Hilfspaket vom 9. Mai 2010 ist dieses Prinzip unterwandert worden, wenn auch mit einigen irreführenden Verschleierungen. Das Tor für die Haftungs- und Transferunion des Euro-Währungsraums ist aufgestoßen worden. Mit weiteren Hilfspaketen, auch für Griechenland soll dieser Weg fortgesetzt werden.

Verschiedene Argumente werden für eine Fortsetzung der am 9. Mai 2010 eingeschlagenen Politik angeführt: es drohe eine neue weltweite, nicht nur auf Europa beschränkte Banken- und Finanzkrise, die Euro-Währung kollabiere, daraufhin zerbreche die Europäische Union, kurz: das absehbare Chaos trete ein usw.

Das ist für Nichtfachleute schwer zu durchschauen. Aber auch für Wirtschaftsexperten, Banker und Finanzfachleute verschiedenster Couleur scheinen die Folgen so klar nicht zu sei: Zu unterschiedlich sind deren Stellungnahmen, hinter denen im Übrigen offenkundig jeweils massive eigene Interessen stehen.

### Bisherige Hilfspakete zerstören Europa

Die bisherigen Ansätze für eine Lösung der Schuldenkrise der europäischen Randstaaten laufen auf eine Haftungs- und Transfergemeinschaft hinaus. Die SteuerbürgerInnen einiger Staaten werden in einer Weise mit Krediten und Bürgschaften in Anspruch genommen, die den Atem verschlägt. Diese Politik würde sicherlich - zähneknirschend - hingenommen und mitgetragen, wenn sie erfolgreich wäre, wenn sie funktionieren würde. Oder wenn die begründete Aussicht bestünde, daß sie funktionieren würde. Genau das tut sie aber nicht, wie die Entwicklung in Griechenland zeigt.

Griechenland kann die Sparprogramme nicht umsetzen, 2010 nicht und auch 2011 nicht - aus wirtschaftlichen, sozialen und letztlich politischen Gründen. Wer ein Land zwingt, sein Nationalvermögen zu verschleudern, wer es bis aufs Hemd auszieht, ihm mit rabiaten Sparrunden die Grundlagen für ein gesundes Wirtschaftswachstum nimmt und in eine tiefe Rezession mit Massenarbeitslosigkeit stürzt, darf sich nicht wundern, wenn es zu einer Art Volksauf-

stand kommt. Portugal ist auf demselben Weg, ebenso wie Spanien. Die Sparprogramme, die als Diktat aus Brüssel (oder Berlin) empfunden werden, provozieren Unruhen, die sich bis zur Revolte steigern. Sie wenden sich explizit gegen die EU (und Berlin).

Segnungen aus Europa sehen anders aus. Empfänger- und Geberländer wehren sich. Daran könnte die Europäische Union tatsächlich zerbrechen. Den Völkern wird die Luft abgeschnürt, sie werden in etwas hineingepreßt, was sie nicht wollen, was vor allem wirtschaftlich und politisch nicht durchzuhalten ist.

Zyniker werden zudem nicht müde - und leider zu recht - darauf hin zu weisen, daß es letztlich gar nicht um Europa und die Hilfe für die Bevölkerungen der Peripheriestaaten geht, sondern um die Rettung der Banken. Die Not der Griechen, Portugiesen etc. wird als Druckmittel benutzt, um Stimmung für Hilfspakete zu machen.

Wir sind Gefangene eines Banken- und Finanzmarktsystems, dem es nur darum geht, die dort eingegangenen Risiken auf die Steuerzahler der Länder mit hoher Bonität abzuwälzen. Zur Rettung eines Banken- und Finanzsystems werden den europäischen Bürgern immense Opfer abverlangt. Sie sind um so weniger zu vermitteln, wenn im Banken- und Finanzsektor astronomische Gehälter und Boni gezahlt werden.

#### Deutsche Transferunion kein Vorbild

Kritikern der Entwicklung in die europäische Haftungs- und Transferunion wird entgegen gehalten, daß es in Deutschland ja auch eine Haftungs- und Transferunion gibt - warum also nicht auch auf EU-Ebene? Wer an den Länderfinanzausgleich denkt, weiß, wie umstritten dieser ist. Es hat auch von der Reichsgründung 1871 bis zur alten Bundesrepublik gedauert, ehe ein Finanzausgleich eingeführt wurde. Das ist keineswegs selbstverständlich. Der Appell an die Solidarität trägt nicht wirklich weit, wenn es ums Geld geht. Zank und Streit ist die Folge. Wollen wir das wirklich auf die europäische Ebene übertragen, wo der Zusammenhalt doch sehr viel geringer ist als auf der deutschen, nationalen Ebene? Alle Erfahrungen sprechen dagegen.

#### Kein Völkergefängnis

Wenn die europäischen Empfängerländer im Süden und die Geberländer im Norden überfordert werden, wird aus der Europäischen Union ein "Völkergefängnis". Wenn beide Seiten unter der Knute und dem Diktat der Banken und Finanzmärkte leiden, weil die Euro-Rettung falsch angegangen wurde, wird aus der Europäischen Union ein Joch, dessen sich die Völker bald entledigen wollen. Die Europäische Union darf kein Völkergefängnis werden. Irreparabler Schaden würde angerichtet. Im Interesse Europas muß die am 9. Mai 2010 eingeschlagene Politik korrigiert werden. Das ist deutsches und europäisches Interesse zugleich.

#### 2) Vorschläge des EZB-Präsidenten Trichet

Ein weitreichendes Alternativprojekt wurde von dem französischen Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet anläßlich der Verleihung des Aachener Karlspreises Anfang Juni 2011 ins Gespräch gebracht. Er hatte seinen Vorschlag mit den in seiner Amtszeit (2003-2011) "aufgedeckten Schwachstellen" des Euroraums begründet. Deshalb sollte eine einschneidende Überarbeitung der EU-Vertragsregeln für den Umgang mit Haushaltssündern vorgenommen werden. In letzter Konsequenz wünschte er ein "europäisches Finanzministerium" als Ergänzung der heutigen, aus Binnenmarkt, Euro und EZB bestehenden Architektur.

Trichet muß es wissen: Um die Mängel des Euroraums zu beheben, braucht es letztlich eine europäische Zentralregierung, die mit Vetorecht in die Wirtschafts- und Finanzpolitik der einzelnen Staaten eingreifen und diese lenken kann. Das ist typisch französisches Denken, das in der Zentralisierung das Allheilmittel sieht. Abgesehen davon, daß alle EU-Länder einer solchen radikalen Umgestaltung der Verträge zustimmen müßten, was schwerlich der Fall sein dürfte, zwingt dieses Konzept alle europäischen Staaten in ein Zwangssystem, das Widerstand

hervorrufen muß.

Wichtiger ist jedoch die Ansicht des EZB-Präsidenten, daß es letzten Endes dieses zentralistischen Zwangs bedarf, um den Euro in seiner heutigen Gestalt auf Dauer zu stabilisieren. Trichet hat den wahren Preis genannt: ein zentralistisches Europa. Die Zukunft ist offen, vielleicht gibt es einmal ein von Brüssel zentralisiertes Europa. Gegenwärtig und auf absehbare Zeit wäre das jedoch keine Utopie, sondern ein Fluch. Die Völker und Nationen Europas würden aufbegehren. Schnell hätten wir überall in Europa nur noch "Griechenland" und "Wahre Finnen". Europa würde daran zerbrechen.

### 3) Der Schnitt

Die Europäische Union steht am Scheideweg. Als stärkster Wirtschaftsmacht in der EU mit einer faktischen Veto-Macht kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Da eine gut funktionierende Europäische Union im deutschen nationalen Interesse liegt, muß die Bundesregierung einen Weg aus der Euro-Krise finden und eine Politik vorantreiben, die den Völkern und Staaten die Luft zum Atmen erhält bzw. zurückgibt.

Sie muß dem um sich greifenden Empfinden einer Überforderung die Anlässe nehmen. Nur dadurch kann die EU auf längere Sicht stabilisiert werden. Das Erreichte muß erst einmal konsolidiert werden, ehe neue Schritte, sprich Erweiterungen, Vertiefungen o.ä. in Angriff genommen werden können.

Wo Fehler gemacht wurden, muß schnell und energisch Abhilfe geschaffen werden.

Das gilt besonders für die Eurowährung, die leider zur Gefahr für den europäischen Zusammenhalt geworden ist. Die Normalbürger sind überfordert, wenn sie zur Euro-Krise konkrete Lösungsvorschläge machen sollen. Das gleiche gilt für 99 % aller Politiker, denen ohnehin nur fertige Rettungs-Pakete als angeblich "alternativlos" zum Abnicken und Durchwinken präsentiert werden. Die Bundesregierung ist gefordert, ein realistisches Konzept vorzulegen, glaubwürdig zu begründen und durchzusetzen. Die deutschen Steuerzahler müssen wissen woran sie sind; es ist schließlich ihr Geld, um das es geht.

Ein begründetes Konzept, eine klare Linie der Bundesregierung ist bisher allerdings (noch) nicht zu erkennen. Es rächt sich, daß die Regierung Merkel/Westerwelle die Personalpolitik auf internationaler Ebene vernachlässigt, deutsche Kandidaten entmutigt oder Amtsinhaber (Axel Weber) unzureichend unterstützt hat.

Auf europäischer Ebene dominieren Franzosen und Italiener, beim IWF folgt einem Franzosen eine Französin. Deutscher Einfluß auf internationaler Ebene sieht anders aus. Nun fehlen auch der deutschen Politik die geeigneten Berater, die über die nötigen Informationen und Erfahrungen verfügen, die früh- und rechtzeitig im deutschen Interesse Entscheidungen beeinflussen und vorformulieren könnten. Mit der in Berlin dominierenden Provinzmentalität muß endlich Schluß sein.

### Kein Mandat für eine europäische Haftungs- und Transferunion

Eine Entscheidung schält sich im deutschen nationalen Interesse heraus, die mit dem europäischen Interesse identisch ist. Die bisherige Politik zur Rettung des Euro kann nicht fortgesetzt werden. Das hinhaltende Durchwursteln, das weitere Abgleiten in die Haftungs- und Transferunion, für die es seitens der deutschen Wähler ohnehin kein Mandat gibt, (ein Mandat, das auch niemals erteilt werden würde), muß gestoppt werden. Diese Politik stranguliert die Staaten auf der Geber- und Empfängerseite, ohne ein Ergebnis zu zeitigen, sie zerstört den Zusammenhalt und die Solidarität in der EU. Sie hat das Potential, die EU in den Abgrund zu reißen.

### Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende

Es muß eine Lösung gefunden werden, die das bisherige Durchwursteln beendet. Ein schneller, sicher harter Schnitt ist notwendig. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Nicht das Diktat der Banken und der Finanzmärkte darf die Zukunft der EU bestimmen,

sondern die Politik im Interesse der deutschen und europäischen BürgerInnen. Nicht der von der Wallstreet und der City von London geprägte "unsichtbare Hand des Marktes" darf unsere Zukunft in Europa überantwortet werden.

Wie die Europäische Union bisher funktioniert hat, wird versucht werden, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie den Geldbeutel wieder weiter aufmacht. Die Bundesregierung muß standhaft bleiben. Auf keinen Fall darf sie die außenpolitische Fehlleistung bei der Libyen-Resolution im UN-Sicherheitsrat am 17. März 2011 mit finanziellen Mittel ausgleichen, ein Reflex, auf den einige unserer Partner setzen.

Sie darf auch nicht den verlockenden Schalmaientönen derer folgen, die in der Ausgabe von Euro-Anleihen, sog. Eurobonds einen Ausweg sehen, Eurobonds, deren Haftung sich im Nirgendwo internationaler Finanznebel zu verlieren scheinen, die aber im Ernstfall unweigerlich zum großen Teil auf den deutschen Steuerzahler zurückfallen. Das wäre eine Schuldenmachelei, auf die die deutsche Regierung keinen Einfluß mehr hätte, für die die Deutschen irgendwann aber den größten Teil der Haftung übernehmen müßten.

Wenn schon Kritik an Deutschland, dann für eine zukunftsfähige Europapolitik

Kein höheres Integrationstempo, Entschleunigung der europäischen Einigung ist angesagt. Die Völker müssen sich an das Erreichte erst einmal gewöhnen. Auf dieses Bedürfnis muß flexibel eingegangen werden. Die deutsche Politik hat die Entscheidung in der Hand, sie hat die Mittel und Macht und damit auch die Verantwortung. Es ist unvermeidlich, daß sie damit Kritik ernten wird. Aber in der massiven Kritik steht sie schon heute. Wenn Deutschland schon Kritik einstecken muß, dann für eine Politik, die notwendig und richtig ist. Die Bundesregierung muß deutlich machen, daß sie im deutschen "nationalen Interesse" handelt, das mit dem europäischen Interesse identisch ist. Das wird auch verstanden werden.

Zusammen mit Frankreich

Nach Lage der Dinge kommt nur Frankreich als Partner für eine solche Politik in Frage. Ob Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy (bzw. dessen Nachfolger Hollande - Zusatz vom 7. Mai 2012) die richtigen Partner sind, bleibt dahin gestellt. Aber die Richtung ist vorgegeben: Rettet Europa!<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet im Juni 2011 (x1.105/...): >>Ein grausamer Befund

**Maos Politik in den Jahren 1958 bis 1962 kostete 45 Millionen Menschen das Leben**

Von *Michael Radunski*

Es ist eines der grausamsten Kapitel der chinesischen Geschichte: Maos "Großer Sprung nach vorn". Mehrere Millionen fielen ihm zum Opfer, kaum eine Familie blieb verschont. Und dennoch ist Maos brutales Massenexperiment bis zum heutigen Tage in China ein Tabuthema: Es gibt kein Denkmal für die Opfer, Erinnerung ist verboten.

Auch im Westen kennen nur wenige das wahre Ausmaß dieser grausamen Zeit - zumindest bisher. Nun hat Frank Dikötter ein bedrückendes Buch über die Grausamkeiten der Jahre 1958 bis 1962 geschrieben. Wohl als einer der ersten westlichen Historiker hatte er Zugang zu den Archiven der Kommunistischen Partei auf Provinz- und Lokalebene. Die Quellen fügen sich zusammen zu einem umfassenden Bericht über die dramatische Situation in chinesischen Städten und Dörfern.

Was viele Historiker bisher lediglich vermuteten und Demographen nur zu schätzen wagten, wird durch Dikötters Akteneinsicht zum grausamen Befund: Mindestens 45 Millionen Menschen kamen während Maos größenwahnsinnigern Experiment des "Großen Sprungs" ums Leben. Millionen verhungerten, doch viele wurden auch zu Tode gefoltert, fielen der Willkür lokaler Parteikader zum Opfer. 45 Millionen - eine unfassbare Zahl. Sie übertrifft schlimmste Befürchtungen. Selbst Jung Chang schätzte in ihrer Mao-Biographie die Zahl der Toten auf "lediglich" 38 Millionen.

Das Buch veranschaulicht, mit welcher Skrupellosigkeit Mao das Sterben der Menschen in Kauf nahm. "Eine Revolution ist keine Dinnerparty" hat der "Große Steuermann" einst gesagt. Und nichts anderes als eine Revolution wollte der allmächtige Mao.

Der "Große Sprung nach vorn" war ein von oben diktiertes, äußerst brutales Massenexperiment. China sollte zum "großen Sprung" ansetzen durch die bloße Kraft seiner Menschen. Rücksicht auf Verluste, auf äußere Umstände oder auf das Schicksal der Chinesen nahm Mao nicht: "Wir müssen mehr Korn produzieren. Wenn dafür die Hälfte der Menschen sterben muß, soll es so sein." Dabei folgte Maos Grausamkeit einer inneren Logik. Sie war nicht willkürlich, sondern rational motiviert. Alles wurde dem Ziel untergeordnet.

Angesichts solcher Aussagen kann die hohe Zahl der Toten kaum überraschen. Aber genau hierin liegt für Historiker ein Problem: Wie kann man dem Leser eine solche Zahl begreifbar machen? Dikötter nimmt den Leser hierfür mit in die Dörfer, mit in den grausamen Alltag der Menschen. Er beschreibt, wie sie hungerten wie sie zu leiden hatten, und wie sie immer wieder nach Auswegen suchten für sich, ihre, Familie und Nachbarn. Er nimmt den Leser mit in die Provinzen nach Yunnan, nach Sichuan oder auch nach Gansu.

Dikötter erzählt die Schicksale einzelner Menschen - wie das des Jungen Wang Ziyou, dem am 30. November 1960 ein Ohr abgeschnitten wurde; seine Beine wurden mit Stacheldraht zusammengebunden und ein zehn Kilo schwerer Stein wurde ihm auf den Rücken geworfen und mit einem glühenden Eisenstab die Haut verbrannt. Sein Vergehen: Er hatte auf einem Feld eine Kartoffel ausgegraben. Ein anderer Junge aus Hunan stahl eine Handvoll Weizen. Darauf zwang der Dorfvorsteher den Vater, den eigenen Sohn lebendig zu begraben.

Dikötter vermeidet unnötige Dramatik und Empathie. Doch bei aller Nüchternheit ist der Buchtitel irreführend. "Mao's Great Famine" suggeriert, daß es sich um eine Naturkatastrophe in Form einer Hungersnot handelte, die ihre Ursachen in äußeren, nicht oder nur schwer beeinflussbaren Umständen habe. Eine solche Argumentation wäre nichts anderes als die Wiedergabe der offiziellen Propaganda der damaligen Zeit: der "Zehn-Finger-Theorie". Hiernach symbolisieren neun Finger die Errungenschaften der Partei und lediglich der eine verbleibende Finger steht für die wenigen "Mißerfolge" des Projekts.

Doch Dikötter zeigt, wie Ineffizienz, Verschwendung und Willkür zum Leiden beitragen. In einem Land, in dem Millionen Menschen hungern, verschimmelt der Weizen in den Bahnhöfen, weil schlicht Züge für den Transport fehlen. Die Ernte verdorrt auf den Feldern, weil Menschen entweder zum Arbeitseinsatz für ein Staudammprojekt gezwungen werden, oder weil sie schlicht schon zu schwach sind, um die Ernte einzuholen.

Der Autor setzt Vorwissen voraus. Während Mao vielen Lesern sicherlich bekannt ist, werden Liu Shaoqi oder Tschau En-lai nur die wenigsten kennen. Auch der innere Aufbau der Partei kommt zu kurz. Zudem wäre eine Einordnung des "Großen Sprungs" in die chinesische Geschichte wünschenswert, zumal die Zeit zwischen der Gründung der Volksrepublik 1949 und der Kulturrevolution 1966 bis 1976 zu den bisher weniger erforschten Jahren der chinesischen Geschichte gehört. Offen bleibt, inwiefern Dikötter wirklich Zugang zu bisher verschlossenen Archiven hatte. Die Begründung, warum ihm Einsicht gewährt wurde, bleibt er schuldig. Er schränkt ein, daß er nur ausgewählte Archive benutzen durfte.

Das Buch ist ein wichtiger Schritt in der Forschung über den "Großen Sprung". Es ist die erste umfassende Synthese eines westlichen Wissenschaftlers auf der Grundlage von chinesischen Quellen. Das Grauen wird Gewißheit. China-Interessierte sollten es lesen, um abseits von Wachstumsrekorden, Glitzer und Glamour der aufstrebenden Metropolen mehr über ein Land zu erfahren, das die Welt in Zukunft entscheidend mitprägen wird.

*MICHAEL RADUNSKI*

*Aus: Frank Dikötter - Mao's Great Famine. The History of China's Most Devastating ... <<*

**25.07.2011**

**BRD:** Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. Juli 2011: >>Die EU als Transferunion

### **Hat Deutschland 61 Milliarden Euro zu viel bezahlt?**

Dieses Buch ("Deutschland, Zahlmeister der EU". Olzog Verlag, München 2011) ist eine trockene und doch brisante Lektüre, mit sehr vielen Zahlen, Tabellen und Rechnungen. Es diskutiert Deutschlands Rolle als "Zahlmeister" der Europäischen Union (EU) und das Reizthema Transferunion.

Der Autor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter VWL-Professor an der Universität Heidelberg, kommt auf unglaubliche Summen: 324 Milliarden Euro steuerte Deutschland seit der Wiedervereinigung zu den operativen Ausgaben der EU bei, 178 Milliarden Euro flossen zurück. Für den Zeitraum 1991 bis 2008 errechnet Willeke so die gigantische Summe von 146 Milliarden Euro Nettozahlungen durch Deutschland.

Die absolute Summe von 324 Milliarden Euro hört sich anders an als jene Größenordnung von gut 1 Prozent vom Bruttonationaleinkommen, die sonst oft genannt wird. Deutschland finanzierte in den zwei Jahrzehnten 45,1 Prozent der EU-Ausgaben, rechnet Willeke vor. Frankreich kam auf 243 Milliarden Euro Brutto- und 33,6 Milliarden Euro Nettozahlung. Seine Nettobelastung war geringer, weil es viel größere Rückflüsse, etwa Zahlungen an seine Landwirte, erhält.

Für die Jahre 2004 bis 2008 errechnet Willeke für Deutschland einen Anteil von 33,4 Prozent an der Finanzierung der EU, für Frankreich 16,7 Prozent, für Italien 13,8 Prozent, für Großbritannien 12,1 Prozent und für die Niederlande 10,4 Prozent. Gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, leisten die Niederlande die größten Beiträge an die EU, während die Briten einen nur geringen Anteil zur Finanzierung der Union leisten.

Deutschlands Nettobeitrag ist der absolut größte in der EU. Die 146 Milliarden Euro seit der Wiedervereinigung schulterte das Land zusätzlich zur Belastung durch den Aufbau Ost. Angesichts der bisherigen Zahlungsströme muß man die Europäische Union schon längst als eine große Transferunion bezeichnen. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sie fast 300 Milliarden Euro bewegt. Das Geld floß vom Zentrum in die Peripherie, vor allem nach Südeuropa, in die heutigen Pleitestaaten.

Willeke ist nicht grundsätzlich gegen Transfers. Er gibt auch zu, daß Deutschland als größte, exportorientierte Volkswirtschaft vom gemeinsamen Markt in der EU erheblich profitiert hat. Wofür der Autor plädiert, ist eine gerechtere Lastenverteilung. Dabei müßten die Lasten innerhalb der Gruppe der Nettozahler "solidarisch" verteilt werden. Dazu hat Willeke ein Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" entwickelt.

Es basiert auf dem Prinzip der Gleichbehandlung der Nettozahler nach ihrer Wirtschaftskraft. Sie sollen alle den gleichen prozentualen Anteil vom Bruttonationaleinkommen (BNE) zahlen, fordert Willeke. Gut 0,2 Prozent vom BNE wären der angemessene, ausreichende Nettobeitrag. Die Ausgaben der EU für die Empfänger würde nicht gekürzt, nur die Finanzierung anders verteilt.

Nach diesem Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" hätte Deutschland von 1991 bis 2008 nicht 146 Milliarden Euro, sondern 84,9 Milliarden Euro zahlen müssen. Somit wurden Deutschland "61,1 Milliarden Euro zu viel zugemutet", rechnet Willeke. Er nennt Deutschland nicht nur Zahlmeister, sondern Melkkuh, und erlaubt sich die Bemerkung, Deutschland werde "ausgeplündert".

Ebenfalls deutlich entlastet werden müßten nach seinem Konzept die Niederländer und Schweden. Viel mehr beitragen sollten Briten, Franzosen und Italiener. Der Hauptgrund für die ungleiche Belastung der Nettozahler ist der Briten-Rabatt (nachdem 1985 Margaret Thatcher ihre Handtasche auf den Tisch geschlagen und gefordert hatte: "I want my money back").

Seitdem haben die Briten nach Willeke 84 Milliarden Euro gespart. Die Abschaffung dieses und anderer Rabatte ist eine der Hauptforderungen Willekes.

Jüngst hat die Europäische Kommission Vorschläge zur Reform der EU-Finanzierung gemacht, die in den Jahren 2014 bis 2020 auf 1.025 Milliarden Euro steigen soll. Zum Teil gehen sie in die von Willeke geforderte Richtung, etwa was das komplizierte Rabattsystem angeht. Die Kommission will auch die weit überproportionale Belastung Deutschlands und der Niederlande etwas senken, doch bliebe ein Gefälle.

Ein Defizit von Willekes Studie ist, daß er fast ausschließlich die Einnahmenseite untersucht und über die Verwendung der EU-Gelder kaum ein Wort verliert. Die Milliarden-Kreditpakete zur "Euro-Rettung" werden nur kurz am Schluß des Buches kritisch angesprochen.<<

**24.09.2011**

**BRD: Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtet am 24. September 2011: >>Die wahre Schuldenlast**

### **Deutschlands große Lüge**

Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000.000.000.000 (2.000 Milliarden) Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.

Eigentlich sind Deutschlands Finanzpolitiker zu beneiden. In kaum einem Land sind Finanzminister so beliebt und die Bürger so sparsam wie hierzulande. Das gilt für das Privatleben, wo der Deutsche regelmäßig mehr als ein Zehntel seines Einkommens auf die hohe Kante legt, während andere Völker auf Pump prassen. Das gilt aber auch für das Gemeinwesen, wo sich regelmäßig eine Mehrheit der Bevölkerung dafür ausspricht, lieber die Staatsfinanzen zu sanieren, als die Steuern zu senken.

Im ZDF-Politbarometer etwa sprach sich im Juli eine Mehrheit von 62 Prozent dafür aus, die für 2011 zu erwartenden Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau zu nutzen, 28 Prozent wollten Steuersenkungen und nur acht Prozent höhere Staatsausgaben.

Und dennoch fehlte einer Regierung nach der anderen der Mut, eine nachhaltige Wende in den Staatsfinanzen einzuleiten und tatsächlich Schulden abzubauen. Was sie unter großem Getöse als "harte Sparpolitik" durchsetzten, war bisher selten anderes als eine schlichte Reduzierung der Haushaltsdefizite. Sprich: Es wurden weniger neue Schulden gemacht - der Schuldenberg wuchs aber weiter. Die nüchternen Zahlen dazu: Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.

Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen.

Setzt man diesen Berg ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), dann entspricht das einer Schuldenquote von 83,2 Prozent. Das sind 18 Prozentpunkte mehr als vor vier Jahren. Damit nähert sich die deutsche Staatsschuld bedrohlich der Marke, die die US-Topökonominnen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in ihren bahnbrechenden Langzeitstudien als die Schwelle identifiziert haben, von der an die Staatsverschuldung die Wachstumsraten einer Volkswirtschaft drückt: 90 Prozent des BIP. Doch selbst die gewaltige Summe von zwei Billionen Euro ist im Grunde nur die Spitze des Eisbergs. Die wahre Staatsverschuldung ist weit höher. Die amtlichen Statistiken erzählen nur einen Teil der Wahrheit.

Denn die deutschen Sozialkassen sind riesige Verpflichtungen eingegangen, die in der Zukunft zu hohen Ausgaben führen werden, ohne daß dafür Kapital angespart wurde. Auf mehr als 4,8 Billionen Euro oder 185 Prozent des BIP kalkuliert der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen des Staates, insbesondere der Sozialversicherungen.

Vor allem die Finanzierung der Pflegeversicherung drohe angesichts der ungünstigen demo-

grafischen Entwicklung die aktiv Beschäftigten zu überfordern, warnt er. Diese sogenannte implizite Staatsverschuldung kommt zur amtlichen, also expliziten Schuldenlast hinzu. Zusammen ergeben sich dann fast sieben Billionen Euro, die Raffelhüschen "Nachhaltigkeitslücke" nennt.

### **Sinn: Ein Kurswechsel wird für Politiker immer schwerer**

Das klingt harmlos, bedeutet aber: Diese sieben Billionen sind ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft, ausgestellt von uns allen und einzulösen von unseren Kindern und Enkeln. Doch auch damit ist es nicht genug. Obendrauf kommen noch die zahlreichen Verpflichtungen, die wir zur Bekämpfung der Finanzkrise eingegangen sind und noch eingehen.

Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, beziffert das Risiko, das wir mit offenen und versteckten Hilfen für die wankenden Euro-Peripheriestaaten eingegangen sind, auf 379 Milliarden Euro. Gingen Euro-Staaten in Serie pleite, wäre das der Betrag, mit dem Deutschland zur Kasse gebeten würde - wenn bis dahin das Volumen des Rettungsschirms nicht weiter aufgestockt wurde.

Das entspricht immerhin zwei Dritteln der gesamten Steuereinnahmen eines Jahres. 100 Milliarden Euro neue Schulden kommen in diesen Ländern Jahr für Jahr hinzu, warnt Sinn: "Es wird für die Politiker immer schwerer, einen Kurswechsel durchzusetzen." Das gilt auch für die deutschen Staatsfinanzen. Ein Bundeskanzler nach dem anderen hat erst Sparsamkeit gelobt und dann Schulden gemacht.

In den fünfziger und sechziger Jahren war das noch recht harmlos. Schließlich verbot das Grundgesetz doch generell Staatsschulden. "Im Wege des Kredites dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken und nur auf Grund eines Bundesgesetzes beschafft werden", heißt es dort in Artikel 115. Doch Ende der sechziger Jahre wurde neu definiert, was als außerordentlich zu gelten hatte.

Der Staat wollte die Konjunktur steuern und nahm sich die Freiheit, bei einer "Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" ordentlich Kredite aufnehmen zu dürfen. Auch in guten Zeiten durfte er bis zur Höhe seiner Bruttoinvestitionen Schulden machen. Die Folge: Seit 1970 verdreifachten sich die deutschen Staatsschulden. So wie Deutschland gingen viele Staaten mit einem hohen Schuldenberg in die Finanzkrise hinein und kamen mit einem noch höheren wieder heraus.

Schon wenige Wochen nach der spektakulären Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers warnte der jüngst zurückgetretene Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Jürgen Stark, in einem Handelsblatt-Gastkommentar, am Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise könnte eine Krise der öffentlichen Finanzen stehen: "Viele Staaten Europas haben in besseren konjunkturellen Phasen unzureichend Vorsorge getroffen. Die Zahl der Länder mit einem exzessiven Defizit dürfte steigen." Er sollte recht behalten.<<

**16.10.2011**

### **BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 16. Oktober 2011: >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

von Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister)

*Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.*

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wur-



den. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden.

Willy Brandt war empört. Zum einen darüber, daß man dem früheren Regierenden Bürgermeister damit unterstellte, er wüßte nicht, was die Vorbehaltsrechte der drei Mächte für Berlin (West) seit der Gründung der Bundesrepublik bedeutet haben. Zum anderen hat er sich immer auf seine demokratische Wahl bezogen und dieses Mandat über dem der weisungsgebundenen Stadtkommandanten empfunden. Vor allem hat es ihn empört, weil er als Bundeskanzler zuerst seinem Amtseid verpflichtet ist.

Die Siegermächte besiegelten die Deutsche Teilung

Die Beamten haben ihn darauf hingewiesen, daß Adenauer diesen Brief vor der Genehmigung des Grundgesetzes durch die drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. - Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt.

... In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer die Feindstaatenartikel, nach denen die Sieger im Falle eines Falles ihre Rechte über Deutschland aktivieren können.

Lebenslüge der alten Bundesrepublik

Die BRD und die DDR mußten einen Brief, den ich mit DDR-Staatssekretär Michael Kohl abgestimmt habe, an unsere jeweiligen Großen oder Freunde schreiben, daß auch durch Beitritt der beiden Staaten die Siegerrechte nicht erlöschen. Aber das spielt keine Rolle mehr, weil die Vier versichert haben, sie würden sich darauf nicht mehr berufen und die Charta seit ihrem Bestehen nicht verändert wurde und die Büchse der Pandora geöffnet würde, falls man auch nur in einem Punkte damit beginnen würde.

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

**24.10.2011**

**BRD: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 43 berichtet am 24. Oktober 2011: >>Das Geld regiert die Welt - oder es dient ihr**

*Autoren Philippe Mastronardi und Peter Ulrich*

*Die Staaten haben die Finanzmärkte in die Freiheit entlassen, ohne ihnen Verantwortung zu überbinden. Nun herrscht das Geldsystem über das politische System. Unter dem heutigen Finanzmarktregime wird sich das nicht ändern. Erst wenn sich Geld nur noch im Rhythmus der wirtschaftlichen Realentwicklung vermehren läßt, können spekulative Finanzblasen verhindert werden und stabile Verhältnisse einkehren.*

Es mußte soweit kommen, daß Rating-Agenturen ihr Urteil über die Weltmacht USA sowie über verschiedene hoch verschuldete Euro-Länder fällten, bis uns die Einsicht dämmerte, wie verkehrt unsere gegenwärtige Wirtschaftswelt ist. Da entscheiden tatsächlich private Firmen über die Vertrauenswürdigkeit ganzer Staaten und begründen ihr Urteil im Fall der USA etwa damit, es genüge nicht, die Sozialprogramme nur an den Rändern zu beschneiden; sie müßten grundsätzlich reformiert werden.

Je nach Belieben könnte die Begründung auch ganz anders lauten, da die urteilende "Instanz" frei von jeder öffentlichen Rechenschaftspflicht walten kann. Die betroffenen Regierungen wehren sich zwar jedes Mal verbal gegen die Verurteilung, finden aber auf den Finanzmärkten

kein Gehör. Die Herrschaft des Ratings kennt keine demokratischen oder rechtsstaatlichen Prozeduren der Gewaltenteilung - sie steht also offenbar über ihnen und ist nicht verhandelbar. Die Wahrheit wird von privat ernannten Experten verfügt. Diese folgen der Logik des Finanzmarktes, nicht der öffentlichen Vernunft.

Daß die Finanzmärkte zunehmend die Realwirtschaft steuern, ist spätestens mit der Finanzmarktkrise von 2008 unübersehbar geworden. Heute wird darüber hinaus klar, wie weitgehend sie auch die Politik der Staaten beherrschen. Eine neue Weltordnung hat sich durchgesetzt: Die höchste Macht kommt den Prozessen an den Finanzmärkten zu, gefolgt von den Entwicklungen in der Realwirtschaft und schließlich den politischen Prozessen in und zwischen den Staaten.

Die Staaten konkurrieren im internationalen Standortwettbewerb um die günstigsten - sprich: privatwirtschaftlich gewinnbringendsten - Investitionsbedingungen. So ist aus der notwendigen staatlichen Ordnung des Wettbewerbs ein fast regelloser Wettbewerb zwischen den staatlichen Rahmenordnungen geworden. Nun bestimmen die Kapitalverwertungsinteressen von Anlegern, Unternehmern und Managern weitgehend darüber, was ordnungspolitisch "möglich" und "notwendig" ist.

Und da die "Finanzindustrie", die genaugenommen gar nichts produziert, diesen Kapitalverwertungsinteressen naturgemäß am nächsten steht, dominiert sie gegenüber der Realwirtschaft. Diese ist zur Finanzierung ihrer Geschäftsprozesse von einer funktionierenden Geld- und Kreditversorgung und kostengünstigen Finanzdienstleistungen abhängig. Aber diese ursprünglichen Aufgaben im Dienste der Volkswirtschaft stehen längst nicht mehr im Zentrum der Finanzwirtschaft, vielmehr versteht sie sich in erster Linie als privatwirtschaftliche Branche, die mit ihren "Finanzprodukten" möglichst ohne den Umweg über die Realwirtschaft "Geld macht".

Aus genau diesem privatistischen Verständnis heraus ist die Finanzwirtschaft von den meisten Staaten in den vergangenen 30 Jahren weitgehend dereguliert worden, so daß sie kaum noch Beschränkungen unterliegt. Die Macht des Geldes untersteht keiner normativen Verfassung mehr. Als Rechtfertigung für die Entfesselung der Finanzmärkte diente regelmäßig das Argument, daß damit der gesamten Volkswirtschaft neue Dynamik verliehen würde.

Bewirkt wurde - von gewaltigen Einkommens- und Vermögensumverteilungen von den Besitzlosen zu den Besitzenden ganz abgesehen - vor allem eine grundsätzliche Instabilität, die in Krisensituationen politisch kaum mehr beherrschbar ist. Denn die Finanzmarktakteure können jederzeit gegen mißliebige Regulierungsansätze mit der Abwanderung an weniger regulierte Standorte oder mit der Verweigerung benötigter Finanzierungen drohen und damit die nationalen Regierungen erpressen.

Aus durchaus verständlicher Angst vor der Reaktion der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte wagt die verantwortliche Politik beispielsweise noch immer nicht den Schritt zu einem geordneten Schuldenschnitt im Falle Griechenlands. So zieht die Finanzwirtschaft alle andern Mächte zur Verantwortung, ist aber ihrerseits nahezu keiner (Gegen-)Macht mehr verantwortlich. Der Satz, wonach das Geld die Welt regiere, gilt radikaler als je zuvor: Neben den einzelnen Kapitaleignern meint er nun auch das globalisierte Finanzsystem als Ganzes. Die persönliche Macht der Geldbesitzer wird durch die systemische Macht einer maßlos kapitalistischen Ordnung überlagert.

Dementsprechend hilflos wirken unter diesen Bedingungen die Bemühungen der Regierungen zur Krisenbewältigung. Die Forderungen der Finanzwelt sollen im je nationalen Kampf um Sparmaßnahmen vorwiegend auf dem Rücken von Arbeitenden und Steuerzahlern befriedigt werden, ohne daß sie auf ihre Legitimität hinterfragt werden. Das läuft allzuoft auf Raubbau am gesellschaftlichen Kitt der Solidarität hinaus und zerstört damit den demokratisch grundlegenden Zusammenhalt der Bürgerschaft.

Vom sonst weitgehend akzeptierten Verursacherprinzip ist auf Grund der skizzierten verkehrten Machtverhältnisse kaum die Rede, wenn es die Finanzbranche betrifft. Ganz im Gegenteil hat das alte Diktum von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste eine vor der Finanzkrise so kaum gemeinte Bedeutung erhalten.

Nichts anderes sind die meisten Maßnahmen zur Stützung der systemrelevanten Banken - man denke an die Übernahme ihrer "Schrottpapiere" durch die Zentralbanken, die sogenannten "Rettungsschirme" und "Quantitative easing-Programme" (Vergrößerung der Geldmenge mittels Ankauf von Staatsanleihen, Devisen usw.). Wenn auch nicht allein deshalb, so doch zu einem wesentlichen Teil ist deswegen die öffentliche Schuldenlast vieler Staaten sprunghaft angestiegen. So ist aus der Finanzmarktkrise eine nur mehr schwer einzudämmende internationale Schuldenkrise geworden.

An der Wurzel angepackt hat die internationale Politik das Übel bisher nicht. Man begnügt sich mit immer weiteren, zum Teil konzeptlos anmutenden Symptomtherapien. Systeminterne Retuschen verschaffen aber höchstens einen Zeitgewinn und verschieben den gefürchteten Zusammenbruch des Systems auf einen späteren Zeitpunkt, in dem er vermutlich noch heftigere Wirkungen zeitigen wird. Gewiß sind viele Staaten teilweise selbst dafür verantwortlich, daß sie sich in so hohem Masse verschuldet haben:

Sie haben opportunistisch versucht, im Standortwettbewerb von der Dynamik der Finanzwelt zu profitieren. Damit haben sie sich von dieser abhängig gemacht, statt ordnungspolitisch vorbeugend für kontrollierbare Verhältnisse mit begrenzten Risiken zu sorgen. Aus diesem Teufelskreis gilt es auszubrechen.

Diese knappe Analyse zeigt bereits, daß eine tiefer greifende Systemreform nötig ist. Es braucht eine globale Finanzmarktverfassung, welche die aufgeblähten Finanzmärkte wirksam an die Entwicklung der Realwirtschaft zurückbindet und die Staaten nicht weiter Spielball der finanziellen Spekulation sein läßt.

Wie kann das Geld vom Herrn zum Diener der Welt gemacht werden? Die Staaten müssen die Geld- und Kreditversorgung als volkswirtschaftliche Infrastruktur begreifen und ernst nehmen. Nötig ist eine grundsätzliche Reform der Finanzmarktverfassung, die auf folgenden konzeptionellen Grundlagen beruht:

1. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit ist eine öffentliche Aufgabe: Der Finanzmarkt ist kein gewöhnlicher Markt, in dem die Privatautonomie jedes einzelnen Teilnehmers das höchste Gut ist, sondern ein öffentlicher Raum, in welchem eine grundlegende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen ist. Die Finanzbranche hat einen Service public zu erbringen.

Die moderne Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer Staatsverantwortung für die Versorgung mit Geld und Kredit funktionieren. Was ökonomisch als Markt betrachtet wird, gehört aus ordnungspolitischer Sicht zu den grundlegenden Rahmenbedingungen einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und muß deshalb rechtlich und politisch als Staatsaufgabe gestaltet werden. Wieviel von dieser Staatsaufgabe mit marktnahen Mitteln und durch private Akteure wahrgenommen werden kann, soll demokratisch entschieden werden.

2. Das herkömmliche Aufsichtsmodell - das Konzept staatlicher Kontrolle über den Markt - ist abzulösen: Nach dem Paradigma des "freien Marktes" wurde bis anhin der Finanzmarkt auf der Grundlage eines Aufsichtsmodells geregelt: Im Grundsatz galt für alle Akteure die Wirtschaftsfreiheit. Der Staat übte lediglich eine polizeiliche Aufsicht aus, um Mißbräuche oder schädliche Auswirkungen zu verhüten oder zu beheben. Dabei folgte er der Problementwicklung immer nur reaktiv und korrektiv, ohne die tiefer liegenden Ursachen und ihre Dynamik je in den Griff zu bekommen.

Finanzmarktkrisen waren nach diesem Modell hinzunehmen, weil sie den Preis der Wirtschaftsfreiheit bildeten. Sie konnten lediglich Anlaß dazu sein, die Aufsicht zu verschärfen

und die Rahmenbedingungen zu stärken. Jetzt erleben wir, daß dieses Modell versagt.

3. Die zukünftige Finanzmarktverfassung hat sich am Gewährleistungsmodell zu orientieren: Wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit eine Staatsaufgabe ist, ist sie von vornherein als öffentliche Infrastrukturleistung zu gestalten, ähnlich wie beispielsweise das Rechts-, das Bildungs-, das Verkehrs- und das Energieversorgungssystem. An die Stelle des Aufsichtsmodells tritt damit das Gewährleistungsmodell: Der Staat gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit unter Beiziehung Privater.

Was bedeutet dieses Gewährleistungsmodell? Es umfaßt drei Teilverantwortungen, die zwischen Staat und Privaten aufgeteilt werden können: Der Staat hat einen funktionierenden Finanzmarkt zu gewährleisten, welcher die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit sicherstellt (Gewährleistungsverantwortung). Er kann damit private Dienstleister beauftragen, welche die öffentliche Aufgabe nach den staatlichen Vorgaben und Zielen zu erfüllen haben (Erfüllungsverantwortung). Versagen die Privaten in ihrer Leistungspflicht oder überschreiten sie die Grenzen ihres Mandats, kann der Staat die Aufgabe wieder an sich ziehen oder Dritten übertragen (Auffangverantwortung).

Staatsaufgabe bedeutet also nicht Verstaatlichung! Gemäß dem modernen Konzept der Public governance können öffentliche Aufgaben in unterschiedlichster Weise durch ein Zusammenspiel des Staates mit Privaten erfüllt werden.

Umfassend ist nur die Staatsverantwortung für die Erbringung einer gemeinwohldienlichen Leistung. Inwieweit der Staat diese Leistung selbst erbringt, ist Sache der konkreten Ausgestaltung. Diese ist demokratisch zu bestimmen.

Im Bereich des Finanzmarktes wird eine Aufgabenteilung zwischen einer autonomen staatlichen Instanz (der Zentralbank, in der Schweiz "Nationalbank" genannt) und der privaten Finanzbranche zu suchen sein. Die Erfahrung zeigt freilich, daß der Zentralbank wesentlich mehr Kompetenzen zugesprochen werden müssen als bis anhin.

4. Im Finanzbereich ist der Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaftsmacht durchzusetzen: Die Staaten müssen den Banken die private Geldschöpfung wieder entziehen. Denn heute entsteht neues Geld zum größten Teil durch Kreditschöpfung, indem sich jemand bei einer Bank verschuldet. Auf Grund der geringen Eigenmittelanforderungen können die Geschäftsbanken auf diesem Weg riesige Volumen an sogenanntem Buchgeld schaffen, das großenteils spekulativen Zwecken auf den Finanzmärkten dient.

Deshalb haben die Zentralbanken die Kontrolle über die Geldmenge verloren. In Zukunft soll auch Buchgeld - wie die Münzen und Banknoten - gesetzliches Zahlungsmittel sein, das nur von der Zentralbank geschöpft werden kann (sogenannte Vollgeldreform). So wird das gesetzliche Geldmonopol wiederhergestellt. Die Zentralbank (Nationalbank) gibt so viel Geld in Umlauf, wie es die Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert.

Damit sorgt sie dafür, daß die Geldmenge das Volumen der Realwirtschaft abbildet. Den Banken verbleibt die Verteilung und Verwaltung des Geldes: der Zahlungsverkehr, die Kreditvergabe (soweit sie vom Vollgeld abgedeckt ist) sowie Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft und die Vermögensverwaltung für Private.

Die Zentralbanken bestimmen auch die Grenzen der zulässigen Wirtschaftstätigkeit der Finanzbranche. Sie unterstellen bestimmte Tätigkeiten einer Bewilligungspflicht und verhindern volkswirtschaftlich schädliche Finanzprodukte. Sie verbieten zum Beispiel Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit von Staaten.

Zu diesem Zweck werden auf nationaler Ebene verfassungsrechtliche Regelungen nötig, die klarstellen, welche Entscheide demokratisch zu treffen sind, welche an die Zentralbank delegiert werden sollen und welche der Finanzbranche anvertraut werden dürfen.

Das Geld kann zum Diener der Welt gemacht werden, sobald wir erkennen, daß es uns zu versklaven droht. Geld macht frei, aber nur, wenn wir es unserer demokratischen Verantwortung

unterstellen.

*Die beiden Autoren sind emeritierte Lehrstuhlinhaber an der Universität St. Gallen: Philippe Mastrorandi für öffentliches Recht, Peter Ulrich für Wirtschaftsethik. ...<<*

**04.11.2011**

**BRD:** Der deutsch-türkische Journalist Denize Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration") schreibt am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >> **Kolumne Geburtenschwund**

**Super, Deutschland schafft sich ab!**

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.

Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.

Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben.

Volkssportarten Jammern und Ausländerklatschen

Noch erfreulicher: Die Osis schaffen sich als Erste ab. Während im Westen die Zahl der Minderjährigen in den vergangenen zehn Jahren um 10 Prozent gesunken ist, ging sie im Osten um 29 Prozent zurück. Die Sandys, Mandys und Jacquelines pfeifen auf das neue deutsche Mutterkreuz ("Elterngeld") und tragen nach Kräften dazu bei, daß den ostdeutschen Volkssportarten Jammern, Opfersein und Ausländerklatschen in absehbarer Zeit der Nachwuchs ausgehen wird.

Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet.

Nun ist schon so manches Volk ohne das gewalttätige Zutun anderer von der Bühne der Geschichte abgetreten: Die Etrusker wurden zu Bürgern Roms, die Hethiter gingen im anatolischen Völkergemisch auf, die Skythen verschwanden irgendwo in den Weiten der Steppe.

Eine Nation, die mit ewiger schlechter Laune auffällt

Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben; eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisseri und ewiger schlechter Laune auffällt; eine Nation, die Dutzende Ausdrücke für das Wort "meckern" kennt, für alles Erotische sich aber anderer Leute Wörter borgen muß, weil die eigene Sprache nur verklemmtes, grobes oder klinisches Vokabular zu bieten hat, diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden.

Apropos Sprache: Die Liste jener deutschen Wörter, die sich nicht oder nur mit erheblichem Bedeutungsverlust in andere Sprachen übersetzen lassen, illustriert, was der Welt mit dem

Ableben der Deutschen verlustig ginge: Blitzkrieg, Ding an sich, Feierabend, Gemütlichkeit, Gummibärchen, Hausmeister, Heimweh, Kindergarten, Kitsch, Kulturkampf, Lebensabschnittsgefährte, Nachhaltigkeit, Nestbeschmutzer, Ordnungsamt, Querdenker, Realpolitik, Schlager, Spaßvogel, Tiefsinn, Torschlußpanik, Vergangenheitsbewältigung, Volksgemeinschaft, Weltanschauung, Wirtschaftswunder, Zwieback.

Welcher Mensch von Vernunft, Stil und Humor wäre betrübt, wenn diese Wörter und mit ihnen die ihnen zugrunde liegenden Geisteshaltungen verschwinden? Eben.

Mehr Zärtlichkeit für den Schäferhund als für die Sprache

Der Erhalt der deutschen Sprache übrigens ist kein Argument dafür, die deutsche Population am Leben zu erhalten. Denn der Deutsche und das Deutsche haben miteinander etwa so viel zu schaffen wie Astronomie und Astrologie. Oder besser noch: wie Lamm und Metzger. "Für seinen Schäferhund und seine Wohnzimmerschrankwand empfindet der Deutsche mehr Zärtlichkeit als für seine Sprache", bemerkte Thomas Blum einmal. Im Interesse der deutschen Sprache können die Deutschen gar nicht schnell genug die Biege machen.

Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?

Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<

**14.11.2011**

**BRD:** Das Onlinemagazin "Telepolis" berichtet am 14. November 2011 über die Konferenzen der Bilderberger (x335/9): >>... Ein weiterer besorgniserregender Punkt ist die Teilnahme von Politikern, bevor sie in hohe Ämter gewählt werden. 1991 wurde Bill Clinton von seinem Freund Vernon E. Jordan jr. bei Bilderberg eingeführt. 1992 wurde er Präsident der USA. 1993 nahm Tony Blair an der Bilderberg-Konferenz teil. 1994 wurde er Spitzenkandidat von New Labour. Manche sagen, die Bilderberger würden Präsidenten und Regierungschefs "machen", andere meinen, die Leute aus dem Bilderberg-Kreis hätten eben die Kontakte und das richtige Gespür für die "kommenden" Leute. Nicht zuletzt gibt es eine erstaunliche Kontinuität darin, daß alle NATO-Generalsekretäre der letzten 30 Jahre regelmäßige Bilderberg-Teilnehmer waren.<<

**18.11.2011**

**USA:** Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schreibt am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. ... Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. ...<<

**25.11.2011**

**BRD:** Der deutsche Historiker Dag Krienen berichtet am 25. November 2011 über das Buch von Konrad Canis: "Der Weg in den Abgrund" (x1.035/...): >>Der Weg in den Abgrund

**Deutsche Außenpolitik 1902-1914**

Über die Rolle Deutschlands in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, der "Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts", sind mittlerweile Regalmeter von Büchern geschrieben worden. Konrad Canis fügt diesen weitere vier Zentimeter hinzu. Die sind keineswegs überflüssig. Nach der Außenpolitik des Zweiten Reichs unter den Nachfolgern Bismarcks ("Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902") und der Außenpolitik des "Eisernen Kanzlers" ("Bismarcks Außenpolitik 1870-1890. Aufstieg und Gefährdung") schildert Canis abschließend in "Der Weg in den Abgrund" die deutsche Außenpolitik von 1902 bis 1914.

Wie seine Vorgänger beruht auch dieses Werk im wesentlichen auf bekannten Archivquellen und der Auswertung der Forschungsliteratur, wartet also nicht mit neuen überraschenden De-

tails auf. Doch anders als die jüngeren westdeutschen Kollegen kann sich hierzulande ein ursprünglich in der DDR sozialisierter Historiker wohl leichter erlauben, den Eigengesetzlichkeiten der Staatsraison wieder zu ihrem Recht zu verhelfen.

Canis erzählt konsequent die Geschichte der Selbstbehauptung einer europäischen Großmacht im Kreise anderer Großmächte, schildert den außenpolitischen Überlebenskampf Deutschlands in einer internationalen Umwelt, in der existenzbedrohende Gefahren lauerten und in der der Krieg, auch der Angriffskrieg, noch als Ultima ratio, als das legitime letzte Instrument staatlicher Selbstbehauptung galt.

Das Buch setzt ein gewisses Grundwissen über die Ereignisgeschichte voraus, keiner der Bände seiner Trilogie eignet sich als Handbuch für historisch Unbedarfte. Canis rekonstruiert minutiös die machtpolitischen Hintergründe, Überlegungen, Ziele und Folgen der jeweiligen Entscheidungen der für die Führung der deutschen Außenpolitik Verantwortlichen. Er knüpft an ein klassisches Erklärungsmuster an, wonach es kein deutscher "Sonderweg", sondern die deutsche "Sonderlage" war, die der Außenpolitik des Zweiten Reiches ihr Gesetz aufprägte.

... Der 1871 gegründete Nationalstaat entwickelte zwar eine wachsende ökonomische und militärische Stärke, die ihn in eine halbhegemoniale Stellung in Europa führte. Zugleich litt er aber stets an der fatalen geostrategischen Schwäche seiner Mittellage zwischen allen europäischen Großmächten, die ihn gegenüber einer feindlichen Koalitionsbildung extrem verwundbar machte.

Bei Canis stehen so die bündnis- und mächtepolitischen Komponenten der deutschen Politik im Vordergrund, das stete Beobachten und Adjustieren der europäischen Mächtebeziehungen einerseits, die Folgen der Erweiterung oder Einschränkung des deutschen Bewegungsspielraums durch die jeweilige Mächtekonstellation andererseits.

Der "Weg in den Abgrund" erzählt von der Zeit, in der dieser Bewegungsspielraum immer mehr, am Ende fast bis zum Nullpunkt eingeengt wurde. Und das aus Gründen, die sich im wesentlichen aus der Logik der Machtentwicklung der Großmächte ergaben. Diese zeichnete sich durch eine große Dynamik aus, die dem Reich gelegentlich durchaus auch größeren Bewegungsspielraum eröffnen konnte.

Dieser Spielraum schrumpfte indes rasch zusammen, als sich England nach 1900 von seiner traditionellen Isolationspolitik verabschiedete und zum Schutz seines überdehnten Empires "Ententen" mit Frankreich (1904) und Rußland (1907) abschloß. Die neuere Forschung betont gerne, daß diese "Generalabkommen" Londons mit seinen großen kolonialpolitischen Rivalen der alten Regel folgte: if you cannot beat them, join them; daß man sich also mit denen, die man nicht besiegen kann - vor allem Rußland, dem die britischen Besitzungen in Asien militärstrategisch praktisch ausgeliefert waren -, verbünden soll.

Canis läßt dies gelten, betont allerdings, daß diese Politik Englands von Anfang an auch eine antideutsche Komponente hatte. Der ökonomisch dynamischste und vom Machtpotential her stärkste Konkurrent auf dem Kontinent sollte so in Schach gehalten werden.

Aufgrund fehlender direkter aggressiver Absichten Londons vermeidet Canis zwar den Begriff "Einkreisung", doch spricht er von einer bewußten "Ausgrenzung" Deutschlands, die dessen außenpolitischen Bewegungsspielraum und sein ökonomisches Wachstum beschneiden und ihm den Aufstieg zur gleichberechtigten Weltmacht verwehren sollte.

Aus Londons Perspektive war dies nur konsequent. Dem Reich hingegen bot diese britische Politik implizit nur die Option einer riskanten Juniorpartnerschaft auf dem Kontinent an, die weder für die deutsche Öffentlichkeit noch die deutsche Politik akzeptabel war.

Seit 1904 gestaltete sich die Lage des ausgegrenzten Reiches trotz mancher Ausbruchsversuche und aller Entspannungsbemühungen immer prekärer. 1914 hatte sie sich existenzgefährdend verschärft. Zwar war es Berlin nach dem faktischen Abbruch der deutschen Flottenrüstung 1912 gelungen, durch Einzelabkommen über koloniale Fragen das bilaterale Verhältnis

mit London zu entspannen. Doch der ökonomische und militärische Wiederaufstieg Rußlands (nach dem Krieg mit Japan und der Revolution von 1905) machte rasche Fortschritte, während der Machtverfall des verbündeten Österreich-Ungarns nach den Balkankriegen von 1912/13 immer dramatischer wurde.

Zudem ging Rußland in Verbindung mit Frankreich immer stärker zu einer politisch-militärischen Offensivstrategie über, um seine Ziele in Südosteuropa und dem Osmanischen Reich zu realisieren und Konstantinopel auf dem Weg über Wien und Berlin zu erobern.

Als im Mai 1914 auch noch Agentenmeldungen zu Verhandlungen über eine britisch-russische Marinekonvention - die im Fall des Falles die Anlandung russischer Heerestruppen in Pommern mit Hilfe der Royal Navy vorsah - in Berlin eintrafen, schien fast alles verloren. Das Attentat von Sarajewo vom 28. Juni 1914 wurde in dieser Situation als letzte Chance gesehen, durch einen kleinen, isolierten Krieg Wiens gegen Serbien den Machtverfall des Habsburgerreiches noch einmal aufzuhalten.

Das Risiko eines großen Krieges wurde von Berlin durchaus gesehen, aber in Kauf genommen, weil man militärische Siegeschancen insbesondere gegen Frankreich 1914 noch zu haben glaubte, zu einem späteren Zeitpunkt aber nicht mehr.

Canis wendet sich explizit gegen dominante Erklärungsmuster der neueren deutschen Geschichtsschreibung. "Nicht aus weltpolitischem oder aus einem auf Europa zentrierten hegemonialen Eroberungsdrang (Fritz Fischer) oder aus einer manipulatorischen Absicht der inneren Systemstabilisierung (Hans-Ulrich Wehler) oder unter dem wachsenden Druck einer immer aggressiveren öffentlichen Meinung (Wolfgang J. Mommsen) ging man das Risiko des Krieges ein. Den Ausschlag gaben vielmehr außenpolitischer Fatalismus, ja, die blanke Verzweiflung (Egmont Zechlin)."

#### **Fazit**

Die seit Anfang des Jahrhunderts vor allem von Großbritannien und Rußland maßgeblich beeinflussten machtpolitischen Konstellationen hatten für die deutschen Akteure zwingenden Charakter und ließen wenig Spielraum für andere Präferenzen und Ziele. Zwar kritisiert Canis eine Reihe von Unzulänglichkeiten, Falscheinschätzungen und diplomatische Fehler der verantwortlichen deutschen Politiker. Doch gesteht er ihnen zu, daß sie in der Regel das taten, was sie zum gegebenen Zeitpunkt zum Erhalt der Großmachtstellung und Existenz Deutschlands tun zu müssen glaubten.

Am Ende kommt er sogar zu einem provokanten Urteil über die deutsche Politik in der Julikrise 1914: "War der Kurs auf den lokalen Krieg, den Österreich-Ungarn und Deutschland, mit dem kalkulierten Risiko des großen Krieges, einleiteten, politisch und militärisch vertretbar, war er, im Sinne der Staatsraison des Reiches, seiner Sicherheitsinteressen, gerechtfertigt? Die Frage muß man wohl bejahen."

Konrad Canis: *Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902-1914*. Ferdinand Schöningh-Verlag 2011, 719 Seiten.

Erschienen in Junge Freiheit, 25. November 2011.<<

**08.12.2011**

**BRD:** Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**

#### **Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise**

In diesen Zeiten der Schuldenkrise geschehen bemerkenswerte Dinge. Gemeint ist nicht das, was täglich in den Nachrichten rauf und runter läuft.

Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.



Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

### **Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags**

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

### **Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr**

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**"

Deswegen sei der Versuch, in der europäischen Einigung, "eine neue Form von governance zu schaffen". In dieser neuen Form gebe es dann halt nicht eine politische Ebene, die für alles zuständig sei und, gestützt auf "völkerrechtliche Verträge, bestimmte Dinge auf andere überträgt". Nein, so stellt sich Schäuble die Zukunft Deutschlands und Europas nicht vor. ...<<

**31.12.2011**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Dezember 2011 (x887/...): >>>Verfechter der Menschenrechte**

Aufschlußreiche Biographie über den Journalisten Gerhard Löwenthal

Wer als Bundesdeutscher die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts bewußt miterlebt hat, kennt den Namen Gerhard Löwenthal. Er ist ein fester Begriff. Als Leiter des ZDF-Magazins von 1969 bis 1987 war er für die einen der "kalte Krieger", für die anderen die Verkörperung der wehrhaften Demokratie in ihrem Kampf gegen den Sowjetimperialismus. Nach der friedlichen Revolution hat man auch beim ZDF eingesehen, daß man die Wirklichkeit des Ostblocks recht unzulänglich wahrgenommen hatte.

Dem unbeirrbaren Einzelkämpfer Löwenthal blieb jedoch seitens des Hauses die Anerkennung versagt. Daher war eine ausführliche Biographie überfällig, die nun Stefan Winckler in jahrelanger solider Arbeit geschaffen hat. Trotz geistiger Verwandtschaft mit Löwenthal finden sich nirgendwo Spuren hagiographischer Verehrung. Jede Behauptung wird tunlichst exakt belegt. Das Opus ist wohl gelungen und lädt zum Lesen ein. Nur das Fehlen eines Personenregisters ist zu beklagen.

Wincklers Werk fußt auf Löwenthals Autobiographie, die aber schon vor 25 Jahren erschienen ist. Ihr Titel lautet: "Ich bin geblieben."

Hat er nicht einen Wandel durchgemacht, gleichsam von Willy Brandt zu Franz Josef Strauß? In seinen Augen war es die SPD, deren Ostpolitik immer mehr den Wünschen der totalitären

Weltmacht entgegenkam, sei es durch Aufwertung der DDR, sei es durch Verzichtleistungen. Wincklers Werk gliedert sich in fünf Teile. Auf die Löwenthal-Biographie folgt die Schilderung seines politischen Engagements im Fernsehen und außerhalb. Wie war die Reaktion auf seine journalistische Arbeit? Des weiteren wird Löwenthals Weltanschauung anschaulich ins Gedächtnis gerufen und seine Einbindung ins konservative Spektrum der Bundesrepublik konkretisiert. Auch seine Erinnerungen an das, was er als Jude unter Hitler in Berlin erlebt hat, "daß Tausende von Berlinern dem Gebot der Menschlichkeit auch unter schwierigen Verhältnissen folgten und halfen, wo es ging", sind aufschlußreich.

Nach dem Kriege führten ihn glückliche Umstände in die Redaktion des amerikanischen Senders Rias Berlin und schließlich zum ZDF. Dort war er für das ZDF-Magazin zuständig, das sich mit nahezu allen politischen Themen befaßte. So rügte er am 7. Januar 1970 als "katastrophal" Willy Brandts Ausspruch, er "habe aufgehört, über die deutsche Wiedervereinigung zu sprechen".

Derlei Sendungen machen es verständlich, daß Löwenthal in der DDR als Staatsfeind Nr. 1 bezeichnet wurde und daß er in der Bundesrepublik zu den am meisten gefährdeten Persönlichkeiten zählte. Dennoch war Löwenthal voll des Eifers für die Sache der Freiheit und begnügte sich nicht mit der engagierten Wahrnehmung seiner beruflichen Pflichten. So war er 1972 Gründungsmitglied der Gesellschaft für Menschenrechte (heute Internationale Gesellschaft für Menschenrechte), eines Vereins, der sich vor allem den politischen Gefangenen in der DDR widmete und heute insbesondere verfolgten Christen hilft.

In einer an Vorbildern armen Welt kann die Beschäftigung mit Gerhard Löwenthal ein Ansporn sein, die eigenen Kräfte den vorrangigen Verfassungswerten dienstbar zu machen. ...

Stefan Winckler: "Gerhard Löwenthal. Ein Beitrag zur politischen Publizistik der Bundesrepublik Deutschland", ... Berlin-Brandenburg 2011 ...<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.08.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x335/79) = Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20, Seite 79.

x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen</u> . Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA</u> . Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.

## Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: <a href="http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58">http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58</a> - März 2015.
x861	<a href="http://horst-koch.de/diktatur-europa/">http://horst-koch.de/diktatur-europa/</a> - Januar 2016.
x862	<a href="http://horst-koch.de/energiewende-gebote-oder-irrwege/">http://horst-koch.de/energiewende-gebote-oder-irrwege/</a> - Januar 2016.
x863	<a href="http://horst-koch.de/deutschenfeindlichkeit/">http://horst-koch.de/deutschenfeindlichkeit/</a> - Januar 2016.
x865	<a href="http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/merkels-energiewende-extrem-teuer-aber-direkt-in-die-sackgasse/">http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/merkels-energiewende-extrem-teuer-aber-direkt-in-die-sackgasse/</a> - Januar 2016.
x866	<a href="http://horst-koch.de/welche-energietechnik-ist-den-deutschen-erlaubt/">http://horst-koch.de/welche-energietechnik-ist-den-deutschen-erlaubt/</a> - Januar 2016.
x869	<a href="http://www.bandulet.de/Berichte/zahlmeister.html">http://www.bandulet.de/Berichte/zahlmeister.html</a> - Juli 2016.
x878	<a href="http://www.guntram-von-schenck.de/">http://www.guntram-von-schenck.de/</a> - September 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x940	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/06/27/versailles-1919-die-unterwerfung-deutschlands-unter-das-kriegsschuld-diktat/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/06/27/versailles-1919-die-unterwerfung-deutschlands-unter-das-kriegsschuld-diktat/</a> - November 2019
x958	<a href="https://horst-koch.de/minarette/">https://horst-koch.de/minarette/</a> - November 2019
x992	<a href="http://vatikanische-nwo.blogspot.com/2009/11/vatikan-und-jesuitenorden-hinter-dem.html">http://vatikanische-nwo.blogspot.com/2009/11/vatikan-und-jesuitenorden-hinter-dem.html</a> - September 2020
x995	<a href="http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Freimaurer">http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Freimaurer</a> - September 2020
x996	<a href="http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Jesuiten">http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Jesuiten</a> - September 2020
x998	<a href="http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/NWO">http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/NWO</a> - September 2020
x999	<a href="http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Vatikan">http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Vatikan</a> - September 2020
x1.010	<a href="https://www.stmichael-online.de/klimaluege1.htm">https://www.stmichael-online.de/klimaluege1.htm</a> - April 2021
x1.035	<a href="https://www.wilhelm-der-zweite.de">https://www.wilhelm-der-zweite.de</a> - Dezember 2021
x1.065	<a href="https://www.dstgb.de/themen/sicherheit/feuerwehr-und-katastrophenschutz/tab-bericht-zu-folgen-langandauernden-stromausfalls/">https://www.dstgb.de/themen/sicherheit/feuerwehr-und-katastrophenschutz/tab-bericht-zu-folgen-langandauernden-stromausfalls/</a> - Januar 2022
x1.066	<a href="https://dserver.bundestag.de/btd/17/056/1705672.pdf">https://dserver.bundestag.de/btd/17/056/1705672.pdf</a> - Januar 2022
x1.072	<a href="https://www.heise.de/tp/features/Weltklimarat-weiter-in-Glaubwuerdigkeitskrise-3384412.html">https://www.heise.de/tp/features/Weltklimarat-weiter-in-Glaubwuerdigkeitskrise-3384412.html</a> - März 2022
x1.077	<a href="https://eike-klima-energie.eu/2009/07/26/klimawandel-offener-brief-an-kanzlerin-merkel-temperaturmessungen-ab-1701-widerlegen-anthropogen-verursachte-temperaturschwankungen/">https://eike-klima-energie.eu/2009/07/26/klimawandel-offener-brief-an-kanzlerin-merkel-temperaturmessungen-ab-1701-widerlegen-anthropogen-verursachte-temperaturschwankungen/</a> - März 2022
x1.103	<a href="https://horst-koch.de/diktatur-europa/">https://horst-koch.de/diktatur-europa/</a> - April 2022
x1.104	<a href="https://horst-koch.de/antichrist-dr-lothar-gassmann/">https://horst-koch.de/antichrist-dr-lothar-gassmann/</a> - April 2022
x1.105	<a href="https://horst-koch.de/maos-tote-m-radunski/">https://horst-koch.de/maos-tote-m-radunski/</a> - April 2022
x1.143	<a href="https://www.babykaust.de/08/08-sexual/ge/ge/loescht%20sie%20aus.pdf">https://www.babykaust.de/08/08-sexual/ge/ge/loescht%20sie%20aus.pdf</a> - Juni 2022

## Bildnachweis

### **Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)**

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

### **Bundesadler des Deutschen Bundestages**

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

### **Bundesadler des Deutschen Bundestages**

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014